



AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850



vom 01. August 2024

**Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V.
Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)**

Auflage: Verteiler von rund 2.400 Konten

www.ostmitteleuropa.de

www.westpreussen-berlin.de

Anschrift der Redaktion: agom.westpreussen.berlin@gmail.com

Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage

Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen



Erinnerungen an das Riesengebirge, [Caspar David Friedrich](#), vor 1835 Blick vom Schlüsselberg (tschech. Medvědíň über den Ziegenrücken (tschech. Kozí hřbety) und Hochwiesenberg (tschech. Luční hora zur Schneekoppe (tschech. Sněžka)

Seiten A a bis A e: Übersicht in Karten

Seite A f: Impressum

Danach das Inhaltsverzeichnis für Teil A von insgesamt 7 Seiten



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen den Alpen und der Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kultur-geographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbige: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

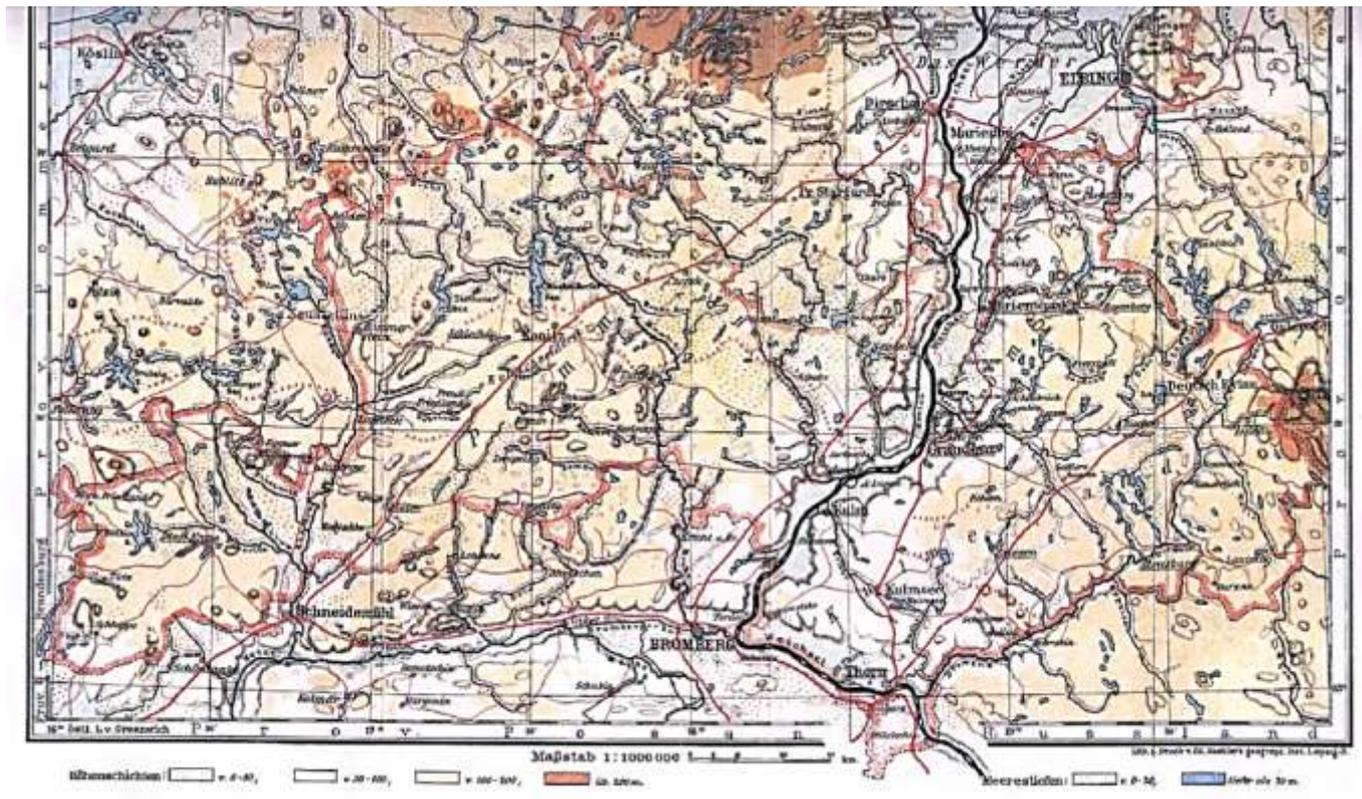
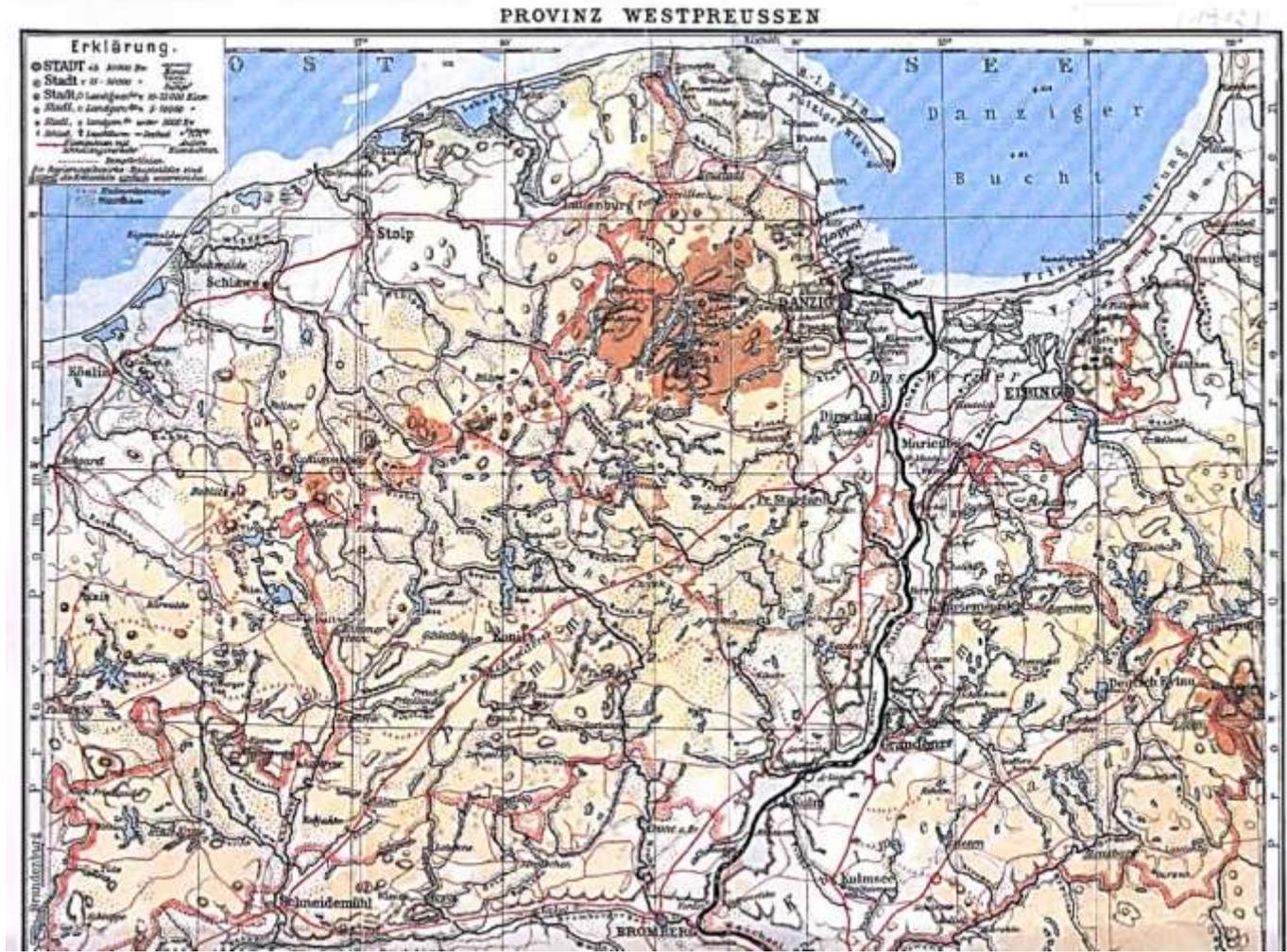
Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr: <https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>



Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945.-

<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>.

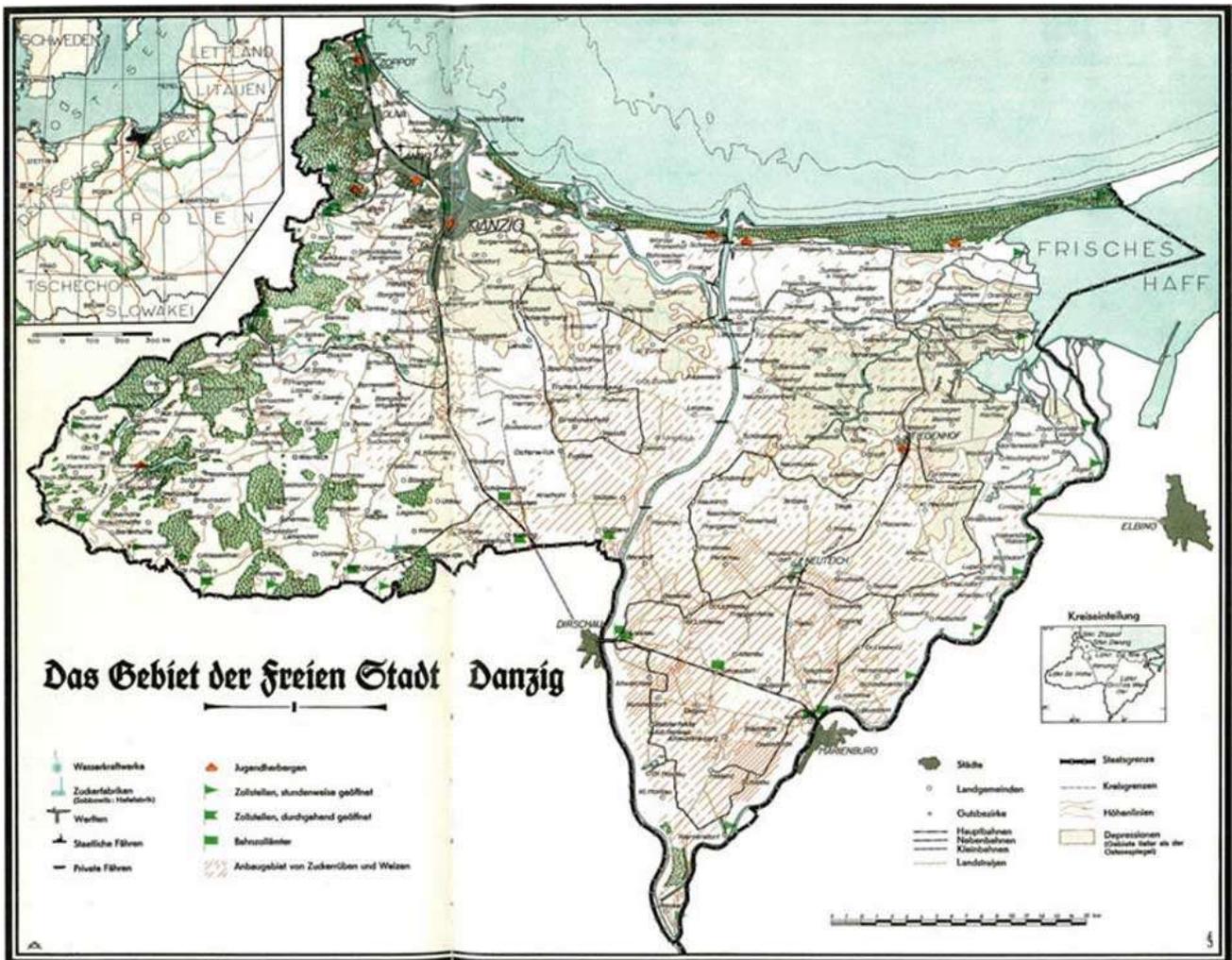
Urheber: Bennet Schulte/Wikipedia. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

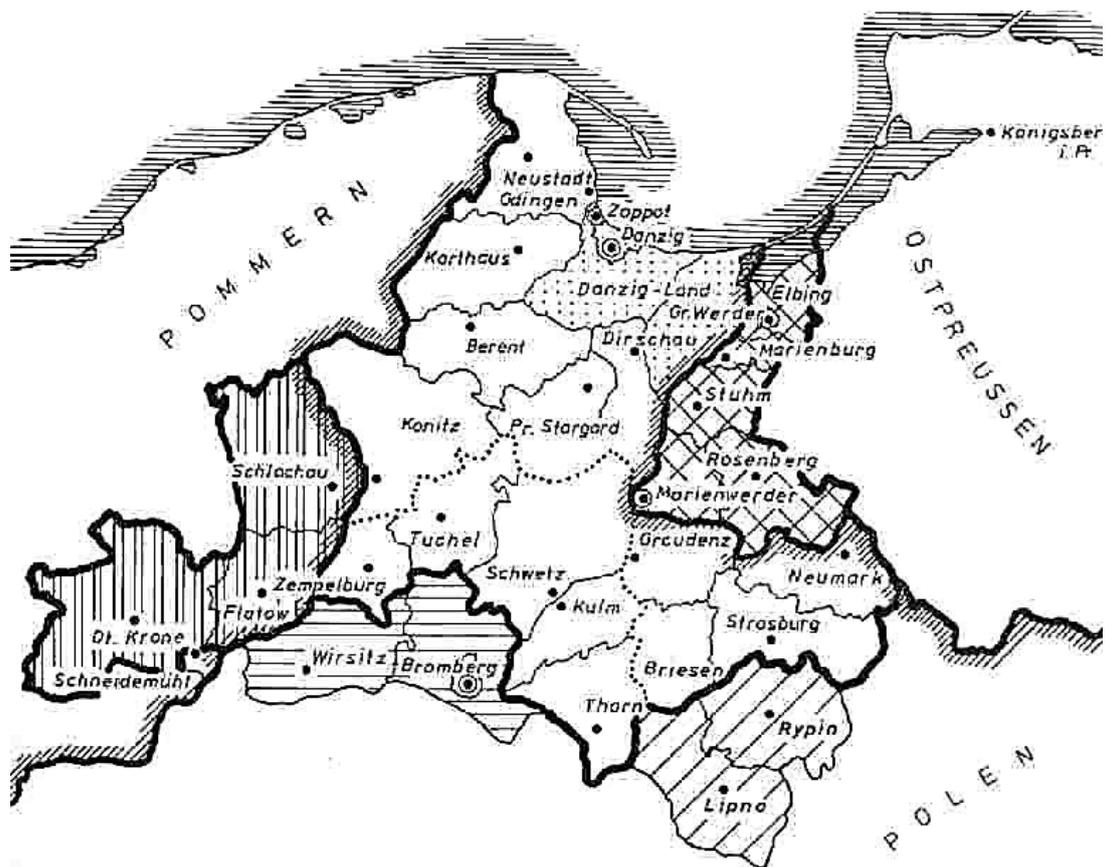
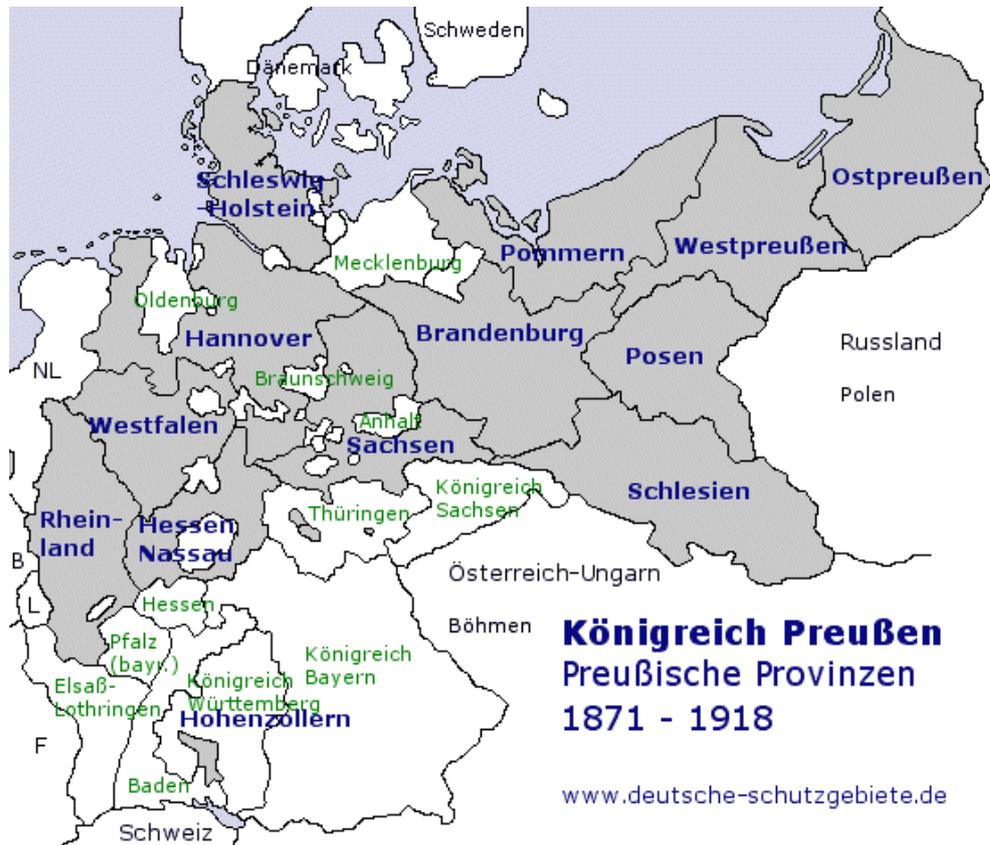




Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920.
(siehe zur Erläuterung die Karte auf Seite A b unten)



Das dem Deutschen Reich nach 1918 bzw. nach 1945 im Osten abgenommene und geraubte Gebiet (ohne Sudetenland), projiziert auf die Fläche der Bundesrepublik Deutschland. Es handelt sich um 165.000 Quadratkilometer, wovon über 90 Prozent an Polen fielen, allein nach dem Zweiten Weltkrieg 103.057 Quadratkilometer.

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!



Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 850 vom 01.08.2024:

Montag, 29.07.2024, 12:00 Uhr (vereinzelt auch später)

Der nächste Rundbrief Nr. 851 erscheint) voraussichtlich, am Donnerstag, dem 29.08.2024.

Redaktionsschluss für AWR-850: Montag, 26.08.2024, 12:00 Uhr

Achtung! Ab Januar 2023 erscheint der AGOMWBW-Rundbrief (AWR) monatlich!

Wir bitten die Veranstalter, bei der Meldung ihrer Termine, das zu berücksichtigen!

Wir sind keine Tageszeitung!

Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen:

Hier arbeiten wir – AG Ostmitteleuropa e. V. (AGOM) Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin - erfolgs- weil ergebnisreich mit:

Tanzgruppe „Beschwingter Kreis“ – Leitung Horst Teschendorf
Chinesische Tanzgruppe Berlin – Leitung QunZu
Montagsgruppe Selerweg-Griechischer Tanz – Leitung Thomas Bakalios
Folklore Tanzkreis – Leitung Marlies Hartung



REISEN UND WANDERN

Reise und Wandergruppe „Post-Senioren“ – Leitung Hans-Eckhard Bethge
Erlebnisreisen – Leitung Detlef Lohmann



REPAIR CAFÉ

Repair-Café – Leitung Rüdiger K. Büttner



UND WAS GIBT ES AUCH NOCH?

Selbsthilfegruppe für pflegende Angehörige – Leitung Marina Dillmann
Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. – Leitung Reinhard M.W. Hanke
Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin – Leitung Reinhard M.W. Hanke
Briefmarken – Leitung Wolfgang Hartmann
Seniorengruppe Feierabend – Leitung Friedrich Limbach
Auszeit für die Seele – Leitung Ivette Nitsche
FAL-Freude am Leben e.V. – Leitung Rosita Schiffler
Hausfrauen-Trödel – Leitung Eveline Zitzlaff

Die Gruppen haben alle eine Gruppenleitung, die ehrenamtlich tätig ist und Interessenten und Neueinsteiger gerne berät.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann rufen Sie uns bitte an.
Wir beraten und vermitteln Sie an eine unserer Gruppen.
Wir stehen Ihnen ebenfalls zur Verfügung, wenn Sie eine Gruppe gründen möchten.



KONTAKT

Michael Mielke, 0176 – 34 66 58 27
michaelmielke1000@t-online.de
Zusätzliche Informationen finden Sie unter
www.seniorenmitpower.com



Aktiv im Alter – Gemeinsam statt einsam



50 Jahre Dachverband – Ein Rückblick, aber auch ein Ausblick

Anfang der 70er Jahre kamen in Steglitz die ersten Seniorengruppen zusammen, um ihre Freizeit zu gestalten. Unter dem Motto: „Miteinander – Füreinander“ gründeten sie am 5. September 1973 den Dachverband Steglitzer Seniorenvereinigungen unter der Leitung von H.J. Behrendt. Bis 1991 war der Dachverband auch gleichzeitig Seniorenbeirat im Bezirk und nahm Aufgaben wahr, die heute von der Seniorenvertretung übernommen worden sind. Mit der Verschmelzung der Bezirke Steglitz und Zehlendorf fand die Anpassung des Dachverbandes statt, so dass es heute den Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen gibt. Das Interesse der älteren Bevölkerung an aktiver Freizeitgestaltung hat im Laufe der Jahre stetig zugenommen. Heute sind 55 Mitgliedsgruppen in 8 Sparten organisiert. Der Dachverband ist überparteilich, unabhängig, gemeinnützig und wird vom Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf und vielen Spendern unterstützt und gefördert. Was ist Aufgabe des Dachverbandes in der Zukunft? Nicht nur gestern, sondern auch heute und morgen gilt es, Menschen eine Plattform zur Verfügung zu stellen, die ihrem Leben einen schöneren Sinn geben kann, die fördert und zusammenführt. Es steht für unsere Zielsetzung, Abwechslung und motivierende Gruppenerlebnisse zu organisieren und wegzukommen von Langerweile. Der Dachverband wird auch in Zukunft als Sprachrohr für und Bindeglied zwischen Senioren und Bezirk auf ehrenamtlicher Basis zu verstehen sein und daher ein nicht weg zu denkender Faktor bleiben.



UNSERE ANGEBOTE IM ÜBERBLICK

FOTO UND VIDEO

Fotoclub Steglitz-Zehlendorf – Leitung Reinhard Krause
Berliner Tonfilm Amateure e.V. BTA – Leitung Inga Winterfeldt



GYMNASTIK UND YOGA

Cantienica-Beckenboden- und Rückentraining
– Leitung Corinna Buchholz
Yoga 50+ – Leitung Sabine Goldbach
Gymmis – Leitung Heidrun Kistler
Trampolinfitness – Leitung Tania Lipowski
Chi Gong Gruppe – Leitung Dr. Ortwin Lüers
Sportgruppe – Leitung Martina Lutter-Walther
Old Gymnastics Boys – Leitung Michael Mielke
Gymnastikgruppe Trimmis – Leitung Ilona Nixdorf

Yogagruppe – Leitung Hildegard Pätzold
Taiji Gruppe – Leitung Wolfgang Wagner



KARTENSPIELE UND SCHACH

Doppelkopf für Nichtraucher – Leitung Conny Amor
Bridge Sport Club Nr. 6 – Leitung Claus-Dieter Barnowski
Canasta – Leitung Eva-Maria Fornarelli
60 + Doppelkopf ohne 9! – Leitung Hans-Jürgen Rook
Bund Schachgruppe – Leitung Abdollah Safai-Nia
Skatfreunde ,09 – Leitung Thomas Scherzer
Skatfreunde Kute 85 – Leitung Wolfgang Schuttsch
Skatgruppe – Leitung Jürgen Seidel
Doppelkopf für Nichtraucher „Moonlight Gamblers“
– Leitung Kurt Thiede
Bridge – Leitung Wolfgang Walter
Skatgruppe – Leitung Sylvia Weihe



KREATIVES GESTALTEN

Malen – Leitung Monika Fischer
Malen „Berliner Palette“ – Leitung Renate Heckert
Porzellanmalen – Leitung Gabriele Tschampel
Acrylmalgruppe – Leitung Antonia Vogt



MUSIK UND TANZ

Nefatari – Orientalischer Tanz – Leitung Gisela Altintas
Seniorenorchester Berlin-Zehlendorf – Leitung Renate Blauert-Catudal
Alphorn – Leitung Horst Jaitner
Shanty-Chor Berlin e.V. – Leitung Peter Keller
Kapelle B/The Dixies/September – Leitung Karl-Josef Lenz
Square Up's SDC – Leitung Günter Löscher
Ess Choreal – Leitung Gisela Manz
Frauenchor – Leitung Heidrun Nicking
Dynamite Devils Berlin SDC – Leitung Rainer Peter
Honey Bears SDC – Leitung Carsten Rauter
Rubber Dollies SDC – Leitung Erika Schütten
Naturton-Salon – Leitung Gesa Schumann
Orientalischer Tanz – Leitung Alexandra Staats

Teil A
Inhaltsverzeichnis (Seiten A I – A V)

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“	Seite A a
2 Karten zur Geschichte Westpreußens	Seite A b
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	Seite A c
„Freie Stadt Danzig“, Wappen und Karte	Seite A d
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	Seite A e
<i>BRD und die Gebietsverluste des Deutschen Reiches seit 1918</i>	Seite A f
Impressum / Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	Seite A g
Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen: Hier arbeiten wir – AG Ostmitteleuropa e. V. (AGOM) Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin - erfolgs- weil ergebnisreich mit	Seite A h

Rechtsradikal?

Seite A 0

A. a) Editorial:

Seite A 1

Und dann fahren Sie von Milano über Venezia und Firenze nach Napoli?
Wir danken dem RBB für diese Erleuchtung!

A. b) Stellungnahmen, Briefe und Leserbriefe

Seiten A 2 – A 8

- 01) Frederik Schindler: „Alice Weidel und die Landesgrenze“**
(in DIE WELT vom 26. Juli 2024, Seite 4)
Von Dr. Jürgen Martens, Königswinter
- 02) „Qualitätsjournalismus“ und „Historikerzunft“ am Abgrund.**
Bemerkungen zu einem Beitrag in der Tageszeitung DIE WELT vom
26.07.2027 – Wahlwerbung für die Alternative für Deutschland (AfD)
par excellence!
Eine Stellungnahme von Manfred Saganer
- 03) Die sudetendeutsche Frage ist noch nicht beantwortet**
Von CR Gernot Facius

A. c) Aufruf zur Unterstützung

Seiten A 9 – A 14

- 1) Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
- 2) Spenden-Aufruf der AG Ostmitteleuropa
- 3) BdV: „Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung
- 4) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

„Zum Wohle des deutschen Volkes...“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56
Du musst denken

Seite A 13
Seite A 14

A. d) Forderungen und Grundsätze

Seite A 15

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaeetze.pdf

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

A. e) Fördermöglichkeiten

Seite A 16

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf

A. f/g) Bund der Vertriebenen mit den Ostdeutschen Landsmannschaften Landesgruppen und Heimatkreise; Blick auf/in Zeitschriften (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)

Seiten A 17 – A 46

- 01) Tag der Heimat 2024 in Berlin
- 02) DODeutscher Ostdienst. Nachrichtenmagazin des Bundes der Vertriebenen. 67. Jahrgang, Nr. 3, 2024 (Auszug)
- 03) Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V.
- 04) Frauenkreis im Bund der Vertriebenen e.V. in Berlin, 28.03.2024
- 05) Westpreußen-Kongress 27.- 29.09.2024 in Warendorf: Westpreußens kurzes Silbernes Zeitalter – Aufbruch der preußischen Provinz in der Kaiserzeit
- 06) 24.08.2023, Westpreußischer Gesprächskreis
- 07) 25.09.2024, Tagesfahrt mit der Bahn nach Wismar (Deutschlandticket)
- 08) Heimatkreis Flatow
- 09) Heimatkreis Schlochau

- 10) Heimatkreis Wirsitz: Weißenhöher Himmelfahrt
- 11) 34. Weißenhöher Himmelfahrt 2025: Breslau
- 12) 07.09.2024, Heimatkreis Grenzmark-Treffen in Berlin
- 13) Tag der Danziger, 30.08. bis 01.09.2024 in Düsseldorf
- 14) Danziger Kulturtagung 2024: „Lebenswege. Danziger Persönlichkeiten im Porträt“ – 12. und 13.10.2024 in Stuttgart
- 15) Danziger Kulturtagung 2024: „Lebenswege. Danziger Persönlichkeiten im Porträt“ – 12. und 13.10.2024 in Stuttgart
- 16) Landsmannschaft Schlesien – Berlin und Brandenburg e. V.
- 17) 10.08.2024, „AGOM-Wanderung“ Lübben / Spreewald mit Kahnfahrt

A. h) Vortragsveranstaltungen

Seiten A 47 – A 72

- 01) Vortragsreihe des WBW im 2. Halbjahr 2024
- 02) Vortragsreihe der AGOM im 2. Halbjahr 2024
- 03) Die lange Nacht der Museen am 24. August 2024
- 04) Lange Nacht der Museen am 24. August 2024 im Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
- 05) Lehrkräfteseminar in Berlin, „Einladung zum Lehrkräfteseminar in Berlin - „Flucht und Vertreibung vermitteln“, 13.-15. September 2024
- 06) 10.09.2024, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner: straucheln und lichten. Ein Waldversuch. **Lesereihe zwischen Büro und Depot von Judith Zander**
- 07) 19.09.2024, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner: Gerhart Hauptmanns Märchendichtungen. Museum für Kinder, Märchendichtungen
- 08) 2024/2025, UTB: Programm in Vorbereitung
- 09) 17.08.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Ein Besuch in Prenzlau
- 10) 18.08.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Vom Dorf Tiefwerder und zu den Tiefwerder Wiesen
- 11) 03.09.2024, Verein für die Geschichte Berlins e.V.: Zeiss-Großplanetarium
- 12) 11.09.2024, Verein für die Geschichte Berlins e.V.: Alliierte in Berlin – das Architekturerbe. Fotovortrag der Architekturfotografin Mila Hacke
- 13) 2024/2025, Literaturhaus Berlin: Veranstaltungen in Vorbereitung
- 14) 26.08.2024, Literarisches Colloquium Berlin: ArchipelU (I). Oksana Lutsyshyna und ihre Übersetzerin Lydia Nagel
Moderation: Jutta Lindekugel. Gespräch in englischer Sprache
- 15) 27.08.2024, Literarisches Colloquium Berlin: ArchipelU (II). Neue ukrainische Lyrik von Iryna Shuvalova, Kateryna Mihalitsyna und Iryna Starovoyt. Veranstaltung in ukrainischer Sprache.
Livestream auf lcb.de
- 16) 24.08.2024, Topographie des Terrors: Lange Nacht der Museen

- 17)** 08.09.2024, Brandenburg-Preußen-Museum: Immanuel Kant: Von den Grenzen der Vernunft und der Autonomie des Menschen.
Vortrag von apl. Prof. Dr. Stefan Büttner-von Stülpnagel
- 18)** 29.09.2024, Brandenburg-Preußen-Museum: Georg Forster (1754–1794): Naturforscher, Humanist und Revolutionär.
Vortrag von Dr. Katrin Schmersahl
- 19)** 2024, Gesellschaft für Erdkunde: Zurzeit keine Veranstaltungen
- 20)** 27.07.2024, Dr. Gerda Schirrmeister: Grenzsteine und Naturwerksteine an Gebäuden im Regierungsviertel am Spreebogen
- 21)** 29.07.2024, Dr. Gerda Schirrmeister: Mehringplatz und Umgebung
- 22)** 15.08.2024, Berliner Landeszentrale für politische Bildung, Kooperationspartner: KINO für MOABIT, Polnisches Institut Berlin: Filmvorführung mit Gespräch – Konspirantinnen. Frauen im Widerstand 1939-1945, D 2006, 90 Minuten, Regie: Paul Meyer.
- 23)** 22.08.2024, URANIA Berlin: Wir alle konsumieren und wirtschaften, als hätten wir zwei bis drei Erden zur Verfügung. Alle? Nicht alle!
Kiezspaziergang: Fair und nachhaltig in Mitte.
Tourleitung: Kathrin Scheurich
- 24)** 19.09.2024, Staatsbibliothek zu Berlin: Von Flöhen, Katzen, Affen und der Literatur. Franz Kafkas und E.T.A. Hoffmanns Bestiarien

A. j) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland

Seiten A 73 – A 87

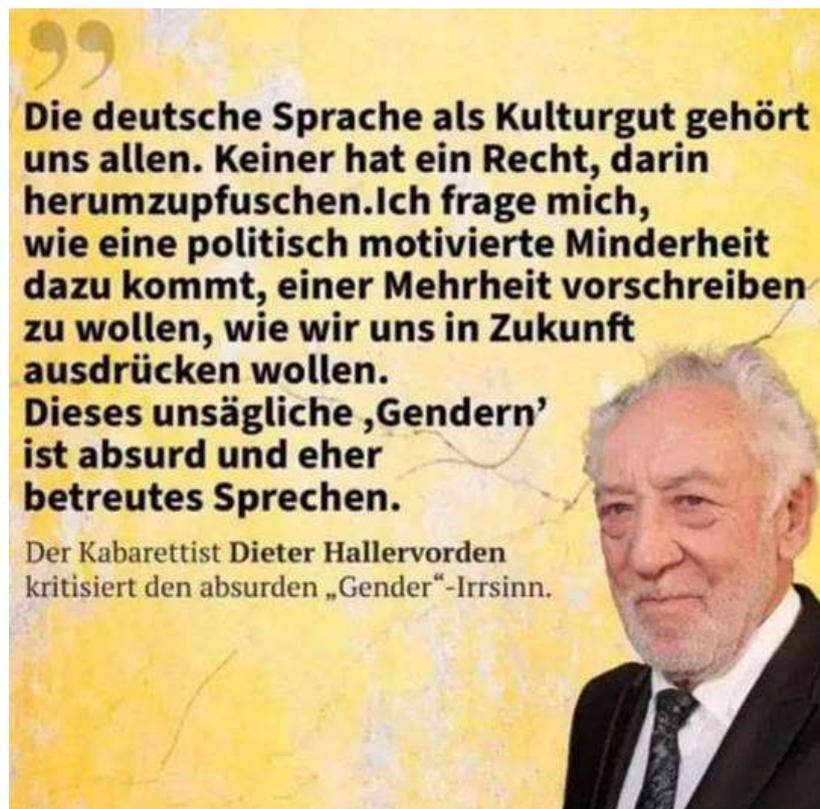
- 01)** Deutsch-Jüdisches Theater DJT im Saal des Theater-Coupés in Berlin-Wilmersdorf – Programm 2. Halbjahr 2024
- 02)** 13.05.2024 – 15.09.2024, Kommunale Galerie: Susanne Wehland. My Eyes Are Set on Freedom. Malerei, Skulptur
- 03)** Museen Berlin Tempelhof-Schöneberg:
u.a. Dauerausstellung „Zwischen Feldern und Fabriken“
- 04)** Wir waren Nachbarn. Dauerausstellung
- 05)** Stolpersteinverlegungen in Tempelhof-Schöneberg
- 06)** Brandenburg-Preußen Museum: Einblicke in die Brandenburg-Preußische Geschichte. Die Hauptausstellung
- 07)** Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung.
Hinweis auf Startseite
- 08)** Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung:
Jede Fluchtkrise ist auch eine Bildungskrise, die Millionen Menschen trifft.
UNHCR und Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung eröffnen gemeinsame Sonderausstellung

A. k) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin

Seiten A 88 – A 106

- 01)** 20.06. - 18.08.2024, Westpreußisches Landesmuseum, Warendorf:
„Arabica und Muckefuck“. Kaffeegeschichten zwischen Ostsee und
Schwarzem Meer
- 02)** 2024/2025, Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg:
Jahresprogramm / Ausstellungen 2024/2025
- 03)** Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen:
Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2024
- 04)** Das Ausstellungsprogramm 2024 des Schlesischen Museums in
Görlitz
- 05)** 31.08.2024 – 02.02.2025, Schlesisches Museum: LILIENZEIT.
Der mystische Philosoph Jacob Böhme und die Erneuerung der
Welt. Sonderausstellung
- 06)** Weitere Termine im Schlesischen Museum"
- 07)** Zentrum gegen Vertreibungen: Angebot von Ausstellungen

***Den einzelnen weiteren Abschnitten B, C, D und E
sind jeweils Inhaltsverzeichnisse vorgeschaltet!***



Teil A

A. a) Editorial: Und dann fahren Sie von Milano über Venezia und Firenze nach Napoli? Wir danken dem RBB für diese Erleuchtung! A 1

Liebe Landsleute, liebe Leser,
wir verzeichnen es täglich: Wir sind mit unseren Themen nicht im „Trend“. Das historische Ostdeutschland wird weitgehend ignoriert. Parteien und das weite Feld der Öffentlichkeit in unserem Land sieht in uns unbequeme und daher zu ignorierende Mahner. Die mangelhafte Ausstattung der ostdeutschen Landesmuseen mit Finanzmitteln und Personal, das Fehlen von Instituten für ostdeutsche Geschichte und Landeskunde, die Streichung der Bezeichnung „deutsch“ bei Tätigkeitsfeldern im Osten Europas u.a.m. sind Fingerzeige dafür.

Auf den nächsten Seiten A 3 – A 7 haben wir uns einen Beitrag der Tageszeitung DIE WELT vorgenommen, der nur so strotzt von Unkenntnis bei der Behandlung des Themas. Nun warten Sie wohl gespannt, was die Parteien, die wissenschaftlichen Einrichtungen, die Kommissionen dazu sagen werden? Wir haben die Hoffnung aufgegeben. Eine der großen Parteien im Deutschen Bundestag hat auch eine institutionalisierte „Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge“ sowie in der Parteigliederung bundesweit eine entsprechende Vereinigung. Was machen die eigentlich?

Na, richtig, wir haben unsere eigenen Verbände, die sich in der Öffentlichkeit mit entsprechenden Pressemitteilungen usw. ständig zu Wort melden. Wirklich?

Und Sie als Leser? Schreiben Sie fleißig Leserbriefe, melden Sie sich allenthalben zu Wort? Die Hoffnung stirbt zuletzt!

Mit herzlichen landsmannschaftlichen Grüßen

Reinhard M. W. Hanke

Der AWR gliedert sich zurzeit in vier Bereiche:

A u.a. Stellungnahmen, Leserbriefe, Forderungen / Grundsätze, Fördermöglichkeiten, Ostdeutsche Landsmannschaften und Heimatkreise. Termine von Vortragsveranstaltungen, Ausstellungen in Berlin und auswärts.

B Termine und Berichte zu wissenschaftlichen Fachtagungen, Zeitschriftenschau, Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt (Besprechungen, Büchereingang).

C Mitteilungen, Mitteilungen aus drei Berliner Patenbezirken, Berichte, Dokumentationen, Ehrungen / Gedenken / Nachrufe.

D Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde ostdeutscher und ostmitteleuropäischer Siedlungsgebiete.

E Ausgewählte globale Entwicklungen bzw. Entwicklungen in Ostmitteleuropa.



Danzig, Blick von Westen in der Brotbänkengasse auf die Marienkirche.-
Aufnahme: Reinhard M. W. Hanke, 08.10.2022

**01) „Alice Weidel und die Landesgrenze“ von Frederik Schindler
(in DIE WELT vom 26. Juli 2024, Seite 4)**

In der Juni-Ausgabe 2024 Der Eckart, eine der Neuen Rechten zugeordnete österreichische Monatsschrift für Politik, Volkstum und Kultur und herausgegeben von der Österreichischen Landsmannschaft, wird ein Interview der Bundessprecherin und Fraktionsvorsitzenden Dr. Alice Weidel mit dem ECKART-Schriftleiter Konrad Markward Weiß publiziert. Der Titel lautet: *Unsere wichtigste Maßnahme: Die Wiederherstellung des Rechts!* Kern des Interviews ist die Fragestellung, welche Ziele die AfD im Falle einer Übernahme von Regierungsverantwortung verfolgen würde. Vertriebenenpolitische Aspekte, wie sie Frederik Schindler in seinem DIE WELT-Beitrag *Alice Weidel und die Landesgrenze* vom 26. Juli 2024 unter Bezugnahme auf Vorwürfe des Historiker Jens-Christian Wagner suggeriert, sind dem Interview nicht zu entnehmen. Wagner hatte gegenüber DIE WELT behauptet, *[w]enn Frau Weidel de facto sagt, sie weigere sich, den nun polnischen Namen der Geburtsstadt ihres Vaters anzuerkennen, stellt sie die nach 1945 gezogenen Grenzen infrage und wendet sich gegen die Aussöhnung mit Polen [...]*. Alice Weidel hat in dem Interview auf die Bemerkung von Konrad M. Weiß *Ihr Vater ist selbst ein Vertriebener...* als einleitendes Statement ausgeführt: *Ja, Weidel ist ein oberschlesischer Name, meine Familie väterlicherseits kommt aus Leobschütz. Ich habe mich immer geweigert nachzuschauen, wie der polnische Name der Stadt lautet und diese Stadt umzubenennen. Mein Vater hatte eine schreckliche Kindheit, er hat seinen Bruder verloren. Er hat darüber nie geredet und ist auch nie dorthin zurückgekehrt, weil er komplett traumatisiert ist – immer noch.*

Wagners Interpretation der Weigelschen Haltung, wie man sie in dem Interview nachlesen kann, ist sachlich falsch sowie völlig überzogen. Weshalb der Gebrauch der heute polnischen Ortsnamen statt der deutschen ein Politikum sein soll, bleibt unerfindlich. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang eine Passage auf der Internetseite des Auswärtigen Amtes: Die Behörde empfiehlt *die Benutzung des im deutschen Sprachraum gebräuchlichen deutschen Namens, sofern ein solcher schon vor 1933 existiert hat*. Demnach ist es in keiner Weise zu kritisieren, wenn Alice Weidel den deutschen Ortsnamen Leobschütz in dem Interview verwendet und nicht Głubczyce, wie es der Historiker Wagner zur Wahrung der „*political correctness*“ fordert.

Man kann zur AfD stehen, wie man will; einen politischen Gegner – wie hier geschehen – zu diffamieren, trägt nur dazu bei, ihn zu stärken. Das gilt entsprechend auch für weitere Äußerungen Wagners, die in dem DIE WELT-Beitrag zitiert werden. Sie stehen überdies in keinem Zusammenhang mit Weidels Eckart-Interview.

Dr. Jürgen Martens, Königswinter

**02) „Qualitätsjournalismus“ und „Historikerzunft“ am Abgrund.
Bemerkungen zu einem Beitrag in der Tageszeitung DIE WELT vom
26.07.2027 – Wahlwerbung für die Alternative für Deutschland (AfD)
*par excellence!***

Eine Stellungnahme von Manfred Saganer

In dem auf den nächsten Seiten abgedruckten Beitrag versucht der WELT-Mitarbeiter Frederik Schindler ein Bild von Leobschütz zu vermitteln, was kläglich misslingt. Und so wird Schlesien auch nicht in den größeren Zusammenhang des sog. „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ gestellt, zu dem es seit dem Vertrag von Trentschin im Jahre 1337 gehörte wie auch die beiden Staaten Preußen und Österreich, der König in Preußen war zugleich Kurfürst von Brandenburg, wählte in dieser Funktion den deutschen König, der dann die römische Kaiserwürde erhielt, die in jener Zeit des Übergangs Schlesiens an Preußen von den Habsburgern in Wien getragen wurde.

Seit einiger Zeit werden in den Medien Berichte über die Oder-Neiße-Gebiete gebracht, in denen – so im RBB in Filmen über Schlesien und Masuren – nur die nichtdeutschen Ortsnamen genannt werden. Es gibt auch Wissenschaftler die dieser Tendenz folgen. Auf wen geht das zurück? Es würde doch wohl keinem Journalisten einfallen, in den Medien einen Bericht über Italien zu bringen in dem die Reise von Milano über Venezia und Firenze nach Napoli geht. Also was soll mit dieser Leugnung ostdeutschen Kulturgutes, und dazu gehören die deutschen Ortsnamen, erreicht werden?

In dem Beitrag heißt es weiter: „Die Stadt wurde zunächst in Głabczyce umbenannt, seit 1946 heißt sie Głubczyce“. Schlesien war zu dieser Zeit „unter polnischer Verwaltung“, über Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze sollte in einem Friedensvertrag verhandelt werden. Es war also eine höchst einseitige Handlung, der deutsche Ortsname war ohnehin von den polnischen Willkürmaßnahmen nicht berührt, die deutsche Bevölkerung, die nach dem Ersten Weltkrieg in der Volksabstimmung mit 99 Prozent der Stimmen für den Verbleib beim Deutschen Reich gestimmt hatte, wurde vertrieben, das Gebiet widerrechtlich annektiert. Zur Geschichte von Leobschütz führen wir unten den Beitrag in „Schlesien. Handbuch der Historischen Stätten“ von Hugo Weczerka, Stuttgart 1977, Seiten 275-276) an. Erst im „4+2-Vertrag“ vom 12. September 1990 wurden die sich vereinigenden Teile des Deutschen Reiches in Artikel 1 genötigt, die Grenze an Oder und Neiße zu bestätigen (<http://www.documentarchiv.de/brd/2p4.html>).

Betrachten wir noch einen weiteren Vorwurf des Historikers Jens-Christian Wagner, Professor für Geschichte an der Universität Jena und Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora gegen Alice Weidel. Frederik Schindler weiß: „Bereits im Juni vergangenen Jahres hatte Weidel in einem Tweet das gesamte Ostdeutschland als „Mitteldeutschland“ bezeichnet. Auch das kritisiert der Historiker Wagner scharf. „Damit suggeriert sie, dass die östlich gelegenen Gebiete, die seit 1945 zu Polen gehören [Anm.: das ist falsch, wie oben festgestellt], Ostdeutschland sind... Weidel folgt in ihrer Terminologie klassischen revanchistischen Positionen der Vertriebenenverbände in den ersten Nachkriegsjahrzehnten.“

Die Geographie bezeichnete traditionell Thüringen als „Mitteldeutschland“. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der politische Begriff „Mitteldeutschland“ für das gesamte Gebiet der DDR benutzt. Historisch ist im deutschen Mitteleuropa nach der Zeit der Völkerwanderung zwischen Altsiedelland und Neusiedelland zu unterscheiden: definiert durch die Linie des weitesten Vordringens der Slawen nach Westen mit der Elbe-Saale-

Linie. Die deutsche Ostsiedlung, die im Alpengebiet früher als im nördlichen Deutschland einsetzt gewinnt all die Gebiete die als Neusiedelland eben auch mit der Bezeichnung „Ostdeutschland“ genannt werden.

Nach der Vereinigung der beiden Staaten DDR und BRD sollen die Herausgeber des „Jahrbuches für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands“ bei polnischen Kollegen nachgefragt haben, ob sie das Jahrbuch weiterhin unter diesem Namen so herausgeben könnten. Die polnischen Kollegen sollen nichts dagegen gehabt haben. Immerhin hat die Historischen Kommission zu Berlin dieses Jahrbuch seit 1952 veröffentlicht (https://de.wikipedia.org/wiki/Jahrbuch_f%C3%BCr_die_Geschichte_Mittel-_und_Ostdeutschlands).

Belassen wir es erst einmal mit diesen Hinweisen. Sie sind ein Armutszeugnis für die in dem Beitrag genannten Persönlichkeiten.

Seiten 275-276 in: *Schlesien. Handbuch der Historischen Stätten*. Hrsg. von Hugo Weczerka. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag (1977). = Kröners Taschenausgabe. Band 316:

Leobschütz (Gliwicyce). Seit dem Glatzer Pfingstfrieden von 1137 bildete die Zinna die Grenze zwischen Mähren und dem piast. Schles. Neben dem hier an einer Straßenkreuzung auf altesiedeltem Lössboden liegenden mähr. Ort »Glubeici« mit Burg, Kirche und Straßenmarkt wurde unter Kg. Ottokar I. von Böhmen († 1230) die dt. Rechtsstadt »Lubschütz« planmäßig angelegt. Sie ist 1224 urk. bezeugt, diente aber gleichzeitig als Mittelpunkt eines ländlichen Siedelbezirks, in preuß. Zeit als Kr.-Stadt (mit vier Marktplätzen: dreieckigem Ring, rechteckigem Roßmarkt, viereckigem Sperlingsring und langgestrecktem Töpfermarkt). Von 1253–1626 war L. Oberhof zahlreicher mähr. Städte und Dörfer, die L. er Recht, das sich seinerseits vom Magdeburger Recht herleitete, erhielten (Frachtkodex von 1421). Dieses wurde der Stadt 1275 durch Kg. Ottokar II. von Böhmen bestätigt, der ihr bereits 1265 den Stadtwald geschenkt hatte. Die ringförmige Ummauerung der Stadt erfolgte vor 1282, die Abtragung der im 14./15. und 16. Jh. verstärkten Befestigungen – von denen beträchtliche Reste, darunter 9 *Mauertürme*, erhalten geblieben sind – seit dem ausgehenden 18. Jh. Ursprünglich gab es vier Tore: Ober- oder Neisser, Nieder- oder Troppauer, Gröbniger oder Klosterort und Wassertor. 1275 erhielt L. das Meilenrecht, 1298 eine Tuchniederlage, 1433 vorübergehend das Münzrecht. Mit 233 brauberechtigten Häusern auf einer knapp 16 ha großen Grundfläche war es eine verhältnismäßig große Anlage. Die intensive ma. und frühneuzeitliche handwerkliche Tuch- und Leinenweberei wurde im 19. Jh. auf Fabriken umgestellt. 1298 wird ein städtisches Kaufhaus auf dem Ring, 1383 an seiner Stelle das *Rathaus* erwähnt, das nach 1570 erfolgtem gründlichen Umbau 1863–64 in neugot. Stil erweitert wurde (1945 ausgebrannt, *Ruine*) und 1606 seinen

Turm erhielt. Die got. *Pfarrkirche Mariä Geburt* stammt in ihrem Kern aus dem 13. und 14. Jh., die spätgot. *Fabian- und Sebastian-Kapelle* von 1501. Die barocke *Mariensäule* datiert vom Jahre 1738. Die 1480 errichtete *Franziskanerkirche* wurde nach Zerstörungen im 30j. Krieg 1670–77 wiederaufgebaut, 1756 abgerissen, 1758 nach Plänen von Johann Innozenz Töpfer neu erbaut. Sie diente seit 1824 als *Gymnasialkirche*. Töpfer erbaute auch 1753–70 die *Kl.-Gebäude*. Das 1448 gegr. Kl. war 1541–1667 prot., dann wieder kath.; es wurde 1810 säkularisiert und 1921 erneut mit Franziskanern besetzt. Die *St. Annenkirche*, früher Dreifaltigkeitskirche, urspr. Friedhofskapelle, später ref. Kirche, ist ein Barockbau von 1776. Das *Johanneshospital*, eine Stiftung der Kgn. Kunigunde von 1281, hat seine Lage mehrfach verändert. Das Patronat der Pfarrkirche kam 1259 an die Johanniter von → Gröbnig, deren Komtur von 1282–1591 seinen Sitz in den L. er Kreuzhof verlegte.

In preuß. Zeit wurden Schafzucht und Flachsbanbau gefördert. Die Stadt erhielt 1856 Eisenbahnanschluß nach Ratibor, 1874 nach Jägerndorf, 1876 nach Deutsch Rasselwitz. Die Bev. stieg von 3123 Eww. 1787, 4565 1825 auf 12 700 1905 und 13 505 Eww. 1939 (1931: 34,27 qkm). 1961 hatte L. 9315 poln. Eww. (auf 16,24 qkm), 1971: rd. 11 500.

Politisch zunächst zu Mähren, dann zeitweise zu den Hztt. Troppau und Jägerndorf gehörend, bildete das L. er Gebiet 1365–94 und 1434–82 ein eigenes Pstm. und befand sich von 1523–1622 mit Jägerndorf im Besitz der prot. Ansbacher Hohenzollern, danach bis 1742 in der Hand der kath. Liechtensteiner, die seit der M. 17. Jh. die weithin evg. gewordene Stadt rekatholisierten. – Kirchlich blieb L. stets dem (Erz-) Bst. Olmütz unterstellt, in preuß. Zeit im Rahmen des Kommissariats → Katscher, in dem es zuletzt ein eigenes Dekanat bildete. – Das 1752 von den Franziskanern gegr. *Gymnasium* wurde 1802 in eine staatliche Anstalt umgewandelt und später durch eine Präparandie mit Lehrerbildungsseminar (1902–25) ergänzt. – 1921 stimmten L. Stadt und Land mit über 99% für den Verbleib bei Deutschland. 1945 erlitt die Stadt erhebliche Zerstörungen. (IIIa) *Me*

FTroska, *Gesch. der Stadt L.*, L. 1892. – RHofrichter, *Heimatkunde d. Kr. L.*, Bd. II 2, L. 1911. – L., eine alte dt. Stadt, hg. v. HGnielczyk (LV 45, 1997, Juli-H.). – EBednara, *D. Geburt d. dt. Stadt L.*, 1938. – LV 233, S. 799–803. – L. er Heimatbuch, hg. v. EBeigel u. JKlink, München 1950. – EJLehnert, *Unser Kr. L.*, Mainz 1950. – LV 234, Bd. 2, S. 163. – LV 612, S. 47

Alice Weidel und die Landesgrenze

Die Stadt, deren heutigen Namen die AfD-Partei-vorsitzende Alice Weidel nicht wissen will, hatte im Laufe ihrer bewegten Geschichte verschiedene Bezeichnungen. Erstmals wird der Ort im Jahr 1107 urkundlich erwähnt, unter dem Namen Glubczici, das damals zum böhmischen Mähren gehört. König Ottokar I. von Böhmen gründete dort um das Jahr 1224 die Stadt Lubschicz. Laut „Topographischen Handbuch von Oberschlesien“ aus dem Jahr 1864 wurde die Stadt erst ab 1551 Leobschütz genannt, zuvor Hlubschütz, Lubsitz, Lubschütz und Lobszyc.

VON FREDERIK SCHINDLER

„Wahrscheinlich ist Leobschütz durch Slawen begründet worden und gehörte ursprünglich zu Mähren“, heißt es in dem Buch. Im 13. Jahrhundert seien die Slawen während des sogenannten Mongolensturms vertrieben und durch deutsche Einwanderer ersetzt worden. 1742 fiel Leobschütz an Preußen. Im März 1945 eroberte die Rote Armee den Ort, in dem sich eine Panzergrenadier-Division der Waffen-SS befand. Kurz darauf wurde die Volksrepublik Polen als Verwalter eingesetzt. Die meisten Deutschen wurden daraufhin aus der Stadt vertrieben und verloren ihre Heimat. Die Stadt

In einer als rechtsextrem eingestuften Zeitschrift weigert sich die AfD-Chefin, den polnischen Namen des Heimatorts ihrer vertriebenen Familie zu akzeptieren. Ein Historiker macht ihr schwere Vorwürfe



Alice Weidel, Parteivorsitzende der AfD

wurde zunächst in Glabcezyce umbenannt, seit 1946 heißt sie Glabcezyce.

Für AfD-Chefin Weidel zählt noch immer allein der deutsche Name. In einem aktuellen Interview mit der von der Österreichischen Landsmannschaft herausgegebenen Zeitschrift „Der Eckart“ sagte Weidel auf die Frage nach dem Vertriebenenhintergrund ihrer Familie: „Weidel ist ein oberschlesischer Name, meine Familie väterlicherseits kommt aus Leobschütz. Ich habe mich immer geweigert, nachzuschauen, wie der polnische Name der Stadt lautet, und diese Stadt umzubenennen. Mein Vater hatte eine schreckliche Kindheit, er hat seine Eltern und seinen Bruder verloren.“

Der Historiker Jens-Christian Wagner, Professor für Geschichte an der Universität Jena und Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, erhebt aufgrund des Interviews schwere Vorwürfe gegen Weidel. „Wenn Frau Weidel de facto sagt, sie weigere sich, den nun polnischen Namen der Geburtsstadt ihres Vaters anzuerkennen, stellt sie die nach 1945 gezogenen Grenzen infrage und wendet sich gegen die Aussöhnung mit Polen und damit eine wesentliche Grundlage für ein friedliches Deutschland“, sagte er WELT. „Zudem blendet sie die Vorgeschichte und Ursache von Flucht und Vertreibung der Deutschen aus: den von Deutschland begonnenen Raub- und

Vernichtungskrieg gegenüber den Staaten Ostmittel- und Osteuropas.“

Damit konfrontiert sagte ein Sprecher von Weidel, dass sich die AfD-Chefin „in keiner Weise auf völkerrechtliche Belange“ beziehe. „Es ist sehr weit hergeholt, in die Worte eine Relativierung deutscher Verantwortung hineinzuinterpretieren.“

Bereits im Juni vergangenen Jahres hatte Weidel in einem Tweet das gesamte Ostdeutschland als „Mitteldeutschland“ bezeichnet. Auch dies kritisierte der Historiker Wagner scharf. „Damit suggeriert sie, dass die östlich gelegenen Gebiete, die seit 1945 zu Polen gehören, Ostdeutschland sind“, sagte er. „Weidel folgt in ihrer Terminologie klassischen revanchistischen Positionen der Vertriebenenverbände in den ersten Nachkriegsjahrzehnten.“ Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler hatte Weidel bereits im vergangenen Jahr vorgeworfen, mit dem Tweet „einen gegen Polen gerichteten Thrill“ zu verbreiten.

Weidels Sprecher weist dies ebenfalls scharf zurück. „Auch dieser Vorwurf ist haltlos und wird durch keine Aussage von Frau Weidel untermauert“, sagte er. „Die Bundesländer, die in diesem Jahr Landtagswahlen abhalten, gehören bis heute zum Sendebereich des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR). Lediglich Brandenburg gehört seit 2003 zum Sendebereich des RBB.“



Monatszeitschrift „Der Eckart“

um die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl in allen ostdeutschen Bundesländern – also auch um Mecklenburg-Vorpommern, das zum Sendebereich des Norddeutschen Rundfunks gehört und im Osten an Polen grenzt. Der MDR ist die Landesrundfunkanstalt für Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen nicht für den gesamten Osten.

„Auch die ‚Mitteldeutsche Zeitung‘ (MZ) wird sich kaum zur Hauptaufgabe gemacht haben, die Oder-Neiße-Linie infrage zu stellen“, sagte Weidels Sprecher weiter. Die „MZ“ erscheint allerdings lediglich in Sachsen-Anhalt, nicht im gesamten Ostdeutschland. Östlich des Verbreitungsgebiets befinden sich nicht die ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reiches, sondern Sachsen und Brandenburg.

Im Interview mit „Der Eckart“ wird Weidel auch auf die umstrittenen Äußerungen des AfD-Europa-Spitzenkandidaten Maximilian Krah zur SS angesprochen. Krah hatte bestritten, dass es sich bei SS-Offizieren grundsätzlich um Verbrecher handelt. „Bekommt man nun auch in der AfD Ärger, wenn man unbequeme Wahrheiten ausspricht?“, wird Weidel gefragt. In ihrer Antwort bestreitet sie nicht, dass es sich bei Krah's Äußerungen um „unbequeme Wahrheiten“ handle, sondern sagt: „Es geht in diesem Fall auch nicht um den historischen Wahrheitsgehalt seiner Aussage, in die Falle ist niemand getappt. Es geht darum, daß dies Themen sind, die von uns nicht aktiv in linken Publikationen ausgebreitet werden sollten.“ Diese Vorgaben habe Krah bedauerlicherweise nicht eingehalten.

„Frau Weidel zweifelt den Wahrheitsgehalt der Äußerung Krah's nicht an“, sagte der NS-Forscher Wagner hierzu.

Weidel und die Landesgrenze

sagte der NS-Forscher Wagner hierzu. „Sie stimmt seiner Äußerung damit implizit zu, verharmlost also ebenfalls die SS beziehungsweise deren Verbrechen.“ Weidels Sprecher hält dies für eine „böartige Unterstellung“: „Frau Weidel kritisiert die gesamte Thematisierung eines historischen Komplexes, der grundsätzlich als geschichtsrevisionistisch angesehen wird.“

› Die Österreichische Landsmannschaft (ÖLM) versteht sich als Lobbyorganisation für deutsche Minderheiten in Mittel- und Osteuropa. Das von der Republik Österreich und der Stadt Wien getragene Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) stuft sie als rechtsextreme Organisation ein.

› Der Politikwissenschaftler Bernhard Weidinger, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs, sagte WELT: „Die ÖLM ist seit Jahrzehnten fester Teil des deutschnationalen Vereinswesens in Österreich, das über 1945 hinaus am Bekenntnis zum deutschen Volkstum festgehalten hat. In ihrer Zeitschrift ‚Der Eckart‘ finden sich regelmäßig antisemitische, rassistische, revanchistische, revisionistische und verschwörungsmythische Inhalte.“ WELT liegen mehrere Ausgaben der Zeitschrift vor. In der Oktober-Ausgabe von 2023 wird etwa beklagt, dass der deutsche Bund der Vertriebenen den „Rechtsanspruch auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie und deren Nichtanerkennung als Grenze“ aufgegeben habe und mittlerweile „uneingeschränkt den Kurs der ‚Versöhnung‘ mit den früheren Gegnern“ verfolge.

Aus DIE WELT vom 26.07.2024, Seite 4

03) Die sudetendeutsche Frage ist noch nicht beantwortet

Von CR Gernot Facius

An der Definition der Sudetendeutschen Frage haben sich, wie man weiß, Generationen von Landsleuten abgearbeitet. Es ging um einen Schlüsselbegriff, der **Geschichte und Schicksal einer Volksgruppe** angemessen beschreibt. Zu einer verbindlichen Antwort ist es allerdings nicht gekommen. Soll man deshalb einen Schlußstrich unter das Problem ziehen? Nein, sagen prominente Landsleute. Zum Beispiel **Hans Knappek**, Vorstandsvorsitzender der **Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk** (SSBW). Im Vorgriff auf das große **Gedenkjahr 2025** (Beendigung des Zweiten Weltkriegs vor 80 Jahren) spricht er von einer Frage, an deren Beantwortung zu arbeiten sich noch immer lohnt: „Für alle Beteiligten und für ein dauerhaft befriedetes Europa.“ Es gehe allerdings in der heutigen Zeit nicht mehr darum „Recht“ zu sprechen, sondern „Zeichen“ zu setzen. Knappek holt in seiner Analyse weit aus, er erinnert an die Hoffnung auf eine Realisierung des **Rechts auf die Heimat** in einer „europäischen Lösung“ zu einer Zeit, in der das tschechische Volk seine Freiheit wiedergewonnen hatte, und konstatiert mit bitterem Unterton: Zu entsprechenden Gesprächen ist es in den „Wendejahren“ 1989/90 nicht gekommen. **Václav Havels** Äußerung, dass er persönlich die Vertreibung als „*zutiefst unmoralische Tat*“ verurteile, wurde von der **tschechischen Öffentlichkeit nicht geteilt**. Sie blieb somit folgenlos. Die neuen Regierungen in Prag verweigerten sich Gesprächen mit den Sudetendeutschen und **verteidigten die Beneš-Dekrete**. Und die deutsche Bundesregierung in Berlin? Knappek: „Sie setzte sich in keiner Weise für ein wie immer geartetes **Heimatrecht der Sudetendeutschen** ein... Eine womöglich letzte Hoffnung darauf, dass mit Hilfe von Rechtsmitteln das Vertreibungsunrecht thematisiert und in welcher Weise auch immer korrigiert wird, war mit der Aufnahme der Tschechischen Republik in die EU 2004 verbunden. Mit Rechtsgutachten ausgestattet, plädierte die Führung der Volksgruppe dafür, dass die Tschechische Republik vor einem Beitritt die **Vertreibungsdekrete** und das **Straffreiheitsgesetz aufheben** müsse. Die europäischen Staaten und das Europaparlament sahen dies anders. Die demonstrativen **zehn Gegenstimmen der CSU-Abgeordneten** blieben **ohne Wirkung**.“

Der Autor stellt zu Recht die Frage: Gibt es also noch eine Sudetendeutsche Frage, nachdem sich niemand gefunden hatte, der Recht gesprochen hätte, und nachdem sich (fast) alle Beteiligten ehrlich freuen, dass das **deutsch-tschechische Verhältnis** unter **entscheidender Mithilfe der Sudetendeutschen** „*noch nie so gut*“ war wie heute? Knappek: „Ich meine Ja!“ Gleichzeitig versucht er zu differenzieren. Er hält die Sudetendeutsche Frage nicht mehr für eine **Rechtsfrage** im eigentlichen Sinn. Entscheidend ist für ihn vielmehr, wie die Tschechische Republik mit „ihren Deutschen“ umgeht. Der Autor zitiert unter anderem den verstorbenen ehemaligen tschechischen Außenminister **Karl von Schwarzenberg**, der sehr früh, lange vor dem aktuellen Staatspräsidenten **Petr Pavel**, die Überzeugung äußerte, dass **ein Verbrechen** noch lange **kein weiteres Verbrechen rechtfertigt**: „Wir Tschechen haben eben nicht von Masaryk gelernt und uns anders verhalten. Wir haben das leider nicht geschafft, und darin liegt für mich die Tragödie.“ Für Schwarzenberg war die **Vertreibung** kein deutsches oder österreichisches Problem. „Sie ist ein **Problem der Tschechen**. Wir müssen irgendwie damit klarkommen, dass auch wir in unserer Geschichte **nicht immer die Unschuldslämmer** waren.“ Die Sudetendeutsche Frage, schließt Knappek, sei deshalb „zuvorderst“ eine **Frage der Tschechen geworden**. Ihre Klärung führe nicht zu einer Rückkehr der Sudetendeutschen, sondern zur „Wahrheit für das tschechische Volk“. Es gehe heute, um das noch einmal zu betonen, nicht mehr darum, Recht zu sprechen, sondern „Zeichen“ zu setzen. Ob „**Zeichensetzen**“ allein **genügen wird**, das muss sich allerdings noch herausstellen. Das Gedenkjahr 2025 böte eine gute Gelegenheit, um eine **ehrliche Antwort zu geben**. Ob die Politik sie wahrnimmt? Das bleibt eine gute Frage.

1) Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur Unterstützung*)

Die finanzielle Lage der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin ist schwierig. Gründe sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gegenwärtig der Ausfall sämtlicher Veranstaltungen, die nicht nur Kosten verursachen, sondern – von Fall zu Fall – auch für die nötigen Einnahmen sorgen können.

Wir sind für unsere Arbeit vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Das heißt einerseits: wir dürfen keine Rücklagen bilden (mit denen wir jetzt wirtschaften könnten, unsere Miet- und anderen Kosten selbst tragen), aber wir dürfen für Ihre großzügige Spende eine Spendenquittung ausstellen.

Wir haben die herzliche Bitte, unsere Arbeit durch eine Geldspende zu unterstützen, damit unsere Tätigkeit weitergehen kann. Wir arbeiten ehrenamtlich.

Sie erhalten am Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung, unsere Arbeit ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt!

Unsere Bankverbindung (Zusatz „Spende“ auf der Überweisung nicht vergessen!):

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Konto bei der Postbank Berlin

IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 **BIC** BNKDEFF

Unsere Einnahmen und Ausgaben

Die Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin ist vom Finanzamt für Körperschaften als „gemeinnützig“ anerkannt. Das heißt auch: wir dürfen keine finanziellen Rücklagen bilden. Die Mitgliedsbeiträge reichen zur Finanzierung unserer anerkannt guten Arbeit nicht aus, Einnahmen durch Veranstaltungen konnten wir während der Corona-Pandemie nicht erzielen. Die Kosten laufen aber weiter. Daher sind uns Spenden hochwillkommen.

Mitgliedsbeitrag Person / Jahr:

Einzelmitglied € 60,00 (bisher: € 52,00);

Ehepaare je Person € 50,00 (bisher: € 45,00)

Sonderbeitrag für AGOM-Mitglieder

(abgeschlossener Kreis)

€ 25,00 (wie bisher),

2) Spenden-Aufruf der AG Ostmitteleuropa

Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. Berlin

Mitglied im Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen

Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

Brandenburgische Straße 24 Steglitz, D – 12167 Berlin
Konto Nr. IBAN DE 39
100100100065004109
Postbank Berlin

Tel.: 030/257 97 533 Büro
www.ostmitteleuropa.de
post@ostmitteleuropa.de

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke,

29.07.2024

stv. Vors.: Frau Ute Breitsprecher, Schatzmeisterin: Frau Angelika Hanske

Liebe Mitglieder, liebe Förderer und liebe Freunde der AG Ostmitteleuropa!

Seit der Gründung der AG Ostmitteleuropa e. V. (AGOM) im Jahre 1982 in der „Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin gegr. 1828“ sind 42 Jahre vergangen. In diesen Jahrzehnten haben wir erfolgreich Vortragsveranstaltungen mit guten Referenten, Tageswanderungen, Lehrerseminare und – in Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin - auch Studienfahrten zu attraktiven Zielen durchgeführt. eindrucksvolle Zwischenbilanz unserer erfolgreichen Arbeit war auch die Broschüre „30 Jahre 1982-2012“. In acht Jahren wird eine neue Bilanz in Form einer Broschüre vorzulegen sein!

Die Jahre sind aber auch nicht ohne Verluste vorbeigegangen. Einige unserer fleißigen ehrenamtlichen Mitarbeiter haben uns inzwischen verlassen. Ich denke da vor allem an Ulrich Galandi, Prof. Dr. Udo Götze, Anton Grossmann, Oswald Jannermann, Frau Brigitte Jöst, Joachim und Ruth Schlenk. Diese Personen und viele andere mehr haben unsere Arbeit gefördert, die sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert.

In den letzten Jahren waren die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie eine erhebliche Hürde für eine weitere erfolgreiche Arbeit. Wir spüren das bis heute, so dass wir unsere Arbeit auch finanziell einschränken mussten und müssen.

Trotz der schwierigen Lage finden unsere Vortragsveranstaltungen weiterhin statt, die Besucherzahlen sind noch nicht wieder auf dem alten Stand. Unsere Seiten im weltweiten Netz werden ständig aktualisiert. Tagesfahrten konnten zuletzt leider nicht mehr angeboten werden. In der Folge dieser Lage sind auch die Einnahmen zurückgegangen.

Und so wenden wir uns heute mit einer sehr ernsthaften Bitte an Sie:

Besuchen Sie unsere Veranstaltungen, spenden Sie für unsere Arbeit, indem Sie den Mitgliedsbeitrag freiwillig erhöhen bzw. eine einmalige oder auch Dauerspende auf unser im Briefkopf genanntes Konto bei der Postbank Berlin einzahlen. Wir sind sparsam und setzen unsere Mittel sparsam und überlegt ein. Trotzdem ist die finanzielle Lage ernst! Bitte, helfen Sie uns, unsere Arbeit fortzusetzen!

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand

mit Reinhard M. W. Hanke, Ute Breitsprecher und Angelika Hanske

BdV: Die „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung



„Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss entzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

Bankverbindung
Deutsche Bank Bonn

BdV Förderverein

IBAN:
DE54 3807 0059 0077 0107 00

BIC:
DEUTDEDK380



3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.

Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

H. P. Brogiato

**Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften
Heimatzeitschriften erbeten**

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (<http://ifl.wissensbank.com>). Da die Bibliothekslandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen. Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato

Leibniz-Institut für Länderkunde

GZB – Heimatzeitschriften

Schongauerstr. 9

04328 Leipzig

E-Mail: h_brogiato@ifl-leipzig.de

Ruf: 0341 600 55 126

So wahr mir Gott helfe: Der Amtseid des Bundeskanzlers



Amtseid: Olaf Scholz am 08.12.2021 im Bundestag mit Parlamentspräsidentin Frau Bärbel Bas bei der Vereidigung zum neunten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Bei der Vereidigung verzichtete er als zweiter Bundeskanzler nach Gerhard Schröder (SPD) auf den Gottesbezug in der Eidesformel. Der Zusatz "So wahr mir Gott helfe" ist freiwillig. Der 63-Jährige ist der vierte SPD-Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik - nach Willy Brandt (1969-1974), Helmut Schmidt (1974-1982) und Gerhard Schröder (1998-2005). Die CDU stellte bislang die vier Kanzler Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Helmut Kohl sowie zuletzt Kanzlerin Merkel. Bild: ZDF

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/olaf-scholz-bundeskanzler-ampel-100.html>

„So wahr mir Gott helfe“:

Laut Artikel 64 des Grundgesetzes müssen Kanzler und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag den Amtseid leisten. Artikel 56, der die Vereidigung durch den Bundespräsidenten vorsieht, legt den Wortlaut fest. In Artikel 56 heißt es:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Du musst denken, dass du morgen tot bist, musst das Gute tun und heiter sein.
Freiherr vom Stein

„Wird der Zweifel Gegenstand des Zweifels, zweifelt der Zweifelnde am Zweifel selbst, so verschwindet der Zweifel.“

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der am 27. August 250. Geburtstag hat, in seinen Vorlesungen über die „Philosophie der Religion“ (Berlin 1832).

Aus: Der Tagesspiegel, 19.08.2020, S. 6.

**„Berlin braucht bessere Schulen.
Kann ja nicht jeder Politiker werden.“**

Kampagnenspruch der CDU Berlin – in Orange auf Schwarz und illustriert mit Merkelraute. Eine PR-Aktion, für die es via Twitter gleich viel Kritik gab. Weil: Was soll das eigentlich bedeuten?

Aus: Der Tagesspiegel, 12.08.2020, S. 6.

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaeetze.pdf>

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01)** Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02)** Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03)** Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf>

**A. f/g) Bund der Vertriebenen mit den Ostdeutschen Landsmannschaften
Landesgruppen und Heimatkreise; Blick auf/in Zeitschriften
(Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)
Seiten A 17 – A 46**

01) Tag der Heimat 2024 in Berlin



27.05.2024
de

Der Präsident

BdV – Bund der Vertriebenen, Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn

An die
Landsmannschaften, Landesverbände,
außerordentlichen Mitgliedsverbände,
landsmannschaftlichen Landesgruppen,
BdV-Bezirks- und Kreisverbände,
Heimatkreisgruppen und an
das BdV-Präsidium sowie
den Bundesausschuss

Dr. Bernd Fabritius

BdV-Bundesgeschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007 30
Telefax +49 (0)228 81007 52
E-Mail info@bdvbund.de
Internet www.bund-der-vertriebenen.de

Bonn, im Mai 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Landsleute,

unsere zentrale Festveranstaltung zum **Tag der Heimat 2024** findet in diesem Jahr am

**Samstag, den 24. August 2024,
12.00 bis 14.00 Uhr
in der Französischen Friedrichstadtkirche,
Gendarmenmarkt 5, 10117 Berlin**

statt.

Mit diesem Schreiben lade ich Sie und den Verband, dem Sie vorsitzen, herzlich nach Berlin ein. Wir wollen in Berlin ein kraftvolles Zeichen für den Bund der Vertriebenen und unser verständigungspolitisches Engagement setzen.

Unser Leitwort lautet: **„Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“.**

Die deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler auf der einen Seite und deutsche Minderheiten auf der anderen Seite haben ein tiefes und ehrliches Interesse an einem geeinten und friedlichen Europa. Die Vertriebenen haben dies bereits 1950 in ihrer Charta ausdrücklich als eines der wichtigsten Ziele ihrer Arbeit festgehalten.

Angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges, den Russland nach wie vor gegen die Ukraine führt, erscheint es uns gerade jetzt notwendig, daran zu erinnern, welchen Wert Frieden hat und wie wichtig er auch für diejenigen Menschen ist, durch welche die Beziehungen zwischen den Staaten deutlich vorangebracht und stabilisiert werden. Heimatrecht, Minderheiten- und Volksgruppenrechte, das Recht auf die eigene ethnische und kulturelle Zugehörigkeit und Identität – all das kann nur dort gedeihen, wo Menschenrechte geachtet, Freiheit gelebt und Friede gehalten wird.

Für den Tag der Heimat am 24. August 2024 ist folgender Zeitrahmen geplant:

- | | |
|-------------------|---|
| 12.00 - 14.00 Uhr | Festveranstaltung zum Tag der Heimat
Französische Friedrichstadtkirche |
| 15.30 Uhr | Kranzniederlegung am Zentralen Mahnmal
der deutschen Vertriebenen
Theodor-Heuss-Platz, Berlin |

Die Teilnahme am Festakt in der Französischen Friedrichstadtkirche ist aus Sicherheitsgründen nur mit Einlasskarte möglich. Bitte melden Sie Ihren Teilnahmewunsch direkt der Bundesgeschäftsstelle. Wenn Sie als Verband Einlasskarten-Kontingente erhalten möchten, benötigen wir im Vorfeld von Ihnen Teilnehmerlisten, mindestens mit Namen (Vor- und Zuname) und Geburtsdatum der Teilnehmer. Da nur eine bestimmte Anzahl von Plätzen vorhanden ist, fordern Sie bitte nur so viele Einlasskarten an, wie Sie wirklich benötigen. Berücksichtigen Sie bei Ihrer Planung, dass der Einlass in der Französischen Friedrichstadtkirche ab 10.45 Uhr beginnt und die Plätze bis 11.45 Uhr einzunehmen sind. Stehen ist aus Sicherheitsgründen nicht erlaubt. Das Mitführen von Transparenten, Plakaten, Handzetteln usw. ist nicht gestattet. Wir bitten zudem um eine dem besonderen Anlass entsprechende Kleidung; Freizeitkleidung ist nicht angebracht.

Für Gruppenreisen per Bus oder Bahn können auf Antrag Zuschüsse gewährt werden. Hierzu muss **vorher schriftlich** ein formloser Antrag an die BdV-Bundesgeschäftsstelle gestellt werden. Die Bezuschussung erfolgt in der Nachbereitung der Veranstaltung und nur gegen Vorlage entsprechender Rechnungen, einer Namensliste der Teilnehmer an der Fahrt sowie an der Festveranstaltung. Bitte teilen Sie uns Ihre Bankverbindung auf Ihrem formlosen Antrag direkt mit. Auf den Zuschuss besteht kein Rechtsanspruch.

Sollten Sie verhindert sein, an der Festveranstaltung teilzunehmen, haben Sie die Möglichkeit, diese online zu verfolgen. Die Veranstaltung wird aufgezeichnet und im Internet übertragen.

Bitte teilen Sie uns spätestens bis zum **9. August 2024** auf beigefügtem Antwortformular mit, ob Sie an der Veranstaltung teilnehmen möchten und fügen ggf. eine Teilnehmerliste bei.

Ich freue mich darauf, Sie zu unserem Tag der Heimat 2024 begrüßen zu können.

Mit besten Grüßen



Dr. Bernd Fabritius

Anlagen

- Anmeldeformular
- Teilnehmerliste

02) DOD Deutscher Ostdienst. Nachrichtenmagazin des Bundes der Vertriebenen. 67. Jahrgang, Nr. 3, 2024 (Auszug)

DOD DEUTSCHER OSTDIENST

67. Jahrgang | Nr. 3 | 2024

Nachrichtenmagazin des Bundes der Vertriebenen



**Vorbild für
europäische Verständigung**

AUSTELLUNG
Großes Treffen der Ostpreußen
in Wolfsburg

POLITIK
Flucht und Vertreibung sind Menschheits-
themen

BdV



https://doc-04-30-apps-viewer.googleusercontent.com/viewer/secure/pdf/qqvb3d5itcimoplb2ak410jrdnb6hfnr/itdcjcbllu5rssfjegggoqgljfs7f0qd/1722249150000/gmail/00870604783055805934/ACFrOgBkR2XjZ9H-bsW8n07jk_-fEMyo9OS5csHBKfVtDmpVLSO0CYKiFwL7cGEYgnw4XGyn6On41GJFDmf3Aya1c4CPUUVGHP8cBhEm62TR9vOzWbLCmEwPibKQaYHcMp_R_-D3YOCzCBX8KFLt?print=true&nonce=el1mcihb357as&user=00870604783055805934&hash=d8au8r12Ielp1dd4uk5fqstcgt4ttfe1

JETZT BESTELLEN



ZENTRUM
GEGEN
VERTREIBUNGEN

Kataloge zu den Ausstellungen der Stiftung

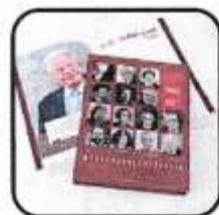
ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN



EINZELKATALOG | 5 € Stück

- Die Gerufenen Expl.
- Erzwungene Wege Expl.
- Angekommen Expl.
- In Lagern Expl.
- Verschwundene Orte Expl.

KATALOGSAMMLUNG | 25 € Stück Expl.



FRANZ-WERFEL-MENSCHENRECHTSPREIS | 14,95 € Stück

Dokumentationsband der Preisträger 2003–2023 Expl.

zzgl. Versandkosten

Rechnungsadresse

Lieferadresse (nur bei Abweichung ausfüllen)

Rechnungs- und Lieferadresse sind identisch

.....
Name, Vorname

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Hausnummer

.....
Straße, Hausnummer

.....
PLZ, Ort

.....
PLZ, Ort

ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN

Organisationsbüro | Godesberger Allee 72-74 | 53175 Bonn | Tel.: 0228/81 007 30 | Fax: 0228/81 007 52
Konto: Deutsche Bank | IBAN: DE76 380 700 240 3171717 00 | BIC: DEUT DE DB380

www.z-g-v.de | info@z-g-v.de

LIEBE
LESERINNEN
UND LESER,



Wer die großen Heimattage besucht, der versteht, warum unser „Kulturparagraf 96“ als eine unverzichtbare Säule neben Konservierung und Erforschung ausdrücklich auch die „Weiterentwicklung der Kulturleistungen“ mit umfasst.

Liebe Leserinnen und Leser,

wer sehen möchte, was die lebendige Kulturarbeit unserer Verbände alles zu bieten hat, der muss die Pfingsttreffen der Sudenteutschen, der Banater Schwaben oder der Siebenbürger Sachsen besuchen – oder im Frühsommer die Deutschlandtreffen der Ostpreußen oder der Schlesier.

Diese großen Heimattreffen sind immer auch Momente des Gedenkens. Vor allem aber sind sie Momente, wo die Landsleute deutlich signalisieren: „Wir sind noch da. Wir wollen zeigen, wer wir sind und woher wir kommen. Wir haben Lust auf Heimat und Kultur. Wir haben Lust auf Gemeinschaft. Wir haben Lust auf Zukunft.“ Immer stärker sind die Treffen außerdem zu Magneten für Besucher aus den Heimatgebieten geworden und stärken somit unser verständigungspolitisches Engagement.

Wer einmal mit offenem Herzen dort gewesen ist, der versteht, warum unser „Kulturparagraf 96“ Teil eines Bundesgesetzes ist, der als eine unverzichtbare Säule neben Konservierung und Erforschung ausdrücklich auch die „Weiterentwicklung der Kulturleistungen“ mit umfasst. Dazu nimmt der Besucher vielleicht auch einen Eindruck davon mit, warum es unerlässlich ist, diese Kulturpflege – die ja nicht mehr in der Heimat erfolgen kann – auch weiterhin verlässlich zu unterstützen. Wir wollen nicht musealisiert werden.

Die Alternative wäre trostlos. Dokumentation und Forschung funktionieren auch ohne lebendige Anschauungsobjekte. Daher gilt es ganz besonders, am vollständigen gesetzlichen Auftrag festzuhalten und die Verantwortung für das Kriegsfolgeschicksal der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, der Aussiedler und Spätaussiedler auch zukünftig anzunehmen. Dieses Schicksal muss als eigenständiger Teil der deutschen Geschichte erzählt und auch die aktive Kulturarbeit nachhaltig gefördert werden.

Mit besten Grüßen


Dr. Bernd Fabritius

Termine

Juli

13.07.	LV Baden-Württemberg	Landesverbandstag	Stuttgart
17.07.	LV Baden-Württemberg	Vortrag/Lesung	Stuttgart
27.-28.07.	LM der Banater Schwaben	300 Jahre Deutsche Ansiedlung Perjamosch	Perjamosch/Banat
28.07.	LM Schlesien	Mutter-Anna-Wallfahrt	Velbert-Neriges

August

30.07.-02.08.	Pommersche LM	Pommernfahrt	Misdroy/Polen
31.07.	Pommersche LM	PKST-Jahrestagung	Misdroy/Polen
02.08.	LM der Banater Schwaben	Deutsche Wallfahrt im Banat	Maria Radna
02.-04.08.	Frauenverband im BdV	„Ungarndeutsche Frauen in Geschichte und Gegenwart“	
04.-05.08.	LM der Banater Schwaben	300 Jahre Guttenbrunn im Banat	Guttenbrunn/Banat
05.08.	LV Baden-Württemberg	Chartafeier	Stuttgart
10.08.	LV Hessen	Arbeitstagung der BdV-Kreisverbände	
15.08.	LV Thüringen	Zentraler Tag der Heimat in Thüringen	
23.08.	BdV-Bundesverband	„30 Jahre Freundschaftsvertrag BdV + VdG“	Erfurt
24.08.	LV Baden-Württemberg	Bundesversammlung	Berlin
24.08.	BdV-Bundesverband	Fahrt zum „Tag der Heimat“	Berlin
24.08.	BdV-Bundesverband	„Tag der Heimat“ – Zentrale Auftaktveranstaltung	Berlin
25.08.	LV Rheinland-Pfalz	„Kranzniederlegung“	Berlin
		Tag der Heimat und Mitgliederversammlung	Speyer

September

08.09.	LV Sachsen/Schlesische Lausitz	Sächsischer Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung	Knappenrode
14.09.	LV Bayern	Zentraler Tag der Heimat	München
14.09.	LV Niedersachsen	Tag der Heimat	Hannover
15.09.	LV Baden-Württemberg	Tag der Heimat und Kranzniederlegung	Stuttgart
15.09.	LV Hessen	Zentraler Tag der Heimat	Wiesbaden
20.09.	Bessarabiendeutscher Verein	Gedenktag: „Verschwundene Umsiedler“	Stuttgart
20.-22.09.	LM Ostpreußen	Geschichtsseminar	Helmstedt
21.09.	LV Hamburg	Tag der Heimat	Hamburg
21.-22.09.	LM Schlesien	Hindenburg Heimattreffen	Essen

Oktober

05.10.	LV Hessen	Herbstbasteln mit musikalischer Begleitung	
05.-06.10.	Pommersche LM	Kulturtagung	Travemünde
07.-13.10.	LM Ostpreußen	Werkwoche	Helmstedt
13.10.	LV Baden-Württemberg	Volksmusikkonzert der DJO	Kornal
18.-19.10.	LV Baden-Württemberg	Landeskulturtagung	Stuttgart
23.10.	LV Baden-Württemberg	Vortrag/Lesung	Stuttgart
30.10.	LV Hessen	Ausstellungseröffnung: „Ungehört – die Geschichte der Frauen. Flucht, Vertreibung und Integration“	

November

01.11.	LM Ostpreußen	Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden	Wuppertal
02.-03.11.	LM Ostpreußen	Ostpreußische Landesvertretung	Wuppertal
05.11.	LV Thüringen	Vereinstag (Delegiertenversammlung)	Erfurt



Impressum

Herausgeber und Verlag:

BdV – Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn

Telefon: (0228) 810 07-26/28
Telefax: (0228) 810 07-52
E-Mail: markus.patzke@bdvbund.de
Internet: www.Bund-der-Vertriebenen.de

Bankverbindung:

Commerzbank
BIC: COBADE33XXX
IBAN: DE52 2504 0007 0111 7043 00

Chiefredaktion:

Markus Patzke

Layout:

Topfisch Werbeagentur
Sandra Bagelin
Niemöllerallee 46
59555 Lippstadt
Telefon: (02941) 742 623 4

Druck:

DCM Druck Center
Meckenheim GmbH
Werner-von-Siemens-Str. 13
53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 88 93 550

Erscheinungsweise:

zweimonatlich

Bezugspreis im
Jahresabonnement: 48,- Euro
für BdV-Mitglieder: 36,- Euro

Abdruck nach Vereinbarung

Die mit Namen oder Chiffre gezeichneten Artikel geben
nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Gefördert durch



zugleich einen Bestandteil
des Deutschen Bundesratges

DOD DEUTSCHER OSTDIENST

Nachrichtenmagazin des Bundes der Vertriebenen

Immer auf dem Laufenden bleiben!



Mein Abonnement

Ich bestelle ein Abonnement der Zeitschrift des Bundes der Vertriebenen „DOD – Deutscher Ostdienst“. Der DOD erscheint zweimonatlich. Der reguläre Bezugspreis im Jahresabonnement beträgt 48,- Euro, für BvV-Mitglieder 36,- Euro. Sie können auch ein Schnupper-Abo zum Vorzugspreis von 10,- Euro für drei Ausgaben bestellen. Das Angebot endet automatisch. Bitte füllen Sie auch die nebenstehende Einzugsermächtigung aus.

- Ich bestelle ein Jahresabo.
- Ich bestelle ein Schnupperabo.
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft.

Name, Vorname:

Straße, Haus-Nr.:

PLZ & Ort:

E-Mail:

Telefon:

Ort, Datum und Unterschrift

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 73 ZZZ 00000318658

Ich ermächtige den Bund der Vertriebenen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Bund der Vertriebenen auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Kreditinstitut (Name und Sitz der Bank)

.....

Bic (Swift-Code):

IBAN:

halbjährlich

- 18,00 € Mitglieder (Nachweis bitte beifügen)
- 24,00 € Nichtmitglieder

jährlich

- 36,00 € Mitglieder (Nachweis bitte beifügen)
- 48,00 € Nichtmitglieder
- 10,00 € Schnupperabo; 3 Ausgaben (einmalig)

Ort, Datum und Unterschrift





FRANTIŠEK HÝBL **WAS GESCHAH**
AM 18. UND 19. JUNI 1945
AUF DEN SCHWEDEN-
SCHANZEN BEI PRERAU?

VERLAG TSCHIRNER & KOSOVÁ PRÄSENTIERT EINE DOKUMENTATION DES TSCHECHISCHEN HISTORIKERS
FRANTIŠEK HÝBL MIT DEM TITEL »WAS GESCHAH AM 18. UND 19. JUNI 1945 AUF DEN
SCHWEDENSCHANZEN BEI PRERAU?« MIT EINEM VORWORT VON JIŘÍ PADEVĚT 164 SEITEN
ZEITGESCHICHTE MIT AKTEUREN AUS DER TSCHECHOSLOWAKEI ES HANDELT VON 267 ERMORDETEN
KARPATENDEUTSCHEN UND EIN BIS HEUTE UNGESTRAFTES VERBRECHEN

ISBN 978-3-9825526-4-4 LADENPREIS 49,80 €

03) Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich beantrage die Aufnahme als außerordentliches Mitglied gemäß § 3, Absatz 2 der Satzung vom 2. März 2016 in den Frauenverband im BdV e.V.

Ich möchte Mitglied werden und bitte um Zusendung der Satzung des Frauenverbandes.

Name, Vorname: _____

Anschrift: _____

Geburtsort: _____

Als Beitrag für den Frauenverband entrichte ich jährlich 50,- Euro.

Mein Herkunftsgebiet bzw. das meiner Familie ist/ Ich engagiere mich in der Landsmannschaft oder Gliederung: _____

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an die Adresse der Vorsitzenden:

Aufnahme im Vorstand beschlossen am: _____

Der MV mitgeteilt am: _____

FRAUENVERBAND
im Bund der Vertriebenen e.V.

HOMEPAGE
www.frauenverband-bdv.de

PRÄSIDENTIN
Dr. Maria Werthan
Pochmühlenweg 85
52379 Langerwehe

KONTAKT
+ 49 (0) 2423/4070756
maria.werthan@frauenverband-bdv.de

SPENDEN

Unser Verein ist gemeinnützig.
Spenden sind absetzbar.

IBAN:
DE63 3806 0186 4961 3860 18
Volksbank Köln-Bonn



Frauenverband
im Bund der Vertriebenen e.V.

WWW.FRAUENVERBAND-BDV.DE

ÜBER UNS

14 Millionen Deutsche wurden in den Kriegs- und Nachkriegsjahren aus den jeweiligen Siedlungsgebieten im Osten, Südosten und Ostdeutschland deportiert oder vertrieben. Sie durften nicht zurückkehren. Unterstützung und Hilfestellung in diesen Ausnahmesituationen war lebenswichtig.

Daher gründeten 1959 engagierte Frauen den Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V., um einander zu helfen und Orientierung zu geben.

Der Frauenverband ist ein eigenständiger Verein, Mitglied im Bund der Vertriebenen, im Deutschen Frauenrat und im Deutschen Frauenring. Gemeinsam mit diesen Verbänden engagieren wir uns für die gleichberechtigte Stellung der Frauen in unserem Land.



UNSERE GRUNDSÄTZE

Der Frauenverband ist dem Grundgesetz, der UN-Charta der Menschenrechte und der Charta der deutschen Heimatvertriebenen verpflichtet.

Im Sinne eines friedlichen Miteinanders in einem geeinten Europa pflegen wir regelmäßigen Gedankenaustausch bei unseren Reisen und Tagungen.

Wir treffen uns mit den Heimatvertriebenen sowohl in den Herkunftsländern als auch bei unseren Seminaren in Deutschland.

Als Frauenverband sind wir stets auf der Suche nach neuen Ideen und Kontakten, insbesondere zu der jungen Generation.

UNSERE ARBEIT

Wir setzen uns für die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht eines Jeden und für die Erleichterung des Schicksals von Geflüchteten und Vertriebenen ein.

Wir schätzen und pflegen unser kulturelles Erbe und vermitteln es an die nächsten Generationen.

Unsere Erinnerungskultur ist Teil der deutschen und europäischen Geschichte.

Wir setzen uns für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft ein.

Wir fordern ein weltweites Verbot von Vertreibungen.

UNSERE ANGEBOTE

Begegnungs- und Verständigungsarbeit
Grenzüberschreitende Projekte
Bildungs- und Besuchsreisen
Projekte mit Jugendlichen
Internationale Tagungen
Publikationen

FRAUENVERBAND IM BDV
e.V.



04) Frauenkreis im Bund der Vertriebenen e.V. in Berlin

„Die vertriebenen Frauen des Frauenverbandes im BdV e.V. treffen sich einmal monatlich (immer am 4. Donnerstag im Monat). Wir setzen uns selbst die Themen und diskutieren rege darüber. Interessierte Frauen können gerne dazu kommen“. (Anm. der Redaktion: Männer doch auch!?)

Kontakt: Ruf 030-324 48 38 Frau Wallbaum.

Ort: Begegnungsstätte „Jahresringe e. V“, Stralsunder Str. 6, in 13355 Berlin-Mitte, Tram 10, U8 Bernauer Str.

**05) Westpreußen-Kongress 27.- 29.09.2024 in Warendorf:
Westpreußens kurzes Silbernes Zeitalter – Aufbruch der preußischen
Provinz in der Kaiserzeit**

FREITAG, 27.9.2023

14:00 bis 17:00 Uhr

Anreise

18:00 Uhr

Abendessen

19:30 Uhr

Begrüßung der Teilnehmerinnen und
Teilnehmer – Eröffnung der Tagung

Einführung in die Kongress-Thematik

Prof. Dr. Erik Fischer, Bonn

20:00 Uhr

Aufbruch und Emanzipation? Von der »Provinz Preußen« zur Wiederbegründung der
Provinz Westpreußen 1878

Dr. Christian Pletzing, Flensburg

Sonnabend, 28. 9. 2023

08:00 Uhr

Frühstück

09:00 Uhr

Die wirtschaftliche Entwicklung der Provinz Westpreußen im Deutschen Kaiserreich

PD Dr. Lutz Oberdörfer, Greifswald

10:20 Uhr

Kaffeepause

Seite A 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

10:40 Uhr

Die Rückbesinnung auf Westpreußens »Goldenes Zeitalter«: Das Projekt des Deutschen Ordens und seine Vollendung in der Hohenzollern-Herrschaft

Martin Koschny M.A., Warendorf

12:00 Uhr

Mittagessen

13:30 Uhr

Museologischer Workshop: Westpreußens »Silbernes Zeitalter« im Museum

Leitung: Martin Koschny M.A. (Kurator) und Prof. Dr. Erik Fischer

14:45 Uhr

Abfahrt zum Westpreußischen Landesmuseum

15:30 Uhr

Besichtigung der Sonderausstellung (mit deutsch- und polnischsprachigen Führungen):

Tanz auf dem Vulkan – Erfindung und Untergang einer preußischen Provinz in der Kaiserzeit

17.30 Uhr

Rückfahrt zur Tagungsstätte

18.00 Uhr

Abendessen

19:30 Uhr

Nationale Spaltung statt regionaler Integration: Die Polenpolitik im Deutschen Reich und ihre Konsequenzen für die Provinz Westpreußen

Prof. Dr. Jens Boysen, Warschau

SONNTAG, 24. 09. 2023

08:00 Uhr

Frühstück

Seite A 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

09:00 Uhr

Bekenntnisse zum Reich und zu Deutschland: Imperiale Stadtarchitektur und die Besetzung des öffentlichen Raums in Westpreußen

Joanna Stanclik M.A., Thorn

10:10 Uhr

Kaffeepause

10:20 Uhr

Farben – Töne – Wörter – Bilder

Die Landessymbole der autonomen preußischen Provinz Westpreußen

Prof. Dr. Bettina Schlüter, Bonn

11:30 Uhr

Abschlussdiskussion

Leitung: Prof. Dr. Erik Fischer

12:00 Uhr

Schlusswort und Verabschiedung

Änderungen vorbehalten: Stand: 24. Juli 2024

Westpreußen-Kongress 2024

Westpreußens kurzes Silbernes Zeitalter –
Aufbruch der preußischen Provinz
in der Kaiserzeit

Unter diesem Titel plant die Westpreußische Gesellschaft den diesjährigen Westpreußen-Kongress, der

vom 27. bis zum 29. September 2024

in Warendorf (im Bildungszentrum der DEULA Westfalen-Lippe) stattfinden soll.

Die Anmeldefrist endet am Donnerstag, dem 12. September.

Wenn Sie zu den Ankündigungen und Plänen Rückfragen oder Anregungen haben sollten, nutzen Sie dafür bitte die E-Mail-Adresse

veranstaltungen@westpreussische-gesellschaft.de.

<https://kongress2024.westpreussische-gesellschaft.de/tagungsprogramm.html>



Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 – Steglitz 12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
<westpreussen-berlin.de>
Postbank Berlin, IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF

Westpreußischer Gesprächskreis,

Ort: jeweils sonnabends im Restaurant „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10719 Berlin, S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

06) Sonnabend, 03.08.2024, 15:00 Uhr: Ost- und Westpreußen in Gedichten.
Mit Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke und Ute Breitsprecher und weiteren Teilnehmern.

Weitere Termine:

12.10.2024 und 07.12.2024.

07) Tagesfahrten: Bahnfahrt nach Wismar (Deutschlandticket)

Stadtführung in Wismar durch Herrn Dr. Ernst Weichbrodt (Wismar) vom Kulturwerk Danzig.

Mittwoch, 25. September 2024

Mindestteilnehmerzahl: 10 Personen

ganztägig

Interessenten melden sich bitte umgehend telefonisch in der
Geschäftsstelle: 030-257 97 533 (Anrufannahme mit Fernabfrage)

08) Heimatkreis Flatow



Heimatkreis Flatow

Vorstand:

1. Vorsitzender:

Rolf-Peter Wachholz

Gänseweg 20. 39167 Niederndodeleben

Tel.: 039204-62655

Stellvertreter:

Frank-Rainer Seelert

Lange Str. 6, 27211 Bassum

Tel.: 04241-970350

<https://www.heimatkreis-flatow.de/index.html>

Buchempfehlung



Übergabe des Bandes von Heimatkreisvorsitzenden Rolf-Peter Wachholz (links) an den Landrat des Patenkreises Gifhorn, Tobias Heilmann (rechts). Deutschsprachige Ausgabe "650 Jahre Złotów - Flatow".

Seite A 34 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Der reich illustrierte Jubiläumsband wurde 2020 von der polnischen Stadtverwaltung herausgegeben. Dank der Zustimmung konnte der Heimatkreis Flatow jetzt das Werk mit vom Autor Prof. Dr. Joachim Zdrenka aktualisiertem Teil und einem gemeinsamen Vorwort von Heimatkreis Flatow und Patenkreis Gifhorn einem breiteren Leserkreis zugänglich machen. Das Werk mit über 600 Seiten enthält zudem einen Anhang mit Darstellung der Zeit nach 1945 einschließlich Paten- und Partnerschaft und anschließender Chronologie.

Das Werk kann bezogen werden über
Frank-Rainer Seelert, Lange Str. 6, 27211 Bassum,
Tel. 04241/970359 oder e-mail: frank.seelert@t-online.de
zum Preis von 35,00 Euro zuzüglich Porto und Verpackung.

Auch vorrätig: Reprint "Heimatbuch für den Kreis Flatow" für 13,00 Euro

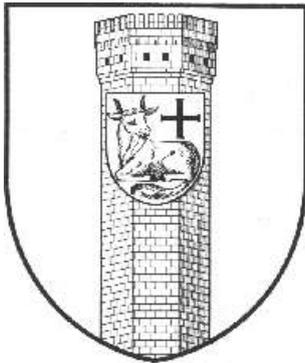
Die Aktivitäten der "Flatower" sind sehr vielfältig, u. a.:

- 2jährige Heimat- und Patenschaftstreffen in Gifhorn
- Fahrten in die alte Heimat
- Herausgabe des "Flatower-Briefes"
- Unterstützung der Jugendarbeit
- Austausch mit heutiger Verwaltung und Bevölkerung in Flatow/Złotów
- Unterstützung der Deutsch Sozialkulturellen Gesellschaft (Dt. Minderheit) in Flatow/Złotów
- Enge Zusammenarbeit mit Institutionen von Landkreis und Stadt Gifhorn
- Unterhalt der "Flatower Heimatstube" im Museum Schloß Gifhorn
- Unterstützung bei Auskunftsersuchen, Ahnenforschung
- Herstellen von Kontakten nach Flatow
- Kontaktpflege mit 6. Zug des Bürgerschützenkorps Gifhorn
- Buchversand mit Heimatliteratur
- Unterstützung von Forschungsvorhaben mit Heimatbezug

Seit dem 26. 4. 2003 besteht eine offizielle Partnerschaft zwischen dem Landkreis Gifhorn und dem Powiat Złotów (Flatow).

Seit dem 8. 3. 2006 besteht ein "Deutsch-polnischer Freundeskreis Gifhorn-Złotów" in Gifhorn.

09) Heimatkreis Schlochau



Heimatkreis Schlochau



<https://sites.rootsweb.com/~mnprgm/Schlochau/Deutsch.html>

Paul Sternberg

paulsternberg@msn.com

- Keine aktuellen Ankündigungen -

10) Heimatkreis Wirsitz, Weißenhöher Himmelfahrt



Heimatkreis Wirsitz

Kom. Heimatkreisvertreter: Frank-Rainer Seelert

Lange Straße 6 27211 Bassum

Tel: 04241-970350 Mobil-Telefon: 0178-6393122 E-Mail: frank.seelert@t-online.de



Seniorenhaus Anna-Charlotte

ul. Strzelecka 21, PL 89-340 Białośliwie Pologne

11) „34. Weißenhöher Himmelfahrt 2025“

***Die Vorbereitungen sind im Gange. Die Auswahl des Zieles steht bevor.
Breslau könnte das Ziel sein.***



Herzlich Willkommen beim Heimatkreis Schneidemühl e.V.

<http://www.schneidemuehl.net/vorstand.html>

12) Treffen des Heimatkreises Grenzmark

im „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin,
am S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

Sonnabend, 07. September 2024, 14:00 Uhr

Weiterer Termin:

14.12.2024.

Liebe Heimatfreunde und Landsleute,

im Restaurant & Café „**Ännchen von Tharau**“,

Rolandufer 6 in 10179 Berlin, Tel.: 030 726202070, am U- und S-Bahnhof
Jannowitzbrücke, treffen sich Landsleute zum Gespräch, jeweils sonnabends,
ab 14:00 Uhr.

Wer möchte, kann sich auch gerne vorher schon zum Mittagessen hier
einfinden.

Manfred Dosedall, Münchehofer Str. 1A, 15374 Müncheberg, Tel: 033432-71505
mdosedall@freenet.de

13) Tag der Danziger, 30.08. bis 01.09.2024 in Düsseldorf



Einladung zum
„TAG der DANZIGER“

**30. Aug. - 01. Sept. 2024
in Düsseldorf**

Liebe Landsleute und Freunde unserer alten Heimat,

der Bund der Danziger e.V. möchte Sie recht herzlich zum Tag der Danziger 2024 einladen.

Unser diesjähriges Motto lautet:

„Danziger Sammelleidenschaften“

Gerne möchten wir den Nachmittag mit einem Danzig-Flohmarkt bereichern. Möchten Sie etwas mit Bezug zu Danzig mitbringen, tauschen, teilen, verkaufen oder verschenken?

Dann können Sie die Gelegenheit nutzen:

Wir stellen die Tische bereit und Sie bieten Ihre kleinen Schätze in Eigenregie an.

Bitte vermerken Sie Ihre Flohmarkt-Teilnahme auf dem Anmeldebogen.

Wir freuen uns auf zahlreiche Anmeldungen vieler „alter Bekannter“ sowie interessierter Teilnehmer, die sich mit Danzig verbunden fühlen!

„Tag der Danziger 2024“ - in Düsseldorf

Gut zu wissen:

Tagungsort:

**Gerhart-Hauptmann-Haus
- Eichendorffsaal -
Bismarckstraße 90,
40210 Düsseldorf**

Teilnahmegebühr:

**Der Teilnahmebeitrag beträgt 30,00 €
(inkl. Suppe)**

**Sie können gerne vorab auf das
Konto des BdDA überweisen
oder ansonsten vor Ort zahlen.**

Übernachtung

Wir empfehlen das Hotel Bismarck, Bismarckstr. 97, 40210 Düsseldorf, Tel.: +49(0)211-1609860
(fußläufig zum Veranstaltungsort und zur Gastronomie)

Anmeldung: Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Ihre Anmeldung
vorzugsweise per E-Mail an: post@danziger.nlb
oder alternativ per Post mit dem Anmeldebogen

Anmeldeschluss:

Wir bitten um eine Anmeldung bis **spätestens 24.08.2024**

Sollten Sie Fragen zur Veranstaltung haben, bitte Telefon: 0451-77303

Programm Tag der Danziger 2024

Freitag, 30.08.2024

18:00 Uhr Gemütliches Beisammensein im Brauhaus Schumacher
Oststraße 123, Düsseldorf

Sonnabend, 31.08.2024

9:00 Uhr Einlass und Begegnung

10:00 Uhr Feierstunde unter musikalischer Umrahmung durch das
Konzertduo Klaus-Peter Riemer und Miyuki Brummer

Festvortrag: „Ostseemetropole im Umbruch. Danzig im späten 19. und
frühen 20. Jahrhundert“ (Arbeitstitel)

Referent: Prof. Dr. Winfrid Halder

- Direktor der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus

12:00 Uhr **Mittagspause**

Im Foyer wird eine Gulaschsuppe gereicht

Möglichkeit der Besichtigung des Danzig-Zimmers im GHH

13:15 Uhr **Ordentliche Mitgliederversammlung des Bundes der Danziger e.V.**

14:45 Uhr **Begegnung und Austausch bei Kaffee und Kuchen**

Buntes Nachmittagsprogramm:

- Postkartenausstellung

- Zeitzeugenprojekt

- Flohmarkt

17:00 Uhr Ende der Veranstaltung - Ausklang bis 17.30 Uhr

Sonntag, 01.09.2024

10:30 Uhr Kranzniederlegung am Gedenkstein „Danzig, Danzig, Danzig“ von
1964 am Nordfriedhof
(mit Bus Nr. 21 und 22 vom Hbf erreichbar)

*Wir freuen uns auf einen interessanten Tag der Danziger
und auf Sie!*

14) Danziger Kulturtagung 2024: „Lebenswege. Danziger Persönlichkeiten im Porträt“ – 12. und 13.10.2024 in Stuttgart

**Einladung zur
Danziger Kulturtagung 2024**

**„Lebenswege.
Danziger Persönlichkeiten im Porträt“**

am 12. und 13. Oktober 2024 in Stuttgart

Sehr geehrte Landsleute und Freunde unserer alten Heimat,

eine Stadt lebt von ihren Bewohnern – von Menschen, die dem Leben und der Kultur im urbanen Raum ihr Gepräge geben. Die Jahrhunderte der Danziger Geschichte stehen insoweit in untrennbarer Verbindung mit den Lebenswegen zahlreicher Menschen, die – ob kurz oder lang – durch ihr Wirken in der Hansestadt dort ihre Spuren hinterlassen haben.

Die diesjährige Kulturtagung des Bundes der Danziger steht im Zeichen biografischer Beziehungen zwischen Danzig und bedeutenden Persönlichkeiten. Sie erwartet ein vielfältiges Programm mit Referenten aus unterschiedlichen Wissenschaftsbereichen, welche über Danziger Persönlichkeiten referieren werden. Sie erwarten unter anderem Vorträge über den bekannten Schriftsteller Max Halbe und über den Vorreiter des modernen Naturschutzes Hugo Conwentz.

Die Kulturtagung findet in diesem Jahr in den Räumlichkeiten des Bessarabiendeutschen Vereins in Stuttgart statt. Selbstverständlich erhalten Sie als Tagungsteilnehmer auch eine Führung durch das im vergangenen Jahr wiedereröffnete „Heimatomuseum der Deutschen aus Bessarabien und der Dobrudscha“, das von dem Verein unterhalten wird.

Wir freuen uns auf zahlreiche Anmeldungen von Mitgliedern, Freunden Danzigs und allen anderen Interessierten. Jeder ist herzlich willkommen.

Veranstaltungsort:

Bessarabiendeutschen Verein e.V.
Florianstr. 17, 70188 Stuttgart

Teilnahmebeitrag:

Für Mitglieder im BdDA e.V.: 30,- €
Externe Teilnehmer: 45,- € (für einen Tag 30,- €)
Gemeinsames Abendessen bitte auf eigene Rechnung

Anmeldung:

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Ihre Anmeldung bestenfalls per E-Mail an post@danziger.info oder alternativ per Post mit dem Anmeldebogen.
Sollten Sie Fragen zur Veranstaltung haben, bitte Telefon: 0451-77303

Anmeldeschluss: Wir bitten um eine Anmeldung bis **spätestens 04.10.2024**

Danziger Kulturtagung: Programmablauf

Sonnabend, 12. Oktober 2024

- 13:00 - 13:45 Uhr** Einlass – Begegnung und Austausch
- 13:45 - 14:00 Uhr** **Einführung** in die Tagung durch den Vorsitzenden des Bundes der Danziger e.V. **Marcel Pauls (Hamburg)**
- 14:00 - 14:45 Uhr** **Grußwort** des Bundesgeschäftsführers des Bessarabiendeutschen Vereins e.V. **Dr. Hartmut Knopp (Stuttgart)**
- 14:45 - 15:00 Uhr** Kaffeepause mit Kuchen und Gebäck
- 15:00 - 16:30 Uhr** **Vortrag:** Vom „Jugend“-Dichter zum Epochen-Chronisten, Max Halbe, **Dr. Ulrich Erdmann (Kiel)**

Mit anschließender Diskussion
- 16:30 - 16:45 Uhr** Pause
- 16:45 - 18:15 Uhr** **Vortrag:** Heinrich Sahn – Kommunalpolitiker und Staatsmann, **Dr. Lars Lüdicke (Berlin)**

Mit anschließender Diskussion
- 18:15 Uhr** **Tagesabschluss** durch den Vorsitzenden des Bundes der Danziger e.V. **Marcel Pauls (Hamburg)**
- Ab 18:30 Uhr** **Auf Wunsch:** Gemeinsames Abendessen und geselliges Beisammensein in nahegelegener Gaststätte

Danziger Kulturtagung: Programmablauf

Sonntag 13. Oktober 2024

- 09:30 - 09:35 Uhr** **Einführung in den zweiten Veranstaltungstag**
durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes der Danziger e.V.
Dr. Bennet Brämer (Velten)
- 09:35 - 11:05 Uhr** **Vortrag: Danziger Vorreiter für den Naturschutz: Hugo Conwentz,**
Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke (Berlin)

Mit anschließender Diskussion
- 11:05 - 11:20 Uhr** Pause
- 11:20 - 12:00 Uhr** **Vortrag: Justizkarrieren – die Danziger Gerichtspräsidenten Georg Crusen**
und Walter von Hagens, Dr. Bennet Brämer (Velten)

Mit anschließender Diskussion
- 12:00 - 13:00 Uhr** **Führung durch das Heimatmuseum der Deutschen aus Bessarabien und**
der Dobrudscha, N.N. (Stuttgart)
- 13:00 - 13:15 Uhr** **Resümee und Schlussworte** durch den Vorsitzenden des Bundes der
Danziger e.V. **Marcel Pauls (Hamburg)**
- 13:30 Uhr** Möglichkeit zum gemeinsamen kleinen Imbiss

15) Danzig für ‚n halben Tag – in Lübeck am 23.11.2024:
Danziger Goldschmiedekunst

Einladung zur Veranstaltung

“Danzig für ‚n halben Tag“ – in Lübeck

„Danziger Goldschmiedekunst“

Der Bund der Danziger e.V. lädt Sie herzlich ein zu unserer Veranstaltung in Lübeck, die von der Leiterin unserer Geschäftsstelle und Vorsitzenden der Ortsstelle Ravensburg, Petra Lorinser, organisiert und im November persönlich durchgeführt wird. In dieser dunkleren Jahreszeit hat es einen besonderen Reiz, dem Referenten Dr. Jörn Barfod zu dem interessanten Thema „Danziger Goldschmiedekunst“ zu lauschen. Dr. Jörn Barfod ist Autor zahlreicher Schriften, vornehmlich zur Kunst- und Kulturgeschichte Ostpreußens. Er war Kustos und stellvertretender Direktor am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg.

Im Anschluss besteht zusätzlich die Möglichkeit, an einer gebuchten Führung durch die Ausstellung der „Danziger Paramente“ im fußläufigen St. Annen-Museum teilzunehmen. Aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung erforderlich (Anmeldebogen liegt bei).

Sonnabend, 23. November 2024

- 12:30 Uhr** Einlass und Begrüßung
- 13:15 – 14:15 Uhr** Vortrag: „Danziger Goldschmiedekunst“, Dr. Jörn Barfod
- Anschließend Diskussionsrunde und Austausch bei Kaffee und Kuchen
- 15:15 Uhr** Aufbruch zum St. Annen-Museum, St.-Annen-Str.15, 23552 Lübeck
- 15:30 - 16:30 Uhr** Führung durch die Ausstellung der „Danziger Paramente“

Tagungsort: „Museum für Natur und Umwelt“ - Musterbahn 8, 23552 Lübeck

Teilnahmegebühr: Für die Veranstaltung erheben wir eine Pauschale von 15,- Euro
Für den Eintritt in das St. Annen-Museum fallen zuzüglich 12,- Euro an

Anmeldeschluss: Freitag, 8. November 2024

Anmeldung: Per Post an: Petra Lorinser, Blumenstr. 7, 88214 Ravensburg
Per E-Mail: post@danziger.info
Sollten Sie Fragen zur Veranstaltung haben, bitte Telefon: 0451-77303

Wir freuen sehr uns auf Ihr Interesse und Ihre Teilnahme

16) Landsmannschaft Schlesien – Berlin und Brandenburg e. V.

Die Planungen des am 31.10.2023 neugewählten Vorstandes unter Wolfgang Liebehenschel, Silke Taube und Nadine Haberlandt laufen. Es besteht die Absicht, im Jahre 2024 monatlich Vorträge zu schlesischen Themen anzubieten, zwei Stadtrundfahrten im Mai und August „Auf schlesischen Spuren in Berlin“ zu organisieren, ein „Sommer-singen“ zu veranstalten, die Feier des Erntedankfestes wieder aufzunehmen.

Die Mitglieder werden zu mindestens zwei Mitgliederversammlungen aufgerufen. Wegen der Änderung des Vereinskontos sollen die Mitgliedsbeiträge entsprechend später eingezahlt werden.

Wir bekennen uns zu Schlesien

Die Landsmannschaft Schlesien ist eine demokratische, überparteiliche und überkonfessionelle Organisation, in der sich Schlesier, deren Nachkommen und Freunde Schlesiens zusammenschließen haben. Sie vertritt politisch, rechtlich und kulturell die Interessen Schlesier und der Schlesier und ist Ansprechpartner für die schlesischen Landsleute und Freunde in Deutschland und der Welt. Die Landsmannschaft fordert das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf Heimat. Durch grenzüberschreitende Projekte arbeitet die Landsmannschaft verstärkt mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, denn Schlesien und die Anliegen der Heimatvertriebenen sind gemeinsame Aufgaben aller Generationen.

Die Landsmannschaft

Die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. – wurde am 26. März 1950 im Bonner Vertriebenenministerium gegründet. Am 3. Oktober 1950 übernahm das Land Niedersachsen, in dem sich nach der Verreibung besonders viele Schlesier niedergelassen hatten, die Patenschaft für die Landsmannschaft.

Die Landsmannschaft Schlesien ist Mitglied im Bund der Vertriebenen (BdV) und arbeitet eng mit den Organisationen der deutschen Volksgruppe in Schlesien zusammen. Der Hauptsitz der Landsmannschaft befindet sich im „Haus Schlesien“ in Königswinter bei Bonn, ein Verbindungsbüro der Bundeslandsmannschaft besteht im Patenland Niedersachsen in Hannover. Das offizielle Verbandsorgan der Landsmannschaft sind die Schlesienschen Nachrichten, die monatlich erscheinen.

LANDSMANNSCHAFT SCHLESSEN
Nieder- und Oberschlesien e. V.

Hier finden Sie uns online:

www.landsmannschaft-schlesien.de
www.facebook.com/LandsmannschaftSchlesien
www.twitter.com/lmschlesien
www.instagram.com/landsmannschaftschlesien

Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. –
Dollendorfer Straße 412
53639 Königswinter
Tel.: 02244 92 59-0
Fax: 02244 92 59-290
Mail: info@schlesien-lm.de
info@landsmannschaft-schlesien.de

Verbindungsbüro der Bundeslandsmannschaft Schlesien im Patenland Niedersachsen
Königswinterer Straße 2
30167 Hannover
Tel.: 0511 9573 3576
Mail: hannover@schlesien-lm.de

Unser **schlägt für**
SCHLESSEN

LANDSMANNSCHAFT SCHLESSEN
Nieder- und Oberschlesien e. V.

Schlesien – Das Land im Herzen Europas

Auf einer Länge von etwa 500 Kilometern erstreckt sich Schlesien entlang des Ober- und Mittellaufs der Oder und gehört mit seinen Kulturschätzen und Naturschönheiten zu den interessantesten und schönsten Regionen im Herzen Europas. Im Verlauf seiner wechselhaften Geschichte hat Schlesien viele territoriale und politische Veränderungen erfahren. Im Mittelalter slawisch und deutsch besiedelt, unterstand das Land lange der polnischen, dann der böhmischen Krone und war über 200 Jahre im Besitz der Habsburger. Nach den „Schlesischen Kriegen“ im 18. Jahrhundert fiel der größte Teil Schlesiens an Preußen und wurde nach der Reichsgründung von 1871 als preußische Provinz Schlesien Teil des Deutschen Reiches.



Die Gebiete um Troppau, Jägerndorf, Teschen und Bielitz sowie Teile des Fürstentums Neisse blieben als Österreichisch-Schlesien bis 1918 Bestandteil der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Politisch gehört Schlesien heute überwiegend zu Polen und gliedert sich in die Woiwodschaft Niederschlesien mit der Hauptstadt Breslau, die Woiwodschaft Oppeln mit der Hauptstadt Oppeln und die Woiwodschaft Schlesien mit der Hauptstadt Kattowitz. Randbereiche Schlesiens gehören zu kleinen Teilen auch zur Woiwodschaft Lebus im Nordwesten.

Das frühere Österreichisch-Schlesien gehört heute zur Tschechischen Republik. Der nach 1945 bei Deutschland verbliebene Teil der ehemaligen preußischen Provinz Schlesien liegt heute im Freistaat Sachsen. Dieses Gebiet gehörte historisch weitestgehend zu der erst 1815 schlesisch gewordenen Oberlausitz.

FLUCHT UND VERTREIBUNG

Anfang 1945 floh ein Teil der damals rund 4,6 Millionen Schlesier vor der anrückenden Roten Armee. Obwohl bis zum Beginn der Potsdamer Konferenz (17. Juli – 2. August 1945) eine Regelung über den Verbleib der deutschen Bevölkerung in Schlesien noch ausstand, begannen bereits im Frühjahr 1945 die sogenannten „wildern Vertreibungen“, die von polnischen Stellen organisiert wurden. Die hierzu erlassenen Bierut-Dekrete ermöglichten die Einziehung des gesamten Eigentums von Personen deutscher Nationalität oder Staatsbürgerschaft zugunsten des polnischen Staates. Im Juni 1945 wurden alle Deutschen aus einem Gebietsstreifen von etwa 30 Kilometer Breite unmittelbar östlich der Lausitzer Neiße vertrieben.



Aufgrund der von den Alliierten in Potsdam getroffenen Beschlüsse begann ab 1946 eine systematische Vertreibung der verbliebenen deutschen Bevölkerung, die bis 1947/48 andauerte. Das Eigentum der geflüchteten und vertriebenen Deutschen wurde im Jahre 1946 durch zwei polnische Dekrete als „verlassenes bzw. herrenloses Gut“ entschädigungslos konfisziert.

Die Gebiete Schlesiens, die bis zum Münchner Abkommen von 1938 Bestandteil der Tschechoslowakei gewesen waren, also Gebiete des früheren Österreichisch-Schlesien, fielen 1945 an die wiedererstehende Tschechoslowakei. Die deutsche Bevölkerung wurde auch hier mehrheitlich vertrieben.

Von den 15 Millionen Deutschen, die aus den ehemaligen Ostgebieten und deutschen Siedlungsgebieten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa vertrieben wurden, waren über 3 Millionen Schlesier, die ihre Heimat verlassen mussten.

AUF DEM LAUFENDEN BLEIBEN

Als Zeitschrift für Schlesien sind die Schlesischen Nachrichten seit 1986 das offizielle Verbandsorgan der Landsmannschaft Schlesien.

Die monatlich erscheinende Zeitschrift berichtet über bundesweite landsmannschaftliche Aktivitäten, über die schlesischen Landsleute in der Heimat, das deutsch-polnische Verhältnis sowie über Geschichte und Kultur Schlesiens. Auch die Tagespolitik ist Gegenstand der Berichterstattung. Die Schlesischen Nachrichten berichten über ganz Schlesien von Görlitz bis Kattowitz, informieren über Schlesien gestern und heute und diskutieren über die Zukunft Schlesiens.



Bezugspreis:
Einzelexemplar 4,50 Euro
Jahresabonnemement 49,00 Euro

Erscheinungsweise:
monatlich, 12 Ausgaben im Jahr

Weitere Informationen unter:
Mail: info@schlesische-nachrichten.de

Anzeigen:
Tel.: 02244 9259-0
Fax: 02244 9259-290
Mail: anzeigen@schlesien-lm.de

Jedes Abonnement der Schlesischen Nachrichten unterstützt die Arbeit der Landsmannschaft für Schlesien. Auch Patenschaftsabonnements sind möglich.

**17) „AGOM-Wanderung“ Lübben / Spreewald mit Kahnfahrt am Sonnabend,
10. August 2024**

Interessenten melden sich bitte umgehend bei Frau Hanske (030-772 13 93).

01) Vortragsreihe des WBW im 2. Halbjahr 2024

**Westpreußisches Bildungswerk Berlin-
Brandenburg**
in der Landsmannschaft Westpreußen e.V., Berlin
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

www.westpreußen-berlin.de

Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Fon: 030-257 97 533, Fax: auf Anfrage
westpreussenberlin@gmail.com

Postbank Berlin
IBAN DE 26 1001 0010 0001 1991 01
BIC PBNKDEFF

**1. Vors.: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke; stv. Vors.: Hanno Schacht;
Schatzmeisterin: Ute Breitsprecher**

E i n l a d u n g N r. 74

(Vortragsveranstaltungen August bis Dezember 2024)

Ort der Veranstaltung: Hohenzollerndamm 177, 10713 Berlin-Wilmersdorf, Saal im Theater-Coupé. **Fahrverbindung:** U-Bahn Fehrbelliner Platz, Buslinien.

- | | |
|------------|---|
| 347 | <u>Montag</u> 19. August 2024, 18.30 Uhr
<u>Thema</u> <u>Die Berliner „Polonia“ im Kaiserreich am Beispiel der Zuwanderer aus Westpreußen. (mit Medien).</u>
<u>Referent</u> Diplom-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin |
| 348 | <u>Montag</u> 16. September 2024, 18.30 Uhr
<u>Thema</u> <u>Der Danziger Historiker Erich Keyser (1893-1968) im Spiegel seiner Memoiren. (mit Medien).</u>
<u>Referent</u> Frau Prof. Dr. Marie-Luise H e c k m a n n, Werder / Havelland |
| 349 | <u>Montag</u> 21. Oktober 2024, 18.30 Uhr
<u>Thema</u> <u>Von Lübeck über die DDR bis nach Japan - die Verfassung der Freien Stadt Danzig (1920-1939) im rechtshistorischen Vergleich. (mit Medien).</u>
<u>Referent</u> Dr. Bennet B r ä m e r, Velten |
| 350 | <u>Montag</u> 18. November 2024, 18.30 Uhr
<u>Thema</u> <u>Weltenbaum – Baum mit goldenen Äpfeln. Westpreußen, Land an der unteren Weichsel, schätzt den Weltenbaum, den Baum mit den goldenen Äpfeln. Eine Veranstaltung im Rahmen der 35. Berliner Märchentage.</u>
<u>Referent</u> Diplom-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin, mit Ute Breitsprecher, Berlin, u.a. |
| 346 | <u>Montag</u> 09. Dezember 2024, 18.30 Uhr
<u>Thema</u> <u>Agnes Miegel - Am Pregel, an der Seine und anderswo – eine Dichterin zwischen Zeiten und Welten. (Vortrag mit Lichtbildern).</u>
<u>Referent</u> Jörn P e k r u l, Berlin |

02) Vortragsreihe der AGOM im 2. Halbjahr 2024

Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. Berlin

Mitglied im Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen

Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

Brandenburgische Straße 24 Steglitz, D – 12167 Berlin
Konto Nr. IBAN DE 39
100100100065004109
Postbank Berlin

Tel.: 030/257 97 533 Büro
www.ostmitteleuropa.de
post@ostmitteleuropa.de

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke,
stv. Vors.: Frau Ute Breitsprecher, Schatzmeisterin: Frau Angelika Hanske

im Juni 2024 Hk/Brei/Hs

Einladung Nr. 93

(Vortragsveranstaltungen August bis Dezember 2024)

Ort: Bürgertreff im S-Bahnhof Berlin-Lichterfelde West,
Hans-Sachs-Straße 4 D, 12205 Berlin
Fahrverbindungen: S-Bahn, Busse M11, M48, 101 u. 188.

- | | | | |
|-----|---|---|------------------|
| 486 | <u>Freitag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 16. August 2024,
<u>Preußische Dichter aus vier Jahrhunderten.</u> (Mit Medien).
Dr. Jürgen W. S c h m i d t, Berlin | 19:00 Uhr |
| 487 | <u>Freitag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 13. September 2024,
<u>August Heinrich Hoffmann (1798-1874), bekannt als Hoffmann von Fallersleben, Professor in Breslau, Zeitgenosse von Gustav Freytag.</u>
(Mit Medien).
Dr. Hans Weinert, Berlin | 19:00 Uhr |
| 488 | <u>Freitag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 18. Oktober 2024,
<u>Wilhelm von Humboldt als Schlossherr von Ottmachau in Schlesien.</u>
(Mit Medien).
Matthias L e m p a r t M.A., Berlin | 19:00 Uhr |
| 489 | <u>Freitag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 15. November 2024,
<u>Weltenbaum – Baum mit goldenen Äpfeln. Ostmitteleuropa, zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, viele Völker, viele Überlieferungen zum Symbol Weltenbaum / Apfelbaum.</u>
<i>Eine Veranstaltung im Rahmen der 35. Berliner Märchentage</i>
Diplom-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin, mit Ute Breitsprecher, Berlin, u.a. | 19:00 Uhr |
| 490 | <u>Freitag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 13. Dezember 2024,
<u>Die Wiederentdeckung des menschlichen Geistes durch den christlichen Mystiker Carl Welkisch (*1888 Gloden, Prov. Posen – †1984 Überlingen).</u> (Mit Medien).
Edmund M a n g e l s d o r f, Berlin | 19:00 Uhr |

03) Die lange Nacht der Museen am 24. August 2024

Besuchen Sie hier die Webversion.

Berlin, 10. Juli 2024

Die Lange Nacht der Museen am 24. August:
Geheimnisvolles, Verborgenes und Verruchtes
unter dem Thema BERLIN SECRETS

***75 Museen nehmen teil +++ 750 Events von 18-2 Uhr +++ Ticketpreise
unverändert bei 18 und 12 Euro +++ Programm online ab 23.7. +++
Vorverkaufsstart mit dem Sparticket am 29.7. +++***

Am 24. August ist es wieder so weit: 75 Berliner Museen laden zur Langen Nacht der Museen ein. **In diesem Jahr lenken sie den Blick auf Verstecktes und Verschlossenes, auf fast Verlorenes und auf Verruchtes:** Da werden Gemälde umgedreht und durchleuchtet, Geheimschriften entschlüsselt, Funde aus dem Berliner Untergrund präsentiert. Zudem öffnen sich Türen zu Museumsräumen, die sonst verschlossen sind, zu Kellern und einstigen Verstecken, zu Luftschutzbunkern und finsternen Grüften.

Eine Nacht, 750 Veranstaltungen: Besucher*innen können z.B. in der Neuen Nationalgalerie Warhols Selbstbefragungen als Drag Queen verfolgen, im Deutschen Spionagemuseum über die unglaublichen Methoden der Geheimdienste staunen, im Neuen Museum in magisches Wissen eingeweiht werden oder in Charlottenburg Geistergeschichten aus den preußischen Schlössern lauschen.

Je später die Nacht...

Rund um Mitternacht setzen spezielle Veranstaltungen noch einmal Höhepunkte. Zum Beispiel die geisterhafte Vorlesung in der Hörsaalruine, Krimis mit den „Mörderischen Schwestern“, Figurentheater, Salsa-Party oder Voguing Ball - es wird mal gruselig, mal poetisch und mal wild.

75 Museen - 750 Events - 1 Ticket: Das ganze Programm gibt es ab dem 23. Juli. Tickets sind ab dem 29. Juli verfügbar. Spartickets für 12 Euro (erm. 10 Euro) können bis zum 11. August erworben werden. Alle Infos und Tickets unter www.langenachtdermuseen.berlin

Facebook: www.facebook.com/LNDMberlin

Instagram: www.instagram.com/lndmberlin

Seite A 50 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

X: www.x.com/LNDMberlin

TikTok: www.tiktok.com/@lndmberlin

Die Lange Nacht der Museen ist eine Gemeinschaftsveranstaltung der Berliner Museen mit Kulturprojekte Berlin.

PRESSEKONTAKT

pr@kulturprojekte.berlin

Impressionen von der Langen Nacht der Museen Berlin 2023.

Bildrechte von links nach rechts, von oben nach unten: © Kulturprojekte Berlin, Foto: Melanie Sapina, © Kulturprojekte Berlin, Foto: Alexander Rentsch, © Kulturprojekte Berlin, Foto: Anna Tiessen, © Kulturprojekte Berlin, Foto: Alexander Rentsch

Presse und Media Relations
Kulturprojekte Berlin GmbH
Klosterstraße 68
10179 Berlin

pr@kulturprojekte.berlin
www.kulturprojekte.berlin

Geschäftsführer:
Moritz van Dülmen
Aufsichtsratsvorsitzender:
Joe Chialo



Sie erhalten diese E-Mail, weil Ihre Kontaktdaten durch Ihre Registrierung in unserem Gästeverteiler hinterlegt sind.
Wenn Sie keine Informationen mehr von uns erhalten möchten, können Sie sich [hier](#) abmelden.

Alle datenschutzrechtlichen Informationen gemäß Art. 14 EU DSGVO finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.
Falls Sie Fragen zum Umgang mit personenbezogenen Daten in unserem Unternehmen haben, wenden Sie sich gerne jederzeit an unseren Datenschutzbeauftragten unter pr@kulturprojekte.berlin.

- siehe Startseite -



Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist eine unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts in Trägerschaft der Stiftung Deutsches Historisches Museum (DHM).

Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird durch ihre Direktorin Frau Dr. Gundula Bavendamm vertreten. Vorsitzender des Stiftungsrats ist Dr. Andreas Görgen, Leitender Beamter bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Claudia Roth MdB.

Frau Dr. Gundula Bavendamm
Direktorin der Stiftung

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung
Stresemannstraße 90
10963 Berlin
T +49 30 206 29 98-0

info@f-v-v.de

<https://www.flucht-vertreibung-versoehnung.de>

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
T +49 30 18 400-0

04) Lange Nacht der Museen am 24. August 2024 im Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Sonnabend, 24. August 2024, 18-2 Uhr

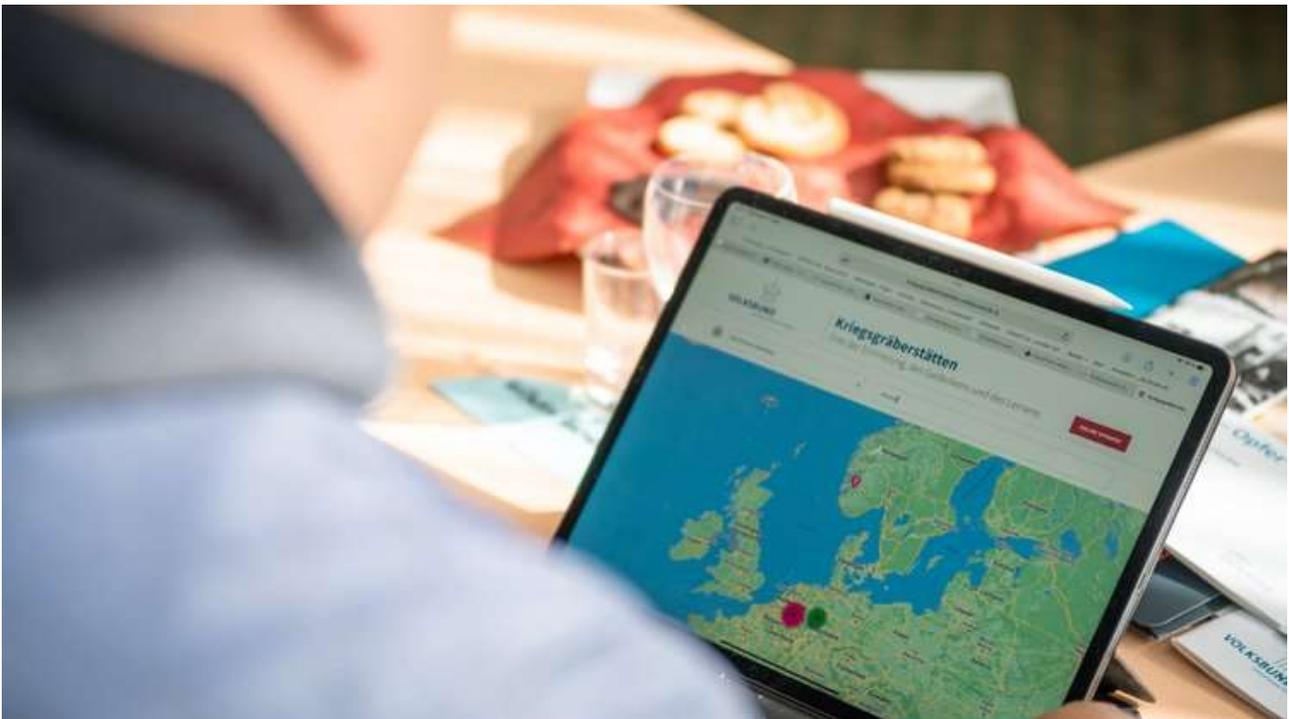
Das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung nimmt wieder an der Langen Nacht der Museen teil.
Am 24. August erwartet Sie von 18 bis 2 Uhr ein buntes Programm bestehend aus Führungen, Lesungen und Musik.

Mehr Informationen zum Programm folgen in Kürze unter: www-f-v-v.de.

TICKETS ab 29. Juli unter:
langenachtdermuseen.berlin

05) Lehrkräfteseminar in Berlin

Einladung zum Lehrkräfteseminar in Berlin - „Flucht und Vertreibung vermitteln“, 13.-15. September 2024



Im Mittelpunkt des dreitägigen Seminars für Lehrkräfte aus allen Bundesländern stehen Fragen der Erinnerung und Geschichtsvermittlung zum Thema Zwangsmigrationen in Europa. Am Beispiel des Berliner Lernortes Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung sowie der Kriegsgräberstätte Lilienthalstraße setzen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den historischen Hintergründen und der Vermittlungspraxis auseinander. Das bundesweite Lehrkräfteseminar dient zudem dem praxisorientierten kollegialen Austausch.

Informationen zum Abrufkontingent

Während des Lehrkräfteseminars bieten wir Ihnen die Möglichkeit, Zimmerkontingente in zwei Berliner Hotels zu reservieren. Bei Interesse können Sie unter Verwendung eines spezifischen Stichworts reservieren, das wir Ihnen nach Ablauf der Anmeldefrist mitteilen.

Hotel 1

Zimmerpreis inkl. Frühstück pro Nacht

Einzelzimmer: 83,00 € inkl. Frühstück

Doppelzimmer zur Einzelnutzung: 99,00 € inkl. Frühstück

Hotel 2

Zimmerpreis inkl. Frühstück pro Nacht

Einzelzimmer: 154,00 € inkl. Frühstück

Doppelzimmer: 194,00 € inkl. Frühstück

Anmeldung bitte bis spätestens 12. Juli 2024.

Eine Anmeldung ist auch über unser [Online-Anmeldeformular](#) möglich.



Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner

Gerhart-Hauptmann-Straße 1–2

15537 Erkner

Fon +49 (0)3362 3663

Fax +49 (0)3362 70 00 141

info@hauptmannmuseum.de

Öffnungszeiten

Dienstag bis Sonntag 11.00 – 17.00 Uhr

Eintritt

Erwachsene: 2 € pro Person

Schüler, Studenten: 1,50 Euro

Führungen: 10 €

Adresse

Gerhart-Hauptmann-Str. 1–2

D-15537 Erkner

Das Museum wird in den nächsten drei Jahren umgestaltet.

Auch wenn wir uns in dieser Zeit mit keiner Ausstellung zu Gerhart Hauptmann präsentieren können, wollen wir trotzdem für Sie da sein, und **ab April eine Auswahl von Veranstaltungen** anbieten, die entweder im Bürgersaal des Rathauses oder in der Genezarethkirche stattfinden. Die Tickets dafür können Sie, wie gewohnt, bei uns kaufen.

Wir arbeiten im Hintergrund an der Konzeption der neuen Museumsausstellung und setzen unsere Publikationsreihe fort. Schauen Sie in nächster Zeit einfach öfter auf diese Internetseite, um über unsere Angebote informiert zu sein.

<https://www.hauptmannmuseum.de/veranstaltungen>

Vorerst finden unsere Veranstaltungen weiterhin statt.

Die Museumsverwaltung befindet sich zurzeit in der **Friedrichstraße 67 (gegenüber dem Rathaus)**. Hier können Sie zu den **Geschäftszeiten Mo – Fr von 10 – 15 Uhr sowie mittwochs bis 17 Uhr die Eintrittskarten für unsere Veranstaltungen in Erkner** (Bürgersaal, Heimatmuseum, Genezarethkirche) erwerben.

Wir sind weiterhin unter der Telefonnummer +49 3362 3663 zu erreichen.



06) straucheln und lichten. Ein Waldversuch

Lesereihe zwischen Büro und Depot

von Judith Zander

Dienstag, 10.09.2024, 18:00 Uhr

Unveröffentlichte Texte

Lesung: **Judith Zander**

Eine neue Lesereihe in Erkner! Solange das Gerhart-Hauptmann-Museum keinen eigenen Veranstaltungsort hat, wird diese kleine Reihe in den Räumen der Museumsverwaltung stattfinden. Damit bietet sich ein völlig neuer Blick auf die Sammlung und das Archiv. Das Besondere an dieser Reihe ist, dass hier ausschließlich Autoren mit ihren Werken oder Herausgeber zu Wort kommen. Der Dienstag wird somit in Erkner der Literatur-Dienstag.

Die Verwaltung des Gerhart Hauptmann-Museums befindet sich zur Zeit in der **Friedrichstraße 67, in 15537 Erkner**, genau gegenüber dem Rathaus.

Einlass zu den Lesungen ab **17.30 Uhr**

Eintritt: 7 €



07) Gerhart Hauptmanns Märchendichtungen

Museum für Kinder, Märchendichtungen

Donnerstag, 19.09.2024, 11:00 Uhr

Im Bürgersaal / Rathaus

Die Schauspielerin Kerstin Reimann stellt für Kinder die Märchendichtungen von Gerhart Hauptmann vor, wobei die Gralserzählungen im Vordergrund stehen. Musik und die Dichtungen sollen die Kinder zum Malen anregen.

Diese Veranstaltung kann für Schulklassen auch zu anderen Terminen gebucht werden.

Eintritt: 2 €



utp@utp.berlin

utp.berlin | mobil: +49 176 83 17 16 09

hanna.jakob@utp.berlin

barbara.czechmeszynska-skowron@utp.berlin

fleck.boguslaw@

www.UTP.berlin

HU, Unter der Linden 6, freitags um 18:00 Uhr

08) Programm 2024/2025 in Vorbereitung

Mit herzlichen Grüßen,
Der Programmbeirat der UDG
Gefördert durch:





Landesgeschichtliche Vereinigung
für die Mark Brandenburg e.V.

(gegr. 1884)

Dr. Peter Bahl

Landesgeschichtliche Vereinigung
für die Mark Brandenburg e.V.

- Vorsitzender -

Gurlittstraße. 5

12169 Berlin

Tel. (030) 753 99 98

bahl_peter@yahoo.de

www.geschichte-brandenburg.de

Bibliothekskatalog: <https://lqv.vufind.net/lqv/>

Spenden zur Unterstützung unserer Arbeit erbitten wir auf unser Konto

bei der Postbank Berlin (IBAN = DE24 1001 0010 0045 7101 09, BIC = PBNKDEFF).

09) Ein Besuch in Prenzlau

17. August 2024, 10:00 - 16:00 Uhr

Leitung: Kristin Wolter (Berlin). Treffen: Sonnabend, 17. August 2024, 10.00 Uhr Prenzlau ZOB. Anreise: mit RE 3 Richtung Stralsund, z.B. ab Berlin Hbf 8.33 Uhr, Ankunft Prenzlau 9.59 Uhr. Rückfahrt: 16.01 Uhr ab ZOB Prenzlau mit RE3, an Berlin Hbf. 17.28 Uhr
Programm:

10.30 Uhr: Führung Dominikanerkloster: Dauer ca. 2 Stunden. Führer: Dr. Stephan Diller
[...]

10) Vom Dorf Tiefwerder und zu den Tiefwerder Wiesen

Sonntag, 18. August 2024, 10:30 - 13:00 Uhr

Eine Wanderung, ca. 6 km Leitung: Bernd Kopplin (Berlin). Treffen: Sonntag, 18. August 2024, 10.30 Uhr, U-Bhf. Ruhleben, auf dem Bahnsteig. Gemeinsam Weiterfahrt mit dem Bus 131 zum Tiefwerder Weg. Das Dorf Tiefwerder entstand 1815 als Kolonistendorf, indem Nachfahren Spandauer Kiez- Fischer auf den Werder umgesiedelt wurden. Es steht unter Denkmalschutz. Das Landschaftsschutzgebiet Tiefwerder Wiesen, [...]

Veranstaltungsorganisation:
Dirk Pinnow c/o Pinnow & Partner GmbH
Helmholtzstr. 2-9, Aufgang D
10587 Berlin
Tel 030 26 36 69 83
Fax 030 26 36 69 85
E-Mail Pinnow@DieGeschichteBerlins.de



Verein für die Geschichte Berlins e.V., gegr. 1865

c/o Zentral- und Landesbibliothek Berlin

Vertreten durch den Vorsitzenden: Dr. Manfred Uhlitz

Neuer Marstall

Schloßplatz 7, 1.Hof, 10178 Berlin

Telefon: 030-90226449

E-Mail: info@diegeschichteberlins.de

www.diegeschichteberlins.de

Berliner Sparkasse IBAN DE06 1005 0000 0190 4487 76

11) Zeiss-Großplanetarium

„Technik-Führung im Zeiss-Großplanetarium“ mit Karsten Jäkel, Leitung Technik der Stiftung Planetarium Berlin.

Dienstag, 03. September 2024, 18:00 Uhr

Der Veranstaltungsort wird nach Anmeldung bekanntgegeben!

Es gilt als Europas modernstes Wissenschaftstheater – errichtet als einer der letzten DDR-Repräsentationsbauten zur 750-Jahr-Feier Berlins 1987. Seit dem Abschluss der Modernisierung 2016 verfügt es über neue Medientechnik – präsentiert werden astronomisch-naturwissenschaftliche, aber auch künstlerische Programme.

Max. 15 Personen. Anmeldung bei Dirk Pinnow per E-Mail an dirk@pinnow.com erbeten.

» **Um Anmeldung wird gebeten.**

Veranstaltungsorganisation:
Dirk Pinnow c/o Pinnow & Partner GmbH
Helmholtzstr. 2-9, Aufgang D
10587 Berlin
Tel 030 26 36 69 83
Fax 030 26 36 69 85
E-Mail Pinnow@DieGeschichteBerlins.de

12) Alliierte in Berlin – das Architekturerbe.
Fotovortrag der Architekturfotografin Mila Hacke

Mittwoch, 11. September 2024, 19:00 Uhr

Berlin-Saal der Zentral- und Landesbibliothek Berlin, 10178 Berlin-Mitte, Breite Straße 36

Frau Hacke erforscht und dokumentiert seit 2008 den Einfluss der Alliierten auf die Berliner Nachkriegsmoderne. Neben Bauten, die mittlerweile verschwunden sind - militärische Infrastruktur wie Kasernen oder Militärbahnhöfe - gehören Kirchen, Schulen, Sport- und Einkaufszentren zur dokumentierten architektonischen Hinterlassenschaft. In der Vergangenheit kuratierte die gelernte Diplom-Architektin mehrere Fotoausstellungen zum Thema.

Gäste willkommen! Eintritt frei!



Literaturhaus Berlin

Fasanenstraße 23

10719 Berlin

+49 (0)30 887 286 0

info@literaturhaus-berlin.de

Neue Büroadresse ab Juli 2024:

Literaturhaus Berlin e.V.

Alt-Moabit 62-63

10555 Berlin

Bis zum 4. Juli erreichen Sie uns unter: 0176 95683594

info@literaturhaus-berlin.de

Das Literaturhaus Berlin in der Fasanenstraße 23 wird ab Sommer 2024 für 18 Monate saniert und erhält endlich einen Fahrstuhl und neue Toiletten. Während dieser Zeit finden keine Veranstaltungen in der Fasanenstraße statt. Unter dem Motto »Li-Be für die Stadt« touren wir durch alle Berliner Bezirke und kommen auch in Ihre Nähe – [seien Sie mit dabei, wenn wir um die Häuser ziehen!](#)

<https://li-be.de/>

13) Veranstaltungen in Vorbereitung



Literarisches Colloquium Berlin

Am Sandwerder 5
D-14109 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 - 816 996-0
Fax: +49 (0) 30 - 816 996-19
mail@lcb.de

14) ArchipelU (I)

Oksana Lutsyshyna und ihre Übersetzerin **Lydia Nagel**

Moderation: **Jutta Lindekugel**

Gespräch in englischer Sprache

Livestream auf lcb.de

Montag, 26.08.24, 19:30 Uhr

Literarisches Colloquium Berlin · Am Sandwerder 5 · 14109 Berlin

Eintritt frei

In diesem Sommer stellen wir unser Netzwerk in den Dienst der Vermittlung ukrainischer Literatur: 40 Übersetzer aus 22 Ländern sind zur mehrtägigen Konferenz ArchipelU eingeladen, um sich über die neuesten Entwicklungen der ukrainischen Literatur auszutauschen und Fragen der Übersetzungspraxis, der Vermittlung und Promotion ukrainischer Autoren zu diskutieren. Die Initiative ist Teil von Archipelagos, einem von der Europäischen Union geförderten Kooperationsprojekt, das Übersetzer in ihrer Rolle als Vermittler literarischer Texte aus den weniger repräsentierten Sprachen Europas fördert. Zu unseren Partnern bei der Realisierung dieses Treffens zählen das Ukrainian Book Institute. Im Mittelpunkt der ersten Abendveranstaltung steht die Autorin Oksana Lutsyshyna, die mehrere Wochen als Gastautorin im LCB weilt. Ihr neuester Roman »Ivan und Phoebe«, für den sie 2021 den ukrainischen Nationalpreis für Literatur erhielt, spielt zwischen 1989 und 1997 in Lwiw, Kyjiw und Uschhorod vor dem Hintergrund des „ersten Maidan“ und dem Leben in der noch jungen postsowjetischen Ukraine. Der Roman thematisiert u. a. aus einer kritisch feministischen Perspektive die geringe Sichtbarkeit von Frauen im Rückblick auf historische Ereignisse. »Ivan und Phoebe« liegt bereits in englischer Übersetzung vor, Lydia Nagel arbeitet derzeit an der Übertragung ins Deutsche, die im Kupido Verlag erscheinen wird. Lesung aus dem ukrainischen Original und der deutschen Übersetzung.

15) ArchipelU (II)

Нова українська поезія: Ірина Шувалова, Катерина Міхаліцина, Ірина Старовойт
Neue ukrainische Lyrik von Iryna Shuvalova, Kateryna Mihalitsyna und Iryna Starovoyt
Veranstaltung in ukrainischer Sprache
Livestream auf lcb.de

Dienstag, 27.08.24, 17:30 Uhr

Literarisches Colloquium Berlin · Am Sandwerder 5 · 14109 Berlin

Eintritt frei

In diesem Sommer stellen wir unser Netzwerk in den Dienst der Vermittlung ukrainischer Literatur: 40 Übersetzer aus 22 Ländern sind zur mehrtägigen Konferenz ArchipelU eingeladen, um sich über die neuesten Entwicklungen der ukrainischen Literatur auszutauschen und Fragen der Übersetzungspraxis, der Vermittlung und Promotion ukrainischer Autoren zu diskutieren. Die Initiative ist Teil von Archipelagos, einem von der Europäischen Union geförderten Kooperationsprojekt, das Übersetzer in ihrer Rolle als Vermittler literarischer Texte aus den weniger repräsentierten Sprachen Europas fördert. Zu unseren Partnern bei der Realisierung dieses Treffens zählen das Ukrainian Book Institute.

In den Erfahrungsräumen des Krieges leistet Poesie Widerstand, gibt Ermutigung. Spendet Trost und schafft Gemeinschaft. Der Lyrikabend mit den ukrainischen Lyrikerinnen Iryna Shuvalova, Kateryna Mihalitsyna und Iryna Starovoyt präsentiert Dichtung als aktives Handeln von Menschen, deren Lebens- und Erfahrungswelt seit zehn Jahren von Krieg und Gewalt, aber auch von Widerstand und Solidarität geprägt ist.

Topographie des Terrors

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg

Info@topographie.de

www.topographie.de

Ruf: 030-254 509-0, Fax: 030-254-09-99

16) Lange Nacht der Museen

Sonnabend, 24. August 2024, 18:00 Uhr

Kosten: Ticket erforderlich

Dauer: 8 Stunden

Die Lange Nacht der Museen, 1997 in Berlin erfunden und überall in der Welt kopiert, zieht auch heute noch Zehntausende an. Sie wird von den Berliner Museen gemeinsam mit Kulturprojekte Berlin realisiert.

Hinweis:

Ab 18 Uhr ist der Zutritt zum Ausstellungsgebäude nur mit einem Ticket zur „Langen Nacht der Museen“ möglich. Die Dokumentation „Berlin 1933–1945“ in den Ausgrabungen entlang der Niederkirchnerstraße bleibt frei zugänglich.

Ausstellungsführungen

20 Uhr

Gewalt gegen Weimar. Zerreißproben der frühen Republik 1918–1923 |
Sonderausstellung

21 Uhr

Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshaupt in der Wilhelm-
und Prinz-Albrecht-Straße | Dauerausstellung

22 Uhr

Gewalt gegen Weimar. Zerreißproben der frühen Republik 1918–1923 |
Sonderausstellung

23 Uhr

Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshaupt in der Wilhelm-
und Prinz-Albrecht-Straße | Dauerausstellung

Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798, Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de
Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

17) Immanuel Kant: Von den Grenzen der Vernunft und der Autonomie des Menschen.

Vortrag von apl. Prof. Dr. Stefan Büttner-von Stülpnagel

Sonntag, 08. September 2024, 15.00 Uhr

Immanuel Kant ist eine Leitfigur der Aufklärung und wegweisend für die gesamte klassische deutsche Philosophie. Anlässlich seines dreihundertsten Geburtstages werden dessen wichtigste Einsichten zu Theorie und Praxis erläutert. Über Gott, Unsterblichkeit der Seele und Freiheit sind – so Kants Überlegungen – keine theoretisch ausweisbaren Aussagen möglich. Die traditionelle Metaphysik findet damit ihr Ende; mit dem damit verbundenen konstruktivistischen Ansatz bahnt Kant den Weg zu einer modernen Weltdeutung, die die Grenzen der Vernunft markiert. In der praktischen Philosophie besteht Kants innovative Leistung darin, mit dem ‚kategorischen Imperativ‘ ein argumentationsstarkes Kriterium für moralisch richtiges Handeln entwickelt und damit eine neue Grundlegung für Recht und Ethik geschaffen zu haben. Die Konzeption der Würde, wie sie im Grundgesetz formuliert wird, steht argumentativ in einem Zusammenhang mit der kantischen Verwendung dieses Begriffs, der die Autonomie und Selbstbestimmung des Menschen umfasst.

Stefan Büttner-von Stülpnagel ist apl. Professor für Philosophie an der Universität Potsdam, Honorar Dozent an der Hochschule der Polizei Brandenburg/Oranienburg und an der Medizinischen Hochschule Theodor Fontane in Neuruppin. Seit 20 Jahren ist er selbstständig als Dozent für politische Bildung, für Recht und Ethik in Medizin und Pflege, als Lehrkraft an der ASG Berufliche Schulen Neuruppin sowie als Coach, Supervisor und Teamentwickler in der Sozialen Arbeit.

Wir bitten Sie um Ihre Anmeldung per Mail an [museum @ bpm-wustrau.de](mailto:museum@bpm-wustrau.de) oder telefonisch unter 033925 70798. Die Kosten für die Teilnahme an der Veranstaltung betragen 5 Euro (inkl. Museumsbesuch).

18) Georg Forster (1754–1794): Naturforscher, Humanist und Revolutionär

Vortrag von Dr. Katrin Schmersahl

Sonntag, 29. September 2024, 15.00 Uhr

Georg Forster gilt als einer der bedeutendsten deutschen Ethnologen, Reiseschriftsteller und Naturforscher. Aber nicht nur als Forscher und Weltreisender ist Forster bekannt, sondern auch als einer der führenden Köpfe der Mainzer Republik, der ersten Republik auf deutschem Boden. Bereits als 17-jähriger begleite er seinen Vater auf der zweiten Weltreise von James Cook (1772–75). Zurück in England verfasste er einen Reisebericht, der ihn schlagartig berühmt machen sollte. Forsters Texte werden noch heute wegen ihres hohen literarischen Ranges, aber auch wegen ihres unvoreingenommenen, von Empathie geleiteten Blickes auf die indigenen Bewohnerinnen und Bewohner Polynesiens und deren Kultur gerühmt. 1778 bekam Forster – zunächst in Kassel – eine Anstellung als Professor für Naturkunde. Georg Forster, der in engem wissenschaftlichen Austausch mit führenden Wissenschaftlern und Gelehrten der Aufklärungszeit stand, mischte sich in die Debatten seiner Zeit ein: Er kritisierte den Eurozentrismus des aufklärerischen Vernunftideals und verteidigte die Unmittelbarkeit der Anschauung.

Dr. Katrin Schmersahl, Studium der Geschichte und Literaturwissenschaft in Tübingen und Hamburg. Promovierte Historikerin; wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hamburg. Inzwischen ist sie seit nunmehr 20 Jahren freiberuflich als Autorin und Dozentin tätig.

Wir bitten Sie um Ihre Anmeldung per Mail an museum@bpm-wustrau.de oder telefonisch unter 033925 70798. Die Kosten für die Teilnahme an der Veranstaltung betragen 5 Euro (inkl. Museumsbesuch).



Gesellschaft
für Erdkunde zu Berlin

Geo-Campus Lankwitz
Malteserstr. 74-100
12249 Berlin
Fon +49 30 77007688
veranstaltungen@gfe-berlin.de

Veranstaltungen der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, gegründet 1828, damit die zweitälteste geographische Gesellschaft in der Welt. Sie ist die „Mutter“ unserer Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa, denn diese wurde 1982 in der Gesellschaft für Erdkunde von Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke unter dem Vorsitz Professor Dr. Burkhard Hofmeister gegründet

19) Zurzeit keine Veranstaltungen

Dr. Gerda Schirrmeister
Diplom-Geologin
Beratung, Gutachten und Stadtführung
zu Naturwerksteinen
Frobenstr. 9
10783 Berlin
Tel. 030 - 21 00 54 28

20) 27.07.2024: Grenzsteine und Naturwerksteine an Gebäuden im Regierungsviertel am Spreebogen

Liebe Steinfreundinnen und Steinfreunde,

wieder beginnt ein neuer Monat und so erhalten Sie die aktuelle Fachgruppeninformation aus dem Naturkundemuseum. Darin enthalten ist auch mein Juli-Steinspaziergang:

Am **Sonnabend, den 27. Juli** schauen wir uns **Grenzsteine und Naturwerksteine an Gebäuden im Regierungsviertel am Spreebogen** an.

Treffpunkt: 14 Uhr Große Querallee am Glockenturm (Carillon) im Tiergarten (Bus 100 Haus der Kulturen der Welt, U5 Bundestag)

Südlich vom Bundeskanzleramt stehen auf der sogenannten Skulpturenwiese die "Grenzsteine", die beim Bildhauersymposium 1961 und 1962/63 als Protest gegen den Mauerbau geschaffen wurden. Ben Wagin, dessen Todestag sich am 28. Juli zum 3. Mal jährt, brachte sie mit vielen Aktionen immer wieder in unser Bewusstsein. Wir sehen sie uns genau an und setzen unsern Weg dann zu den Steinen der Regierungsviertelgebäude fort mit Bundeskanzleramt, Reichstagsgebäude, eh. Reichstagspräsidentenpalais und Jakob-Kaiser-Haus.

Die Führungen dauern wie gewohnt maximal 2 Stunden und kosten pro Person 15 Euro.

Danach gibt es eine kleine Führungspause im Sommer mit Vorbereitungen für den Herbst, für den ich eine oder auch schon zwei Premieren an der Karl-Marx-Allee (eh. Stalinallee) zwischen Kino International, Strausberger Platz, Weberwiese, Andreasplatz und Frankfurter Tor vorgesehen habe.

Nun freue ich mich auf weitere Anmeldungen für den 27. Juli und grüße mit Glück auf!

Gerda Schirrmeister

Dr. Gerda Schirrmeister
Diplom-Geologin
Beratung, Gutachten und Stadtführung
zu Naturwerksteinen
Frobenstr. 9
10783 Berlin
Tel. 030 - 21 00 54 28

21) Mehringplatz und Umgebung

Sonnabend, 29. Juli 2024, 14 Uhr

Friedenssäule auf dem Mehringplatz

ein neuer Monat hat begonnen und Wolfgang Grahl hat wieder pünktlich die Fachgruppeninfo zusammengestellt, die ich gern weiterleite. Darin enthalten ist mein Vortrag am **Dienstag, den 4. Juni: Steifzüge durch die Vielfalt der Naturwerksteine in Berlin**. Ab 17 Uhr kommt man in den **Hörsaal 8 des Naturkundemuseums** hinein. Wer den Weg dahin noch nicht kennt und kommen möchte, kann sich gern melden, ich sende dann einen Wegeplan per Email zu. Der Vortrag beginnt dann **17.30 Uhr**.

Am **Sonnabend, den 29. Juni** wiederhole ich die Tour zum **Mehringplatz und Umgebung** in der südlichen Friedrichstadt, die am 27. April Premiere hatte. Treffpunkt ist **14 Uhr** an der **Friedenssäule auf dem Mehringplatz** (U1 und U6 Hallesches Tor). Wir beginnen mit der Geschichte des Platzes und seiner Steinsäule und folgen dann den Steinen im Verlauf der Friedrichstraße bis zur Kochstraße, wo uns als Endpunkt ein Verwendungsbeispiel für das Gestein dieses Jahres - der außerirdisch bedingte Suevit aus dem Nördlinger Ries - begegnet.

Am **Sonnabend, den 27. Juli** schauen wir uns **Grenzsteine und Naturwerksteine an Gebäude im Regierungsviertel am Spreebogen** an.

Treffpunkt: 14 Uhr Große Querallee am Glockenturm (Carillon) im Tiergarten (Bus 100 Haus der Kulturen der Welt, U5 Bundestag)

Südlich vom Bundeskanzleramt stehen auf der sogenannten Skulpturenwiese die "Grenzsteine", die beim Bildhauersymposium 1961 und 1962/63 als Protest gegen den Mauerbau geschaffen wurden. Ben Wagin, dessen Todestag sich am 28. Juli zum 3. Mal jährt, brachte sie mit vielen Aktionen immer wieder in unser Bewusstsein. Wir sehen sie uns genau an und setzen unsern Weg dann zu den Steinen der Regierungsviertelgebäude fort mit Bundeskanzleramt, Reichstagsgebäude, eh. Reichstagspräsidentenpalais und Jakob-Kaiser-Haus.

Die Führungen dauern wie gewohnt maximal 2 Stunden und kosten pro Person 15 Euro.

Nun freue ich mich auf Ihre/Eure Anmeldungen und grüße mit Glück auf!
Gerda Schirrmeister

22) Filmvorführung mit Gespräch – Konspirantinnen. Frauen im Widerstand 1939-1945, D 2006, 90 Minuten, Regie: Paul Meyer.

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Kooperationspartner: KINO für MOABIT, Polnisches Institut Berlin

Donnerstag, 15.08.2024, 19:00 Uhr

Polnisches Institut Berlin, Burgstraße 27, 10178 Berlin

Filmvorführung mit Gespräch – Konspirantinnen. Frauen im Widerstand 1939-1945, D 2006, 90 Minuten, Regie: Paul Meyer.

Im Emsland geboren, hatte der Regisseur Paul Meyer schon als Kind von Oberlangen gehört, wo es ein Kriegsgefangenenlager für Frauen gab. So etwas hatte es noch nie gegeben. Im Kapitulationsvertrag des Warschauer Nationalaufstands von 1944 (1.8.-2.10.1944) wurden die weiblichen Aufständischen als Kombattanten den männlichen gleichgestellt und entsprechend der Genfer Konvention behandelt. Für seinen Film machte er sich 55 Jahre später auf die Suche nach Überlebenden. Die dann 70- bis fast 100jährigen Widerstandskämpferinnen der Heimatarmee bildeten einen wesentlichen Teil des großen polnischen Untergrundstaates. Sie arbeiteten in diesem Geheimstaat konspirativ als Lehrerinnen im verbotenen höheren Bildungswesen, sicherten als Kuriere die Verbindung zwischen den Widerstandszellen im In- und Ausland, wurden als Attentäterinnen und Partisaninnen eingesetzt, schmuggelten Waffen und kämpften selbst mit der Waffe. Die Erfahrungen aus dieser Zeit prägten die Interviewten fürs ganze Leben, mit ihren Schilderungen entsteht ein eindringliches Bild von Solidarität und Wehrhaftigkeit in der polnischen Bevölkerung. Visuell unterstützt der Film diese Berichte mit sorgfältig recherchierten, z. T. unveröffentlichten Archivmaterialien. Sein Fokus richtet sich auf das komplexe Räderwerk der Konspiration, das zwar in der Katastrophe endete, jedoch faszinierende Momente eines unfassbaren Überlebensmutes bezeugt.

Filmgespräch mit Regisseur Paul Meyer im Anschluss an die Vorführung. Moderation: Robert Parzer, Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas/Stabstelle Deutsch-Polnisches Haus

- Entgelt:
Die Teilnahme ist entgeltfrei.
- Anmeldung:
Wir bitten um Anmeldung unter berlin@instytutpolski.pl
- Ansprechperson:
Anja Witzel, [E-Mail](#), Telefon (030) 90249 3056

Urania Berlin

Urania Berlin e.V.
An der Urania 17
10787 Berlin
Deutschland

030- 43 97 47-999
presse@urania-berlin.de
www.urania.de

23) Wir alle konsumieren und wirtschaften, als hätten wir zwei bis drei Erden zur Verfügung. Alle? Nicht alle!

Kiezspaziergang: Fair und nachhaltig in Mitte
Tourleitung: Kathrin Scheurich

Donnerstag, 22. August 2024, 17:00 Uhr

Treffpunkt: Gartenarbeitsschule Tiergarten, Birkenstraße 35, 10551 Berlin
Eintritt frei: Tickets online buchbar

Es gibt bereits Initiativen und Projekte, die nachhaltig und fair arbeiten und dabei die Grenzen der Erde respektieren.

Auf diesem Kiezspaziergang kommen wir mit den Akteurinnen und Akteuren der Gartenarbeitsschule Tiergarten, der nachbarschaftlichen Initiative „Offenes Wohnzimmer“ und der Kiezinstitution für Beteiligung „Otto-Spielplatz“ ins Gespräch.



<https://blog.sbb.berlin/termine/kalender/>

24) Von Flöhen, Katzen, Affen und der Literatur. Franz Kafkas und E.T.A. Hoffmanns Bestiarien

Donnerstag, 19. September 2024, 19 Uhr

Staatsbibliothek zu Berlin, Theodor-Fontane-Saal
Unter den Linden 8, 10117 Berlin

Um Anmeldung wird gebeten



Umschlag zu Meister Floh nach einer Vorlage von E.T.A. Hoffmann. 1822. SBB-PK | CC-BY-NC-SA 4.0

In den Texten von Franz Kafka und E.T.A. Hoffmann kreucht und fleucht es: Der einer Akademie berichtende Affe Rotpeter, der Autorschaft behauptende Kater Murr und Meister Floh sind Beispiele für ein Schreiben, dem Tiere weit mehr als Metaphern sind. Wie literarische Tiere durch die Inszenierung ihrer materiell-semiotischen Agency zu poetologischen Reflexionsfiguren werden, zeichnet der Vortrag exemplarisch an den „Bestiarien“ dieser zwei Autoren nach.

Dr. Esther Köhring ist Theater- und Literaturwissenschaftlerin an der Goethe-Universität Frankfurt/M. Sie forscht zu Tieren in der Literatur und auf Bühnen, ist Mitherausgeberin von *Texte zur Tiertheorie* (Reclam 2015) und veröffentlichte zuletzt *Theatralisieren, Experimentalisieren, Bestiarisieren. Tiere auf Bühnen des Wissens von der Mitte des 20. Jahrhunderts bis in die Gegenwart* (Metzler 2023).

01) Deutsch-Jüdisches Theater DJT im Saal des Theater-Coupés
in Berlin-Wilmersdorf – Programm 2. Halbjahr 2024

DJT

im Coupé Theater, Bürgeramt Wilmersdorf Kommunale Galerie
Hohenzollerndamm 177, 10713 Berlin
Verkehrsanbindung: Fehrbelliner Platz, U3 U7 Bus 143 Bus 115 Bus 101
<https://www.djthe.de/>
Karten: karten@djthe.de
Kontakt: 0176 722 61 305

What the World needs now is LOVE

Musik

Sonnabend, 24. August 19:00 - 20:30

Berlin, Deutschland

Jüdische Musiker wie Bob Dylan, Leonard Cohen, Simon & Garfunkel, Serge Gainsbourg, George Moustaki, Barbra Streisand und viele andere haben die populäre Musik bis heute geprägt. Wir widmen ihnen [...]

[+ Infos](#)

What the World needs now is LOVE

Musik

Sonntag, 25. August 18:00 - 19:30

Berlin, Deutschland

Jüdische Musiker wie Bob Dylan, Leonard Cohen, Simon & Garfunkel, Serge Gainsbourg, George Moustaki, Barbra Streisand und viele andere haben die populäre Musik bis heute geprägt. Wir widmen ihnen [...]

[+ Infos](#)

Besessen! - Der Dibbuk

Schauspiel

Freitag, 30. August 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Besessen! - Der Dibbuk Dramatische jüdische Legende nach Salomon An-Ski aus der verlorenen Welt des Shtetls. Lea ist die Tochter [...]

[+ Infos](#)

Besessen! - Der Dibbuk

Schauspiel

Sonnabend, 31. August 18:00 - 20:00

Berlin, Deutschland

Besessen! - Der Dibbuk Dramatische jüdische Legende nach Salomon An-Ski aus der verlorenen Welt des Shtetls. Lea ist die Tochter [...]

[+ Infos](#)

Besessen! - Der Dibbuk

Schauspiel

Sonntag, 1. September 18:00 - 20:00

Berlin, Deutschland

Besessen! - Der Dibbuk Dramatische jüdische Legende nach Salomon An-Ski aus der verlorenen Welt des Shtetls. Lea ist die Tochter [...] [...](#)

[+ Infos](#)

Panzerkreuzer Potemkin

Film

Donnerstag, 5. September 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Panzerkreuzer Potemkin Filmschau mit Werkeinführung und Live-Musik

[+ Infos](#)

Lesung: Stefan Zweig Die spät bezahlte Schuld

Lesung

Freitag, 6. September 19:00 - 20:30

Berlin, Deutschland

Lesung: Stefan Zweig Die spät bezahlte Schuld mit der Wiener Schauspielerin Anna Moik-Stötz

[+ Infos](#)

Rosinen aus Bagdad Orientalischer Erzählabend mit Musik

Schauspiel

Freitag, 20. September 19:00 - 20:30

Berlin, Deutschland

Rosinen aus Bagdad Orientalischer Erzählabend mit Musik

[+ Infos](#)

What the World needs now is LOVE

Musik

Sonabend, 21. September 19:00 - 20:30

Berlin, Deutschland

Jüdische Musiker wie Bob Dylan, Leonard Cohen, Simon & Garfunkel, Serge Gainsbourg, George Moustaki, Barbra Streisand und viele andere haben die populäre Musik bis heute geprägt. Wir widmen ihnen [...]

[+ Infos](#)

What the World needs now is LOVE

Musik

Sonntag, 22. September 18:00 - 20:30

Berlin, Deutschland

Jüdische Musiker wie Bob Dylan, Leonard Cohen, Simon & Garfunkel, Serge Gainsbourg, George Moustaki, Barbra Streisand und viele andere haben die populäre Musik bis heute geprägt. Wir widmen ihnen [...]

[+ Infos](#)

Seite A 75 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

[Kishon: Intime Geständnisse](#)

[Szenische Lesung](#)

Donnerstag, 26. September 19:00 - 20:30

Berlin, Deutschland

Ephraim Kishon: Intime Geständnisse und andere Alltagsgeschichten.

[+ Infos](#)

[Erev shel shoshanim... Abend voller Rosen...](#)

[Lesung mit Musik](#)

Sonntag, 29. September 18:00 - 19:30

Berlin, Deutschland

Erev shel shoshanim... Abend voller Rosen...

[+ Infos](#)

[Besessen! - Der Dibbuk](#)

[Schauspiel](#)

Mittwoch, 2. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Besessen! - Der Dibbuk Dramatische jüdische Legende nach Salomon An-Ski aus der verlorenen Welt des Shtetls. Lea ist die Tochter [\[...\]](#)

[+ Infos](#)

[Besessen! - Der Dibbuk](#)

[Schauspiel](#)

Donnerstag, 3. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Besessen! - Der Dibbuk Dramatische jüdische Legende nach Salomon An-Ski aus der verlorenen Welt des Shtetls. Lea ist die Tochter [\[...\]](#)

[+ Infos](#)

[Besessen! - Der Dibbuk](#)

[Schauspiel](#)

Freitag, 4. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Besessen! - Der Dibbuk Dramatische jüdische Legende nach Salomon An-Ski aus der verlorenen Welt des Shtetls. Lea ist die Tochter [\[...\]](#)

[+ Infos](#)

[PREMIERE Nachgefragt! Bei Hannah Arendt](#)

[Schauspiel](#)

Mittwoch, 16. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Vor Antisemitismus ist man nur auf dem Mond sicher.

[+ Infos](#)

[Nachgefragt! Bei Hannah Arendt](#)

[Schauspiel](#)

Donnerstag, 17. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Vor Antisemitismus ist man nur auf dem Mond sicher.

[+ Infos](#)

Seite A 76 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

[Nachgefragt! Bei Hannah Arendt](#)

[Schauspiel](#)

Freitag, 18. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Vor Antisemitismus ist man nur auf dem Mond sicher.

[+ Infos](#)

[What the World needs now is LOVE](#)

[Musik](#)

Mittwoch, 30. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

What the World needs now is LOVE Was die Welt jetzt braucht, ist LIEBE. Hat man dieses Lied von Burt Bacharach einmal gehört, so geht es einem nichtmehr aus dem Kopf. Genauso wenig wie der

[\[...\]](#)

[+ Infos](#)

[What the World needs now is LOVE](#)

[Musik](#)

Donnerstag, 31. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

What the World needs now is LOVE Was die Welt jetzt braucht, ist LIEBE. Hat man dieses Lied von Burt Bacharach einmal gehört, so geht es einem nichtmehr aus dem Kopf. Genauso wenig wie der

[\[...\]](#)

[+ Infos](#)

Kommunale Galerie Berlin

Hohenzollerndamm 176
10713 Berlin

Kontakt

t 030 | 9029 167 04 (Galerie)
t 030 | 9029 167 09 (Artothek)
t 030 | 9029 167 12 (Atelier)
f 030 | 9029 167 05

[info\[at\]kommunalegalerie-berlin.de](mailto:info[at]kommunalegalerie-berlin.de)

Leitung: Elke von der Lieth

t 030 | 9029 24100
f 030 | 9029 16705

Die Galerie ist eine Einrichtung des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf,
Fachbereich Kultur.

Öffnungszeiten Kommunale Galerie Berlin

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr
Mittwoch 10 bis 19 Uhr
Samstag und Sonntag 11 bis 17 Uhr

Eintritt frei

Öffnungszeiten Artothek

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr
Mittwoch von 10 bis 19 Uhr

Anfahrt

U3 | U7
Fehrbelliner Platz

101 | 104 | 115
Fehrbelliner Platz

02) Susanne Wehland. My Eyes Are Set on Freedom

Malerei, Skulptur

Ausstellung vom 13. Mai bis 15. September 2024



Susanne Wehland, My Eyes Are Set on Freedom, Öl, Acryl, Spachtelmasse, Kies, Gips und eingeschweißtes Foto auf Leinwand, 100 x 140 cm, Fotografie: Bernd Borchardt

In ihren großformatigen Bildwerken reflektiert Susanne Wehland mit malerischen Mitteln, angereichert mit Fotomontagen und Materialcollagen gesellschaftliche und politische Themen, d.h. den Kampf für Frieden und Freiheit, Umwelt und Natur, Geschlechterrollen. Die umfangreiche Einzelausstellung zeigt daneben eine Auswahl aus ihrem bildhauerischen Werk, das sich besonders der Darstellung von Frauengestalten widmet. Die Ausstellung erlaubt anhand bedeutender Themen das Gesamtwerk einer Berliner Künstlerin zu entdecken.

Die Meisterschülerin, die 1973 nach dem Studium der Bildhauerei in Essen an der Folkwangschule für Gestaltung nach Berlin an damalige Hochschule für bildende Kunst wechselte kam, lebt und arbeitet in Berlin-Charlottenburg.

Das umfangreiche Oeuvre der Künstlerin Susanne Wehland begeistert!

Programme der Museen von Berlin Tempelhof-Schöneberg



Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Abteilung Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich Kunst, Kultur und Museen
Museen Tempelhof-Schöneberg
Hauptstraße 40 /42
10827 Berlin

museum@ba-ts.berlin.de

Unser Sekretariat erreichen Sie zurzeit:

Montag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr

Freitag von 9 - 14 Uhr

Tel. 030 90277-6163

museum@ba-ts.berlin.de

03) Dauerausstellung „Zwischen Feldern und Fabriken“

Tempelhofer und ihre Gäste, die mehr über den Stadtbezirk erfahren möchten, sind in der Dauerausstellung genau richtig: Die originalen Objekte – sei es eine verrostete Pistole oder ein riesiger Mammut-Knochen – sind in verschiedenen Räumen des ehemaligen Schulgebäudes untergebracht und können gar nicht an einem einzigen Besuch alle unter die Lupe genommen werden. Mit Hilfe des kindgerechten Audioguides lässt sich hier bei

Weitere Informationen auf der [Homepage der Museen Tempelhof-Schöneberg](https://www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/start.html):

<https://www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/start.html>

04) Wir waren Nachbarn. Dauerausstellung

RATHAUS SCHÖNEBERG

STÄNDIGE AUSSTELLUNG

Wir waren Nachbarn

Mit **über 170 biografischen Alben**, Hörstationen und Filmen mit zeitbezeugenden Personen erinnert die Dauerausstellung an die Schicksale von jüdischen Menschen aus dem Bezirk, die im Nationalsozialismus verfolgt, entrechtet und ermordet wurden. Zugleich machen **über 6.000 Namen von Deportierten**, auf kleinen Karten handschriftlich notiert und angeordnet nach ihren letzten Wohnadressen, das unbegreifliche Ausmaß der Verfolgung allein in einem Stadtbezirk deutlich.

Durch das **Archiv der Erinnerungen** – mit einem vielfältigen Veranstaltungs- und Vermittlungsprogramm – sowie **Sonderausstellungen** entwickelt sich das Ausstellungsprojekt beständig weiter und bietet einen lebendigen Lern- und Begegnungsort für Interessierte jeden Alters.

Geöffnet: **Sa bis Do, 10-18 Uhr**, Eintritt frei.

www.wirwarennachbarn.de

WIR WAREN NACHBARN
DAUERAUSSTELLUNG IM RATHAUS BERLIN-SCHÖNEBERG

Ort: Rathaus Schöneberg,

Ausstellungshalle, John-F.-Kennedy-Platz, 10827 Berlin



05) Stolpersteinverlegungen in Tempelhof-Schöneberg

MUSEEN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

IM STADTRAUM

Stolpersteinverlegungen in Tempelhof und Schöneberg

Viele Stolpersteine sind bereits in Tempelhof und Schöneberg zu finden. Verlegungen finden auch in den Wintermonaten statt – mit dem Künstler **Gunter Demnig** und dem ehrenamtlichen Steinverleger **Hans-Peter Frank**.

Die Termine der anstehenden Stolpersteinverlegungen finden Sie auf der Website: www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/stolpersteine.html

Die Beratung von Angehörigen und Interessierten findet in der Koordinierungsstelle im Schöneberg Museum statt.

Melden Sie sich gern unter:

Stolpersteine@ba-ts.berlin.de

Sie können sich auch in den E-Mail-Verteiler für Stolpersteinverlegungen eintragen lassen.



Andrea Seehausen
Büro- und Innenleitung
Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau

Tel. 033925-70798

Fax 033925-70799

museum@bpm-wustrau.de

[<>www.brandenburg-preussen-museum.de](http://www.brandenburg-preussen-museum.de)

Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

Brandenburg-Preußen-Museum.



Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a, 16818 Wustrau

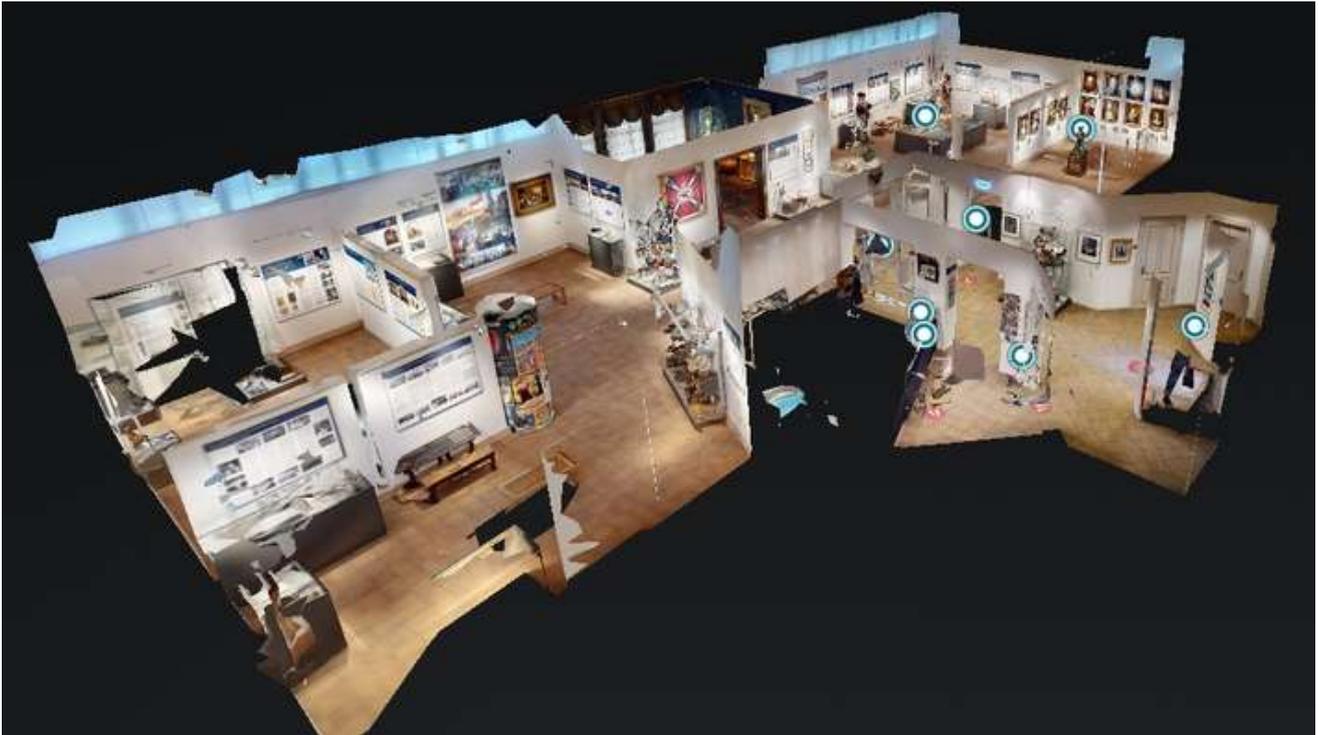
Telefon 03 39 25 - 7 07 98

Telefax 03 39 25 - 7 07 99

06) Einblicke in die Brandenburg-Preußische Geschichte. **Die Hauptausstellung**

Seit dem Jubiläumsjahr 2020 präsentiert das Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau eine **komplett überarbeitete Hauptausstellung**. Beginnend mit der einzigen kompletten Portraitgalerie aller Brandenburgischen Kurfürsten, preußischen Könige und Deutschen Kaiser erhalten die Besucher einen vielseitigen Überblick über die Geschichte Brandenburgs und Preußens, von der Christianisierung mit Kreuz und Schwert im Hochmittelalter bis zum Ende der Hohenzollernmonarchie 1918.

Neuer 3D-Rundgang



Virtueller Museumsbesuch

Als kleinen Vorgeschmack für Ihren Besuch bieten wir Ihnen die Möglichkeit, sich virtuell in unserer Hauptausstellung umzusehen!

[Rundgang starten](#)

Das Museum bietet einen neuen, frischen Blick auf Preußen: Ein Raum ist starken preußischen Frauenpersönlichkeiten gewidmet – von [Dorothea Erxleben](#), der ersten promovierten Ärztin der Welt bis zu der erfolgreichen Lokomotivfabrikantin [Sophie Henschel](#). Aus dem Zusammenwirken von [Aufklärung](#) und [Pietismus](#) in Halle am Ende des 17. Jahrhunderts entsteht die „preußische Pflichtethik“. Die Spielzeugsammlung von Anneliese Bödecker, Ehefrau des Museumsstifters, zeigt Spielzeug als Spiegel der Gesellschaft im Deutschen Kaiserreich. Die Industrialisierung wird mit ihren Licht- und Schattenseiten dargestellt: Der Aufstieg zur Weltspitze, insbesondere der optischen Industrie, der Chemie und der Elektroindustrie wird kontrastiert mit der Wohnungsnot und der Verbreitung der Cholera und der Tuberkulose in den rasant wachsenden Städten.



Stationen der Ausstellung:

- Mit Kreuz und Schwert: Die Christianisierung Brandenburgs und Preußens im Mittelalter
- Der Übergang vom Mittelalter in die Renaissance
- Die Reformation und das Zeitalter der Glaubenskriege
- Wiederaufbau nach dem Dreißigjährigen Krieg durch Repeuplierung mit Glaubensflüchtlingen
- Aufklärung und Pietismus in Halle – die Wurzeln der „Preußischen Tugenden“
- Friedrich der Große – Philosoph, Eroberer, aufgeklärter Alleinherrscher
- Bedeutende Frauen Preußens
- Preußen unter Napoleon – Reformen und Befreiungskriege
- Vormärz und der späte Beginn der Industrialisierung in Preußen
- 1848 – der Ruf nach Demokratie und dem Einheitsstaat
- Die Einigungskriege 1864, 1866, 1870/71
- Das Deutsche Kaiserreich und der lange Weg zur Einheit
- Chemie, Optik, Elektroindustrie – drei moderne Industrien gelangen an die Weltspitze
- Spitzenforscher – die Nobelpreisträger für Medizin, Chemie und Physik bis 1918
- Seuchen – die Kehrseiten des Wachstums
- Die Auswanderer, die HAPAG und der Norddeutsche Lloyd
- Preußen als Bildungsstaat: Bildung für Jungen und Bildung für Mädchen
- Der lange Weg zum Sozialstaat
- Die Museumsinsel, das Kaiserreich und die Kunst
- Spielzeug als Spiegel der Gesellschaft im Deutschen Kaiserreich
- Der Erste Weltkrieg
- Das Ende. Der Zusammenbruch der Westfront, Novemberrevolution, Flucht des Kaisers.

07) Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung

- siehe Startseite -



Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist eine unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts in Trägerschaft der Stiftung Deutsches Historisches Museum (DHM).

Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird durch ihre Direktorin Frau Dr. Gundula Bavendamm vertreten. Vorsitzender des Stiftungsrats ist Dr. Andreas Görgen, Leitender Beamter bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Claudia Roth MdB.

Frau Dr. Gundula Bavendamm
Direktorin der Stiftung

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung
Stresemannstraße 90
10963 Berlin
T +49 30 206 29 98-0

info@f-v-v.de

<https://www.flucht-vertreibung-versoehnung.de/de/impressum>

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
T +49 30 18 400-0

https://sfvv.e-fork.net/sites/default/files/2023-11/konzept-der-staendigen-ausstellung_sfvv.pdf

08) Jede Fluchtkrise ist auch eine Bildungskrise, die Millionen Menschen trifft.
UNHCR und Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
eröffnen gemeinsame Sonderausstellung

PRESSEINFORMATION

Jede Fluchtkrise ist auch eine Bildungskrise, die Millionen Menschen trifft

UNHCR und Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
eröffnen gemeinsame Sonderausstellung

Berlin, 25.04.2024

Die Bedeutung der Bildung für Flüchtlinge im Bestreben, das eigene Leben wieder in die Hand zu nehmen, beleuchtet die neue Ausstellung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin. Es ist zugleich eine Sonderausstellung in Zusammenarbeit mit UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen. Sie beschreibt nicht nur, wie Millionen junge Menschen weltweit durch Vertreibung und Flucht aus Schulen und Universitäten gerissen werden und somit die Zukunft ganzer Generationen auf dem Spiel steht. Die Schau legt den Schwerpunkt auch auf beeindruckende Porträts studierender Flüchtlinge, die mit Ausdauer und Durchsetzungskraft gegen die hohen Hürden auf ihrem persönlichen Bildungsweg kämpfen. Der Faktor Bildung ist nicht nur für die Betroffenen lebenswichtig, sondern auch für ihre Familien, ihre Umgebung und nicht zuletzt ihr Aufnahmeland elementar. Zu sehen ist die Sonderausstellung mit dem Titel „Becoming who you are – Studium trotz Flucht“ bis zum 13. Oktober.

Im Mittelpunkt stehen die Bilder des Fotografen Antoine Tardy. Der Genfer Fotoreporter dokumentiert seit sieben Jahren das Leben von Flüchtlingen in aller Welt. "Sie haben natürlich unterschiedliche Charaktere und leben in sehr unterschiedlichen Verhältnissen, aber sie haben eines gemeinsam: diese Stärke und Ausdauer, diesen Ehrgeiz und den Willen, ihr Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen, verstärkt durch die Härte, der sie sich stellen müssen. Die letzten sieben Jahre waren wie eine Reise. Eine Reise, in der sich meine Vorstellung, wer und was ein Flüchtling ist, völlig dekonstruiert und verändert hat. Die Bilder sollen ein Zeugnis für Würde und Menschlichkeit sein. Zu werden, wer man ist, ist ein universelles Bestreben. Es verweist darauf, was uns eint, und nicht auf das, was uns trennt."

Bildung ist ein Menschenrecht. Doch während im Bevölkerungsschnitt 42 Prozent der Menschen studieren können, sind es bei Flüchtlingen und Vertriebenen nur 7 Prozent. Angesichts solcher Zahlen ist die Sonderausstellung auch eine Gelegenheit, den eigenen Bildungsweg zu reflektieren: Welche Hindernisse musste ich überwinden? Welche Möglichkeiten wurden mir geschenkt? Welche Lehrer haben meine Entwicklung geprägt? Wohin hat mich persönlich Bildung gebracht?



Dokumentationszentrum
Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Leonie Mechelhoff
Bereichsleiterin Kommunikation

Stresemannstr. 90, 10963 Berlin

T +49 30 206 29 98-11
F +49 30 206 29 98-99
presse@f-v-v.de

flucht-vertreibung-versoehnung.de

PRESSEINFORMATION

Die barrierefreie Ausstellung wird von Multimediainstallationen begleitet, die über die unterschiedlichen Aufnahmeländer informieren und mit Foto, Text und Video einzelne Schicksale dokumentieren.

So wie das von Ahmad, der bei einem Bombenanschlag ein Bein verlor und nach seiner Flucht in den Libanon Architektur studiert, um später in seiner Heimat Syrien die antiken Stätten wieder aufbauen zu können.

Oder Mireille, die aus politischen Gründen im Gefängnis in Burundi saß und dort vergewaltigt und misshandelt wurde. Und nun in Fernstudien Kurse zu Ethik und Kinderrechten belegt.

Oder Raïssa, die immer nachts studiert, wenn ihr kleiner Sohn schläft: „Wir sind nur zu zweit und machen einfach weiter.“

Oder Patience, die als Kind mit ihrer Schwester von ihrer Familie getrennt wurde, aber zur Schule gehen konnte. Sie studiert Informatik – obwohl sie nicht mal einen Computer besitzt: „Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg. Bildung schafft etwas. Sie macht nie etwas kaputt.“

Die portraitierten Studentinnen und Studenten waren Stipendiaten des sogenannten DAFI-Programmes, das 1992 von der Bundesregierung ins Leben gerufen worden war. Die Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein ermöglicht Flüchtlingen, in ihrem Erstaufnahmeland zu studieren. Das soll die Situation nicht nur dieser Menschen selbst, sondern auch für ihr Umfeld und nicht zuletzt ihre Gastländer verbessern. In den ersten 30 Jahren des Programmes konnten so mehr als 26 500 Flüchtlinge in 59 Ländern studieren.

Mehr Informationen unter
www.f-v-v.de

**01) „Arabica und Muckefuck“. Kaffeegeschichten zwischen Ostsee und
Schwarzem Meer**

20. Juni – 18. August 2024



Kaffeekanne Das heutige Grand Hotel Sopot wurde von 1924 bis 1927 als Kasinohotel Zoppot im neobarocken Stil erbaut. Messing, versilbert, um 1930.

Feines Porzellan und aromatische Bohnen gehören zum exklusiven Kaffeegenuss. Wer sich den Luxus nicht leisten kann, greift zum Ersatzkaffee aus Gerste oder Zichorie. Revolutionäre schmieden in Kaffeehäusern Umsturzpläne, heimatlose Literaten verfassen poetische Werke. Seit langen Zeiten und in den unterschiedlichsten Kulturräumen dient Kaffee als Requisit gesellschaftlicher Inszenierungen. Das exotische Getränk, einst aus dem „Orient“ nach Europa gekommen, war und ist noch heute ein Statussymbol, ein Ausdruck des Lebensstils – und zugleich ein globaler Wirtschaftsfaktor.

Die Ausstellung des Hauses der Heimat des Landes Baden-Württemberg erzählt Kaffeegeschichten von Genussmenschen und Geschäftemachern, von Ausbeutung und Profit im internationalen Wirtschaftsgeflecht. Sie schildert, wie der Temeswarer Franz Illy in Triest die Espressomaschine erfand und wie die Brüder Franck aus Ludwigsburg mit dem Verkauf von Ersatzkaffee in Österreich-Ungarn reich wurden. Sie stellt erfolgreiche schlesische Porzellan-Manufakturen vor. Kurz: Die Ausstellung schreibt ausgewählte Kapitel der Kulturgeschichte eines heißgeliebten Getränks, die zeigen: Koloniale Unterdrückung und alltäglicher Genuss, gesellschaftliche Abgrenzung durch Luxuskonsum und kollektive Identitätsfindung durch Rituale sind jeweils zwei Seiten derselben Medaille.



Die Kaffeerösterei Nachtigal hatte ihren Ursprung in Danzig. Nach 1945 produzierte man noch einige Jahre in Delmenhorst. Weißblech, emailliert, um 1920.

Ergänzt wird die Präsentation durch Objekte aus dem Bestand des Westpreußischen Landesmuseums, die den Kaffee symbolisieren: eine hochwertige Danziger Kaffeemaschine aus dem 18. Jahrhundert wird ebenso zu sehen sein wie Objekte einer Kaffeerösterei, ein Kaffeekännchen aus dem mondänen Casino-Hotel in Zoppot oder diverse – gerade bei Touristen – beliebte Sammeltassen. Daneben wird ein Blick auf die Geschichte der Kaffeeröstereien in der Stadt Warendorf geworfen.

Begleitet wird die Ausstellung von einem abwechslungsreichen Begleitprogramm, in dem die Besucherinnen und Besucher sowohl eine musikalische Reise durch die Geschichte der Kaffeehäuser unternehmen, aber auch Interessantes über die Herstellung von Kaffee erfahren können.

**Für alle Veranstaltungen bitten wir um eine
Vor Anmeldung unter: 02581 92 777 0 oder 02581 92 777 13**

Ausstellungseröffnung

Donnerstag, 20. Juni 2024, 18:00 Uhr

Dr. Christine Absmeier, Leiterin des Hauses der Heimat des Landes Baden-Württemberg, führt in die Ausstellung ein.

Eintritt frei

Auf einen Kaffee. Kuratorenführungen zur Kaffezeit

Nach einem Gang durch die Ausstellung erwartet Sie eine Tasse Kaffee.

Donnerstag, 27. Juni 2024, 14:00 Uhr

Donnerstag, 1. August 2024, 14:00 Uhr

Dr. Martin Steinkühler

Eintritt frei

„Ei, wie schmeckt der Coffee süße, lieblicher als 1000 Küsse“

Von Johann Sebastian Bachs Kaffeeekantate bis zur Wiener Kaffeehausmusik Ein musikalischer Streifzug durch die Erfolgsgeschichte des Kaffees in Wort, Bild und Ton.

Alle Teilnehmer:innen sind zu einer kostenlosen Kaffeeverkostung aus der „Kosterei“ eingeladen.

Samstag, 6. Juli 2024, 15:00 Uhr

Samstag, 17. August 2024, 15:00 Uhr

Dr. Inge Steinsträßer, Bonn

Eintritt: 5,00 Euro

Kurzführungen mit Besuch einer Kaffeerösterei

Nach einer kurzen Führung durch die Ausstellung gehen wir gemeinsam zur Rösterei „Die Kosterei“ in der Oststraße (ca. 5 Minuten Fußweg). Dort stellt der Kaffeeröster Stefan Kurlovich sein Handwerk vor und erläutert die Unterschiede zwischen Sorten, Röstgraden und Zubereitungsmethoden. Den Abschluss bildet eine kostenlose Verkostung.

Donnerstag, 18. Juli 2024, 14:00 Uhr

Donnerstag, 15. August 2024, 14:00 Uhr

Dr. Martin Steinkühler

Eintritt: 3,00 Euro

Auf den Spuren der Kaffeebohne

Woher kommt eigentlich unser Kaffee und welchen Weg geht er, bis er in unseren Tassen landet? Bei einem Rundgang durch die Sonderausstellung wird Schüler:innen der Sekundarstufe I und II altersgerecht die Geschichte des Kaffees vermittelt oder über die aktuellen ökologischen Bedingungen des Anbaus und Transports der Köstlichkeit diskutiert.

Das Programm ist immer im Rahmen der Öffnungszeiten buchbar.

Eintritt frei

KaffeeZeit

Welches ist euer Lieblingsgetränk? In der aktuellen Sonderausstellung im Westpreußischen Landesmuseum dreht sich alles um eins: Kaffee. Lieber Latte Macchiato, Cappuccino oder doch einen Tee? Ganz egal, beim Töpferworkshop Gemeinsam mit dem HOT-Jugendzentrum in Warendorf kann das passende Gefäß für alles hergestellt werden.

Termine werden noch bekannt gegeben. Kostenbeitrag: 5,00 Euro



Baden-Württemberg

HAUS DER HEIMAT

Ostpreußisches Landesmuseum

Heiligengeiststraße 38

21335 Lüneburg

Tel. +49 (0) 4131 75995-0

Fax +49 (0) 4131 75995-11

info@ol-ig.de

02) Jahresprogramm / Ausstellungen 2024/2025



Jahresprogramm / Ausstellungen 2024

21.10.2023 – 25.2.2024

„Stinthengste, Krähenbeiser, Lange Wurst und Co.“

Ostpreußische Bräuche im Wandel
Kabinettausstellung

18.11.2023 – 25.2.2024

Die Königsberger Kunstakademie (1845-1945)

Künstler aus zwei Jahrhunderten
Sonderausstellung

19.4.2024 – 23.10.2024

Kant 300

Ein Leben in Königsberg
Sonderausstellung

26.10.2024 – 23.2.2025

Das alte Dorpat

Tartu in Fotografien von 1889
Kabinettausstellung

1.11.2024 – 3.11.2024

Museumsmarkt. Tradition trifft Modernes

Kunsthandwerkermarkt

23.11.2024 – 23.3.2025

„Nichts blieb als nur weißer Schnee...“

Winter in Ostpreußen
Sonderausstellung

Ab Dezember 2024

Immanuel Kant und der Geist der Aufklärung

Neue Dauerausstellung

29.09.2023 – 03.03.2024

**Karl Eulenstein (1892–1981). Sugrįžęs į Klaipėdą / Zurück in Klaipėda /
Returning to Klaipėda**

Ausstellung in der Domscheitgalerie (Pranas Domšaitis Galerie)
in Memel (Klaipėda)

– Änderungen vorbehalten –



Fischergarten mit Staketenzaun (Nidden), Edith Wirth-Sukkau (Grafik, 1939) © Ostpreußisches Landesmuseum
(typische Situation an einem Fischerhaus in Nidden, entstanden im Sommer 1939, als die Künstlerin nach jahrelanger Abwesenheit von Ostpreußen wieder auf der Kurischen Nehrung weilte (ihr letzter Aufenthalt vor ihrem Tod 1941).



Ostpreußisches Landesmuseum
mit Deutschbaltischer Abteilung

Unser Programm im August 2024

Unser Programm im August

Liebe Freundinnen und Freunde des Ostpreußischen Landesmuseums und unserer Deutschbaltischen Abteilung,

der August steht vor der Tür, der Sommer und die Erntearbeiten sind in vollem Gange. Vielleicht liegen einige von Ihnen gerade am Strand im wohlverdienten Urlaub oder erwarten sehnsüchtig den nächsten Regen nach hitzigen Temperaturen. Wir freuen uns jedenfalls, auch im August eine spannende Auswahl an Veranstaltungen anbieten zu können – Urlaubspause macht das Museum natürlich nicht. Übrigens auch nicht die Baustelle für unseren Erweiterungsbau für Immanuel Kant: Nach sehr aufwendigen Fundamentarbeiten werden wir im August endlich uns aus der Erde herausarbeiten und das Erdgeschoss im Rohbau errichten. Es folgen dann noch drei weitere Obergeschosse in den Folgemonaten. Wie der Bau am Ende aussehen wird und was für eine Ausstellung wir darin planen, können Sie übrigens schon jetzt in der aktuellen Sonderausstellung „Kant 300 – ein Leben in Königsberg“ auf Zeichnungen, Grundrissen und Entwürfen bewundern.

Und welche Veranstaltungen erwarten Sie nun im August? Im Rahmen unserer Sonntagsführung am 4. August präsentiert Ihnen Katja Eichhorn anhand einzigartiger Objekte, was den bedeutenden Denker Immanuel Kant prägte und bewegte.

Zum Museum Erleben Termin am 6. August wird Ihnen Kuratorin Hannah Janowitz das Alltagsleben im 18. Jahrhundert vorstellen. Die Fragen „Wie lebten Menschen zur Zeit Kants? Wie wohnten, wie arbeiteten, wie aßen sie?“ stehen dabei im Mittelpunkt.

Am 20. August nimmt Sie Kustos und Kurator Jan Rüttinger mit ins kühle Nass und präsentiert Ihnen exemplarisch die Bildtradition des Badens in der ostpreußischen Kunst, u.a. mit Werken von Waldemar Rösler oder Eduard Bischoff.

In Kooperation mit dem SCALA Programm kino in Lüneburg, zeigen wir am 27. August „Wildauge-The Midwife“, eine packende Liebesgeschichte während des Lapplandkrieges 1944.

Anlässlich des 80. Jahrestages des Attentats auf Adolf Hitler vom 20. Juli laden wir Sie am 28. August ein zu einem Vortrag über das Erbe des Widerstandskämpfers Heinrich Graf von Lehndorff.

Auch für Kinder haben wir im Rahmen der Kinderclubtermine wieder spannende Themen im Angebot. Am 8. August gehen wir den Trakehner Pferden auf die Spuren, und am 22. August lernen wir mit einer Feder zu schreiben, genauso, wie es auch der Philosoph Immanuel Kant tat.

Weitere und ausführliche Informationen zu unseren Veranstaltungen finden Sie unten. Aktuelles finden Sie auch auf unserer [Website](#).

Weitere Einblicke in unser Museum bekommen Sie digital über unseren [Blog](#), auf [Facebook](#) und [Instagram](#) oder auf [YouTube](#).

Wir wünschen Ihnen einen sonnigen August und freuen uns auf Ihren Besuch!

Ihr Team des Ostpreußischen Landesmuseums

Unsere aktuellen Ausstellungen

Sonderausstellung

noch bis 13. Oktober 2024

"Kant 300. Ein Leben in Königsberg"

Pünktlich zur 300. Wiederkehr seines Geburtstags widmet das Ostpreußische Landesmuseum dem Philosophen Immanuel Kant eine Sonderausstellung.

Kant ist der größte deutsche Aufklärer und eine zentrale Figur der europäischen Moderne. Diese berühmte Persönlichkeit wird in einer einprägsamen Inszenierung vorgestellt. Zu sehen sind einzigartige, zum Teil noch nie öffentlich gezeigte Originalobjekte: Haare von Kant, sein Spazierstock, zahlreiche Ölgemälde, das „Kant-Glas“ mit persönlichen Gravuren und vieles mehr, Kurioses wie Erhellendes.

Im Mittelpunkt der Ausstellung steht die Person Kants, nicht seine Philosophie. Wie wurde aus dem Handwerkersohn ein Gelehrter? Warum spielte Kant Billard? Wer waren seine Freunde? Fast sein gesamtes Leben verbrachte Immanuel Kant in seiner Heimatstadt Königsberg. Virtual Reality-Stationen lassen das historische Königsberg aus der Zeit Kants in 3D wieder auferstehen und bieten spielerische Zugänge zu seinen Ideen.

Geboten wird auch eine Vorschau auf die entstehende Kant-Dauerausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum: Wie bringt man Kants Philosophie ins Museum? Welche seiner Ansätze sind heute besonders relevant? Welche sind kritikwürdig? Die Dauerausstellung wird 2025 fertig sein und dann vor allem Kants Ideenwelt thematisieren.

Das Ostpreußische Landesmuseum zu Gast im:

Künstlermuseum Heikendorf-Kieler Förde: Künstlerkolonie Nidden. Malen in freier Natur

noch bis 1. September 2024

Aus der Sammlung des Ostpreußischen Landesmuseums werden unter anderem Werke von Ernst Bischoff-Culm, Eduard Bischoff, Carl Knauf, Karl Eulenstein, Alexander Kolde, Gertrud Lerbs-Bernecker und Ernst Mollenhauer gezeigt. Motive der Küste, der Landschaft und der Kurenfischer stehen im Mittelpunkt der Gemälde und Graphiken. Die große Bandbreite des herausragenden künstlerischen Schaffens in Ostpreußen im vergangenen Jahrhundert wird damit dem Kieler Publikum präsentiert. Weitere Infos unter: https://www.kuenstlermuseumheikendorf.de/aktuell_KK%20Nidden-MalenInFreierNatur.htm

Mikkel Museum (KUMU) in Tallin – Estland: Die Kugelgens. Die Geschichte einer Deutschbaltischen Familie

noch bis 29. September 2024

Die Ausstellung in Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung stellt die berühmtesten Mitglieder der Familie Kugelgen anhand ihrer Kunstwerke und der mit ihnen verbundenen Alltagsgegenstände vor. Sie präsentiert so verschiedenen Aspekte der deutschbaltischen Kultur von Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die 1980er Jahre. Weitere Infos in englischer Sprache unter der Museumshomepage: <https://mikkelimuuseum.ekm.ee/en/>

Unsere Veranstaltungen im August 2024

Sonntag, 4. August 2024, 14.00 Uhr, 1,50 € (zzgl. Museumseintritt)

Immanuel Kant. Weltendenker aus Königsberg

Öffentliche Sonntagsführung durch die Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ mit Katja Eichhorn

Was bewegte den Denker, was prägte ihn? Ein Einblick anhand einzigartiger Objekte.

Die Plätze sind begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-lq.de ist erforderlich.

Dienstag, 6. August 2024, 14.30 Uhr, 7,00 € (inkl. Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck)

Alltagskultur im 18. Jahrhundert

Vortrag mit Hannah Janowitz im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“

Wie lebten Menschen zur Zeit Kants? Wie gestalteten sie ihren Alltag? Wie wohnten, wie arbeiteten, wie aßen sie? In ihrem Vortrag stellt Kuratorin Hannah Janowitz anhand zeitgenössischer Gemälde und Grafiken die vielfältigen Lebensrealitäten des 18. Jahrhunderts vor.

Die Plätze sind begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-lq.de ist erforderlich.

Donnerstag, 8. August 2024, 15.00 bis 17.00 Uhr, Eintritt frei!

Auf den Spuren der Trakehner Pferde

Kinderclub mit Katja Eichhorn

Die Kinder erkunden die Trakehner Abteilung des Museums mit Hilfe einer Bilderrallye und spüren den Vorfahren von Dalera, des aktuell erfolgreichsten Dressurpferdes der Welt, nach. Eigene Landschaften und Tiere werden mit Aquarellfarbe gestaltet.

Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder bildung@ol-lq.de jederzeit möglich.

Seite A 98 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Dienstag, 20. August 2024, 14.30 Uhr, 7,00 € (inkl. Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck)

Ins kühle Nass... Badende in der Kunst

Vortrag mit Jan Rüttinger im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“

Etliche ostpreußische Künstler haben die Badenden an den Seen und Küsten Ostpreußens in ihren Bildern festgehalten. Die Veranstaltung möchte der Frage nach der Bildtradition dieses Motives nachgehen.

Die Plätze sind begrenzt, eine Teilnahme ist an einzelnen oder allen Ferienprogrammtagen möglich.

Eine Anmeldung unter 04131 759950 oder info@ol-lg.de ist erforderlich.

Donnerstag, 22. August 2024, 15.00 bis 17.00 Uhr, Eintritt frei!

Kant und Kalligraphie

Kinderclub mit Jenke Eichhorn

Wie schrieb Kant seine Bücher? Was ist der Unterschied zwischen dem Schreiben früher und heute?

Die Kinder wandeln auf den Spuren des großen Philosophen und lernen mit einer Feder zu schreiben und erstellen kalligrafische Karten.

Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder bildung@ol-lg.de jederzeit möglich.

Dienstag, 27. August 2024, 19.30 Uhr, 10,00 €

Wildauge – The Midwife

(Regie: Antti Jokinen, Finnland/Litauen 2015, 119 Min.)

Filmvorführung in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“ im SCALA Programmkino, Apothekenstr. 17, 21335 Lüneburg, eine Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg und dem Nordost-Institut Lüneburg (IKGN e.V.).

Während des Lapplandkriegs 1944 verliebt sich die finnische Hebamme Helena, gespielt von Krista Kosonen, in den deutschen SS-Offizier Johannes, gespielt von Lauri Tilkanen, und folgt ihm in ein russisches Kriegsgefangenenlager. Die menschenverachtenden Verhältnisse führen zur Trennung. Dennoch versprechen sich die Liebenden, sich nach dem Krieg wiederzusehen.

Die dramatische Liebesgeschichte aus dem Zweiten Weltkrieg setzt sich kritisch mit der finnisch-deutschen Kollaboration auseinander. Gezeigt wird eine einfühlsame und eindringliche Tragödie, getragen von guten Darstellern. Verfilmung nach dem Bestseller „Wildauge“ von Katja Kettu.

Seite A 99 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Mittwoch, 28. August 2024, 18.30 Uhr, 5,00 €

Steinort/Sztynort in Masuren - das Erbe des Widerstandskämpfers Heinrich Graf von Lehndorff

Themenabend anlässlich des 80. Jahrestages des Attentats auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 mit Ulla Lachauer, Dr. Anna Damińska-Wójcik und Dr. Ralf Meindl

80 Jahre nach dem Attentat möchten wir an seine Geschichte erinnern. Dr. Anna Damińska-Wójcik schildert seine Lebensgeschichte und den 20. Juli 1944 in Steinort. Ulla Lachauer erzählt, welche Auswirkungen die Verschwörung gegen Hitler auf die überlebenden Familienmitglieder hatte und wie Heinrich Lehndorffs Nachfahren mit dem „Erbe“ des 20. Juli umgehen. Dr. Ralf Meindl stellt die Geschichte des Nationalsozialismus in Ostpreußen dar und schildert die Voraussetzungen für den Erfolg NS-Politik, an deren Ende der Untergang des „deutschen Ostpreußens“ stand.

Die Plätze sind begrenzt, eine Teilnahme ist an einzelnen oder allen Ferienprogrammtagen möglich.

Eine Anmeldung unter 04131 759950 oder info@ol-lg.de ist erforderlich.

Vorschau auf unsere Veranstaltungen im September 2024

Sonntag, 1. September 2024, 14.00 Uhr, 1,50 € (zzgl. Museumseintritt)

Immanuel Kant. Weltendenker aus Königsberg

Öffentliche Sonntagsführung durch die Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ mit
Taalke Schmidt

Was bewegte den Denker, was prägte ihn? Ein Einblick anhand einzigartiger Objekte.

Die Plätze sind begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder bildung@ol-ig.de ist erforderlich.

Dienstag, 3. September 2024, 14.30 Uhr, 7,00 € (inkl. Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck)

Hinter den Kulissen von Königsberg. Wie entstand die virtuelle Rekonstruktion?

Vortrag mit Dr. Tim Kunze im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“

Der Kurator der aktuellen Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ berichtet, welche
Recherchen zur virtuellen Auferstehung des historischen Königsbergs zu Grunde lagen. Was lehrt uns
die virtuelle Rekonstruktion von Kants Königsberg? Was machte Königsberg im
Aufklärungsjahrhundert so besonders?

Die Plätze sind begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich.

Dienstag, 3. September 2024, 18.30 Uhr, Eintritt frei!

Das jüdische Königsberg ist verstummt – Nechama Drober zum Gedenken

mit Uwe Neumärker, Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, und Klaus
Weigelt, Vorsitzender der Stiftung Königsberg.

Persönliche Erinnerungen, Texte, Fotos und Filmmaterial führen ein in das schwere Schicksal der im
letzten Jahr in Israel verstorbenen Nechama Drober, die 1927 als Hella Markowsky in Königsberg
geboren wurde und den Terror nicht nur der NS-Zeit, sondern auch den der Eroberung Königsbergs
durch die Rote Armee durchlebte.

Die Plätze sind begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich.

Vorschau auf unsere Studienreise im Oktober 2024

Dienstag, 8. Oktober bis Donnerstag, 10. Oktober 2024, Kostenbeitrag: 410 € im DZ (EZ-Zuschlag 110 €)

Künstlerkolonien im Vergleich: Studienreise nach Ahrenshoop, Schwaan und Ribnitz Damgarten

Das Ostpreußische Landesmuseum lädt zu einer Reise nach Ahrenshoop und Schwaan ein. Erfahren Sie mehr über die Geschichte der Künstlerkolonien in Deutschland. Welche Faktoren trugen zur ihrer Entstehung bei? Wie hat die Landschaft die Künstler in ihrem Schaffen beeinflusst und wie prägten die Künstler ihrerseits das Erscheinungsbild der Orte? Welche Kunststile und -techniken waren besonders populär?

Während der Exkursion haben Sie die einzigartige Möglichkeit, Parallelen und Unterschiede der Künstlerkolonie Ahrenshoop zur ostpreußischen Künstlerkolonie Nidden festzustellen, da das Kunstmuseum Ahrenshoop vom 21.09.24 bis 30.03.25 2025 die Ausstellung „Künstlerkolonie Nidden“ zeigt.

Anmeldungen nur noch bis 26. August unter Tel.: 04131-7599515 oder per E-Mail an a.kern@ol-lg.de.

Abbildung: Außenansicht des Kunstmuseum Ahrenshoop © Kunstmuseum Ahrenshoop

Veranstaltungsbesuche und Führungen, auch die Sonntagsführungen, sind nur mit Anmeldung oder einer Buchung unter info@ol-lg.de oder Tel. 04131 759950 möglich.

Copyright © 2024 Ostpreußisches Landesmuseum, All rights reserved.

Our mailing address is:

info@ol-lg.de

Want to change how you receive these emails?

You can [update your preferences](#) or [unsubscribe from this list](#).

03) Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen:
Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2024

Kulturzentrum Ostpreußen

im Deutschordensschloß Ellingen/Bay.

Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2024

Sonderausstellungen und Veranstaltungen

Noch bis 28.07.2024

Seedienst Ostpreußen

19.05.2024

Internationaler Museumstag

10.08.2024 – 03.11.2024

Joachim Rágóczy – Samlandansichten

26.10.2024

**2. Landeskulturtagung 2024
(um Anmeldung wird gebeten!)**

23./24.11.2024

29. Bunter Herbstmarkt

Kabinettausstellung

Noch bis 31.05.2024

Fotografien einer geteilten Landschaft –
Die polnisch-russische Grenze in Ostpreußen

Ausstellungen in Ostpreußen

Dauerausstellungen zur Stadtgeschichte in

Pr. Holland, Schloß

Saalfeld, Stadt- und Gemeindeverwaltung

Lyck, Wasserturm

Rosenberg, Hist. Feuerwehrhaus

Lötzen, Festung Boyen

Goldap, Haus der Heimat

Johannisburg, Städt. Kulturhaus

Rastenburg, I. Liceum

Ganzjährig

**Dauerausstellung zur Geschichte und Kultur Ostpreußens
im neuen Altvaterturm
auf dem Wetzstein bei Lehesten, Thüringer Wald**

Kulturzentrum Ostpreußen • Schloßstr. 9 • 91792 Ellingen/Bay.

Öffnungszeiten: Dienstag – Sonntag 10 – 12 und 13 – 17 Uhr (April – September)

10 – 12 und 13 – 16 Uhr (Oktober – März)

Telefon 09141-8644-0

info@kulturzentrum-ostpreussen.de

Telefax 09141-8644-14

www.kulturzentrum-ostpreussen.de

www.facebook.com/KulturzentrumOstpreussen

- Änderungen vorbehalten -

PREUSSEN  KURIER

Herausgeber: Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern e.V.

Postanschrift: Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg

V.i.S.d.P.: Christoph M. Stabe, Rainer Claaßen (Schriftleitung)

E-Post: info@low-bayern.de

Netz-Information: www.low-bayern.de, www.facebook.com/LOWBayern

Spendenkonto:

IBAN: DE21 7015 0000 0080 1325 58 / BIC: SSKMDEMXXX

04) Das Ausstellungsprogramm 2024 des Schlesischen Museums in Görlitz

Das Schlesische Museum bietet in diesem Jahr mit seinen Sonderausstellungen ein sehr abwechslungsreiches Panorama schlesischer Kultur und Geschichte. Bis zum 14. April 2024 ist die Schau „Niederschlesien im Aufbruch“ zu sehen, in der charakteristische Gewerbe- und Industrieansiedlungen entlang der 1867 eröffneten Schlesischen Gebirgsbahn von Görlitz über Hirschberg (Jelenia Góra) bis Waldenburg (Wałbrzych) vorgestellt werden. Eine kleinere, aber sehr eindrucksvolle Ausstellung erleben die Besucher mit der Präsentation „Kunst und Krieg“. Bis zum 30. Juni 2024 können Bilder aus dem 17. bis 21. Jahrhundert besichtigt werden, mit denen verschiedene Sichtweisen von Künstlerinnen und Künstlern auf Kriegereignisse deutlich werden.

Große Aufmerksamkeit erhält bereits jetzt die geplante Ausstellung über Jacob Böhme (1575–1624) anlässlich der Jubiläumsjahre 2024 und 2025. 450 Jahre nach seiner Geburt und 400 Jahre nach seinem Tod soll die Ausstellung „LILIENZEIT. Der mystische Philosoph Jacob Böhme und die Erneuerung der Welt“ vom 31. August 2024 bis 2. Februar 2025 seine Gedankenwelt und insbesondere seine Bedeutung in Schlesien einer breiten Öffentlichkeit anschaulich nahebringen. Jacob Böhme zählt zu den wichtigsten deutschen Denkern, der die Literatur, Philosophie, Religion und Kunst über die Jahrhunderte nachhaltig geprägt hat.

Die Schau reiht sich in eine Ausstellungsserie der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden ein, die 2017 mit einer vielbeachteten Präsentation in der Dresdner Schlosskapelle ihren Anfang nahm. 2019 folgten Ausstellungen in Coventry und Amsterdam sowie 2022 in Breslau (Wrocław). Mit der Präsentation 2024/25 beteiligt sich das Schlesische Museum an den zahlreichen Vorhaben in Görlitz und Zgorzelec, mit denen Jacob Böhme in diesem und im kommenden Jahr angemessen gewürdigt werden soll.



„Aurora oder Morgenröte im Aufgang“ ist das 1612 verfasste Erstlings- und Hauptwerk Jacob Böhmes; hier in einem frühen Druck von 1634 aus der Bibliothek des Schlesischen Museums. Foto: SMG

Schlesisches Museum zu Görlitz

Brüderstraße 8, Untermarkt 4, D-02826 Görlitz

Telefon +49 3581 8791-0, Fax +49 3581 8791-200

kontakt@schlesisches-museum.de

www.schlesisches-museum.de



05) LILIENZEIT

Der mystische Philosoph Jacob Böhme und die Erneuerung der Welt

Sonderausstellung vom 31. August 2024 bis zum 2. Februar 2025

Eine Ausstellung der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden und des Schlesischen Museums zu Görlitz, in Kooperation mit den Görlitzer Sammlungen für Geschichte und Kultur. Die Präsentation reiht sich in die zahlreichen Initiativen anlässlich der Jacob-Böhme-Jubiläumsjahre 2024 und 2025 in Görlitz und Zgorzelec ein.

Vernissage: 30. August 2024, 18 Uhr, im Schlesischen Museum zu Görlitz, Brüderstraße 8

Jacob Böhme wurde 1575 in Alt Seidenberg (heute Sulików) bei Görlitz geboren und verstarb 1624 in Görlitz. Er arbeitete als Schuhmacher und Garnhändler, aber seine Überlegungen und Erkenntnisse über den Menschen, Gott und die Welt machen bis heute seine überragende Bedeutung aus. Böhme zählt zu den wichtigsten deutschen Denkern; er hat die Literatur, Philosophie, Religion und Kunst über die Jahrhunderte nachhaltig geprägt.

Die Ausstellung möchte seine Gedankenwelt und insbesondere seine Bedeutung in Schlesien einer breiten Öffentlichkeit anschaulich nahebringen. Es werden die verschlungenen Wege seiner Manuskripte bis zur Veröffentlichung und ihre Rezeption beleuchtet. Zahlreiche wertvolle bibliophile Leihgaben aus der Oberlausitzischen Bibliothek der Wissenschaften in Görlitz vermitteln einen Eindruck von der Schaffenskraft Böhmes und seiner Unterstützer. Eine Hörstation lädt ein, sich in seine Ideen zu vertiefen.

Die Schau ist Teil einer internationalen Ausstellungsserie der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, die 2017 mit einer vielbeachteten Präsentation in der Dresdner Schlosskapelle ihren Anfang nahm. Das begleitende Veranstaltungsprogramm umfasst Vorträge und Filme, Angebote für Kinder und Jugendliche, Ausstellungsführungen, Stadtrundgänge, eine Exkursion zu den Orten Jacob Böhmes und ein Konzert im Rahmen des Lausitzfestivals.

Die Ausstellung wird gefördert durch das Auswärtige Amt sowie die Stiftung der Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien.

Begleitprogramm (im Aufbau)

30. August, 18 Uhr

Vernissage

30. August, 20 Uhr

[Konzert im Rahmen des Lausitz Festivals mit dem Vokalensemble Sjaella](#)

06) Weitere Termine im Schlesischen Museum

Veranstaltungsinformationen

Öffentliche Montagsführungen

Obwohl Ruhetag ist, bietet das Schlesische Museum zu Görlitz jeden Montag um 10 Uhr eine exklusive Führung zu wechselnden Themen an.

Eintritt: 8 Euro, ermäßigt 6 Euro (Hinweis: ab 1. Juli gelten neue Preise. Die Eintrittskarte berechtigt auch zum Museumsbesuch am darauffolgenden Tag.)

07) Zentrum gegen Vertreibungen: Ausstellungen



ZENTRUM
GEGEN
VERTREIBUNGEN

AUSSTELLUNG: „DIE GERUFENEN“
Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa

AUSSTELLUNG: „ERZWUNGENE WEGE“
Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts

AUSSTELLUNG: „ANGEKOMMEN“
Die Integration der Vertriebenen in Deutschland

AUSSTELLUNG: „VERSCHWUNDEN“
Orte, die es nicht mehr gibt

AUSSTELLUNG: „IN LAGERN“
Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955



ZgV - Zentrum gegen Vertreibungen

Organisationsbüro:

Godesberger Allee 72-74 | 53175 Bonn | Telefon: 0228 - 81007-0 | E-Mail: info@z-g-v.de

Besuchen Sie uns auch auf unserer Homepage: www.z-g-v.de

Teil B
Inhaltsverzeichnis (Seiten B I – B VII)

B. a) Termine von Tagungen u.ä.	Seiten B 1 – B 80
--	--------------------------

- 01)** Andrej-Mitrovic-Preis 2024
- 02)** Ende der Zeitzeugenschaft?
- 03)** Geschichte der Juden im Hl. Röm. Reich und seinen Nachfolgestaaten
- 04)** Mitte – Machtzentrum Ost-Berlins
- 05)** Streitkräfte zwischen den Weltkriegen
- 06)** Vielfältige Erinnerungskultur in der Praxis
- 07)** Oral History in der hochschulischen Ausbildung der historischen Fächer
- 08)** The Czech Historical Review 2025–2026
- 09)** Raum-Zeitenwende des Anthropozäns. Welchen Wert hat die Vergangenheit angesichts von Klimawandel und Biodiversitätsverlust?
- 10)** Geschichtsschreibung zwischen Stadt und Land. Hybride Narrative in Mitteleuropa vom 15. bis zum 17. Jahrhundert
- 11)** Demokratieggeschichte Ostdeutschland und andere Beispiele
- 12)** Churches and Religion in the Cold War
- 13)** Mission in eine Welt im Wandel – die Reisen Bischof Ottos von Bamberg nach Pommern (1124/25 und 1128)
- 14)** Moldova als Region und Republik: Geschichte, Gegenwart und Zukunft
- 15)** Republican Ideas in East-Central Europe
- 16)** Zur Geschichte der Stadt-Land-Beziehungen
- 17)** Kleists Experimente. Studententag am Kleist-Museum
- 18)** Gotha global vernetzt: FactGrid - Potenzial und Perspektiven für die Sammlungsforschung
- 19)** Bagger, Halden, Silbersee. Fotografien und visuelle Inszenierungen von Industriekultur in Sachsen-Anhalt
- 20)** The social experiences of urban space in socialist cities of Eastern Europe
- 21)** Ideas, Concepts and Policies of Sovereignty in the Age of the Cold War, 1945-1990
- 22)** Deutsche und Polen: Kontaktzonen, Nachbarschaft und gegenseitige Wahrnehmung in der Vormoderne (14.-18. Jahrhundert)
- 23)** Zukunftsorientierungen des Erinnerens. Das Beispiel „Flucht und Vertreibung“
- 24)** Histories of Violence in Central and Eastern Europe. A Comparative Perspective

B. b) Berichte von Fachtagungen

Seiten B 69 – B 99

- 01)** Neue Forschungen zu Themen der Geschichte der ländlichen Gesellschaft
- 02)** 'Art Protection' in World War I and the Historiographies of Art and Culture in the First Half of the 20th Century. Stakeholders – Networks – Concepts
- 03)** XI. Deutsch-Schweizerischer Studientag für Osteuropäische Geschichte
- 04)** Geschichten und Bilder von ost- und westdeutschen Bergbaulandschaften seit den späten 1980er Jahren. Zur eigenzeitlichen Transformation von Montanindustrien aus künstlerischer Perspektive
- 05)** „In aller Munde und vor aller Augen?“ Die Wahrnehmung des Widerstandes gegen das NS-Regime in achtzig Jahren
- 06)** Herschels Erbe: Zur Geschichte des Protestes eines jüdischen Teenagers während des Nationalsozialismus und ihrer Bedeutung für aktuelle erinnerungskulturelle Zusammenhänge

B. c) Zeitschriftenschau

Seiten B 100– B 144

- 01)** Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 72 (2024), 7/8
- 02)** Berichte zur Wissenschaftsgeschichte – History of Science and Humanities 47 (2024), 1–2
- 03)** Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (2024), 7
- 04)** Neue Politische Literatur. Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft 69 (2024), 1
- 05)** Zeitschrift für Genozidforschung 22 (2024), 1
- 06)** Chilufim. Zeitschrift für Jüdische Kulturgeschichte 30 (2023)
- 07)** Blätter für deutsche Landesgeschichte (BDLG) 159 (2023)
- 08)** The Czech Historical Review 122 (2024), 1
- 09)** Comparative Southeast European Studies 72 (2024), 2
- 10)** SPIEGELUNGEN 19 (73), 1.24
- 11)** Journal of Balkan and Black Sea Studies (2024), 12
- 12)** Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 (2024), 7–8
- 13)** Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 71 (2023), 4
- 14)** Hémécht. Zeitschrift für Luxemburger Geschichte 76 (2024) 2

A. Besprechungen (Seiten B 145 – B 158)

- 01)** Ute Engel: Stil und Nation. Barockforschung und deutsche Kulturgeschichte, ca. 1830-1933. (129 + 2 Abb.). (Paderborn) Wilhelm Fink (2018). 798 Seiten. ISBN 978-3-7705-5492-8. € 128,00 (D).
- 02)** Grazyna Patryn & Jörg Petzold: Z Krokowej do Pucka. Historia i opowieści kolejowego szlaku / Von Krockow nach Putzig. Geschichte und Geschichten entlang des Schienenweges. (mit zahlreichen SW- und mehr-farbigen Abb. und Tab.). Münster [Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens] 2023. 306 Seiten. ISBN 978-3-924238-61-2. € 18,00 / Zł 45,00.
- 03)** Jan Havel, Vladimír Kaiser, Otfried Pustejowsky: Was geschah in Aussig am 31. Juli 1945? Co se stalo v Usti nad Labem 31. Cervence 1945? (im Vor- und Nachsatz Kreiskarte von Aussig 1939, im Text zahlreiche SW-Abb.). (Leipzig) Verlag Tschirner & Kosova (2023). 235 Seiten. ISBN 978-3-00-072367-4. € 39,80.

B. Besprechungen in Arbeit (Seite B 159 - B 160)

- 01)** Wolfram Euler und Konrad Badenheuer:
Sprache und Herkunft der Germanen. Rekonstruktion des Frühgermanischen vor der Ersten Lautverschiebung
(1 mehrfarbige Karte). 2., überarbeitete Auflage.
Berlin / London: Verlag Inspiration UN Limited 2021. 271 Seiten.
ISBN 978-3-945127-278. € 89.00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 02)** Wolfram Euler: Das Westgermanische. Seine Rekonstruktion von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert.
(vier Abbildungen). [Zweite Auflage].
London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2022. 267 Seiten.
ISBN 978-3-945127-414. € 49,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 03)** Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2019. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 248 Seiten.
ISBN 978-3-88557-247-3. € 9.80.
- Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2020. Persönlichkeiten und Die Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 240 Seiten.
ISBN 978-3-88557-248-0. € 9.80.
- Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2021. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 256 Seiten.
ISBN 978-3-88557-250-3. € 9.80.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 04)** Miloš Řezník: Regionalität im Fluss. Die kaschubische Bewegung – Zugehörigkeit, Raum und Geschichte (1840-1920). (24 SW-Abb.).
(Osnabrück) fibre (2024). 316 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.48.
ISBN 978-3.944870-88-5. Euro 58,00.
Rezensent: Roland Borchers, Berlin

- 05)** Kay Usenbinz: Das neue Berlin des Hofarchitekten Johann Arnold Nering (1659-1695). (579 meist SW-Abb.).
(Baden-Baden) Tectum Verlag [in der Nomos Verlagsgesellschaft] (2024).
VII, 956 + 2 Seiten.
= Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag,
Reihe Kunstgeschichte. Band 18.
ISBN 978-3-8288-4951-8. ePDF 978-3-8288-5088-0. € 159,00.

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (Seiten B 161 – B 162)

- 01)** Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02)** Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilmpionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda. (zahlreich SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten. ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.
- 03)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 04)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 05)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 06)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makąła. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 07)** Astrid Bartel: Des Lebens ungeteilte Freude. Erzählungen. (Norderstedt: BoD Book on Demand 2022). 396 Seiten.
ISBN 978-3-7557-1708-9. € 14,90.

- 08)** Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik. Herausgegeben von Manfred Kittel, Gabriele Schneider, Thomas Simon. (mit Abb. und Tab.). Berlin: Duncker & Humblot (2022). 383 Seiten.
= Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Neue Folge, Beiheft 17.
ISBN 978-3-428-18526-9 (Print). € 119,90.
- 09)** Gisela Borchers: Arbeitsgemeinschaft Vertriebene der Oldenburgischen Landschaft: Bund der Vertriebenen (BdV). Seine Geschichte in der Stadt Oldenburg. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb. auf 7 Seiten Anhang, 1 mehrfarbiger Stadtplan von Oldenburg auf der hinteren Umschlaginnenseite). Oldenburg: Isensee-Verlag (2022). 79 Seite + 7 Seiten Anhang mit Abb. Herausgegeben von der Oldenburgischen Landschaft.
ISBN 978-3-7308-1963-0. € 15,00.
- 10)** 52. Heimatjahrbuch der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Weihnachten 2021. Herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Allenstein e. V., Kreisvertreter Andreas Galinski. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb., mehrfarbige Bildkarte auf Umschlag-Rückseite). (Velbert 2021). 280 Seiten. € ?
- 11)** Angerburger Heimatbrief. Heft Nr. 170, Dezember 2022. Herausgeber: Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. (Mitglied in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.). (Rotenburg / Wümme 2022). 171 Seiten. € ?
- 12)** Monarchie und Diplomatie. Handlungsoptionen und Netzwerke am Hof Sigismunds III. Wasa. (Hg.) Kolja Lichy, Oliver Hegedüs. (Paderborn) Brill / Schöningh (2023). XLI, 333 Seiten.
= Fokus. Neue Studien zur Geschichte Polens und Osteuropas. Band 13. ISSN 2698-5020. ISBN 978-3-506-70588-4 (hardback); ISBN 978-3-657-70588-7 (e-book). € 99,00.
- 13)** Karol Plata-Nalborski: Kraina wędrujących dworów. Z dziejów Bałdowa, Knybawy i Czyżykowa. (viele Abb.). Tczew 2024. 723 Seiten.
ISBN 978-83-971387-0-4. Złoty 69,00.
- 14)** Joachim Nolywaika: Vergeßt den Deutschen Osten nicht! Das Unrecht der Sieger: Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Sudetenland. (mit SW-Abb.). (Kiel) Arndt (2024). - 252 Seiten. ISBN 978-3-88741-310-1.- € 25.95.

Teil B

B. a) Termine von Tagungen u.ä.

Seiten B 1 – B 68

Letzte Termin-Gesamtschau, siehe AWR-Nr. 830 vom 15.12.2022

01) Andrej-Mitrovic-Preis 2024

Michael-Zikic-Stiftung
80539 München

Vom - Bis

01.06.2024 - 31.10.2024

Bewerbungsschluss

31.10.2024

<https://mzstiftung.wordpress.com/>

Von

Milan Kosanovic, Vorstand, Michael-Zikic-Stiftung

Die Michael-Zikic-Stiftung vergibt erneut den Andrej-Mitrović-Preis für Geschichte (dotiert mit 1.000,00 EUR). Er zeichnet eine herausragende unveröffentlichte Dissertation zu einem Thema der Geschichte Serbiens, der Geschichte Jugoslawiens, der deutsch-serbischen bzw. deutsch-jugoslawischen Beziehungen oder zu einem Thema der Geschichte des deutschsprachigen Raumes, der serbisch-deutschen oder jugoslawisch-deutschen Beziehungen aus.

Andrej-Mitrović-Preis 2024

Die Michael-Zikic-Stiftung vergibt erneut den Andrej-Mitrović-Preis für Geschichte, der mit 1.000,00 Euro dotiert ist.

Er zeichnet eine herausragende unveröffentlichte Dissertation (kein Verlagsvertrag) aus, die in den Jahren 2022 bis 2024 an einer Universität der unten genannten Länder eingereicht worden ist.

- zu einem Thema der Geschichte Serbiens, der Geschichte Jugoslawiens oder der deutsch-serbischen, bzw. deutsch-jugoslawischen Beziehungen, wenn sie an einer Universität in Deutschland eingereicht wurde, bzw.

- zu einem Thema der Geschichte des deutschsprachigen Raumes oder der serbisch-deutschen, bzw. jugoslawisch-deutschen Beziehungen, wenn sie an der Universität eines Landes, das vormals Teil Jugoslawiens war, eingereicht wurde. Die Arbeiten können sowohl von den Verfassern/Verfasserinnen als auch von den jeweiligen Betreuern/innen vorgeschlagen werden. Einzureichen sind ein Exemplar der Arbeit in gebundener und digitaler Form sowie die Gutachten in gedruckter sowie digitaler Form, dabei ist die Hochschule, an der die Arbeit eingereicht wurde, zu benennen.

Über die Vergabe des Preises entscheidet der Vorstand der Stiftung, der weitere Gutachten einholen kann. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Seite B 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Bewerbungstermin ist der 30.10.2024

Bitte senden Sie die Arbeit sowie die erforderlichen Unterlagen formlos an:

Prof. Dr. Marie-Janine Calic

Vorsitzende des Vorstandes der Michael-Zikic-Stiftung

Historisches Seminar Ludwig-Maximilians-Universität München

Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München

Kontakt

Prof. Dr. Marie-Janine Calic

Vorsitzende des Vorstandes der Michael-Zikic-Stiftung

Historisches Seminar

Ludwig-Maximilians-Universität München

Geschwister-Scholl-Platz 1

80539 München

<https://mzstiftung.wordpress.com/>

Zitation

Andrej-Mitrovic-Preis 2024., In: H-Soz-Kult, 13.06.2024, www.hsozkult.de/grant/id/stip-144697.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.

02) Ende der Zeitzeugenschaft?

Veranstalter

Jüdisches Museum Hohenems, KZ-Gedenkstätte Flossenbürg in Zusammenarbeit mit dem Zentrum Erinnerungskultur der Universität Regensburg

Veranstaltungsort

Universitätsbibliothek Regensburg

Vom - Bis

25.10.2023 - 24.08.2024

<https://zentrum-erinnerungskultur.de/projekt/ausstellung-zeitzeugenschaft/>

Publikation(en)



Reichwald, Anika; Scharnetzky, Julius; Lauer, Johannes; Loewy, Hanno; Skriebeleit, Jörg (Hrsg.): Ende der Zeitzeugenschaft?. Über den Umgang mit Zeugnissen von Überlebenden der NS-Verfolgung. Göttingen 2024 : [Wallstein Verlag](https://www.wallstein-verlag.de/), ISBN 978-3-8353-5589-7 399 S., 275 farb. Abb. € 24,00

Rezensiert für H-Soz-Kult von

Julia Roos, Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow, Leipzig

In dem von ihm und Norbert Frei herausgegebenen Sammelband „Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945“ forderte Martin Sabrow 2012 von der Geschichtswissenschaft, „über die sich oft lautlos und hinterrücks verändernden Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Gesprächs über die Vergangenheit nachzudenken, die dem Zeitzeugen nach 1945 seinen beispiellosen Aufstieg beschert haben“. ¹ Seitdem ist in der Forschung viel passiert², und auch Museen und Gedenkstätten nehmen sich des Themas explizit an.³ Die Wanderausstellung „Ende der Zeitzeugenschaft?“ macht diesen Aushandlungsprozess nun einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich. Am bevorstehenden Ende der Ära des autobiografischen Zeugnisablegens über die NS-Verbrechen stellt die Ausstellung weniger

Seite B 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

die offene Zukunft der Zeitzeugenschaft in den Mittelpunkt, sondern mehr deren Gewordensein. Sie fragt, wer wann sprechen wollte und sprechen durfte, wer gehört wurde, und zu welchen Bedingungen.

Das Kooperationsprojekt zwischen dem Jüdischen Museum Hohenems und der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg unter Leitung von Anika Reichwald war von Beginn an als Wanderausstellung konzipiert. Im November 2019 in Hohenems eröffnet, wurde die Schau danach bereits in Flossenbürg, im NS-Dokumentationszentrum München, im Jüdischen Museum Augsburg Schwaben, in der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum sowie im Haus der Geschichte Österreich in Wien gezeigt. Bis zum 24. August präsentiert sie nun das Zentrum Erinnerungskultur an der Universität Regensburg. Vom 19. September 2024 bis zum 4. Mai 2025 wird sie im Historischen Museum Frankfurt am Main zu sehen sein.

Der Beginn der Ausstellung in der Regensburger Universitätsbibliothek – an einem Transitorium zwischen Bücherregalen, Seminarräumen und einem Café mitten im universitären Alltag platziert – zieht Besuchende wie zufällig Vorbeikommende mitten hinein in die Thematik: Eine Lampe, ein Tisch, ein Mikrofon, alles steht bereit für ein Zeitzeugeninterview. Ein Sessel lädt ein, sich zu setzen und das Gespräch zu eröffnen. Mit Hilfe von Videosequenzen, aufgenommen unmittelbar vor den Interviews, sind die Gesprächspartnerinnen und -partner an die Wand projiziert: stumm darauf wartend, gefragt, zur Zeitzeugin, zum Zeitzeugen zu werden.



*Abb. 1: „Ende der Zeitzeugenschaft?“ Einstieg in die Ausstellung in der Universitätsbibliothek Regensburg
(© KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, Foto: Thomas Dashuber)*

Die Ausstellung gliedert sich grob in drei Abschnitte: erstens eine Analyse von Videointerviews, zweitens ein chronologischer Gang durch die Geschichte der Zeitzeugenschaft für die NS-Verfolgung seit 1944 sowie drittens ein Modul, das an jedem Ort mit Bezug auf die eigene Sammlung individuell gestaltet wird.

Seite B 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Mit der Präsentation von Videointerviews entspricht die erste Ebene auf den ersten Blick der gewohnten Präsentation von Zeitzeugenschaft in Ausstellungen. Die gewählten Momente durchbrechen jedoch die Routine: Sie zeigen das, was sonst weggeschnitten wird, etwa, wie ein Kameramann bei einem Dreh in der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg einen Zeitzeugen abrupt unterbricht, weil er die Linse des Objektivs reinigen muss. Der Zeitzeuge steht, wartet, friert. Hier tritt die „Gemachtheit“ der Interviews deutlich zu Tage.



Abb. 2: „Eine gemachte Sache – das Zeitzeugeninterview“: Ausstellungssequenz zum „Making-of“ von Videointerviews
(© KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, Foto: Thomas Dashuber)

Für die Präsentation weiterer Interviews an kleineren Medienstationen hat sich das kuratorische Team diesen Interviews quellenkritisch genähert und Erzählstrukturen wie „Moral“, „Fragmente“ oder „Distanzierung“ herausgearbeitet. Die klare Analyse und zugleich sensible Annäherung an die Vielfalt des Materials zeigt einen Weg auf, wie die gleichen Videos künftig anders ausgestellt werden können. Unter der Überschrift „Profi“ verdeutlicht ein Interview, 2013 aufgenommen in der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, dass sich Zeitzeugen mitunter historisches Fachwissen aneignen – mit dem sie ihre eigenen, meist kindlichen Erinnerungen fundieren. Dies zeigt das Gespräch mit Max Glauben (14. Januar 1928, Warschau – 28. April 2022, Dallas), der als Kind im Warschauer Ghetto überlebte. Als Beispiel für „Überwältigung“ dient ein Ausschnitt aus einem Interview der USC Shoah Foundation, in dem der langjährige Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde in Regensburg von der Erschießung eines Freundes während der Deportation nach Auschwitz-Birkenau im August 1943 berichtet. Dem befragten Otto Schwerdt (3. Januar 1923, Braunschweig – 30.12.2007, Regensburg), fällt das Sprechen hierüber im Interview sichtbar schwer. Eine generelle Stärke ist der modulare Ansatz der Präsentation: Die Ausstellungsorte können die Monitore mit Videos aus dem eigenen Bestand bestücken. In Regensburg erkennen insbesondere Lehrkräfte den Zeitzeugen Schwerdt, der seit den 1990er-Jahren für Gespräche mit Schulklassen bereitstand.

Seite B 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Leicht abgesetzt stehen die Medienstationen zu den Topoi „Zumutung“, „Zeitabstände“ und „Auftrag“. Hier verdeutlicht ein Interview mit Aleksander Laks (1927–2015), 2006 aufgenommen in der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, den Wunsch vieler Überlebender, denjenigen eine Stimme zu geben, die nicht mehr sprechen konnten: Der Vater des damals 16-Jährigen wurde im KZ Flossenbürg ermordet. Durch die Präsentation der Interviews anhand der herausgearbeiteten Erzählstrukturen gerät der zeitliche wie räumliche Kontext ihrer Entstehung allerdings in den Hintergrund. Für eine fundierte quellenkritische Einbindung der Videos in die Ausstellung müsste der zeithistorische Zusammenhang ihrer Aufnahme ebenso deutlich werden wie die Zeitgebundenheit in der Art und Motivation des Fragens.

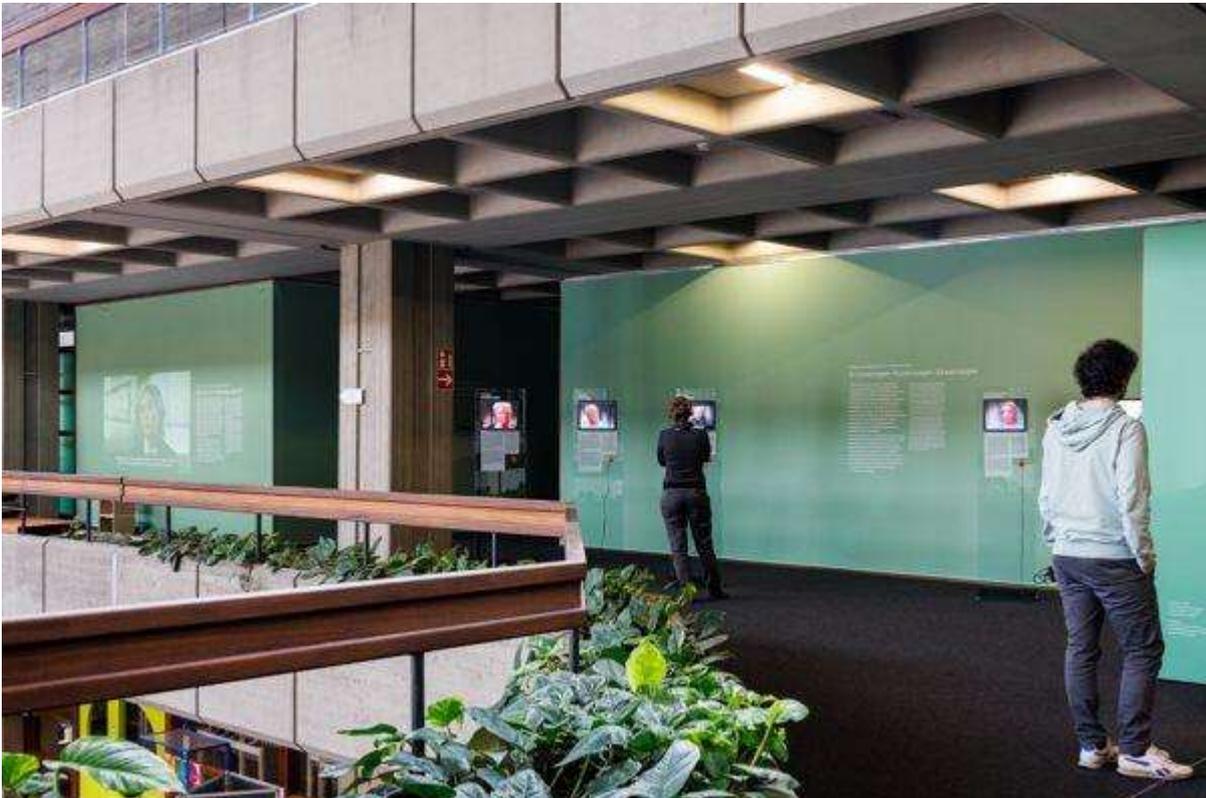


Abb. 3: „Erinnerungen – Erzählungen – Erwartungen“: Die drei Medienstationen zu den Leitbegriffen „Zumutung“, „Zeitabstände“ und „Auftrag“ stehen leicht versetzt. So verweisen sie auf den gesellschaftspolitischen Kontext der Interviews, der im Raum dahinter vertieft wird.

(© KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, Foto: Thomas Dashuber)

Diese zeitgeschichtliche Einordnung leistet die zweite Ebene der Ausstellung, die ebenfalls größtenteils überzeugt: Ein kulturhistorischer Abriss bettet die Berichte der Überlebenden in ihre jeweilige Entstehungssituation ein. Der Fokus liegt dabei auf der Bundesrepublik Deutschland, ohne den internationalen Kontext aus dem Blick zu verlieren. In Regensburg in einem separaten Raum in U-Form gestellt, durchlaufen die Ausstellungsgäste die Entwicklung chronologisch: „Überlebt, berichtet, verstummt“ (1944 bis 1945), „Zeit ohne Zeug:innen?“ (1950 bis 1959), „Täter:innen, Opfer, Zeug:innen“ (1960 bis 1969), „Neue Perspektiven, andere Erinnerungen“ (1970 bis 1989) sowie „Konkurrierende Erinnerungskulturen und medialer Massenkonsum“ (1990 bis heute). Die Einführungstexte ermöglichen Personen ohne vertiefte Vorkenntnisse einen hervorragenden Überblick; gleichzeitig schafft es die Ausstellung, insbesondere auf Ebene der Exponate, auch für Fachleute überraschende Perspektiven zu eröffnen.



Abb. 4: „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Zeitzeugenschaft“: Der chronologische Teil ist in einem eigenen Raum in U-Form zu sehen.
(© KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, Foto: Thomas Dashuber)

Im ersten Abschnitt dieses Segments thematisiert die Ausstellung die in der Forschung lange Zeit vernachlässigten, durchaus zahlreichen Initiativen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Anhand einer Anleitung für Zeitzeugengespräche sowie einer Fotografie aus Łódź wird die Arbeit der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission vorgestellt, die im Nachkriegspolen über 3.000 Berichte von Überlebenden sammelte. Ein Blick auf das weitere Wirken der *Survivor Scholars* – etwa Joseph Wulf, der ab 1952 in West-Berlin zahlreiche Dokumentationen zum Holocaust vorlegte – hätte hier nicht nur Einblick gewährt in die Ablehnung, auf die Historiker wie er innerhalb der bundesdeutschen (akademischen) Geschichtswissenschaft stießen, sondern hätte auch die im Katalog anklingende Dichotomie zwischen Geschichtswissenschaft und Zeitzeugenschaft differenzieren können.

In den 1960er-Jahren dominierte die juristische Aufarbeitung; Überlebende kamen im Jerusalemer Eichmann-Prozess sowie in den Frankfurter Auschwitz-Prozessen zu Wort. Daneben zeigt eine Vitrine die Präsenz der Erinnerungen eines anderen Personenkreises und die (einstige) Weite des Zeitzeugen-Begriffs: Hier liegen die Autobiografien von Baldur von Schirach (1967), Albert Speer (1969) und Karl Dönitz (1968/75). Besonders Speer konnte das öffentliche Bild seiner Rolle im Nationalsozialismus lange selbst prägen und erreichte mit seinen „Erinnerungen“ international eine Millionenaufgabe.

Einen Wendepunkt der deutschen Auseinandersetzung mit dem Holocaust, die 1979 in der Bundesrepublik ausgestrahlte fiktionale US-amerikanische Serie „Holocaust – die Geschichte der Familie Weiss“, verdeutlicht die Ausstellung anhand von Zuschriften, die den Sender nach der Ausstrahlung erreichten. Diese geben einen guten Einblick in die Befindlichkeiten der damaligen Zeit.[4](#)



Abb. 5: „Neue Perspektiven, andere Erinnerungen“: Die veränderte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die sich in den Reaktionen auf die Ausstrahlung der US-amerikanischen Serie „Holocaust“ zeigt, wird in der Ausstellung anhand der damaligen Presseberichte sowie mit Zuschriften an den Westdeutschen Rundfunk (WDR) thematisiert.

(© KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, Foto: Thomas Dashuber)

Bereits ein erster Blick in den Raum zeigt den tiefgreifenden Medienwandel: Dominieren an den Tischen anfangs zweidimensionale Objekte wie Briefe, Fotos und Zeichnungen, ergänzt durch Audioaufnahmen, werden Filmausschnitte von Jahrzehnt zu Jahrzehnt häufiger. Eine Betacam-Videokassette des *Holocaust Survivors Film Project* des *Fortunoff Video Archive for Holocaust Testimonies* von 1979 steht für die erste systematische Sammlung von Videointerviews mit Überlebenden. Im letzten Abschnitt, durch die U-Form des Rundgangs genau gegenüber dem spärlich bestückten Teil zu den 1950er-Jahren, zeugen zahlreiche Bücher mit persönlichen Erinnerungen vom „Memory Boom“. Dessen Schattenseiten werden mit Publikationen zu gefälschten bzw. imaginierten Überlebendenbiografien wie derjenigen von Bruno Dösseker alias Benjamin Wilkomirski sichtbar („Bruchstücke. Aus einer Kindheit 1939–1948“, 1995).

Die dritte Ausstellungsebene ist ein Modul, das an jedem Präsentationsort variiert und aus der jeweiligen Sammlung oder Institutionsgeschichte eine eigene Perspektive auf Zeitzeugenschaft wirft: Das Centrum Judaicum brachte Stimmen von Jüdinnen und Juden zu Wort, die nicht in den klassischen Kanon der Erinnerung passen, etwa da sie in der Roten Armee oder als Partisaninnen und Partisanen gekämpft haben und sich als Siegerinnen und Sieger über den Faschismus verstehen, nicht als seine Opfer. Durch die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg erhielten Zeuginnen und Zeugen eine Stimme, die als Homosexuelle, „Asoziale“ oder „Berufsverbrecher“ verfolgt wurden. Das NS-Dokumentationszentrum München stellte zwei Virtual-Reality-Projekte vor, die zukünftig ein Gespräch mit Überlebenden simulieren sollen. Mit diesen unterschiedlichen Schwerpunkten befragen sich die beteiligten Gedächtnisinstitutionen selbst, benennen Leerstellen in ihren Sammlungen

Seite B 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

und übernehmen selbstkritisch Verantwortung für die eigene Rolle in Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Zeitzeugenschaft. Der „Blick hinter die Kulissen“ spiegelt sich auch im umfassenden Begleitprogramm, das das Zentrum Erinnerungskultur in Regensburg konzipiert hat.

Der 400-seitige, ansprechend gestaltete Katalog ist vor kurzem im Wallstein Verlag erschienen. Die Herausforderung, die zahlreichen Multimedia-Inhalte in Papierform zu übertragen, meistert er mit sorgsam ausgewählten Filmstills, die durch Untertitel das Gesagte lesbar machen. Dem klassischen Katalogteil vorangestellt sind wissenschaftliche und essayistische Beiträge. Wie die Ausstellung bieten auch diese keine eindeutigen Antworten auf die vielfältigen Fragen, sondern brechen, in der für das Jüdische Museum Hohenems typischen Art und Weise, Erzählstränge auf und beleuchten Narrative von mehreren Seiten.

Gleich die ersten inhaltlichen Beiträge fügen dem Fragezeichen am Ende des Ausstellungstitels zwei weitere hinzu: Ko-Kurator Julius Scharnetzky argumentiert anhand dreier früherer Zeugnisse aus Flossenbürg überzeugend, dass als „Berufsverbrecher“, „Asoziale“ oder Homosexuelle Verfolgte in der Nachkriegszeit nicht nur nicht gehört wurden, sonst meist weiterer Verfolgung ausgesetzt waren. Bis heute fehlen ihre Stimmen in den Sammlungen. Aus dieser Perspektive steht das Ende der Zeitzeugenschaft nicht unmittelbar bevor, sondern setzte direkt nach dem Krieg ein.

Der Historiker Daniel Schuch geht in seinen Überlegungen zur Transformation der Zeugenschaft von den frühen Audiointerviews des US-amerikanischen Psychologen David P. Boder aus.⁵ Anhand der Figur des „moralischen Zeugen“ zeigt er, wie sich diese universalisiert und auf andere Genozide übertragen hat. So könne von „einem ‚Ende‘ der Zeugenschaft [...] also auch jenseits der unsterblichen Avatare von Zeug*innen des Holocaust keine Rede sein“ (S. 70).

Einen schonungslosen Einblick in die Produktionsbedingungen, denen sich die Überlebenden aussetzen, die zukünftigen Generationen als VR-Zeitzeuginnen und -zeugen gegenüber treten, bietet der Medienhistoriker Axel Doßmann. Er verdeutlicht zudem die Kluft zwischen der breiten medialen Debatte um diese neuen Formate und dem spärlichen Einsatz in der Realität sowie die Tatsache, dass sowohl Gedenkstätten als auch Schulen gerade ganz andere „Baustellen“ haben.

Auf eine davon wird die kommende Station der Ausstellung im Historischen Museum Frankfurt am Main hinweisen: Die Hunderttausenden bereits vorhandenen Interviews für die Zukunft zu bewahren, ist wohl eine der akutesten Herausforderungen. Deswegen wird in Frankfurt neben einem partizipativ im Stadtlabor entwickelten Modul eine Digitalisierungswerkstatt eingerichtet.⁶ Interviews, die auf Datenträgern wie Videokassetten und Disketten oder in veralteten Computerprogrammen gespeichert sind, sollen dort nachhaltig gesichert werden.

Anmerkungen:

¹ Martin Sabrow, Der Zeitzeuge als Wanderer zwischen zwei Welten, in: Norbert Frei / Martin Sabrow (Hrsg.), Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945, Göttingen 2012, S. 13–32, hier S. 32.

² Als Überblick siehe Steffi de Jong, Zeitzeugin/Zeitzeuge, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 24.06.2022, https://docupedia.de/zg/Jong_zeitzeuge_v1_de_2022 (09.07.2024).

Seite B 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

3 Als frühes Beispiel vgl. das Themenheft „Museum und Zeitzeugenschaft“, WerkstattGeschichte 62 (2013), https://werkstattgeschichte.de/alle_ausgaben/museum-und-zeitzeugenschaft/ (09.07.2024).

4 Umfangreiches Material zur Entstehung und Rezeption der Serie bietet die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Sie veröffentlicht auch die Beiträge einer Begleitforschung, die die BpB damals gemeinsam mit dem Westdeutschen Rundfunk rund um die Erstaussstrahlung durchführte, in: Die Serie „Holocaust“, 31.01.2023, <https://www.bpb.de/themen/holocaust/517864/die-serie-holocaust/> (09.07.2024).

5 Siehe auch seine einschlägige Dissertation: Daniel Schuch, Transformationen der Zeugenschaft. Von David P. Boders frühen Audiointerviews zur Wiederbefragung als Holocaust Testimony, Göttingen 2021; rezensiert von Linde Apel, in: H-Soz-Kult, 22.04.2022, <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-97498> (09.07.2024).

6 Siehe <https://historisches-museum-frankfurt.de/de/stadtlabor/zeitzeugenschaft> (09.07.2024).

Zitation

Julia Roos, Ausstellungsrezension zu: *Ende der Zeitzeugenschaft?*, 25.10.2023 - 24.08.2024 Universitätsbibliothek Regensburg, , In: H-Soz-Kult, 13.07.2024, <http://www.hsozkult.de/exhibitionreview/id/reex-143917>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Geschichte der Juden im Hl. Röm. Reich und seinen Nachfolgestaaten

15. Sommerakademie zur Geschichte der Juden im Hl. Röm. Reich und seinen Nachfolgestaaten

Veranstalter

Forschungscluster 'Jüdisches Heiliges Römisches Reich (JHRR)', Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte, Universität Wien

Gefördert durch

Gerda Henkel-Stiftung; Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat; Stadt Fulda; Stadt Nordhausen; Friedrich-Christian-Lesser-Stiftung
36041 Rodges

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

05.08.2024 - 15.08.2024

<https://jhrr.univie.ac.at/lehre/univiesummerschool/>

Von

Dr. Kevin Hecken, Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte, Universität Wien

Geschichte der Juden im Hl. Röm. Reich und seinen Nachfolgestaaten

Seite B 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Schwerpunktthema 2024: Die Wende von Wien 1923 und die Wende in Fulda. Das Verhältnis von Orthodoxie und modernem Zionismus (Rauischholzhausen, Fulda, Nordhausen)

15. Sommerakademie zur Geschichte der Juden im HI. Röm. Reich und seinen Nachfolgestaaten

Schwerpunktthema der 15. Sommerakademie ist das Verhältnis von jüdischer Orthodoxie und modernem Zionismus. Thematisiert werden die nationalreligiöse Bewegung als Teil der zionistischen Bewegung sowie die Aufgabe des kompromisslosen Antizionismus durch die Agudat Israel seit den 20er Jahren. Im Mittelpunkt stehen einerseits die Veränderungen in der „großen“ Politik sowie im Völker-, Staats- und Staatskirchenrecht – die Stellungnahmen der Agudat Israel vor den mit der Zukunft des britischen Völkerbundmandats Palästina befassten Kommissionen der 30er und 40er Jahre, die „Wende von Wien 1923“ und das Status Quo Abkommen der Jewish Agency und der Agudat Israel 1947 –, und andererseits Verschiebungen im Verhältnis von Orthodoxie und Zionismus auf der Grassrootsebene. Diese Verschiebungen werden anhand der Verhältnisse in Fulda, einem Zentrum der deutschen Neo-Orthodoxie, und in Rodges, dem Lehrgut und zeitweise gesamtdeutschen Zentrum der religiösen zionistischen Jugendbewegung, dargestellt.

Neben der kritischen Auseinandersetzung mit dem Schwerpunktthema verfolgt die univie:summerschool das Ziel, die Kenntnisse zu vermitteln, die notwendig sind, um Originalquellen selbstständig lesen und einordnen zu können, im Sinne von ‚skills‘, d.h. handwerklichen Fähigkeiten, wie sie von den historischen Hilfswissenschaften gepflegt werden. Diese Fähigkeiten sind Voraussetzung für den Zugang zum jüdischen Erbe Europas und bieten umgekehrt einen Zugang zum europäischen Erbe des Judentums. Unterrichtet wird bewusst nicht nur die Lesekompetenz für jüdische Sprachen (Hebräisch, Jiddisch, Judendeutsch), sondern auch Sprachen, die Juden entweder seit der Moderne zunehmend als ihre Sprachen betrachteten – Stichwort ‚Deutsch als jüdische Sprache‘ – oder die für das Verständnis der Rechtsverhältnisse der Juden in Mitteleuropa wichtig sind, insbesondere Latein und Deutsch.

Angeboten werden Paläographie-Kurse in jüdischen Sprachen (Hebräisch, Judendeutsch und Jiddisch), Deutsch (Kurrent) und Latein auf unterschiedlichen Niveaustufen. Für die Anfängerkurse sind keine Vorkenntnisse erforderlich. In den Kursen für Fortgeschrittene werden vorzugsweise Quellen aus der Rechtspraxis gelesen, im Kurs jüdische Sprachen (Hebräisch, Jiddisch, Judendeutsch) für Fortgeschrittene Beispiele aus der Rechtsprechung und der Responsenliteratur der Rabbinatsgerichte Prag und Fulda, im Kurs Deutsch für Fortgeschrittene Beispiele aus der Rechtsprechung und dem Verwaltungshandeln des kaiserlichen Reichshofrats.

Neben der Arbeit mit Originalquellen umfasst das Programm den Besuch von Archiven, Bibliotheken, Hochschulen, Kulturdenkmälern und Gedenkstätten. Für 2024 sind Besuche des Reichskammergerichtsmuseum in Wetzlar, des Max-Planck-Instituts für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie in Frankfurt am Main, des Hessischen Landesarchivs und der Archivschule in Marburg, des Diözesanarchivs und des Stadtarchivs von Fulda, des ehemaligen Lehrguts der deutschen religiösen Zionisten in Rodges, der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, des Landguts von Christian Wilhelm von Dohm und des Humboldtschen Schlosses in Auleben und des Schlosses Heringen vorgesehen.

Kontakt

Georg Donabauer, BA
Universität Wien
georg.donabauer@univie.ac.at

<https://jhrr.univie.ac.at/lehre/univiesummerschool/>

Zitation

Geschichte der Juden im Hl. Röm. Reich und seinen Nachfolgestaaten., In: H-Soz-Kult, 16.07.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145306.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Mitte – Machtzentrum Ost-Berlins

Veranstalter

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) (Bezirksamt Mitte, Mitte Museum, Stadtbibliothek Berlin-Mitte)

Ausrichter

Bezirksamt Mitte, Mitte Museum, Stadtbibliothek Berlin-Mitte

Veranstaltungsort

Bezirkszentralbibliothek Philipp Schaeffer, Brunnenstraße 181
10119 Berlin

Findet statt in Präsenz

15.08.2024 -

Website

<https://www.berlin.de/aufarbeitung/mein-kiez/artikel.1459697.php>

Von

Werner Menke-Schersch, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Mit der Reihe „Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins“ nimmt der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte den Alltag in den Kiezen Ost- und West-Berlins in den Blick. Im Mittelpunkt stehen dabei die Fragen, wie sich das geteilte Berlin entwickelt hat und welche Auswirkungen die SED-Diktatur auf den Alltag der Menschen hatte?

Macht und Mitte

Im Herbst 1989 gingen Bilder der großen Demonstrationen aus Mitte um die Welt. Hier befanden sich das Regierungsviertel und das Zentrum Ost-Berlins. Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg im Sinne einer sozialistischen Stadtplanung, aber auch der Bau der Berliner Mauer 1961 prägten das Gesicht des Stadtteils. Im Rahmen eines Kiezesgesprächs geht es darum, wie sich Umbaumaßnahmen und Stadtplanung auf das Leben in Mitte ausgewirkt haben und wie sehr der Kiez nach 1961 noch mit West-Berlin verflochten war.

Programm

18 Uhr - Kiezzgespräch mit Publikumsbeteiligung

Auf dem Podium:

Dr. Gerhard Sälter, Historiker, Stiftung Berliner Mauer

Dr.-Ing. Stefanie Brünenberg, Architekturhistorikerin, IRS Erkner

Moderation: Dr. Philipp Schultheiss, Referent beim Berliner Aufarbeitungsbeauftragten

Kontakt

(030) 24 07 92 - 33

veranstaltungen@aufarbeitung-berlin.de

<https://www.berlin.de/aufarbeitung/mein-kiez/artikel.1459697.php>

Zitation

Mitte – Machtzentrum Ost-Berlins., In: H-Soz-Kult, 03.07.2024,

www.hsozkult.de/event/id/event-145131.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) Streitkräfte zwischen den Weltkriegen

[Streitkräfte zwischen den Weltkriegen. Erfahrungen und Erwartungen in der nationalen und transnationalen Diskussion](#)

Veranstalter

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Veranstaltungsort

Kongresshotel Potsdam

14471 Potsdam

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

11.09.2024 - 13.09.2024

Website

<https://zms.bundeswehr.de/de>

Von

Markus Pöhlmann, Militärgeschichte bis 1945, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Die Tagung untersucht den Wandel des Militärs zwischen den beiden Weltkriegen weltweit und mit besonderem Fokus auf Prozesse der gegenseitigen Wahrnehmung sowie auf die

Seite B 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Bedeutung der Prognose. Ausgangspunkt aller Überlegungen sind dabei die Streitkräfte selbst.

Streitkräfte zwischen den Weltkriegen. Erfahrungen und Erwartungen in der nationalen und transnationalen Diskussion

Seit ihren Anfängen war die (west- und ost-) deutsche Forschung zu den Streitkräften in der Weimarer Republik in der Regel national ausgerichtet. Verstärkt durch die besondere Ausgangslage des Versailler Vertrages konnte so die Vorstellung eines militärischen Sonderwegs Raum greifen. Gleichwohl kennzeichnet die Epoche von 1919 bis 1939 eine Reihe von Herausforderungen, die für Streitkräfte weltweit galten. Dazu zählen die Erfahrung von Demobilisierung, Unwägbarkeiten in der technischen Entwicklung, die Renaissance der Berufsarmee, die Bedeutung von Allianzen und die Aussicht auf den zunehmend ideologisch gerahmten, gesamtgesellschaftlichen Charakter eines zukünftigen Krieges. Die Tagung untersucht den Wandel des Militärs zwischen den beiden Weltkriegen weltweit und mit besonderem Fokus auf Prozesse der gegenseitigen Wahrnehmung sowie auf die Bedeutung der Prognose. Ausgangspunkt aller Überlegungen sind dabei die Streitkräfte selbst.

Programm

Mittwoch, 11.09.2024 (Tag 1)

13.00-13.10 Alaric Searle (Potsdam), Begrüßung

13.10-13.15 John Zimmermann (Potsdam), Organisatorische Hinweise

13.15-13.30 Markus Pöhlmann (Potsdam), Einführung

13.30-15.30 Sektion I: Transnationale Perspektiven beim Aufbau von Streitkräften

Sektionsleitung: Agilolf Keßelring (Helsinki)

13.40-14.00 Mikko Karjalainen (Helsinki), Foreign Influence and Evolution of Finnish Defence in the 1920s and 1930s

14.00-14.20 Igor Kopõtin (Tartu), The German Influence on the Estonian Military Education and Training System before World War II

14.20-14.40 Alexander Reineke (Bochum), Die United States Army zwischen Stagnation und Revolution in der Zwischenkriegszeit

14.40-15.30 Diskussion

15.30-16.00 Kaffeepause

16.00-18.30 Sektion II: Offiziere von morgen – Anforderungen und Ausbildung

Sektionsleitung: Thorsten Loch (Potsdam)

16.10-16.30 Peter Mitchell (West Point), West Point and the Kriegsschulen: Curriculum Reform in the Interwar Period

16.30-16.50 Andreas Steiger (Wiener Neustadt), Die österreichische Berufsoffiziersausbildung an der Theresianischen Militärakademie 1936/37

16.50-17.00 Pause

17.00-17.20 Gundula Gahlen (Berlin), Nervenstärke als Kriterium für die „Offiziersfähigkeit“ in der Reichswehr und Wehrmacht, 1919-39

17.20-17.40 John Zimmermann (Potsdam), General der Bonner Republik und Rekrut der Reichswehr – das Beispiel Ulrich de Maizière

17.40-18.30 Diskussion

Donnerstag, 12.09.2024 (Tag 2)

09.00-11.30 Sektion III: Politik, Technik und der Krieg von Morgen

Sektionsleitung: Cristina Brăgea (Bukarest)

09.10-09.30 Lutz Budrass (Bochum), Das Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz, die Aufrüstung der Luftwaffe und das Ende von Weimar, 1932/33

09.30-09.50 Damien Accoulon (Orléans), New Perspectives on an International Air Force during the Interbellum

09.50-10.00 *Pause*

10.00-10.20 Dalibor Denda (Belgrad), Motorization and Mechanization in the Royal Yugoslav Army between World Wars

10.20-10.40 Mathias André (Namur), The Belgian Army and the Development of Armoured Warfare

10.40-11.30 Diskussion

11.30-13.00 Posterausstellung des wissenschaftlichen Nachwuchses

12.00-13.30 *Mittagspause*

13.30-15.30 Sektion IV: Irreguläre und der Staat

Sektionsleitung: Christin Pschichholz (Potsdam)

13.40-14.00 Franziska Anna Zaugg (Bern), Lokale, transnationale und internationale Gewaltakteure in „Neuserbien“, 1919-41

14.00-14.20 Yaacov Falkov (Tel Aviv), Regular Irregulars: The Development of Soviet Guerrilla Warfare as a Derivative of The Deep Operation Theory and Doctrine, 1925-41

14.20-14.40 Markus Wien (Sofia), Die „Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation“ – Teil eines „Tiefen Staates“ in Bulgarien?

14.40-15.30 Diskussion

15.30-16.00 *Kaffeepause*

16.00-18.00 Sektion V: Organisierte Beobachtungen

Sektionsleitung: Kristiane Janeke (Potsdam)

16.10-16.30 Maria Timofeeva (Bonn), Deutsche und sowjetische Militärattachés 1933-41: Eine vergleichende Perspektive

16.30-16.50 Takuma Melber (Heidelberg), Japans Streitkräfte im Spiegel deutscher Militärberichte

16.50-17.10 Michael M. Olsansky (Zürich), Chancen und Grenzen internationaler Militärkontakte für die Streitkräfte Österreichs und der Schweiz in der Zwischenkriegszeit

17.10-18.00 Diskussion

Freitag, 13.09.2024 (Tag 3)

09.00-11.00 Sektion VI: Militärpolitische Positionen

Sektionsleitung: Peter Lieb (Potsdam)

09.10-09.30 Wim Klinkert (Breda), Neutralité à outrance: The Netherlands Seeks Security in a Dangerous World, 1935/36

09.30-09.50 Manuel Stănescu (Bukarest), The Geostrategic Challenges of the Romanian General Staff, 1923-41

09.50-10.10 Rajendra Singh Thakur (Neu-Delhi), Challenges Faced by the British Indian Army Between the First and the Second World War

10.10-11.00 Diskussion

11.00-11.15 *Pause*

11.15-12.15 Zusammenfassung und Abschlussdiskussion

11.15-12.15 Alaric Searle (Potsdam): Zusammenfassung und Abschlussdiskussion

12.15 Verabschiedung und Ende der Tagung

Seite B 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

15.00-17.00 Militärgeschichtliche Stadtführung Potsdam (fakultativ) John Zimmermann (Potsdam)

Kontakt

Anmeldung: ZMSBwS3EinladungsMgmt@bundeswehr.org

Für Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die nicht dem Geschäftsbereich BMVg angehören, wird eine Tagungspauschale von 125,00 € erhoben.

<https://zms.bundeswehr.de/de>

Zitation

Streitkräfte zwischen den Weltkriegen., In: H-Soz-Kult, 26.07.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145593.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Vielfältige Erinnerungskultur in der Praxis

Veranstalter

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk (gGmbH) in Dortmund und Partner (IBB gGmbH Dortmund und KZ Gedenkstätte Neuengamme)

Ausrichter

IBB gGmbH Dortmund und KZ Gedenkstätte Neuengamme

Veranstaltungsort

KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Jean-Dolidier-Weg 75
Gefördert durch BMFSFJ
21039 Hamburg

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

12.09.2024 - 14.09.2024

Frist 17.07.2024

Website

<https://kjp-gedenkstaettenfahrten.de/2024/06/24/vielfaeltige-erinnerungskultur-in-der-praxis-2>

Von

Mechthild vom Büchel, Pressebüro vom Büchel / für IBB gGmbH und IBB e.V. in Dortmund

Wie können Gedenkstättenfahrten durch Thematisierung bisher weitgehend verdrängter Verfolgengruppen und Verfolgungserfahrungen zu einer inklusiveren Erinnerungskultur für

Seite B 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

die vielfältige Gesellschaft der Gegenwart beitragen? Und wie können wir durch partizipative Bildungsangebote gesellschaftliche Teilhabe unterstützen?

Vielfältige Erinnerungskultur in der Praxis

Wie können Gedenkstättenfahrten durch Thematisierung bisher weitgehend verdrängter Verfolgtengruppen und Verfolgungserfahrungen zu einer inklusiveren Erinnerungskultur für die vielfältige Gesellschaft der Gegenwart beitragen? Und wie können wir durch partizipative Bildungsangebote gesellschaftliche Teilhabe unterstützen?

Diese Fragen bilden den Ausgangspunkt unserer Tagung vom 12. bis 14. September 2024 in Hamburg, in deren Rahmen verschiedene Projekte vorgestellt, Erfahrungen ausgetauscht und Tipps für die Planung von Gedenkstättenfahrten gegeben werden.

Die Tagung richtet sich an Multiplikator*innen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit sowie an alle, die sich für die Organisation von Gedenkstättenfahrten interessieren.

Vor dem offiziellen Programmbeginn besteht die Möglichkeit, an einer optionalen dreistündigen Führung durch die KZ-Gedenkstätte Neuengamme teilzunehmen. Wir setzen uns für die Zugänglichkeit unserer Veranstaltung ein. Sollten Sie besondere Unterstützungsbedürfnisse aufgrund von Behinderungen haben, setzen Sie sich bitte im Voraus mit uns in Verbindung per E-Mail an info@kjp-gedenkstaettenfahrten.de. Wir bemühen uns, alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit alle an der Veranstaltung vollumfänglich teilnehmen können (z.B. kann eine Übersetzung in deutsche Gebärdensprache möglich gemacht werden, wenn der Bedarf bei der Anmeldung angegeben wird). Die Veranstaltungsorte sind barrierefrei.

Die Veranstaltung wird organisiert durch die Zentralstelle zur Förderung von Gedenkstättenfahrten der IBB gGmbH und die KZ-Gedenkstätte Neuengamme, gefördert durch Mittel des BMFSFJ. Anmeldeschluss ist am 17. Juli 2024.

Weitere Informationen unter www.kjp-gedenkstaettenfahrten.de.

Programm

12.09.2024:

16.30 -18.50 Uhr: KZ-Gedenkstätte Neuengamme

13.09.2024:

09.30-18.00 Uhr: KZ-Gedenkstätte Neuengamme

14.09.2024: 09.30-14.00 Centro Sociale Hamburg

Die Teilnahme kostet regulär 100 Euro/ ermäßigt 75 Euro (nach Selbsteinschätzung) inklusive Übernachtung und 45 Euro/ermäßigt 25 Euro ohne Übernachtung.

Kontakt

Zoe Stupp - IBB gGmbH Dortmund

<https://kjp-gedenkstaettenfahrten.de/2024/06/24/vielfaeltige-erinnerungskultur-in-der-praxis-2>

Zitation

Vielfältige Erinnerungskultur in der Praxis., In: H-Soz-Kult, 05.07.2024,
<www.hsozkult.de/event/id/event-145148>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Oral History in der hochschulischen Ausbildung der historischen Fächer

Veranstalter

Ruhr-Universität Bochum (Dalia Maria Diepa Glauer; Joachim Scholz; Philip Kortling; Viktoria Gräbe)

Ausrichter

Dalia Maria Diepa Glauer; Joachim Scholz; Philip Kortling; Viktoria Gräbe

Veranstaltungsort

Ruhr-Universität Bochum
44801 Bochum

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

16.09.2024 - 17.09.2024

Frist

30.08.2024

Von

Viktoria Gräbe, Forschendes Lernen mit Oral History in der Geschichtswissenschaft

Auf der interdisziplinären Tagung werden disziplinäre Verständnisse und Forschungslogiken zur Rekonstruktion mündlich erzählter Geschichte für die methodische Ausbildung in den historisch arbeitenden Fächer fruchtbar gemacht. Die Tagung ist Teil einer interdisziplinären Summer School an der Ruhr-Universität Bochum.

Oral History in der hochschulischen Ausbildung der historischen Fächer

Mündlich erzählte Geschichte bietet für historisch ausgerichtete Fächer eine wertvolle Materialbasis, weil sie zu einem besseren Verständnis individueller Perspektiven in gegebenen respektive sich wandelnden geschichtlichen Konstellationen und gesellschaftlichen Strukturen beiträgt. Weil Erzählende insbesondere an die prägende Kindheits- und Jugendphase vielfältige Erinnerungen knüpfen, kommt mündlich erzählten Lebensgeschichten zur Rekonstruktion von Subjektivierungsformen und von individuellen Bildungsprozessen Bedeutung zu. Dem Einwand, durch Fokussierung auf das Subjekt drohe die soziale Dimension menschlichen Denkens, Wahrnehmens und Handelns (Wigger 2007) aus dem Blick zu geraten, stehen ausgereifte Bemühungen beispielsweise der historischen Sozialisationsforschung entgegen, die zeigen, dass lebensgeschichtliche Interviews besonders dort fruchtbar gemacht werden können, wo die aus ihnen gewonnenen subjektiven Bewertungen, Orientierungen und Wissensbestände zu den spezifischen sozialen Bedingungen des Aufwachsens ins Verhältnis gesetzt werden (Gestrich 1999, Kluchert & Gippert 2021).

Freilich resultieren aus dem Interesse an subjektiven Perspektiven für geschichtswissenschaftliche oder bildungshistorische Oral History Projekte besondere Ansprüche an die methodische Kontrolle und die Interpretation der durch die Forscher erhobenen Informationen. Dass der Konstruktcharakter der historischen Quellen in ihnen besonders hervorsticht, bedeutet indes nicht, dass Zeitzeugen-Interviews für den historischen Erkenntnisgewinn nicht ebenso großes Potential besitzen wie andere historische Verfahren (von Plato 2000). Trotz weitestgehender Akzeptanz der Oral History in der Geschichtswissenschaft hat sich die Ausbildung entsprechender Kompetenzen im Studium jedoch noch kaum durchgesetzt. Während quellenkritische, rekonstruktive und textanalytische Verfahren im Methodenstudium angehender (Bildungs-)Historiker mehr oder weniger systematisch vermittelt werden, erfolgt eine Ausbildung von Kompetenzen, die zur Planung und Durchführung von Oral History-Projekten erforderlich sind, bisher nur selten. Dass vielfach davon abgesehen wird, solche Vorhaben in universitäre Lehrveranstaltungen zu implementieren, liegt aus unserer Sicht vor allem an mangelnder Erfahrung und fehlenden praxisorientierten Unterstützungsangeboten, die dem hohen Aufwand von Oral History-Lehrveranstaltungen begegnen. Neuere Initiativen auch an der Ruhr-Universität haben gezeigt, wie Methoden mit vergleichbarem technischem und organisatorischem Aufwand bei entsprechender Vorbereitung und Schulung mit Gewinn für Studierende und Lehrende in das Studium Eingang finden können, etwa beim Einsatz von Podcasts in der Lehre.

Auf der interdisziplinären Tagung sollen disziplinäre Verständnisse und Forschungslogiken zur Rekonstruktion mündlich erzählter Geschichte diskutiert und die Erträge für die methodische Ausbildung in den historisch arbeitenden Fächer fruchtbar gemacht werden. Die Tagung ist Teil einer Summer School für Studierende unterschiedlicher Studiengänge. Im Verlauf der Summer School werden die Studierenden Oral History-Projekte zu unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten planen, erste Interviews erheben oder vorhandene Interviews für Sekundäranalysen auswählen. Die Tagung umfasst eine Interpretationswerkstatt, in der die Veranstaltenden Studierende und Experten über das Material ins Gespräch bringen möchten. Der zweite Teil der Tagung dient der Reflexion darüber, was in der Ausbildung von Oral History-Kompetenzen im Kontext der Hochschullehre gut und was weniger gut funktioniert.

Zitierte Literatur:

Gestrich, Andreas (1999): Vergesellschaftung des Menschen. Einführung in die Historische Sozialisationsforschung. Historische Einführungen, Band 1. Tübingen: edition diskord.

Kluchert, Gerhard; Gippert, Wolfgang (2021). Historische Sozialisationsforschung. In: Kluchert, Gerhard; Horn, Klaus-Peter; Groppe, Carola; Caruso, Marcelo (Hrsg.): Historische Bildungsforschung: Konzepte – Methoden – Forschungsfelder. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt, S- 43–57.

Plato, Alexander von (2000): Zeitzeugen und die historische Zunft. Erinnerung, kommunikative Tradierung und kollektives Gedächtnis in der qualitativen Geschichtswissenschaft – ein Problemaufriss. In: BIOS 13. Jg, H. 1, S. 5–29.

Wigger, Lothar (2007): Bildung und Habitus? Zur bildungstheoretischen und habitustheoretischen Deutung von biografischen Interviews. In: Müller, Hans-Jürgen; Stravoravdis, Wassilios (Hrsg.): Bildung im Horizont der Wissensgesellschaft. Wiesbaden, VS, S. 171-192.

Seite B 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Programm

Oral History in der hochschulischen Ausbildung der historischen Fächer

Ort: Ruhr-Universität Bochum, GABF 04/511

Datum: 16. und 17. September 2024

16.09.2024

13:30-14:15h Eröffnung der Tagung - Prof. Dr. Joachim Scholz, Professor für Historische Bildungsforschung, Ruhr-Universität Bochum; Philip Kortling, MA und Dr. Viktoria Gräbe, Wissenschaftliche Mitarbeiter im Projekt Forschendes Lernen mit Oral History in der Geschichtswissenschaft

14:15-17:30h Interpretationswerkstätten für Studierende - Leitung:

Dr. Agnès Arp, Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Koordinatorin an der Oral-History-Forschungsstelle zur ostdeutschen Erfahrung, Universität Erfurt

PD Dr. Felicitas Söhner, AG Oral History am Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Prof. Dr. Joachim Scholz, Professur für Historische Bildungsforschung, Ruhr-Universität Bochum;

Philip Kortling, MA und Dr. Viktoria Gräbe, Wissenschaftliche Mitarbeiter im Projekt Forschendes Lernen mit Oral History in der Geschichtswissenschaft

ab 17:30h Get together

17.09.2024

09:30-10:15h Oral History und Citizen Science: Wer zeugt eigentlich wem wovon? - Dr. Hiram Kümper, Carl-Theodor-Professor für Geschichte des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit an der Universität Mannheim

10:15-11:00h „Kinderverschickung“ 1945–1990. Oral History als Methode in der projektbezogenen Lehrforschung - Dr. Helge-Fabien Hertz, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Salomon Ludwig Steinheim-Institut an der Universität Duisburg-Essen, Projektleitung und Verbundkoordination „Net Olam. Jüdische Friedhöfe im Fokus von Antisemitismus und Prävention“

11:15-12:00h Oral History als zentrale Methode in der Lehrveranstaltung „Business History“ - Univ.-Ass. Mag.a Michaela Tasotti, Mitarbeiterin am Institut für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte, Oral History Archiv Graz, Karl-Franzens-Universität Graz

12:00-13:00h Mittagspause

13:00-14:00h Abschlussdiskussion: Gelingensfaktoren für Oral History in der hochschulischen Ausbildung

14:00h Ende der Tagung

Kontakt

Ruhr-Universität Bochum
Universitätsstr. 150
44801 Bochum

Dalia Maria Diepa Glauer: dalia.diepaglauer@edu.ruhr-uni-bochum.de
Joachim Scholz: joachim.scholz@rub.de
Philip Kortling: philip.Kortling@rub.de
Viktoria Gräbe: viktoria.graebe@rub.de

Zitation

Oral History in der hochschulischen Ausbildung der historischen Fächer., In: H-Soz-Kult, 10.07.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145312.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) The Czech Historical Review 2025–2026

Veranstalter
Institute of History of the Czech Academy of Sciences, Prague
190 00 Prag

Findet statt Digital
Vom - Bis
22.09.2024 -
Frist
22.09.2024

<https://www.hiu.cas.cz/en/periodicals/czech-historical-review>

Von
Vojtěch Szajkó, Historický ústav, Akademie věd České republiky

The Czech Historical Review announces a call for proposals for thematic sections/issues for 2025–2026

The Czech Historical Review 2025–2026

Scholars interested in guest editing a thematic section/issue are invited to submit proposals. Proposals must include:

- 1) The working title of the thematic section/issue
- 2) An extended abstract of the section/issue including relevance, originality and contribution (maximum length 3,600 characters)
- 3) Preliminary content of the section/issue (estimated number of articles; if additional content such as reviews or literature reports will be included)
- 4) A list of potential contributors with their affiliations and tentative titles of papers (preference given to diverse institutions)

Seite B 22 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

- 5) A timetable for the preparation of the issue/section (the length of the peer review process should be taken into account)
- 6) Method of approaching contributors (call for papers or other means); information on whether the thematic issue/block is linked to a specific conference, workshop, etc.
- 7) A short CV and a list of publications of the guest editors and evidence of previous editorial experience or a link to such evidence

Deadline for submission of proposals: 22 September 2024

Proposals in a single MS Word file are accepted in Czech or English and should be sent to: cch@hiu.cas.cz

If you have any questions, please contact: cch@hiu.cas.cz

The decision to accept a proposal is made by the Editorial and Scientific Board of the journal.

Notification of acceptance: by the end of October 2024.

Kontakt

Institute of History of the Czech Academy of Sciences
Prosecká 809/76
190 00 Praha 9 – Prosek

tel.: +420 225 443 337

e-mail: cch@hiu.cas.cz

<https://www.hiu.cas.cz/en/periodicals/czech-historical-review>

Zitation

The Czech Historical Review 2025–2026., In: H-Soz-Kult, 12.07.2024,
<www.hsozkult.de/event/id/event-145322>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Raum-Zeitenwende des Anthropozäns. Welchen Wert hat die Vergangenheit angesichts von Klimawandel und Biodiversitätsverlust?

Veranstalter

Leibniz-Forschungsverbund "Wert der Vergangenheit"; Senckenberg Gesellschaft für Naturkunde (SGN) (Leibniz-Institut zur Analyse des Biodiversitätswandels (LIB))

Ausrichter

Leibniz-Institut zur Analyse des Biodiversitätswandels (LIB)

Veranstaltungsort

Museum König, Adenauerallee 160

Gefördert durch

Leibniz-Forschungsverbund "Wert der Vergangenheit"

53113 Bonn

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

25.09.2024 - 27.09.2024

Frist

10.09.2024

<https://www.leibniz-wert-der-vergangenheit.de>

Von

Jakob Schlieper, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung

Das Anthropozän – das „Zeitalter des Menschen“ – stellt eine Epochenwende dar, mit der das Verhältnis von Mensch und Natur und auch das Verständnis von Raum, Geschichte und Zeit neu gedacht werden muss. Mit dem Anthropozän verbinden sich geologische, biologische, ökonomische, soziale, weltanschauliche und historische Diagnosen. Seit seiner Diskussion in den letzten zwei Jahrzehnten hat der Begriff vielfältige neue interdisziplinäre Möglichkeiten geschaffen, die Auswirkung des Menschen auf die Natur in planetaren Bezügen neu zu denken.

Raum-Zeitenwende des Anthropozäns. Welchen Wert hat die Vergangenheit angesichts von Klimawandel und Biodiversitätsverlust?

Das Anthropozän – das „Zeitalter des Menschen“ – stellt eine Epochenwende dar, mit der das Verhältnis von Mensch und Natur und auch das Verständnis von Raum, Geschichte und Zeit neu gedacht werden muss. Mit dem Anthropozän verbinden sich geologische, biologische, ökonomische, soziale, weltanschauliche und historische Diagnosen. Seit seiner Diskussion in den letzten zwei Jahrzehnten hat der Begriff vielfältige neue interdisziplinäre Möglichkeiten geschaffen, die Auswirkung des Menschen auf die Natur in planetaren Bezügen neu zu denken.

Der Beginn des Anthropozäns lässt sich geologisch allerdings nicht eindeutig bestimmen, wie die Debatten um den richtigen geologischen Anthropozän-Marker zeigen, die in der Anthropocene Working Group (AWG) der International Commission on Stratigraphy (ICS) geführt wurden. Eindeutig sind aber viele Faktoren – u.a. menschengemachter Klimawandel, künstliche Radioaktivität, Mikroplastik, Artensterben – die zeigen, dass die Menschheit zum geologischen und biologischen Faktor geworden ist.

Seite B 24 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Die Jahrestagung 2024 des Leibniz-Forschungsverbunds „Wert der Vergangenheit“ widmet sich der Frage, welchen Wert die Vergangenheit für die Analyse des Anthropozäns hat, mit einem besonderen Schwerpunkt auf Klimakrise und Biodiversitätsverlust. Eingeladen sind Expertinnen und Experten aus den Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften. Sie diskutieren über das Verhältnis von Natur und Kultur, über die Konsequenzen von Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Verstädterung, alternative Konzepte wie das Technozän und das Kapitalozän mitsamt der Fragestellung, wie es um die Debatte um „Nachhaltigkeit“ und die „Grenzen des Wachstums“ steht. Darüber hinaus widmet sich die Konferenz der Frage, welche Auswirkungen das Anthropozän auf historisches Denken und Begriffe wie Fortschritt und Moderne haben, und wie vor diesem Hintergrund Museen und Sammlungen mit neuen Konzepten und Formaten in Forschung und Vermittlung reagieren.

Leibniz-Forschungsverbund „Wert der Vergangenheit“

Der Leibniz-Forschungsverbund „Wert der Vergangenheit“ untersucht Wertbildungsprozesse ebenso wie Wertekonkurrenzen in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über die Vergangenheit. Er fragt nach dem Stellenwert der Vergangenheit für Gesellschaften in Geschichte und Gegenwart und er reflektiert den Orientierungswert, der der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft beigemessen wird.

Der Forschungsverbund verknüpft 21 Leibniz-Institute und Leibniz-Forschungsmuseen sowie zahlreiche internationale Kooperationspartner im Bereich der Geschichts- und Kulturwissenschaften sowie historisch arbeitender Disziplinen in den Sozial- und Umweltwissenschaften. Damit schaffen sie einen gemeinsamen zentralen und interdisziplinären Ort für metahistorische, geschichtskulturelle und museologische Grundlagenreflexion, die der Beantwortung zentraler gesellschaftlicher Herausforderungen dient.

Der Verbund richtet jedes Jahr eine Jahrestagung aus. 2024 wird sie vom Research Hubs 2 „Raumzeitliche Ordnungsmuster“ ausgerichtet. Zur Kern-Organisationsgruppe gehören: Christoph Bernhardt (IRS), Bernhard Gißibl (IEG), Katharina Schmidt-Loske (LIB), Achim Saupe, Katja Stopka (beide ZZF), Georg Toepfer (ZfL), Helmuth Trischler (DM), Willi Xylander (SGN).

Näheres zum Forschungsverbund finden Sie auf unserer Website: <https://www.leibniz-wert-der-vergangenheit.de/> und auf unserem „Value of the Past“ Blog: <https://valuepast.hypotheses.org/>.

Wir bitten um Anmeldung bis zum 10. September: <https://eveeno.com/105893348>.

Programm

Mittwoch, 25. September

13.00 Uhr
Grußworte

Bernhard Misof (Leibniz-Institut zur Analyse des Biodiversitätswandels)
Martina Brockmeier (Präsidentin der Leibniz-Gemeinschaft)
Martin Sabrow (Sprecher des Leibniz-Forschungsverbunds „Wert der Vergangenheit“)

Helmuth Trischler (Deutsches Museum, München)
Einführung in das Tagungsthema

Seite B 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

13.45 – 15.30 Uhr

Panel 1: Klimawandel und Konsequenzen

Moderation: Willi Xylander (Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung)

Kira Rehfeld (Geo- and Environmental Research Center Universität Tübingen)

"Was wir aus der Vergangenheit für die Gegenwart und das Anthropozän lernen können..."

Klement Tockner (Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung)

"Wechselwirkungen zwischen Biodiversität und Klima – vom Konflikt zur Synergie"

Kati Krähnert (Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Ruhr-Universität Bochum)

"Anpassung an den Klimawandel im Globalen Süden: Eine ökonomische Perspektive"

15.30-16.00 Pause

16.00-17.15 Uhr

Panel 1: Natur und Kultur I

Moderation: Katja Stopka (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam); Georg Toepfer (Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung, Berlin)

Christoph Antweiler (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn)

"Anthropozän. Konzepte und Kritiken"

Sandra Maß (Ruhr-Universität Bochum)

"Zukünftige Vergangenheiten. Geschichte schreiben im Anthropozän"

17.15-17.30 Kurze Pause

17.30-18.30 Uhr

Panel 2: Natur und Kultur II

Andreas Krebs (Universität Bonn)

"Anthropozän und christliche Religiosität"

Solvejg Nitzke (Technische Universität Dresden)

"Mehr-als-menschliches Lesen. Ansätze einer nicht-mehr-anthropozentrischen Literaturwissenschaft"

18.30 – 19:30 Uhr

Abendessen

ab 19:30 Uhr

Öffentlicher Abendvortrag

Moderation: N.N.

Mark Lawrence (Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit - Helmholtz-Zentrum Potsdam)

"Is it time for an Anthropocene 2.0?"

Seite B 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Donnerstag, 26. September

09:00- 11:00 Uhr

Panel 3: Technosphäre und Technozän

Moderation: Helmuth Trischler, Deutsches Museum

Franz Mauelshagen (Universität Bielefeld)

"Die große metabolische Divergenz im Anthropozän"

Fabienne Will (Deutsches Museum, München)

"Die Technosphäre als umwelt- und technikhistorische Provokation"

Jonathan Donges (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung)

N.N.

11:00 – 11:30 Uhr

Pause

11:30 – 12:45 Uhr

Panel 4: Die Räume des Anthropozän

Moderation: Achim Saupe (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Leibniz-Forschungsverbund „Wert der Vergangenheit“)

Simone Müller (Universität Augsburg)

"'If All the World Were Philadelphia' - Zum Raumgerüst globaler Umweltgeschichte im Anthropozän"

Christoph Bernhardt (Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung Erkner/
Humboldt-Universität zu Berlin)

"Anthropozän und Urbanisierung"

12:45 – 14:00 Uhr

Mittagspause

14:00 Uhr – 15:30 Uhr

Panel 5: Biodiversitätsverlust und Sammlungstätigkeiten

Moderation: Katharina Schmidt-Loske (Leibniz-Institut zur Analyse des Biodiversitätswandels)

Josef Settele (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung / Universität Halle-Wittenberg)

"Internationale Prozesse zum Schutz von Biodiversität und Lebensräumen - Erfahrungen aus der Arbeit im Weltbiodiversitätsrat"

Christine von Weizsäcker (Biologin, Umweltaktivistin)

"Warum haben die Beschlüsse multilateraler Abkommen den Biodiversitätsverlust bisher nicht aufgehalten?"

Thomas Graner (Bundesamt für Naturschutz, Bonn)

"Herausforderungen und Chancen für den Naturschutz in Deutschland und Europa"

Seite B 27 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

16:00 Uhr – 17.30 Uhr
Praxisdimensionen und Museumsführung

Bernhard Misof und Helmuth Trischler
Bibliothek des Wissens

anschließender Rundgang durch das Museum

17:30 – 18:00 Uhr
Pause

18:00-19.00 Uhr
Bonner Thesen zum Anthropozän
Eine Diskussionsrunde mit den Organisatorinnen und Organisatoren der Tagung

Freitag, 27. September

09:00 – 10:15 Uhr
Panel 7: Wachstum und Degrowth-Debatte
Moderation: Reinhard Loske (Universität Witten/Herdecke)

Anders Levermann (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung)
"Die Faltung der Welt: ein freiheitlicher Weg aus Klimakrise und Wachstumsdilemma"

Ulrich Petschow (Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung, Berlin)
"Die vorsorgeorientierte Postwachstumsstrategie – der Abschied von der Kultur des Wachstums im Anthropozän"

10.15-10:30 Uhr
Pause

10.30-12.30 Uhr
Panel 8: Übersetzungen des Anthropozän - transdisziplinär und in die Öffentlichkeit
Moderation: Bernhard Gißibl (Leibniz-Institut für Europäische Geschichte, Mainz)

Daniel Hess (Germanisches Nationalmuseum Nürnberg)
"'Hello Nature' - Natur - Mensch-Verhältnisse und ihre Präsentation in einem kulturgeschichtlichen Museum"

Elisabeth Heyne (Museum für Naturkunde, Berlin)
"Natur der Dinge. Eine partizipative Sammlung des Anthropozäns"

Birte Häuser / Julian Haffner (SGN)
"Planet A"

12:30-13.15 Uhr
Schlussdiskussion
Bonner Thesen zur RaumZeitenwende des Anthropozäns
Moderation: Bernhard Misof

<https://www.leibniz-wert-der-vergangenheit.de>

Zitation

Raum-Zeitenwende des Anthropozäns. Welchen Wert hat die Vergangenheit angesichts von Klimawandel und Biodiversitätsverlust?., In: H-Soz-Kult, 10.07.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145302.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

10) Geschichtsschreibung zwischen Stadt und Land. Hybride Narrative in Mitteleuropa vom 15. bis zum 17. Jahrhundert

Veranstalter

Joachim Schneider, Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde Dresden; Birgit Studt, Historisches Seminar, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; Jan Zdichynec, Institut für Geschichte und Didaktik der Geschichte, Pädagogische Fakultät, Karlsuniversität Prag (Dům kardinála Trochty)

Ausrichter Dům kardinála Trochty

Veranstaltungsort Komenského 748/4

Gefördert durch

Freistaat Sachsen; Ostpartnerschaft TU Dresden
412 01 Litoměřice

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

25.09.2024 - 27.09.2024

Frist 15.09.2024

<https://www.isgv.de/geschichtsschreibung>

Von

Joachim Schneider, Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde Dresden

Geschichtsschreibung zwischen Stadt und Land. Hybride Narrative in Mitteleuropa vom 15. bis zum 17. Jahrhundert

Die internationale Tagung greift aktuelle Forschungsfragen zur Hybridität chronikalischer Texte auf: Wie eigenständig sind die Narrative städtischer Geschichtsschreibung? Wie verbinden sich Stadt- und Landesgeschichte in Gründungs- und Herkunftsgeschichten und wie gestaltet sich die Wahrnehmung des Miteinanders von Stadt und Land? Eine weitere Frage ist, ob und wie Darstellungsmuster von Landeschronistik und Landesbeschreibungen aufgegriffen und an die städtischen Verhältnisse adaptiert wurden.

Fallbeispiele aus den böhmischen Kronländern sowie dem benachbarten Mitteldeutschland kommen ebenso zur Sprache wie solche aus dem übrigen Heiligen Römischen Reich.

Geschichtsschreibung zwischen Stadt und Land. Hybride Narrative in Mitteleuropa vom 15. bis zum 17. Jahrhundert

Was ist eine Stadtchronik, was kann man von ihr erwarten? Die Tagung greift aktuelle Forschungsfragen zur Hybridität chronikalischer Texte auf: Wie eigenständig sind die Narrative städtischer Geschichtsschreibung bzw. wie betten sie sich in überstädtische, in regionale Narrative ein? Wie verbinden sich Stadt- und Landesgeschichte in Gründungs- und Herkunftsgeschichten, und wie gestaltet sich die Wahrnehmung des Miteinanders von Stadt und Land in den Aufzeichnungen der zeitgenössischen Chronisten? Lässt sich anhand der Überlieferung städtischer Chronistik verfolgen, wie Darstellungsmuster der Landeschronistik bzw. Landesbeschreibung aufgegriffen und an die städtischen Verhältnisse adaptiert wurden? Und welche Rolle spielen humanistisch gelehrte Autoren bei der Verarbeitung älterer Narrative und die Erwartungen ihrer gebildeten Rezipienten?

In der älteren Forschung hat man in den chronikalischen Texten vielfach nach Ausdrucksformen eines spezifischen einzelstädtischen, bürgerlich-kommunalen Bewusstseins gesucht. Der im Jahr 2000 erschienene, von Peter Johanek herausgegebene Sammelband hat dann allerdings bereits manch alte Gewissheiten in Frage gestellt. Hingewiesen wurde dabei auch auf die selektive Wirkung der deutschen Städtechroniken-Edition, die seit langem zur Nutzung der immer gleichen, eingeführten Texte aus den großen und dabei vor allem aus den Reichsstädten geführt und damit den Blick auf die Vielfalt der überlieferten Texte verstellt hat.

Seitdem sind vor dem Horizont der neueren Kulturgeschichte auch weitere Fragestellungen bei der Erforschung der mittelalterlichen Historiographie entwickelt worden: der Blick richtete sich auf die Entstehung und die Wirkung von Narrativen, aber auch auf die Fluidität und Hybridität chronikalischer Erzählungen. Damit erweiterte sich die Untersuchungsperspektive auf die Funktion von zeittypischen Ordnungsmustern von historischem Wissen, die „Gemachtheit“ der Chronistik und die damit verbundenen Wahrnehmungs- und Darstellungsmuster. Zunehmend schien fraglich geworden, was Stadtchronistik denn eigentlich ausmacht: Handelt es sich bei einer Chronik, die in einer Stadt entstanden ist, eo ipso um Stadtchronistik, die eine städtische Identität widerspiegelt? Welche Rolle spielen der nachweisbare Entstehungs- und/oder der Rezeptionsraum dieser Chronistik und das soziale Milieu ihrer Verfasser und Benutzer? Oder ist der jeweilige inhaltliche Zuschnitt des Berichteten entscheidend für eine Stadtchronistik – wie lässt sich dieses „Thema Stadt“ (Carla Meyer) bestimmen? Ein Sammelband von 2019 (herausgegeben von Pia Eckhart und Marco Tomaszewski) hat vorgeschlagen, zwischen unterschiedlichen Bezugsebenen, das heißt einer eher rechtlich-kommunal und einer eher kulturell-urban charakterisierten Geschichtsschreibung zu unterscheiden, die auch in adligen oder kirchlichen Milieus wurzeln kann.

An dieser Stelle setzt die Tagung an. Denn ein von der Forschung bisher oft vernachlässigter Gesichtspunkt ist, dass Städte weder Monaden noch allein Teil eines zwischenstädtischen Netzwerks waren, sondern dass sie vor allem in einer Region eingebettet, dass sie im Zeitalter der Vormoderne von in der Regel landesherrlich dominierten Territorien umgeben oder Teil derselben waren. Ein von Lenka Bobková und Jan Zdichynec herausgegebener Band von 2011 hat bereits die Aufmerksamkeit auf diese Frage gelenkt und unter anderem nach dem Miteinander von städtischer und regionaler Identität in der Chronistik der Länder der Böhmisches Krone gefragt.

Fallbeispiele aus den böhmischen Kronländern sowie dem benachbarten Mitteldeutschland kommen ebenso zur Sprache wie solche aus dem übrigen Heiligen Römischen Reich, um regional vergleichende Perspektiven zu ermöglichen. Vom 15. Jahrhundert bis zum Beginn

Seite B 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

des Dreißigjährigen Krieges wird ein Zeitraum behandelt, in dem zum einen neue soziale Gruppen zum Lesen und Schreiben gelangten und zum anderen der Humanismus mit seinem Interesse an einer quasi nationalen Landesgeschichtsschreibung seine größte Wirksamkeit entfaltet hat.

Programm

Mittwoch, 25.9.2024

9:00 Uhr Ankommen, Begrüßung

9:30 Einführung: JOACHIM SCHNEIDER (Dresden) / JAN ZDICHYNEC (Praha)

I Wahrnehmung und Verarbeitung außerstädtischen Geschehens durch urbane Geschichtsschreibung

10:00 MICHAELA HRUBÁ (Ústí nad Labem): Ereignisse hinter den Stadtmauern aus der Sicht von Chronisten der Königsstädte Nordwestböhmens in der Frühen Neuzeit

10:45-11:00 Pause

11:00 JANA VOJTÍŠKOVÁ – PETR POLEHLA (Hradec Králové): Die historiographische Tradition von Hradec Králové im Zeitraum vom 15. bis 17. Jahrhundert aus der Perspektive aktueller methodischer Ansätze

11:45 TOMÁŠ VELIČKA (Ústí nad Labem): Egerer Stadtchroniken des 16. Jahrhunderts – Narrative zwischen dem Egerland, Böhmen und dem Reich

12:30-14:30 Mittagspause

14:30 JULIAN HAPPEL (Freiburg): Ein städtisches Ereignis im regionalen Kontext? Strategien der historiographischen Einbettung des Konstanzer Konzils in regionalgeschichtlichen Chroniken im süddeutschen Raum und darüber hinaus

15:15 MARTA VACULINOVÁ (Praha): Jubila et nubila. Die Stadt- und Landesgeschichte in den Neujahrsgedichten der tschechischen Humanisten

16:00-16:30 Pause

16:30 JAN ZDICHYNEC (Praha): Verschiedene Medien der Historiographie in der Oberlausitz des späten Humanismus: Chroniken, Diarien, Protokolle und ihre Perspektiven zwischen Stadt und Land

17:15 LENKA BOBKOVÁ (Praha): „Die böhmische Geschichte ist zugleich unsere Geschichte.“ Texte von Bartholomeus Scultetus an Görlitzer Stadttürmen

Donnerstag, 26.9.2024

II Gründungs- und Herkunftsgeschichten zwischen Stadt und Land

9:00 VERENA EBERMEIER (Regensburg): Von der Anekdote zur Kulturgeschichte: Narrative Strategien einer landeschronikalischen Urbanität in frühneuzeitlichen Stadtgründungserzählungen Landshuts

Seite B 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

9:30 EDITH FEISTNER (Regensburg): Regensburg, München und (die) Bayern: Zu Herkunfts- und Gründungserzählungen zwischen städtischer, regionaler und universaler Geschichtsschreibung des 15. Jahrhunderts

10:30-11:00 Pause

11:00 GERRIT DEUTSCHLÄNDER, Halle/Saale: Hermann Korner in Lübeck und die Weltgeschichte aus städtischer Sicht

11:45 PIA ECKHART (Ulm): Die Stadt erhebt sich aus dem Umland – Wechselwirkungen zwischen Stadt, Territorium und dem Land Schwaben in Felix Fabris Ursprungsgeschichte Ulms

12:30-13:30 Mittagspause

13:30 MICHAEL HECHT (Halle/Saale): Gründungsgeschichten in der Stadt- und Landeschronik des Merseburger Historiografen Ernst Brotuff (ca. 1495–1565)

14:15 MARKUS JANSEN (Köln): Herren in Stadt und Land. Die ritterlichen Kölner Geschlechter und die Rezeption ihrer Herkunftsgeschichten innerhalb und außerhalb der *Stadt Köln*

15:00-15:30 Pause

Ab ca. 15:30: Stadtführung und Besichtigungen (Führung: Bistumsarchivar Mgr. Martin Barus)

Freitag, 27.9.2024

III Ordnungsmuster: Stadtbeschreibungen und Landesbeschreibungen

9:00 ANDREAS RÜTHER (Bielefeld): Slesia, dorynne die Bresler eyne edile mechtige stat haben. Städte und ihre Herren in der schlesischen Stadtchronik und Landesbeschreibung um 1500

9:45 LUCYNA HARC (Wrocław): Stadtbeschreibungen und Landesbeschreibungen in schlesischer Historiographie. Zwei Beispiele: Neiße – Fürstentum Neiße (das Bistumsland) und Oels – *Herzogtum Oels in der Frühen Neuzeit*

10:30-11:00 Pause

11:00 JOACHIM SCHNEIDER (Dresden): Stadt und Land beschreiben. Ordnungen topografisch-historischen Wissens als Teil der Geschichtsschreibung

11:45 GRISCHA VERCAMER (Chemnitz): Die Chemnitzer Chronik des Adam Daniel Richter von 1767 – Ambivalenzen zwischen Stadt- und Landbeschreibung

12:30 Zusammenfassung: BIRGIT STUDDT (Freiburg) und Schlussdiskussion

ca. 13:00 Tagungsende

Kontakt

Joachim Schneider, j.schneider@isgv.de

<https://www.isgv.de/geschichtsschreibung>

Zitation

Geschichtsschreibung zwischen Stadt und Land. Hybride Narrative in Mitteleuropa vom 15. bis zum 17. Jahrhundert., In: H-Soz-Kult, 09.07.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145287.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) Demokratiegeschichte Ostdeutschland und andere Beispiele

[Vielfalt!? Regionale Blicke auf Demokratiegeschichte Ostdeutschland und andere Beispiele. Hybride Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte](#)

Veranstalter

AG Orte der Demokratiegeschichte & Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte, in Kooperation mit der Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte (Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte)

Ausrichter

Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte

Veranstaltungsort

Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Grimmaische Straße 6

Gefördert durch

Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland
04109 Leipzig

Findet statt Hybrid

Vom - Bis

26.09.2024 - 27.09.2024

Frist 31.08.2024

<https://gedg.org/>

Von

Christian Faludi, Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte

Vielfalt und Diversität sind Begriffe, die gegenwärtig oft genutzt werden, um die deutsche Gesellschaft oder ihren erwünschten Zustand zu beschreiben. Aber was bedeutet Vielfalt

Seite B 33 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

für unseren Blick auf Demokratieggeschichte, wenn wir Vielfalt als Ziel, Norm oder Idealtypus betrachten? Müssen wir dann anders über Demokratieggeschichte sprechen? Darüber wollen wir ausgehend von ostdeutscher Demokratieggeschichte nachdenken. Kontrastieren wir ostdeutsche Demokratieggeschichte mit einem (west)deutschen Weg, den wir als einheitlich und hegemonial denken und zu dem Ideal stilisieren? Mit welchen Folgen? Und was subsummieren wir unter Ostdeutschland, wenn wir auch die Zeit vor 1945/49 betrachten?

Vielfalt!? Regionale Blicke auf Demokratieggeschichte Ostdeutschland und andere Beispiele. Hybride Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratieggeschichte

Vielfalt und Diversität sind Begriffe, die gegenwärtig oft genutzt werden, um die deutsche Gesellschaft oder ihren erwünschten Zustand zu beschreiben. Aber was bedeutet Vielfalt für unseren Blick auf Demokratieggeschichte, wenn wir Vielfalt als Ziel, Norm oder Idealtypus betrachten? Müssen wir dann anders über Demokratieggeschichte sprechen? Darüber wollen wir ausgehend von ostdeutscher Demokratieggeschichte nachdenken. Kontrastieren wir ostdeutsche Demokratieggeschichte mit einem (west)deutschen Weg, den wir als einheitlich und hegemonial denken und zu dem Ideal stilisieren? Mit welchen Folgen? Und was subsummieren wir unter Ostdeutschland, wenn wir auch die Zeit vor 1945/49 betrachten? Wie berücksichtigen wir die vielfältigen, ausgesprochen starken regionalen und föderalen Prägungen des gesamten deutschsprachigen Kulturraums, die sich bis weit vor die Zeit der Französischen Revolution zurückverfolgen lassen? Können, sollen, müssen wir als AG Orte der Demokratieggeschichte, wenn wir von Demokratieggeschichte sprechen und für die Beschäftigung mit Demokratieggeschichte werben, Vielfalt nicht viel stärker in den Blick nehmen?

Ausgehend von diesen Fragen erhoffen wir uns neue Impulse für das Erinnern an Demokratieggeschichte, die das Selbstverständnis der AG Orte der Demokratieggeschichte weiter schärfen und die über die AG in die Gesellschaft hineingetragen werden können. Am zweiten Tag werden AG-Mitglieder praxisbezogen und konkret davon berichten, wie sie vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen mit politischen Inanspruchnahmen, Instrumentalisierungen und Bedrohungen umgehen.

Programm

Donnerstag, 26. September 2024

ab 13.00 Uhr Registrierung und kleiner Imbiss

14.00 Uhr Begrüßung durch die Veranstalter und Grußworte

14.15 Uhr Zwei Impulse

- Einheit und Vielfalt in der regionalen Demokratieggeschichte

Impulsvortrag von Magdalena Zeller, KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH

- Demokratieggeschichte aus ostdeutscher Perspektive

Impulsvortrag von Stephan Zänker, Gesellschaft zur Erforschung der *Demokratieggeschichte e.V. (GEDG)*

15.00 Uhr Kaffeepause

Seite B 34 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

15.30 Uhr Vertiefende Diskussion in 3 Gruppen

- Regionale Vielfalt in der deutschen Demokratiegeschichte – vom 18. bis 21. Jahrhundert?
- Vielfalt in der jüngeren und jüngsten Demokratiegeschichte ab 1945?
- Was verstehen wir unter ostdeutscher Demokratiegeschichte?

17.00 Uhr Zusammenführung der Diskussion

17.15 Uhr Pause (Hotel-Check-in etc.)

18.00 Uhr Öffentliche Diskussion im Zeitgeschichtlichen Forum: Demokratie und ihre Geschichte in Ostdeutschland
Carsten Schneider, Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland Dr. Uta Bretschneider, Direktorin des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig Dr. Claudia Gatzka, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

19.30 Uhr Alte Nikolaischule, Nikolaikirchhof 2:

Empfang der Bundesstiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte

Freitag, 27. September 2024

9:00 Uhr Vor Ort: Auf den Spuren der Demokratiegeschichte in Leipzig mit unseren lokalen AG-Mitgliedern:

- Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“
- Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V.
- Erich-Zeigner-Haus e.V.
- Stiftung Friedliche Revolution

Besichtigungsmöglichkeit des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig

10.30 Uhr Inanspruchnahme, Instrumentalisierung und Bedrohung. Beispiele aus der *Praxis und Erfahrungsaustausch über aktuelle politische Herausforderungen*

11.45 Uhr Pause

12.00 Uhr Nur für AG-Mitglieder: Mitgliederversammlung der AG Orte der Demokratiegeschichte

13.30 Uhr Ende

Kontakt

Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte
Virginie Klemm
Graben 1, 99423 Weimar
Tel. (03643) 2114681
veranstaltung@gedg.org

<https://gedg.org/>

Zitation

Vielfalt!? Regionale Blicke auf Demokratiegeschichte Ostdeutschland und andere Beispiele., In: H-Soz-Kult, 12.07.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145355.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) Churches and Religion in the Cold War

Veranstalter

Religions in Cold War Network (ReCoNet); Fachbereich Bibelwissenschaft & Kirchengeschichte, University of Salzburg

Gefördert durch

Stadt Salzburg; Land Salzburg; Erzdiözese Salzburg; Pro Oriente
5020 Salzburg

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

26.09.2024 - 27.09.2024

Von

Roland Cerny-Werner, Fachbereich Bibelwissenschaft und Kirchengeschichte, Universität Salzburg

International Conference on Churches / Christianities in the Cold War. Religions in Cold War network (ReCoNet)

Churches and Religion in the Cold War

The interactions between politics and religion during the Cold War have profound historical, social and theological implications. This era, dynamic on many levels, not only influenced geopolitical relations, but also shaped the development of churches and other religiously determined entities on a global, but above all on a local level. Protagonists, entities and networks in the field of religious actors in the second half of the last century in the context of the Cold War are considered in particular as those who found their fields of activity in the social, cultural and ethical issues of the time. They were initially characterized by an analytical approach to the relevant social contexts and thus their own perspective on the signs of the times, from which they attempted to develop solutions to overcome ideological boundaries, a possible improvement in the living conditions of believers and, in any case, the protection of human existence. In this context, for example, the "preservation of creation" was recognizable as a theological perspective and task and was repeatedly a mainstay in the field of action of religious actors. In church or non-hierarchical religious spaces, both in the international diplomatic arena and in the local sphere of activity, everyday life on the ground, it was evident that in the "half-century Cold War" religious entities and networks were ostensibly prepared to take on a more neutral, politically independent and moderating role. They were ostensibly able to act more independently than state, politically integrated actors of the time and were thus, for example, important partners in the development and course of the CSCE process.

Seite B 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

ReCoNet ("Religion and Cold War Network"), a network of various international universities (Bielefeld, Fribourg, Helsinki, Lund, Cagliari, Salzburg, Villanova), is dedicated to this broad field of research topics. We invite researchers to the third follow-up conference in Salzburg to submit their contributions to this international conference on "Religion in the Cold War" in order to evoke and deepen a comprehensive understanding of this topic, with its interactions between churches/religions and society, politics and diplomacy.

Programm

September 26, 2024

9.00 – 9.30 o'clock:

Greetings

9.30 – 11.00 o'clock:

Cold War discourses

Thea Sumalvico (Halle a. Saale; D)

Lutheran identity after the end of the Second World War in various European countries

Marco Lavopa (Paris; FRA)

From the religious spirit to the spirit of Helsinki. The Holy See and the Polish Catholic Church in the construction of the « Common European Home » (1950-1977).

Katharina Kunter (Helsinki; FIN)

The Helsinki Process – An event that made history – and Helsinki, 50 years later

11.00 – 11.30 o'clock:

Coffee break

11.30 – 13.00 o'clock:

Orthodox Christianities

Karina Khasnulina (Leipzig; D)

The Russian Orthodox Split and Transnational Mobility of the Émigré Communities in China during the Early Cold War Period

Nuri Korkmaz (Bursa; TUR)

Creation of the Macedonian Orthodox Church and Strengthening the Macedonian National Identity by Yugoslavia Times

Alfons Brüning (Nijmegen; NL)

The Soviet Roots of Russian Orthodox Post-Soviet Moral Discourses

13.00 – 14.30 o'clock:

Lunch

14.30 – 16.00 o'clock:

Catholic actors

Kristian Geßner (Marburg; D)

Werenfried van Straaten – God's last General of the Cold War?

Seite B 37 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Karim Schelkens (Tilburg; NL)

John Willebrands, a 'cardinal' figure in the tensions between Rome, Moscow and Kyiv during the Cold War Era

Maximilian Aigner (Salzburg; AUT)

Valentin Pfeifenberger - Dispector Procul – Observer from a local distance

16.00 – 16.30 o'clock:

Coffee break

16.30 – 18.00 o'clock:

Female actors

Stephanie Jungo (Fribourg; CH)

Christian female activists in the context of the women's movement and the Cold War

Nadezhda Beliakova (Bielefeld; D)

Religious Women from the Eastern Bloc as Actors of Communication during the Cold War: A Multidenominational Dimension

Daria Bochkova (Bielefeld; D)

Christian Women's Dissidence in Leningrad: Soviet Resistance During the Cold War

19.30 o'clock:

Dinner

Location: Müllner Bräu Salzburg

September 27, 2024

9.30 – 11.00 o'clock:

Christianity on other side of the Iron Curtain

Sebastian Holzbrecher (Hamburg, D)

The European Aid Fund. Church networks during the Cold War (1970-1994)

Anja Schade (Hildesheim, D)

Insight into the support of the South African liberation struggle by the Protestant church in the GDR and its significance for ANC exiles

Julian Sandhagen (Rome; IT)

From Victims to Martyrs. Pope Pius XII, Bishop Joseph P. Hurley and the struggle for Catholicism in Socialist Yugoslavia

11.00 – 11.30 o'clock:

Coffee break

11.30 – 13.00 o'clock:

Religion resistance from inside and the strength of the religious tools

Sourajit Ghosh (Nālandā, Rajgir; IND)

Lotus in Sea of Fire: Nipponzan Myōhōji Pacifism in the Nuclear Age and Nuclear Disarmament Advocacy Based Peace Movements in Cold War Period [Ort]

Seite B 38 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Marion Dotter (Munich; D)

With Faith against Communism: Austrian Pastoral and Symbolic Support for the Catholic Church in the East as Part of an Anti-Communist Strategy in the Cold War (1945-1968)

Erik Sidenvall (Lund; SWE)

Public Praying in the Cold War

Kontakt

roland.cerny-werner@plus.ac.at

katharina.kunter@helsinki.fi

Zitation

Churches and Religion in the Cold War., In: H-Soz-Kult, 08.07.2024,

www.hsozkult.de/event/id/event-145258.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) Mission in eine Welt im Wandel – die Reisen Bischof Ottos von Bamberg nach Pommern (1124/25 und 1128)

Veranstalter

Prof. US Dr. hab. Felix Biermann, Instytut Historyczny, Universität Stettin (Szczecin); PD

Dr. Jana Olschewski, Historische Kommission für Pommern e. V., Greifswald; Stefan

Rahde M. A., Museen der Stadt Wolgast / g. Regionalgesellschaft Usedom-Peene mbH

Veranstaltungsort

Wolgast, Ratssaal im Kornspeicher, Burgstraße 6 A

Gefördert durch

Historische Kommission für Pommern e. V., Stadt Wolgast, Land Mecklenburg-

Vorpommern

17438 Wolgast

Findet statt In Präsenz

Vom - Bis

11.10.2024 - 13.10.2024

Frist

15.09.2024

<https://www.museum.wolgast.de/>

Von

Felix Biermann, Instytut Historyczny, Uniwersytet Szczeciński

Anlässlich des neunhundertsten Jubiläums der Missionsreisen Bischof Ottos I. von Bamberg nach Pommern veranstalten die Historische Kommission für Pommern e. V.

Seite B 39 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

(Greifswald), das Historische Institut der Universität Stettin (Szczecin) und die Museen der Stadt Wolgast eine Tagung (mit Exkursion), in der archäologische, historische und kunstgeschichtliche Beiträge die Akteure, den Ablauf, die Bedingungen, die Auswirkungen und die Rezeption der kulturhistorisch bedeutenden Geschehnisse in den Blick nehmen.

Mission in eine Welt im Wandel – die Reisen Bischof Ottos von Bamberg nach Pommern (1124/25 und 1128)

Die beiden Missionsreisen Bischof Ottos von Bamberg nach Pommern in den Jahren 1124/1125 und 1128 legten nicht nur die Grundlagen für die Christianisierung, sondern waren auch ein wichtiger Faktor für den Epochenwandel des 12. Jahrhunderts im Land beiderseits der Odermündung. Anlässlich des neunhundertsten Jubiläums der ersten Reise beleuchten archäologische, historische und kunstgeschichtliche Vorträge Ottos Person und Wirken in Pommern, die religiösen und sozialen Verhältnisse der spätslawischen Gesellschaft in einer Phase großer Umbrüche sowie die Rezeption des Heiligen und seines Handelns bis in die heutige Zeit.

Die Tagung steht allen Interessierten offen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Die Plätze werden in der Reihenfolge des Anmeldungseingangs vergeben. Es wird keine Tagungsgebühr erhoben, für die Teilnahme an der Exkursion (mit Mittagessen) bitten wir jedoch um einen Unkostenbeitrag von 20 EUR (Zahlung vor Ort). Um eine Anmeldung (zur Tagung/zur Tagung und Exkursion) bis zum 15. September 2024 wird gebeten.

Programm

Freitag, 11. Oktober 2024

13:00–13:30 Uhr

Grußworte und Einführung

Weihbischof Dr. Matthias Heinrich, Erzbistum Berlin

Heiko Miraß, Parlamentarischer Staatssekretär für Vorpommern und das östliche Mecklenburg

Martin Schröter, Bürgermeister der Stadt Wolgast

13:30–14:10 Uhr

Prof. US Dr. hab. Felix Biermann, Stettin/Szczecin und Halle (Saale)

Mission in eine Welt im Wandel – Otto von Bamberg in Pommern

14:10–14:50 Uhr

Prof. Dr. Rainer Schreg, Bamberg

Ottos Herkunft aus einem Schwäbischen Adelsgeschlecht – eine archäologische Milieustudie

14:50–15:20 Uhr

Kaffeepause

15:20–16:00 Uhr

Prof. Dr. Haik Thomas Porada, Leipzig und Bamberg

Leben und Wirken Ottos von Bamberg im Spiegel zeitgenössischer Quellen

16:00–16:40 Uhr

Prof. Dr. Leszek Paweł Ślupecki, Warschau/Warszawa

Kult und Religion der Nordwestslawen

Seite B 40 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

16:40–17:10 Uhr

Kaffeepause

17:10–17:50 Uhr

Prof. Dr. Marian Rębkowski, Warschau/Warszawa

Wohin begab sich Otto von Bamberg auf seiner Mission? Pommern und seine Herrscher im frühen 12. Jahrhundert

18:30 Uhr

Öffentlicher Abendvortrag

Dr. Annette Faber, Bamberg

Ottos Bamberg – Erinnerungen an einen Bauherrn und Heiligen

Empfang der Museumsgesellschaft Wolgast e. V.

Sonnabend, 12. Oktober 2024

9:00–9:30 Uhr

Dr. Andreas Kieseler, Kiel

Wirtschafts-, Siedlungs- und Sozialverhältnisse der Pomoranen und ihrer Nachbarn im 12. Jahrhundert aus archäologischer Sicht

9:30–10:00 Uhr

Normen Posselt M. A., Halle (Saale)

Die pommerschen Bildsteine und ihre überregionalen Vergleiche

10:00–10:30 Uhr

Dr. C. Michael Schirren, Schwerin

Archäologische Quellen zur Verbreitung und Bedeutung von Schriftkultur in spätslawischer Zeit

10:30–11:00 Uhr

Kaffeepause

11:00–11:40 Uhr

Prof. Dr. Andrzej Janowski, Stettin/Szczecin

The Archaeology of Protourban Central Places in Western Pomerania in the 12th Century

11:40–12:20 Uhr

Dr. Fred Ruchhöft, Goldberg

Die Lutizen, Ottos Missionsdiplomatie und die angeblichen Rechte des Bistums Havelberg auf den Peeneraum

12:20–13:00 Uhr

Prof. Dr. Stanisław Rosik, Breslau/Wrocław

„So zu verlieren ist wie zu gewinnen ...“ – Wartislaw I. vs. Boleslaw Schiefmund in den Heiligenviten Bischof Ottos von Bamberg

13:00–14:00 Uhr

Mittagspause

Seite B 41 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

14:00–15:00 Uhr

Pastor Sebastian Gabriel und Stefan Rahde M. A, Wolgast

Auf den Spuren Ottos von Bamberg in Wolgast: Petrikerche und Sonderausstellung „Welt im Wandel – Otto von Bamberg und die Christianisierung Pommerns vor 900 Jahren“ im Stadtgeschichtlichen Museum Wolgast

15:00–15:40 Uhr

Prof. Dr. Oliver Auge, Kiel

Bausteine der Mission – die ersten Klöster in Pommern

15:40–16:10 Uhr

Kaffeepause

16:10–16:50 Uhr

Dr. Pawel Migdalski, Stettin/Szczecin

Bischof Otto von Bamberg und die Christianisierung Pommerns in der polnischen historischen Literatur (1945–2024)

16:50–17:30 Uhr

Dr. Michael Lissok, Greifswald

Zur Rezeption und Ehrung Bischofs Otto von Bamberg im 19. und 20. Jahrhundert – ausgewählte Bau- und Kunstwerke aus der Zeit zwischen ca. 1820 und 1924/28

17:30–18:00 Uhr

Resümee und Abschlussdiskussion

19:00 Uhr

Kantor Stefan Zeitz, Greifswald

Otto-Orgelkonzert in der Petrikerche Wolgast

Ausklang in der Gaststätte „Kronwiekstraße No46“ (neben dem Rungehaus)

Sonntag, 13. Oktober 2024

8:00–15:30 Uhr

Busexkursion

Auf den Spuren Ottos von Bamberg durch Vorpommern

Usedom, Gützkow und Demmin (Rückkehr in Züssow 15:15 Uhr, Wolgast 15:30 Uhr)

Führung: Prof. US Dr. hab. Felix Biermann, Stettin/Szczecin und Halle (Saale)

Abfahrt: Busparkplatz „Am Kai“ (gegenüber der Stadtinformation, Kronwiekstraße 3)

Kontakt

Henrike Brondke

Stadtgeschichtliches Museum Wolgast

Rathausplatz 6

17438 Wolgast

Telefon: 03836/203041

E-Mail: brondke@usedom-peene.de

<https://www.museum.wolgast.de/>

Seite B 42 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Zitation

Mission in eine Welt im Wandel – die Reisen Bischof Ottos von Bamberg nach Pommern (1124/25 und 1128)., In: H-Soz-Kult, 10.07.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145320.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) Moldova als Region und Republik: Geschichte, Gegenwart und Zukunft

Interdisziplinäres Forschungsseminar "Moldova als Region und Republik: Geschichte, Gegenwart und Zukunft"

Veranstalter

Moldauische Staatliche Universität Chişinău; Staatliche Pädagogische Ion Creangă-Universität Chişinău; Konrad-Adenauer-Stiftung – Republik Moldau; Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa, Oldenburg; Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München; Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität (ENES) (Staatliche Pädagogische Ion Creangă-Universität Chişinău)

Ausrichter

Staatliche Pädagogische Ion Creangă-Universität Chişinău
2069 Chişinău

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

14.10.2024 - 16.10.2024

Frist

31.08.2024

Von

Svetlana Suveica, apl.Prof.Dr., Universität Regensburg

Moldova als Region und Republik: Geschichte, Gegenwart und Zukunft

Interdisziplinäres Forschungsseminar im Rahmen des Internationalen Forums Moldova (IFM), Chişinău, Republik Moldau

Interdisziplinäres Forschungsseminar "Moldova als Region und Republik: Geschichte, Gegenwart und Zukunft"

Ziel: Das Forschungsseminar richtet sich an Nachwuchsforscher (Doktoranden und Postdocs) aus den Geistes- und Kulturwissenschaften, die zur historischen Region Moldau und zur Republik Moldau arbeiten. Ziel des Seminars ist es einerseits, eine thematische und methodisch interdisziplinäre Diskussion der Teilnehmer mit den zum Forum eingeladenen Experten und andererseits die Vernetzung junger Wissenschaftler:innen aus der Republik Moldau, Deutschland und anderen Ländern zu ermöglichen. Aktuelle Forschungsthemen sollen in einer kurzen Präsentation vorgestellt und anschließend diskutiert werden. Die

Seite B 43 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Forschungsprojekte werden auf der Website des Internationalen Forum Moldova vorgestellt. Ausgewählte Projekte können nach Ausarbeitung in wissenschaftlichen Fachzeitschriften veröffentlicht werden.

Leitung: apl. Prof. Dr. Svetlana Suveica (Universität Regensburg), Dr. Josef Sallanz (Staatliche Pädagogische Ion Creangă-Universität)

Das Forschungsseminar, das am 16.10.2024 stattfindet, ist Bestandteil der wissenschaftlichen Tagung, die am 14.10. mit einer Abendveranstaltung beginnt.

Die Arbeitssprachen sind Deutsch, Rumänisch und Englisch.

Die Veranstalter übernehmen die Kosten für das Seminar inkl. Unterkunft, Verpflegung und Transport.

Die Bewerbungsunterlagen – tabellarischer Lebenslauf, Titel und kurze Zusammenfassung des Forschungsthemas sowie eine Kopie des Hochschulabschlusses – sind auf Deutsch, Rumänisch oder Englisch bis zum 31. August 2024 an die Seminarleiter zu schicken.

E-Mail: svetlana.suveica@ur.de; josef.sallanz@gmail.com

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und einen produktiven Austausch.

Kontakt

svetlana.suveica@ur.de

Zitation

Moldova als Region und Republik: Geschichte, Gegenwart und Zukunft., In: H-Soz-Kult, 16.07.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145411.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

15) Republican Ideas in East-Central Europe

Veranstalter

Ludovika University of Public Service, Budapest; Charles University, Prague
1083 Budapest

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

15.10.2024 - 16.10.2024

Frist

15.09.2024

Von

Henrik Hönich, Thomas Molnár Institute for Advanced Studies, University of Public Service, Budapest

Seite B 44 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

The Ludovika University of Public Service, Budapest and the Charles University, Prague call for papers for the conference 'Republican Ideas in East-Central Europe' to be held in Budapest on 15-16 October, 2024.

Republican Ideas in East-Central Europe

The Ludovika University of Public Service, Budapest and the Charles University, Prague call for papers for the conference 'Republican Ideas in East-Central Europe' to be held in Budapest on 15-16 October, 2024.

In recent decades, a growing corpus of literature has emerged on the history of republicanism. It is well established in the scholarship that the tradition is far from monolithic – for instance, there are important differences between the Italian, Atlantic, French, and German traditions. However, there has been far less appreciation of the specific features of the republican traditions in East-Central Europe (ECE). An intriguing corpus of literature has emerged on these traditions, such as those in the Balkans, the Polish-Lithuanian Commonwealth, Hungary, and the Czech Lands, not to mention the Novgorod Republic. Nevertheless, in Western historiographical literature, republican ideals in these semi-peripheral regions are standardly viewed as mere imitations of the Atlantic model. Our conference, organized jointly by Ludovika University of Public Service (Budapest) and Charles University (Prague), welcomes papers that explore the question of whether there are any specific characteristics to the republican traditions of the ECE region.

There is a link between Western and ECE variants of republican thinking to the extent that there are a number of ancient and early modern sources that are commonly appealed to in both regions. At the same time, republicanism in ECE is associated with local struggles for national self-determination, political independence, and is often characterized by an anti-imperial tone. Most important perhaps is the fact that ideas about local cultural identity strongly influence the conceptions of civic virtue employed by Eastern republican thinkers. This has led to specific modes for adapting classical republican concepts to the particular political context in the region.

We invite papers exploring the history of ECE republican traditions from the 17th to the 20th centuries, as well as theoretical approaches. We especially welcome contributions that aim to derive general conclusions from the historical evidence. The following subjects will receive special focus:

- Key Concepts
- Conceptual and methodological approaches to republicanism
- The idea of freedom as non-domination in the context of the ECE republicanism
- Republicanism, monarchism and imperialism
- Republicanism as an anti-totalitarian/authoritarian tradition
- Republicanism, constitutional traditions, and constitutional design
- Republicanism, municipalism, local government and civic associations

Political Community

- Republicanism, nation-building, and the common tradition of uprisings, insurrections, and freedom fights
- Republican opposition to Habsburg, Russian, Prussian and Ottoman imperial rule
- Republicanism and communalism of the 'old bourgeoisie' (altes Bürgertum) and its cities
- Republicanism and the parliamentary tradition
- The relationship between republicanism, patriotism, and nationalism
- Republicanism and the formation of the old and new nation-states in the early 20th

Seite B 45 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

century

- Republicanism and the military
- ECE republicans and the market economy

Variations and Roots

- Cultural transfers between East-Central European, Atlantic, Italian, and Franco-German forms of republicanism
- Republicanism and the common heritage of classical Greece and Rome?
- Republicanism in the Habsburg lands from the 17th to the 20th century
- Transition from classical to modern republican political language
- Elite and popular discourses and forms of republicanism
- The case and legacy of “noble” or “aristocratic republicanism” (Poland, Hungary)
- Labour, peasant, and radical republicanism in ECE
- The republican moments of the pre-March period and 1848
- Republican ideas and the persistence of long traditions in the era of regime change and post-communism

The conference has no registration fees. For a limited number of participants who cannot benefit financial support from their institution, accommodation bursaries may be available. Interested applicants should state this clearly in their paper proposals.

Abstracts of 300 words for 20-minute papers should be submitted along with the applicant's name, a contact email address and a short (max. 200 words) biography.

All applications are welcomed and will be reviewed by the Organising Committee.

Programm

The keynote lecture will be delivered by Prof RICHARD BUTTERWICK-PAWLIKOWSKI / Professor of Polish-Lithuanian History at the School of Slavonic and East European Studies, University College London; Principal Historian of the Polish History Museum.

Kontakt

ecerepublicanism@gmail.com

Zitation

Republican Ideas in East-Central Europe., In: H-Soz-Kult, 09.07.2024,
<www.hsozkult.de/event/id/event-145273>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

16) Zur Geschichte der Stadt-Land-Beziehungen

Deutsch-französisches Atelier für Promovierende in der Stadtgeschichte bzw. zur Geschichte der Stadt-Land-Beziehungen in Weimar (31. Oktober - 3. November 2024)

Veranstalter

Astrid Ackermann (Erfurt), Elisa Goudin (Paris), Armin Owzar (Paris), Susanne Rau (Erfurt) (Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte, Universität Erfurt & Université Sorbonne Nouvelle - Paris 3)

Ausrichter

Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte, Universität Erfurt & Université Sorbonne Nouvelle - Paris 3
99423 Weimar

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

31.10.2024 - 03.11.2024

Frist 31.07.2024

Von

Armin Owzar, Département d'Etudes germaniques et franco-allemandes, Université Sorbonne Nouvelle - Paris 3

Das „Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte“ (<https://weimarer-rendezvous.de/>), das sich seit 2009 jeden Herbst ein Wochenende lang einem historischen Thema widmet und dies mit Expert:innen wie Bürger:innen in seinen Bezügen zur Gegenwart diskutiert, stellt dieses Jahr die Beziehungen zwischen Stadt und Land, damals und heute, in den Mittelpunkt.

Deutsch-französisches Atelier für Promovierende in der Stadtgeschichte bzw. zur Geschichte der Stadt-Land-Beziehungen in Weimar (31. Oktober - 3. November 2024)

In diesem Rahmen veranstalten die Universität Sorbonne Nouvelle – Paris 3 und die Universität Erfurt einen Nachwuchsworkshop, der sich primär an (angehende) Promovierende richtet, die zur Stadtgeschichte bzw. zur Geschichte der Stadt-Land-Beziehungen zwischen 1500 und der Gegenwart arbeiten und ihre Projekte vorstellen und diskutieren möchten. Darüber hinaus soll das Atelier dem deutsch-französischen Austausch in der Stadtgeschichte dienen. Mögliche Themen wären zum Beispiel die Entwicklung und Transformation städtischer Räume im Laufe der Zeit, die Wechselwirkungen zwischen Stadt und Umland, die Art und Weise, wie Städte entworfen und gebaut wurden, die demografische und soziale Entwicklung städtischer Gesellschaften, die Rolle von Städten als wirtschaftliche Zentren im globalen Wirtschaftsnetzwerk oder die komplexen Wechselwirkungen zwischen Mensch und urbanem Raum. Der Workshop beginnt am Abend des 31. Oktober 2024 (Donnerstag) mit einem gemeinsamen Essen und endet am späten Nachmittag des 1. November 2024 (Freitag). Im Anschluss ist der gemeinsame Besuch der Eröffnungsveranstaltung des Weimarer Rendez-

Seite B 47 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

vous geplant. Außerdem besteht die Möglichkeit, die am Samstag und Sonntag angebotenen Podien, Vorträge und Veranstaltungen zu besuchen. Wir bitten alle Interessierten, ihren Teilnahmewunsch mit Vortragsthema, Abstract (200-300 Wörter) und kurzer Information zur Person bis zum 31. Juli 2024 an folgende Adresse zu senden: astrid.ackermann@uni-erfurt.de, Betreff: „Atelier zu Stadt & Land 2024“. Um eine möglichst gute Vorbereitung aller Teilnehmer sicherzustellen, sollen alle Vorträge in schriftlicher Form (max. 1.500-2.000 Wörter) in deutscher oder französischer Sprache bis zum 24. Oktober 2024 vorliegen. (Kommunikationssprachen während des Ateliers sind ebenfalls Deutsch und Französisch, wobei alle Teilnehmenden die jeweils andere Sprache wenigstens gut verstehen können sollten.) Wir freuen uns auf Ihre Vorschläge. Finanziert werden können die Übernachtungskosten (31. Oktober bis max. 4. November 2024) in Weimar sowie (ggf.) anteilig die Kosten für An-/Abreise. Bitte geben Sie Ihre voraussichtlichen Reisekosten und die gewünschte Aufenthaltsdauer in der Bewerbung an. Einen Bescheid über die Teilnahme erhalten Sie spätestens am 8. September 2024. Das Organisationsteam: Astrid Ackermann (Erfurt), Elisa Goudin (Paris), Armin Owzar (Paris), Susanne Rau (Erfurt).

Kontakt

astrid.ackermann@uni-erfurt.de

Zitation

Zur Geschichte der Stadt-Land-Beziehungen., In: H-Soz-Kult, 04.07.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145212.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

17) Kleists Experimente. Studentag am Kleist-Museum

Veranstalter

Stiftung Kleist-Museum (Viviane Meierdreeß und Milena Rolka)

Ausrichter

Viviane Meierdreeß und Milena Rolka
15230 Frankfurt (Oder)

Findet statt in Präsenz

14.11.2024 - 14.11.2024

Frist 02.08.2024

Website

<https://www.kleist-museum.de/sammlungen/forschung>

Von

Adrian Robanus

Die Stiftung Kleist-Museum freut sich, in diesem Jahr zum wiederholten Male einen Studentag auszurichten. Schwerpunkt des diesjährigen Studentages am 14. November ist das Thema Experimente bei Heinrich von Kleist.

Kleists Experimente. Studientag am Kleist-Museum

Als Zugang zu Kleists Leben und Werk eignet sich die Frage nach dem Experiment – in seiner mindestens dreifachen Bedeutung des Begriffes: als Erprobung neuer künstlerischer Ausdrucksformen und kreativer Prozess sowie als (natur-)wissenschaftliche Versuchsanordnung und Grundlage neuer Erkenntnisse und nicht zuletzt als gewagtes, mit Risiken verbundene Unternehmung – in besonderer Weise. So gehört es zum Spezifikum seiner literarischen und publizistischen Projekte, vorhandene Traditionen, Formen und Ideen der Zeit um 1800 auf die Probe zu stellen und mit Sprache, Kommunikation und Zeichen ebenso zu experimentieren wie neue Formen des Ausdrucks zu erproben. Auch finden sich in seinen Werken markante Bezugnahmen auf naturwissenschaftliche und technologische Experimente ebenso wie sich auch sein Leben unter dem Begriff des Experiments fassen lässt.

Das Themenfeld umfasst Kleists literarische und publizistische Form-, Sprach- und Gattungsexperimente, seine Bezugnahmen auf naturwissenschaftliche und technologische Experimente ebenso wie experimentelle Zugänge der Rezeption (museale, künstlerische und wissenschaftliche Zugänge) zu seinen Werken.

Der Studientag ist interdisziplinär orientiert und richtet sich an Studierende unterschiedlicher Disziplinen, u.a. der Literatur-, Erziehungs-, Museums-, Musik- und Naturwissenschaften sowie der Darstellenden Künste.

Mögliche Fragestellungen und Themen, die behandelt werden können, sind beispielsweise:

- Kleists biografische „Experimente“: seine Erprobung unterschiedlicher Lebenspläne und Projekte und seine unsichere Dichterexistenz in Zeiten des Umbruchs um 1800
- Bezugnahmen in Kleists Werken auf naturwissenschaftliche und technologische Experimente (z. B. Ballonfahrten, Bombenpost)
- Kleists fiktive Entwürfe eigener Versuchsanordnungen, in denen die literarisch-künstlerische und die wissenschaftliche Dimension des Begriffs auf ihrerseits experimentelle Weise zur Darstellung kommen
- Wissenschaftsgeschichtliche Bezugnahmen auf die Kleist-Forschung: Kleists Texte mit bspw. ihren mehrheitlich radikalen (Körper-)Darstellungen als Experimentierfeld der Forschung, um neue methodische Ansätze und Theorien zu entwickeln (Dekonstruktivismus, Biografieforschung)
- Experimente in der (literatur-)musealen Darstellung von Kleists Leben und Werk sowie in der kulturellen und schulischen Vermittlung und als Projekte in den bildenden/darstellenden Künsten oder durch Zugänge in der schulischen Vermittlung

Der Studientag möchte die Brandbreite des Themas für Studierende öffnen und dazu einladen, ihre Ideen zum Thema Experimente bei Heinrich von Kleist in einer offenen Atmosphäre vorzustellen.

Im Rahmen des Studientages sollen die Teilnehmer für je ca. 20 Minuten ihre Thesen vortragen. In einer anschließenden Diskussion werden die Vorträge mit allen Teilnehmern diskutiert.

Wir möchten daher Studierende aller Fachrichtungen herzlich einladen, uns ihr Exposé (max. 500 Wörter) für Vortragsvorschläge bis zum 02.08.2024 an forschung@kleist-museum.de zu senden. Dabei kann es sich sowohl um Ausarbeitungen von Bachelor- oder Masterarbeiten, Seminararbeiten o.ä. als auch um Projekte und Ideen in der Entwurfsphase

Seite B 49 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

handeln. Die Teilnahme durch Studierende einer Vielzahl von Fachrichtungen, insbesondere aus den Museumswissenschaften oder Darstellenden Künsten ist ausdrücklich gewünscht.

Gerne heißen wir auch Dozierende mit kleineren Seminargruppen willkommen. Einzelne oder alle Studierende können Exposees einreichen und als Vortragende oder Diskutierende an dem Programm teilnehmen.

Die Entscheidung über eine Teilnahme wird bis Mitte August erfolgen. Der Studientag findet am 14. November 2024 von 9:30 Uhr bis 17:30 Uhr statt.

Fahrt- und Übernachtungskosten (bei längerer Anreise) können gegebenenfalls übernommen werden.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte ebenfalls an forschung@kleist-museum.de.

Kontakt

forschung@kleist-museum.de

<https://www.kleist-museum.de/sammlungen/forschung>

Zitation

Kleists Experimente. Studientag am Kleist-Museum., In: H-Soz-Kult, 04.07.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145196.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

18) Gotha global vernetzt: FactGrid - Potenzial und Perspektiven für die Sammlungsforschung

Veranstalter

Hendrikje Carius, Forschungsbibliothek Gotha der Universität Erfurt; Olaf Simons, Historisches Datenzentrum Sachsen-Anhalt der Martin-Luther-Universität Halle; NFDI4Memory; Forschungszentrum Gotha (Forschungszentrum Gotha, Vortragssaal; Forschungsbibliothek Gotha, Schloss Friedenstein, Spiegelsaal)

Ausrichter

Forschungszentrum Gotha, Vortragssaal; Forschungsbibliothek Gotha, Schloss Friedenstein, Spiegelsaal
99867 Gotha

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

14.11.2024 - 15.11.2024

Frist

14.10.2024

Von

Hendrikje Carius, Forschungsbibliothek Gotha, Universität Erfurt; Olaf Simons, Historisches Datenzentrum Sachsen-Anhalt, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Vom 14. bis 15. November 2024 veranstalten die Forschungsbibliothek und das Forschungszentrum Gotha zusammen mit dem Historischen Datenzentrum Sachsen-Anhalt und NFDI4Memory den Workshop "Gotha global vernetzt: FactGrid - Potenzial und Perspektiven für die Sammlungsforschung". Ziel des Workshops ist es, Chancen der Wikibase-Nutzung in der kollaborativen Datenvernetzung, des Data Mining und der Visualisierung aufzuzeigen und technische Fertigkeiten (insbesondere im Umgang mit SPARQL) zu vermitteln.

Gotha global vernetzt: FactGrid - Potenzial und Perspektiven für die Sammlungsforschung

In den letzten Jahrzehnten haben sich in den historisch arbeitenden Kultur- und Geisteswissenschaften zahlreiche digitale Forschungsinfrastrukturen etabliert, die die globale Vernetzung und Analyse von historischen Daten und Ressourcen ermöglichen.

FactGrid ist eine dieser Plattformen, die der historischen Forschung einen kollaborativen wie explorativen Arbeitsraum bieten. Im Rahmen von NFDI4Memory agiert das FactGrid mit zunehmend internationaler Partizipation als Wikibase-basierte Plattform für die Geschichtswissenschaften.

Der Workshop führt in die Nutzungsszenarien von FactGrid ein und nimmt dazu die vielfältigen Möglichkeiten der Datenvernetzung, -suche und -visualisierung für die Forschung an Sammlungsdaten in den Blick. Er möchte sowohl zu kritischen Diskussionen um die Potenziale der Plattform für den Erkenntnisgewinn aus Daten als auch damit verbundene grundsätzliche epistemologische Reflexionen anregen. Grundlage dafür bieten vor allem jene historischen Daten, die aus Gothaer Projekten stammen und nicht zuletzt aufgrund dieser spezifischen lokal- und hofgeschichtlichen Konstellation besondere Vernetzungsperspektiven bieten.

Der Workshop richtet sich an:

- Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den historisch arbeitenden Geistes- und Kulturwissenschaften,
 - an Akteure aus den GLAM-Einrichtungen (Galerien, Bibliotheken, Archive, Museen),
 - Engagierte in den Feldern Stadtgeschichte und Genealogie,
- die an innovativen Methoden zur Datenvernetzung, -analyse, -visualisierung und -nachnutzung interessiert sind.

Programm

In einem ersten Teil des Workshops werden Projekte mit Gothaer Daten vorgestellt und dabei konkrete Perspektiven und Mehrwerte für deren Analyse, Visualisierung und Nachnutzung aufgezeigt. Exemplarisch werden dazu weitere stadthistorisch orientierte Best-Practice-Projekte herangezogen.

In einem zweiten, praktisch orientierten Teil des Workshops können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den in FactGrid bereits vorhandenen Daten arbeiten. Im Zentrum stehen Fragen der Dateneingabe und -befragung - mit Blick auf Analyse bzw. Visualisierung: Wie

Seite B 51 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

sucht man in der Datenbank, wie können Massendaten eingespielt werden, wie können Datensätze aus der Ressource gezogen werden? Dabei wird es auch eine Einführung in die Abfragesprache SPARQL geben.

Möchten Sie im Hackathon an eigenen Datensätzen arbeiten, sollten diese vorab in FactGrid zur Verfügung stehen. Bitte nehmen Sie dazu im Vorfeld des Workshops Kontakt zu Olaf Simons auf.

Anmeldungen zur Tagung richten Sie bitte bis zum 14. Oktober 2024 per E-Mail an: veranstaltungen.fb@uni-erfurt.de.

Weitere Informationen zu den Veranstaltern und FactGrid:

- Forschungsbibliothek Gotha: <https://www.uni-erfurt.de/forschungsbibliothek-gotha>
- Forschungszentrum Gotha: <https://www.uni-erfurt.de/forschungszentrum-gotha>
- Historisches Datenzentrum Sachsen-Anhalt: <https://www.geschichte.uni-halle.de/struktur/hist-data/>
- FactGrid: <https://database.factgrid.de/>

Kontakt

Dr. Hendrikje Carius
Universität Erfurt
Forschungsbibliothek Gotha
Schlossplatz 1
99867 Gotha
hendrikje.carius@uni-erfurt.de

Dr. Olaf Simons
Historisches Datenzentrum Sachsen-Anhalt
Institut für Geschichte
Martin-Luther-Universität Halle
Emil-Abderhalden-Str. 9
06108 Halle
olaf.simons@pierre-marteau.com

Zitation

Gotha global vernetzt: FactGrid - Potenzial und Perspektiven für die Sammlungsforschung., In: H-Soz-Kult, 09.07.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145184.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

19) Bagger, Halden, Silbersee. Fotografien und visuelle Inszenierungen von Industriekultur in Sachsen-Anhalt

Veranstalter

Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e. V.; in Kooperation mit Salinemuseum Halle;
Hallescher Kunstverein e. V.; Museumsverband Sachsen-Anhalt e. V.; Netzwerk
Industriekultur Sachsen-Anhalt (Salinemuseum Halle)

Ausrichter

Salinemuseum Halle

Veranstaltungsort

Mansfelder Str. 52

Gefördert durch

Land Sachsen-Anhalt
06108 Halle (Saale)

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

21.11.2024 - 23.11.2024

Frist

11.08.2024

<https://lhbsa.de/event/bagger-halden-silbersee/>

Von

Christina May, Beratungsstelle für Alltagskulturen und Heimatpflege, Landesheimatbund
Sachsen-Anhalt e. V.

Die ehemaligen und aktuellen Industriestandorte auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt, darunter das Chemiedreieck Leuna-Buna-Bitterfeld, aber auch der Braunkohletagebau im mitteldeutschen Revier, der Mansfelder Bergbau oder die Betriebe der Schwermaschinenindustrie in Magdeburg sowie die industrielle Landwirtschaft wurden und werden seit ihrer Entstehung von einer umfangreichen Produktion von Bildmedien begleitet. Parallel zur Ausstellung „Nach den Maschinen. Industriefotografie aus Sachsen-Anhalt“ (26.09.–15.12.2024) nimmt das Symposium daher Fotografien und weitere Formen der visuellen Repräsentation von Industriekultur in den Blick.

Bagger, Halden, Silbersee. Fotografien und visuelle Inszenierungen von Industriekultur in Sachsen-Anhalt

Symposium und Workshop im Rahmen der Ausstellung „Nach den Maschinen. Industriefotografie aus Sachsen-Anhalt“

Die ehemaligen und aktuellen Industriestandorte auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt, darunter das Chemiedreieck Leuna-Buna-Bitterfeld, aber auch der Braunkohletagebau im mitteldeutschen Revier, der Mansfelder Bergbau oder die Betriebe der Schwermaschinenindustrie in Magdeburg sowie die industrielle Landwirtschaft

Seite B 53 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

wurden und werden seit ihrer Entstehung von einer umfangreichen Produktion von Bildmedien begleitet. Parallel zur Ausstellung „Nach den Maschinen. Industriefotografie aus Sachsen-Anhalt“ (26.09.–15.12.2024) nimmt das Symposium daher Fotografien und weitere Formen der visuellen Repräsentation als Mittel der Dokumentation und Inszenierung von Industriekultur mit einem regionalen Fokus auf Sachsen-Anhalt in den Blick.

Die Vielfalt fotografischer Bilder aus öffentlichen und privaten Sammlungen, von Museen und Unternehmen soll exemplarisch zusammengeführt werden. Der Schwerpunkt liegt auf der Rezeption, Nutzung und Sammlung von Fotografien und der damit verbundenen Erinnerungskultur nach der politischen Wende 1989/1990. Welche Bilder bleiben präsent, werden verwendet und gezeigt? Welche visuellen Kontinuitäten lassen sich ablesen und wie wird in der Fotografie die schlagartige Umstrukturierung der großen Industriebezirke der DDR verbildlicht, die die Region nachhaltig verändert hat? Wie lässt sich diese Entwicklung der letzten 30 Jahre historisch fassen und strukturieren?

Vom Neuen Sehen der 1920er Jahre über die NS-Zeit bis in die DDR und Nachwendezeit lassen sich in der Industriefotografie zum Teil ähnliche Bildformen, aber auch Brüche in der Motivwahl und der formalästhetischen Inszenierung beobachten. Diskurse wie Umwelt- und Landschaftszerstörung, Mentalitätswandel oder das Verschwinden von Arbeit werden kritisch in Fotografie und Film erkennbar. Nach 1989 wurde eine neue Infrastruktur geschaffen, die nicht unmittelbar ‚Blühende Landschaften‘ schuf, sondern Einkaufs- und Logistikzentren entstehen ließ. In Sachsen-Anhalt setzte langsam ein Bewusstsein für das Erbe ein, das sich in Dokumentationen genauso äußerte, wie in Erlebnisorten der Industrie (Ferropolis) oder „rekultivierten“ bzw. „renaturalisierten“ Landschaften, wodurch sich neue visuelle Inszenierungen ergeben.

Ziel des Symposiums ist es, verschiedene Akteur:innen aus unterschiedlichen Disziplinen in den Austausch zu bringen und Desiderate für die Forschungs-, Dokumentations- und Sammlungspraxis in und über Sachsen-Anhalt aufzudecken.

Ein Fotografie-Workshop, insbesondere für Ortschronistinnen und Ortschronisten sowie weitere Interessierte findet am Samstag, den 23.11.2024 ganztägig statt.

Mögliche Beiträge:

Das Symposium wird an zwei Tagen im Vortrags- und Workshopformat ausgetragen.

Willkommen sind Beiträge von Forschenden aus sämtlichen Fachdisziplinen, von Kurator:innen, Kustod:innen und Archivar:innen, von Fotograf:innen und Vertreter:innen der künstlerischen Forschung sowie von privaten Regional- und Heimatforscher:innen und Citizen Scientists.

Eingereicht werden können:

- Fachvortrag (ca. 20-25 Minuten plus Diskussionszeit)
- Theoretischer Impuls (10 min.): Vorstellung eines theoretischen / methodischen Zugriffs als Diskussionsimpuls
- Materialbezogener Impuls (10 min.): Vorstellung von einzelnen Fotografien, Sammlungskonvoluten und -kontexten, einer Sammlungspraxis bzw. archivalischen Praxis, Orten der Fotografie, eigenen künstlerischen oder kuratorischen Arbeiten etc. als Diskussionsimpuls

U. a. folgende Themen mit Verbindung zum heutigen Bundesland Sachsen-Anhalt könnten angesprochen werden:

- Beiträge zu Formen der visuellen Repräsentation und Inszenierung von Industriekultur

Seite B 54 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

(z. B. künstlerische und/oder dokumentarische Fotografie, Amateurfotografie, Reportagefotografie, Dokumentarfilme, ...)

- Beiträge zu einzelnen Fotografinnen und Fotografen, zu ausgewählten Themen und Sujets, zu dokumentarischen und künstlerischen Verfahren der Fotografie, zu technischen Aspekten der Fotografiengeschichte in Relation zur Industriekultur
- Beiträge, die der Rolle der Fotografie etc. innerhalb historischer und gegenwärtiger industriekultureller Diskurse gewidmet sind (z. B. Umweltschutz, Landschaftswandel, Umgang mit dem industriekulturellen Erbe, ...)
- institutionelle und gesellschaftliche Rahmenbedingungen von Fotografie (z. B. Hochschulen, Fotoklubs und -zirkel für Amateure, Phänomene im digitalen Feld bzw. im Bereich Social Media)
- Sammlungen und Archive: Projekte und Ausstellungen zur Industriefotografie, die Rolle von Fotografien in musealen Inszenierungen und verschiedenen Medien, das Sammeln und die Sammlungen von Fotografien zur Industriekultur in Museen, Archiven, Heimatstuben; Strategien der Vermittlung

Publikation: Eine Publikation der Beiträge ist vorgesehen.

Einreichung: Vorschläge für Beiträge sind einzureichen bis zum 11. August 2024 unter info@lhbsa.de

Bitte geben Sie neben einer kurzen Beitragsskizze (maximal 300 Wörter) Ihre Kontaktdaten und Ihre Institution / Verein an.

Eine Rückmeldung erhalten Sie Ende August.

Eine Teilnahme ist auch ohne eigenen Beitrag möglich.

Anmeldung zum Symposium und/oder zum Citizen-Science-Fotografieworkshop unter: info@lhbsa.de.

Reisekosten können im begrenzten Umfang übernommen werden. Bitte informieren Sie uns, wenn Sie eine Fahrtkostenzuschuss und eine Übernachtung in Halle benötigen.

Rückfragen beantworten gerne: Dr. Christina May und Ortrun Vödisch (Referentinnen Alltagskultur, Landesheimatbund Sachsen-Anhalt) may@lhbsa.de und voedisch@lhbsa.de.

Kontakt

Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e. V.
Magdeburger Straße 21
06112 Halle / Saale

Tel.: 0345 – 2 92 86 10
Fax.: 0345 – 2 92 86 20
E-Mail: info@lhbsa.de

<https://lhbsa.de/event/bagger-halden-silbersee/>

Zitation

Bagger, Halden, Silbersee. Fotografien und visuelle Inszenierungen von Industriekultur in Sachsen-Anhalt., In: H-Soz-Kult, 10.07.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145299.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

20) The social experiences of urban space in socialist cities of Eastern Europe

Veranstalter

Brigitte Le Normand, Maastricht University; Pieter Troch, Ghent University

Veranstaltungsort

Ghent

9000 Gent

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

30.01.2025 - 31.01.2025

Frist

30.09.2024

Website

https://www.slavistiek.ugent.be/wp-content/uploads/2024/07/Social-experiences-of-urban-space_CfP.pdf

Von

Pieter Troch, Department of Languages and Cultures, Ghent University

This workshop brings together urban historians and scholars of cognate disciplines with a historical perspective for a discussion of the variegated social experiences of the socialist city in Eastern Europe. The workshop invites case studies focussing on singular cities, multiple sites or regions from across the Soviet bloc and Yugoslavia. It particularly welcomes studies of second-tier or unexemplary socialist cities or regions.

Please send a title and abstract (300 words) as well as a short biographical statement (100 words) by 30 September 2024 to pieter.troch@ugent.be and b.lenormand@maastrichtuniversity.nl.

The social experiences of urban space in socialist cities of Eastern Europe

State socialist modernisation left a strong mark on the urban landscape of Eastern Europe. For a long time, scholars from various disciplines have been preoccupied with the distinguishing features of 'the socialist city'. Urban historians have highlighted the gap between ideological projections of cities as sites of socialist transformation and the realities of socialist urban planning and governance. Urban geographers have analysed the particular spatial features of the socialist city. They have identified intra-urban patterns of socio-spatial differentiation, which were conditioned by the economy of shortage and the centrally-planned economy. Finally, urban historians, geographers and anthropologists alike have demonstrated the legacy elements at work in the socio-spatial organisation and everyday engagements with the urban in post-socialist cities.

This workshop aims to go beyond what Jennifer Robinson has termed the 'categorization imperative' in urban studies and highlights the diversified experiences of socialist urbanity. Some of the inequalities in socialist societies literally took place in the city. The primacy of economic actors in allocating urban resources that were in chronic short supply led to unequal access to housing and urban facilities depending on employment sector and skills. The priority gap between the city and the village became an urban concern, as large groups of 'peasant urbanites' settled in urban peripheries and brought in rural practices perceived as anachronistic. Because the planned economy unevenly distributed priority economic activities, a sharp urban hierarchy emerged depending on the economic and political functions ascribed to particular cities and regions. These regional divergences intersected with the strong historical variation in the urban landscape of Eastern Europe, from the Ottoman cities of Southeast Europe to the Hanseatic trade cities of the Baltic region and the Islamic and Russian settler cities of Central Asia. Finally, regardless of the status of cities or regions in the urban landscape, the prospects of relative urban prosperity were limited in time and by the 1980s, the socialist city had lost much of its appeal.

This workshop brings together urban historians and scholars of cognate disciplines with a historical perspective for a discussion of the variegated social experiences of the socialist city in Eastern Europe. The workshop invites case studies focussing on singular cities, multiple sites or regions from across the Soviet bloc and Yugoslavia. It particularly welcomes studies of second-tier or unexemplary socialist cities or regions. Possible topics for contributions include (but are not restricted to):

- Socio-spatial differentiation within urban environments and across regions.
- Rural-to-urban migration and rurbanisation.
- Social practices, including segregation and conviviality.
- Discourses of urbanity.
- Legacies of imperial and socialist urbanisation.

In addition to recognising the sheer diversity in the socialist urban landscape of Eastern Europe, the workshop engages conceptually with social relations to urban space. The urban geographer Doreen Massey speaks of 'social spatiality' to convey that spatial and various social identities are constructed together. Social groups have identifiable relations to space and these are constitutive of social identities. By bringing together historical case-studies scrutinising the social relations to socialist urban spaces, we can better account for the social impact of socialist urban transformation.

The workshop will feature a keynote by Heather D. DeHaan, Associate Professor of History and Director of Russian and East European Studies at Binghamton University, where she teaches a range of graduate and undergraduate courses in Soviet, urban, and Eurasian history. Her first monograph, *Stalinist City Planning: Professionals, Performance, and Power* (University of Toronto Press, 2013), grappled with regional planning politics in the early Stalin period. Aiming for a more bottom-up perspective on city-making, her current research examines intra- and inter-ethnic relations in Soviet Baku, the multi-ethnic capital of Azerbaijan, in the late Soviet period. Her research has received support from the US Fulbright Commission, the National Endowment for the Humanities, the Social Sciences and Humanities Research Council of Canada, and the Kennan Institute.

Guidelines: Please send a title and abstract (300 words) as well as a short biographical statement (100 words) by 30 September 2024 to pieter.troch@ugent.be and b.lenormand@maastrichtuniversity.nl. Accommodation and subsistence will be provided. Travel grants are available upon request and subject to budget availability.

https://www.slavistiek.ugent.be/wp-content/uploads/2024/07/Social-experiences-of-urban-space_CfP.pdf

Zitation

The social experiences of urban space in socialist cities of Eastern Europe., In: H-Soz-Kult, 08.07.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145260.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

21) Ideas, Concepts and Policies of Sovereignty in the Age of the Cold War, 1945-1990

Veranstalter

CRC 138 "Dynamics of Security"

Veranstaltungsort Philipps University Marburg

35032 Marburg

Findet statt in Präsenz

27.03.2025 - 28.03.2025

Frist

15.09.2024

Von

Marcel Spannenberger, Fachbereich 06: Geschichte und Kulturwissenschaften, Philipps-Universität Marburg

This conference sets the focus on the historicization and the historical analysis of ideas, concepts and policies of sovereignty in the age of the Cold War assuming that ideas, concepts and manifestations of sovereignty are subject to historical change and are closely linked to dynamics of security/insecurity and power (nationally, internationally, transnationally and globally). Thus, the conference tries to counteract an ahistorical idea of sovereignty.

Ideas, Concepts and Policies of Sovereignty in the Age of the Cold War, 1945-1990

Notions and policies of sovereignty have (re-)gained importance, both at the international and the domestic level. Against the backdrop of the war in Ukraine, the appeal to Ukraine's state sovereignty, which is being called into question by Russian aggression, is omnipresent, while "sovereigntist" movements within many states and societies place the idea of "national" sovereignty at the centre of their political agenda.

Not least against this current background, dealing with notions and policies of sovereignty from a historical perspective becomes increasingly important. While ideas and concepts of sovereignty shaped the rise of the modern (European) territorial state and the age of the nation-state, this conference will focus on the historicization and the historical analysis of ideas, concepts and policies of sovereignty in the age of the Cold War.

After 1945, the establishment of competing alliances and bloc structures around the two superpowers USA and USSR resulted in multiple political, economic and military dependencies limiting the political scope of action for many states. State sovereignty, however, was not only restricted factually, but also challenged politically and ideologically, for example by the Brezhnev doctrine of the "Limited Sovereignty of Socialist States" in 1968. Under the conditions of the bloc confrontation, ideas and concepts of sovereignty were also competitively charged and functioned as political arguments in diplomacy as well as international debates.

Despite bloc confrontation, the level of cooperation and integration between states increased significantly after World War II as numerous international organisations emerged.

Seite B 59 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Within the United Nations state sovereignty was globally manifested as a key concept of international relations and it remained a basic assumption of international law. At the same time sovereignty as well as the predominance of the nation state were questioned and at least partially restricted, for example by the general prohibition against the use of force in the UN Charter. As part of European integration after 1945, a number of states even transferred national sovereignty rights to supranational institutions, leading to the emergence of complex multi-level systems in the European context (with profound effects on concepts, policies and politics of sovereignty). Changing forms of statehood, especially since the 1970s, also contributed to the rise of new concepts of sovereignty, such as de-centered, disaggregated or even post-sovereignty). Despite these or even because of these developments and structures in the Cold War, there were attempts to assert national sovereignty under the conditions of the Cold War (e.g. in nuclear politics or in the process of decolonization). Besides that, traditional ideas and manifestations of (national) state sovereignty were challenged by non-state actors (e.g. the environmental or the peace movement).

The conference assumes that ideas, concepts and manifestations of sovereignty are subject to historical change and are closely linked to dynamics of security/insecurity and power (nationally, internationally, transnationally and globally). The question "Whose sovereignty?" is of particular importance in this regard since sovereignty is not only a contested concept, but is also related to diverging interests (and the ability to express and pursue these interests).

Topics of papers presented at the conference may include, but are not limited to discussions/reflections on sovereignty, manifestations and politics of sovereignty in the following contexts:

- International Organisations such as the United Nations or the European Community
- Military alliances such as the NATO and the Warsaw Pact
- Nuclear history (nuclear armament, strategy, proliferation)
- The process of decolonisation and the north south conflict
- Dimensions of sovereignty (political, economic, financial, cultural; including emerging policy areas such as energy policy)
- Sovereignty discourses in domestic politics and national societies as well as (transnational) social movements

Organisation

The conference is organized by the Collaborative Research Center "Dynamics of Security", Subproject C01 "Extended Security - Changes of Statehood after 1970" (Prof. Dr. Eckart Conze, Dr. Benjamin Brendel, Sarah Wilder-Fehl, Marcel Spannenberger). We invite contributions from scholars of all career stages in the realm of contemporary history and neighbouring fields.

The costs for travel and accommodation can be supported depending on the available funding.

Please submit your proposals (no more than 1 page) and a short bio by September 15, 2024 via email to: ng2@mail.uni-marburg.de

In case of questions, do not hesitate to message us.

Contact

ng2@mailers.uni-marburg.de

Kontakt

ng2@mailers.uni-marburg.de

Zitation

Ideas, Concepts and Policies of Sovereignty in the Age of the Cold War, 1945-1990., In: H-Soz-Kult, 04.07.2024, <www.hsozkult.de/event/id/event-145203>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

22) Deutsche und Polen: Kontaktzonen, Nachbarschaft und gegenseitige Wahrnehmung in der Vormoderne (14.-18. Jahrhundert)

[Deutsche und Polen: Kontaktzonen, Nachbarschaft und gegenseitige Wahrnehmung in der Vormoderne \(14.-18. Jahrhundert\). Eine historisch-literaturwissenschaftliche Spurensuche](#)

Veranstalter

Prof. Dr. Grischa Vercamer, Institut für Europäische Studien und Geschichtswissenschaften, Technischen Universität Chemnitz; Dr. Waław Pagórski, Institut für Germanistik, Adam-Mickiewicz-Universität

Veranstaltungsort

Mittelhof/Historische Kommission zu Berlin, Kirchweg 33, Berlin-Nikolassee

Gefördert durch

Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung, Historische Kommission zu Berlin und Historische Kommission für Ost- und Westpreußische Landesforschung
14129 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

14.05.2025 - 16.05.2025

Frist

30.09.2024

Von

Waław Pagórski, Institut für Germanistik, Adam-Mickiewicz-Universität (Poznań)

2025 jährt sich zum 500. Mal die Säkularisierung des Deutschordensstaats, die sog. preußische Huldigung/hold pruski und somit die Entstehung des Herzogtums Preußen. Das Jubiläum lädt ganz allgemein zur erneuten Reflexion über die deutsch-polnische Nachbarschaft ein. Das Institut für Europäische Studien und Geschichtswissenschaften der Technischen Universität Chemnitz und das Institut für Germanistik der Adam-Mickiewicz-

Seite B 61 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Universität möchten diese Gelegenheit für ein gemeinsames, interdisziplinäres Gespräch und eine Diskussion über die Entwicklung der gegenseitigen Wahrnehmung von Deutschen und Polen (wenn man in diesen absoluten Entitäten überhaupt denken sollte) in der Vormoderne nutzen.

Deutsche und Polen: Kontaktzonen, Nachbarschaft und gegenseitige Wahrnehmung in der Vormoderne (14.-18. Jahrhundert). Eine historisch-literaturwissenschaftliche Spurensuche

Die letzten Jahrzehnte erbrachten in den Geschichtswissenschaften hervorragende Beispiele deutsch-polnischer Zusammenarbeit, auf denen für die Tagung aufgebaut werden kann. Zu nennen sind etwa die fünfbändige Ausgabe "Deutsch-polnische Erinnerungsorte"/"Polsko-niemieckie miejsca pamięci", die ebenfalls fünfbändige "WBG-Deutsch-Polnische Geschichte" sowie "Polen in der europäischen Geschichte. Handbuch in vier Bänden". Diese erfolgreichen Kooperationen zeigen ein gesteigertes gesellschaftliches und wissenschaftliches Interesse füreinander für Wahrnehmungs- und Vorstellungswelten von beiden Seiten der gemeinsamen Grenze. Zudem setzten sie der politischen Realität der letzten Jahre (verstärktes Abzielen auf nationale Sichtweisen) ein inhaltlich gut unterfüttertes Gewicht entgegen.

Die bisherige Forschung zu Stereotypen und Eigen-/Fremdwahrnehmungen hat herausgestellt, dass das Bild des ‚Anderen‘ durch bestimmte Konstellationen oder traumatisch-kollektive Ereignisse in der Geschichte geprägt wird – man spricht von ‚historischer Situativität‘. Wenn sich jedoch situativ entstandene Fremdbilder verstetigen, gehen sie ins kollektive Gedächtnis über. Dieses ist vielfach im deutsch-polnischen Kontext geschehen und daher scheint es wichtig, den historischen Grundkonstellationen nachzugehen.

Gegenseitige Wahrnehmungen und nationale Stereotype werden zwar im deutsch-polnischen Kontext seit vielen Jahren erforscht – bislang fokussiert man allerdings allzu oft lediglich auf das 19.-21. Jahrhundert. Genau hier möchte die Tagung ansetzen. Einige zentrale Fragestellungen seien genannt: Ab wann kann man überhaupt von einem Polen-/Deutschenbild als Hetero-Image, also als Gegenüberstellung zum Eigenen, sprechen? Anders ausgedrückt: Wann wurde die eine ethnisch-nationale Komponente in der Identität der verschiedenen deutsch- und polnischsprachigen Bevölkerungen derart wichtig, dass sie in der Eigen- und Fremdwahrnehmung regionale, soziale, konfessionelle und politische Verflechtungen überdeckte? Oder blieben diese regionalen Verflechtungen und Wahrnehmungen bis in die Moderne ebenfalls wichtig (wir denken: ja) und standen zumindest neben den nationalen Stereotypen? Entwickelten sich diese Wahrnehmungen in verschiedenen Kontaktzonen auf unterschiedliche Art und Weise? Welche Komponenten spielten für etwaige unterschiedliche Ausprägungen eine Rolle (z.B. politisch, ständisch, sprachlich usw.)?

Drei Vorentscheidungen wurden von den Organisatoren getroffen, um die Reichweite dieser großen Fragen im Rahmen einer Tagung etwas zu begrenzen: Zeitlich sollen sich die Beiträge auf die Phase der Vormoderne fokussieren, genauer genommen den Zeitraum vom 14. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Erst mit dem 14. Jh. lassen sich, abgesehen von wenigen Einzelbeispielen, durch historiografische und literarische Werke substantielle Aussagen zur gegenseitigen Wahrnehmung gut fassen. Ende des 18. Jahrhunderts/Anfang des 19. Jahrhunderts (Teilungen von Polen-Litauen / Ende des Alten Reichs) markieren sowohl im Bereich der gegenseitigen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit als auch im Alltag und im Umgang zwischen Deutschen und Polen eine wichtige Zäsur.

Seite B 62 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Geografisch möchte die Konferenz Nachbarschafts- und Austauschräume in den Blick nehmen, wo es nachweislich zu deutsch-polnischen Kontakten im alltäglichen Umgang kam. Drei Regionen wurden dafür gewählt: Brandenburg/Großpolen (zusammen betrachtet), Preußen und Schlesien. Dadurch können nicht nur Einblicke in eine über Jahrhunderte anhaltende Tradition des Zusammenlebens deutscher und polnischer Gemeinden gewonnen werden, sondern die ‚Kontaktzonen‘ ermöglichen zudem durch ihre Heterogenität untereinander (politische Zugehörigkeit, konfessionelle sowie sprachlich-ethnische Struktur der Einwohner) ein besseres vergleichendes Verständnis für die gegenseitige Wahrnehmung.

Methodisch möchten die Organisatoren ein Experiment unternehmen und sowohl HistorikerInnen als auch LiteraturwissenschaftlerInnen zusammenbringen, um zu erforschen, wie in historiografischen Werken und literarischen Zeugnissen gegenseitige Wahrnehmungen und Stereotype entstanden sowie rezipiert und/oder durch alltägliche Beobachtungen hinterfragt wurden. Es werden dabei drei historische Phasen (Spätmittelalter, 16./17. Jh., 18. Jh.) der deutsch-polnischen Geschichte von HistorikerInnen unter dem Blickwinkel der deutsch-polnischen Nachbarschaft thematisiert, wobei jeweils zwei-drei Regionen adressiert werden sollen (ca. 8-9 ReferentInnen). Neben den historiografischen Werken können dabei Felder gegenseitiger Wahrnehmung auch im Rahmen persönlicher und diplomatischer Beziehungen, über Regulierungen des Zusammenlebens (Verordnungen) oder im gegenseitigen künstlerischen und wissenschaftlichen Austausch thematisiert werden. Parallel hierzu werden LiteraturwissenschaftlerInnen literarische Werke (z.B. Reiseberichte) für die jeweiligen historischen Epochen und die Regionen auf gegenseitige Wahrnehmungsmuster und -narrative überprüfen (ebenfalls ca. 8-9 ReferentInnen). Dabei soll u.a. die Wirkmacht einschneidender historischer Ereignisse oder einzelner Persönlichkeiten für die beidseitige nationale Geschichte gegenüber regionalen Identitäten in den literarischen Werken abgewogen werden.

Geplant sind hinsichtlich der praktischen Umsetzung auf der Konferenz insgesamt acht Blöcke, in denen jeweils ein/e HistorikerIn den historischen Hintergrund für die jeweilige Epoche/Region skizziert und ein/e LiteraturwissenschaftlerIn auf literarische Werke der jeweiligen Epoche (bestenfalls auch aus derselben Region) und deren Rezeption von Ereignissen der deutsch-polnischen Geschichte sowie auf die gegenseitige Wahrnehmung eingeht. Durch eine solche Kombination erhoffen sich die Organisatoren, dass regionale Ähnlichkeiten und Unterschiede gut herausgearbeitet werden können. Man kann so gezielt nach ihren Ursachen und Entwicklungsmustern fragen. Oft genug wirkte nämlich die vormoderne Wahrnehmung durch ihre Langlebigkeit erheblich auf die Entstehung nationaler Stereotype in der Moderne, sodass hier auch heutige gesellschaftliche Fragen berührt werden. Der interdisziplinäre Blick ermöglicht es darüber hinaus ebenfalls abzuwägen, ob und wie einzelne historische Ereignisse und Persönlichkeiten die Öffentlichkeit und insofern die allgemeine gegenseitige Wahrnehmung beeinflussten.

WissenschaftlerInnen, die sich für die Tagung mit einem Vortragsvorschlag anmelden möchten, werden gebeten, eine Zusammenfassung Ihrer Präsentation (ca. 300 Wörter) und eine kurze biografische Notiz einzureichen. Die Unterlagen sollen bis zum 30. September 2024 an eine der beiden E-Mail-Adressen: grischa.vercamer@phil.tu-chemnitz.de/ waclaw.pagorski@amu.edu.pl geschickt werden. Konferenzsprache wird Deutsch und Englisch sein.

Im Falle der Annahme des Vortragsvorschlags werden die KandidatInnen bis zum 20. Oktober per E-Mail in Kenntnis gesetzt. Der Veranstalter übernimmt für die Teilnehmenden die Unterkunfts- und Reisekosten.

Zitation

Deutsche und Polen: Kontaktzonen, Nachbarschaft und gegenseitige Wahrnehmung in der Vormoderne (14.-18. Jahrhundert)., In: H-Soz-Kult, 22.07.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145499.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

23) Zukunftsorientierungen des Erinnerns. Das Beispiel „Flucht und Vertreibung“

Veranstalter

Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa, Freiburg (IVDE); in Kooperation mit dem Institut für Empirische Kulturwissenschaft an der Universität Freiburg 79100 Freiburg im Breisgau

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

02.07.2025 - 04.07.2025

Frist

15.10.2024

<https://www.ivdebw.de/>

Von

Tilman Kasten, Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa, Freiburg (IVDE)

CfP: Interdisziplinäre Tagung

Zukunftsorientierungen des Erinnerns. Das Beispiel „Flucht und Vertreibung“

2025 jährt sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 80. Mal. Voraussichtlich wird dabei wie schon bei den früheren runden Jahrestagen u.a. auch die Geschichte von Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung im östlichen Europa in den Fokus des öffentlichen Interesses und Erinnerns rücken. Mit „Flucht und Vertreibung“ ist hier ein Begriffspaar genannt, unter dem im deutschsprachigen Diskurs eine ganze Bandbreite historischer Ereignisse subsumiert wird und das in diesem synthetischen bzw. verkürzenden Charakter bereits Ausdruck (historisch variabler) erinnerungskultureller Konstellationen ist.

Seit mehreren Jahren bestimmt die Frage nach dem demographischen Wandel und dem damit verbundenen Zurücktreten der Erlebnisgeneration die Debatten über die Erinnerung u.a. an den Holocaust, den nationalsozialistischen Terror, den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen und auch an Flucht und Vertreibung. Was bspw. in den 1990er-Jahren noch als künftige demographische Entwicklung erörtert wurde, wird in unserer Gegenwart zur Tatsache: Altersbedingt wird die Zahl der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen immer geringer. Vor diesem Hintergrund gewinnen die Diskussionen darüber, wie Erinnerungs- oder Geschichtskultur (Fragen der Begriffswahl sind Teil der Debatten) in Zukunft beschaffen

Seite B 64 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

sein soll, an Intensität und zeigen in Teilen eine neue Qualität. Die Gegenstände des Erinnerns, ihre gesellschaftliche Relevanz und politische Rahmung werden dabei ebenso verhandelt wie etwa die Formen, Medien und verfügbaren finanzielle Ressourcen. Die Fragen nach der Zukunft des Erinnerns stehen dabei heute zugleich im Kontext von weiter ausgreifenden, immer dringlicher werdenden Zukunftsfragen (v.a. Klimawandel, digitale Transformation und geopolitische Neuordnungsbestrebung) und sind vielfach mit diesen verbunden.

Unter dem Schlagwort der „Zukunft der Erinnerung“ werden, teils vorschlagsweise, teils auch in normativer Absicht, die oben angerissenen Fragenkomplexe diskutiert. Wie muss/soll „Erinnerungskultur“ in einer zunehmend durch Migration und Diversität geprägten Gesellschaft beschaffen sein? Wie müssen/sollen sich bestehende erinnerungskulturelle Diskurse und Praktiken zu postkolonialen Perspektiven verhalten? Welche Potentiale besitzt Künstliche Intelligenz für zukünftige Formen der Zeitzeugenschaft?

Was für diese beispielhaften und explizit auf die Zukunft des Erinnerns bezogenen Fragen gilt, lässt sich zugespitzt auch in Bezug auf erinnerungskulturelle Praktiken und Diskurse, Ausprägungen von Geschichtskultur oder institutionalisierte Formen des „Kulturerbes“ generell behaupten. Auch diese können (sei es als bewusst ausformuliertes Programm oder gar Utopie, sei es als Implikation, Andeutung oder Prämisse) Bezüge auf Zukünftiges besitzen. Erinnerung kann bspw. durch auf die Zukunft bezogene Hoffnungen, Vorstellungen, Ängste, Befürchtungen, Planungen etc. motiviert oder geprägt sein. Das Gedächtnis besitzt eine „Zukunftsorientierung“ (Aleida Assmann). Im Sinne der kulturwissenschaftlichen Zukunftsforschung bringen also auch Bezüge auf die Vergangenheit Zukunft hervor. Selbstverständlich sind auch Praktiken und Diskurse zu beobachten, deren Zukunftsorientierung im Beschweigen, Tabuisieren oder Zensieren besteht.

Im Rahmen der Tagung sollen unterschiedliche Aspekte der Zukunftsorientierungen des Erinnerns analysiert werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Komplex „Flucht und Vertreibung“ der deutschen Bevölkerung im östlichen Europa in unterschiedlichen lokalen, regionalen, nationalen und transnationalen Kontexten.

In zeitlicher Hinsicht interessieren hier v.a. aktuelle Phänomene. Ebenso sind historische Formen der Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ und ihre Zukunftsorientierungen relevant, denn diese Frage war entsprechenden Praktiken und Diskursen von Beginn an vielfach eingeschrieben. Möglich sind auch Vorträge, die nicht oder nicht nur der Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ gewidmet sind, aber Vergleichsperspektiven eröffnen.

Mit Blick auf Zukunftsorientierungen könnten beispielsweise untersucht werden:

- Zivilgesellschaftliche Initiativen, Bewegungen und Zusammenschlüsse
- Institutionen wie Museen und Gedenkstätten, Vereine, Verbände, Akteure der historischen Bildungsarbeit, Parteien
- Phänomene auf der Mikroebene wie das biographische Gedächtnis oder transgeneracionales Erinnern
- Politische Diskurse und Praktiken sowie gesetzliche Rahmenbedingungen
- Performative Formate wie Rituale, religiöse Praktiken, Feste, Reenactments oder Events
- Ästhetische und/oder zeichenhafte Phänomene wie Literatur, Kunst, Symbole, Embleme
- Objekte wie z.B. Denkmäler, Kunstwerke, Architektur, Erinnerungsstücke
- Prozesse der Kommodifizierung und Kommerzialisierung etwa im touristischen Kontext.

Seite B 65 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Neben kultur-/sozialwissenschaftlichen Beiträgen, die sich reflexiv-analytisch mit (historischen und aktuellen) Zukunftsorientierungen des Erinnerns an „Flucht und Vertreibung“ beschäftigen, sind auch solche Beiträge willkommen, die sich auf praktische, d.h. eher normative, spekulative oder visionäre Weise mit der Frage nach der Zukunft der Erinnerung beschäftigen. (Nicht nur) An dieser Stelle sind insbesondere Personen aus der musealen, medialen, pädagogischen etc. Praxis angesprochen.

Ihren Vorschlag für einen 30-minütigen Vortrag, bestehend aus

- Arbeitstitel des Vortrags,
- Abstract des Vortrags (1.500-2.000 Zeichen inkl. Leerzeichen) und
- kurzen biographischen Angaben zu Ihrer Person

senden Sie bitte bis zum 15. Oktober 2024 an: tilman.kasten@ivde.bwl.de

Kontakt

Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa

Goethestr. 63

79100 Freiburg

tel. +49 (0)761 70443-0

poststelle@ivde.bwl.de

<https://www.ivdebw.de/>

Zitation

Zukunftsorientierungen des Erinnerns. Das Beispiel „Flucht und Vertreibung“., In: H-Soz-Kult, 25.07.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145520.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

24) Histories of Violence in Central and Eastern Europe. A Comparative Perspective

Veranstalter

German Historical Institute Warsaw; Faculty of History, University of Warsaw; Museum of Polish History in Warsaw; Emanuel Ringelblum Jewish Historical Institute, Warsaw; Commission on Slavonic and East European Studies, Committee of Historical Sciences; Polish Academy of Sciences; The Society of Friends of History

Veranstaltungsort

Museum of Polish History in Warsaw, ul. Gwardii 1
01-538 Warschau

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

15.09.2025 - 17.09.2025

Frist
08.06.2025

<https://www.dhi.waw.pl>

Von
Dorota Zielinska, Pałac Karnickich, Niemiecki Instytut Historyczny w Warszawie
(DHI Warschau)

The history of violence is part of the human condition. For many decades, studies have focused on statistical, military, anthropological or psycho-historical perspectives, but have largely centered on Western Europe, Asia, the USA or global history. During our conference (Warsaw, September 15-17, 2025), we will take a closer look at Eastern and Central Europe.

Histories of Violence in Central and Eastern Europe. A Comparative Perspective

The history of violence is part of the human condition. For many decades, studies have focused on statistical, military, anthropological or psycho-historical perspectives, but have largely centered on Western Europe, Asia, the USA or approach the subject from the standpoint of global history. East Central Europe, however, has been specifically characterized by a chain of violent conflicts since the Middle Ages. Everyday life was also shaped by violent relationships and dependencies for centuries. The same applies to gender relations and family relationships. In the 19th century, social and political conflicts often became nationally or ethnically charged and led to uprisings against Romanov, Habsburg and Hohenzollern rulers, empires also run largely by force. The 20th century, characterized by two world wars, civil wars, border conflicts, and totalitarian regimes, exploded the conventional boundaries of violence.

Integrating the history of violence in East Central Europe within the broader sweep of the human experience remains a scholarly desideratum. The majority of studies on violence in this geographical area pertain to interethnic conflicts of states or national groups. Anti-Jewish violence has been widely studied and violence under conditions of occupation, particularly during the Second World War, has also received a great deal of attention. In the course of the shift in focus towards the history of rural regions and their inhabitants, which is particularly visible in Polish public discourse, other phenomena and traditions of violence have also been engaged in recent years. This prompts the question of the extent to which approaches and concepts that have been developed in the long tradition of studying violent histories in East Central Europe can be "exported" beyond this particular region.

We invite proposals to participate in a conference devoted to the history of violence in East Central Europe from the Middle Ages to the end of the 20th century. Especially welcome is work on different types of violence: physical, symbolic, psychological, and military. We invite papers that pose bold theses and explore different research categories: gender, class, race, ethnicity. We encourage discussion of stories of individual, but also collective violence, from the perspective of social history, legal history, cultural and military history.

We encourage submissions on the following themes:

- continuity and variability in different types of violence from the Middle Ages to the first half of the 20th century

Seite B 67 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

- the evolution of narratives about violence and their constant components
- the concurrence and interrelationship between different types of violence
- theories of violence in historical practice

The conference is open to a diversity of methods, sources, and types of narrative construction, to discuss “non-history” stories in various configurations made possible by comparison of different historical periods and geographical areas. We especially welcome contributions that not only transfer proven methods to our geographical area, but also provide impulses for a specifically East-Central European contribution to the universal understanding of violent phenomena.

The conference will be held within the walls of the Museum of Polish History in Warsaw, a new center that is an important point on the map of the study of Polish history, in the context of the history of the States and people of Central and Eastern Europe.

Conference: Histories of Violence in Central and Eastern Europe. A Comparative Perspective

Warsaw, 15-17th of September 2025

The conference is organized by:

- Faculty of History at the University of Warsaw
- Museum of Polish History in Warsaw
- Emanuel Ringelblum Jewish Historical Institute in Warsaw
- Commission on Slavonic and East European Studies of the Committee of Historical Sciences Polish Academy of Sciences
- German Historical Institute Warsaw
- The Society of Friends of History

Keynote speakers are:

- Diana Dumitru Georgetown University, Washington
- Stuart Carroll, University of York
- Piotr Maciej Majewski, University of Warsaw

The conference will be held in English. The organizers do not cover travel costs, but they provide meals.

Conference committee:

Conference Board: Philip Dwyer, Christhardt Henschel, Jeffrey Kopstein, Aneta Pieniądz, Natalia Starchenko, Michał Trębacz

Organizing committee: Victoria Gerasimova, Tomasz Kempa, Michał Kopczyński, Artur Markowski, Marta Pawlińska, Dariusz Adamczyk

We invite you to submit paper proposals by March 30, 2025 on the Google form:

https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSf8ZKmgjiiG6mtwy1N9xZoJ2zzFhPGN6eOJILf_sX-z1m_zl1Q/viewform

Please feel free to contact us at: historiesofviolence@uw.edu.pl if you have any questions or require further information.

<https://www.dhi.waw.pl>

Seite B 68 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Zitation

Histories of Violence in Central and Eastern Europe. A Comparative Perspective., In: H-Soz-Kult, 08.07.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145271.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) Neue Forschungen zu Themen der Geschichte der ländlichen Gesellschaft

**Neue Forschungen zu Themen der Geschichte der ländlichen Gesellschaft –
Sommertagung der Gesellschaft für Agrargeschichte**

Organisatoren

Gesellschaft für Agrargeschichte (GfA) (Landwirtschaftsverlag Münster (LV))

Ausrichter

Landwirtschaftsverlag Münster (LV)

Veranstaltungsort

Hülsebrockstraße 2–8

Förderer

DLG; LV Münster

48165 Münster

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

27.06.2024 - 28.06.2024

Von

Henning Bovenkerk, Seminar für Neuere Geschichte, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Die Sommertagung 2024 der Gesellschaft für Agrargeschichte verzichtete dieses Jahr bewusst auf eine thematische Eingrenzung, sondern setzte sich zum Ziel, neue Forschungen von Nachwuchswissenschaftlern zur Agrargeschichte zu präsentieren. Die vorgestellten Projekte verdeutlichten, wie facettenreich und vielfältig – sowohl in Bezug auf Themen als auch Methoden – sich die aktuelle Forschung zum ländlichen Bereich darstellt. Die Tagung fand in den Räumlichkeiten des Landwirtschaftsverlags in Münster-Hiltrup statt. Passend zu den Räumlichkeiten eröffneten nach einer kurzen Begrüßung durch die Organisatoren MALTE SCHWERDTFEGER (Münster) und GISBERT STROTDREES (Münster) vom Landwirtschaftsverlag die Tagung. Auch sie stellten das breite Spektrum der Agrargeschichte heraus. Strottdrees gab ausgehend davon einen Einblick in seine eigene Forschung zu jüdischer Geschichte auf dem Land.¹

Den Einstieg in die Tagung machte STEPHAN EBERT (Darmstadt), der anhand von Verwaltungsschriftgut der Klöster Eberbach (Rheingau) und Rein (Steiermark), kulinarischer und diätetischer Fachprosa des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit, Reiseliteratur sowie klösterlicher Bibliotheksbeständen Verflechtungstendenzen zwischen Theorie und kulinarischer Praxis aufzeigte. So präsentiert sich auf vornehmer Ebene insgesamt ein homogenes kulinarisches Bild im deutschsprachigen Raum des 15. Jahrhunderts, in dem Rezeptsammlungen und tatsächlich gereichte Speisen im Einklang stehen. Parallel zu dieser Entwicklung seien aber gerade bei neuartigen Gewächsen wie beispielsweise Mais auch empirische Ansätze greifbar, die einen wechselseitigen Informationsaustausch zwischen ländlicher Bevölkerung und den frühen Botanikern des 16. Jahrhunderts vermuten lassen. Ebert geht davon aus, dass dieser Prozess aufgrund klimatischer Gunstlagen vor allem in der Rheinebene und im Südosten des deutschen Sprachraums (Kärnten, Krain, Steiermark) angestoßen wurde.

Seite B 70 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

LEON ZIMMERMANN (Tübingen) beleuchtete die Entwicklung des ländlichen Lebensstandards in Südwestdeutschland im Zeitraum von 1680 bis 1805. Um die Stärke verschiedener Einflussfaktoren auf diesen festzustellen, verglich Zimmermann systematisch die agrarischen, gewerblichen und marktwirtschaftlichen Entwicklungen verschiedener Dörfer des deutschen Südwestens miteinander, um aufzuzeigen, wie die Diversität dieser Faktoren lokal unterschiedliche Lebensstandards produzierte. Er stellte einerseits die günstige Entwicklung von Ernteerträgen und neuen arbeitsintensiveren Bewirtschaftungsmethoden als relevante Größen bei dessen Verbesserung heraus, andererseits wies er auch einen positiven Einfluss der Existenz protoindustrieller Produktionsformen nach. Die letztgenannten Punkte könnten dabei als ländliche *industrious revolution* gesehen werden. Die Steigerung des Lebensstandards zeige sich – neben der größeren Verfügbarkeit von Grundnahrungsmitteln – auch in der starken Verbreitung von Baumwollstoffen ab der Mitte des 18. Jahrhunderts, die er anhand von Zehnerträgen und Nachlassinventaren rekonstruieren konnte.

Eine ähnliche Betrachtung schloss sich mit dem Vortrag von HENNING BOVENKERK (Tübingen) an, der anhand eines disaggregierten Datensatzes von Nachlassverzeichnissen die Unterschiede von Konsum und materieller Kultur ländlicher Haushalte in verschiedenen Gemeinden Nordwestdeutschlands analysierte. Die präsentierten Ergebnisse betonten dabei – ebenso wie Zimmermann – die Relevanz der sozio-ökonomischen Voraussetzungen für die Aneignung und den Wandel neuer Konsumstrategien. Auch hier stellten sich die agrarwirtschaftlichen Voraussetzungen, genauso wie der Zugang zu überregionalen oder städtischen Märkten als bedeutende Variablen dar. Der Existenz von Konsumptionen in Form des Adels oder der oberen städtischen Schichten wies er eine eher untergeordnete Rolle zu, während seine Ergebnisse in Kontrast zu denen von Zimmermann eher einen negativen Einfluss von protoindustriellen Arbeitsformen auf die Veränderung des Konsums nachweisen.

KARSTEN IGEL (Münster) betrachtete in seinem Vortrag Wirtschafts- und Rechnungsbücher des Osnabrücker Benediktinerinnenklosters Gertrudenberg aus der Zeit der Bursdorfer Reform 1475 bis zur Aufhebung des Klosters 1802, die tief reichende Einblicke in die landwirtschaftliche Eigenwirtschaft des Klosters sowie die sich vom Cloppenburgischen bis in den Gütersloher Raum erstreckende Grundherrschaft liefern. Igel präsentierte erste Ergebnisse zu Ertragskurven um 1500, den Rechts- und Abgabenverhältnissen der Eigenbehörigen sowie den Ausgabenrechnungen des Klosters. Ziel des Projektes ist es, die bisher nur zu einem kleinen Teil bearbeiteten Bücher vollständig zu erfassen.

Der ländlichen Migrationsgeschichte widmete sich VIVIEN SPECHT (Kiel), die anhand der Besiedlungs- und Kultivierungsunternehmungen zur Mitte des 18. Jahrhunderts auf der jütischen Halbinsel die Aushandlungsprozesse zwischen den verschiedenen beteiligten Akteur:innengruppen analysierte. Die Relevanz dieser Aushandlungsprozesse stellte sie anhand unterschiedlicher Problemfelder bei der Besiedlung und Nutzbarmachung der neuen Flächen dar. Ihre Ergebnisse betonen, dass – unabhängig des Erfolges oder Misserfolges der Unternehmungen – alle Akteure Einfluss auf die Ausgestaltung der Siedlungsmigration nehmen konnten.

JAN OCKER (Kiel) beleuchtete in seinem Vortrag die „innere Kolonisation“ mit ihren „Rentengütern“ im Königreich Preußen als agrarpolitisches Großprojekt. Für die Zeit zwischen 1890 und dem Erstem Weltkrieg nahm er speziell die beiden Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein in den Blick, um die Siedlungsmaßnahmen auf nationaler sowie auf sozialer und volkswirtschaftlicher Ebene einzuordnen. Er ergänzte mit der Betrachtung der

Seite B 71 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Quellen für Nordschleswig/Sønderjylland das Bild vom umkämpften deutsch-dänischen Grenzgebiet aus agrarhistorischer Sicht und stellte die Spannungen bei den Prozessen – auch denen in Bezug nationaler Identitäten und Zugehörigkeiten – heraus.

Den Abschluss des ersten Tages machte JOHANNA KELLER (Halle), die erste Befunde ihres Oral History-Projektes zur subjektiven Wahrnehmung und Erfahrung der Kollektivierungsprozesse zur Bildung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) ab den 1950er-Jahren in der DDR vorstellte. Anhand von Zeitzeugeninterviews zeigt sie (Dis-)Kontinuitäten – vor allem am Beispiel der ambivalenten Wahrnehmung von Kollektivierung und Arbeit in den LPGs – auf. Daneben verdeutlichte ausgewählte Hörbeispiele, dass von den Interviewpartnern ganz selbstverständlich auch hoch aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen – von Klimawandel über Nachhaltigkeit bis zur Work-Life-Balance – stets vor dem Hintergrund ihres eigenen spezifisch ostdeutschen Erfahrungswissens verhandelt wurden.

Der zweite Tag stellte noch mehr als der erste die Vielfältigkeit der verschiedenen agrarhistorischen Themen heraus. Nach der Möglichkeit, die Bibliothek des Landwirtschaftsverlags zu besuchen, eröffnete JULIUS VIRNYI (Münster) das Vortragsprogramm mit seinem Beitrag zu westfälischen Hofnamen zwischen Alltagspraxis und staatlicher Regulierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Ausgehend vom Versuch, Familiennamen anstelle der widerrechtlich weiter geführten Hofnamen durchzusetzen, stellte Virnyi aus praxeologischer Perspektive die Frage nach dem Spannungsverhältnis von lokaler Herrschaftsausübung und Widerstand der ländlichen Bevölkerung. Er verweist dabei auf die elementare Relevanz der Bedeutung der Zugehörigkeit zu dezidierten sozialen Schichten, welche die Erfolgswahrscheinlichkeiten einer erfolgreichen Namensänderung deutlich beeinflussten.

Erste Eindrücke ihres Promotionsprojekts präsentierte ZOFIA DURDA (Goslar). In diesem fragt sie nach den Rahmenbedingungen sowie architektonischen und sozialen Vorbildern für die Typenbauten der Treuhandstelle für Flüchtlingssiedlung in Niedersachsen im Zeitraum von 1949 bis 1959. Ausgehend von unter anderem den Entwürfen des zuständigen Architekten Walter Ganske wird dazu die gesamte Tätigkeit der Treuhandstelle in den Blick genommen. Die bisherigen Ergebnisse betonen die Problematiken zwischen Architektur, Umsetzung und Nutzung sowie entstehende Spannungsverhältnisse zwischen neuen Siedlern und der Bevölkerung vor Ort.

Ebenso präsentierte DANIEL SOBANSKI (Bochum) mit der Rolle der Landbevölkerung während der Frühindustrialisierung in Rheinland und Westfalen einen Aspekt seines Dissertationsprojekts. Sobanski verdeutlichte eindrucksvoll, wie vielgestaltig die Anknüpfungspunkte zwischen ländlicher Bevölkerung sowie der Ansiedlung und dem Betrieb von Unternehmungen des frühindustriellen Eisengewerbes – in Form der Bereitstellung von Transportdienstleistungen sowie Arbeitskraft – waren. Er machte deutlich, dass sich diese nicht immer einvernehmlich, sondern auch konfliktbehaftet gestalteten und dass die Relevanz des ruralen Aspekts der Frühindustrialisierung bisher teilweise deutlich unterschätzt wurde.

JADON NISLY-GORETZKI (Kassel/Witzenhausen) wandte sich in seinem Vortrag der Bedeutung des Tierwohls in Konflikten um die Privatisierung von Gemeinheiten in der Zeit von 1750 bis 1850 zu. In bäuerlichen Bittschriften gegen die daraus resultierenden Weideverbote wurden wiederholt gesundheitliche Vorteile der Weidehaltung für die Tiere vorgebracht. Beim Vergleich mit weiteren Quellen reflektierte Nisly-Goretzki, dass diese Argumente sowohl als Spiegel des bäuerlichen Praxiswissens als auch dem von traditionellen Tierbildern angesehen werden können und Einblicke in den damit

Seite B 72 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

verbundenen Wissenstransfer und die Mensch-Nutztier-Beziehungen geben. Gleichzeitig sind die Argumente als Teil hierarchischer Kämpfe der Beteiligten um die Nutzung der bestehenden Flächen zu sehen.

Auch die Präsentation von MICHAEL SCHULZ (Potsdam) setzte sich daran anknüpfend mit Tierwohl – jedoch im Zeitraum des 19. und 20. Jahrhunderts – auseinander. Er stellte einen Teil seines Habilitationsprojekts, das sich mit den Lebensbedingungen der Nutztiere in Deutschland von 1850 bis 1950 befasst, vor. An der Darstellung des sogenannten „Ringelns“ von Schweinen in der tierzüchterischen Fachpresse und Lehrbüchern zeigte er Argumentationsmuster und die Einstellung der Züchter zum Thema Schweinehaltung sowie Tierwohl, die weniger vom eigentlichen Tierwohl als von der ökonomischen Nutzenmaximierung geprägt waren.

Dem Thema der ländlichen Rezeption in urbanen Kontexten widmete sich MARIE HELLEN SCHNEIDER (Berlin), die Landdiskurse der frühen Umweltbewegung aus der städtischen Perspektive analysierte. Die städtische Faszination für Protest auf dem Land und die romantische Verklärung des Landlebens fasst sie als *urban gaze* und macht damit ein neues Konzept der Perspektivierung der agrarhistorischen Forschung nutzbar. An einem Fallbeispiel zeigte sie, wie ländliche Umweltgruppen diese Blicke und Diskurse rezipierten und sie sich etwa in der Verwendung als stereotyp ländlich wahrgenommener Symbole für ihre Zwecke aktiv zunutze machten.

SARA MÜLLER (Zürich) gab in ihrer Präsentation Einblicke in ihr Projekt „Nutztiere im Anthropozän“. Müller präsentierte am Beispiel der Schweizer Rinderzucht die Verschiebungen der Praktiken rund um Reproduktion und Gesundheit in der modernen Rinderproduktion. Ihr Beitrag thematisierte diese anhand von frühen Versuchen mit künstlicher Besamung in der Schweiz und stellt dabei den analytischen Mehrwert des „Anthropozän“ für die agrarhistorische Forschung zur Disposition.

Die Sommertagung machte – wie sich ebenso in der abschließenden Diskussion zeigt – deutlich, dass agrarhistorische Forschung sich nicht nur aus ihren „klassischen“ Disziplinen zusammensetzt, sondern sich mittlerweile in weit angrenzende Bereiche erstreckt. Sie ist anschlussfähig an die großen Forschungsentwicklungen und es besteht ein ausgeprägtes Interesse an interdisziplinären Arbeiten im Kontext der ländlichen Geschichte. Aufgrund des großen Interesses an der Tagung wurde die Idee entwickelt, das Format in einer Regelmäßigkeit beizubehalten – mit dem Ziel der deutschsprachigen agrarhistorischen Forschung mehr Raum zu geben. Die themenbezogenen Tagungen der Gesellschaft für Agrargeschichte bleiben aber weiterhin bestehen. So wird bereits die Jahrestagung 2025 zum „Bauernkrieg“ vorbereitet.

Konferenzübersicht:

Gunter Mahlerwein (Saarbrücken/Mainz) / Friederike Scholten-Buschhoff (Möhnesee):
Einführung in die Tagung

Malte Schwerdtfeger (Münster) / Gisbert Strottdrees (Münster): Begrüßung durch den
Landwirtschaftsverlag

Stephan Ebert (Darmstadt): Zur Kulinarik des ausgehenden Mittelalters im Spannungsfeld
zwischen Theorie und Praxis

Leon Zimmermann (Tübingen): Ländliche Lebensstandards in Südwestdeutschland ca.
1680–1805

Seite B 73 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Henning Bovenkerk (Tübingen): Soziale Agrosysteme und Konsum: Voraussetzungen des Wandels materieller Kultur in ländlichen Haushalten Nordwestdeutschlands, spätes 16. – frühes 19. Jahrhundert

Karsten Igel (Münster): Die Gertrudenberger Register als Quelle zur westfälischen Agrargeschichte

Vivien Specht (Kiel): Haus, Feld und Saatgut!? Aushandlungsprozesse bei der Siedlungsmigration der Heide und Moorflächen der jütischen Halbinsel im 18. Jahrhundert

Jan Ocker (Kiel): Die vergessenen „Rentengüter“. Zur „inneren Kolonisation“ im Königreich Preußen und speziell in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein zwischen 1890 und Erstem Weltkrieg

Johanna Keller (Halle): Erfahrungswissen in Sachsen-Anhalt von 1900 bis heute

Julius Virnyi (Münster): „Sitte“ oder „Unsitte“? Hofnamen in Westfalen zwischen Alltag und staatlicher Regulierung, 1901–1919

Zofia Durda (Goslar): Nebenerwerbsstellen, Stallgebäude und Mehrzweckschuppen. Die Typenbauten der Treuhandstelle für Flüchtlingssiedlung in Niedersachsen (1949–1959)

Daniel Sobanski (Bochum): Fuhrleute, Erzgräber, Pächter. Die Rolle der Landbevölkerung während der Frühindustrialisierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Jadon Nisly-Goretzki (Kassel/Witzenhausen): „Auch die Kuh brauche frische Luft und Sonne“ – Tierwohl als bäuerliches Argument in Konflikten um die Privatisierung der Allmende

Michael Schulz (Potsdam): Tierschutz und Tierwohl in der Debatte über landwirtschaftliche Nutztiere im Deutschen Reich 1900–1939

Marie Hellen Schneider (Berlin): Ländliche Räume, städtische Blicke: Projektion und Praxis von Protest auf dem Land

Sara Müller (Zürich): Neue Akteure im Stall des Anthropozäns

Anmerkung:

1 Vgl. Gisbert Strottdrees, Jüdisches Landleben. Vergessene Welten in Westfalen, Münster 2024.

Zitation

Henning Bovenkerk, Tagungsbericht: *Neue Forschungen zu Themen der Geschichte der ländlichen Gesellschaft*, In: H-Soz-Kult, 30.07.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-145559.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) 'Art Protection' in World War I and the Historiographies of Art and Culture in the First Half of the 20th Century. Stakeholders – Networks – Concepts

Organisatoren

Professur für Denkmalkunde an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder); BKGE Oldenburg; IS PAN Warschau
Frankfurt (Oder)

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

13.05.2024 - 15.05.2024

Von

Veronika Elisabeth Schmidt, Zentralinstitut für Kunstgeschichte, München

Denkt man an den deutschen Kunstschutz im Ersten Weltkrieg, kommt einem unweigerlich der Bonner Kunsthistoriker Paul Clemen in den Sinn. Gemeinsam mit einer Gruppe von anderen Kunsthistorikern war er an den verschiedenen Kriegsfrenten im Einsatz, um Kunstwerke zu schützen, zu studieren und gegebenenfalls vor Zerstörung zu bewahren. Dass diese Aktionen durchaus auch einen propagandistischen Zweck verfolgten ist in der heutigen Forschung umfangreich thematisiert und diskutiert worden. Vor allem Christina Kott hat dies in verschiedenen Schriften herausgearbeitet.¹ Im Gegensatz zu ihren Schriften, die vor allem das Geschehen an der Westfront thematisieren, widmete sich diese Tagung vornehmlich der Ostfront, den dortigen Akteuren und den verschiedenen Wegen des Kunstschutzes und der Propagandamittel in diesem Kriegsgebiet. Aber auch die Nachwehen des Krieges beziehungsweise die Nachnutzung der im Krieg entstandenen Dokumente und Fotografien bis in die heutige Zeit wurden angesprochen.

In seiner Keynote verschaffte PAUL ZALEWSKI (Frankfurt Oder) den Anwesenden einen Überblick über Kunstschutzbestrebungen vor dem Ersten Weltkrieg. Er fokussierte sich dabei vor allem auf das 19. Jahrhundert und untersuchte das Thema anhand von drei Perspektiven: internationaler Fachdiskurs, diplomatische Vorgänge, öffentliche Diskurs in den Medien. Abschließend betonte er, dass Kunstschutz (in bewaffneten Konflikten) bis heute nur bedingt funktioniert. Er plädierte für das Einschlagen neuer Wege, welche die neuen Medien stärker mit einbinden.

SOLÈNE AMICE (Paris) ging in ihrem Vortrag auf die logistischen, technischen, materiellen, menschlichen sowie militärischen Herausforderungen des Kunstschutzes in Frankreich ein. Dieser entwickelte sich erst im Verlauf des Ersten Weltkriegs nennenswert weiter und muss daher immer in diesem Kontext betrachtet und bewertet werden. Sie betont dabei, den französischen Kunstschutz nicht als Solitär wahrzunehmen, da er durch den Wettstreit und die Rivalität in diesem Bereich zu dieser Zeit geprägt wurde und sich durch Austausch und Kooperationen mit anderen Ländern (weiter-)entwickelte.

CEREN ABI MC GREEVY-STAFFORD (Washington) hob hingegen den propagandistischen und besatzungspolitischen Wert von Kunstschutz hervor und erläuterte diesen Aspekt anhand des komplexen Kunstschutzgefüges im Osmanischen Reich. Neben

Seite B 75 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

den unterschiedlichen involvierten Akteuren, stellte Mc Greevy-Stafford auch die unterschiedlichen Motivationen vor, die sowohl auf osmanischer wie auch auf westlicher Seite zum Interesse am Kunstschutz beitrugen und teilweise in Konkurrenz standen.

Mit einem gänzlich anderen Aspekt des Kulturgutschutzes in der selbigen Region beschäftigte sich der Vortrag von SEBASTIAN WILLERT (Leipzig). Er stellte die wichtigsten Akteure des DTDK (Deutsch-Türkisches-Denkmalenschutz-Kommando) vor Ort und deren Errungenschaften für den regionalen Kunstschutz vor und arbeitete heraus, dass Kunstschutzmaßnahmen während des Krieges neben politischen Ereignissen vor allem von den Beziehungsgeflechten unterschiedlicher Akteursgruppen geprägt war. Im absoluten Kontrast zur vorherigen Zusammenarbeit, erfolgte die wissenschaftliche Nachnutzung der Dokumente und Fotografien lediglich auf deutscher Seite.

In ihrem Beitrag verglich BEATE STÖRTKUHL (Oldenburg) die unterschiedlichen Organisationen und deren Handlungsmöglichkeiten im deutschen Generalgouvernement Warschau und im österreichisch-ungarischen Militärgouvernement Lublin. Ausgehend von Paul Clemens Publikationen von 1915/1919, zeichnete Störtkuhl die unterschiedlichen Entwicklungen und deren Einflussfaktoren nach und betonte dabei die Besonderheit der Mitarbeit und Mitverantwortung der Personen vor Ort.

MARTINA VISENTIN (Udine) und MICHAEL WEDEKIND (Bremen) beurteilten in ihrem Vortrag, gehalten von Visentin, die Tätigkeit der deutschen und österreichischen Kunstschutzgruppen auf italienischem Gebiet. Im Fokus standen hier nicht einzelne Personen, sondern die Arbeitsweise und Zielsetzung der Kunsthistoriker vor Ort. Visetin zeichnete nach, dass sich die Arbeitsweisen der dortigen Kunsthistoriker kaum von den Arbeitsschritten vor dem Kriegszustand unterschieden. Stattdessen standen die umfangreiche Erfassung der Objekte in Form von Beschreibung und Erhaltungszustand sowie die schriftliche Ausarbeitung möglicher Schutzmaßnahmen im Mittelpunkt der Tätigkeit. Hier dient, so fasste Visentin zusammen, der Kunstschutz eher dem Studium beziehungsweise der Weiterqualifikation der Kunstoffiziere oder der Propaganda.

Der Vortrag von ROBERT BORN (Oldenburg) führte uns in das von Deutschland und Österreich-Ungarn besetzte Gebiet der heutigen Ukraine. Er stellte nicht nur erste Forschungsergebnisse zum Schutz von Kulturgütern in diesem Gebiet während des Ersten Weltkriegs vor, sondern ordnete das kunsthistorische Interesse an ukrainischen Kulturgütern in den Forschungskontext der damaligen Zeit ein.

TOMÁŠ KOWALSKI (Bratislava) berichtete von der Arbeit von Kronel Divald (1872-1931) während des Kriegs. Im Fokus stand dabei jedoch nicht nur das ‚Was‘ sondern vor allem auch das ‚Wie‘. So zeichnete Kowalski nicht nur die verschiedenen Reisen von Kronel Divald nach, sondern berichtete auch von ortsbedingten Herausforderungen. Diese konnten die regionale Arbeit erschweren und/oder sogar seine Position innerhalb des Netzwerkes diskreditieren.

BARBARA KRISTINA MUROVEC (Florenz) vertiefte in ihrem Vortrag den Kunstschutz im heutigen Slowenien. Sie arbeitete dabei heraus, dass vor allem der Kunsthistoriker Max Dvořák (1874–1921), dessen Schüler France Stele (1886-1972) und Anton Gnirs (1873–1933) von großer Bedeutung waren. Zudem stellte sie klar, dass, obwohl das slowenische Forschungsinteresse am Kunstschutz im Ersten Weltkrieg sehr hoch ist, noch viele Objektverlagerungen nicht erforscht sind und einer Aufarbeitung bedürfen.

ESZTER BALÁZS (Budapest) ging in Ihrem Vortrag der Frage nach, wie sich die inner- und außerstaatliche Denkmal- und Kunstverwaltung durch die ungarische Regierung und deren

Seite B 76 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Fachleute von 1914 bis 1918 gestaltete. Sie legte in ihrem Vortrag dar, dass bei der Beurteilung des Kunstschutzes in Ungarn die Perspektive der Akteure (Besetzer/Besetzte) aber auch lokale, nationale und internationale Aspekte berücksichtigt werden müssen, da diese extreme Auswirkungen auf einzelne Handlungen hatten.

MARZENA WOŹNY (Lemberg) thematisierte in ihrem Vortrag die theoretischen und praktischen Schutz- beziehungsweise Konservierungsmaßnahmen für archäologische Kulturgüter in Westgalizien, wobei sie die sechs Errungenschaften dieser Zeit herausarbeitete. Als Schwerpunkte setzte sie die Einrichtung spezialisierter Museen, die Schaffung eines archäologischen Instituts, Einführung gesetzlicher Regelungen, das Verbot von Amateurgrabungen, offizielle Listen mit archäologischen Stätten und die Überführung von Artefakten in staatliches Eigentum

Unter der Moderation von CHRISTIAN FUHRMEISTER (München) gaben STEFANIA DEMCHUCK (Kiew), STEPHANIE HEROLD (Berlin) und EWA MANIKOWSKA (Warschau) am zweiten Abend Einblicke in verschiedene Thematiken des Kunstschutzes im Ersten Weltkrieg. Interessant war hierbei vor allem die Frage nach den noch bestehenden Forschungslücken. Sie verwiesen hierbei auf viele noch zu erforschende Bereiche, deren Primärquellen noch nicht aufgearbeitet und erschlossen sind. Beispielsweise einzelne Objektbiografien, welche im gesamten östlichen Besatzungsgebiet noch untererforscht sind. Gleichzeitig sprachen sie die Unterrepräsentation von Fragestellungen aus den Forschungsbereichen der Militärgeschichte oder der Gender Studies an sowie die fehlende Aufarbeitung des Blickwinkels von ethnischen Minderheiten auf den Kunst- und Kulturgutschutz.

KRISTINA JÕEKALDA (Tallinn) unterstrich in ihrem Vortrag den propagandistischen Nutzen der Livland-Estland-Ausstellung, welche 1918 in Berlin, Hamburg und Lübeck gezeigt wurde. Sie legte in Ihrem Vortrag dar, wie eine Ausstellung gezielt genutzt wurde, um ein nationales Gefühl zu kreieren und den Wunsch nach einem Zusammenschluss mit Deutschland zu stärken. Jõekalda stellte die Wichtigkeit einer Rekonstruktion der Ausstellung vor dem Hintergrund, dass es kaum erhaltene Informationen zu den Kunstwerken gibt, heraus. Die damalige Bedeutungslosigkeit der Objekte wird zusätzlich betont, wenn man sich vor Augen führt, dass Informationen über das politische Begleitprogramm (Namensliste und Sitzpläne) erhalten geblieben sind.

GÁSPÁR SALAMON (Budapest / Berlin) untersuchte das Vorgehen beim Wiederaufbau von kriegszerstörten Siedlungen in Oberungarn. Dabei verdeutlichte er, dass es beim Wiederaufbau nicht um die genaue Rekonstruktion der zerstörten Dörfer ging, sondern ein standardisierter Plan verfolgt wurde. In seinem Vortrag arbeitete er vor allem die propagandistische Nutzung und die Modernisierung der Region als oberste Ziele heraus.

Auf den Kunstschutz in Rumänien unter deutscher Administration fokussierte sich der Vortrag von COSMIN MINEA (Bukarest / Brno). Dabei ging er vor allem auf die Arbeit der neu gebildeten Comisiunea Monumentelor Istorice (Kommission für historische Denkmäler) und dessen Mitglied Alexandru Tzigara-Samurçaş (1872-1952) ein. Die Kommission und die Besatzermächte, arbeiten in Rumänien eng zusammen, was zur Förderung der Erforschung rumänischer Kunst führte und Kriegsbeutezüge zum Teil verhindern konnte. Gleichzeitig betonte er, dass als schützenswertes rumänisches kulturelles Erbe, trotz Religionsvielfalt, vorrangig Kirchen und Klöster angesehen wurden. Die Forschungsergebnisse, gelten somit nicht für Synagogen und Moscheen, obwohl diese in großer Zahl vorhanden waren.

Seite B 77 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Ewa Manikowska (Warschau) lieferte in ihrem Vortrag einen ganz anderen Schwerpunkt. Sie thematisierte den Kunstschutz in Bezug auf bibliothekarisches Erbe und arbeite hier vor allem die Unterschiede in der Zusammenarbeit der verschiedenen Nationen im Vergleich zu anderen Bereichen des kulturellen Erbes heraus. Auch thematisierte sie die Herausforderungen durch Verlust (Brand) oder Katastrophen-Tourismus (Souvenir), welchen sich Bibliothekaren gegenübersehen.

HILJA DROSTE (Bonn) und GERNOT MAYER (Wien) widmeten sich zwei Themenbereichen, welche sich anhand der fotografischen Sammlung in Bonn untersuchen lassen. So stellte Mayer die verschiedenen Spuren der Kunstschutz-Kampanien während des Ersten Weltkriegs vor, welche sich durch Fotografien in der Sammlung nachweisen lassen. Droste hingegen thematisierte in ihrem Vortragsteil die Schwierigkeiten der heutigen Nachnutzung dieses Materials im Rahmen von universitären Lehrveranstaltungen.

Ziel der Tagung war es Akteuregruppen und Vernetzungsstrukturen im Kontext des Kulturgütertransfers während des Ersten Weltkrieges sichtbar zu machen. Den Schwerpunkt auf die Ostfront legend, konnten entscheidende Unterschiede zum Kulturgüterschutz an der Westfront herausgearbeitet werden. Zugleich öffnete die Tagung den Raum für zukünftige Fragestellungen und Kernprobleme des Forschungsbereiches. Insbesondere in den unterschiedlichen Objektkategorien bedarf es neben einer kulturgeschichtlich-soziologischen Untersuchung und Einordnung einer zukünftigen Vertiefung.

Konferenzübersicht:

Robert Born (Oldenburg) / Ewa Manikowska (Warsaw) / Beate Störckuhl (Oldenburg):
Introductory remarks

Paul Zalewski (Frankfurt Oder): Ante Bellum. Preliminary remarks on heritage and disorder
(Key note)

Panel I: Comparisons I

Solène Amice (Paris): Protecting French cultural heritage in a European war. A case study

Ceren Abi Mc Greevy-Stafford (Washington): Protection of Cultural Heritage in the Ottoman Empire and the First World War

Sebastian Willert (Leipzig): Monument protection in conflict. Stakeholders, strategies and structures of the German-Ottoman wartime monument protection between 1912 and 1923

Panel II: Comparisons II

Beate Störckuhl (Oldenburg): Structures of "Kunstschutz" in the German General Governorate of Warsaw and in the Austro-Hungarian Military Governorate of Lublin – a comparison

Martina Visentin (Udine) / Michael Wedekind (Bremen): Art historians in wartime operations in Northern Italy: The German and Austrian Art Protection Groups in occupied Friuli 1917–1918

Robert Born (Oldenburg): German and Austrian "Kunstschutz" initiatives and archaeological activities in occupied Ukraine

Panel III: The Austro-Hungarian Empire I

Tomáš Kowalski (Bratislava): The breakthrough in the Carpathians: The impact of the First World War on the territory of present-day Slovakia

Barbara Kristina Murovec (Florenz): Protecting lives by protecting bells. The treatment of the cultural heritage during the First World War in Istria, Carniola and Carinthia

Eszter Balázs (Budapest): Did the Hungarians adapt “Kunstschutz” during the First World War in the Dual Monarchy?

Panel IV: The Austro-Hungarian Empire II

Marzena Woźny (Krakau): Protection of the archaeological heritage in Western Galicia during the First World War. Practice and theory of conservation

Olha Zarechnyuk (Lemberg): Networks of heritage preservation: The case of Lviv during the First World War

Panel Discussion

Moderator: Christian Fuhrmeister (München)

Stefaniia Demchuk (Kiew) / Stephanie Herold (Berlin) / Ewa Manikowska (Warsaw): The protection of cultural property during armed conflict between national patrimony and transnational cultural heritage: Reflections on the historical and contemporary impact of concepts developed during the First World War

Panel V: Propaganda

Klāvs Zariņš (Riga): Visualising conquest: German occupation, colonial fantasies, and the Kurland Ausstellung in 1917–1918 (entfallen)

Kristina Jõekalda (Tallinn): The afterlives of a 1918 propaganda exhibition: The Livland-Estland-Ausstellung

Panel VI: War and its aftermath

Gáspár Salamon (Budapest / Berlin): Preservation or modernization? The reconstruction of war-damaged settlements in Upper Hungary during the Great War

Cosmin Minea (Bukarest / Brno): The creation of national artistic heritage by saving artworks: The activity of Alexandru TzigaraSamurcaş (1872–1952) during and after the First World War in Romania

Ewa Manikowska (Warschau): Inscribing “Kunstschutz” in the history of library heritage preservation

Hilja Droste (Bonn) / Gernot Mayer (Wien): Trophies – evidence – educational material: The handling of photographs from times of war

Concluding Discussion

Anmerkungen:

1 vgl. zum Beispiel Christina Kott, Der deutsche »Kunstschutz« und die Museen im besetzten Belgien und Frankreich, in: Petra Winter/Jörn Grabowski (Hrsg.), Zum Kriegsdienst einberufen. Die Königlichen Museen zu Berlin und der Erste Weltkrieg, Köln u.a. 2014, S. 51-70.

Zitation

Veronika Elisabeth Schmidt, Tagungsbericht: *'Art Protection' in World War I and the Historiographies of Art and Culture in the First Half of the 20th Century. Stakeholders – Networks – Concepts*, In: H-Soz-Kult, 24.07.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-145351.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) XI. Deutsch-Schweizerischer Studientag für Osteuropäische Geschichte

Organisatoren

Professur für Neuere und Osteuropäische Geschichte, Universität Freiburg

Buchenbach

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

02.05.2024 - 03.05.2024

Von

Lara Forster / Bela Hubenstorf, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Zeiten der Krise sind Zeiten der Neuorientierung. Dadurch muss aber nicht alles grundlegend verändert werden. Gewinnbringend ist auch die Hinwendung zum Bewährten, das man durch kritische Reflexion neu orientieren kann. Dieser Herangehensweise folgte auch der Deutsch-Schweizerische Studientag für Osteuropäische Geschichte im Studienhaus Wiesneck bei Buchenbach. Hier versammelten sich wie jedes Jahr süddeutsche und schweizerische Historiker zur Diskussion laufender Forschungsvorhaben mit Osteuropa-Bezug. Dabei waren Ansätze zur Neuausrichtung des Faches genauso präsent wie Rückbezüge zu bereits etablierten Forschungszusammenhängen.

Das erste Panel beschäftigte sich mit neuen Forschungsprojekten zum Thema Alltagsgeschichte, die Interaktionen von lokalen Verwaltungen und Bevölkerung in den Blick nehmen. MARTIN PÁCHA (Tübingen) berichtete über das erste Weltjugendfest in Prag 1947 als Teil eines Projekts zu studentischen Globalisierungserfahrungen. Seine Analyse fokussierte die Organisation des Festes durch die Jugend und macht Globalisierung auf einer lokalen Ebene greifbar. Das Fest diente gleichzeitig als frühes Beispiel für den kulturellen Kalten Krieg in einer Phase, in der offiziell noch Versöhnung angestrebt wurde. Die tschechische Organisation versuchte, durch eine langfristige Planung des Festes schnell eine dominante Rolle aufzubauen. Andere Parteien kritisierten diese intern, äußerten sich aber nur vereinzelt öffentlich. Trotz Unterstützung durch die Kommunistische Partei gelang es der Jugendorganisation, als apolitische Organisation wahrgenommen zu werden. Somit konnte sie sich als einheitliche Vertreterin der gesamten Jugend darstellen und neue Mitglieder gewinnen. Anhand zweier Beispiele beschrieb Pácha die spezifischen

Seite B 80 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Wirkungsfelder der Delegationen: Die sowjetische sei finanziell stark unterstützt worden und führte diverse kulturelle Veranstaltungen durch, während sich die amerikanische Delegation selbst finanzierte und deshalb darauf beschränkte, regierungskritische Flugblätter zu verteilen. Durch ihre Delegationen waren die einzelnen Teilnehmerfraktionen in unterschiedlicher Form Teil eines frühen kulturellen Kalten Kriegs.

Im Zentrum des Projektes von TATIANA VORONINA (Zürich) stand die Wirkung sowjetischer visueller Kultur im spätsozialistischen Dorf, ebenso wie Wechselwirkungen zwischen lokalen Akteuren, offizieller Politik und der Form dieser Kultur. Unter dem Begriff der *nagljadnost'* fasste sie die omnipräsenten visuellen Artefakte des sowjetischen Raums von Plakaten bis hin zu Straßennamen zusammen. Voronina möchte die produktiven Funktions- und Wirkweisen visueller Kultur aufzeigen. Diese ordnet die Forschung üblicherweise als Teil der sowjetischen Propaganda ein, welche die prekäre Realität des Realsozialismus zu verschleiern versuchte. *Nagljadnost'* in der Provinz war von der allgegenwärtigen Ressourcenknappheit geprägt. An den jeweiligen Raum angepasst sollte sie eine didaktische und agitatorische Funktion übernehmen, um eine emotionale Reaktion beim Publikum auszulösen und es auf ideologische Postulate als natürliche Grundgesetze der Realität hinzuleiten. Im spätsozialistischen Kontext hinkte die *nagljadnost'* den politischen Kursänderungen der Regierung hinterher. Anstatt agitatorisch zu wirken, machte sie die weit verbreitete Armut sichtbar.

Die neuere Forschung zum DDR-Städtebau von Planstädten attestiert einen Utopieverlust der Stadtplanung in den 1970er Jahren. Städte wurden nicht mehr im Hinblick auf eine zu erreichende Zukunft geplant, sondern orientierten sich an Konzepten von Heimat und Tradition. MURIEL JANKE (Konstanz) untersuchte diesen Wandel am Beispiel Magdeburgs. Während die frühe Stadtplanung mit einem sozialerzieherischen Ansatz ihren Fokus auf Großprojekte legte, ging es ab den frühen 70er Jahren lediglich um effiziente Wohnraumschaffung. Grundlage für den Wandel war eine asymmetrische Beziehung zwischen Stadtverwaltung und Bevölkerung. Sie äußerte sich in einer zunehmenden Unzufriedenheit der Bevölkerung, die bei der Verwaltung wiederum zu einem Reflexionsprozess und schlussendlich zur Priorisierung des Wohnraums führte.

Auf die wechselhaften Geschichten von Studierenden aus Subsahara-Afrika fokussierte DERYA BORZAT (Bern) in ihrem Oral-History Dissertationsprojekt. Als Teil der internationalen Bildungs-Charmeoffensive ging es darum, den Einfluss der Sowjetunion im globalen Süden auszuweiten und langfristig sowjetfreundliche Eliten heranzubilden. Im Zentrum des Projekts stand die mikrogeschichtliche Perspektive der Studierenden auf zwischenmenschliche Beziehungen sowie die langfristige Auswirkung des Studiums auf deren Leben. Der soziale Interaktionsraum ‚Wohnheim‘ war Ausgangs- und Vernetzungspunkt. Insgesamt entstanden so hinter dem ‚Nylon Curtain‘ transnationale Liebesbeziehungen, die den Kalten Krieg überdauerten.

Ein zweites Panel präsentierte neue Arbeiten zu transnationalen Beziehungen in Krisen und Transformationszeiten. VASYL MALIUKH (Freiburg) nahm die Politik Deutschlands in Bezug auf die „Ukrainische Frage“ während des ersten Weltkriegs in den Blick, um die etablierten Annahmen der Forschung anhand einer Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte zu überwinden. Ziel des Projekts ist es, die Interaktion und gegenseitige Beeinflussung von deutscher Politik und den Nationalbewegungen Osteuropas zu beleuchten. Der Schwerpunkt des Projekts liegt dabei auf den Interaktionen deutscher militärischer Institutionen mit ukrainischen Vertretern auf lokaler Ebene. Die deutsche Seite sei motiviert gewesen, ihre Position zu stärken und gleichzeitig durch eine Unterstützung der Ukraine die russische Position zu schwächen.

Seite B 81 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Ebenfalls um Kriegsfolgen ging es bei MARIA BUKO (Konstanz), die zur Kriegswaisenfürsorge in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg in intersektionaler und internationaler Perspektive forscht. Zentral ist hierbei der Umgang mit Trauma und Traumaerfahrungen. Kinder standen unmittelbar nach dem Krieg im Fokus der polnischen nationalen, aber auch der internationalen Öffentlichkeit. Transnationale Beziehungen, z.B. in Form von Konferenzen, bestanden zwischen Polen und der Schweiz. Polnische Pädagogen etablierten mehrere Projekte nach Schweizer Vorbild. Zentraler Akteur in der Schweiz war das Kinderdorf Pestalozzi, welches polnische Kriegswaisen aufnahm. Im Projekt soll es darum gehen, wie die transnationalen Verflechtungen in der Kinderfürsorge die Erfahrungen der Kinder prägten. Im Zentrum stehen deshalb die Kinder und die von ihnen hinterlassenen Quellen selbst.

Auch in ELIAS HANSENS (Heidelberg) Masterarbeits-Projekt ging es um eine polnische Transformationsphase: die 1990er-Jahre. In einer archivgestützten Untersuchung fokussierte er die Privatisierung der Zementwerke Gordaźdźe und Strzelce Opolskie durch die Firma Heidelberg-Zement (heute Heidelberg Materials). Während die Forschung zu den deutsch-polnischen Beziehungen den Beginn der heutigen antideutschen Ressentiments üblicherweise erst in den frühen 2000er Jahren ansetzt, soll so die lange Vorgeschichte der gegenwärtigen Lage durch eine quellengestützte Mikroanalyse bereichert werden. Obwohl der Verkauf zunächst durch die polnische Politik angestoßen worden war, regte sich Widerstand bei den Arbeitern und den Gewerkschaften vor Ort. Besonders warnten sie vor einer deutschen Übernahme und Monopolbildung, welche in der preisgesteuerten Zementindustrie zu einem Niedergang der Werke führen würde – so die Befürchtung. Die beiden Zementwerke fanden sich dadurch in einer Konkurrenzsituation wieder, was schließlich zum Verkauf beider Werke führte.

Der erste Tag endete mit einer offenen Diskussion über die Auswirkungen des Ukrainekriegs auf die akademische Lehre. Einzelne Vertreter der Lehrenden präsentierten ihre angepassten Seminarpläne. Die Debatte profitierte auch von dem Austausch mit anwesenden Studierenden. Im Mittelpunkt stand für beide Seiten der Wunsch, das durch die Lehre erworbene Wissen operativ nutzbar zu machen, um historischer Mythenbildung und einseitigen Geschichtsnarrativen entschlossen entgegenzutreten zu können. Es ginge darum, die wissenschaftlichen Methoden nutzbar zu machen, um angesichts des Zerstörungsausmaßes nicht in antiwissenschaftliche Polemik zu verfallen. Das Fach müsse sich gegenüber der neuen Situation rüsten, solle aber an seinem wissenschaftlichen Anspruch unbedingt festhalten.

Der zweite Tag begann mit einem Panel zur Wissenschafts- und Technikgeschichte der Ukraine und Sowjetunion. OLHA MARTYNYUK (Basel) richtete mit einem innovativen Ansatz aus verschiedenen Theoriestücken der mobility studies den Blick auf die Geschichte des Fahrradfahrens in der Ukraine. Sie ging von regionalen Mobilitätskulturen aus, die von politisch-sozioökonomischen Faktoren abhängen. Dabei ordnete sie die Ukraine anhand historischer Prozesse und Zäsuren ebenso in globale Entwicklungen ein. Anhand dreier Beispiele illustrierte Martynyuk die wechselhafte nationale Geschichte des Fahrradfahrens. Während die habsburgische Ukraine ein vielfältiges Radfahr-Vereinswesen entwickelte, war man im Zarenreich zurückhaltender bei der Zulassung solcher Institutionen. Auch die sowjetische Stadtplanung berücksichtigte den massiven Anstieg in der Fahrradproduktion während der Chruščëv-Ära nicht konsequent. Sogar als die Ölkrise im Westen den Siegeszug des Fahrrads als ölbefreite Autoalternative einleitete, blieb das Auto in der Brežnev-Ära das beworbene Fortbewegungsmittel der Zukunft. Das Fahrrad erschien nicht ‚modern‘ genug für sowjet-russische Zukunftsvorstellungen.

Dass die Sowjetunion keine regulierten Katastrophenpläne hatte, illustrierte ALYONA BANINA (Tübingen) anhand des Katastrophenmanagements nach dem Erdbeben von Taschkent 1966. Sowjetische Katastrophen waren absolute Sonderfälle – sodass es außer reiner Improvisation kein genormtes Krisenmanagement gab. Während erste Verordnungen Grundlagen schafften, bildeten sich im Verlauf der Arbeiten vorläufige Kommissionen auf Lokal- und Regierungsebene. Diese setzten neben administrativen Maßnahmen auch auf traditionelle Elemente wie die zentralasiatische Nachbarschaftshilfe *chašar*, um die Bevölkerung in den Wiederaufbauprozess zu integrieren. Neben der allgemeinen Arbeits- und Transportpflicht, die jeden traf, setzte die staatliche Administration auf ‚fürsorgliche‘ Komponenten, die an die jeweiligen Situationen angepasst wurden – z.B. kostenlose Umzugs- und Transporthilfen oder die Befreiung von monatlichen Mieten. Ein umfangreiches Gesetz für katastrophale ‚Ausnahmen‘ konnte bis 1991 nicht mehr durchgesetzt werden.

Im Zentrum von SARAH EVISONS (Basel) Masterarbeitsprojekt steht der Borisov-Staudamm, ein nie verwirklichtes Großprojekt, welches durch Dammbau in der Behringstraße die Temperatur in der Arktis drastisch anheben und das Polarmeer befahrbar machen sollte. Ziel der Arbeit ist zu einer historischen Genealogie gegenwärtiger Klimagefühle beizutragen. Ein emotionsgeschichtlicher Ansatz zeigt die Schattenseiten des grenzenlosen Zukunftsoptimismus der 1950er und 1960er Jahre auf. Der gerade entstehende Diskurs über Klimaveränderungen speiste sich aus der Angst vor globalen Abkühlungen. Während der Tauwetterzeit begann eine kulturelle Abwertung von Kälte und Eis, die traditionell Kennzeichen der russischen Umwelt waren. Diese galten nun als krankhaft, während die Wärme sich weitestgehend als Normalzustand der Natur etablierte.

Das letzte Panel fasste neuere Forschung zum frühneuzeitlichen und neuzeitlichen Osteuropa zusammen. EVA ŠTEMPELOVÁ (Zürich) behandelt in ihrem Dissertationsprojekt die Rechtsgeschichte der Hexenverfolgung in Ungarn zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert. Frühere Prozesse seien als Akkusationsverfahren geführt und somit durch einzelne Ankläger aus der Bevölkerung angestoßen worden. Die zuständigen Gerichte wiesen diese Verfahren oft zurück, da sie in der Regel von der Unschuld der Angeklagten ausgingen. Bei Schuldspruch war die typische Strafe Stadtverweis. Ab dem 17. Jahrhundert begannen staatliche Institutionen selbstständig sogenannte Inquisitionsverfahren durchzuführen, in denen Staatsvertreter direkt die Rolle der Ankläger übernahmen. Derartige Prozesse gingen in der Regel von der Schuld der Angeklagten aus, wandten erstmals Foltermethoden an und endeten oft in Todesurteilen. Štempelová schließt daraus, dass die Hexenverfolgung in Ungarn sich nicht – wie bisher in der Forschung angenommen – aus der Rezeption von Hexereikonzepten aus Westeuropa speiste. Vielmehr war die Etablierung einer juristischen Infrastruktur vor Ort für eine Verschärfung und Ausweitung der Hexenverfolgung entscheidend.

VALERIA VOLLMER (Zürich) untersuchte die Lebenswelten von Krimkriegssöldnern mit Hilfe des Ansatzes einer transnationalen Kollektivbiographie. Die alliierten Mächte rekrutierten ab 1853 wiederholt in Deutschland, Polen, Algerien, der Schweiz und Frankreich Söldnerregimente, die als Fremdenlegionen für den Krimkrieg eingesetzt werden sollten. Den Söldnern drohte oft Strafverfolgung in ihren Heimatländern. Die Rekrutierungen waren eine Reaktion auf die Überzahl der russischen Truppen, deren Einsatz aber der frühe Friedensschluss größtenteils verhinderte. Die verschiedenen Nachleben der Söldner will Vollmer anhand einer breit angelegten Studie von Archivmaterialien einholen. Ihr Ziel ist es dabei, die Kommunikationssysteme unterschiedlicher Söldnergruppen zu untersuchen, um so eine transnationale Vernetzung verschiedener Wissenssysteme aufzuzeigen.

Seite B 83 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Den Abschluss des Studientags machte YULIYA VON SAAL (Heidelberg/München) mit einem Ausblick auf ihr im Entstehen begriffenes Projekt zur häuslichen Gewalt im russländischen Imperium des 19. Jahrhunderts. Durch den Begriff des Femininzids (im Gegensatz zum Femizid) will von Saal dabei auf Gewalt gegen Frauen als strukturelles Phänomen hinweisen. Diese durchzog alle Stände. Ein differenziertes Bild der Gewalt als gesamtgesellschaftliches Phänomen in der Forschung steht aber noch aus. Im Zarenreich war die Gesetzeslage gegenüber Frauen zwar im internationalen Vergleich relativ liberal, sie wurde aber nicht zu Gunsten von Frauen angewandt. Gerichte hätten systematisch nach ‚versöhnenden‘ Ausgleichen zwischen Ehepartnern gesucht, anstatt Gewalttäter zu bestrafen. Von Saal vertritt dabei die These, dass rechtliche Frauenemanzipation die Gewalt nicht behinderte, sondern im Gegenteil antrieb. So stieg die statistisch erfasste Gewalt gegen Frauen trotz sich liberalisierender Gesetzgebungen im 19. Jahrhundert kontinuierlich an.

Der XI. Deutsch-Schweizerische Studientag war in hohem Maße von verflechtungstheoretischen Ansätzen geprägt. Temporale und geographische Beziehungen, nah und fern, sind in neueren Arbeiten allgegenwärtig. Diese Dimension verdeutlicht nicht nur, dass Geschichte hier modern gedacht wird, sondern auch ein grundlegendes historisches Verantwortungsbewusstsein. Insbesondere in Bezug auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine, den Putin mit starker historischer Instrumentalisierung und angepassten historischen Rückbezügen legitimiert, sehen sich Historiker zu möglichst großer Objektivität, aber auch zu thematischer und geographischer Vielfalt verpflichtet. Auch diejenigen, die weiterhin den postsowjetischen und postimperialen Raum erforschen, bedienen sich neuer Blickwinkel oder neuer geographischer Schwerpunkte. Sie legen Wert auf regionale Besonderheiten, auf Handlungsmacht sowie lokale als auch globale Verflechtungen. Dieses Verantwortungsbewusstsein spiegelt sich auch in der Lehre wider, deren Möglichkeiten und Perspektiven einer Neuausrichtung Teilnehmer des Studientages, von Studierenden bis Professoren, ebenso diskutierten. Der Studientag bot somit einen Ort des übergreifenden thematischen Austauschs, der Selbstreflexion und der aktiven Neuausrichtung.

Konferenzübersicht:

Panel I

Moderation: Kai Willms (Basel)

Martin Pácha (Tübingen): ‘Youth Unite, Forward for Lasting Peace!’ The First World Festival of Youth and Students in Prague 1947

Tatiana Voronina (Zürich): How to see socialism in the ‘Rural Backwater’? The System of Political Education and ‘Soviet Normative Visuality’ of Late Socialism

Muriel Janke (Konstanz): Utopieverlust im DDR-Städtebau der 1960er und 1970er Jahre am Beispiel Magdeburgs

Derya Borzat (Bern): Leben und Lernen hinter dem Eisernen Vorhang: Studierende aus Subsahara-Afrika in der Sowjetunion

Panel II

Moderation: Alexa von Winning (Tübingen)

Vasyl Maliukh (Freiburg): Die Politik Deutschlands in der ‘ukrainischen Frage’ während des Ersten Weltkriegs

Seite B 84 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Maria Buko (Konstanz): Polish child survivors of World War II. Child welfare in Poland through the intersectional and international perspective

Elias Hansen (Heidelberg): Privatisierungen in Polen: eine deutsch-polnische Beziehungsgeschichte von 'unten'

Forum „Der Krieg, das Fach und die Lehre“

Panel III

Moderation: Olena Palko (Basel)

Olha Martynuyuk (Basel): Bicycle Mobility in Ukraine, 1891-1991

Alyona Banina (Tübingen): Zwischen Improvisation und institutioneller Fassade. Lokales Katastrophenmanagement nach dem Erdbeben von Taschkent 1966

Sarah Evison (Basel): Orangen in Sibirien – Visionen des Climate Engineerings im Rahmen von Petr M. Borisovs Staudammprojekt in der Beringstraße

Panel IV

Moderation: Michel Abeßer (Freiburg)

Eva Štempelová (Zürich): Von Einzelmaßnahme zur Massenhysterie: Akkusations- und Inquisitionsverfahren beim Hexereidelikt im frühneuzeitlichen Ungarn

Valeria Vollmer (Zürich): Lebenswelten von Krimkriegssöldnern in den 1850er- und 1860er-Jahren: Eine transnationale Kollektivbiographie

Yuliya von Saal (Heidelberg/München): 'Wenn er dich schlägt, liebt er dich'. Häusliche Gewalt und Feminizid im russländischen Imperium im 19. Jh.

Zitation

Bela Hubenstorf / Lara Forster, Tagungsbericht: *XI. Deutsch-Schweizerischer Studientag für Osteuropäische Geschichte*, In: H-Soz-Kult, 23.07.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-145350.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Geschichten und Bilder von ost- und westdeutschen Bergbaulandschaften seit den späten 1980er Jahren. Zur eigenzeitlichen Transformation von Montanindustrien aus künstlerischer Perspektive

[PDF](#)

<https://meinclio.clio-online.de/open/pdf/conferencereport/fdkn-144930/>

Organisatoren

Leibniz Forschungsverbund „Wert der Vergangenheit“, Lab 2.2 Geschichtskulturelle Eigenzeiten, Lab 3.3 Inwertsetzung und Kommodifizierung; Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam; Deutsches Bergbau-Museum Bochum (DBM); Leibniz-Forschungsmuseum für Georessourcen, Bochum; Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO), Leipzig

Bochum

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis 11.04.2024 - 13.04.2024

Von

Isabell Schmock-Wieczorek, Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt

Die im Bergbaumuseum Bochum veranstaltete Tagung zur Reflexion ost- und westdeutscher Bergbau(folge)landschaften verhandelte nichts weniger als den Zusammenhang zwischen Raum und Zeit unter den intensivierten Bedingungen transformativer Prozesse. Bergbau als historischer Katalysator bietet dabei die Vorzüge und Gefahren einer immensen Komplexität: Raum wird hier sowohl in seiner landschaftlichen als auch seiner sozialen Qualität adressiert und ein Zeitraum von erdgeschichtlicher Dimension eröffnet. Film und Fotografie (Sektion 1), Bildende Kunst (Sektion 2) und Literatur (Sektion 3) strukturierten als unterschiedliche mediale Zugänge dieses vielgestaltigen Transformationsprozesses. Der Fokus auf die unmittelbare Zeitgeschichte seit Ende der 1980er-Jahre als Produktionszeitraum fügte dem Analysegegenstand eine weitere Dimension des (politischen) Umbruchs hinzu.

Die den Medien Fotografie und Film zugeordneten Betrachtungen von Landschaften, die durch den Bergbau zum Teil bis zu ihrer Auslöschung transformiert (devastiert) wurden, changierten zwischen sachlicher Dokumentation und künstlerischer Deutung. Die Beiträge von ANDREW DEMSHUK (Washington) und OLAF TIETZ (Görlitz) handelten jeweils von dokumentarisch intendierten Annäherungen an Landschaften des Übergangs. Erster untersuchte die auf lokalpolitische Initiative entstandenen Fotoaufnahmen des leergezogenen Ortes Breunsdorf zu Beginn der 1990er-Jahre unter dem Aspekt der verzögerten Devastierung und des umso schmerzvolleren Heimatverlustes. Tietz hingegen blickte zurück auf seine eigene Tätigkeit als Geologe. In seinem Archiv befinden sich etwa 2000 Dias der Erdschichten und ihrer Verwerfungen, die im Tagebau Berzdorf (Lausitz) bis zu dessen Flutung 2012/13 in einer Tiefe von bis zu 120 Metern (Tagebausohle) offenlagen. Die Aufnahmen sind nicht nur von mitunter grafischer Qualität, sondern verweisen im Verbund mit Zeichnungen und anderen archäologischen Befunden auf die hier geborgenen (Wissens-)Schätze. Dass Foto und Film auch die Visualisierung gemeinhin nicht sichtbarer Phänomene ermöglichen, zeigten die beiden auf den Bergbau der Wismut AG in der DDR orientierten Vorträge von OXANA GOURINOVITCH (Berlin) und BRIGITTE RIGAUX-

PIRASTRU (Angers). Beide thematisierten künstlerische Positionen, die Strahlung als Ewigkeitslast des Uranbergbaus sicht- bzw. mittels Geigerzähler hörbar machen. Rigaux-Pirastru verwies mit den elf zwischen 1958 und 2022 entstandenen Filmbeiträgen auf den politisch beeinflussten Wandel zeithistorischer Landschaftsnarrative. Diese reichten von der Beglaubigung der sozialistischen Fortschrittsteleologie über die Dokumentation von Landschaftszerstörung und Gesundheitsgefährdung als Ausdruck des gescheiterten sozialistischen Staates („Wismut“ von Volker Koepp, 1993) bis zur vermeintlichen Idylle der weiterhin belasteten Bergbaufolgelandschaft („Sonne unter Tage“ von Alex Gerbaulet und Mareike Bernien, 2022).

Aus einer Binnenperspektive berichtet das von ALEXANDER WAGNER (Wuppertal) auf einem Flohmarkt ergatterte Laienvideo eines Bergarbeiters vom Beginn der 1990er-Jahre. Die hier gebannten und vom Filmer selbst geschnittenen Aufnahmen entstanden im Umfeld des südlich von Leipzig gelegenen Tagebaus Espenhain, der 1996 endgültig stillgelegt wurde. Wagner interpretierte den Film, in dem Arbeitsprozesse, die Brigadekollegen und die Industrielandschaft genauso wie Schriftdokumente festgehalten wurden, als Medium der Bewältigung. Der drohende Verlust des Arbeitsplatzes und -umfeldes, der über Jahrzehnte die Lebensrealität des Filmautors prägte, war im Strukturwandel der 1990er-Jahre eine kollektive Erfahrung, die hier auf VHS in einer individuellen Sichtweise fixiert wurde. Im Modus möglicher Nähe zu den Betroffenen von Deindustrialisierung, jedoch aus professioneller Perspektive, dokumentierten die Filmemacher CHRISTOPH HÜBNER (Witten) und GABRIELLE VOSS (Witten) in ihrer Langzeitdokumentation „Prosper/Ebel“ (1979 begonnen) vor allem die mit der Schließung der Zechen im Ruhrgebiet einhergehenden sozialen Veränderungen. Der in diesem Jahr veröffentlichte letzte Teil „Vom Ende eines Zeitalters“ wurde ausschnittsweise auch zur Tagung unter Anwesenheit der Schaffenden gezeigt. In Ihrem begleitenden Vortrag erläuterte BRITTA HARTMANN (Bonn) den starken Raumbezug, der im Fokus auf ein klar umrissenes Soziotop die enge Verschränkung von Leben und Arbeit einfange. Die Nähe zu den Protagonisten, die auch als Vertreter bestimmter sozialer Typen fungierten, unterstreiche die Verweigerung der Filmschaffenden gegenüber einer monografischen Erzählung. Stattdessen versuchten sie auf dem schmalen Grat von kreativer Autonomie und emphatischer Begleitung den Beobachteten ihre Dokumentation als Medium der Selbstverständigung anzubieten.

In der ersten Tagungssektion wurde deutlich, dass die vorgestellten Visualisierungsformen verschiedenen Intentionen folgen und Mittel sowohl persönlich-individueller, gruppenbezogener als auch politischer Erkenntnisprozesse sein können. Die Frage nach dem Standort ist indes auf die Gesamtheit der Bild- und Textautoren auszudehnen. Wo sie im Transformationsprozess verortet sind, welchem Interesse sie folgen und welcher sozialer Gruppe sie angehören ist von hoher Aussagekraft für die Funktion und die Ebene ihres Reflektierens. In Foto und Film werden beide Pole des Spannungsfeldes von sachlicher Dokumentation und künstlerischer Reflexion bedient. Vorgestellte Beispiele zeigten „Montanregionen im Umbruch“ und die Langzeitfolgen bergbaulicher Praxis mit ihren jeweiligen eigenzeitlichen Spezifika (STEFAN MOITRA (Bochum)).

Das Potenzial bildkünstlerischer Reflexion stand im zweiten Panel zur bildenden Kunst im Zentrum. Die Vorträge nahmen Bezug auf künstlerische Positionen, die zu ihrem Gegenstand – der bergbaulichen Veränderung von Landschaft und Sozialgefüge – in unterschiedlichem Maß auf ästhetische Distanz gingen, ihre Erscheinungen problematisieren oder auf ein identitätsstiftendes Moment zuspitzen. So werden topografische Eigenheiten und die Historizität von Montanregionen deutlich, wie beispielsweise die Darstellung von Hügellandschaften in der Sammlung Erzgebirgische Landschaftskunst. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts setzten Künstler sie

zwischen den Polen von Identitätsstiftung und Heimatzerstörung ins Bild (DEBORAH WEISE (Oelsnitz)). Über die Darstellungs- und visuelle Vermittlungsfunktion hinausgehend, greifen die von SYLVAINÉ HÄNSEL (Münster) thematisierten Haldenobjekte im Ruhrgebiet in der Tradition der land art direkt ins Landschaftsgeschehen ein. Als Landmarken kennzeichnen sie bergbaulich veränderte Landschaftsphysiognomien und würden oftmals selbst den Prozess der Veränderung, das Verhältnis von Zeit und Raum, aufgreifen. Die Überlegungen LUKAS SCHEPERS (Gelsenkirchen) zum Werk des Arbeiterkünstlers Manfred Szejstecki führten auf paradigmatische Weise die Kontaktzone von Bergbau und Kunst, wissenschaftlicher und arbeitspraktischer Expertise einerseits und kreativer Reflexion andererseits vor Augen: als ehemaliger Steiger begleitete Szejstecki die Nordwanderung des Ruhrbergbaus in dreidimensional angelegten technischen Zeichnungen, die eine räumliche Orientierung ermöglichen sollten. Seine dem Informationsprimat unterworfenen, detailgenauen Raumdarstellungen stehen seinen späteren bildlichen Übersetzungen künstlerischer Raum- und Zeiterfahrung gegenüber, die sowohl abstrahierend und symbolisierend als auch markscheiderisch-präzise Transformation abbilden. GRIT RUHLAND (Leipzig) und FRIDA TELLER (Leipzig) wiederum erkundeten mit Methoden künstlerischer Forschung die individuelle Wahrnehmung und Wirkung von Bergbaufolgelandschaften jeweils mit einer deutlichen Zukunftsperspektive. Bildende Kunst, die landschaftlich und gesellschaftlich wirksame Transformationsprozesse der Bergbauindustrie visualisiert, ermöglicht – jenseits dokumentarischer Methoden – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft (gleichzeitig) sichtbar zu machen. Werke ganz unterschiedlicher Qualität vermitteln Einsichten in subjektiv geprägte Erfahrungs- und Vorstellungswelten zu einem bestimmten Zeitpunkt und können umgekehrt als Quelle des in seiner fortschreitenden bergbaulichen Transformationsprozesses historisiert und befragt werden.

Die sich durch die Tagung ziehende Frage nach den medialen Besonderheiten des Verhandeln über bergbautransformierte Landschaften wurde erneut virulent angesichts ihrer literarischen Bearbeitung. Dem Medium Literatur wurde eine bestimmte Elastizität zugesprochen, mit der Raum und Zeit imaginiert werden könnten (KATJA STOPKA (Potsdam)). Anders als bei Techniken der Visualisierung wird in der linearen Qualität von Sprache Entwicklung und Prozesshaftigkeit detailliert beschreibbar und insofern Transformation anhand einzelner Sonden ausgeleuchtet. Am Beispiel der Resurrektion Aurora – der Neubelebung des Areals um eine Halde der Wismut AG bei Ronneburg – verdeutlichte MICHAEL OSTHEIMER (Berlin) unterschiedliche Modi des erzählerischen Zusammenhangs von Raum und Zeit: über erdgeschichtliche Zusammenhänge hinweg (Wolfgang Hilbig), als Teil einer familiengeschichtlichen Erzählung (Linn Penelope Micklitz) oder poetischen Imagination verschwundener Orte (Lutz Seiler). Den engen Zusammenhang vom Erzählen einer Landschaft in Transformation als Problemgeschichte und den sozialen Auswirkungen des langsamen Sterbens der kohlebasierten wirtschaftlichen Monostruktur im Ruhrgebiet schilderte ARNOLD MAXWILL (Dortmund) in seinen Abbruchgeschichten.¹ Die von ihm vorgestellten Erzählungen, u.a. von Horst Krüger und Jörg Sator, konzentrierten sich dabei auf die Darstellung der Erosion sozialer Zusammenhänge, individueller Erfahrung oder kollektiver Natur mit einem jeweils eigenen Narrativ. Unter dem Leitbild der Romantik führte MARTIN EHLER (Jena) erzählerische und darstellende Verhandlungen der Bergbaulandschaften zusammen: Wolfgang Hilbigs „Die Kunde von den Bäumen“ (1991) und Wolfgang Mattheuers „Oh, Caspar David ...“ (1975) bedienten sich jeweils romantischer Motive, die die Krisenhaftigkeit des Mensch-Natur-Verhältnisses beschrieben. Bergbaulandschaft würde jeweils als zusammenbrechende Landschaft sowie eine Landschaft des Übergangs porträtiert und als Nicht-Landschaft ästhetisiert.

Seite B 88 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Den deutlich werdenden Schwerpunkt der Tagung auf ostdeutschen Bergbau(folge)landschaften betonte der abschließende Vortrag von STEFFEN RICHTER (Berlin). Mit seinem Blick auf das zwischen Dresden und Chemnitz liegende Freiberg, eine Stadt mit jahrhundertelanger Bergbautradition und Standort der Bergakademie (Technische Universität), brachte er das Thema der Tagung auf eine aktuelle wie gesellschaftspolitische Ebene. Den lokal starken Zuspruch für antidemokratische Bewegungen (Alternative für Deutschland und Freie Sachsen) führte er sowohl auf strukturelle Bedingungen des Umbruchs nach 1989/90 sowie einer den Nationalismus und Patriotismus nährenden Regionalidentität in der Montanregion Erzgebirge zurück. Die nach wie vor durchgeführten Montagsdemonstrationen erscheinen dabei als „zusammenhanglos geisternde Zeitkapseln“, die der kommunikativen Einbindung bedürften.

Trotz der zeitlichen und medialen Rahmensetzung und Konzentration auf Bergbaulandschaften zeigte die Tagung vor allem die Vielzahl und Komplexität analytischer Anschlussmöglichkeiten. Die Vortragenden wie Organatoren – letztere zusammengebunden im Forschungsverbund „Wert der Vergangenheit“ – etablierten jeweils verschiedene Strategien und Analyseinstrumente. Das vor allem in der Abschlussdiskussion formulierte Plädoyer für eine Schärfung der Begriffe richtete sich einerseits auf den in aller Munde geführten Begriff der Transformation, der hier bezogen auf unterschiedliche Phänomene gesellschaftlicher wie landschaftlicher Herkunft benutzt wurde. Im Kern beschrieb er, so merkten MICHAEL FARRENKOPF (Bochum) und STEFAN MOITRA (Bochum) an, das gesamtdeutsch relevante und regional unterschiedlich verlaufende Phänomen einer umfassenden Deindustrialisierung. Dennoch mussten bei aller Kontinuität des Wandels historische Brüche weiterhin berücksichtigt werden (TORSTEN MEYER (Bochum)).

Anschließend an das Spannungsfeld von Kontinuität und Zäsur sollte auch das Konzept der Eigenzeitlichkeit – im Verlauf der Tagung verwandt sowohl als ästhetisches Konzept als auch zur Charakterisierung bestimmter historischer Prozesse – als Analyseinstrument präzisiert werden (MICHAEL OSTHEIMER (Berlin)). M. E. würde sich auch eine nähere Betrachtung des Bildbegriffs eignen, der sich sowohl auf bildliche als auch erzählerische Methoden der Landschafts- und Gesellschaftsreflexion erstrecken kann.² Werden jeweils Bilder als Momentaufnahmen erzeugt oder steht die Prozesshaftigkeit sozialen Wandels im Vordergrund, wie sie beispielsweise in Film und Erzählung differenziert aufgefächert werden?

Die von den Organatoren lancierte ost-westdeutsche Vergleichsebene zeigte ein Ungleichgewicht hinsichtlich der Beitragsdichte zugunsten des ostdeutschen Uran- und Braunkohlenbergbaus. Deutlich wurde auch eine auf dem Gebiet der ehemaligen DDR liegende stärkere Fokussierung auf die visuelle, landschaftsbezogene Ebene der Deindustrialisierung, wohingegen für das Ruhrgebiet eher Phänomene sozialer Transformation thematisiert wurden. Die politisch bedingte jeweilige Eigenzeitlichkeit der regional wirksamen Deindustrialisierung würde in einem systematischen Vergleich der Bergbaufolgelandschaft- und Gesellschaft in ehemals Ost und West zum Tragen kommen (STEFFEN RICHTER (Berlin)).

Es ist ein Verdienst der Tagung Landschaft als einen zentralen Ort der Deindustrialisierung und nachbergbaulichen Gestaltung in den Fokus zu rücken. Deutlich wurde zudem, dass neben die Perspektive auf Zerstörung und Verlust auch zukunftsorientierte Narrative von Wissensgewinn und Inwertsetzung treten. Dokumentarische Methoden wie kreative und künstlerische Aneignungsprozesse landschaftlicher und sozialer Transformation zeigen aus unterschiedlichen Perspektiven, wie Transformation wahrgenommen und verarbeitet wird, vielleicht auch wie sie bewältigt werden kann.

Konferenzübersicht:

Michael Farrenkopf (Bochum) / Corinne Geering (Leipzig) / Torsten Meyer (Bochum),
Stefan Przigoda (Bochum) / Katja Stopka (Potsdam): Einführung: Programmatik und Ziele

Sektion 1: Fotografie / Film

Achim Saupe (Potsdam): Panel 1.1 Moderation

Oxana Gourinovitch (Berlin): Bilder des Unsichtbaren. Fotografische Zeugnisse in
künstlerischer Auseinandersetzung mit Hinterlassenschaften der sowjetisch-deutschen
Bergbaugesellschaft Wismut

Andrew Demshuk (Washington): Das lange Sterben von Breunsdorf bei Leipzig:
Zerstörung, Ausgrabung und die Schaffung eines Vermächtnisses der Wendezeit

Olaf Tietz (Görlitz): Geologische Dokumentationen im Braunkohlentagebau Berzdorf
(Oberlausitz, Ostdeutschland) – Wissenschaftliche Gebrauchsfotographie zwischen 1995
und 2005

Stefan Przigoda (Bochum): Panel 1.2 Moderation

Brigitte Rigaux-Pirastru (Angers): Die Wismut: Filmische Darstellungen und Erinnerungen
im Wandel nach der Wende

Alexander Wagner (Wuppertal): „OBWOHL ICH KEIN PROFI BIN...“. Amateurfilm als
Medium der Bewältigung von Transformation (im Braunkohlenbergbau Mitteldeutschlands)

Britta Hartmann (Bonn): „PROSPER/EBEL“: Die dokumentarische Langzeitstudie als
Zugang zur Alltagsgeschichte von Bergarbeiterfamilien im Ruhrgebiet

Stefan Moitra (Bochum): Kommentar Sektion 1

öffentliche Veranstaltung im Kino „Metropolis“ im Hauptbahnhof Bochum

Christoph Hübner (Witten) / Gabrielle Voss (Witten): „Vom Ende eines Zeitalters“ – Der
Abschluss des PROSPER/EBEL-Zyklus (1978–2023) aus Sicht der Filmemacher

Sektion 2: Bildende Kunst

Michael Farrenkopf (Bochum): Panel 2.1 Moderation

Hannah Wellpott (Cottbus): Zwischen Präsenz und Absenz. Künstlerische Perspektiven
auf tagebaubedingte Ortsdevastierungen

Deborah Weise (Oelsnitz): Künstlicher Hübel in gewachsener Landschaft. Eine
Untersuchung zum Motiv der „Halde“ in der Sammlung Erzgebirgische Landschaftskunst

Lukas Schepers (Gelsenkirchen): Vom Grubengebäude zum Bergbaupanorama. Zur
Entwicklungsgeschichte der Landschaftsbilder Manfred Szejsteckis

Torsten Meyer (Bochum): Panel 2.2 Moderation

Seite B 90 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Sylvaine Hänsel (Münster): Halden und Landmarken: Kunst als Sinnstiftung

Andrea Geldmacher (Chemnitz): Detektivarbeit. Ein kulturwissenschaftlicher Blick auf eine Objektgruppe der Wismut-Kunstsammlung

Grit Ruhland (Leipzig): Vom Index zum Symbol? Zeichen des ostdeutschen Uranbergbaus

Alexia Pooth (Potsdam): Kommentar Sektion 2

Sektion 3: Literatur

Katja Stopka (Potsdam): Panel 3.1 Moderation

Arnold Maxwill (Dortmund): Kein Nullsummenspiel. Knapper Rückblick zum „langen Abschied“ von der Ruhrkohle (in der Literatur)

Kerstin Stüssel (Bonn): Nachbergbau: Montanindustrielle Transformationen in DDR- und Post-Ost-Literatur und -Film

Podiumsdiskussion mit Impulsreferaten

Katja Stopka (Potsdam) / Michael Farrenkopf (Bochum): Moderation

Frida Teller (Leipzig): Ich wurde neben einem Loch geboren – Spuren und Abwesenheiten verschiedener Zeitlichkeiten im Mitteldeutschen Braunkohlerevier

Michael Knauth (Ehrenfriedersdorf) / Betina Meißner (Ehrenfriedersdorf): Ehrenfriedersdorfer Bergbau – Inspirationsquelle zeitgenössischer Künstler:innen

Sektion 3: Literatur

Katja Stopka (Potsdam): Panel 3.2 Moderation

Michael Ostheimer (Berlin): Die Arche am Atomteich. Montane Erinnerungslandschaften in der ostdeutschen Literatur (Wolfgang Hilbig, Clemens Meyer, Linn Penelope Micklitz, Lutz Seiler)

Martin Ehrlert (Jena): Nicht-Landschaften – Der Tagebau als ästhetische Kontroverse bei Wolfgang Hilbig und Wolfgang Mattheuer

Corinne Geering (Leipzig): Panel 3.3 Moderation

Silvio Dittrich (Dresden): Die Kunstsammlung der Wismut als Beleg für Veränderung und Transformation?

Karl Traugott Goldbach (Kassel): Engel über 1000 Feuern – Zechenstilllegungen in Liedern von Gerhard Gundermann und Rudy Cash

Steffen Richter (Berlin): „Glück auf“ statt „Freundschaft“. Postindustrieller Strukturwandel und Nachwende-Transformation in der Bergbauregion Freiberg

Erhard Schütz (Berlin): Kommentar Sektion 3

Anmerkungen:

1 So lautet der geänderte Titel des Vortrags.

2 Vgl. Gottfried Boehm, Die Sichtbarkeit der Zeit. Studien zum Bild in der Moderne (Eikones), Paderborn 2017; Hans Belting / Dietmar Kamper (Hrsg.), Der zweite Blick. Bildgeschichte und Bildreflexion, Paderborn 2000.

Zitation

Isabell Schmock-Wieczorek, Tagungsbericht: *Geschichten und Bilder von ost- und westdeutschen Bergbaulandschaften seit den späten 1980er Jahren. Zur eigenzeitlichen Transformation von Montanindustrien aus künstlerischer Perspektive*, In: H-Soz-Kult, 06.07.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-144930.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) „In aller Munde und vor aller Augen?“ Die Wahrnehmung des Widerstandes gegen das NS-Regime in achtzig Jahren

„In aller Munde und vor aller Augen?“ Die Wahrnehmung des Widerstandes gegen das NS-Regime in achtzig Jahren. XXXVI. Königswinterer Tagung

Organisatoren

Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V.; Jakob-Kaiser-Stiftung e.V.
Bonn

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

16.02.2024 - 18.02.2024

Von

Vaneh Andresian / Daniel E.D. Müller / Gabriel Peter Weiß, Universität Bonn

In den achtzig Jahren seit dem Attentat vom 20. Juli 1944 haben sich Begriffe und Symbole des Widerstands gegen den Nationalsozialismus tief ins kollektive Gedächtnis der Bundesrepublik eingegraben und gelegentlich eine populäre, unkritische Verwendung erfahren: Ob der „Aufstand des Gewissens“, das „andere Deutschland“, das „geheime Deutschland“ oder die „Wirmer-Flagge“ – in acht Jahrzehnten wurden Begriffe, Symbole und Erinnerungsformen des Widerstands immer wieder aus ihrem ursprünglichen Bedeutungskontext herausgelöst, neu konnotiert und nicht selten völlig umgedeutet. Die 36. Königswinterer Tagung untersuchte diese Wahrnehmungen und (Um-)Deutungen des Widerstands in drei Sektionen: Die erste untersuchte prägende Begriffe des Widerstandes auf Herkunft, Bedeutung und Missbrauch; die zweite Sektion analysierte die unmittelbaren Folgen des Widerstandes für die verwitweten Ehefrauen und Angehörigen, sowohl unter nationalsozialistischer Herrschaft wie im zunächst wenig freundlichen bundesrepublikanischen Umfeld, als auch in dem Versuch, diese historischen Episoden als nachgestellte Erfahrungen via Social Media für ein modernes Publikum aufzubereiten. Und die dritte Sektion beleuchtete schließlich die „sichtbare“ Seite des Widerstands in umstrittenen Denkmälern, der Optimismus verbreitenden „Victory“-Geste Churchills sowie der gegenwärtigen Renaissance und missbräuchlichen Verwendung der im Kontext christlichen Widerstands entworfenen „Wirmer-Flagge“.

Seite B 92 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Den Auftaktvortrag hielt BENIGNA VON KRUSENSTJERN (Göttingen). Sie ging auf Fehlannahmen und Missverständnisse rund um den deutschen Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur ein. Zunächst schilderte sie, wie viele dieser Missverständnisse noch in nationalsozialistischem Kontext entstanden waren und durch eine Kultur des Schweigens in der frühen Bundesrepublik perpetuiert worden seien. Die Referentin identifizierte zehn konkrete Missverständnisse und erklärte beispielsweise, der deutsche Widerstand sei sehr viel weniger zersplittert gewesen als gemeinhin angenommen. Zwar hätten die Widerstandsgruppen sehr darauf geachtet, jeweils möglichst wenig von sich wissen zu lassen, doch trotzdem hätte es viele persönliche Kontaktpunkte zwischen den Widerstandsgruppen gegeben. Dieses heute noch anzutreffende Missverständnis besitze seine Wurzeln in der nationalsozialistischen Propaganda, die ein Interesse daran gehabt hätte, den Widerstand als möglichst klein und zersplittert darzustellen.

Den Auftakt in die erste Sektion unternahm HANS-CHRISTOF KRAUS (Passau) in seiner Analyse von Ursprung und Wirkung der Wendung des „geheimen Deutschland“. Dabei führte der Referent aus, wie der Begriff im Verlauf des 20. Jahrhunderts drei verschiedene Bedeutungsebenen durchlaufen habe: Die erste sei primär ästhetischer Natur gewesen und habe sich auf den Kreis um Stefan George bezogen, der sich als Nukleus einer Gegenbewegung zu der als materialistisch empfundenen Gegenwart verstanden hätte. Nachdem George sich im Ersten Weltkrieg politisiert habe, hätte auch der Begriff eine Politisierung durchlaufen und sei in Weimarer Zeiten einhergegangen mit dem Glauben an einen der neuen Generation entspringenden „Führer“ und „Retter“ Deutschlands, wobei sich George stets dagegen gewehrt habe, diese Person schon in den 1930er Jahren mit Hitler zu identifizieren. Schließlich habe sich der Begriff ein drittes Mal nach dem Tod des Dichters gehäutet und sei nach dem Zerfall des Kreises schließlich als Chiffre für einen Gegenentwurf zum NS-Unrechtsstaat aufgestiegen und habe seine finale Manifestation im „Eid“ der Hitler-Attentäter vom 20. Juli 1944 gefunden. Kraus schloss damit, dass Stauffenbergs letzter, im genauen Wortlaut umstrittener Ausruf unmittelbar vor seiner Exekution im Berliner Bendler-Block sich wohl auf das „geheime“ und nicht das „heilige Deutschland“ bezogen habe.

Ebenfalls am Samstagvormittag erläuterte WINFRIED HEINEMANN (Potsdam/Berlin) die Bezugnahme auf das Gewissen in verschiedenen Kreisen des Widerstandes. Zu Beginn seines Vortrags definierte der Referent das Gewissen grundlegend und hob dessen Facettenreichtum hervor, der sich in moralischen, ethischen, philosophischen, religiösen und juristischen Dimensionen des Begriffs nicht erschöpfe. Im ersten Teil seines Vortrags widmete er sich den Quellen, die sich mit der Gewissensfrage vor 1945 im Denken der Widerstandskämpfer beschäftigten, während er im zweiten Teil die Nachkriegszeit behandelte. In einigen Fällen habe sich das Gewissen als treibende Kraft für die Entscheidung zum Widerstand erwiesen, während es in anderen Fällen sogar eher als Hindernis wirkte, da manche Widerstandskämpfer einen Tyrannenmord aus Gewissensgründen abgelehnt hätten. Von einer alleinigen Motivation der Umsturzpläne vom 20. Juli 1944 als einem „Aufstand des Gewissens“ könne also keine Rede sein. Im Übrigen sei der Begriff wohl eher eine Schöpfung der Nachkriegszeit.

Die erste Sektion beschloss CHRISTOPH STUDDT (Bonn) mit seiner Analyse der Bedeutungs- und Rezeptionsgeschichte der Wendung vom „anderen Deutschland“, die spätestens seit den 1946 unter diesem Titel posthum erschienenen Tagebüchern Ulrich von Hassells immer wieder als Leitgedanke des Widerstands auftauche. Dabei habe der Begriff in den Tagebüchern selbst aber nur eine sehr geringe Rolle gespielt und sei erst nach der Ermordung von Hassells zum Titel gemacht worden. Dazu gehe die Wendung dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus zeitlich deutlich voraus, sei er doch als Titel

Seite B 93 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

einer pazifistischen Zeitung schon in der Weimarer Republik geläufig gewesen. Ab 1937 sei die Wendung dann in Kreisen sozialdemokratischer deutscher Exilanten in Südamerika wieder aufgetaucht und nach Kriegsende dann von deutschen Pazifisten in Bundesrepublik und DDR rezipiert, aber nur zum Teil mit dem Widerstand verbunden worden. In Frankreich beispielsweise gelte die DDR als das „andere Deutschland“. Den Begriff als Synonym für den deutschen Widerstand zu nutzen, laufe also fehl, er bedürfe zumindest einer historischen Kontextualisierung, da nicht einmal alle Exilanten, auch wenn sie sich auf das „andere Deutschland“ bezogen hätten, als Teil des Widerstands bezeichnet werden könnten.

Die zweite Sektion zu unmittelbaren Folgen des Widerstands und seiner heutigen Popularisierung eröffnete am Samstagnachmittag BARBARA LIER (Köln), die in ihrem Vortrag den Umgang des Regimes mit den Angehörigen des 20. Juli nach dem Scheitern des Umsturzplans beleuchtete. Dabei widmete sie sich zunächst den Männern des 20. Juli, dann aber vor allem den Ehefrauen, den Familien sowie den Kindern und schließlich der Zeit nach dem Kriegsende. Besonders tragisch habe sich die Situation für die Ehefrauen gestaltet, die über die Umsturzpläne aus Sicherheitsgründen oft gar nicht informiert gewesen seien. Dennoch habe es seltene Fälle gegeben, in denen ganze Familien in die Vorbereitungen involviert gewesen seien. Einige der Hinterbliebenen hätten sich nach dem Scheitern des Attentats dazu gezwungen gesehen, die Rolle der „ahnungslosen Ehefrau“ zu spielen, um Schaden von ihren Familien abzuwenden. Dieses aus der Not geborene Bild der unwissenden Ehefrau habe die spätere Rezeption der Ereignisse geprägt und Eingang in Bücher und Filme erhalten.

BENJAMIN BURTZ (Bonn) eröffnete seinen Vortrag über die rezeptionsgeschichtlichen Nachwirkungen des „Kölner Kreises“ mit der Beobachtung, dass die Frauen dieser Gruppierung eher als Einzelkämpferinnen agierten und keinen einer verschwörerischen Gruppe vergleichbaren Organisationsgrad erreicht hätten. Durch nähere Betrachtung von Einzelpersonen wie Elisabeth Groß, Grete Letterhaus und Christine Teusch wurde deutlich, wie sie im Verborgenen Widerstand leisteten, ihre Männer unterstützten und sich trotz der widrigen Umstände der Nachkriegszeit, die oft von Armut und Isolation geprägt gewesen seien, für deren Erbe eingesetzt hätten. Burtz arbeitete heraus, wie die Frauen im Widerstand nicht über dieselben Ressourcen wie Militärangehörige verfügt hätten, was ihre Handlungen und ihren Widerstand in einem neuen Licht erscheinen lassen müsse.

Der Vortrag von ANASTASIA STELMACH (Münster) beantwortete die Frage, welchen Beitrag soziale Medien zur Pflege des kollektiven Gedächtnisses leisten können. Die Referentin vertrat die Ansicht, dass die Zukunft der Erinnerungskultur untrennbar mit der Auseinandersetzung mit sozialen Medien verbunden sein werde. Den Schwerpunkt ihrer Betrachtungen legte die Referentin auf das Instagram-Projekt „@ichbinsophiescholl“, das versucht hatte, das Leben der jungen Widerstandskämpferin Sophie Scholl anhand von Briefen und Aufzeichnungen für die Plattform aufzuarbeiten und durch eine Schauspielerin fiktional darstellen zu lassen. Stelmach erläuterte nicht nur die positiven Aspekte des Projekts, wie die hohe Reichweite und die Förderung des Interesses junger Menschen an Widerstandsthemen, sondern auch die Kritikpunkte, wie insbesondere die Herausforderung, Realität und Fiktion aufgrund fehlender Quellenangaben voneinander unterscheiden zu können und dieses Defizit hinreichend kenntlich zu machen.

Die letzte Sektion zur sichtbaren Seite des Widerstands eröffnete ANTJE WARTHORST (Konstanz) in ihrer Analyse der symbolträchtigen „Victory“-Geste Churchills bzw. deren grafischer Nutzung in zeitgenössischen Karikaturen des Künstlers Walter Trier. Trier, der vor allem für die Illustrationen von Erich Kästners Kinderbüchern bekannt ist, habe 1936 wegen seiner jüdischen Abstammung und der Veröffentlichung von NS-kritischen

Karikaturen aus Deutschland fliehen müssen. Im britischen Exil habe Trier dann für das British Ministry of Information gearbeitet, das seine Karikaturen als Instrumente der psychologischen Kriegsführung eingesetzt habe. Seine beiden satirischen Reihen, „V for Victory“ und „Nazi German in 22 Lessons“, seien dann als „Flyer“ von britischen Flugzeugen über dem Deutschen Reich abgeworfen worden.

JOSEF BLOTZ (Bonn) präsentierte die Ergebnisse seiner Dissertation zur Rezeption des Widerstandes durch das Medium Denkmal. Insbesondere seit den 1980er Jahren hätten Denkmäler eine zunehmende Beachtung erfahren, begleitet von Diskussionen über eine erweiterte Auffassung von Widerstand sowie einer demokratischen Erinnerungskultur. Der Referent plädierte für einen dialogischen Ansatz bei der Gestaltung von Denkmälern, der einen Diskurs nicht nur national, sondern auch zwischen verschiedenen Völkern ermöglichen solle. Die Relevanz von Widerstandsdenkmälern in Bildungseinrichtungen sei groß, weshalb Blotz vorschlug, Widerstandsfiguren aktiv in den Schulunterricht zu integrieren. Der Referent plädierte dafür, Denkmäler nicht nur ästhetisch ansprechend zu gestalten, sondern sie vor allem dazu zu nutzen, Wissen über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus und die Erinnerung an ihn an kommende Generationen weiterzugeben.

Die Sektion beschloss MARIA-MAGDALENA KÖHLER (Frankfurt am Main) mit ihrem Vortrag, der die Geschichte der „Wirmer-Flagge“ rekonstruierte. Der katholisch geprägte Josef Wirmer, so die Referentin, habe sich für den von ihm gewünschten Neuanfang Deutschlands nach Hitler auf das vernunftorientierte Naturrecht bezogen, für das die christliche Ideenlehre die zentrale Referenzgröße gewesen sei. Seine Vision eines Staates auf ideell-christlicher Grundlage spiegele dann auch seine Gestaltung der Flagge mit den Farben Schwarz-Rot-Gold und dem Kreuz als Symbol für eine unveräußerliche Menschenwürde wider. Nachdem die Flagge nach Kriegsende in Vergessenheit geraten sei, sei sie in den 1960er Jahren von politischen Parteien wiederbelebt worden. Ihre jüngste Instrumentalisierung durch populistische Gruppen, darunter auch die populistische Protestbewegung „Pegida“, zeige jedoch eine problematische Vereinnahmung, die den ideengeschichtlichen Entstehungskontext der Flagge nicht berücksichtige und sie gar in einen ihm entgegenstehenden neuen Bedeutungszusammenhang hineinzwänge. Es bestehe die wissenschaftliche und journalistische Pflicht, so die Referentin, über diese unterschiedlichen Bedeutungskontexte aufzuklären.

Eine Abschlussdiskussion rundete die Tagung ab, in der die wesentlichen Erkenntnisse gebündelt wurden: Zentrale Wendungen, Begriffe, Symbole und Gesten, die heute geradezu als Erinnerungsorte des Widerstands gelten, besaßen, wie in den Beispielen des „anderen Deutschlands“ und des „geheimen Deutschlands“, nicht nur ihrer Verwendung im Widerstand deutlich vorausliegende Bedeutungsgeschichten, sondern wurden mitunter, wie im Beispiel der „Wirmer“-Flagge, in ihrem gegenwärtigen Verständnis geradezu umgedeutet. In den acht Jahrzehnten seit dem Attentats- und Umsturzversuch vom Juli 1944, so die Debatte, hätten sich semantische Sedimente mit verschiedenen Deutungsschichten gebildet, durch die es zu den eigentlichen historischen Phänomenen vorzudringen gelte. Weiterhin seien einige Wendungen erst *ex post* mit dem Widerstand assoziiert worden, die dieser zeitgenössisch nicht oder nicht in dieser Weise im Munde geführt hätte. Obgleich vor aller Augen, so das Fazit der Abschlussdiskussion, sagten die Wahrnehmungen des Widerstandes in Deutschland immer auch etwas über die Zeiten aus, die sie erst mit dem Widerstand in Verbindung gebracht hätten.

Konferenzübersicht:

Abendvortrag

Benigna von Krusenstjern (Göttingen): Widerstand und Missverständnis. Über den schwierigen Umgang mit dem deutschen Widerstand gegen das NS-Regime

Sektion I: Prägende Begriffe des Widerstandes – Herkunft, Bedeutung, Missbrauch

Hans-Christof Kraus (Passau): Das „Geheime Deutschland“ und der deutsche Widerstand

Winfried Heinemann (Potsdam/Berlin): Der „Aufstand des Gewissens“

Christoph Studt (Bonn): Das „andere Deutschland“

Sektion II: Unmittelbare Folgen des Widerstandes und heutige Popularisierung

Barbara Lier (Köln): Der Umgang mit den Angehörigen der Widerstandskämpfer

Benjamin Burtz (Bonn): Die Frauen des „Kölner Kreises“ in der Zeit des Nationalsozialismus und der frühen Bundesrepublik

Anastasia Stelmach (Münster): Widerstandsvermittlung in Social Media – @ichbinsophiescholl

Sektion III: Die sichtbare Seite des Widerstandes

Antje Warthorst (Konstanz): „V for Victory“ – Walter Triers grafischer Widerstand

Josef Blotz (Bonn): Steinerne Zeugen und/oder unbequeme Erinnerung – Denkmäler des Widerstandes

Maria-Magdalena Köhler (Frankfurt am Main): Die wechselhafte Geschichte eines vergessenen Symbols – die sogenannte „Wirmer-Flagge“

Zitation

Daniel E.D. Müller / Gabriel Peter Weiß / Vaneh Andresian, Tagungsbericht: „In aller Munde und vor aller Augen?“ Die Wahrnehmung des Widerstandes gegen das NS-Regime in achtzig Jahren, In: H-Soz-Kult, 24.07.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-145436.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Herschels Erbe: Zur Geschichte des Protestes eines jüdischen Teenagers während des Nationalsozialismus und ihrer Bedeutung für aktuelle erinnerungskulturelle Zusammenhänge

Organisatoren

Christina Morina, Chair of Contemporary History, Bielefeld University; Yevgen Bruckmann / Jasper Köster / Moritz Y. Meier / Vanessa Walter, curation team "Herschel's Legacy", Bielefeld University 33615 Bielefeld

Fand statt Hybrid

Vom - Bis

31.10.2023 -

Url der Konferenzwebsite

<https://www.uni-bielefeld.de/fakultaeten/geschichtswissenschaft/abteilung/arbeitsbereiche/zeitgeschichte/veranstaltungen/workshops-und-konferenzen/>

Von

Alexandra Bandl, Leibniz Institute for Jewish History and Culture – Simon Dubnow, Leipzig

The conference "Herschel's Legacy," which took place at Bielefeld University on October 31, 2023, was innovative in two respects. First, it is the first academic conference devoted exclusively to the biography of Herschel Grynszpan. Second, it aimed to combine academic research with public commemoration. The goal of the conference was to discuss a draft for a museum exhibition on the biography of the German-Polish-Jewish teenager with scholars from various disciplines. Grynszpan's name is inextricably linked with the assassination of German diplomat Ernst Eduard vom Rath in Paris on November 7, 1938, and the pogroms that followed throughout the German Reich.

A few days before his assassination attempt, Grynszpan's parents, along with 15,000 to 17,000 Jews of Polish nationality, were deported to the German-Polish border. This so-called *Polenaktion* of October 1938 was a pivotal event that preceded Grynszpan's assassination of vom Rath and had a direct personal impact on him and his family. The curators argue that looking at Grynszpan's biography not only reveals the dramatic increase in anti-Jewish violence and how it affected the Jews. This approach also sheds light on the way in which hatred of the Jews functioned as a central factor in the politics of the National Socialists.

On the evening of the assassination attempt, the first riots against Jews began, which were still limited to certain regions. However, two days after the shooting, when vom Rath succumbed to his wounds, the violence escalated. From 9 November 1938, the German leadership unleashed a series of pogroms against the Jewish population in Germany, in annexed Austria, and in areas of the recently incorporated Sudetenland in Czechoslovakia. The German government wanted to make clear from the outset that vom Rath's assassination was not simply an attack on Germany due to its increasingly brutal policies toward the Jews. Rather, according to Nazi propaganda, it was a plot instigated by the world's Jewry against all the gentiles in order to take over the world. The assassination provided the German government a convenient pretext to retaliate against the alleged global Jewish conspiracy that was accused of coordinating Grynszpan's act. Nonetheless, the perception of Grynszpan as the catalyst for the pogroms persists to this day.

The November pogroms marked an important turning point for the Nazi state. There had been physical attacks on Jews before, but from now on the violence was to be directed by the state. Thus, it was only the alliance between the Nazi state and the mob in the streets that made possible the greatest act of public violence against all Jews in Germany and the annexed territories before the Shoah.¹ For the Jewish community, this was an existential shock that led to an unprecedented wave of emigration. Described by Dan Diner as "the catastrophe before the catastrophe," the November pogroms heralded the end of the German-Jewish era that dated back to the Enlightenment.

Seite B 97 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

The "Herschel's legacy" conference was opened by CHRISTINA MORINA (Bielefeld), who hosted the event as Chair of the Faculty of Contemporary History at Bielefeld University. She stressed the importance of finding new perspectives at the intersection of historical research and remembrance, all the more so after the massacres of October 7. The introduction was followed by a keynote address by JONATHAN KIRSCH (Los Angeles). Kirsch provided an overview of the current state of research on Herschel Grynszpan, highlighting his role as a controversial figure in the past and present. Throughout his lecture, Kirsch explored the complexity of Grynszpan's motivations. The young man closely followed events affecting Jews through the Yiddish press and explained his motive as resistance to the atrocities being committed against his people.

Finally, despite his role as "perhaps the most enigmatic" and "best documented" victim of the Shoah, Kirsch emphasized the need for further research. Although Grynszpan's story has faded from public memory, his significance as a symbol of Jewish resistance is relevant. Both his own motives and the Jewish reactions to his actions are important subjects of study. His biography also serves as an example of the experiences and limits of belonging of Eastern Jews in Germany.

After the keynote, the curators presented a current draft of the exhibition concept. The curatorial team consists of four students from four different disciplines and is a collaboration between the Liberal Jewish Community of Hanover and Bielefeld University. The multi-layered and complex biography of Herschel Grynszpan – a German-Polish, working class, Zionist, and religiously observant young adult – poses a huge potential for an exhibition on Jewish resistance and how it can be remembered publicly. The planned exhibition tries to explore the issue from different perspectives, using a variety of sources and illustrative texts.

The personality of the young assassin was judged and evaluated very differently at the time and in historiography after 1945. To what extent can the historiography be linked to contemporary judgments about Grynszpan, and does it itself now qualify as a historical source? Dealing with the abundance of materials and possible topics, the curators propose to highlight two particularly important contours: the understanding of antisemitism and the challenges of public remembrance. The goal is to reflect thoughtfully on Grynszpan's biography without over-identifying or heroizing him. Following the presentation of the exhibition concept, the curators asked the experts in history and museum education present to share their insights and engage in discussions to enhance the proposed project with their input.

The lively and controversial discussions drew on many of the curation team's ideas. The first panel focused on the exhibition in the mirror of historiographical debates with NICOLAS BERG (Leipzig), ISABELLA DILL (Munich), and KATRIN STOLL (Warsaw). The panel was moderated by Gaëlle Fisher from Bielefeld. In his presentation, Nicolas Berg discussed an article written in 1957 by the West German historian Helmut Heiber, entitled "Der Fall Grünspan," which was published in the renowned "Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" of the Institute for Contemporary History in Munich. In this context, Isabella Dill clarified which documents Heiber relied on when researching his article. By using the exact same title, Heiber directly quotes a report from "Der Völkische Beobachter", published by Goebbels in mid-November 1938. It is also noteworthy that Heiber, in the course of his research on the "Grynszpan case", exclusively interviewed former perpetrators such as propaganda officer Wolfgang Diewerge or the National Socialist lawyer Friedrich Grimm. This documentation of the early historiography of the Federal Republic thus serves as an example of the first attempts to study recent German history, while avoiding notions of responsibility and guilt. This is all the more remarkable given that Jewish historians of the Holocaust have been accused by the same people of lacking objectivity. The decision to use former Nazi Functionaries as a reference for the reconstruction of the events surrounding Grynszpan deserves closer examination, as Berg argues.

Throughout Heiber's article, Grynszpan is referred to by his full name, "Herschel Feibel Grünspan or Grynszpan". The use of his full name emphasizes his Jewishness, which in turn attempts to imply a criminal nature. It reads as if the "real causes" of the November pogroms were already contained in the name: Grynszpan himself, not German antisemitism, was to blame for the outbreak of violence. Thus, Heiber's presentation of Grynszpan's case seems to divide Jews into innocent victims and those who deserved their fate, failing to recognize the irrational nature of the insidious defamations.

Seite B 98 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Rather, Heiber suggests that there were indeed criminals who deserved to die, ignoring the fact that Jews, regardless of who they were, were viewed by official propaganda as enemies of humanity who had to be destroyed.

As an intervention, Katrin Stoll points out the importance of including Polish historiography: Antisemitism in Poland and the complex background of the *Polenaktion* must also be taken into account. As a German-Polish Jewish teenager who took up arms in protest against his parents' deportation to Poland, Grynszpan's story is an important gateway to a more empathetic understanding of the context. The different spellings of the surname and the name changes not only shed light on the limits of acculturation in Western European societies. Like Grynszpan, many Jews were forced to flee to neighboring France after their situation in Germany rapidly deteriorated. Pressuring neighboring countries with forced emigration was also intended to export Jew-hatred, since the stateless and dispossessed newcomers were seen as a burden.

The second panel approached the exhibition concept from a curatorial and museum educational perspective, and included RANDI BECKER (Passau), JENS BINNER (Hannover), and JANIS LUTZ (Berlin). Konstantin Seidler served as moderator. The panel's observations touched upon several critical aspects of *Erinnerungskultur*, narrative construction, and the role of museums in educating and engaging the public. The consensus from the various contributions to the curatorial concept underscores the complexity involved in curating exhibitions, especially when dealing with historical content. As Randi Becker pointed out, this complexity is rooted in the need to find a balance between idealism and pragmatism, ensuring that the exhibition planning is not constrained by practical limitations such as space, funding or resources. Moreover, these discussions highlight the importance of engaging with history in a manner that is both accessible and resistant to misinterpretation or instrumentalization.

Above all, the question of re-contextualization and re-problematization arose in this context. The November pogroms and their significance for the fate of German Jews should play an important role. Nevertheless, the exhibition needs to emphasize that Grynszpan's action was prompted by the *Polenaktion*, as Janis Lutz agreed with the curators. Thus, biographical stages should be presented less in chronological order and more attention should be paid to how personal experience intersects with historical events. Jens Binner emphasized the relevance of the biographical approach for the recipients of the exhibition. The following question is therefore of central importance: What was the motive behind this young man's plan to murder a German diplomat?

Finally, LAURA CAZÉS (Frankfurt am Main) and VERA KALLENBERG (Bielefeld) provided a critical commentary on the symposium. Laura Cazés pointed out, the exhibition project ties in with the present development of more self-determined Jewish representation in public discourses. Grynszpan is just one example of many Jewish resistance fighters who have always played a role in Jewish historiography, but have long gone unnoticed outside of that context. Cazés emphasized that Jews were by no means defenseless victims, without overestimating the scope for action in the face of the catastrophe. The challenge of balancing the presentation of Grynszpan as an individual with the collective experience of Jewish resistance and persecution remains a central concern, as Vera Kallenberg highlighted. Another challenge is to present his actions and life story without falling into the trap of over-identification or heroization. This requires a careful approach that honors Grynszpan's personal history and choices while also considering the broader historical context.

By including expert voices from various fields and critically discussing their concept on various levels, the curators were able to create a remarkable foundation for further examination of the topic. The conference provided a thought-provoking platform to gain a deeper insight into the historiography of Herschel Grynszpan and to engage with a promising exhibition concept in the making. Both the complexity of the exhibition concept and the controversial nature of the subject matter were reflected in the lively discussions. In particular, the complexity of Grynszpan's life and its significance for Shoah education were highlighted in both the historiographical debates and the curatorial perspectives. The conference aimed to not only initiate further research projects but also to enrich the discussion on *Erinnerungskultur* within the specialized field of museum education.

Seite B 99 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Conference overview:

Christina Morina (Bielefeld): Greetings and introduction to the keynote

Jonathan Kirsch (Los Angeles): On the Historiography of Herschel Grynszpan

Yevgen Bruckmann (Bielefeld) / Jasper Köster (Bielefeld) / Moritz Y. Meier (Bielefeld) / Vanessa Walter (Bielefeld): Herschel's Legacy. An exhibition concept

Panel I: The exhibition in light of historiographical debates

Nicolas Berg (Leipzig) / Isabella Dill (Munich) / Katrin Stoll (Warsaw)

Moderation: Gaëlle Fisher (Bielefeld)

With an open discussion

Panel II: The exhibition in light of historical-political education, museum education and curation

Randi Becker (Passau) / Jens Binner (Hanover) / Janis Lutz (Berlin)

Moderation: Konstantin Seidler (Hanover)

With an open discussion

Concluding comments

Laura Cazès (Frankfurt am Main) / Vera Kallenberg (Bielefeld)

With an open discussion

Notes:

¹ Raphael Gross, November 1938. Die Katastrophe vor der Katastrophe, München 2013.

² Dan Diner, Die Katastrophe vor der Katastrophe. Auswanderung ohne Einwanderung, in: Dirk Blasius / Dan Diner (eds.), Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, Frankfurt am Main 1991, S. 138–160.

<https://www.uni-bielefeld.de/fakultaeten/geschichtswissenschaft/abteilung/arbeitsbereiche/zeitgeschichte/veranstaltungen/workshops-und-konferenzen/>

Zitation

Alexandra Bandl, Tagungsbericht: *Herschels Erbe: Zur Geschichte des Protestes eines jüdischen Teenagers während des Nationalsozialismus und ihrer Bedeutung für aktuelle erinnerungskulturelle Zusammenhänge*, In: H-Soz-Kult, 23.07.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-145402.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 72 (2024), 7/8

Berlin 2024: [Metropol Verlag](#)

Erscheint monatlich

<https://metropol-verlag.de/produkt/zeitschrift-fuer-geschichtswissenschaft-72-jg-heft-7-8-2024/>

96 Seiten

Preis Jahresabonnement (Inland): € 136,00; Einzelheft: € 14,00

ISSN [0044-2828](#)

Redaktion

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)

Berlin

c/o

Technische Universität Berlin Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin Redaktion Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) Kaiserin-Augusta-Allee 104-106 10553 Berlin Mitglieder: Friedrich Veitl (verantwortl. Redakteur), veitl@metropol-verlag.de Redaktion: Friedrich Veitl (verantwortlich), Frédéric Bonnesoeur, Kolja Buchmeier, Lara Raabe, Detlev Kraack, Swen Steinberg, zfg@metropol-verlag.de Verlagsadresse: Metropol Verlag, Ansbacher Str. 70, 10777 Berlin

Von

Friedrich Veitl

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

72. Jahrgang 2024, Heft 7/8

Inhaltsverzeichnis

ARTIKEL

Uli Schöler: Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg. Der Beitrag des „Revisionisten“ Eduard David (Teil 1) S. 595–615

Alexandra Przyrembel: *Doing Wealth* und der neue Superreichtum um 1900. Wissen, Medien, soziale Praxis S. 616–633

Leon Julius Biela: „Ein Machtfaktor in der nationalen Bewegung“. Wilhelmshaven als Fallbeispiel für den Kolonialrevisionismus vor Ort S. 634–655

REZENSIONEN

Allgemeines

Hans-Jürgen Pandel: Geschichtsdenken. Grundzüge einer fachspezifischen Methodik. Frankfurt a. M. 2024 (Bea Lundt) S. 656

Georg Eckert/ Thorsten Beigel: Geschichte der Demokratie. Von der Antike bis in unsere Zeit. Göttingen 2023 (Matthias Willing) S. 658

Altertum · Mittelalter

Michael Sommer: Volkstribun. Die Verführung der Massen und der Untergang der Römischen Republik. Stuttgart 2023 (Hendrik Müller) S. 660

Bruno Bleckmann/Carlo Scardino: Panegyrische Zeitgeschichte des 4. und 5. Jahrhunderts. Paderborn 2023

Bruno/Bleckmann/Barbara Court/Antonia Knöppges: Profane Geschichtsschreibung des ausgehenden 4. und frühen 5. Jahrhunderts. Paderborn 2023 (Raphael Brendel) S. 661

Rudolf Simek: Dämonen, Teufel, Hexenglaube. Böse Geister im europäischen Mittelalter. Wien/Köln 2023 (Thomas Krzenck) S. 663

Neuzeit · Neueste Zeit

Adam Bisno: Big Business and the Crisis of German Democracy. Liberalism and the Grand Hotels of Berlin, 1875–1933. Cambridge 2024 (Florian G. Mildenberger) S. 665

Jenny Sprenger-Seyffarth: Kriegsküchen in Wien und Berlin. Öffentliche Massenverpflegung und private Familienmahlzeit im und nach dem Ersten Weltkrieg. Bielefeld 2023 (Tim Feind) S. 667

Michael Grüttner: Ausgegrenzt. Entlassungen an den deutschen Universitäten im Nationalsozialismus. Biogramme und kollektivbiografische Analyse. Berlin/Boston 2023 (Bernward Dörner) S. 669

Mary Fulbrook: Bystander Society. Conformity and Complicity in Nazi Germany and the Holocaust. Oxford 2023 (Kolja Buchmeier) S. 671

David Kertzer: Der Papst, der schwieg. Die geheime Geschichte von Pius XII., Mussolini und Hitler. Freiburg 2023 (Ralf Retter) S. 673

Cornelius Bormann: Die Grunewald-Gefährten. Freunde im Widerstand gegen Hitler. Hamburg 2023 (Horst Thum) S. 674

Frank-Lothar Kroll/Rüdiger von Voss (Hrsg.): Für Freiheit, Recht, Zivilcourage. Der 20. Juli 1944. Berlin 2020

Mario H. Müller: Fabian von Schlabrendorff. Ein Leben im Widerstand gegen Hitler und für Gerechtigkeit in Deutschland. Berlin 2023 (Peter Steinbach) S. 676

Alex J. Kay: Das Reich der Vernichtung. Eine Gesamtgeschichte des nationalsozialistischen Massenmordens. Freiburg 2023 (Klaus-Peter Friedrich) S. 678

Seite B 102 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Tim Buchen/Maria Luft (Hrsg.): Breslau/Wrocław 1933–1949. Studien zur Topographie der Shoah. Berlin 2023 (Benjamin Conrad) S. 680

Egon Krenz: Gestaltung und Veränderung. Erinnerungen. Berlin 2023 (Matthias Dohmen) S. 682

Mia Berg/Christian Kuchler (Hrsg.): @ichbinsophiescholl. Darstellung und Diskussion von Geschichte in Social Media. Göttingen 2023 (Ricarda Singh) S. 684

Zitation

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 72 (2024), 7/8. , In: *H-Soz-Kult*, 15.07.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145377.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Berichte zur Wissenschaftsgeschichte – History of Science and Humanities 47 (2024), 1–2

Titel der Ausgabe

Berichte zur Wissenschaftsgeschichte – History of Science and Humanities 47 (2024), 1–2

Zeitschriftentitel

[Berichte zur Wissenschaftsgeschichte – History of Science and Humanities](#)

Weiterer Titel

Forscher in wissenschaftlichen und öffentlichen Erinnerungskulturen. Konjunkturen und Transformationsprozesse

Weinheim 2024: [Wiley-VCH Verlag](#)

Erscheint 4 issues per year

<https://onlinelibrary.wiley.com/toc/15222365/2024/47/1-2>

ISBN 0170-6233 (Print), 1522-2365 (Online)

170 Seiten

ISSN [0170-6233 \(Print\)](#), [1522-2365 \(Online\)](#)

Kontakt

Berichte zur Wissenschaftsgeschichte – History of Science and Humanities

c/o

Prof. Dr. Kärin Nickelsen, Historisches Seminar der LMU, Wissenschaftsgeschichte, Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München; +49 (0) 89 / 2180-5508; E-Mail:

K.Nickelsen@lmu.de

Von
Dominik Knaupp

Berichte zur Wissenschaftsgeschichte / History of Science and Humanities is devoted to the history of science in the broad German sense of the term "Wissenschaft": The journal is open to national and international original articles on all areas of the history of science and humanities, and neighboring subjects and thereby strives to contribute to an integrated history that encompasses the natural sciences as well as the humanities and the social sciences.

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Forscher in wissenschaftlichen und öffentlichen Erinnerungskulturen. Konjunkturen und Transformationsprozesse (S. 7-26)

<https://doi.org/10.1002/bewi.202300024>

Thorsten Halling, Anne Oommen-Halbach

Beiträge

Waldorf, Montessori und Pestalozzi-Hype? – Schulnamen im Spiegel der Geschichte der Pädagogik (S. 27 -45)

<https://doi.org/10.1002/bewi.202300020>

Sebastian Engelmann, Katharina Weiland

Transformation von Gedächtnis zwischen wissenschaftlicher Rezeption und Popularisierung: Die posthume Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Janusz Korczak (S. 46-76)

<https://doi.org/10.1002/bewi.202300022>

Anne Oommen-Halbach, Thorsten Halling

Gelehrte als Identifikationsfiguren? Vom Umgang mit fachkultureller Erinnerung in medizinischen Fächern (S. 77-105)

<https://doi.org/10.1002/bewi.202300018>

Matthis Krischel, Julia Nebe, Timo Baumann

Die Robert-Rössle-Straße in Berlin-Pankow. Zum Streit um die ehrende Erinnerung an einen „relativ belasteten“ Pathologen in der NS-Zeit (S. 106-127)

<https://doi.org/10.1002/bewi.202300021>

Thomas Beddies

Erinnerungskulturen in den Wissenschaften – eine Frage hegemonialer Narrative? (S. 128-150)

<https://doi.org/10.1002/bewi.202300019>

Felicitas Söhner

Ehren und Erinnern (re-)konstruieren – ein Kommentar. (S. 151-170)

<https://doi.org/10.1002/bewi.202300027>

Alexander Pinwinkler

Seite B 104 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Zitation

Berichte zur Wissenschaftsgeschichte – History of Science and Humanities 47 (2024), 1–2. , In: *H-Soz-Kult*, 12.07.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145307.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (2024), 7

Berlin 2024: [Blätter Verlag](http://www.blaetter-verlag.de)

Erscheint monatlich

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/juli>

128 Seiten

Preis Jahresabo € 93,60; ermäßigt € 74,40; Auslandszuschläge auf Anfrage; Einzelheft € 11,00 (zzgl. Versand)

ISSN [0006-4416](http://www.issn.org/0006-4416)

Kontakt

Institution

Blätter für deutsche und internationale Politik

Berlin

c/o

Blätter-Redaktion Berlin: Anne Britt Arps, Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Steffen

Vogel Online-Redaktion: Tessa Penzel Torstraße 178 10115 Berlin Tel. 030/3088 3640

Fax 030/3088 3645

Von

Anne Britt Arps

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Juli-Ausgabe der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ ist erschienen.

In ihr analysiert Yuval Noah Harari, warum die Verteidigung des Völkerrechts gegen den russischen Imperialismus auch im Interesse nichtwestlicher Mächte ist. Steven Levitsky und Daniel Ziblatt warnen vor halbloyalen Demokraten, die den Feinden der Demokratie Tür und Tor öffnen. Christian Stöcker zeigt, wie die Fossilobby unsere Zukunft aufs Spiel setzt. Steffen Mau beleuchtet die Fallstricke der ostdeutschen Identität. Daphne Weber plädiert für eine neue antifaschistische Zukunftserzählung Europas. Und Ruth Hoffmann dekonstruiert den Mythos vom „Stauffenberg-Attentat“.

Weitere Themen im Juli: Deutschland schwarz-blau – und unregierbar?, Kampf um die Richtung: Europa nach der Wahl, Macrons gefährliches Kalkül, Schrittweise salonfähig: Rechtsextreme in den Niederlanden, Die AfD, Lateinamerika und die globale Rechte,

Seite B 105 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Georgisches Aufbegehren – gegen die prorussische Oligarchie, Syrien, Ukraine, Israel: Bewährungsprobe für das Völkerstrafrecht, Iran: Erst die Scheinwahl, dann die Thronfolge, Modis Indien: Der ausgebremste Wahlsieger u.v.m.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre „Blätter“-Redaktion

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/juli>

Inhaltsverzeichnis

KURZGEFASST

Yuval Noah Harari: Die Wiederkehr des Imperialismus. Warum gerade nichtwestliche Staaten das Völkerrecht verteidigen sollten, S. 51-56

Die imperiale Nostalgie Wladimir Putins erschüttert derzeit die globale Ordnung. Bricht sie zusammen, werden vor allem die Schwächsten leiden – und das weltweit, analysiert der Historiker Yuval Noah Harari. Gerade auch nichtwestliche Mächte sollten sich daher für das Völkerrecht einsetzen, in ihrem eigenen Interesse. Nur wenn Russland in der Ukraine gestoppt werde, lasse sich ein neues Zeitalter des Imperialismus verhindern.

Felix Heidenreich: Macrons gefährliches Kalkül. Die extreme Rechte vor dem Wahlsieg?, S. 57-63

Mit seiner Ankündigung, die Nationalversammlung aufzulösen und Neuwahlen auszurufen, wollte der französische Präsident Emmanuel Macron den bei der Europawahl siegreichen Rassemblement National überrumpeln und die Reihen der demokratischen Parteien gegen rechts schließen. Doch angesichts der wachsenden Zustimmung zur Ultrarechten könnte diese Taktik nach hinten losgehen, befürchtet der Politikwissenschaftler Felix Heidenreich. Nun droht ein Wahlkampf mit völlig offenem Ausgang.

Steven Levitsky und Daniel Ziblatt: Die Banalität des Autoritarismus. Wie halbloyale Demokraten die Demokratie zerstören, S. 65-74

Weltweit gerät die Demokratie in Bedrängnis und reüssieren autoritäre Kräfte. Begünstigt wird deren Aufstieg durch „halbloyale Demokraten“, so die Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt – etablierte Politiker, die sich scheinbar an demokratische Spielregeln halten, Gewalt und antidemokratischen Extremismus aber tolerieren. Damit ebnen sie den Weg für die schrittweise Zerstörung der Demokratie – allzu oft mit weitgehend legalen Mitteln.

Christian Stöcker: Einlullen, verschleiern, Zweifel säen. Wie die Fossilobby unsere Zukunft gefährdet, S. 75-84

Der Wechsel zu erneuerbaren Energien ist unabdingbar, um die Klimakrise zu entschärfen – trotzdem verdient die Erdölindustrie weiterhin Milliarden. Der Journalist und Psychologe Christian Stöcker zeigt, wie fossile Energiekonzerne und ihre Helfer mit Desinformationen und Lobbyismus die Energiewende verzögern, mit katastrophalen Folgen. Dabei sind die technischen Mittel für eine nachhaltige Zukunft längst vorhanden.

Seite B 106 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Niklas Franzen und Ulli Jentsch: Isoliert und doch vernetzt: Die AfD, Lateinamerika und die globale Rechte, S. 85-92

Nicht erst seit der Europawahl befindet sich die Rechte im Aufwind, verbrüdernd sich rechte Parteien zunehmend auch global. Während die spanische Vox mit großen Events die Vernetzung mit Lateinamerika vorantreibt, bleibt die AfD hier weitgehend außen vor. Dabei verfügt sie durchaus über Netzwerke zu rechten Kräften auf dem Subkontinent, wie die Journalisten Niklas Franzen und Ulli Jentsch aufzeigen. Noch aber bleiben diese meist sporadischer Natur und abhängig von persönlichen Beziehungen.

Steffen Mau: Oststolz und Osttrotz. Die Fallstricke der ostdeutschen Identität, S. 93-102

Nach der Wiedervereinigung galt die ostdeutsche Identität als eine aussterbende Art. Doch heute ist sie lebendiger denn je, wie die Wahlergebnisse zeigen. Notwendig sei eine stärkere Rolle von Ostdeutschen im gesamtdeutschen Diskurs, allerdings ohne ihre Positionen identitätspolitisch zu überhöhen, fordert der Soziologe Steffen Mau – auch um die Instrumentalisierung der Ostidentität durch die AfD zurückzudrängen..

Daphne Weber: Für eine europäische Linke ohne Scheuklappen. Zur Aktualität des Manifests von Ventotene, S. 103-110

Wo bleiben die aktuellen Ideen zur Gestaltung eines linken Europas? Während die Rechten mit ihren Vorstellungen eines „Europas der Vaterländer“ bei der EU-Wahl enormen Zulauf verzeichnen konnten, fehlt es der politischen Linken an Glaubwürdigkeit, argumentiert die Kulturwissenschaftlerin Daphne Weber. Sie erinnert an das „Manifest von Ventotene“ von 1942, einen frühen linken Entwurf des europäischen Föderalismus, und plädiert für eine neue antifaschistische Zukunftserzählung Europas.

Ruth Hoffmann: Zurechtgebogen und geplündert. Die Instrumentalisierung des Widerstands vom 20. Juli 1944, S. 111-122

Viele Deutsche halten das Attentat Claus Schenk Graf von Stauffenbergs auf Adolf Hitler für das wichtigste Ereignis des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime. Die Journalistin Ruth Hoffmann zeichnet nach, wie der „Aufstand des Gewissens“ seinen festen Platz im öffentlichen Bewusstsein erlangte. In ihrer Analyse rechter, konservativer und adliger Geschichtserzählungen dekonstruiert sie den Mythos vom „Stauffenberg-Attentat“ und entlarvt dieses als ein instrumentelles Narrativ, das mehr der Konstruktion eines „kollektiven Alibis“ dient als einer kritischen Selbstreflexion.

Inhaltsverzeichnis

KOMMENTARE

Kampf um die Richtung: Europa nach der Wahl von Steffen Vogel, S. 5

Deutschland schwarz-blau – und unregierbar? von Albrecht von Lucke, S. 9

Schrittweise salonfähig: Rechtsextreme in den Niederlanden von Tobias Müller, S. 13

Georgisches Aufbegehren – gegen die prorussische Oligarchie von Zaal Andronikashvili, S. 17

Iran: Erst die Scheinwahl, dann die Thronfolge von Katajun Amirpur, S. 21

Seite B 107 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Modis Indien: Der ausgebremste Wahlsieger von Antje Stiebitz, S. 25

Sri Lanka: Krieg bis zum bitteren Ende von Sowmya Maheswaran und Karin Zennig, S. 29

Venezuela: Maduro vor der Abwahl? von Tobias Lambert, S. 33

Syrien, Ukraine, Israel: Bewährungsprobe für das Völkerstrafrecht von René Wildangel, S.37

ANALYSEN UND ALTERNATIVEN

Die Wiederkehr des Imperialismus. Warum gerade nichtwestliche Staaten das Völkerrecht verteidigen sollten von Yuval Harari, S. 51-56

Macrons gefährliches Kalkül. Die extreme Rechte vor dem Wahlsieg? von Felix Heidenreich, S. 57-63

Die Banalität des Autoritarismus. Wie halbloyale Demokraten die Demokratie zerstören von Steven Levitsky und Daniel Ziblatt, S. 65-74

Einlullen, verschleiern, Zweifel säen. Wie die Fossilobby unsere Zukunft gefährdet von Christian Stöcker, S. 75-84

Isoliert und doch vernetzt: Die AfD, Lateinamerika und die globale Rechte von Niklas Franzen und Ulli Jentsch, S. 85-92

Oststolz und Osttrotz. Die Fallstricke der ostdeutschen Identität von Steffen Mau, S. 93-102

Für eine europäische Linke ohne Scheuklappen. Zur Aktualität des Manifests von Ventotene von Daphne Weber, S. 103-110

Zurechtgebogen und geplündert. Die Instrumentalisierung des Widerstands vom 20. Juli 1944 von Ruth Hoffmann, S. 111-122

DEBATTE

Auf einem Auge blind: Deutsche Medien und der Gazakrieg von Daniel Bax, S.41

KOLUMNE

US-Rechtsstaat: Alarmstufe Rot von Dahlia Lithwick und Norman Ornstein, S.45

AUFGESPIESST

»Heil Hitler toujours« von Jan Kursko, S. 64

BUCH DES MONATS

Der Große Reset von Ika Sperling, S. 125

EXTRAS

Kurzgefasst, S. 49

Dokumente, S. 123

Zurückgeblättert, Impressum, Autoren und Autorinnen, S. 128

Zitation

Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (2024), 7. , In: *H-Soz-Kult*, 08.07.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145133.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

**04) Neue Politische Literatur. Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft
69 (2024), 1**

Wiesbaden 2024: [Springer VS](#)

3 Ausgaben pro Jahr

150 Seiten

Preis€ 36,45

ISSN [0028-3320](#)

Kontakt

Neue Politische Literatur. Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft
64283 Darmstadt, Residenzschloss 1

c/o

**Redaktion:* Dr. Volker Köhler, Nadja Häckel*

Telefon +49 (0)6151/16-57330

Fax +49 (0)6151/16-57464

Von

Redaktion Neue Politische Literatur TU Darmstadt, TU Darmstadt, Institut für Geschichte,
Redaktion „Neue Politische Literatur“

Inhaltsverzeichnis Jg. 69 (2024), 2

Inhaltsverzeichnis

Essays

Wolfgang Schieder

„Völkische Politik“ – Eine empirische Untersuchung der nationalsozialistischen Siedlungspolitik von Alexa Stiller

1

Martin Lutz

An Avoidable Dependency? Russian Gas and German Complacency in the History of East–West Energy Relations

10

Nikolai Häußermann

Mustafa Hamid: al-Qaidas „wichtigster Historiker“ oder verzerrender Propagandist und Ideologe?

34

Einzelrezensionen

THEORIEN UND METHODEN DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT

Kevin Liggieri

Simon, Zoltán Boldizsár/Deile, Lars (Hrsg.): Historical Understanding. Past, Present, and Future

59

Wolfgang Schieder

Hoffmann, Stefan-Ludwig: Der Riss in der Zeit. Kosellecks ungeschriebene Historik

62

Wolfgang E. J. Weber

Xylander, Cheryce von/Nordmann, Alfred (Hrsg.): Vollendete Tatsachen. Vom endgültig Vorläufigen und vorläufig Endgültigen in der Wissenschaft

66

Björn Onken

Hack, Achim Thomas/Ries, Klaus (Hrsg.): Geschichte zum Aufkleben. Historische Ereignisse im Spiegel deutscher Briefmarken

68

Urs Lindner

Moses, A. Dirk: Nach dem Genozid. Grundlage für eine neue Erinnerungskultur, übers. v. David Frühauf

71

EPOCHENÜBERGREIFENDE STUDIEN

Helge Wendt

Aldrich, Robert/Stucki, Andreas: The Colonial World. A History of European Empires, 1780s to the Present

74

Seite B 110 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Andreas Seifert

Mühlhahn, Klaus: Geschichte des modernen China. Von der Qing-Dynastie bis zur Gegenwart

77

Klaus-Peter Friedrich

Lustig, Jason: A Time to Gather. Archives and the Control of Jewish Culture

80

Andreas Fahrmeir

Hughes, Michael L.: Embracing Democracy in Modern Germany. Political Citizenship and Participation, 1871–2000

83

Jürgen Osterhammel

Maier, Charles S.: The Project-State and Its Rivals. A New History of the Twentieth and Twenty-First Centuries

86

19. JAHRHUNDERT

Wolfram Siemann

Kreutzmann, Marko: Föderative Ordnung und nationale Integration im Deutschen Bund 1816–1848. Die Ausschüsse und Kommissionen der Deutschen Bundesversammlung als politische Gremien

89

20. JAHRHUNDERT

Sebastian Elsbach

Pomplun, Jan-Philipp: Deutsche Freikorps. Sozialgeschichte und Kontinuitäten (para)militärischer Gewalt zwischen Weltkrieg, Revolution und Nationalsozialismus

92

Reiner Tosstorff

Hartmann, Anne/Müller, Reinhard (Hrsg.): Tribunale als Trauma. Die Deutsche Sektion des Sowjetischen Schriftstellerverbands. Protokolle, Resolutionen und Briefe (1935–1941)

95

Klaus-Peter Friedrich

Balint, Ruth: Destination Elsewhere. Displaced Persons and Their Quest to Leave Postwar Europe

98

Dietrich Thränhardt

Sparschuh, Olga: Fremde Heimat, fremde Ferne. Italienische Arbeitsmigration in Turin und München 1950–1975

101

Christof Dipper

Döpking, Lars: Fiskalische Herrschaft. Steuern, Staat und Politik in Italien seit 1945

104

Seite B 111 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Rainer Möhler

Grimm, Dieter: Die Historiker und die Verfassung. Ein Beitrag zur Wirkungsgeschichte des Grundgesetzes

108

Peter Steinbach

Ludwig, Felix: Prediger der Demokratie. Die Deutsche Hochschule für Politik und die politische Bildung in West-Berlin (1949–1972/74)

111

Thorsten Holzhauser

Kapczynski, Jennifer M./Kita, Caroline A. (Hrsg.): The Arts of Democratization. Styling Political Sensibilities in Postwar West Germany

116

21. JAHRHUNDERT

Bastian Sendhardt

Vetter, Reinhold: Polen im 21. Jahrhundert. Angekommen im europäischen Gemeinwesen – oder unterwegs auf nationalistischen Sonderwegen?

119

POLITIKWISSENSCHAFT

Tatjana Schönwälder-Kuntze

Schneider, Ulrich Johannes: Foucault im Hörsaal. Über das mündliche Philosophieren

122

Rolf Rieß†

Erbe, Günter: Nicolaus Sombart. Utopist, Libertin, Dandy

125

Ulrich Thiele

Manow, Philip: Nehmen, Teilen, Weiden. Carl Schmitts politische Ökonomien

128

Urs Marti-Brander

Heidberger, Bruno: Mit Hannah Arendt Freiheit neu denken. Gefahren der Selbstzerstörung von Demokratien

132

Annika Klein

Mix, Andreas: Die Ambivalenz des Geheimnisses. Zum Verhältnis von Demokratie und Öffentlichkeit

135

Stefan Messingschlager

Leese, Daniel/Shi, Ming (Hrsg.): Chinesisches Denken der Gegenwart. Schlüsseltexte zu Politik und Gesellschaft

138

Seite B 112 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Matthias Stepan
Economy, Elizabeth C.: The World According to China
141

Stephan Ruderer
Welp, Yanina: The Will of the People. Populism and Citizen Participation in Latin America
144

Ralf Ahrens
Wansleben, Leon: The Rise of Central Banks. State Power in Financial Capitalism
146

Mandana Biegi
Vries, Henning de: Die Strafverfolgung internationaler Verbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof. Eine Rekonstruktion ihrer Struktur in der Weltgesellschaft
149

Zitation

Neue Politische Literatur. Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft 69 (2024), 1. , In: H-Soz-Kult, 04.07.2024, <www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145152>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) Zeitschrift für Genozidforschung 22 (2024), 1

Titel der Ausgabe
Zeitschrift für Genozidforschung 22 (2024), 1

Zeitschriftentitel
[Zeitschrift für Genozidforschung. Zeitschrift des Instituts für Diaspora- und Genozidforschung der Ruhr-Universität Bochum](#)

Weiterer Titel
Tötungssinn

Weilerswist 2024: [Velbrück Wissenschaft](#)
Erscheint halbjährlich

<http://www.idg.rub.de/publikationen/zfg.html.de>

ISBN 978-3-95832-365-0

172 Seiten
Preis 39,90

ISSN [1438-8332](#)

Kontakt

Zeitschrift für Genozidforschung. Zeitschrift des Instituts für Diaspora- und Genozidforschung der Ruhr-Universität Bochum

c/o

Dr. Medardus Brehl (verantwortlich), Institut für Diaspora- Genozidforschung an der Ruhr-Universität Bochum, D-44801 Bochum Tel.: +49 (0)234/32 29702, Fax: +49 (0)234/32 14770

Von

Medardus Brehl, Institut für Diaspora- und Genozidforschung, Ruhr-Universität Bochum

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, erschienen ist ein Heft der »Zeitschrift für Genozidforschung« mit dem Fokus »Tötungssinn«. Das Heft kann zu einem Preis von EUR 39,90 über den Buchhandel oder direkt über den Verlag (<https://www.velbrueck.de//>) bezogen werden.

Die Zeitschrift für Genozidforschung erscheint halbjährlich. Der Jahresbezugspreis beträgt EUR 79,80 Euro, das Einzelheft 39,90 Euro, incl. MWst., zzgl. Versandkosten. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, über die Veröffentlichung entscheidet ein peer-review Verfahren. Weitere Informationen zur Zeitschrift finden Sie auf unserer Homepage <https://www.idg.ruhr-uni-bochum.de/>

Aus dem Editorial:

Ob es eine angeborene »Tötungshemmung« beim Menschen gibt, ist umstritten. Sicher ist hingegen, dass eine entsprechende Werteerziehung die Mehrheit der Menschen zu eher friedfertigen Wesen macht, die eine grundsätzliche Aversion empfinden, ihre Mitmenschen zu töten. Dies gilt auch für Soldaten, die im Krieg keineswegs regelhaft eine intrinsische Motivation leitet, auf das Gegenüber zu schießen. Vielmehr gilt: Töten will gelernt sein. Wir brauchen einen guten Grund, um jemandem das Leben nehmen zu wollen und, mehr als das, wir müssen einen Sinn darin erkennen, jenes in allen Kulturen und Weltreligionen fundamentale Gebot zu missachten, das uns lehrt nicht zu töten.

Während es in vormodernen Gesellschaften häufig die religiösen Institutionen selbst waren, die die Missachtung des göttlichen Tötungsverbots mit einem ebenso göttlichen Sinn und Auftrag hinterlegten, nehmen in modernen Gesellschaften die politischen Ideologien jenen Ort ein, der das Töten oder Nicht-Töten sanktioniert. Sie sind zugleich derart starke Sinngeneratoren, dass sie es vermögen, weit über die Pflicht sich selbst und die Eigengruppe zu schützen hinaus, den Befehl als Auftrag zu empfinden, den Feind zu töten. Wenn zugleich starke Ungleichwertigkeitsideologien das politisch-ideologische Wertesystem leiten, dann kann das Töten nicht nur Pflicht und Auftrag sein, dann vermag es sogar Lust zu erzeugen, dann wird es zur Leidenschaft.

Mit dem Fokus »Tötungssinn« rücken die Beiträge des neuen Heftes der »Zeitschrift für Genozidforschung« die rahmenden, ermöglichenden oder reflexiven Sinnhorizonte kollektiver, vernichtender Gewalt in das Zentrum der Analysen. Dabei werden Aspekte der ideologisch-weltanschaulichen Selbstermächtigung und Mobilisierung, der zeitgenössischen wie historischen Deutung von Ereignissen kollektiver Gewalt oder der Perpetuierung und Fortsetzung von systematischen Massentötungen unter den Bedingungen der Systemerosion in der sogenannten »Endphase« des Dritten Reichs in den Blick genommen. Zudem gehen die Beiträge der Frage nach der Bedeutung von Egodokumenten und autobiographischen Zeugnissen für die Erzeugung eines Wissens

Seite B 114 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

über Völkermorde nach oder untersuchen die Modi der Reflexion von Holocaust und Genoziden in der politischen Bildung, der Toleranz- und der Menschenrechtserziehung.

Inhaltsverzeichnis

Artikel

Joana Krizanits:

Organized Mass Killings of Hungarian Jews deported to Kőszeg, Rechnitz and surrounding East Wall Forced Labor Camps 1944/1945 (9-80)

Andreas Eckl:

»Aus unseren Händen kommt kein Herero lebend«. Genozidale Mord(s)lust im Krieg gegen Herero 1904/05 (81-110)

Joachim Savelsberg:

Diaries and Bearing Witness of the Armenian Genocide: Micro-foundations of a Circle of Genocide Knowledge (111-134)

Adriana Krawiec:

Holocaust Education in Poland and the USA (135-154)

Rezensionen (155-171)

Autoren (172)

Zitation

Zeitschrift für Genozidforschung 22 (2024), 1. , In: *H-Soz-Kult*, 10.07.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145267.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Chilufim. Zeitschrift für Jüdische Kulturgeschichte 30 (2023)

Wien 2023: Phoibos-Verlag

Erscheint jährlich

ISBN 978-3-85161-308-7

91 Seiten

Abonnement für 1 Heft im Jahr € 19,90 (zzgl. Versand); Einzelheft: € 24,90 (zzgl. Versand)

ISSN 1817-9223

Kontakt

Institution

Chilufim. Zeitschrift für Jüdische Kulturgeschichte
5020 Salzburg

c/o

Zentrum für Jüdische Kulturgeschichte der Universität Salzburg Universitätsplatz 1 5020
Salzburg Österreich/Austria

Von

Margarete Heinz, Zentrum für Jüdische Kulturgeschichte, Universität Salzburg

Der Band 30/2023 enthält drei Aufsätze zu unterschiedlichen Themen der jüdischen Kulturgeschichte. Den Anfang macht ein Beitrag zu jüdischen Schreibergesetzen und Schreiberhandbüchern im 19. Jahrhundert. Ein zweiter Beitrag beschäftigt sich mit der Judenpolitik und dem Passwesen für Juden zur Zeit Maria Theresias anhand eines Judenpasses; und ein dritter Aufsatz thematisiert soziologische Aspekte jüdischer Israelis in Deutschland. Drei Rezensionen zu aktuellen Büchern runden den Band ab.

Inhaltsverzeichnis

INHALT

Aufsätze

KATHARINA HADASSAH WENDL: An(other) introduction to Jewish scribal laws. The proliferation of scribal handbooks in the 19th century (S. 1-22)

LOUISE HECHT: Maria Theresias Schutzjuden: der Pass des David Pincke aus Stampfen/Stupava (S. 23-50)

DANI KRANZ / UZI REBHUN: Conflated Fantasies, Collapsing Fantasies: On the Symbolic Capital of Israeli Jewish Migrants to Germany (S. 51-76)

Rezensionen

Eisele, Theresa: Szenen der Wiener Moderne. Drei Artefakte und ihre Vorstellungswelten des Jüdischen, Göttingen 2021 (SAMUEL WEIGEL) (S. 77-79)

Piechotka, Maria and Kazimierz: Oppidum Judaeorum. Jews in the urban space of the former Polish-Lithuanian Commonwealth, Warschau 2021

(ELISABETH HOFER) (S. 79-82)

Marx, Dalia: Durch das Jüdische Jahr, Leipzig 2021 (MELANIE LITTA) (S. 82-85)

Abstracts (S. 86-88)

Autorinnen und Autoren (S. 89-90)

Rezensentinnen und Rezensenten (S. 91)

ABSTRACTS

Katharina Hadassah Wendl: An(other) introduction to Jewish scribal laws. The proliferation of scribal handbooks in the 19th century

Seit jeher haben sich rabbinische Gelehrte über den Zustand der jüdischen Schreibpraxis beklagt. Bereits im Mittelalter versuchten jüdische Schriftgelehrte diese Situation zu verbessern, indem sie halachische Handbücher über jüdische Schreibergesetze verfassten. Bis zum frühen 19. Jahrhundert war jedoch kein Standardwerk für jüdische Schreibergesetze allgemein verfügbar. Danach ist jedoch ein neues Interesse an den jüdischen Schreibergesetzen und eine starke Zunahme von Schreiberhandbüchern zu beobachten.

Dieser Artikel analysiert die kulturellen und religiösen Entwicklungen, die zu diesem Interesse an jüdischen Schreibergesetzen und zur Verbreitung von Schreiberhandbüchern

im 19. Jahrhundert geführt haben. Indem ich die pädagogischen und strukturellen Absichten der Autoren untersuche, werde ich Überlegungen und Motivationen, die sie zum Verfassen dieser Handbücher veranlassten, darlegen und diskutieren.

Throughout the ages, rabbis have been complaining about the state of Jewish scribal practice. Already in the Middle Ages, rabbis and scribes attempted to improve this situation by writing halakhic guides on Jewish scribal laws. However, until the early 1800s, no standard work for Jewish scribal laws was widely available. In the 19th century, however, a new interest in Jewish scribal laws and a proliferation of scribal guides can be observed. This article analyses cultural and religious developments that led to this interest in Jewish scribal laws and a proliferation of scribal manuals in the 19th century. Investigating the authors' pedagogical and structural intentions, I will outline and discuss considerations and motivations that led them in writing these handbooks.

Louise Hecht: Maria Theresias Schutzjuden: Der Pass des David Pincke aus Stampfen/Stupava

Am 30. April 1748 stellte Maria Theresia dem jüdischen Münzlieferanten David Pincke aus Stampfen/Stupava (heute Slowakei) einen Pass aus, der seinem Inhaber problemloses Reisen durch die Gebiete der Habsburger Monarchie ermöglichte. Der 2007 im Maria-Theresien-Schlössl in der Stadt Salzburg aufgefundene Passbrief bildet den Ausgangspunkt dieser sozio-ökonomischen Studie. Vor dem Hintergrund von Ansiedlungsbedingungen sowie ökonomischen Möglichkeiten für Juden und Jüdinnen in der Habsburger Monarchie und deren Wirtschaftsgebarung während der Frühen Neuzeit werden die mariatheresianische Judenpolitik und die Entwicklung des frühneuzeitlichen Passwesens, insbesondere im Hinblick auf das Münzwesen, in den Blick genommen. Nach einem Close-Reading des Dokuments erfolgt die konkrete Verortung des Passinhabers unter Zuhilfenahme des methodologischen Instrumentariums von Mikrogeschichte.

On April 30, 1748 Maria Theresa issued a passport to the Jewish coin supplier David Pincke from Stampfen/Stupava (today Slovakia). This document enabled its holder to travel through the territories of the Habsburg Monarchy, unhampered by borders and costumes barriers. The passport that surfaced in 2007 in the Maria-Theresien-Schlössl in the city of Salzburg forms the starting point for this socio-economic study. The paper explores Jewish settlement patterns as well as economic opportunities and activities for Jews in the Habsburg Monarchy during the Early Modern period. Furthermore, the policy of Maria Theresa toward Jews and the early modern passport system, in particular with regard to Jews and coin minting, will be analyzed. Finally, a close reading of the document is followed by tracking the passport holder, recruiting the methodological instruments of microhistory.

Dani Kranz, Uzi Rebhun: Conflated Fantasies, Collapsing Fantasies: On the Symbolic Capital of Israeli Jewish Migrants to Germany

Die Anzahl von Israelis in Deutschland ist klein, die Mehrheit der israelischen Wohnbevölkerung geht auf Migrationsbewegungen zwischen den 2000ern und 2010ern zurück. Basierend auf soziodemografischen Daten, die wir im Rahmen des Projekts „The Migration of Israeli Jews to Germany since 1990“ (GIF 1186) ermittelt haben und ergänzt durch fortlaufende ethnografische Feldforschung, untersucht dieser Beitrag institutionelle Migrationsinfrastrukturen und ihre Intersektion mit sozialer Klasse. Israelis und Israelinnen der „kreativen Klasse“, die nach Berlin migrieren und dort leben, sind aufgrund spezifischer deutscher und israelischer Identitätsinvestments medial überrepräsentiert. Diese israelischen Jüdinnen und Juden dienen als Projektionsfläche; sie werden als Kontinuität der vertriebenen und ermordeten: Juden mit dem Bonus 'Israeli' interpretiert. Sie eignen

sich hervorragend als Fallstudie, um die deutsch/jüdisch/israelischen Beziehungen zu analysieren und die Intersektion von symbolisch israelischem und symbolisch jüdischem Kapital sowie dem symbolischen Kapital der „kreativen Klasse“ in Berlin und Deutschland zu untersuchen. Wir kommen zu dem Schluss, dass die „kreative Klasse“ für die institutionelle Infrastruktur zentral ist, diese Infrastruktur aber nicht nachhaltig ist und dass die von uns herausgearbeitete Intersektion die soziale Ungleichheit vor Ort verstärkt.

The number of Israelis in Germany is rather small, most of this current volume owes to movements between the mid-2000s to the mid-2010s. Drawing on socio-demographic research conducted within the framework of “The Migration of Israeli Jews to Germany since 1990” (GIF 1186), and amending it by on-going, multi-sited ethnographic fieldwork, we analyse institutional infrastructures of migration and of social class. While ‘creative class’ Israelis migrate to and live in Berlin, they tend to be over-reported in the media thanks to specific German and Israeli identity investments. These Israeli Jews are a smoke screen; they are interpreted as the replacements for the displaced and murdered Jews with the ‘add on’ of Israeliness. They make for a fine case study of understanding German/Jewish/Israeli relations and unpicking the symbolic Israeli and Jewish capital in combination with the concept of ‘creative class’ in situ in Berlin and across Germany. We come to the conclusion that while the creative class is central in designing institutional infrastructures, these infrastructures do not offer sustainability for the ‘creative class’, and impact on social inequality in situ.

Zitation

Chilufim. Zeitschrift für Jüdische Kulturgeschichte 30 (2023). , In: *H-Soz-Kult*, 03.07.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-144849.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Blätter für deutsche Landesgeschichte (BDLG) 159 (2023)

Neustadt a. d. Aisch 2023: [Selbstverlag des Herausgebers](#)

Erscheint jährlich

Url

<https://www.gesamtverein.de/zeitschrift.html>

661 Seiten.

ISSN [0006-4408](#)

Kontakt

Institution

Blätter für deutsche Landesgeschichte (BDLG)

Von

Andreas Rutz, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, Technische Universität Dresden

Seite B 118 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Die Blätter für deutsche Landesgeschichte sind eine seit 1852 erscheinende Fachzeitschrift für die deutsche Landes- und Regionalgeschichte. Veröffentlicht werden Beiträge zu allen Regionen im deutschsprachigen Raum, insbesondere zur vergleichenden Landesgeschichte, sowie Forschungs- und Literaturberichte und Vorstellungen von ausgewählten Wissenschaftsinstitutionen. Die Blätter bieten auch die Möglichkeit, landesgeschichtliche Tagungen von überregionalem Interesse und mit vergleichendem Anspruch in gesonderten Sektionen zu publizieren.

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

CHRISTIAN SCHUFFELS: Der gefürchtete Bischof. Zur wissenschaftlichen Forschung des 20. und frühen 21. Jahrhunderts über Godehard als Bischof von Hildesheim, 1

MADIS MAASING: Die Domherren von Reval 1281–1565, 105

SABINE AREND: Emil Sehling: Die Evangelischen Kirchenordnungen des 16. Jahrhunderts. Die wechselvolle Geschichte eines Editionsprojektes (1897–2020), 171

UWE SCHIRMER: Die Freyheit des gemeinen Mannes am Vorabend des Bauernkriegs. Anmerkungen auf Grundlage mitteldeutscher Beschwerdeschriften aus dem Frühjahr 1525, 197

MARTIN WREDE: Der mobile Serenissimus. Soziale und geographische Itinerare des rheinischen Hochadels im 17. und 18. Jahrhundert, 227

HEIKO BECKMANN, BERND BOBERTZ, JÖRG HARTLEIB, TOMMY JARK, STEFAN KROLL, HAIK THOMAS PORADA, ALEXANDER QUERENGÄSSER, TOBIAS SCHARNWEBER †, C. MICHAEL SCHIRREN, DIRK SCHLEINERT und ANDREA TONERT: Die Untersuchung einer Postierungslinie aus dem Nordischen Krieg in Vorpommern als Beispiel für interdisziplinäre Forschungen zur Landesgeschichte, 245

DAVID SCHNUR: Jüdischer Sport an der Saar zwischen den Weltkriegen, 329

DANIELA RICHTER: „... entscheidend ist die erbrachte Leistung“. Staatsplanthema 14.25 – Historische Hintergründe des Staatsdopings der DDR und seine Auswirkungen, 347

Tagung: Nekrologe und wo sie zu finden sind. Desiderate und Potentiale memorialer Überlieferung, hrsg. von Nina Gallion, Tobias P. Jansen und Heidrun Ochs

NINA GALLION, TOBIAS P. JANSEN UND HEIDRUN OCHS: Nekrologe und wo sie zu finden sind. Desiderate und Potentiale im Umgang mit Nekrologhandschriften, 361

MARTIN ARMGART: Nekrologe aus der Pfalz – und wo sie zu finden sind, 375

MARTINA KNICHEL: Memorienbücher im Landeshauptarchiv Koblenz – wo und wie man sie findet, 393

JOACHIM OEPEN: Die Sorge um das Seelenheil in der Sancta Colonia. Kölner Totenbücher des Spätmittelalters, 403

Seite B 119 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

GABRIELE SIGNORI: Klösterliche Totenbücher aus dem 14. und 15. Jahrhundert: Einheit in der Vielfalt?, 417

TOBIAS P. JANSEN: Keep your manuscripts close! – Überlegungen zur Herangehensweise an Nekrolog-Überlieferungen in Kapitelloffiziumsbüchern, 455

ANNE RAUNER: Die necrologischen Schriften der Pfarrei Sankt Georg in Hagenau im Spätmittelalter, 489

THORSTEN FISCHER: Frauen und Memoria. Necrologüberlieferung und Totengedenken in rheinisch-westfälischen Frauengemeinschaften, 507

JENS LIEVEN: Das Xantener Necrolog im „Codex Monasteriensis 101“. Überlegungen zum Totengedenken der Kanonikergemeinschaft von St. Viktor im 11. Jahrhundert, 525

CHRISTOPH WINTERER: Formtypen der mittelalterlichen Memorialüberlieferung in Mainz und Umland, 541

Landesgeschichtliches Forum

Forschungs- und Literaturbericht

ENNO BÜNZ: Reformation in Mitteldeutschland: Ereignis, spätmittelalterliche Voraussetzungen, frühneuzeitliche Wirkungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Ergebnisse und Perspektiven des Jubiläums 1517–2017 (Teil I), 569

Vorstellung von Wissenschaftseinrichtungen

ANGELA HUANG und VIVIEN POPKEN: Die Forschungsstelle für die Geschichte der Hanse und des Ostseeraumes. Geschichte, Gegenwart und Zukunft einer Forschungs- und Vermittlungseinrichtung, 623

SABINE KLAPP: Das Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde in Kaiserslautern, 637

MARTIN EHLERS UND MARKUS FRIEDRICH: Ein Plädoyer für die Sicherung regionaler Sportgeschichte – das baden-württembergische Modell der Sportarchivierung, 651

Weitere Hefte ↓

Zitation

Blätter für deutsche Landesgeschichte (BDLG) 159 (2023). , In: H-Soz-Kult, 23.07.2024, <www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145477>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) The Czech Historical Review 122 (2024), 1

Titel der Ausgabe

The Czech Historical Review 122 (2024), 1

Zeitschriftentitel

[Český časopis historický / The Czech Historical Review](#)

Praha 2024: [Historický Ústav AV ČR \(Institute of History of the Czech Academy of Sciences\)](#)

Erscheint vierteljährlich

<https://asjournals.lib.cas.cz/Ceskycasopishistoricky/article/uuid:88531584-5e93-47a7-9dd0-dc173839713b>

222 Seiten.

Preis Jahresabonnement (4 Ausgaben) € 110

ISSN [0862-6111](#)

Kontakt

Institution

Český časopis historický / The Czech Historical Review

c/o

Institute of History of the Czech Academy of Sciences, Prosecká 76, CZ-190 00 Praha 9 – Nový Prosek

Von

Vojtěch Szajkó, Historický ústav, Akademie věd České republiky

Inhaltsverzeichnis

STUDIES

ZELENKA Jan

Několik poznámek k (ne)kosmovskému pojetí českých dějin ... S. 7

(Some remarks on the so-called “non-Cosma’s conception” of Czech history)

The Chronica Boemorum, written by Prague’s Dean Cosmas, plays a pivotal, crucial role in studying the early medieval history of the Czech lands. However, the uniqueness of the work is matched by the range of problems associated with its interpretation. In 1967, when František Graus published a study in the “Československý časopis historický” dedicated to the topic of the so-called “Necrologium Bohemicum” and “Martyrologium Pragense”, accompanied by the subtitle “Traces of a Non-Cosma’s Conception of Czech History”, it seemed that a entirely new chapter in the field of domestic medieval studies was about to commence. The Necrologium, or rather the commemoration of persons hostile to the ruling House of Přemyslid, preserved here, was to be not only a proof of the bias of the chronicler Cosmas but also of the existence of a contemporary different, “unofficial” opinion towards the events depicted in his work. Although Graus devoted only a small part of his study to the problems outlined, it was the subtitle and especially the phrase “non-Cosma’s conception” that became the key message of the text, which seemed to offer new possibilities of studying

older Czech history. An approach that was to have the potential to at least partially liberate research from the single and unique narrative of Cosmas, which for a large part of domestic early medieval history lacked any similar counterpart and corrective. The “non-Cosmas’ conception” took even up to the form of a methodical approach, revealing and reconstructing history and historical events, whether unintentionally or intentionally, hidden or distorted by the Dean. The following study not only returns to Graus’ initial premise, but also tries to point out the actual problem of the “Cosmas’ conception” as a starting point for considering the existence of the “non-Cosmas’ s” one.

Keywords: Chronica Boemorum – Chronicler Cosmas – Czech Medieval History – Historiography – František Graus

RESUMÉ

The subject of “non-Cosmas’ conception” of Czech history, as proposed by František Graus, is contentious for two reasons. The first concerns the initial premise, whereby necrological records are compared with the text of the chronicle. František Graus did not further resume on his relatively concise study, leaving methodological issues, such as how necrology and chronicle relate, interact, and at what level their testimonies can be compared, unresolved. However, the ways in which memory is preserved in medieval necrologies and chronicles vary significantly, with the former primarily preserving spiritual rather than historical significance. This form of remembrance do not relate to the past or to contemporary events in the secular world, but focus on the deceased and on eternity. The inclusion of an individual in a necrological record is typically based on their importance to the community or specific and personal reasons, such as donations, founding contributions, or their familial and institutional affiliations with a church institutions, without the record automatically indicating anything else.

The author relied on the fact that the Necrologium mentions members of the Vršovci kin, who often appear in Cosmas’ chronicle as opponents or even enemies of the Přemyslid rulers. According to Graus, this proves that a contemporary, independent opinion and attitude existed, which was different from the official Přemyslid line presented by the Dean. However, Cosmas did not simply condemn members of the kin in a straightforward manner. The depiction of the Vršovci was rather ambivalent. The chronicler acknowledged the family’s importance and influence, with its members frequently featuring in the chronicle text and playing a significant role in the country’s history. The reference to the massacre of the Vršovci in 1108, mentioned in the text of the Necrology, is moreover taken directly from the Chronicle of Cosmas. Given the position of the Vršovci in Czech society in the 11th and 12th centuries, it would be rather surprising if no members of the family were mentioned in the contemporary necrology. The Necrologium thus testifies to the opposite of what František Graus believed. Its testimony is in complete alignment with the information documented in Cosmas’ chronicle, which it complements rather than contradicts. Apart from the methodology, the comparison itself was controversial. Graus simply compared the necrological records with Cosmas’ text (or rather his own perception of the ideological intention of the chronicle), from which he concluded that the Necrology testifies ‘anti-princely’ or generally unofficial views and attitudes. However, the wider context and deeper understanding of the original “Cosmas’ s conception” was not explored. In his somewhat loose handling of terms such as ‘anti-princely tendencies’ or, conversely, ‘princely positions’, Graus, whether intentionally or unintentionally, presented Cosmas’ Chronicle and the chronicler’s views as a monolith that was shattered by the almost dissident nature of the Necrology. This interpretation, however, does not correspond to the actual content of Cosmas’ work. Cosmas did not simply write an homage to princely power or Přemyslid rule. Graus’ attempts to identify ‘anti-princely’ or unofficial perspectives in the text of the Necrology were superfluous. No other chronicler of the Přemyslid era included such a well-developed, emphatic and recurring criticism of the ruling monarchs in his work as did

Cosmas. This criticism was directed not only at the actions of individual rulers, but also at the way in which power was exercised in general. He portrayed the behaviour of the dynasty itself as depriving the Czechs of God's grace and the sacred "peace and a good year". The problem with Graus' approach is obvious. He sought to reveal the "non-Cosmas' conception" but did not strive to reconstruct Cosmas's own conception. This should be the first step of this kind of research, however. We are thus faced with the rather complex question of what Cosmas' conception really was, and how it can be defined. The chronicle presents a limited range of "major" themes, including *origo gentis*, the Přemyslid myth, the mythical connection of the Czechs to the ruling dynasty, and the conventions of ruler succession. However, there are also a number of other themes or motifs, the interpretation of which is complicated by Cosmas' somewhat ambiguous approach. Even apparently straightforward characters can shift from being "tyrants" to "heroes" and vice versa throughout the storyline. This raises the question of the implications of seeking a "non-Cosmas' conception" and how to proceed with this approach. While the temptation to uncover what lies beyond Cosmas's text and intentions is alluring, it also has the potential to be significantly misleading. For instance, examples of "non-Cosmas' conception" could be an alternative version of the Přemyslid myth, a document of a different model of succession customs or a questioning of the Sts. Adalberts and Wenceslas ideology. There is no evidence of similar motives in the sources, nor indications of such, however.

SKÁLA Marek

Reforma nebo transformace? Rok 1968 a otázka drobného podnikání ... S. 29
(Reform or transformation? 1968 and the question of small business)

The study deals with the short period between 1967 and 1969 in terms of the reform process, especially its economic components. Specifically, it focuses on the issue of the renewal of small business within the socialist economy. It analyses the changes in the normative system, media narratives, and government representations, and practical steps to implement reforms. It finds contradictions between the information that was reaching the public space and the actual and intended state. Archival and normative sources present a completely different picture than the one presented by the uncensored press before 1969. From this contradiction and other aspects, assessed through the established theoretical equipment of economics, it can be deduced that even the economic reform of 1968 would not lead to the restoration of even a small business.

Keywords: Šik's reform – transformation – small business – 1968 – trade – economic history

RESUMÉ

After the absolute liquidation of private property, including the smallest business, the socialist economy began to have deeper and deeper problems. One of the fundamental attempts to start a socialist economy was the reform effort of the second half of the 1960s. During this period, there was also a discussion on the topic of small business or trades. The source base, consisting of archival sources, the press, and normative documents, portrays the processes of the time in basically contradictory ways. In the case of small business, the information addressed to the public proclaimed goals such as the restoration of trade business, independent craft cooperative business and a sharp increase in the economic independence of the individual. Such radical rhetoric also came directly from officials involved in the Small Business Commission. However, archival sources do not indicate that such changes were to be implemented. The upcoming regulations paint a similar picture. Selfemployment or other independent activities were not planned in the foreseeable future. On the contrary, all economic life was still to be tied to the state, although *de jure* it was to be separated from the state budget. Therefore, the question of an interrupted revolution in the case of economic reform is not appropriate. The intended reforms of the enterprises did

not correspond to the theoretical concepts of a company. In the same way, there should have been no changes in property rights. Admittedly, there is a hypothetical possibility that the speed of liberalisation was high and shifts in the narrative often led to shifts in reality. Nevertheless, in the case of looking at real results, there was no potential to move beyond mere reform. From the point of view of economic theory, a deeper reform or transformation would not be possible to implement without fundamental changes in legislation regarding ownership and the position of the state in the economy. Such proposals as reprivatization and the like appeared only in the final phase of the Prague Spring, and in a very cautious form. Attempts at economic reform did not make any real progress in the case of small businesses. This did not happen until two decades later as part of the economic restructuring reforms at the end of the 1980s.

MATERIALS

İPEK Göktuğ

Turkish Diplomats in Czechoslovakia in the Interwar Period

(1925–1939) ... S. 59

(Turečtí diplomaté v Československu v meziválečném období /1925–1939/)

Following the First World War, many new formed countries emerged on the global stage. Among them were the Republic of Turkey and the Czechoslovak Republic, both established on territories formerly under imperial rule. As these nations sought to solidify their place in the international arena, they recognized the necessity of establishing new diplomatic ties with one another. Consequently, a friendship treaty was negotiated between Turkey and Czechoslovakia during the Lausanne Conference, and on October 11, 1924, the treaty was officially signed. Subsequently, on July 6, 1925, additional diplomatic notes were exchanged, paving the way for the appointment of the first Turkish envoy to Czechoslovakia. This article delves into the historical significance of Turkish diplomats serving in Czechoslovakia between 1925 and 1939. The primary objectives are to introduce these diplomats, shed light on their activities in Prague, ascertain their perspectives on Czechoslovakia, and explore whether their presence had any noticeable impact on the bilateral relations between the two countries. To accomplish these aims, the study draws upon a wide array of primary and secondary sources, including archival documents, articles, books, and newspapers, from both Turkey and the Czech Republic. Keywords: Turkey – Czechoslovakia – Turkish diplomats – International relations – Interwar period

RESUMÉ

The end of the First World War and the establishment of new nation-states in the former Austro-Hungarian Empire also changed the basis of Turkish-Czech relations. After the war, the Czechoslovaks were among the winners, the Turks among the losers. However, both nations needed new allies in the postwar period because both Turkey and Czechoslovakia were established as new states that knew that in foreign policy, there are only permanent interests, not permanent friendships.

The treaty of friendship signed between Czechoslovakia and Turkey was ratified by Czechoslovakia on February 7, 1925. After the treaty became effective, the approval of two notes, which included a provision for sending mutual delegates, took place on July 6, 1925. In this process, the first Turkish envoy was appointed to Czechoslovakia. A few months later, the first Czechoslovak envoy in Turkey presented a letter of acceptance to Mustafa Kemal (Atatürk) in Ankara. Thus, an important threshold was crossed and a new era of mutual relations between two countries began.

In the 1920s and 1930s, Czechoslovakia and Turkey had the opportunity to get to know each other and look at each other from different perspectives. However, the political relations between these countries were not intense. In the years 1925–1939, there were nine Turkish diplomats in Czechoslovakia. Depending on the mutual relations, their activities sometimes were at the level of chargé d'affaires, sometimes at the level of envoy. Most of these nine diplomats stayed in Prague only briefly. A similar situation appears to have occurred in other Turkish diplomatic missions in the 1920s. By the 1930s, these problems have been rectified and the rotation of diplomats has become a more stable. This material study, based on original Czech and Turkish archival sources, takes into consideration all aspects of the mentioned development.

RESUMÉ

Konec první světové války a vznik nových národních států na území bývalého Rakouska-Uherska změnilo také základ turecko-českých vztahů. Čechoslováci patřili po válce k vítězům, Turci k poraženým. Oba národy však v poválečném období potřebovaly nové spojence, protože jak Turecko, tak Československo vznikly jako zcela nové státy, které věděly, že v zahraniční politice existují pouze trvalé zájmy, nikoliv trvalá přátelství. Smlouvu o přátelství podepsanou mezi Československem a Tureckem ratifikovalo Československo 7. února 1925. Poté, co smlouva oficiálně vstoupila v platnost, došlo 6. července 1925 ke schválení dvou nót, jejichž součástí bylo ustanovení o vyslání vzájemných delegátů. V rámci tohoto procesu byl jmenován první turecký vyslanec v Československu. Několik měsíců nato první československý vyslanec v Turecku předal v Ankaře akceptační dopis Mustafovi Kemalovi (Atatürkovi). Tím byl překročen důležitý práh a začala nová éra vzájemných vztahů mezi oběma zeměmi.

Československo a Turecko měly ve 20. a 30. letech 20. století příležitost se poznat a podívat se na sebe z různých perspektiv. Vztahy mezi oběma zeměmi ale nebyly intenzivní. V letech 1925–1939 působilo v Československu devět tureckých diplomatů. V závislosti na vzájemných vztazích se jejich činnost odehrávala někdy na úrovni chargé d'affaires, někdy na úrovni vyslance. Většina z těchto devíti diplomatů pobývala v Praze jen krátce. Podobná situace panovala ve 20. letech 20. století zřejmě i v jiných tureckých diplomatických misích. Ve 30. letech 20. století se tyto problémy již podařilo napravit a rotace diplomatů se ustálila. Tato materiálová studie, založená na originálních českých a tureckých archivních pramenech, zohledňuje všechny aspekty uvedeného vývoje.

DISCUSSION

BOJDA Martin

Odborná diskuse, anebo volnost lhát a manipulovat? Reakce na článek O. Drexlera ... S. 97

REVIEW ARTICLES AND REVIEWS

Recenze

Daniela Marcu ISTRATE – Dan Ioan MUREȘAN – Gabriel Tiberiu RUSTOIU (eds.)

Christianization in Early Medieval Transylvania. The Oldest Church in Transylvania and Its Interpretation ... S. 121

(Peter Bučko)

Seite B 125 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Olaf B. RADER

Kaiser Karl der Vierte. Das Beben der Welt. Eine Biographie ... S. 128
(František Šmahel)

Bertrand SCHNERB

Burgundský stát 1363–1477 ... S. 133
(Jiří Jurok)

František ŠMAHEL

Husitská revoluce I. Kořeny české reformace ... S. 141
(Jiří Pešek)

Pavčina RYCHTEROVÁ (ed.)

Pursuing a New Order, Volume I., Volume II. ... S. 146
(Karel Pacovský)

Ulrich EISENHARDT

Kaiserliche Gerichtsprivilegien. Ihre Bedeutung und die Entwicklung der Rechtspflege im Alten Reich ... S. 150
(Petr Kreuz)

Marie BUŇATOVÁ

Hedvábí, sklo a koření. Obchod mezi Prahou a Itálií (1500–1620) ... S. 154
(Roman Zaoral)

Tomáš HUNČOVSKÝ

Konrád Fischer (1631–1701): Život a dílo borovanského probošta ... S. 160
(Marek Brčák)

Markéta KŘÍŽOVÁ – Jitka MALEČKOVÁ (edd.)

Central Europe and the Non-European World in the Long 19th Century ... S. 163
(Miroslav Šedivý)

Pavel FABINI – Tomáš ZOUZAL (eds.)

Vše pro mandát? Podvody, korupce a násilí při parlamentních volbách ve střední Evropě v 19. století ... S. 168
(Jan Županič)

Anna KOBYLIŇSKA – Maciej FALSKI (eds.)

Architects and their Societies. Cultural Study on the Habsburg-Slavic Area (1861–1938) ... S. 171
(Tomáš Korbel)

Tal BRUTTMANN – Stefan HÖRDLER – Christoph

KREUTZMÜLLER

Die fotografische Inszenierung des Verbrechens. Ein Album aus Auschwitz ... S. 177
(Vojtěch Kyncl)

Zprávy o literatuře ... S. 181

CHRONICLE Nekrology

Marceli Kosman

(8. května 1940 Izbica Kujawska – 29. prosince 2023 Poznaň)

(Jaroslav Pánek) ... S. 203

Knihy a časopisy došlé redakci ... S. 211

Zitation

The Czech Historical Review 122 (2024), 1. , In: *H-Soz-Kult*, 21.07.2024,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145450>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Comparative Southeast European Studies 72 (2024), 2

Berlin 2024: [De Gruyter Oldenbourg](https://www.degruyter.com/journal/key/soeu/72/2/html)

<https://www.degruyter.com/journal/key/soeu/72/2/html>

Preis Open Access

ISSN [E-ISSN: 2701-8202; Print-ISSN: 2701-8199](https://www.degruyter.com/journal/key/soeu/72/2/html)

Kontakt

Institution

Comparative Southeast European Studies

Regensburg

c/o

Sabine Rutar, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Landshuter Straße 4, 93047 Regensburg, E-Mail: rutar@ios-regensburg.de

Von

Sabine Rutar, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg

Comparative Southeast European Studies 72, no. 2, 2024, is an open issue with a certain focus on matters pertaining to Turkey.

Economists Christos Kollias (Volos) and Petros Messis (Thessaloniki) conduct a gender-centric convergence analysis based on data from the Varieties of Democracy project for the case of Turkey. Their research was prompted by Turkey's withdrawal from the Council of

Seite B 127 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Europe Istanbul Convention and the so-called "Sofagate" incident and should be viewed in the broader context of Turkey's democratic backsliding and de-Europeanization process.

Political Scientist Carlos González-Villa (Toledo) displays an original analysis of how Slovenia's political and ideological-cultural bureaucracy as well as technocracy — as three distinct, often contrasting societal groups in 1980s' Yugoslavia — merged into one dominant sociopolitical class in the process of Slovenia's independence, a position it has successfully reproduced ever since.

Geographers Tomáš Hoch and Viktor Heinz (both Ostrava) explore the problems related to university teaching and academic research within de facto states in the context of their non-recognition via an analysis of the current situation in the higher education sector of Northern Cyprus.

Relying on the interdependence theory, International Relations scholar Pınar Akgül (Giresun) seeks to answer the question: "To what extent does energy ensure cooperation in Russian-Turkish relations, despite current tensions?"

The open section is dedicated to "Film in Focus", with literary and film scholar Dušan Radunović (Durham) reviewing Mila Turajlić's documentary film diptych *The Labudović Reels*.

In addition, the issue contains four book reviews, all of which are recommended to your attention.

Inhaltsverzeichnis

Articles

Christos Kollias and Petros Messis
The Istanbul Convention, Sofagate, and Turkey's EU Candidacy: A Gender-Centric Convergence Analysis
163

Carlos González-Villa
Mechanisms of Centralisation towards a Post-Yugoslav Dominant Class: The Case of Slovenia
185

Tomáš Hoch and Viktor Heinz
Higher Education in Northern Cyprus: The Path from Isolation to Oversaturation
207

Pınar Akgül
Understanding Cooperation in Russian-Turkish Energy Relations
232

Film in Focus

Dušan Radunović
Time Never Regained: Film, Memory and History in Mila Turajlić's *Labudović Reels*
256

Book Reviews

Adriana Zaharijević

Gordana Subotić. Gender, Nation, and Women Politicians in Serbia and Kosovo. A Political Ethnography
270

Karlo Ruzicic-Kessler

Nadège Ragaru. Bulgaria, the Jews, and the Holocaust. On the Origins of a Heroic Narrative
273

Andrija Filipović

Irena Šentevska. Raspevani Beograd. Urbani identitet i muzički video
276

Ivana Dinić

Koen Slootmaeckers. Coming In: Sexual Politics and EU Accession in Serbia
279

Zitation

Comparative Southeast European Studies 72 (2024), 2. , In: *H-Soz-Kult*, 07.07.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145195.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

10) SPIEGELUNGEN 19 (73), 1.24

Zeitschriftentitel

[Spiegelungen. Zeitschrift für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas](#)

Weiterer Titel

Essen und Trinken

Regensburg 2024: [Verlag Friedrich Pustet](#)

Erscheint halbjährlich

<https://spiegelungen.net/essen-und-trinken>

ISBN 978-3-7917-3511-5

263 Seiten

Preis

Einzelheft: € 17,00 zzgl. Porto- und Versandkosten; Jahresbezug: € 28,00 zzgl. Porto- und Versandkosten

ISSN [1862-4995](#)

Kontakt

Institution

Spiegelungen. Zeitschrift für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas

c/o

IKGS, Spiegelungen, Halskestraße 15, 81379 München, E-Mail: redaktion@ikgs.de,

Telefon: 089 - 78 06 09 0

Von

Laura Schmid, Instiut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas

Ausgabe 1.24 widmet sich dem Thema „Essen und Trinken“ in Südosteuropa. Mit unterschiedlichen regionalen und historischen Zugängen fokussieren die Beiträge auf die Zusammenhänge von historischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie kulinarischen Praktiken, sprachlichen Beeinflussungen, die Rolle von Kochbüchern und Fragen der regionalen Identität, die sich in Ess- und Trinkgewohnheiten ausdrücken. Vielfältige kulturelle Verflechtungen zwischen den in Südosteuropa beheimateten Deutschen und ihren ethnischen Nachbarn werden dabei sichtbar gemacht.

Inhaltsverzeichnis

Editorial

WISSENSCHAFT

Essen und Trinken

Éva Márkus: Bei den Ungarndeutschen zu Gast – Das Beispiel Deutschpilsen (ung. Nagyborzsöny)

Tabea Stegmiller: Kukuruz und Rakija – Die Bedeutung der Habsburger Landwirtschafts- und Ernährungspolitik für die Ess- und Trinkgewohnheiten der Banater Bevölkerung im 18. Jahrhundert

Anamarija Lukić, Ivana Jurčević: Reading Food History through Private Manuscript Collections of Recipes

Răzvan Roșu: »Swabian Food and Drink« – An Important Element of the Sathmar Swabian Cultural Heritage

Saša Ilić, Sonja Jerković: Craft Brewing and the Role of the Weifert Family in the Industrialization of Beer Brewing in Serbia (1717-1918)

Aufsatz

Vesna Ivkov: Auf den Spuren von Adam Guld – Ein Beitrag zur Musikforschung im Ersten Weltkrieg

Projektwerkstatt

Alexandra Pătrău: Victor Wittners Straßenhaftes – Vom Transit-Raum zur Räumlichkeit der Einsamkeit im Draußen-Dasein

Seite B 130 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Danica Trifunjagić: The Mythical Dimension of the Danube River in Slobodan Šnajder's Novel The Brass Age

Rezensionen

Anton Holzer, Edit Király, Christoph Leitgeb, Olivia Spiridon: Der montierte Fluss. Donaunarrative in Text, Film und Fotografie (Danica Trifunjagić) / Maren Röger: Karten in die Moderne. Eine visuelle Geschichte des multiethnischen Grenzlandes Bukowina 1895–1918 (Heinrich Pfandl) / Katja Holweck, Amelie Meister (Hgg.): Saša Stanišić: Poetologie und Werkpolitik (Klaus Hübner) / Péter Lőkös: Ungarisch-deutscher Kulturtransfer in der deutschsprachigen Literatur des 16. bis 20. Jahrhunderts (Orsolya Tamássy-Lénárt) / Irina Nastasă-Matei, Lucian Nastasă-Kovács: Kultur und Propaganda. Das Rumänische Institut in Berlin 1940–1945 (Markus Bauer) / Antonina Roitburd unter Mitarbeit von Gundel Große: Rumänische Literatur im deutschsprachigen Raum seit 1990. Ziele, Entwicklungen und Erfolge des Kulturtransfers (Anke Pfeifer) / Roxana Nubert, Ileana Pintilie, Franz Metz: Beiträge zur modernen Kultur der Deutschen im Banat. Eine interdisziplinäre Untersuchung (Halrun Reinholz) / Ágnes Ózer: Neusatz/Novi Sad. Kleine Stadtgeschichte (Zoran Janjetović)

LITERATUR

Karin Gündisch: Krautköpfe für den Winter

Carmen Elisabeth Puchianu: Eine Ankunft

Barbi Marković: Unter Kokosnüssen

Anila Wilms: Selbstgespräch

Franz Hodjak: Gedichte

Nora Iuga: Gedichte

Gerlinde Roth: Gedichte

Gábor Schein: Gedichte

Tom Schulz: Schwemmland, Grasland

FEUILLETON

Aspekte

Reinhard Reimann: Ein Weltkaffee mit Banater Wurzeln

Gábor Schein: Literatur und Politik in Ungarn

Personalia

Sigurd Paul Scheichl: Anton Schwob zum Gedenken – Ehemaliges Vorstandsmitglied des Südostdeutschen Kulturwerks verstorben

Seite B 131 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Eva Filip: »Das Gedicht ist die Heimat der Menschheit« – Zum 70. Geburtstag des Dichters Horst Samson

Anton Sterbling: Kritischer »Abendweg« – Helmuth Frauendorfer zum 65. Geburtstag

Besprechungen

Carmen-Francesca Banciu: Ilsebill salzt nach (Michaela Nowotnick) / Matthias Buth: Im Zwischenland. Rhapsodien (Maria Muscan) / Sigrid Katharina Eismann: Dschangakinder (Henrike Brădiceanu-Persem) / Yvonne Hergane: Die Chamäleondamen (Philip Piljić) / Esther Kinsky: Weiter Sehen (Klaus Hübner) / Herta Müller: Eine Fliege kommt durch einen halben Wald (Thomas Krefeld) / Elisabeth Schneider: Nach dem Wassertag (Ingeborg Szöllösi) / Petre Solomon: Paul Celan – Die rumänische Dimension. Erinnerungen – Einflüsse – Prägungen (Alexandru Bulucz) / Gabriela Adameşteanu: Der Trevi-Brunnen (Gundel Große) / Peter Becher: Unter dem Steinernen Meer (Hans-Jürgen Schrader) / Zsuzsanna Gahse: Zeilenweise Frauenfeld (Klaus Hübner) / Dana Ranga: Stop – Die Pausen des Sisyphos (Maren Jäger) / Wolfgang Martin Roth: Die Schuhe der Väter (Sofija Krstić) / Tatiana Țibuleac: Der Garten aus Glas (Josef Sallanz) / László Végel: Balkanschönheit oder Schlemihls Bastard (Ingeborg Szöllösi) / Nichita Danilov: Die blinden Adler (Eva Ruth Wemme) / Barbi Marković: Minihorror (Danica Trifunagić)

FORUM

Aus dem IKGS

Zitation

SPIEGELUNGEN 19 (73), 1.24. , In: *H-Soz-Kult*, 11.07.2024, [<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145201>](http://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145201).

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) Journal of Balkan and Black Sea Studies (2024), 12

Istanbul 2024: DergiPark AkademiK

Erscheint online biannual

<https://dergipark.org.tr/en/pub/balkar>

XI, 167 Seiten

Preis open access

ISSN 2667-470X

Kontakt

Institution

Journal of Balkan and Black Sea Studies

c/o

*Postal address: BALKAR, Yildiz Technical University, Davutpasa Campus, IIBF, 34220
Esenler, Istanbul-Turkey; e-mail: balkar@yildiz.edu.tr Tel: +90212383 68 33*

Von

Mehmet Hacisalihoglu

The Journal of Balkan and Black Sea Studies is an Istanbul-based journal dedicated to enhancing academic exchange among social scientists from Turkey, the Balkans, the Caucasus, and Eastern European countries. We initiated the journal in 2018 and have since published eleven issues. The current, twelfth issue comprises six research articles and one book review.

The first article of this issue by Elmedina Duranović on "Trade Relations between Bosnia and Ragusa in the Late 13th Century," sheds light on the economic landscape of Bosnia during this period, focusing on its trade relations with Ragusa (Dubrovnik). Based on original data records, Duranović outlines the economic position of Bosnia, highlighting its orientation towards agriculture and livestock breeding, much like its neighbours. Despite the predominance of the slave trade in the documented exchanges between Bosnia and Ragusa, Duranović brings attention to other significant aspects of Bosnian exports. Notably, the article discusses the departure of Bosnian boys to study crafts in Ragusa and other Dalmatian coastal cities, providing a broader view of economic relations in medieval Bosnia.

Liviu Cîmpeanu's "John Hunyadi (ca. 1395-1456): An Outline of His Political and Military Career According to the Latest Research" addresses the paucity of modern scientific work on John Hunyadi. Initiated six years ago, Cîmpeanu's research re-evaluates both older and newer sources, presenting a comprehensive synthesis of Hunyadi's life. While previous historians focused primarily on his anti-Ottoman campaigns, this article expands the narrative to include Hunyadi's intricate involvement in the political landscape of Central Europe in the mid-15th century.

In "Cultural and Religious Diversity in Istanbul in the Sixteenth Century: Through the Eyes of German Travellers," Ergün Özsoy leverages travel accounts as vital historical sources. Özsoy examines the observations of Protestant theologians Gerlach and Schweigger, who visited Istanbul, the capital of the Ottoman Empire. These accounts offer detailed insights into the religious and cultural diversity of the city, highlighting how the Ottoman Empire managed and facilitated such diversity amidst the broader religious and cultural conflicts in Europe.

Nevena Rudinac's "Which Side Are You On? Integration of Two Conflicting Ethnic Identities in Young Adults from Serbo-Croatian Mixed Marriages" explores the challenges faced by young adults from Serbian-Croatian mixed marriages in reconciling their dual ethnic identities. Based on narratives from individuals born during the 1990s—a period marked by brutal conflicts between Serbs and Croats—the study reveals how participants formed coherent ethnic identities. These identities ranged from cosmopolitan and Yugoslav to more integrated forms of dominant Serbian identity, highlighting the complex process of identity formation in a post-conflict society.

Miloš Todorovic's "Orthodoxy in Diplomacy: An Overview of the Serbian Orthodox Church's Religious Diplomacy and Role in International Relations" examines the role of the Serbian Orthodox Church as a non-state actor in Serbia's international relations. Following the revitalization and politicization of religion in Serbia during the late 20th and early 21st centuries, the Church has become increasingly involved in the country's diplomatic efforts. Todorovic explores the Church's multifaceted roles, including advising diplomats, engaging in track II diplomacy, and participating in other small-scale initiatives, underscoring its significance in Serbia's foreign policy.

Arif Akbaş's "East-West Comparisons: Cultural Diversity of Bosnia and Herzegovina" delves into the cultural richness of Bosnia and Herzegovina, shaped by its unique history at the crossroads of Eastern and Western influences. The long Ottoman period left a lasting impact on the region's architecture, attire, and cuisine, while interactions with Christianity and European elements further enriched its cultural landscape. Akbaş explores how Bosniaks, Serbs, and Croats maintain distinct identities while fostering interactions, creating a unique mosaic culture. This article reflects on the enduring legacy of Eastern and Western paradigms blending harmoniously, encapsulated by the Bosnian proverb, "Knowing the depth of the river after crossing the bridge."

Finally, Hümeýra Kesici offers a comprehensive review of Özgür Yılmaz's book "İngiliz Konsolosluk Raporlarına Göre Batum ve Çevresi (1840-1852)," (Batumi and its Surroundings (1840-1852) according to British Consular Reports) providing critical insights into the historical context and significance of the work. This review underscores the value of consular reports as primary sources for understanding regional histories.

Together, these articles offer valuable contributions to our understanding of historical and contemporary issues in South-eastern Europe. For the preparation of this issue, I would like to express my gratitude to the authors of these excellent articles and the referees for their hard work and valuable efforts during the evaluation process. I also extend my thanks to the editorial board members, especially Cengiz Yolcu and Elia Khubieva, for their support in the publication of this issue.

Mehmet Hacısalihoğlu, Prof. Dr.
Editor in Chief

Inhaltsverzeichnis

Research Articles

1-18

Trade Relations between Bosnia and Ragusa in the late 13th Century
Elmedina Duranović, Dr., University of Sarajevo

19-56

John Hunyadi (ca. 1395-1456). An Outline of His Political and Military Career According to the Latest Research
Liviu Cîmpeanu, Dr., Romanian Academy, Sibiu

57-76

Cultural and Religious Diversity in Istanbul in the Sixteenth Century: through the Eyes of German Travellers
Ergün Özsoy, Dr., University of Augsburg

Seite B 134 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

77-102

Which Side Are You On? Integration of Two Conflicting Ethnic Identities in Young Adults from Serbo-Croatian Mixed Marriages
Nevena Rudinac, Ronin Institute. Montclair, New Jersey

103-130

Orthodoxy in Diplomacy: An Overview of the Serbian Orthodox Church's Religious Diplomacy and Role in International Relations
Miloš Todorović, Ronin Institute. Montclair, New Jersey

131-160

Doğu-Batı Karşılaştırmaları: Bosna Hersek'in Kültürel Çeşitliliği
Arif Akbaş, Dr. Öğr.Gör., Sivas Cumhuriyet Üniversitesi

Book Reviews

161-167

Özgür Yılmaz, İngiliz Konsolosluk Raporlarına Göre Batum ve Çevresi (1840-1852), İstanbul: Heyamola Yayınları, 2022, 536 p.
Hümeyra Kesici, Samsun University

Zitation

Journal of Balkan and Black Sea Studies (2024), 12. , In: *H-Soz-Kult*, 07.07.2024,
www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145139.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 (2024), 7–8

Zeitschriftentitel

[Religion und Gesellschaft in Ost und West \(RGOW\)](#)

Weiterer Titel

Blick nach Südosten. Rumänien - Republik Moldau

Zürich 2024: [Selbstverlag](#)

<https://rgow.eu/zeitschrift/2024/7?idU=2>

32 Seiten

Preis Jahresabonnement (print&digital) CHF 110,00; Abo für Studierende CHF 65,00;
Einzelheft CHF 15,00

ISSN [2253-2465](#)

Kontakt

Religion und Gesellschaft in Ost und West (RGOW)
Abteilung Institut G2W
8002 Zürich, Bederstr. 76

Von

Regula Zwahlen, Forum RGOW, Religion & Gesellschaft in Ost und West (RGOW)

Als kleines Land im Südosten Europas erhält die Republik Moldau bei uns meist wenig Aufmerksamkeit. Mit Russlands Angriff auf die Ukraine hat sich das geändert, da die Republik Moldau direkt an die Ukraine grenzt. So suchten vor allem zu Beginn des Kriegs zahlreiche ukrainische Flüchtlinge Schutz in beiden Nachbarländern, zugleich kamen Befürchtungen auf, der Krieg könnte sich auf die Republik Moldau ausweiten.

Der Ukraine-Krieg hat jedoch auch Bewegung in die europäische Integration der Republik Moldau gebracht, deren EU-Beitrittsgesuch angenommen wurde, und mit der die Beitrittsverhandlungen im Juni 2024 begonnen haben. Mit seiner Lage am Schwarzen Meer und der im Bau befindlichen größten NATO-Basis Europas ist auch Rumänien für die europäische Sicherheit wichtiger geworden. Zugleich ist 2024 in Rumänien ein Superwahljahr, dessen Ausgang noch für Unruhe sorgen könnte.

Inhaltsverzeichnis

RUMÄNIEN

DIE (UN-)RUHE VOR DEM STURM? RUMÄNIEN IM SUPERWAHLJAHR 2024 Andrei Avram

Im November wählt Rumänien einen neuen Präsidenten. Der seit zehn Jahren amtierende Klaus Iohannis tritt mit vielen internationalen Lorbeeren ab, da er sich als strategischer Partner des Westens erwiesen hat. Innenpolitisch hat der Präsident seine Reformversprechen jedoch nicht eingelöst. Die große Koalitionsregierung von Sozialdemokraten und Liberalen und ihre taktischen Wahlabsprachen befeuern die Politikverdrossenheit.

EIN PATRIOT-SYSTEM FÜR DIE UKRAINE. WENDE IN RUMÄNIENS AUSSENPOLITIK Armand Goşu

Die rumänisch-ukrainischen Beziehungen haben sich in jüngster Zeit spürbar verbessert. Belastet waren sie zuvor vor allem durch revisionistische Forderungen auf ukrainische Gebiete und die Debatten um die „moldauische Sprache“. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine führte zu einem Umdenken der rumänischen Außenpolitik. So unterstützt Rumänien die Ukraine beim Getreideexport.

KRISENPHÄNOMENE. MEDIEN UND MEDIENFREIHEIT IN RUMÄNIEN Ana Maria Ciobanu

Unabhängiger Qualitätsjournalismus in Rumänien hat mit mehreren Herausforderungen zu kämpfen: Journalisten werden häufig schlecht bezahlt und sie sind Drohungen und Schikanen ausgesetzt, wenn sie kritisch über Politiker berichten. Zudem müssen neue tragfähige Finanzierungsmodelle für Medien gefunden werden.

KAMPF UM ANERKENNUNG. GESCHICHTE DER ROMA-SKLAVEREI IN RUMÄNIEN Delia Grigore

Die über Jahrhunderte andauernde Versklavung der Roma in Rumänien hat tiefe Spuren hinterlassen. Die Aufhebung der Sklaverei, ohne begleitende wirtschaftliche und soziale Maßnahmen, hat dazu geführt, dass die Roma in Abhängigkeit und Armut geblieben sind und nicht in die rumänische Gesellschaft integriert wurden. Negative Stereotypen, Ausgrenzung und Selbststigmatisierung dauern deshalb bis heute an. Dennoch haben Roma-Aktivisten erste Erfolge in der Anerkennung ihrer Geschichte erreicht.

Seite B 136 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

EIN PRÄGENDER FREIBRIEF. 800 JAHRE PRIVILEGIUM ANDREANUM Hans Bruno Fröhlich

1224 erhielten die deutschen Siedler in Siebenbürgen vom ungarischen König Andreas II. durch einen Freibrief eine Reihe von Rechten und Pflichten. Insbesondere das Recht, Amtsträger frei wählen zu können, sticht heraus und bedeutete viel Autonomie und Selbstverwaltung für die lokale Bevölkerung. Für die bis heute andauernde Selbstwahrnehmung der Siebenbürger Sachsen als eigene Volksgruppe spielte der Freibrief eine entscheidende Rolle.

VIELSEITIGE LITERATURLANDSCHAFT. DAS FILIT-FESTIVAL IN IAȘI Cristina Hermeziu

Im rumänischen Iași findet seit elf Jahren ein internationales Literatur- und Übersetzungsfestival statt, das jährlich ein großes Publikum anzieht. Das Festival dient auch zahlreichen jüngeren Autorinnen und Autoren aus Rumänien und der Republik Moldau als Bühne, um ihre neuesten Werke zu präsentieren. Nicht wenige Werke finden sich auch in deutscher Übersetzung.

REPUBLIK MOLDAU

WAHLEN IM HYBRIDEN KRIEG. RICHTUNGSENTSCHEID IN DER REPUBLIK MOLDAU Klemens Büscher

Die proeuropäische Regierung der Republik Moldau hat in ihrer ersten Amtszeit einiges erreicht, viele gravierende Probleme wie die schlechte Wirtschaftslage oder Korruption bestehen aber weiter. Der Ausgang der bevorstehenden Wahlen ist offen und wird für weitere Reformbemühungen und die europäische Integration entscheidend sein. Zugleich übt Russland direkt und über prorussische politische Kräfte massiven Einfluss auf die moldauische Politik aus.

IM SCHATTEN DES KRIEGS: ÄNGSTE UND HOFFNUNGEN IN DER REPUBLIK MOLDAU Petru Negură

Soziologische Umfragen zeigen eine Polarisierung der moldauischen Bevölkerung hinsichtlich der Frage, wer für den Krieg in der Ukraine verantwortlich ist. Qualitative Analysen weisen jedoch darauf hin, dass viele Menschen die gleichen Befürchtungen und Hoffnungen teilen. Ihre größte Sorge ist, dass die Republik Moldau in den Konflikt einbezogen wird, und daher befürworten sie eine rasche Konfliktlösung.

IN BEWEGUNG. DIE KIRCHLICHE SITUATION IN DER REPUBLIK MOLDAU Mihai-D. Grigore

Die Orthodoxie in der Republik Moldau ist gespalten. Lange Zeit dominierte die Moldauische Orthodoxe Kirche, die zum Moskauer Patriarchat gehört. Doch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Kriegstreiberei des russischen Patriarchen Kirill stellt viele Gläubige vor ein Dilemma. Viele ihrer Priester sind bereits zur Metropole Bessarabien der Rumänischen Orthodoxen Kirche übergetreten – eine Entwicklung, die von der pro-europäischen Regierung Moldaus unterstützt wird.

RUSSLANDS KRIEG EINFRIEREN? LEHREN AUS DEM TRANSNISTRIEN-KONFLIKT Ion Marandici

Trotz aller Solidarität mit der Ukraine angesichts von Russlands Angriffskrieg sind auch im Westen immer wieder Stimmen zu hören, die ein „Einfrieren“ des Konflikts fordern. Übersehen wird dabei die imperiale Denkweise der russischen Machelite. Zudem zeigt ein Vergleich mit dem „eingefrorenen“ Transnistrien-Konflikt, dass ein „Einfrieren“ keinen dauerhaften Frieden bringt. Zwar ist es im Fall von Transnistrien nach 1992 praktisch zu

Seite B 137 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

keinerlei Kampfhandlungen mehr gekommen, aber eine Lösung des Konflikts ist nicht in Sicht.

BUCHBESPRECHUNGEN:

Karl Pinggéra, Ovidiu Ioan (Hg.): Rumänische geistliche Väter des 20. Jahrhunderts. Eine Anthologie. Trier 2024

Daniel Munteau, Sorin Şelaru (eds.): Holding fast to the Mystery of the Faith. Festschrift for Patriarch Daniel of the Romanian Orthodox Church. Paderborn 2022

Zitation

Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 (2024), 7–8. , In: *H-Soz-Kult*, 11.07.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145313.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 71 (2023), 4

Zeitschriftentitel

[Jahrbücher für Geschichte Osteuropas](#)

Weiterer Titel

Evolution statt Revolution – Elitennetzwerke seit der Perestrojka

Stuttgart 2023: [Franz Steiner Verlag](#)

Erscheint vierteljährlich

Url

<https://www.steiner-verlag.de/brand/Jahrbuecher-fuer-Geschichte-Osteuropas>

190 Seiten

Preis

<https://www.steiner-verlag.de/brand/Jahrbuecher-fuer-Geschichte-Osteuropas>

ISSN [0021-4019](#)

Kontakt

Katharina Kucher

93047 Regensburg, Landshuterstr. 4

c/o

Jahrbücher für Geschichte Osteuropas

Von

Reinhard Frötschner

Seite B 138 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Heft 4 (2023) (<https://biblioscout.net/journal/jgo/71/4>) des 71. Jahrgangs der Jahrbücher für Geschichte Osteuropas ist ein von Corinna Kuhr-Korolev (Potsdam) herausgegebenes Themenheft, das den Titel „Evolution statt Revolution – Elitennetzwerke seit der Perestrojka“ trägt. Vier Beiträge untersuchen auf der Grundlage neu erschlossenen Archivmaterials, wie bestimmte soziale, politische oder kulturelle Gruppen in ehemaligen sozialistischen Staaten ihren Einfluss in dieser Umbruchphase aufrechterhalten und nutzen konnten. Adam Hudek (Prag/Bratislava) legt in seinem Artikel die Rolle ehemaliger kommunistischer intellektueller Eliten und ihrer Netzwerke in der Slowakei während des Übergangs zur „illiberalen Demokratie“ offen. Maren Francke (Potsdam) zeigt am Beispiel des István-Bibó-Kollegiums in Budapest, dass im Sozialismus erworbenes juristisches Know-how sowie gute persönliche Beziehungen zur Staatsspitze bei Eigentumskonflikten der 1990er Jahre einen entscheidenden Vorteil verschaffen konnten. Corinna Kuhr-Korolev untersucht und analysiert in ihrem Beitrag die teilweise bis heute bestehenden Strukturen und Netzwerke im russischen Museumswesen und deren Einflussnahme während der Perestrojka und in den darauffolgenden Jahren. Ia Eradze (Tiflis) beleuchtet schließlich unter verschiedenen Gesichtspunkten die georgische Zentralbank im Transformationsprozess der 1990er Jahre und zeigt, auf welche Wissensbestände und Kontakte währenddessen zurückgegriffen wurde.

Ergänzt werden die Beiträge durch 18 Rezensionen neuer Forschungsliteratur zur Geschichte Osteuropas, die über den Franz Steiner Verlag (<https://biblioscout.net/journal/jgo/71/4>) oder auf recensio.net (<https://www.recensio.net/rezensionen/zeitschriften/jahrbucher-fur-geschichte-osteuropas/index.html>) im Open Access zugänglich sind.

Inhaltsverzeichnis

ABHANDLUNGEN

Corinna Kuhr-Korolev: Einleitung: Evolution statt Revolution. Personelle Netzwerke seit der Perestrojka / Introduction: Evolution Instead of Revolution. Personal Networks since Perestroika

S. 537

Adam Hudek: National Communist Roots of the Slovak Post-1989 Illiberalism

S. 551

Maren Francke: Elitennetzwerke in der jungen ungarischen Demokratie. Umgang mit Restitutionsfragen am Beispiel des István-Bibó-Kollegiums / Elite Networks in Hungary's New Democracy. The István Bibó College as an Example of Dealing with Restitution Issues

S. 579

Corinna Kuhr-Korolev: Elitennetzwerke in der russischen Museumswelt – Von der Perestrojka bis in die 2000er Jahre / Elite Networks in Hungary's New Democracy. The István Bibó College as an Example of Dealing with Restitution Issues

S. 616

Ia Eradze: The Making of the Central Bank of Georgia in the 1990s: Conceptualizing Change and Historical Legacies

S. 655

REZENSIONEN

Andrej V. Doronin: "Mesta pamjati" rusi konca XV – serediny XVIII v. (rezensiert von Pierre Gonneau)
S. 681

Faith Hillis: Utopia's Discontents. Russian Emigrés and the Quest for Freedom, 1830–1930s (rezensiert von Frithjof Benjamin Schenk)
S. 683

Camille Labas: Kolchis und Iberien. Heidnische und frühchristliche georgische Geschichte bis zum 7. Jahrhundert (rezensiert von Frank Schleicher)
S. 685

Heiko Conrad: Geschichte und Wundergeschichten im Werk des Kirakos Ganjakec'i (13. Jh.). Armenien zwischen Chasaren und Arabern, Franken und Mongolen (rezensiert von Werner Seibt)
S. 688

Pál Fodor: The Battle for Central Europe. The Siege of Szigetvár and the Death of Süleyman the Magnificent and Nicholas Zrínyi (1566) (rezensiert von Lucien Frary)
S. 691

Orlando Figes: Die Europäer. Drei kosmopolitische Leben und die Entstehung europäischer Kultur (rezensiert von Karl Schlögel)
S. 693

Endre Sashalmi: Russian Notions of Power and State in a European Perspective, 1462–1725. Assessing the Significance of Peter's Reign (rezensiert von Simon Dreher)
S. 696

Jan Hendrik Issinger: Militärische Organisationskultur im Nationalsozialismus. Das Reserve-Polizeibataillon 61 und der Zweite Weltkrieg in Osteuropa (rezensiert von Peter Klein)
S. 698

Christina Lohm: Geschäfte mit Moskau. Die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion 1964–1982 aus Schweizer Perspektive (rezensiert von Stephan Merl)
S. 700

Matthias Vetter: „Wir bringen den Tyrannen den Tod“. Die russische Exilorganisation NTS im Kampf mit der Sowjetunion (rezensiert von Florian G. Mildemberger)
S. 702

Robert Leach: Sergei Tretyakov. A Revolutionary Writer in Stalin's Russia (rezensiert von Schamma Schahadat)
S. 705

Kateryna Jeremjejeva: Byty satyroju. Žurnal "Perec" v sociokul'turnomu seredovyšči Radjans'koji Ukrajinu (rezensiert von Rudolf A. Mark)
S. 707

Seite B 140 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Shimon An-Ski, Olaf Terpitz: Der Khurbn in Polen, Galizien und der Bukowina. Tagebuchaufzeichnungen aus dem Ersten Weltkrieg (rezensiert von Jens Hoppe)
S. 709

Anat Plocker: The Expulsion of Jews from Communist Poland. Memory Wars and Homeland Anxieties (rezensiert von Klaus-Peter Friedrich)
S. 712

Achim Wörn: Der Jischuw an der Oder. Juden in Stettin, 1945–1950 (rezensiert von Jan Musekamp)
S. 714

Hans-Jürgen Bömelburg: Lodz. Geschichte einer multikulturellen Industriestadt im 20. Jahrhundert (rezensiert von Hanna Kozińska-Witt)
S. 716

Oscar Szerkus: Die Sondergerichtsbarkeit des Polnischen Untergrundstaates (rezensiert von Werner Benecke)
S. 719

Serhy Yekelchyk: Writing the Nation. The Ukrainian Historical Profession in Independent Ukraine and the Diaspora (rezensiert von Guido Hausmann)
S. 721

CHRONIK

Nachruf Jan Plamper (1970–2023) (verfasst von Juliane Fürst)
S. 723

Zitation

Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 71 (2023), 4. , In: H-Soz-Kult, 04.07.2024, <www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145109>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) Hémecht. Zeitschrift für Luxemburger Geschichte 76 (2024) 2

Titel der Ausgabe

Hémecht. Zeitschrift für Luxemburger Geschichte 76 (2024) 2

Zeitschriftentitel

[Hémecht. Revue d'Histoire luxembourgeoise – transnationale, locale, interdisciplinaire / Zeitschrift für Luxemburger Geschichte – transnational, lokal, interdisziplinär](#)

Weiterer Titel

themenübergreifend

Luxemburg 2024: [Editions Saint-Paul](#)

Erscheint 4 mal im Jahr

<http://www.hemecht.lu>

128 Seiten

Jahresabonnement: 50€; Abonnement für Studierende: 25€; Einzelpreis: 22€ + Porto

ISSN [0018-0270](#)

Redaktion Hémecht

Institution

Hémecht. Revue d'Histoire luxembourgeoise – transnationale, locale, interdisciplinaire / Zeitschrift für Luxemburger Geschichte – transnational, lokal, interdisziplinär

L- 4366 Esch/Belval,

Maison des Sciences Humaines, 11, Porte des Sciences

Von

Sonja Kmec, Geschichtsabteilung, Universität Luxembourg

Das Heft 2/2024 der Hémecht. Revue d'histoire luxembourgeoise. Transnational, lokal, interdisziplinär, das soeben erschienen ist, enthält die Fortsetzung der von Marie-Cécile Charles vorgeschlagenen Analyse der Mirakel und wundersamen Geschehnissen, die vom 8. bis 18. Jahrhundert in den Klöstern des Herzogtums Luxemburg aufgeschrieben wurden. In diesem zweiten Teil erklärt sie, mit welchen Absichten diese Wunderberichte für ein Publikum außerhalb des Klosters verfasst wurden.

In einem weiteren Beitrag begleitet Olivier Latteur den luxemburgischen Jesuiten François-Xavier de Feller auf seinen Reisen zwischen 1765 und 1780 durch Mitteleuropa, Italien und die österreichischen Niederlande, wobei er den Denkmälern der römischen Antike, die er beschrieb, teils mit Begeisterung, teils mit Verachtung begegnete. Der letzte Beitrag, verfasst von Klaus Mayer, bietet die erste biografische Skizze des Neurologen und Psychiaters Théodore Witry (1871-1947), der in Trier und Metz praktizierte, bevor er nach Luxemburg zurückkehrte, um sich mit der Geschichte der Hexerei zu beschäftigen.

In der Rubrik „Geschichtsvereine“ stellen sich die Limpertsberger Geschichtsfreunde vor. Darauf folgen fünf Forschungsberichte in luxemburgischer Zeitgeschichte: Die Promotionsarbeit von Matteo Calabrese untersucht die Ursprünge und die Entwicklung der Investmentfondsindustrie; in ihren Masterarbeiten analysieren Merima Bahovic mit Hilfe der Digital History die Korrespondenz des Historikers Gilbert Trausch, Tim Wenzel die Karikaturen Roger Leiners im Lëtzebuurger Land und Anne Schaaf die Sexualaufklärungssendungen von Marie-Paule Molitor-Peffer auf RTL Radio Lëtzebuerg. Ulla Connors Doktorarbeit behandelt indes die Erfindung von Grenzregionen in kartographischen Praxen der Gegenwart.

Der Rezensionsteil umfasst Auseinandersetzungen mit der mittelalterlichen Töpferei, den Beziehungen zwischen Städten und Staat im mittelalterlichen Lothringen, einer humanistischen Bibliothek in Trier, der Geschichte des öffentlichen Gesundheitswesens im Minette-Revier, der Entstehung des Eisenkonglomerats ARBED, der Alltagsgeschichte von Esch-sur-Alzette und der luxemburgischen Beteiligung am Koreakrieg befassen.

Inhaltsverzeichnis

ALLGEMEINE GESCHICHTE

Marie-Cécile CHARLES, L'utilisation du fait miraculeux par les réguliers du Luxembourg du 8e au 18e siècle (2e partie) [The use of miracles by the regular clergy of Luxembourg from the 8th to the 18th century (2nd part)], S. 137-S. 151
Between the 8th and 18th centuries nearly 200 accounts of miracles, healings and other wonders were written down by monks and nuns in the territory of the former Duchy of Luxembourg.

These stories had many uses, both within and beyond the walls of the monasteries. Whereas the first section, published in Hémecht 76/1 (2024) explored the uses within the monastical communities, the second section looks at the way in which the accounts of miracles help us to understand the role that the regulars intended to play in the life of their contemporaries. The texts forge links with the outside world, aiming not only to attract people, but also to negotiate with them and guide them by influencing their representations and their identity.

Olivier LATTEUR, Entre fascination et répulsion. L'Antiquité romaine dans l'Itinéraire de François-Xavier de Feller (1765-1780) – Europe centrale, Italie, Pays-Bas autrichiens [Between fascination and repulsion. Roman Antiquity in François-Xavier de Fellers Itinéraire - Central Europe, Italy, Austrian Netherlands], S. 152-180

The Enlightenment was characterised by a fascination with classical antiquity. The influence of Antiquity was indeed apparent in many fields. However, this observation needs to be nuanced, as can be seen in the writings of François-Xavier de Feller (1735-1802). This Luxembourg Jesuit, best known for his criticism of the Enlightenment and his support for ultramontane Catholicism, was also a traveller who toured much of Europe (Central Europe, the Italian peninsula, the Austrian Netherlands, etc.). His travel account, written from 1765 and published posthumously in 1820, contains numerous observations on classical antiquity and ancient monuments. After a brief introduction of the author and the context in which he wrote his account, this article looks first at the repulsion he felt towards pagan and « amoral » antiquity, before examining the Jesuit's interest in several Roman monuments as evidence of an « admirable » past. Feller's point of view on the topic is complex, sometimes ambiguous, and varies according to the regions he travelled through, as the final part of the contribution sets out to demonstrate.

Seite B 143 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Klaus MAYER, Der Nervenarzt, Autor und Regionalhistoriker Théodore Witry (1871-1947). Ein transnationaler Lebensweg im Dreieck Luxemburg-Trier-Metz [The psychiatrist, author and regional historian Théodore Witry (1871-1947). A transnational life in the cross-border region of Luxembourg-Trier-Metz], S. 181-219

This paper is the first biographical study of the Luxembourg neurologist/psychiatrist Théodore Witry, who was also known in his home country as a writer and regional historian. After graduating from Luxembourg's Athenée, he studied chemistry in Germany before switching to medicine. In 1903, he opened his own medical practice for nervous and mental disorders, first in Trier and later in Metz, where he became a French citizen after World War I. He spent his retirement in Luxembourg, where he faced difficult years with the outbreak of WW II. Witry pioneered as psychiatrist and psychotherapist. His reports provide a vivid picture of mental health treatment in the early 20th century and its implementation outside of an inpatient setting. What was also unusual at the time and in the Catholic-dominated Moselle-Franconian region was that he addressed the issue of homosexuality, offering psychotherapeutic help to people who suffered from their disposition. The increasing preoccupation with the entanglements of sexuality and religion, „true“ and „false“ mysticism stoked Witry's interest in the phenomenon of stigmatization, which became his central theme in the late Metz years.

GESCHICHTSVEREINE

Lampertsbierger Geschichtsfrënn, S. 220-254

FORSCHUNGSBERICHTE

Matteo CALABRESE, The Fund Code. A History of Investment Funds in Luxembourg from the Holding Act to the UCITS Legislation (1929–1989), PhD thesis, University of Luxembourg. Supervisor: Prof. Dr Benoit Majerus, S. 221-224

Merima BAHOVIC, Computer-Assisted Interpretation in Digital History: Adopting a Distant Reading Approach to Gilbert Trausch's Correspondence, Master in European Contemporary History, University of Luxembourg, 2023. Supervisor: Prof. Dr. Andreas Fickers, S. 224-228

Timo WENZEL, Roger Leiner und die luxemburgische Gesellschaft. Der Comiczeichner als Karikaturist beim Lëtzebuerg Land; Master en histoire européenne contemporaine, Universität Luxemburg 2023. Betreuer: Prof. Dr. Benoît Majerus, S. 228-230

Anne SCHAAF, Wenn das Unsagbare sagbar wird – Sexuelle Aufklärung(en) auf RTL Radio Lëtzebuerg in den 1980er Jahren; Master of Arts, Universität Trier, 2022. Betreuerin: Dr. Eva Bischoff, S. 230-233

Ulla CONNOR, Les frontières territoriales comme pratique. L'invention de la région frontalière dans la cartographie transfrontalière. Thèse de doctorat en sciences sociales, Université du Luxembourg 2022, directeur de thèse: Dr. Christian Wille., S.234-236

REZENSIONEN (Volltext einsehbar auf recensio.net), S. 237-254

Christiane Bis-Worch rez.

Production et commerce de la poterie médiévale entre Seine et Rhin (Les cahiers du G.R.A.S.B. / Musée d'Autelbas 50/2021-22); 132 S. ; 25 €.

Seite B 144 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Michel Pauly rez.

Villes et constructions étatiques en Lorraine (XIIIe -XIVe siècles). Actes de la journée d'études du 12 janvier 2022, sous la direction de Dominique Adrian et Léonard Dauphant (Publications historiques de l'Est, 77), [Nancy] 2023, 162 p.; ISSN 2677-8696; 23 €.

Joëlle Weis rez.

Bibliotheca publica civitatis Trevirensis. Die Wissenschaftliche Bibliothek der Stadt Trier. Beiträge von Gunther Franz zur Geschichte der Stadtbibliothek Trier und ihrer Schätze. Festgabe zum 80. Geburtstag von Gunther Franz, hg. v. Michael Embach / Franz Irsigler, Trier: Verlag für Geschichte und Kultur, 2022; ISBN: 978-3-945768-26-6; 59 €.

Stefan Krebs rez.

Fondation Bassin Minier (Hg.), La santé publique dans le Bassin Minier: L'évolution de la santé publique dans le sud du Luxembourg (1870-2020) / Gesundheitswesen im Bassin Minier: Beiträge zu einer Geschichte des Gesundheitswesens im Süden Luxemburgs (1870-2020), (Mutations. Mémoires et perspectives du Bassin Minier, 12), Luxembourg: Imprimerie Heintz 2022; 180 S.; ISSN 2078-7634; 25 €.

Christian Marx rez.

Charles Barthel, Les forges du Bassin minier luxembourgeois sous le signe de la concentration dans l'industrie lourde en Allemagne wilhelmienne 1903/04-1911/12 (deuxième partie) : L'émergence de l'Arbed (1904/05-1913), (Terres rouges, 7), Luxembourg : Archives nationales de Luxembourg 2022 ; 402 p. ; ISBN 978-2-919773-31-2 ; 40 €.

Julia Harnoncourt rez.

Ania & Christian Muller (Hg.) Vergessene Geschichten aus Esch. Zum 60. Geburtstag der „Escher Geschichtsfrënn“, Differdange: Éditions Revue, 2024; 192 S.; ISBN 978-99959-45-66-4; 45€.

Matthias Boucebci rez.

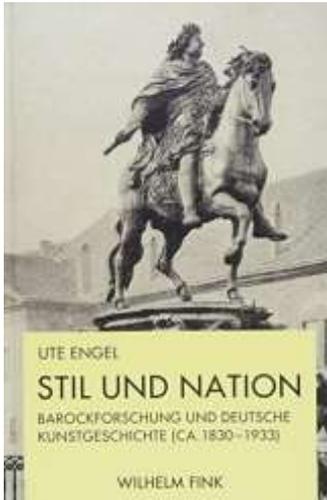
Musée National d'Histoire Militaire – Diekirch, D'Koreaner aus dem Lëtzebuenger Land, Les volontaires luxembourgeois de la Guerre de Corée (1950 - 1953), Luxembourg: Johnen Print, 2023 ; 300 p. ; ISBN 978-2-9199612-6-9 ; 39 €.

Zitation

Hémecht. Zeitschrift für Luxemburger Geschichte 76 (2024) 2., In: *H-Soz-Kult*, 29.07.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145570.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

A. Besprechungen (Seiten B 145 – B 158)



- 01)** Ute Engel: Stil und Nation. Barockforschung und deutsche Kulturgeschichte, ca. 1830-1933. (129 + 2 Abb.). (Paderborn) Wilhelm Fink (2018). 798 Seiten. ISBN 978-3-7705-5492-8. € 128,00 (D).



Reinhard LIESS: Streifzüge durch die klassische Kunstgeschichte mit einer Kritik an Picasso. 3 Bände, Schnell & Steiner, Regensburg 2021, 1695 S., Abb., ISBN 978-3-7954-3639-1.

(Das vom Rezensenten in seine Rezension miteingebundene Werk von Reinhard Liess lag der Redaktion nicht vor)

Der Abschluss meiner Rezension des bereits 2018 erschienenen Buches von Frau Professorin Ute Engel ließ auf sich warten. Der Grund dafür lag nicht in einem Versäumnis, sondern – wie mehrfach mit Reinhard Hanke als Verantwortlichem für den Rezensionsteil in „Preußenland“ wie befreundeten Kollegen diskutiert – in der Frage, inwieweit das Buch für das Jahrbuch der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung überhaupt interessant sein kann und mehr noch in der Frage, ob meine Kritik, die über das zu besprechende Buch hinaus in Grundsätzliches geht – und auch Ute Engel geht es um Grundsätzliches –, an dieser Stelle angemessen ist. Allein, die Rezension wurde gewünscht, und vielleicht ist sie aufgrund von Entwicklungen auch in unserem Wissenschaftszweig sogar nunmehr aktueller, als sie es 2018 hätte sein können.

Immer wieder habe ich mich neu mit dem Buch befasst, es wurde in Teilen mehrfach gelesen, eine Reihe von den genannten kunsthistorischen Werken antiquarisch erworben und mit Engels Darstellung verglichen, die Rezension mehrmals umgearbeitet und gekürzt. Sie bleibt lang. Zum Verständnis meiner Kritik wird Engels Buch mit einem – nicht allein für die Kunsthistoriker in der HiKo vorzustellenden – Meisterwerk bewusst als Gegenbeispiel verbunden, und wenn früher in wissenschaftlichen Periodika um Quellen und ihre Deutungen gestritten wurde, so stelle ich mich gerne der Kritik, der Diskussion.

„Die Schönheit eines klassischen Kunstwerks will gesehen und als Gesehene kontempliert und verstanden werden. Aber die moderne und Gegenwartskunst hat ob der Platitüden oder auch Brutalisierung ihrer Produkte zu einer allgemeinen Vergröberung der Sinne beigetragen und sie für das Sehen und Verstehen klassischer Schönheit unempfindlich gemacht.“

Wer so schreibt, ist der emeritierte Professor für Kunstgeschichte und Rubens-Forscher Reinhard Liess in seinem monumentalen dreibändigen Werk „Streifzüge durch die klassische Kunstgeschichte mit einer Kritik an Picasso“. Sein Werk ist ein Manifest – des Sehens, der Schönheit, der Kunst. Es ist die (umfang)reichste, durchkomponierteste und auf einer faszinierenden Bildungshöhe aufbauende „Provokation“ freier Kunst(geschichte). Der sperrige Titel täuscht; keine weitere Studie zu Picasso, sondern ein Meisterwerk der Kunstbeschreibung, eine Offenbarung des genauen Betrachtens, von Gemälden zu Gemälden, von Skulptur zu Skulptur; ein von den Fingerspitzen Dürerscher Bilder bis zu den großen Fragen der Kunst reichendes Lehrbuch, das aus dem „Ermüdungszustand“ gegenwärtiger Kunstwissenschaften ausbricht, indem es zu jenem unerschöpflichen Reichtum unserer antiken wie abendländischen Kultur hin- und in die Höhe deutschen Nachdenkens über Schönheit und Wahrheit in der Kunst hinaufführen will, wie sie seit Winckelmann unserem Land eigen war.

Das bewusst gewollte Gegenteil von Professor Liess Werk ist Ute Engels „Stil und Nation“. Schon mit dem Anfangszitat, Adornos Ablehnung der „Einfühlung“ in Kunstwerke, zeigt sich der Unterschied, denn auch Engel lehnt „Versenkung“, „Erleben“, „Geistigkeit“ und dergleichen ab – sie will es vermeintlich sachlich. Was folgt, Engels Untersuchung zu Anfängen und Entwicklung der Barock- und Rokokoforschung mit Blick auf bedeutende, weil oft grundlegende, deutsche Kunsthistoriker des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, ist ein Meisterwerk ganz heutiger Wissenschaftsgeschichte im Sinne des „heute weitgehend gültigen konstruktivistische[n] Ansatz[es] der Nationalismusforschung“ (S. 93–95), ist ein beachtliches Zusammentragen von Primärquellen – darf aber Carl Justi „Velazquez“ (S. 37) wirklich fehlen? –, wie zugleich ein sich-absicherndes Anhäufen der Anmerkungen mit möglichst neuester Sekundärliteratur naher Kollegen und Kolleginnen (S. 16).

Doch ein Meisterwerk des Barockverständnisses liegt nicht vor. Vielmehr stellt sich, durch Liess und am Barock selbst geschult, gleich anfangs die Frage nach der Fähigkeit verstehenden Sehens der Professorin für Kunstgeschichte des Mittelalters an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Bricht ein Kunstfragen behandelndes Buch nicht im

Seite B 147 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Kern zusammen, wenn es am Erkennen (der Idee) eines Kunstwerks scheitert? Hätte ich meine Rezension anhand des folgenden Beispiels nicht kurz fassen können, vor allem wenn ich sie für „Preußenland“ auf die Barockforschung zu Preußen begrenze?

Hier gilt Engels Interesse der Schlüter-Forschung, vor allem dem Denkmal für Kurfürst Friedrich Wilhelm, welches den Umschlag zielt, das ihr also wichtig ist, zumal sie damit ihr Buch auch schließt. Engel beschreibt, wie verschiedene Kunsthistoriker Schlüters Reiterstandbild sahen, mit welcher Wortwahl sie es beschrieben, und Engel fasst in ihrem „Fazit“ zusammen, dass sich „aus den verschiedenen Bildperspektiven [...] ablesen [läßt], wie sich die Deutung dieses Monuments, abhängig von den jeweiligen Zeitumständen, verschob: von einer sachlich dokumentierenden Seitenansicht in den graphischen Darstellungen Wilhelm Lübkes oder Ernst Försters von 1863 (Abb. 5, 6), über die, jeweils in Nachkriegszeiten publizierte und in diesem Zusammenhang die herrschaftliche Machtfülle des siegreichen Feldherrn betonenden, Diagonalsichten von schräg unten bei Gustav Ebe 1886 (Abb. 25) oder Albert Erich Brinckmann 1919 (Abb. 86), bis zur mit Schlaglicht ausgeleuchteten Stilisierung zum deutschen Heros bei Wilhelm Pinder 1933 (Abb. 129, Farbtaf. 8). Vom deutschen Kaiserreich, über den Ersten Weltkrieg und die Weimarer Republik, bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde auf diese Weise in Text und Bild gleichermaßen das Heroische als eine zentrale Kategorie der deutschen Barockinterpretation in Szene gesetzt.“ (S. 716f.)

In diesen zwei Sätzen sind Stil und Grundhaltung Ute Engels perfekt enthalten. Sie demonstrieren, dass die Kunsthistorikerin nicht sehen kann oder will. Denn die von ihr als „sachlich“ bezeichneten Seitenansichten werden als Zeichnungen dem Schlüterschen Werk nicht nur kaum gerecht, sondern so wird niemand heute – da der Große Kurfürst vor dem Charlottenburger Schloss steht – dieses Denkmal betrachten. An seinem ursprünglichen Standort aber, auf der Langen Brücke beim Schloss in Berlin, war dasselbe vom Bürgersteig in den Fluss hinein zurückgesetzt (S. 116f., Abb. 3, S. 153), womit jeder, der an ihm vorbeilief oder seitlich versetzt vor ihm stand (genau vor das Denkmal stellt sich wohl niemand!), den Feldherrn, als welcher Kurfürst Friedrich Wilhelm dargestellt ist, eben genau so sah, wie auf den von Engel politisch gedeuteten und abgelehnten Fotos: von schräg unten, von unten, weil das Werk auf einem hohen Sockel steht. Und so hat sich in der Deutung auch nichts „verschoben“, denn nicht anders war das Denkmal von Schlüter gedacht, genau so wurde es richtig von all den von Engel vermeintlich widerlegten Kunsthistorikern gesehen, verstanden und fotografisch richtig abgebildet. Es ist ein Herrscherreiterstandbild, wie es seit der Antike Tradition war, nicht das Abbild eines bürgerlichen Bürgermeisters oder träumenden Dichters, – das mag die postheroische Professorin ablehnen, der Irrtum der Betrachtung liegt aber sicherlich nicht bei dem „umstrittensten“ Wilhelm Pinder (S. 18). – Und auch den zweiten Satz lese man nochmals: Das „Heroische als eine zentrale Kategorie“ etwa bei Werken Ignaz Günthers (Farbtafel 4) oder der Bibliothek in Sanssouci oder bei der Wieskirche (Farbtafel 7, Abb. 120)? So platt sollen sie gesehen und gedacht haben, die deutschen Kunsthistoriker?

Jedoch will Ute Engel uns in ihrem Buch die Barockkunst selbst auch gar nicht näher bringen. Trotz Nennung einzelner Bauwerke oder Skulpturen – die Malerei spielt kaum eine Rolle – treten die Kunstwerke an sich zurück, tritt auch die ganz sachliche Grundlagenforschung zurück. Vielmehr geht es Engel um Lebenswege, Gesinnung, Publikationen, Wortwahl derer, die sich mit dem Barock insgesamt und einzelnen Werken befassten, wobei sie vor allem „die Verknüpfung von kunsthistorischer Forschung und Nationaldiskurs“ herauszuarbeiten versucht (S. 144, 444). Das ist durchaus interessant. Wenn sie dabei aber zum Beispiel ihr Großkapitel „Stil und Nation“ enden lässt: „Der Barock wurde [...] von der Religion und damit auch von einem Großteil seiner ursprünglichen, historischen Funktion abgetrennt, und es wurde möglich – gerade im deutschen Diskurs – ihn zunehmend nationalistisch zu vereinnahmen“ (S. 144), so merkt sie anscheinend nicht, wie sehr sie selbst ihre Wissenschaftsgeschichte von dem Objekt derselben – dem Barock – abtrennt. Und derartige Behauptungen machten dann doch meinen Blick in das zufällig

zunächst liegende ältere Werk (Martin Wackernagel: Die Baukunst des 17. und 18. Jahrhunderts, Berlin 1915) notwendig und zeigten beim flüchtigen Blättern gleich auf S. 16ff. Erklärungen zu den „religiösen Anregungen und Eindrücken“ im katholischen wie protestantischen Kirchenbau. Engel daraufhin prüfend, findet sich, dass sie selbst – Wackernagels Werk auf S. 448–454 besprechend – seine „Versuche [...], den Barock in seinen spezifisch historischen Kontexten zu verorten“ hervorhebt.

Aber nicht diese winzige Probe, der sich weitere anschlossen, widerlegt obige Behauptung. Vielmehr scheint Engel trotz ihrer Darstellung der „Nationwerdung“ von Tacitus bis Wagner gänzlich das geistig-kulturelle Umfeld, in dem die Hochschullehrer des 19. und frühen 20. Jahrhunderts wirkten, vergessen zu haben. Es waren Männer, denen noch eine hohe, von der Antike, der klassischen Musik, der Dichtung, wie dem Werk Goethes und der Schillerschen Ästhetik, dem Sprachenreichtum und der Natur – ja auch dem Wald (S. 122) – geformte Bildung eigen war. Diese floss in ihre Werke ein und diese nahmen sie auch bei ihren Lesern an.¹

So reißt Engel die Barockforschung aus ihren vielfältigen Zusammenhängen und ordnet sie allein einem ganz heutigen politischen Kanon unter, der Nation, Volk, gar Nordisches nicht mehr erkennen und dulden will; von Unterschieden, von Eigentümlichem oder von Herausragendem in der Kunst, beim Menschen, nichts hören möchte, und – überspitzt formuliert – Menschen, die nicht bereits im Wilhelminische Kaiserreich Widerstandskämpfer gegen alles Deutsche waren, geradezu als Vorbereiter eines „nationalen Identitätskonstrukts“, des Nationalsozialismus, ansieht (u.a. Umschlagtext, S. 132, 704). Es darf bei Ute Engel nahezu nirgends ohne Hinweise auf das „Nationalistische“, „Völkische“ oder „Gefahren der deutschen Barockforschung“ (S. 34) gehen; glücklich, wenn mal einer „erstaunlich frei von Chauvinismus“ war (S. 257). Kein noch so bedeutender Begriff – wie etwa „Gesamtkunstwerk“ (u.a. S. 454, 704–714) –, kein noch so großes Forschungsunternehmen – wie die auch großartig illustrierten Bände der Propyläen Kunstgeschichte (S. 698–704) –, jedes Kapitel hat irgendwie negativ zu enden, wenn es nicht gleich mit dem Nationalsozialismus verbunden wird, denn wie könnte Engel eine Anerkennung „großer Forschungsleistungen“ (S. 698) oder „faszinierende Film- und Fotoarbeiten“ (S. 713) einfach als solche stehen lassen.

Und so zeigt sich auch hier – um zwischendurch an meinen Anfang zurückzukehren – der Unterschied zwischen Engels „Stil und Nation“ und den „Streifzügen“ von Professor Liess: Hier ein dekonstruieren-wollendes, nahezu bloß referierendes, Negatives betonendes und von der Kunstgeschichte als Kunst abgewandtes Buch. Dort ein aufbauendes, in seiner Freiheit selbstständigen Denkens und seinem uns mitnehmenden Sehen bereicherndes Werk, das ganz aus dem Geist zugewandter Kunstbetrachtung geschrieben ist. Diese Zugewandtheit, ja Leidenschaft für die Schönheit war auch die in ihren Werken zu spürende Grundhaltung der alten Kunsthistoriker. Wie aufbauend aber waren sie dabei! Welche Bedeutung lag in ihren Werken für die Denkmalpflege, die Architektur,² die allgemeine Bildung! Pinders „Deutscher Barock“ bzw. „Deutsche Barockplastik“ der Reihe „Die Blauen Bücher“ (Farbtafel 8) stand wohl in jedem „gutbürgerlichen Haus“ – auch ich blätterte darin als Kind mit Freude.

¹ Da Engel das Werk nicht zur Kenntnis nimmt, sei für die Einbettung einer Künstlerbiographie in den historischen Kontext und für die hohe Bildung des Forschers zumindest verwiesen auf Carl Justi berühmtes Werk „Velazquez und sein Jahrhundert“, Erstauflage 1888; in der Auflage von 1933 die Charakterstudie zu Justi von Wilhelm Waetzoldt. Engel bringt Justi gerade einmal auf S. 217–220, alle weiteren Seitenzahlen im Personenregister verweisen nur auf Wiederholungen bzw. wiederum diese Seiten.

² Es ist anzumerken, dass Engel zwar ein Kapitel zum Neubarock bringt (S. 256–260), sogar diesen einmal „nicht als eindeutig ideologisch“ aufgeladen für das Kaiserreich sieht, aber wesentliche Werke für die Übertragung der Barockforschung in die Architektur, nämlich Paul Schultze-Naumburgs „Kulturarbeiten“ und Paul Mebes „Um 1800“, werden in zwei Fußnoten abgeschoben (S. 460, Anm. 585, bzw. 652, Anm. 281, zu Schultze-Naumburg) bzw. gar nicht genannt.

Und so ist zu fragen, ob die Zitate bei Engel nicht doch nur zu ihrer theoretischen These passend herausgepickt wurden? Oder ob sie, wie Fussnoten andeuten, oft nur neuerer Sekundärliteratur entnommen wurden?³

Jeder Historiker muss wählen, aber es zeigt sich – wenn man in die Originale schaut – doch, wie eingeschränkt Engel wählt. Die plattesten Klischees zum Kaiserreich durchziehen die Unterkapitel „Nationalismus und Kulturkritik“, „Was ist deutsch?“ oder „Die ‚Ideen von 1914‘“. Aber auch in Nebensätzen, mit Winzigkeiten werden sie bedient, etwa auf S. 652: aus nicht einmal einem Zitat Pinders, sondern allein mittels eines Schlenkers zu Hans F. K. Günthers „Rassenkunde“ sieht Engel nicht allein Pinders sondern geradezu insgesamt „die Argumente der Kunsthistoriker als anfällig für rassistische Interpretationen [erwiesen], die dem Nationalsozialismus Vorschub leisteten“; „antisemitische Klischees“ bei Brinckmann sind derart dürftig belegt, dass sie in der Anmerkung (S. 537, Anm. 26) geradezu zurückgenommen werden müssen; in dem Unterkapitel „Das deutsche Volk als Letztwert“, das die „mythische Überhöhung und Emotionalisierung der Letztwerte Volk und Volksgedanke“ knapp referiert, wird Moeller van den Bruck nur mit der „Bereitschaft für den Führergedanken“ aufgrund der „Enttäuschung durch den Parteigedanken“ zitiert (S. 138), – einen Satzbrösel, den Engel, statt ihn mit sieben (!) Belegen in Anmerkung 501, einfacher mit dem Original hätte vergleichen und, da im Zusammenhang unpassend, gleich hätte streichen können.⁴ Dem vermeintlichen „Letztwert“ ließe sich – als Zeichen angestrebter Ausgewogenheit – Zitat um Zitat aus der Gedankenfülle von Moeller van den Brucks reichem Werk „Italienische Schönheit“⁵ entgegenstellen. Aber Engel kommt lieber gleich mit dem nächsten Wortfetzen – „Cäsarismus“ –, um so auch Spengler abgehandelt zu haben, dann noch die Nennung des George-Kreises mit einem (!) Buchtitel, um mit der „mythischen Überhöhung“ wieder ein Kapitel geradezu diffamierender Belanglosigkeit zu schließen (S. 139).

Ja, jeder Historiker legt die von ihm herangezogenen Quellen aus. Aber liegt in dem winzigen Zitat auf S. 288 wirklich „noch die Kampf-Rhetorik des Deutsch-Französischen Krieges“?⁶ Kann das von Engel etwa auf S. 143 wieder einmal von Brinckmann ausgewählte Zitat, das vermeintlich den „lautstark vorgetragenen Anspruch auf die Überlegenheit der deutschen Kunst“ „unmißverständlich“ markiere, nicht durchaus vollkommen anders gedeutet werden? Interessanter aber ist, dass gerade mit der Herkunft dieses Zitates sich zeigt, wie sehr Engel – und nicht Brinckmann! – den Barock aus dem gesamteuropäischen Entwicklungen des Barock und die Barockforschung aus dem europäischen Kontext herauslöst, denn Brinckmanns Worte stammen vom Internationalen Kunsthistorikerkongreß in Stockholm. Auf dergleichen Internationalität geht Engel nicht ein, und so erfahren wir auch nicht, wie „nationalistisch“ etwa französische oder polnische Kunsthistoriker damals ihre Kunst interpretierten, ihr Denken vortrugen.

³ Engel wird etwa Brinckmanns „Geist der Nationen. Italiener – Franzosen – Deutsche“, Hamburg 1936, nicht gelesen haben, sondern beruft sich trotz Nennung im Literaturverzeichnis auf neuere Aufsätze (S. 537, Anm. 25; S. 544; S. 549, Anm. 43, 44). Es ist unwahr, dass dieses Buch „nur als Folie [diente], um die angeblich alle anderen Nationen überragende Leistung Deutschlands herausstellen zu können“, vielmehr finden wir hier, was wir bei Engel nicht finden, z. B. Vergleiche aus der Literatur französischer Historiker. Engel macht es sich hier wie überall etwas zu leicht, und so sei Brinckmanns Schluss (S. 273) zitiert: „Am Ende formen sich drei Ringe als Dreipaß ineinander – dreierlei, doch ein Einzig-Eines. Drei Typen begrenzen nicht drei Nationen, aber sie bilden ihren Kern. Stücke des einen sind in jenen anderen eingesprengt. Die europäische Gemeinschaft ist dauernd im Begegnen, dauernd im Gegensatz, dauernd im Ausgleichen. Ohne alles dies wäre keine der drei Nationen, was sie ist, was sie aus sich machte [...]“.

⁴ [Arthur] Moeller van den BRUCK: Das dritte Reich, Berlin 1923; Nachdruck Toppenstedt 2006, S. 228.

⁵ [Arthur] Moeller van den BRUCK: Die italienische Schönheit, München 1913, 755 S., 118 Abb.

⁶ Es wäre dann doch genauer herauszuarbeiten, inwieweit sich die Kriege 1870/71 oder 1914–1918 auf allen Seiten in der Kunstgeschichte sprachlich niederschlugen. Ich verweise auf ein von Ute Engel nicht genanntes Werk zu dem französischen Porträtmaler Maurice Quentin de La Tour, dessen Pastelle im Ersten Weltkrieg in St. Quentin von deutscher Seite sichergestellt und noch im Krieg in drei Auflagen prächtig publiziert wurden; vgl. Hermann Erhard: La Tour, der Pastellmaler Ludwigs XV., 3. Aufl. Bapaume bzw. München 1918. Auch derart versöhnliche Beispiele hätte Engel wählen können.

Der europäische Blick fehlt bei Engel ganz. Zitiert sie anfangs zwar mal auf Französisch und Italienisch, findet sich sogar der Hinweis auf die bekannte französische Ablehnung des italienischen Barocks eines Bernini, so bleiben dergleichen europäische Bezüge alibihaft, verstummen. Jeder Blick über die Grenzen ihres (selbst eingestanden) eingeengten Deutschlandbegriffs (S. 26) entfällt. Engel bleibt ganz „nationalistisch“ bei der deutschen Barockforschung. Da waren Denken und Wissen derer, die sie gerne desgleichen bezichtigt, dann wohl doch etwas europäischer, etwa bei dem nun schon mehrfach genannten Brinckmann: Selbstverständlich geht dieser von italienischen wie französischen Sprachkenntnissen seiner Leser aus,⁷ er verliert die Weite Europas nie vergleichend aus dem Blick; noch 1942 gab er sein „Giotto bis Juvarra – Ewige Werte italienischer Kunst“ zweisprachig italienisch-deutsch heraus. Aber für Engel ist er ein „Kunsthistoriker, der explizit nicht nur auf nationalistische, sondern auch auf rassistische Denkmuster rekurriert“ (S. 536) – so einfach kann's gehen!

Natürlich könnte ich derart zu der 718-Textseiten umfassenden Habilitation Engels nun Anmerkungen machen, wiederholen, was die Frau Professorin zu all jenen von ihr vorgestellten, breit zitierten Gelehrten durchaus an Beachtlichem zusammengetragen hat. Nach Einleitung und Forschungsstand, nach sich abarbeitenden Kapiteln zur „Nationwerdung“ der Deutschen (S. 93–143) folgt der Gang durch das eigentliche Thema, und es soll genügen, anzuerkennen, dass Engel kenntnisreich die Entwicklung der Kunstwissenschaft im Bereich der Barockbaukunst und -skulptur bis in Feinheiten der Begriffsbildungen oder in Zusammenfassungen einzelner Bücher darstellt, von Jacob Burckhardt über Robert Dohme, Cornelius Gurlitt, Heinrich Wölfflin, Alois Riegl, Georg Dehio, Wilhelm Pinder, Nikolaus Pevsner bis zu Werner Weisbach. Und neben dieser meiner Namensauswahl möchte ich noch einige Kapitelüberschriften auflisten, um die Themenvielfalt des auch geistigen Raumes zu veranschaulichen, über den Engel mitnachzudenken meint: „Der George-Kreis: ‚Geheimes Deutschland‘ und ‚geheime Gotik‘?“, „Andacht und Krafftülle“, „Katholizismus, Protestantismus und Deutschtum“, „Symmetrie: Freiheit oder Unterordnung“, „Der Barock als malerischer Stil?“, „Das Herkulische“, „Raum und ‚Zauber des Lichtes‘“, „Licht, Luft und Verwandtschaft mit dem All“, „Von ‚bewegter Kraft‘ zur ‚Vergeistigung‘“, „Pinders Sprachschöpfungen“, „Barock als ‚Tiefenschönheit‘“.

Doch immer wieder schrieb ich ein „Und?“ an den Rand, denn warum dies oder jenes Zitat, wenn es nicht auf den Wert seiner Erkenntnis, auf seine gedankliche wie inhaltliche Richtigkeit hin geprüft wird? So referiert Engel, laufend Begriffe in Anführungsstriche setzend, darüber, wie dieser und jener etwas beurteilt, beschrieben, bebildert hat – und dann? Nichts! Kein Vergleich, kein Gegenargument. Aber käme es nicht wenigstens beispielhaft auf eine Darstellung der bis heute gültigen „großen Forschungsleistungen“ (S. 698) oder des Weiterführenden oder des durch neuere Forschungen Überholten an, bei einer Wissenschaftsgeschichte? Ist seither z. B. zur Würzburger Residenz⁸ in der Forschung Wesentliches hinzugekommen? Was nützt Engels verdienstvolles Ausgraben vergessener Kunsthistoriker mit ihren Schriften, wenn sie nicht sagen kann oder will, was bleibt oder/und was die Alternative in Sprache, Forschungsansatz, Forschungsziel sein kann? Da fragt sich der Rezensent dann doch, warum er wissen muss, dass Hans Rose Begriffe „aus dem semantischen Feld der ‚Totalität‘“ bevorzugte.

Hier also kämen wir zum Grundsätzlichen: Von Anfang an steht für Engel fest, dass es eine nationale Kunst, eine Kunst der Völker und Stämme zumindest nicht in der Form gibt, wie

⁷ Vgl. neben Anm. 3 u. a. A. E. BRINCKMANN: *Schöne Gärten – Villen und Schlösser aus fünf Jahrhunderten*, München 1925.

⁸ Ich nenne diese beispielhaft, weil etwa das große Werk von Richard SEDLMAIER/Rudolf PFISTER: *Die fürstbischöfliche Residenz zu Würzburg*. 2 Bde. München 1923, bei Engel fehlt, wie Sedlmaier selbst fehlt.

sie die von ihr besprochenen Kunsthistoriker für Barock und Rokoko über Jahrzehnte als eine (!) Grundlage angenommen bzw. herausgearbeitet haben. Eine Beweisführung des Gegenteils strebt Engel nicht einmal an. Diese wäre dann aber aufgrund der vielen Behauptungen doch wohl angemessen, etwa wenn Engel einleitend schreibt, Pevsner „meinte“ (!) „innerhalb des sich wandelnden Zeitstils Barock ‚Ortsstile‘ erkennen zu können“ (S. 19). Er „meinte“ das – gibt es sie nicht? Erkennt Engel sie nicht?

Die Verwerfung des Eigenen, klingt bei Engel nicht nur an, sie reicht bis zu den poetischen Wortschöpfungen der Kunsthistoriker – an denen sie sich abarbeitet. Das mag eine politische Haltung vor allem an deutschen Universitäten sein. Aufgrund meines Lebens in Catania wie Palermo kann ich sagen, dergleichen wäre dort nicht möglich. Selbstverständlich gibt es einen barocco siciliano bzw. eine Sicilia barocca, selbstverständlich ist der Barock um Catania und Noto etwas anderes als der in Palermo und selbstredend wird in den Forschungen hierzu von italienischen wie englischen Kunsthistoriker dies auch betont; selbstverständlich werden Jahr für Jahr bei den Denkmalwochen („Le vie dei tesori“) in Palermo etwa die Werke der Stuckateurfamilie Serpotta⁹ mit größtem Stolz aufgrund ihrer Einmaligkeit präsentiert – und all diese Unterschiede, all dies Herausragende ist sichtbar.¹⁰

Warum soll es also einen deutschen Barock, ein deutsches Rokoko in ihren eigenen Ausprägungen – „deutschem Sehen“ (S. 664–687) –, in ihren Umwandlungen aus dem aus Italien und Frankreich Aufgenommenen nicht geben? Warum nicht auch hier aus dem Geist unseres Landes und Volkes Anderes, Herausragendes, auch Überraschendes? Engels (von mir so verstandene) Ablehnung dergleichen Fragen begründet sie nicht. Antworten darauf wurde aber gesucht von denen, über die Engel schreibt.

Der Barock ist eben nicht in China entstanden, auch nicht in Afrika. Der Barock hat sich in Europa, im Abendland herausgeformt, und hier wiederum wurde er von Portugal bis Moskau aus einem je anderen Geist und Wesen umgeformt. Es ist geradezu grotesk, daran erinnern zu müssen, dass, wer ein Buch zum Barock zur Hand nimmt, stets die entsprechenden Einteilungen nach Ländern bzw. Nationen findet,¹¹ umso interessanter, wenn Brinckmann dazu schreibt: „So wäre [zwar] eine Trennung der Darstellung nach Nationen und Ländern zu rechtfertigen. Eine Zusammenfassung jedoch nach Baukunst, Malerei, Skulptur entspricht besser dem historischen Vorgang, denn die Nationen hatten durchaus das Gefühl, europäisch zu bauen, zu malen, zu meißeln.“¹² Auch so können Zitate gewählt werden!

Wir können den europäischen Barockraum also – aufgrund des gründlichen Arbeitens sorgfältiger Kunsthistoriker bis heute – genauer auffächern; können, ähnlich wie die von

⁹ Dergleichen Hinweise sind in diesem Zusammenhang nicht unwichtig, denn sie können im Sinne des bei Engel fehlenden Vergleichs dienen; vgl. Donald GARSTANG: Giacomo Serpotta e i serpottiani. Stuccatori a Palermo 1656–1790 [Giacomo Serpotta und die Serpottianer. Stuckateure in Palermo 1656–1790], Palermo 2006; Luca Scarlini: Bianco tenebra. Giacomo Serpotta, il giorno e la notte [Weiße Dunkelheit. Giacomo Serpotta, der Tag und die Nacht], Palermo 2017; Pierfrancesco PALAZZOTTO: Giacomo Serpotta. Gli oratori di Palermo [Giacomo Serpotta. Die Oratorien von Palermo], Palermo 2016.

¹⁰ Man vergleiche die Reihe Patrimonio Artistico Italiano [Italienisches Kunsterbe] u.a. Anna MENICHELLA: Sicilia barocca [Barockes Sizilien], Milano 2002. – Salvatore BOSCARINO: Sicilia barocca. Architettura e città 1610–1760 [Barockes Sizilien. Architektur und Stadt 1610–1760], Rom 1997; Marco Rosario NOBILE/Stefano PIAZZA: L'architettura del Settecento in Sicilia. Storie e protagonisti del tardobarocco [Die Architektur des 18. Jahrhunderts in Sizilien. Geschichten und Protagonisten des Spätbarock], Palermo 2009; Anthony BLUNT: Sizilischer Barock, Frankfurt am Main 1972.

¹¹ Lohnend hierzu z.B. Meinrad von ENGELBERG: Die Neuzeit 1450–1800. Ordnung – Erfindung – Repräsentation, Darmstadt 2013.

¹² Das Zitat ist auch deshalb interessant, weil Engel auf dieses Werk Brinckmanns „Die Kunst des Rokoko“ (1940) eingeht (S. 704). Für sie hat dieser Propyläen-Band XIII den früheren von Max Osborn, 1929, „verdrängt“. Beide Bände sind in dem riesigen Abbildungsteil identisch, ausgetauscht wurden die Vorworte. Doch so einfach, wie Engel es sich macht, ist es nicht, denn inhaltlich fällt z.B. auf, dass der spätere Emigrant Osborn die preußische Kunst besonders preist (S. 58ff., 65f.), der „Nationalist“ Brinckmann eher Abwertendes dazu zu sagen hat (S. 48, 50, 53f.). Beide Einleitungen hätten, wenn Engel an diesem Beispiel der Propyläen-Reihe den „nach 1933 unmißverständlich“ erfolgten Bruch der deutschen Kunstwissenschaft meint bewiesen zu sehen (S. 702), dann doch genauer auch sprachlich verglichen werden müssen.

Seite B 152 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Engel vorgestellten Gelehrten es noch wandernd taten, sehen, vergleichen, Einflüsse herausarbeiten und erkennen so den feinen Wandel der Formen, etwa den Unterschied zwischen einem fränkischen und einem schwäbischen Barock. Wenn Engel dergleichen tatsächlich nicht sehen sollte, so sei der Gang in das Kunstgewerbemuseum empfohlen, in dem etwa bei Barockschränken deutlich erkennbar ist, ob ein Schrank in Danzig oder Breslau, in Frankfurt am Main oder Mainz gefertigt wurde.¹³

Diese kunstlandschaftliche Schönheit war Europa. Und aufgrund dieser Mannigfaltigkeit stellen sich die Fragen nach dem Gemeinsamen wie Anderen heute noch.¹⁴ Woran liegt es etwa, dass jene Sommersitze auf den Gütern des palermitanischen Stadtadels¹⁵ im 17./18. Jahrhundert solche Ähnlichkeit und doch solche Andersartigkeit zu ostpreußischen Herrenhäusern aufweisen? Beides Barock, beides im Kern gleich, beides Bauwerke eines europäischen Adels, der, wie ich für zahlreiche Ostpreußen nachweisen kann, auf Kavaliertouren das andere nicht nur sahen, sondern genau studierten, und beides doch in der Ausführung tief verschieden – und zwar gerade durch das, was Engel so ablehnt: im Gefühl, im Sinnlichen, im Gemüt, in der Seele anders.

An die Herausarbeitung derlei Fragestellungen und auf die Suche nach Antworten begaben sich unsere, von Engel vorgestellten Vorgänger, auf den mühsamen Weg, nicht nur der Sammlung, der Klärung der ganz sachlichen Fragen nach Baumeister, Bauherren oder Baujahr, sondern auch nach den Gründen, nach dem tieferen Wesen dessen, was sie in der Formenvielfalt sahen. Sie trugen ihr Forschen in einen gesellschaftlich freien Raum,¹⁶ in dem ihre Argumente diskutiert wurden, Zustimmung oder heftige Ablehnung erfuhren – auch das stellt Engel dar (u.a. S. 363f.). Neue Funde, immer neues Nachdenken schufen aufeinander aufbauend (kunst)historische Werke, an denen auch wir Heutigen weiterarbeiten, – selbst dann, wenn wir die Alten nicht mehr zur Kenntnis nehmen.

Wenn Frau Professorin Engel dies alles nicht erkennt – aber ich vermute, ihr ist das alles bewusst –, dann ist doch zu fragen, wie sie im Gegensatz zu ihren Vorgängern, die mit Begriffen wie Volkstum, Erbe, Tradition, Nation, Landschaft arbeiteten, diese Verschiedenartigkeiten erklären möchte – auch sprachlich? Die Barockkunst auf einen gefühllosen, rationalen, volk- oder ortlosen Grund zu stellen, wäre in Sizilien weder in der Kunstforschung noch in der ihre Terra liebenden Bevölkerung denkbar. Dergleichen ist nur möglich in einem Land, wie dem unsrigen, dessen Barockkultur nur noch in Resten vorhanden ist, ins Museum abgeschoben, nicht mehr Teil des Lebens ist, wo nach wie vor bedenkenlos abgerissen wird – weil „man“ keinen Wert in diesem Eigenen erkennt, – der Hinweis auf die nicht enden wollenden Diskussionen um den Wiederaufbau des Berliner Schlosses, des Meisterwerkes nordeuropäischer Barockarchitektur, mag hier genügen. In

¹³ Vgl. z.B. Almuth KLEIN/Petra KRUTISCH: Schränke und Kommoden 1650–1800. Bestandskatalog des Germanischen Nationalmuseums, 2 Teile, Ostfildern 2015.

¹⁴ Ich nenne wenigstens drei Arbeiten, so zuerst Christof Herrmanns Studie „Der Hochmeisterpalast im Kontext der europäischen Residenzarchitektur: Vorbilder – Parallelbauten – Nachfolge, in: Christof HERRMANN: Der Hochmeisterpalast auf der Marienburg. Petersberg 2019, S. 327–387; dann den zweibändigen Aufsatzband „Luigi Vanvitelli e il ‘700 europeo.“ Congresso internazionale di studi [Luigi Vanvitelli und das europäische 18. Jahrhundert. Internationaler Studienkongress], Napoli 1973, mit Kapiteln zu Vanvitellis Einfluss in Europa bis nach Russland; und beachtlich zu norditalienischen Stuckateuren in England: Christine CASEY: Making Magnificence. Architects, Stuccatori and the Eighteenth-century Interior [Geformte Pracht. Architekten, Stuckateure und Einrichtung des 18. Jahrhunderts], New Haven/London 2017.

¹⁵ Verwiesen sei auf das zweibändige Werk zu Stadt- und Landhäusern in und um Palermo der Anthropologin und Kunsthistorikerin Rita CEDRINI: Repertorio delle Dimore nobile e notabili nella Sicilia del XVIII Secolo [Sammlung der Häuser des Adels und der Notabeln im Sizilien des 18. Jahrhunderts], Palermo 2008. – Stefano Piazza: Dimore feudali in Sicilia fra Seicento e Settecento [Herrenhäuser in Sizilien zwischen 17. und 18. Jahrhundert], Palermo 2005.

¹⁶ Es ist bei Engels Haltung, die durch das ganze Buch durchscheint, geradezu grotesk, dass sie schreibt: „Den historischen Umständen gemäß, durfte man von den meist als Staatsdienern wirkenden Kunsthistorikern der Kaiserreichs kaum ein staatskritisches Engagement erwarten.“ (S. 260)

derartiger Ablehnung des Eigenen kann Engels umfangreiches Werk natürlich nur in einem dürftigen Fazit (S. 714–718) enden: „Die Sprachkünstler [...] verdienen noch heute Beachtung“, Wilhelm Hausensteins Texte sind „noch immer eine packende Lektüre“, „intellektuelle Brillanz“ oder „höchstes Niveau“ lassen sich nicht ganz leugnen, und dann bleibt noch Jacob Burckhardt wegen seiner „ironischen Brechung der Barockbetrachtung“; ob Engel allerdings Burckhardts „Weltgeschichtliche Betrachtungen“, in denen doch auch der Volksbegriff eine deutliche Rolle spielt, gelesen hat? Und Inhaltlich bleibt nichts?

Wir hätten in „Preußenland“ über dies Buch hinwegsehen können, wenn sich in ihm nicht eine mehr und mehr hervortretende Gefahr auch für unseren Forschungszweig spiegeln würde. Studierende werden zunehmend dazu angehalten, das vermeintlich überholte Alte – da sowieso nationalistisch und zudem in Fraktur gedruckt – nicht mehr zu lesen, sondern nur noch das Allerneueste zur Kenntnis zu nehmen, möglichst sogar nur Digitalisiertes zu nutzen.¹⁷ Dies führte dazu, dass aus Bibliotheken ausgesondert wird, dass private Gelehrtenbibliotheken, wenn nicht glücklicherweise noch im Antiquariat, so im Müll landen, wobei auch ein Antiquariatssterben im Gange ist. Professorinnen wie Ute Engel tragen durch ihre breit ausgeführte Ablehnung älterer Gelehrter zu dieser – vorsichtig ausgedrückt! – Verschüttung großer Werke der Kunstgeschichte und einer Vielfalt des Sehens und Denkens bei. Werden sie über „Open Access“ wachen, statt neben sicherlich manch berechtigter Kritik neugierig auf den geistigen, darstellerischen und sprachlichen Reichtum unserer Vorgänger zu machen, welcher mehr als lesens- und nachdenkenswert bleibt.

Aber trotz meiner auch fragenden Kritik habe ich viel zu viele Worte verloren, denn das Buch von Professorin Ute Engel ist innerhalb eines „dicht geknüpften Netzwerke[s] der ‚scientific correctness‘“ (Liess, S. 19) entstanden, und da es ein Konstrukt auch tagespolitischer Sichtweisen auf Kunst und Nation ist, wird es vielleicht in wenigen Jahren durch eine wiederum neue Studie mit den dann allerneuesten Theorien ersetzt werden, wie Engel es selbst für ihre Vorgänger in der Einleitung darstellt.

Hingegen wird das Werk von Professor Reinhard Liess noch in Zukunft gültig von der hohen Kunst Europas und des Barock sprechen, bleibt eine Entdeckung, bleibt durch seine unerschöpfliche Gelehrsamkeit ein unser eigenes Denken, unser Sehens und Verstehen bildendes Werk, dessen wir uns zeitlebens in Dankbarkeit erinnern werden.

Wulf D. Wagner

¹⁷ Ich verweise hier wenigstens auf das Interview zwischen Monika Wienfort und Susanne Brockfeld „Das Archiv kommt zu den Studierenden“ in: Jahresheft des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, Jahrgang 3/2024, S. 18–27.



02) Grażyna Patryn & Jörg Petzold: Z Krokowej do Pucka. Historia i opowieści kolejowego szlaku / Von Krockow nach Putzig. Geschichte und Geschichten entlang des Schienenweges. (mit zahlreichen SW- und mehr-farbigen Abb. und Tab.). Münster [Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens] 2023. 306 Seiten. ISBN 978-3-924238-61-2. € 18,00 / zł 45,00.

Es kommt sicher selten vor, dass sich ein Rezensent nicht nur mit dem zu besprechenden Buch beschäftigt hat und – in diesem Fall – die beiden Verfasser persönlich gut kennt, sondern auch, dass er mit ihnen erfolgreiche Ausstellungsprojekte realisiert hat, wie hier im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Es wäre töricht, diese Tatsachen zu verschweigen. Doch sollen sie den Blick nicht verstellen bei der Vorstellung des gemeinsamen Buches von Grażyna Patryn und Jörg Petzold „Von Krockow nach Putzig – Geschichte und Geschichten entlang des Schienenweges“. Wahrlich ein ungewöhnliches Werk, das 2023 bei der Copernicus-Vereinigung e.V. erschienen ist. Es spricht nicht nur Eisenbahnfreunde an, sondern auch diejenigen, die sich für die Geschichte Pommerellens allgemein interessieren.

Eine Polin und ein Deutscher als Verfasser, das legt eine besondere Textgestaltung nahe. Um der Leserschaft gerecht zu werden und einen größeren Leserkreis zu erreichen, wird die gewünschte Zweisprachigkeit auf außergewöhnliche Art und Weise erreicht: auf jeder Doppelseite steht rechts der Originaltext (deutsch oder polnisch je nach Autorenschaft), links befindet sich die Übersetzung. Das führt anfangs dazu, dass der Leser irritiert ist, weil er „seine“ Sprache anscheinend unsystematisch einmal links, einmal rechts findet – es ist aber so beabsichtigt! Bei den Bilderklärungen sind übrigens beide Texte untereinander gesetzt. Das Buch ist eine Zeitreise in die Vergangenheit. Im Mittelpunkt steht die fiktive Lebensgeschichte von Paul Neumann und seiner Familie, die ganz eng mit dem Schienenweg verknüpft ist. Diesen gibt es nicht mehr, heute bildet der 2011 erbaute Radweg zwischen Krockow (Krokowa) und Schwarzau (Swarzewo) die einzige Spur der früheren Eisenbahnlinie.

Es hat sich gelohnt, dass die Autoren diese gedankliche Reise zu all den Orten und Menschen unternommen haben, die mit der nur 22 km langen Strecke verbunden waren. Das Buch stellt keine bloße technische Beschreibung dar, das Zusammenspiel von Menschen und Technik wird anschaulich dargestellt, verknüpft mit der Schilderung des jeweiligen historisch-politischen Hintergrundes. In den Gesprächen von Vater und Sohn wird zum Beispiel die Gründung der Kleinbahn-Gesellschaft Putzig-Krokow 1902 unter den Bedingungen des Deutschen Kaiserreiches erzählt, eine Besonderheit besteht hier darin,

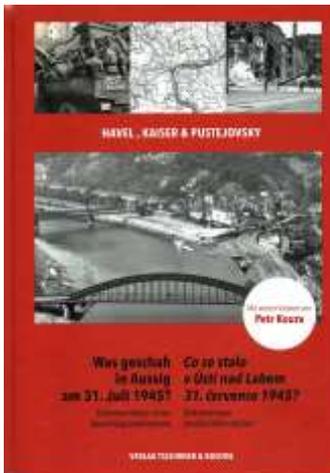
dass es sich um eine normalspurige (1,435 m) Kleinbahn handelt. Die Idee hinter dem Bau dieses Schienenweges bestand in den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Region, besserem Personenverkehr, Unterstützung der Landwirtschaft und der lokalen Lebensmittelerzeugung. Bereits 1903 konnte der Betrieb aufgenommen werden. Zehn Jahre später waren bei der Kleinbahn 11 Beamte und 11 Arbeiter beschäftigt. Die Bahnstrecke, die etwa 1 Million Mark gekostet hatte, warf von 1903 bis 1918/19 stets Gewinne ab. Paul Neumann erlebt eine spannende berufliche Laufbahn, war er doch Mitarbeiter verschiedener deutscher und polnischer Bahngesellschaften.

Das beschauliche Leben in der westpreußischen Provinz, d.h. die preußisch-deutsche Zeit, wird durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages abrupt beendet. Mit der Übernahme des Kreises Putzig durch den neu entstandenen polnischen Staat ändert sich das Leben der Protagonisten des Buches einschneidend. Diese Beschreibung der Zwischenkriegszeit dürfte für deutsche Leser besonders interessant sein, da sie hierzulande wenig bekannt ist. Wem ist schon geläufig, dass es in den 1930er Jahren einen Zug aus Warschau an die Ostsee mit Kurswagen nach Krockow gab? Auch die kurze Strecke Putzig-Krockow, 1921 kurz einmal eingestellt, hatte eine gewisse Bedeutung erlangt durch den neuen Zugang Polens zum Meer und der beabsichtigten Stärkung der regionalen Infrastruktur. Auch die Zeit der Kleinbahn Putzig-Krockow als Nebenbahn der Deutschen Reichsbahn während des 2. Weltkrieges und später bei den Polnischen Staatsbahnen wird genau dargestellt. Ende der 1980er Jahre kommt das Ende der Strecke mit den auch im Westen sattsam bekannten Argumenten, wie Rentabilität etc. Mit dem Abbau der Anlagen wird 1991 begonnen.

Das Buch stellt neben den erzählenden Abschnitten in den Sachkapiteln beispielsweise den Bahnhof Krockow sowie die Gleisanlagen und weitere Hochbauten vor. Am Ende des Buches finden sich viele ergänzende Tabellen und Diagramme, wie Chronik der Bahnstrecke Putzig-Krockow, Betriebsstörungen der Kleinbahn, Betriebsleistungen im Personen- und Güterverkehr, Fahrkarten im Personenverkehr, Zusammenstellung der Fahrpläne, Ortsnamenverzeichnis. Wertvoll wird das Buch durch zahlreiche Abbildungen und Dokumente aus privaten Sammlungen, aber auch aus dem Staatsarchiv Danzig, Filiale Gdingen. Der Autor Jörg Petzold aus Dresden sammelt seit mehr als 40 Jahren Kleinbahnfotos und -informationen und hat schon mehrfach zum Thema Kleinbahnen in Ost- und Westpreußen publiziert, während Grażyna Patryn aus Sasino / dt. Sassin bei Neustadt (Westpr.) als damalige Museumsleiterin in Krockow alles über den Ort und die Umgebung aufbewahrt hat, was sie bekommen konnte.

Abschließend ist festzustellen, dass das Buch flüssig geschrieben ist und sich gut liest, da sich persönliche Geschichten und technische Kapitel abwechseln. Die historischen Fakten werden fast ausnahmslos richtig dargestellt. Eine Stelle fällt ins Auge, wenn unkritisch von wiedergewonnenen (!?) Gebieten nach dem Ersten. und Zweiten. Weltkrieg die Rede ist. Dem Buch ist eine breite Leserschaft zu wünschen, stellt es doch gelebte, erfolgreiche deutsch-polnische Zusammenarbeit dar.

Wolfgang Freyberg, Weißenburg i. Bay.



Mosaikstein zur Aufklärung eines Massakers: Nicht perfekt, aber lesenswert, meint der Rezensent Konrad Badenheuer:

- 03)** Jan Havel, Vladimír Kaiser, Otfried Pustejovsky: Was geschah in Aussig am 31. Juli 1945? Co se stalo v Usti nad Labem 31. Cervence 1945? (im Vor- und Nachsatz Kreiskarte von Aussig 1939, im Text zahlreiche SW-Abb.). (Leipzig) Verlag Tschirner & Kosova (2023). 235 Seiten. ISBN 978-3-00-072367-4. € 39,80.

Ein neues Buch über das Massaker in Aussig am 31. Juli 1945 hat der Verlag „Tschirner & Kosova“ vorgelegt. Geschrieben von zwei tschechischen und einem deutschen Autor ist es die um 44 Fotos erweiterte, komplett zweisprachige Ausgabe eines Buches, das bereits 2005 nur in tschechischer Sprache erschienen ist. Der erste, deutschsprachige Teil enthält auf 88 dicht bedruckten Seiten eine ziemlich klare Darstellung der Ereignisse, ihrer Vorgeschichte, Hintergründe, Abläufe, außerdem Überlegungen zur Frage der Opferzahl. Lesenswert ist die Darstellung der damaligen Versuche der tschechischen Verantwortlichen, das für sie in vieler Hinsicht beschämende Ereignis intern aufzuklären, dabei politisch auszunutzen und propagandistisch mit absurden Vorwürfen an die Deutschen auszuschlachten. Es folgen Register, Angaben zu den Autoren, die neuen Abbildungen und schließlich der tschechische Buchteil.

Das Buch ist ein weiterer Mosaikstein zur Aufklärung der damaligen Ereignisse nach der 576-seitigen Studie zum selben Thema von Otfried Pustejovsky aus dem Jahr 2001. Der 1934 in Mährisch-Ostrau geborene Pustejovsky ist auch einer der Autoren des neuen Buches. Der absolute Neuigkeitswert ist nicht mehr allzu groß, aber verdienstvoll ist, dass dieses Buch eine weitere, kürzer gefasste Möglichkeit eröffnet, sich über dieses Massaker zu informieren.

Das Ereignis selbst ist heute recht gut aufgeklärt, was bis 1990 noch ganz anders war. Lange war vieles unklar, beginnend mit dem späten Zeitpunkt: Während das massenhafte Sterben der Deutschen in tschechischen Lagern noch bis ins Jahr 1946 hinein weiterging, endeten die offenen Massaker ansonsten fast überall just am 16. Juli 1945. Es war der Tag vor Beginn der Potsdamer Konferenz der alliierten Siegermächte und aus diesem Anlass ließ der tschechische Präsident Edvard Beneš das Morden einstellen, offenbar weil er davon

Seite B 157 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

nun politische Nachteile erwartete: Er wollte aus Potsdam einen möglichst „harten“ Vertreibungsbeschluss, Stalin hatte er dafür schon gewonnen, Churchill weitgehend ebenfalls, aber Roosevelt eben noch nicht. Er musste befürchten, dass weiteres offenes Blutvergießen das Zögern der USA in dieser Frage eher vergrößern würde. Dass er das Morden überhaupt beenden konnte, akzentuiert übrigens seine Verantwortung. Es war eben nicht so, dass nach Kriegsende spontan viele Tschechen damit begonnen hätten, ihre deutschen Nachbarn zu erschlagen, wie dies etwa 1994 in Ruanda beim Völkermord der Hutu an den Tutsi der Fall war. Beneš und seine Mitstreiter hatten das zwar gehofft und auch alles dafür getan, sie haben dieses Ziel aber nicht erreicht.

Ebenso auffällig ist, dass es in Aussig auch tschechische Tote gegeben hat, sieben an der Zahl. Sie starben aber nicht durch die Hand deutscher Täter, sondern bei der durch Unachtsamkeit ausgelösten Explosion in einer als Munitionsdepot genutzten früheren Zuckerfabrik, bei der auch schon vierzehn Deutsche starben. Fast unmittelbar danach begann dann an mehreren Orten in der Stadt die Gewalt gegen die Deutschen. Unklar war lange das Motiv der Täter: Sollte noch die Potsdamer Konferenz beeinflusst werden, die allerdings schon am 2. August endete? Und wer waren die Täter? Heute wissen wir beides: Angestrebt wurde von den tschechischen Verantwortlichen die massive Beschleunigung der „wildem“ Vertreibung aus Nordböhmen durch mehr Terror gegen die Deutschen. Ein Massaker gleich am 31. Juli war dagegen nicht geplant und auch nicht die Beeinflussung der Alliierten in Potsdam. Die Täter, das steht nun fest, waren kaum Aussiger Tschechen, sondern auswärtige. Hier bestätigen die tschechischen Quellen genau die Berichte der überlebenden Deutschen, mit vielen vor 1990 unbekannt Details. Diese Passagen gehören zu den informativsten des Buches.

Höchst unsicher war auch lange die Zahl der Getöteten, bis heute ist sie nicht ganz klar. Jahrzehntlang gingen die vertriebenen Aussiger von ein paar Hundert Toten aus (mit einer weiten Spanne von 200 bis 1000), auch Zahlen bis zu 2700 wurden vertreten. Diese Schätzungen waren schon immer insofern fragwürdig, als weit weniger Vermisstenmeldungen vorlagen. Der Schreiber dieser Zeilen hat in den 1990er Jahren eigenhändig alte Ausgaben des „Aussiger Boten“ ausgewertet, mit dem verblüffenden Ergebnis, dass nur ziemlich wenige Aussiger (aus der Erinnerung: etwa 50) seit dem Massaker als vermisst gemeldet wurden, dagegen mehrere Hundert (aus der Erinnerung: etwa 300) mit dem Hinweis „Lager Lerchenfeld“. Sicher bekannt waren den Vertriebenen jeweils nur wenige Dutzend Tote des Massakers ebenso wie in diesem Lager im Norden der Stadt. Nun wurde nach 1990 aus tschechischer Quelle aber 537 Tote des Lagers Lerchenfeld publiziert – weit mehr als die Aussiger auch nur vermutet hatten. In beiden Fällen scheint die tatsächliche Opferzahl der Summe der gesicherten Toten und der namentlich bekannten Vermissten recht genau zu entsprechen, was übrigens auch bei den inzwischen genau erforschten Massakern von Saaz und Postelberg Anfang Juni 1945 und bei mehreren weiteren Gewaltexzessen so ist. Für das Ereignis von Aussig nennt das Buch unter Berufung auf Pustejovsky nun eine wahrscheinliche Opferzahl von etwa 100 und eine Obergrenze von 200 bis 220. Das mag hinkommen, aber es ist schade, dass nicht deutlicher gesagt wird, warum weiterhin eine etwas höhere Zahl möglich ist: Man weiß einfach nicht, wie viele Leichen insgesamt nach dem 31. Juli flussabwärts an die Ufer der Elbe gespült wurden und wie viele davon Opfer des Massakers waren. Und man weiß nicht, ob die Liste der 24 im Krematorium von Theresienstadt erfassten Massakeropfer vollständig ist.

Ungenau ist das Buch immer wieder bei der Übersetzung. Alte Munitionsbestände und andere Hinterlassenschaften der Deutschen werden als deren „Überbleibsel“ übersetzt, was ein bisschen komisch ist. Ein Dokument belegt das Ziel der tschechischen Verantwortlichen,

Seite B 158 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

mit schnellen Vertreibungen „fertige Angelegenheiten“ zu schaffen, gemeint sind natürlich vollendete Tatsachen. Und wenn die Geschäftsstelle des Bezirksnationalausschusses zur „Kanzlei des Okresní Národní Výbor“ wird, muss das der deutsche Leser erst einmal verstehen. Manche Fehler sind etwas sinnentstellend, insbesondere wenn im Deutschen bestimmte und unbestimmte Artikel falsch gesetzt werden. Das ist ein klassischer Übersetzungsfehler aus dem Tschechischen, wo es keine Artikel gibt, den das binationale Autoren- und Verlegerteam eigentlich hätte vermeiden können.

Sehr schade sind in einem Buch mit dieser Thematik schließlich ein paar antideutsche Spitzen nicht nur gegen die Vertriebenen. Im Vorwort des prominenten Historikers Petr Koura heißt es beispielsweise, das Massaker sei in das deutsche „kollektive Gedächtnis ... als eines der grauenvollsten Massaker des ‚blutigen Sommers‘ 1945“ eingegangen. Tatsächlich ist das Ereignis der breiten deutschen Öffentlichkeit schlicht unbekannt. Weiter liest man dort, das Buch stelle ein „Musterbeispiel dessen dar, was in wissenschaftlichen Kreisen die ‚Dekonstruktion eines Mythos‘ genannt wird“. Auch davon kann keine Rede sein, denn die zu hohen, traditionellen Opferzahlen dieses Massakers hatten in sudetendeutschen Kreisen nie den Rang eines Mythos, schon weil die Spanne der genannten Zahlen dafür viel zu weit war. Eine zeichnerische Darstellung der Gewalt auf der Beneš-Brücke aus dem Jahr 1965 wird schließlich als „sudetendeutsche Propaganda“ abqualifiziert mit dem Hinweis, die Darstellung weiche von der „tatsächlichen Lage ... beträchtlich ab“. Das stimmt sogar: Die Abbildung zeigt vier oder fünf Personen im Wasser unter einer etwa drei Meter hohen Brücke. Tatsächlich ist diese Brücke dreizehn Meter hoch, so dass an anderer Stelle im Buch zurecht gesagt wird, dass nicht alle der (Dutzenden) ins Wasser Gestürzten sofort tot gewesen sein mussten. Allein schon deswegen hätte man dieses Bild nicht „Propaganda“ nennen müssen.

Ein Fazit ist also, dass eine gut lesbare, knappe und zugleich exakte Darstellung des Aussiger Massakers leider immer noch fehlt. Dennoch handelt es sich um ein verdienstvolles und lesenswertes Buch, das zum Kauf empfohlen werden kann.

Konrad Badenheuer, Berlin

B. Besprechungen in Arbeit (Seite B 159 - B 160)

- 01)** Wolfram Euler und Konrad Badenheuer:
Sprache und Herkunft der Germanen. Rekonstruktion des Frühgermanischen vor der Ersten Lautverschiebung
(1 mehrfarbige Karte). 2., überarbeitete Auflage.
Berlin / London: Verlag Inspiration UN Limited 2021. 271 Seiten.
ISBN 978-3-945127-278. € 89.00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 02)** Wolfram Euler: Das Westgermanische. Seine Rekonstruktion von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert.
(vier Abbildungen). [Zweite Auflage].
London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2022. 267 Seiten.
ISBN 978-3-945127-414. € 49,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 03)** Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2019. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 248 Seiten.
ISBN 978-3-88557-247-3. € 9.80.
- Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2020. Persönlichkeiten und Die Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 240 Seiten.
ISBN 978-3-88557-248-0. € 9.80.
- Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2021. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 256 Seiten.
ISBN 978-3-88557-250-3. € 9.80.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 04)** Miloš Řezník: Regionalität im Fluss. Die kaschubische Bewegung – Zugehörigkeit, Raum und Geschichte (1840-1920). (24 SW-Abb.).
(Osnabrück) fibre (2024). 316 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.48.
ISBN 978-3.944870-88-5. Euro 58,00.
Rezensent: Roland Borchers, Berlin

- 05)** Kay Usenbinz: Das neue Berlin des Hofarchitekten Johann Arnold Nering (1659-1695). (579 meist SW-Abb.).
(Baden-Baden) Tectum Verlag [in der Nomos Verlagsgesellschaft] (2024).
VII, 956 + 2 Seiten.
= Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag,
Reihe Kunstgeschichte. Band 18.
ISBN 978-3-8288-4951-8. ePDF 978-3-8288-5088-0. € 159,00.

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (Seiten B 160 – B 163)

- 01)** Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02)** Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilmpionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda. (zahlreich SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten. ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.
- 03)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 04)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 05)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 06)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makąła. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 07)** Astrid Bartel: Des Lebens ungeteilte Freude. Erzählungen. (Norderstedt: BoD Book on Demand 2022). 396 Seiten.
ISBN 978-3-7557-1708-9. € 14,90.

- 08)** Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik. Herausgegeben von Manfred Kittel, Gabriele Schneider, Thomas Simon. (mit Abb. und Tab.). Berlin: Duncker & Humblot (2022). 383 Seiten.
= Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Neue Folge, Beiheft 17.
ISBN 978-3-428-18526-9 (Print). € 119,90.
- 09)** Gisela Borchers: Arbeitsgemeinschaft Vertriebene der Oldenburgischen Landschaft: Bund der Vertriebenen (BdV). Seine Geschichte in der Stadt Oldenburg. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb. auf 7 Seiten Anhang, 1 mehrfarbiger Stadtplan von Oldenburg auf der hinteren Umschlaginnenseite). Oldenburg: Isensee-Verlag (2022). 79 Seite + 7 Seiten Anhang mit Abb. Herausgegeben von der Oldenburgischen Landschaft.
ISBN 978-3-7308-1963-0. € 15,00.
- 10)** 52. Heimatjahrbuch der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Weihnachten 2021. Herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Allenstein e. V., Kreisvertreter Andreas Galinski. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb., mehrfarbige Bildkarte auf Umschlag-Rückseite). (Velbert 2021). 280 Seiten. € ?
- 11)** Angerburger Heimatbrief. Heft Nr. 170, Dezember 2022. Herausgeber: Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. (Mitglied in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.). (Rotenburg / Wümme 2022). 171 Seiten. € ?
- 12)** Monarchie und Diplomatie. Handlungsoptionen und Netzwerke am Hof Sigismunds III. Wasa. (Hg.) Kolja Lichy, Oliver Hegedüs. (Paderborn) Brill / Schöningh (2023). XLI, 333 Seiten.
= Fokus. Neue Studien zur Geschichte Polens und Osteuropas. Band 13. ISSN 2698-5020. ISBN 978-3-506-70588-4 (hardback); ISBN 978-3-657-70588-7 (e-book). € 99,00.
- 13)** Karol Plata-Nalborski: Kraina wędrujących dworów. Z dziejów Bałdowa, Knybawy i Czyżykowa. (viele Abb.). Tczew 2024. 723 Seiten.
ISBN 978-83-971387-0-4. Złoty 69,00.
- 14)** Joachim Nolywaika: Vergeßt den Deutschen Osten nicht! Das Unrecht der Sieger: Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Sudetenland. (mit SW-Abb.). (Kiel) Arndt (2024). - 252 Seiten. ISBN 978-3-88741-310-1.- € 25.95.

Teil C
Inhaltsverzeichnis (Seiten C I – C II)

C. a) Mitteilungen	Seiten C 1 - C 15
---------------------------	--------------------------

- 01) Menschenrechte auch in Mitteleuropa aus dem Schatten Stalins befreien
- 02) Gedenkveranstaltung 80 Jahre Warschauer Aufstand am 1. August 2024
- 03) Berliner Fachgespräch mit Senatorin Günther-Wünsch am 27.08.2024,
- 04) Georg Dehio-Buchpreis 2024 für Ulrike Draesner und Karolina Kuszyk.
Verleihung am Donnerstag, dem 10. Oktober 2024, vorgesehen
- 05) Arbeitstagung „Migration – Integration- Transformation. Katholische Identitäten der 1960er bis 1990er Jahre“, 18./19.09.2024 in Hünfeld
- 06) Stiftung Kreisau
- 07) Medieninformation Leibniz-Instituts für Länderkunde (IfL): Industrieller Wandel erfordert überfachliche Kompetenzen

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften	Seiten C 16– C 33
--	--------------------------

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 16 – C 19)

- 01) „Grün und gesund – gemeinsam bewegen wir den Kiez“:
Das Kiezlabor öffnet
- 02) Label „StadtGrün naturnah“: Charlottenburg-Wilmersdorf unterstützt biologische Vielfalt
- 03) Das Stauffenberg-Attentat - Gedenken an einen Akt des Widerstands am 20. Juli 1944

Steglitz – Zehlendorf (Seiten C 20 - C 23)

- 01) Mit politischer Bildung gegen Antisemitismus: Veranstaltungen der VHS Steglitz-Zehlendorf
- 02) Steglitz-Zehlendorf zeigt Flagge - Klares Bekenntnis zu Israel und der Ukraine am internationalen „Mayors for Peace Day“

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 24 – C 33)

- 01) Ein Weltmarktführer aus Tempelhof-Schöneberg für eine bessere Zukunft
- 02) Schüler der Johanna-Eck-Schule erforschen zusammen mit dem Team des Jugend Museums die Vergangenheit
- 03) Bezirkszentralbibliothek Tempelhof präsentiert Kieztour rund um das „Eva-Maria-Buch-Haus“
- 03) Bezirkszentralbibliothek Tempelhof präsentiert Kieztour rund um das „Eva-Maria-Buch-Haus“

Seite C II zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

- 04)** Bezirk Tempelhof-Schöneberg gedenkt des 80. Jahrestages des Widerstands gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft
- 05)** Kooperationsvereinbarung zwischen den Bezirken Tempelhof-Schöneberg und Mitte zur städtebaulichen Entwicklung an der Potsdamer Straße unterzeichnet

C. c) Berichte

Seiten C 31 – C 41

- 01)** Unter der Kulturministerin Claudia Roth verröchelt das bedeutendste deutsche Kulturerbe
- 02)** Eine Erfolgsgeschichte – Der Museumssonntag Berlin feiert seinen 3. Geburtstag mit Besuchsrekorden

C. d) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen

Seite C 42

Keine Berichte

**C. e) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen**

Seite C 43

Keine Berichte

C. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe

Seiten C 44 – C 49

- 01)** Geburtstagswünsche an Reinfried Vogler

Teil C

C. a) Mitteilungen

Seiten C 1 – C 15

01) Menschenrechte auch in Mitteleuropa aus dem Schatten Stalins befreien

Die Vernichtung von Menschen und von Menschenrechten im Schatten des Kommunismus muss dazu führen, dass die Menschenrechte auch in Europa wieder in Kraft gesetzt werden.

Wir alle sind aufgerufen, den Opfern Namen und Würde zu geben, und selbstverständlich ist es unsere Aufgabe, Vertreibungsdekrete aus unseligen Zeiten endlich zu bereinigen

Es war eine mehr als beachtliche Leistung einer jungen Generation von Tschechen, so **DDr. Rüdiger Stix**, Bundesobmann der SLÖ, als sie den Grenzüberschreitenden Marsch des Lebens begonnen haben, gegen den politischen Widerstand kommunistischer Kräfte und im Gedenken an die Verstorbenen und Vertriebenen des Brünner Todesmarsches.

Versuchen wir gemeinsam mit allen Menschen, die guten Willens sind, so Stix, die Gültigkeit der Menschenrechte endlich auch in Mitteleuropa zu erreichen!

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 46, 2024

Wien, am 03. Juli 2024

02) Gedenkveranstaltung 80 Jahre Warschauer Aufstand am 1. August 2024

Gedenkveranstaltung am 1. August 2024

80 Jahre Warschauer Aufstand

Vor dem Roten Rathaus in Berlin

Am 1. August 1944 begann in Warschau der Aufstand der *Armia Krajowa* (Heimatarmee) gegen die deutschen Besatzer.

In den folgenden 63 Tagen kämpften Zehntausende Polen im offenen Widerstand. Viele verloren dabei ihr Leben. Die deutschen Besatzer gingen skrupellos gegen die Warschauer Bevölkerung vor. Über 150.000 Zivilisten wurden ermordet. Deutsche Einheiten zerstörten die polnische Hauptstadt nahezu vollständig. Die verbleibende Bevölkerung floh, wurde vertrieben oder in Lager deportiert.

Das Deutsch-Polnische Haus erinnert **am 1. August 2024 um 16.45 Uhr vor dem Roten Rathaus** (Eingang Rathausstraße) gemeinsam mit der Senatskanzlei und dem Land Berlin an den Beginn des Aufstandes. Von Berlin aus ging im Zweiten Weltkrieg die Zerstörung der polnischen Hauptstadt aus – heute sind Berlin und Warschau Partnerstädte.

Wir laden Sie ein, an der Gedenkveranstaltung am 1. August teilzunehmen. Ein künstlerisches und historisches Programm, unter anderem mit Dr. Andrea Riedle, Direktorin

Seite C 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

der Stiftung Topographie des Terrors, umrahmt von Fotografien aus Warschau begleiten das Gedenken. Eine Einladung mit ausführlichem Programm folgt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Die Veranstaltung ist Teil der von der Lotto-Stiftung Berlin geförderten Kampagne #63Tage des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt und des Deutsch-Polnischen Hauses, gemeinsam mit Kooperationspartnern wie der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin, dem Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, dem Polnischen Kulturinstitut, der Topographie des Terrors und weiteren.

Auf der Website des Deutsch-Polnischen Hauses (<https://deutschpolnischeshaus.de/>) finden Sie bald mehr Informationen zu #63Tage.

Wir freuen uns über Ihre Teilnahme und Werbung für die Veranstaltung.

Mit besten Grüßen

Robert Parzer und Agnieszka Wierzcholska
für das gesamte Team des Deutsch-Polnischen Hauses

Stabsstelle »Deutsch-Polnisches Haus«

Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Georgenstraße
D-10117 Berlin

23

www.deutschpolnischeshaus.de

03) Berliner Fachgespräch mit Senatorin Günther-Wünsch am 27.08.2024, 10:00-12:00 Uhr | Berlin

Berliner Fachgespräch zur „Erinnerungskultur in Schule und Unterricht: Geschichte(n) und Identität(en) von Deutschen aus Russland, Spätaussiedlern und Vertriebenen“ mit Katharina Günther-Wünsch, Senatorin für Bildung, Jugend und Familie

wir freuen uns sehr, Katharina Günther-Wünsch, Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, zum Fachgespräch „Erinnerungskultur in Schule und Unterricht: Geschichte(n) und Identität(en) von Deutschen aus Russland, Spätaussiedlern und Vertriebenen“ begrüßen zu können. Diese Veranstaltung wird als Kooperationsprojekt des Ansprechpartners des Berliner Senats für Deutsche aus Russland, Spätaussiedler und Vertriebene, der Deutschen Gesellschaft e. V. und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur organisiert.

Seite C 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Datum: 27. August 2024
Zeit: 10:00-12:00 Uhr
Ort: Deutsche Gesellschaft e. V.
Europasaal
Mauerstr. 83/84
10117 Berlin

Das Fachgespräch soll Stand und Perspektiven der Erinnerungskultur an die Geschichte von Deutschen aus Russland, Spätaussiedlern und Vertriebenen in Berliner Schulen diskutieren. Welche Geschichten und Identitäten charakterisieren die jungen Menschen, die in ihrer neuen Heimat Berlin häufig als Fremde wahrgenommen werden? Wie stellt sich ihre Situation im (Schul-)Alltag dar? Wie thematisiert der Schulunterricht die Geschichte der Deutschen aus Russland, Spätaussiedlern, die geprägt ist von staatlicher Gewalt, Krieg, Migration und Deportationen – und die Traumata hinterlassen hat, die bis heute in den nachfolgenden Generationen nachwirken? Und welche Bedeutung haben Vor- und Fehltriteile, nachdem die Gruppe der Deutschen aus Russland, Spätaussiedler und Vertriebenen mit dem im Februar 2022 begonnenen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine in den öffentlichen Fokus gerückt ist?

Diese und weitere Fragen stehen im Mittelpunkt des Fachgespräches, das bestehende Probleme identifizieren und Ansätze diskutieren soll, wie diese Defizite abgebaut werden können.

Das Programm und weitere Informationen finden Sie in Kürze [hier](#).

Anmeldungen sind ab sofort möglich. Bitte melden Sie sich bis zum 15. Juli 2024 an unter:

Tel.: (030) 88412-141
Mail: veranstaltung@deutsche-gesellschaft-ev.de

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und einen regen Austausch!

Mit freundlichen Grüßen

Walter Gauks

Ansprechperson des Berliner Senats für Deutsche aus Russland, Spätaussiedler und Vertriebene

Dr. Lars Lüdicke

Bevollmächtigter des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft e. V.

Die Veranstaltung wird in Bild und Ton dokumentiert und als Veranstaltungsmitschnitt verbreitet. Mit Ihrer Teilnahme stimmen Sie einer Verwendung der Aufnahmen im vorstehenden Sinn sowie im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu.

Der Berliner Senat hat Ende 2023 die Funktion der Ansprechperson für Deutsche aus Russland, Spätaussiedler und Vertriebene geschaffen, um Verständnis, Engagement und Unterstützung für diese Gruppen zu fördern. Die Deutsche Gesellschaft e. V. und die

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wollen diesen Prozess mit ihrer langjährigen Expertise in praxisnahen Projekten unterstützen.

--

Veranstaltungen

Deutsche Gesellschaft e. V.

Eingetragener Verein zur Förderung politischer, kultureller und sozialer Beziehungen in Europa

Mauerstraße 83/84

D-10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30 88 412 141

Fax: +49 (0)30 88 412 223

Internet: www.deutsche-gesellschaft-ev.de

Facebook: www.facebook.com/DtGesellschaft

Twitter: www.twitter.com/dtgesellschaft

Vorsitzende: Niels Annen MdB, Parl. Staatssekretär | Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Bundesministerin a. D.

04) Georg Dehio-Buchpreis 2024 für Ulrike Draesner und Karolina Kuszyk.
Verleihung am Donnerstag, dem 10. Oktober 2024, vorgesehen

Der Georg Dehio-Buchpreis des Deutschen Kulturforums östliches Europa geht in diesem Jahr an die Schriftstellerin Ulrike Draesner (Hauptpreis für ihr literarisches Gesamtwerk) und an die Autorin Karolina Kuszyk mit ihrem Übersetzer Bernhard Hartmann (Förderpreis für das Buch »In den Häusern der anderen. Spuren deutscher Vergangenheit in Westpolen«). Die feierliche Verleihung der Preise findet im Oktober 2024 in Berlin statt.



Seite C 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Mit dem Georg Dehio-Buchpreis 2024 des Deutschen Kulturforums östliches Europa werden **Ulrike Draesner** für ihr literarisches Gesamtwerk und **Karolina Kuszyk** mit ihrem Übersetzer **Bernhard Hartmann** für das Buch *In den Häusern der anderen. Spuren deutscher Vergangenheit in Westpolen* ausgezeichnet.

Hauptpreis

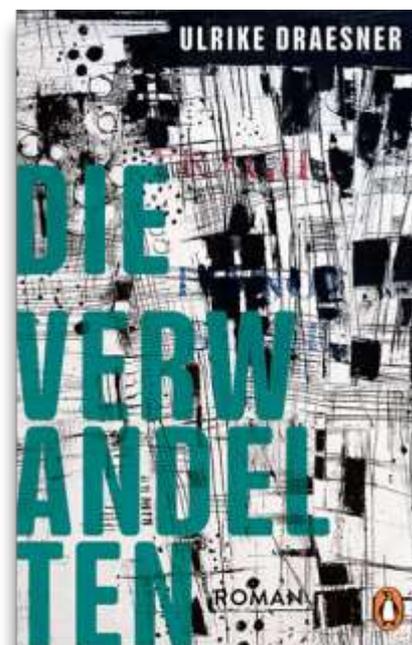
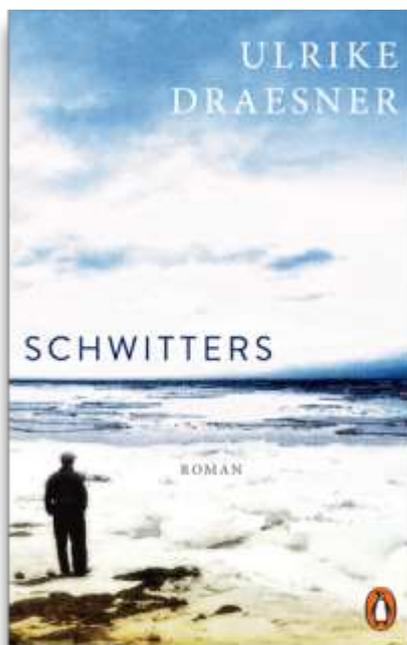


Ulrike Draesner.- © Dominik Butzmann

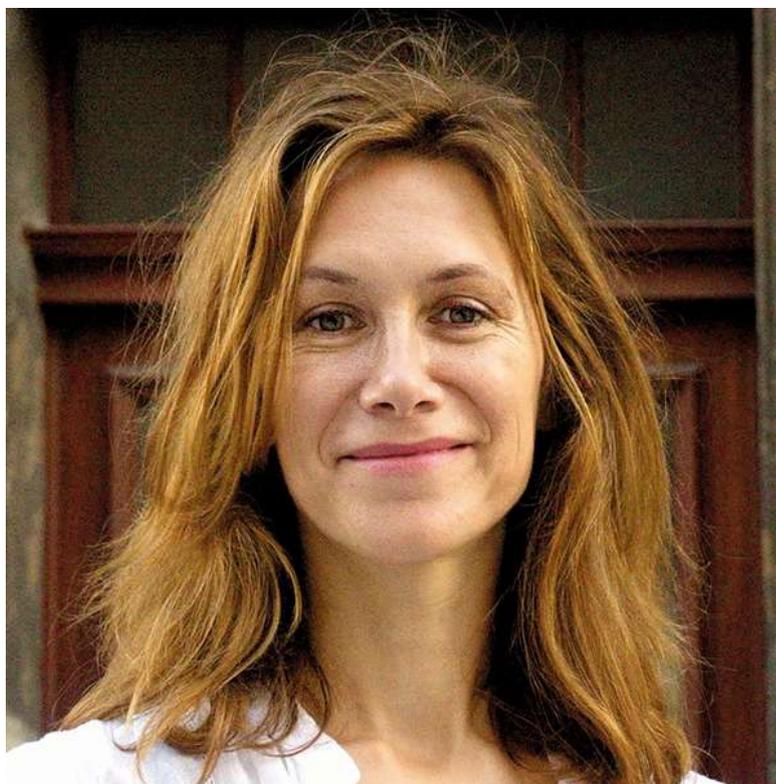
Die siebenköpfige Jury kürte die Schriftstellerin und Dichterin **Ulrike Draesner** zur Trägerin des Hauptpreises.

Aus der Begründung der Jury:

»In ihrer Romantrilogie, begonnen 2014 mit *Sieben Sprünge vom Rand der Welt*, fortgesetzt im Roman *Schwitters* (2020) und beendet 2023 mit *Die Verwandelten* ist es Ulrike Draesner gelungen, das historisch bedeutende und aktuelle Thema ›Flucht und Vertreibung‹ in einer vielstimmigen und differenzierten Weise zu gestalten, die in der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur einzigartig ist. Seit Jahrzehnten schaffen Ulrike Draesners literarische Texte – angefangen von ihrem Lyrikdebüt *gedächtnisschleifen* bis zum neuesten Roman *Die Verwandelten* – über gattungs- oder thematische Grenzen hinaus Räume der sprachlichen Sensibilisierung sowie der Reflexion, welche Komplexität zumuten und Tabus nicht scheuen.«



Förderpreis



Die Autorin Karolina Kuszyk und der Übersetzer Bernhard Hartmann.- Fotos: © Grzegorz Lityński / Benno Kirsch

Der Förderpreis geht an die Autorin **Karolina Kuszyk** mit ihrem Übersetzer **Bernhard Hartmann** für das Buch [**In den Häusern der anderen. Spuren deutscher Vergangenheit in Westpolen.**](#)

Aus der Begründung der Jury:



»Klug und sensibel und bisweilen mit ironischer Leichtigkeit geht die Autorin in ihrem Werk den ›Spuren deutscher Vergangenheit in Westpolen‹ nach. [...] Das Buch bietet einen differenzierten Zugang zur Geschichte der West- und Nordwestgebiete des heutigen Polen, die früher zum Deutschen Reich gehört hatten und deren Bevölkerung von mehrfacher Migration betroffen waren. Die polnische Originalausgabe, erschienen 2019, löste eine lebhafte Diskussion in Polen aus. Die glänzende deutsche Übersetzung von Bernhard Hartmann verhilft dem wichtigen Buch nun auch im deutschen Sprachraum zu einer weiten Verbreitung.«

Preisverleihung

Die feierliche Verleihung der Preise ist für den **10. Oktober 2024** in Berlin vorgesehen.

Genaue Angaben folgen später.



Das Deutsche Kulturforum östliches Europa verleiht den Georg Dehio-Buchpreis in diesem Herbst zum elften Mal. Mit der von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Kulturstaatsministerin Claudia Roth, mit insgesamt 10.000 Euro dotierten Auszeichnung werden Autorinnen und Autoren geehrt, die sich in ihren Werken fundiert und differenziert mit den Traditionen und Wechselbeziehungen deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa auseinandersetzen. Der Buchpreis ist aufgeteilt in einen Hauptpreis für ein publizistisches bzw. literarisches Gesamtwerk und einen Förderpreis für eine herausragende Publikation.

Zusammensetzung der Jury

- Dr. Christine Absmeier, Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart
- Dr. Enikő Dácz, Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas, München
- Dr. Elisabeth Fendl, Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa, Freiburg i. Breisgau
- Prof. Dr. Marek Hałub, Germanist, Universität Breslau/Wrocław
- Olaf Hamann, Staatsbibliothek zu Berlin
- Dr. Silke Pasewalck, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte im östlichen Europa, Oldenburg
- Keno Verseck, Journalist, Berlin (Vorsitz)

[Ulrike Draesner](#) | [Penguin Verlag](#)

Weitere Informationen zur Schriftstellerin auf ihrer eigenen Website und auf den Internetseiten des Penguin Verlags München

<https://www.penguin.de/autoren/ulrike-draesner/4327>

[Karolina Kuszyk](#) | [Ch. Links Verlag](#)

Weitere Informationen zur Autorin auf ihrer eigenen Website und auf den Internetseiten des Ch. Links Verlags Berlin

<https://www.aufbau-verlage.de/autor-in/karolina-kuszyk>

<https://www.kulturforum.info/de/preise-stipendien/georg-dehio-buchpreis/9011-georg-dehio-buchpreis-2024-fuer-ulrike-draesner-und-karolina-kuszyk>

05) Arbeitstagung „Migration – Integration- Transformation. Katholische Identitäten der 1960er bis 1990er Jahre“, 18./19.09.2024 in Hünfeld



**Institut für Kirchen- und Kultur-
geschichte der Deutschen in Ost-
mittel- und Südosteuropa e.V. –
IKKDOS**

Gastäckerstr. 28, 70794 Filderstadt-Bonlanden / Sekretariat: Belthlestr.
12, 72070 Tübingen, Tel.: 07071-949017 / Fax: 03212-6275151 / Mail:
ikkdos@web.de / Netz: www.ikkdos.de

**Bundeskonferenz der kirchlichen
Archive in Deutschland**

Historischer Verein Ermland

Tübingen, am 9.7.2024

Institut für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen
in Ostmittel- und Südosteuropa e. V.
Gastäckerstr. 28, 70794 Filderstadt-Bonlanden
Sekretariat: Belthlestr. 12, 72070 Tübingen

EINLADUNG zur Arbeitstagung 2024

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Institut für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa e.V. sowie die Bundeskonferenz der kirchlichen Archive in Deutschland und der Historische Verein Ermland laden Sie herzlich ein zu einer Tagung am 18./19.9.2024 im Bonifatiuskloster in Hünfeld zum Thema

**„Migration – Integration – Transformation
Katholische Identitäten der 1960er bis 1990er Jahre“.**

Diese Tagung will sich – nach zwei vorausgegangenen Tagungen zur Situation in der katholischen Kirche in den unmittelbaren Nachkriegsjahren bzw. zwischen 1950 und dem Beginn des Zweiten Vatikanischen Konzils – den Entwicklungen und Wegen der katholischen Kirche von Mitte der 1960er bis Mitte der 1990er Jahre widmen.

Wie stark waren eigentlich die Auf- und Umbrüche der zweiten Hälfte der 1960er Jahre im gesellschaftlichen und kirchlichen Bereich „vor Ort“, also in den Kirchengemeinden, den kirchlichen Vereinen und Verbänden, den kirchlichen Einrichtungen und den Ordensgemeinschaften? Gab es ein Stadt-Land-Gefälle oder ein Nord-Süd- bzw. West-Ostgefälle? Welche „Nachwirkungen“ hatten die Veränderungen – wie auch die Verfestigungen – der Jahre 1945 bis 1965? Welche Rolle spielten Milieus für die vielschichtigen Transformationsprozesse? Und wie positionierten sich eigentlich die Bistumsleitungen und die Kirchengemeinden gegenüber den Spätaussiedlern und den sogenannten Gastarbeitern, wurden sie als Bereicherung der kirchlichen und gemeindlichen Realitäten wahrgenommen und integriert oder eher als „Fremdkörper“ an die Seite geschoben? In den tiefgreifenden Umstrukturierungen in der sich ab Mitte der 1960er Jahre noch einmal massiv verändernden Gesellschaft – Wirtschaft, Politik, Freizeit pp. – veränderte sich die Erwartungshaltung der Menschen an die Kirche – und veränderte sich die Struktur und vor allem – Stichwort Zweites Vatikanisches Konzil und Würzburger Synode – das Selbstverständnis der katholischen Kirche in Deutschland. Wie korrespondierten diese Veränderungsprozesse miteinander, wie „alt“ und wie „neu“ blieb bzw. wurde die Kirche eigentlich?

Änderungen in den kirchlichen Realitäten bzw. im Kirchenbild führten zu neuen „Leitbildern“ in der Selbstwahrnehmung der Gemeinden, in der Formulierung der Aufgaben der Gemeinden und nicht zuletzt auch im Kirchenbau. Der Bau neuer Kirchen bzw. die Umgestaltung bestehender Kirchen waren in den 1960/70er Jahren immer noch von erheblicher, ja in vielerlei Hinsicht zentraler Bedeutung. Was veränderte sich in diesen Jahren, wieso und wohin – und was sagt die „andere“ äußere und innere Gestaltung von Kirchen eigentlich über die Liturgie- und Glaubenspraxis der Menschen dieser Zeit aus?

Bei all den Aufbrüchen und Veränderungen dürfen Retardierungen nicht übersehen werden: War durch das Zerbrechen so vieler Sicherheiten bei den Vertriebenen der Reformeifer inzwischen erloschen? Wurden

Bankverbindung IKKDOS:

Liga Bank eG Regensburg
BLZ 750 903 00 Kl.-Nr. 1115944

Inter. Bank Acc.-Nr.:
BIC:

IBAN DE 90 7509 0300 0001 115944
GENODEF 1 M05

Veränderungen als Gefährdung wahrgenommen? Wuchs bei den Vertriebenen Widerstand gegen die Neuerungen? Hier sind sowohl die Ostdenkschrift der EKD wie auch die Debatte um den Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe 1965 paradigmatisch in den Blick zu nehmen: als Grundsatz- und Zielerklärungen der Kirchenleitungen für ein neues Miteinander von West und Ost in der Zeit des „Kalten Kriegs“. Weil auch die Umwälzungen in der Ostpolitik dazukamen und in öffentlich wahrnehmbaren Vertriebenenkreisen eine zunehmende Ideologisierung beförderten. Weil auch der Blick auf die NS-Zeit differenzierter und kritischer wurde? Die Rolle des Antikommunismus, des Weltanschauungskampfes in diesen Positionierungen muss im Rahmen der Tagung in diesem Kontext unbedingt aufgezeigt und analysiert werden – wie auch das Faktum einer teilweisen kontinuierlichen Offenheit zur Begegnung mit Christinnen und Christen im Ostblock mitanzusprechen ist. Parallel zur vom Konzil erwünschten Öffnung zu den Anliegen der zeitgenössischen Menschen wuchs offensichtlich die Angst vor der angefochtenen Identität – nicht zuletzt auch in kirchlich organisierten Vertriebengruppen.

Mit dem Themenkomplex der Tagung werden gleichermaßen kirchenhistorische bzw. historische wie architekturgeschichtliche, kunsthistorische und volkskundliche und nicht zuletzt auch aktuelle Fragestellungen aufgeworfen.

Vortragen werden:

Kristian Geßner: Ostpriester, Kapellenwagen und Antikommunismus – Werenfried van Straaten und sein Hilfswerk „Ostpriesterhilfe/ Kirche in Not“ und die Katholiken Westdeutschlands; *Prof. Dr. Michael Hirschfeld*: „Hier wurde ... der noch heiße Atem des Konzils ... für die Gemeindepraxis untersucht.“ Die Vertriebengemeinde St. Michael in Oldenburg-Kreyenbrück und ihr schlesischer Pfarrer Josef Tenschert in den 1960er und 1970er Jahren; *Prof. Dr. Andrzej Kopiczko*: Die Entwicklung in ermländischen Kirchengemeinden von 1960–1990; *Ferdinand Müller*: Identität im Wandel (1960–1980). Integration, Säkularisierung und kirchliche Erneuerung in der oberbayerischen „Vertriebenenstadt“ Waldkraiburg; *Dr. Joachim Oepen*: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“. Der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965; *Robert Pech*: Neue Gruppen, neue Themen: Kommunikation von kirchlichen und politischen Institutionen um die DDR-Flüchtlinge und Spätaussiedler; *Prof. Dr. Tomáš Petráček*: Rezeption des Zweiten Vatikanums in der ČSSR; *Gregor Ploch*: Problematik der Diskussion um die Diözesanreuegelung (Auflösung der ostdeutschen Bistümer, Gründung neuer polnischer Bistümer) seit den frühen 1960er Jahren; *Bruno Riediger*: Die Ermlandfamilie im Spannungsfeld der deutsch-polnischen Beziehungen 1960–1990; *Dr. Thomas Scharf-Wrede*: Zur Entwicklung der katholischen Kirche in der Diaspora 1960–1990: Bistum Hildesheim; *Dr. Inge Steinsträßer*: Projektvorschlag „Abt Adalbert Kurzeja und die deutsch-polnische Versöhnung“; *Dr. Michael Wilkosz*: Zur Entwicklung der Seelsorge für die polnischsprachigen Katholiken in Westdeutschland

Am Mittwochabend wird ein Podiumsgespräch mit Erinnerungen von Zeitzeugen stattfinden.

Die Tagung findet statt im St. Bonifatiuskloster, Klosterstr. 5, 36088 Hünfeld. **Sie beginnt am 18. September mit dem Mittagessen um 12,00 Uhr und endet am 19. September mit dem Mittagessen.**

Bitte geben Sie uns **spätestens bis 31.7.2024** Nachricht (informell an das IKKDOS: schriftlich, per Mail oder telefonisch), wenn Sie teilnehmen wollen. Einige wenige bereits reservierte Einzelzimmer können per Mitteilung an uns auf diesem Weg gebucht werden. Ansonsten bitten wir Sie, eine evtl. erforderliche Übernachtungsmöglichkeit selbst zu organisieren. Erwägenswert ist z.B. das vom Kloster ca. 100 m entfernte Konrad Zuse-Hotel (www.konrad-zuse-hotel.de, Tel. +49 (0)6652 7475-0, Fax +49 (0)6652 7475-255, info@konrad-zuse-hotel.de).

Teilnahmekosten fallen keine an.

Die Nachricht erreicht Sie – so hoffe ich – bei guter Gesundheit; ich schicke gute Wünsche und herzliche Grüße dazu.

In der Hoffnung auf eine rege Teilnahme verbleibe ich mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Rainer Bendel,
1. Vorsitzender IKKDOS

06) Stiftung Kreisau

Wir freuen uns, Ihnen die neueste Ausgabe unseres Newsletters zukommen lassen zu können! In diesem Monat haben wir für Sie außergewöhnliche Artikel und Informationen vorbereitet, die von Aktivitäten berichten die bereits in Kreisau stattgefunden haben – oder demnächst erst stattfinden werden.

Wir feiern 20 Jahre Polens in der Europäischen Union und wir tun dies, indem wir über die Bedeutung dieses Jahrestages im Kontext der aktuellen geopolitischen Situation nachdenken. Wir möchten Sie auch einladen, sich mit dem neuesten Arbeitspapier der Kopernikus Gruppe vertraut zu machen, in welchen Schlüsselfragen des deutsch-polnischen Verhältnisses erörtert werden.

Natürlich dürfen auch in dieser Ausgabe des Newsletters die Berichte über die letzten Ereignisse in Kreisau nicht fehlen, wie zum Beispiel eine Jugendbegegnung von Jugendlichen aus Deutschland, Polen und der Ukraine oder Workshops aus dem Bereich der politischen Bildung. Wir präsentieren des Weiteren unsere neuen Bildungsprojekte, die zum Ziel haben, Jugendlichen und Erwachsenen die wichtigsten Momente aus der Geschichte Polens und Deutschlands näher zu bringen.

Wir freuen uns besonders, bereits zum zehnten Mal zum Kammermusikfestival Krzyżowa-Music einladen zu können! Vom 29. August bis zum 8. September 2024 treffen sich in Kreisau weltbekannte Musiker unserer Zeit und eine ausgewählte Gruppe junger Künstler der klassischen Musikszene aus ganz Europa. Eine einzigartige Gelegenheit, in die Magie der Kammermusik einzutauchen.

Zum guten Schluss laden wir auch zu den Konzerten des bereits 24. Summer Guitar Festivals ein – wie auch zur Teilnahme an den anderen, in den nächsten Wochen stattfindenden Veranstaltungen. In Kreisau lassen sich wieder unvergessliche Momente erleben!
Viel Spaß bei der Lektüre!

FORUM KRZYŻOWA

Arbeitspapier XXXV der Kopernikus-Gruppe: Mehr Mut zu Gemeinsamkeit. Sicherheit



Mitteilung der Kopernikus-Gruppe

Der deutsch-polnische Gesprächskreis der Kopernikus-Gruppe traf sich zu seiner dreiundvierzigsten Sitzung vom 13. bis 15. Juni 2024 in Warschau. Das vorliegende Arbeitspapier „Mehr Mut zu Gemeinsamkeit“ fasst die gemeinsamen Überlegungen des Kreises zusammen.
Prof. Dr. Waldemar Czachur, Warschau; Prof. Dr. Peter Oliver Loew, Darmstadt 27.6.2024

Arbeitspapier XXXV der Kopernikus-Gruppe
Mehr Mut zu Gemeinsamkeit

Sicherheit in den deutsch-polnischen Beziehungen

Der Regierungswechsel in Polen Ende 2023 weckte Hoffnungen auf einen Neuanfang in den deutsch-polnischen Beziehungen. Nach sechs Jahren werden die bilateralen Regierungskonsultationen am 2. Juli 2024 endlich wieder aufgenommen. Die Kopernikus-Gruppe hat bereits im Dezember 2023 in einem Papier die wichtigsten Herausforderungen für die Regierungen in Berlin und Warschau zusammengestellt. Dabei wurde die Notwendigkeit der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten auf beiden Seiten der Oder hervorgehoben, zum Beispiel in Form eines deutsch-polnischen Bürgerparlaments.

Der Ausgang der Wahlen zum Europäischen Parlament Anfang Juni 2024 hat gezeigt, dass der Neuanfang in den bilateralen Beziehungen in beiden Ländern in einem schwierigen gesellschaftspolitischen Umfeld stattfinden wird.

Die Zugewinne der populistischen und antieuropäischen Parteien erhöhen den innenpolitischen Druck auf die Regierungsparteien in Berlin wie in Warschau, was Aufmerksamkeit für die wichtigen bilateralen Anliegen schwächen könnte.

Ein neues Projekt || Vom Konflikt zur Versöhnung. Polen und seine Beziehung zu Deutschland 1939-1989



Der 85. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs im Jahr 2024 sowie der 35. Jahrestag der Versöhnungsmesse in Kreisau bieten eine hervorragende Gelegenheit, Menschen in Deutschland mit den historischen Erfahrungen von Polen vertraut zu machen und es für die Unterschiede in der polnischen und deutschen Erinnerung an diese Ereignisse zu sensibilisieren. Es handelt sich um besondere Ereignisse, da sie sowohl äußerst negative Erfahrungen in Europa, insbesondere

in der polnisch-deutschen Nachbarschaft, thematisieren, die nicht nur eine Warnung, sondern auch ein ständiger Anlass zum Nachdenken sein sollten, sondern auch die positiven Erfahrungen, die uns auch heute noch anregen sollten, über die Stärke der Zivilgesellschaft und über Modelle für unsere gegenseitigen Beziehungen nachzudenken.

Aus diesem Grund startet die Stiftung Kreisau mit finanzieller Unterstützung des Außenministeriums der Republik Polen ein Projekt (öffentliche Aufgabe) mit dem Titel. "Vom Konflikt zur Versöhnung. Polen in seinen Beziehungen zu Deutschland 1939-1989 (zum 85. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs und zum 35. Jahrestag der Versöhnungsmesse in Kreisau)". Ziel des Projekts ist es, einen Raum für den Dialog und die Reflexion zwischen Polen und Deutschen zu schaffen und das Wissen über Polens jüngste Geschichte, seine Erfahrungen und seinen Beitrag zur europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu fördern. Dabei wird Polen als ein Land gezeigt, das sich nicht nur als erstes dem nationalsozialistischen Totalitarismus entgegenstellen musste, sondern sich auch als erstes erfolgreich der kommunistischen Diktatur widersetzte und damit den Prozess einleitete, der zum Zusammenbruch der sowjetischen Macht in den Ländern des so genannten Ostblocks führte. Ein Land, dessen Gesellschaft reif und verantwortungsbewusst genug war, um sich für einen Dialog mit der deutschen Gesellschaft zu entscheiden und die Feindseligkeit der Nachkriegszeit zu überwinden, was zu dem bahnbrechenden Ereignis der Versöhnungsmesse am 12. November 1989 in Kreisau führte. Dieses Ereignis setzte symbolisch einen Prozess in Gang, dessen Auswirkungen noch heute zu spüren sind.

Einladung || „Vom Konflikt zur Versöhnung. Wie unterrichtet man über die deutsch-polnischen Beziehungen?“

Seminar für Lehrkräfte und Pädagogen, 18.-20. Oktober 2024, Berlin



Die Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung und das Zentrum für Historische Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Berlin laden Sie zur Teilnahme am Seminar „Vom Konflikt zur Versöhnung.

Wie unterrichtet man über die polnisch-deutschen Beziehungen?“ ein.

Wann: 18.-20. Oktober 2024 (Freitag-Sonntag)

Wo: Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Majakowskiring 47, Berlin

Wer ist eingeladen: Lehrer und Pädagogen, die in Deutschland mit Schulkindern arbeiten, sowie Studierende, die an historisch-politischer Bildung interessiert sind.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an den Projektkoordinator, Dr. Tomasz Skonieczny (tomasz.skonieczny@krzyzowa.pl).

Bewerbungsschluss: 20. September 2024

Die ausgewählten Teilnehmer*innen erhalten am 24. September eine Zusage.

07) Industrieller Wandel erfordert überfachliche Kompetenzen

Medieninformation
Leibniz-Instituts für Länderkunde (IfL)

Leipzig, 1. Juli 2024

Ein transnationales Verbundprojekt unter der Leitung des Leibniz-Instituts für Länderkunde (IfL) unterstützt den Aufbau von Soft Skills in Industrieregionen jenseits der Metropolen. Der Branchenverband „Kreatives Chemnitz“ wird eines der in acht europäischen Ländern angesiedelten Teilprojekte umsetzen.

Die Industrieregionen Mitteleuropas befinden sich in einem tiefgreifenden Wandel ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Grundlagen; der größte Veränderungsdruck lastet auf Standorten jenseits der Metropolen. Technologisches Wissen und entsprechende Innovationspotenziale sind dort meist gut entwickelt. Doch um im Transformationsprozess erfolgreich zu sein, benötigen die Unternehmen zusätzliche Kompetenzen. „Mit dem jetzt gestarteten Projekt wollen wir gemeinsam mit lokalen Partnern Wege entwickeln, wie die sogenannten Soft Skills oder Zukunftskompetenzen in den jeweiligen Regionen gestärkt und mit den vorhandenen Hard Skills verbunden werden können“, erklärt IfL-Forscherin Franziska Görmar.

Einen Schwerpunkt legen die Forschenden auf Fähigkeiten in den Bereichen Kommunikation und Kreativität, Improvisation und exploratives Lernen. Gleichmaßen im Fokus stehen sogenannte Pionierfähigkeiten wie Aufgeschlossenheit oder unternehmerisches Denken. Als Leadpartner übernimmt das IfL neben der inhaltlichen und finanziellen Führung des Projekts zentrale konzeptionelle und methodische Aufgaben. Das Forschungsteam um Franziska Görmar wird zudem die regionalen Partner bei der Entwicklung von Pilotinitiativen beraten und Konzepte für regionale Zukunftsstrategien zur Verfügung stellen.

Im Teilprojekt Chemnitz etabliert der Branchenverband Kreatives Chemnitz e. V. derzeit eine regionale Fokusgruppe und ermittelt die in der Region vorhandenen Soft Skills. Die weiteren Schritte umfassen eine Kampagne mit Pilotaktionen und die Entwicklung strategischer Optionen. Ebenfalls in das Teilprojekt eingebunden sind Akteure aus dem Sächsischen Ministerium für Regionalentwicklung sowie weitere Verbände und Vereine, die in Chemnitz in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Stadt- und Regionalentwicklung sowie Kunst und Kultur tätig sind.

Außerhalb Deutschlands sind periphere Industrieregionen in Österreich, Tschechien, Italien, Slowenien, der Slowakei, Polen und Belgien in das Vorhaben einbezogen. Die Erkenntnisse aus dem von der Europäischen Union für drei Jahre geförderten Verbundprojekt „x-Inno Radar“ werden in die RIS3-Strategien (Regional Innovation Strategy for Smart Specialisation) einfließen und an Institutionen sowie regionale Akteure in ganz Europa vermittelt.

Ansprechpartner:

Carsten Debes

Tel.: +49 341 600 55-258

[c_debes\(at\)leibniz-ifl.de](mailto:c_debes(at)leibniz-ifl.de)

Pressekontakt:

Dr. Peter Wittmann

Leibniz-Institut für

Länderkunde Presse- und

Öffentlichkeitsarbeit

Schongauerstraße 9

04328 Leipzig

Tel.: +49 341 600 55-174

E-Mail: presse@leibniz-

[ifl.de](mailto:presse@leibniz-ifl.de)

www.leibniz-ifl.de

Das **Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL)** in Leipzig analysiert soziale Prozesse aus geographischen Perspektiven und macht gesellschaftlichen Wandel sichtbar. Als einzige außeruniversitäre Forschungseinrichtung für Geographie im deutschsprachigen Raum ist das Institut Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, die 96 selbstständige Forschungseinrichtungen verbindet. Das IfL wird gefördert mit Steuermitteln auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts. [<https://leibniz-ifl.de>]

Hinweis zum Datenschutz: Im Rahmen der Pressearbeit des IfL speichern und verarbeiten wir Ihre Daten (E-Mail, Name, Adresse) in einem Presseverteiler. Ihre Daten werden nur für diesen Zweck verwendet und sind durch entsprechende technische und organisatorische Maßnahmen geschützt. Sie haben jederzeit die Möglichkeit, der Speicherung und Verarbeitung Ihrer Daten zu widersprechen. Dafür wenden Sie sich bitte an presse@leibniz-ifl.de.

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften
Seiten C 16 – C 33

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 16 – C 19)

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

[Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

presse@charlottenburg-wilmersdorf.de

**01) „Grün und gesund – gemeinsam bewegen wir den Kiez“:
Das Kiezlabor öffnet**



Das Kiezlabor.- Bild: CityLAB

Pressemitteilung vom 30.07.2024

Aus einem alten Schiffscontainer wird ein energieautarkes Tiny House: Das Kiezlabor! Der mobile Veranstaltungsort öffnet von **Montag, 5. August 2024, bis Freitag, 16. August 2024**, an der Fußgängerzone der Wilmersdorfer Straße (zwischen Schillerstraße und Bismarckstraße) nun seine Türen.

Unter dem Motto „Grün und gesund – gemeinsam bewegen wir den Kiez“ werden an zehn Tagen mehr als 25 Veranstaltungen angeboten. Diese reichen von Mitmachangeboten, über Kiezspaziergänge bis hin zu Bastelaktionen, zum Beispiel zu den Themen gemeinschaftliche Stadtentwicklung, künstlicher Intelligenz oder Maßnahmen der Klimaanpassung auf Kiezebene.

Seite C 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Zur Eröffnung des Kiezlabors am Montag, 5. August 2024, findet ab 15 Uhr der Workshop „Starke Stadtteile“ zur Zukunft im Kiez mit dem Raum für Beteiligung statt. Die öffentliche Abschlussveranstaltung findet dann am Freitag, 16. August 2024, ab 15 Uhr mit Bezirksstadtrat Oliver Schruoffeneger zu der Frage „Was bleibt von zwei Wochen Kiezlabor?“ statt.

Das vollständige Programm ist unten als Download sowie auf der [Webseite](#) zu finden.

Das Kiezlabor an der Wilmersdorfer Straße ist eine Kooperation von CityLAB, dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf und dem Raum für Beteiligung Charlottenburg-Wilmersdorf.

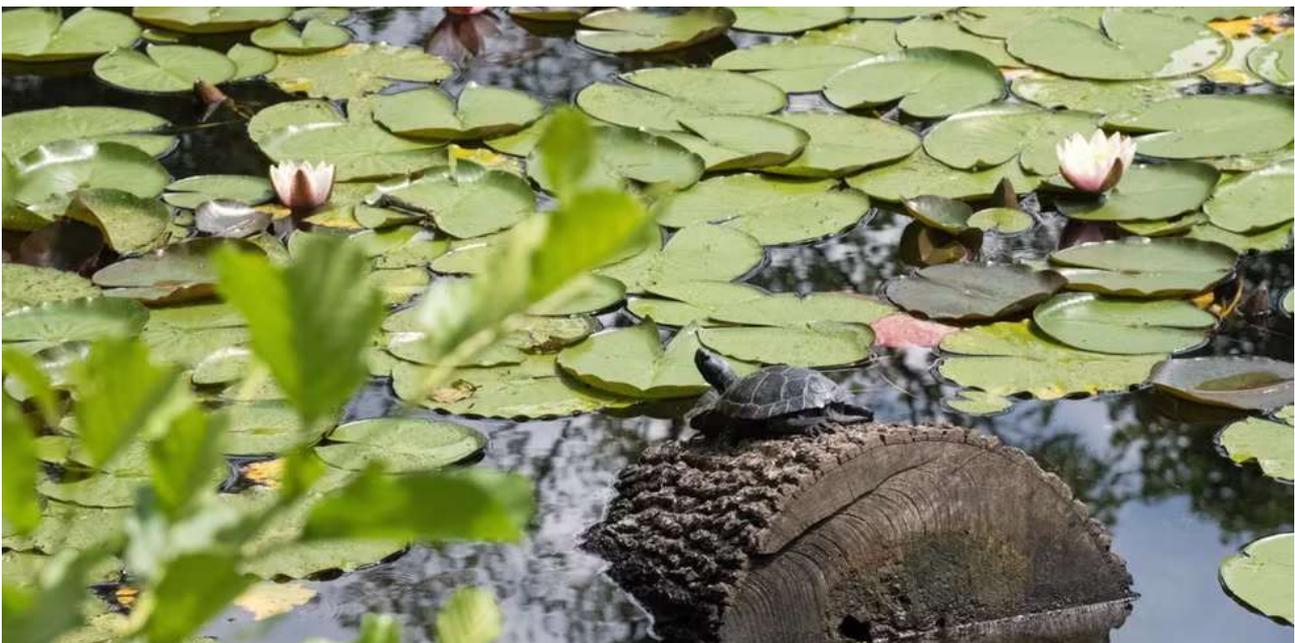
Im Auftrag
Jüch

- **Programm Kiezlabor**

PDF-Dokument (1.5 MB) - Stand: 07/2024

<file:///D:/Downloads/programm-kiezlabor.pdf>

02) Label „StadtGrün naturnah“: Charlottenburg-Wilmersdorf unterstützt biologische Vielfalt



Teich in der Jungfernheide.- Bild: Bernd Eufinger

Pressemitteilung vom 16.07.2024

Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf engagiert sich schon seit Jahren für mehr Natur in der Stadt. Seit Juli 2024 nimmt der Bezirk offiziell am Label-Verfahren „StadtGrün naturnah“ teil. Das Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ würdigt damit das ökologische Grünflächenmanagement von Städten und Gemeinden. Am 18. September soll der Bezirk in Darmstadt die Zertifizierung erhalten.

Seite C 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf pflegt viele Parkanlagen und Grünflächen naturnah, indem er beispielweise Rasenflächen seltener mäht und so schnittempfindliche Wiesenkräuter fördert. Davon profitieren Tiere und Pflanzen gleichermaßen: Wo Flockenblumen, Margeriten oder Malven gedeihen, sind auch Wildbienen und Schmetterlinge nicht weit. Darüber hinaus sind vielfältige Naturräume wesentlich widerstandsfähiger gegenüber den Herausforderungen des Klimawandels.

Zu den naturnah bewirtschafteten Grünflächen gehören unter anderem: Volkspark Jungfernheide, Georg-Kolbe-Hain, Friedhof Heerstraße, Rüdesheimer Platz und Ruhwaldpark. In den Anlagen pflanzt der Bezirk heimische Gehölze und Stauden und verzichtet auf Pestizide.

Mit dem Label „StadtGrün naturnah“ möchte der Bezirk seinen Einsatz für die biologische Vielfalt sichtbar machen. Das Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ unterstützt bei Maßnahmenplanung, Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit für mehr Natur in der Stadt. Es bietet Vor-Ort-Beratung und organisiert den Erfahrungsaustausch unter den Kommunen, stellt kostenlos Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit bereit und moderiert Workshops zur Maßnahmenplanung mit lokalen Akteuren.

Das Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ hat mehr als 400 Mitglieder und ist das größte deutsche Netzwerk für naturnahe Kommunen. Bisher haben 65 Kommunen in Deutschland das Label „StadtGrün naturnah“ erhalten, bis Ende des Jahres sollen es 69 sein. Zu Beginn des Verfahrens tragen die teilnehmenden Kommunen die Pflegepraktiken und bereits umgesetzten Maßnahmen in einer Bestandserfassung zusammen. Darauf aufbauend entwickeln sie einen Maßnahmenplan mit den geplanten Aktivitäten zur naturnahen Entwicklung der innerstädtischen Grünflächen. Am Ende des Prozesses werden die Teilnehmenden mit der Auszeichnung in Bronze, Silber oder Gold belohnt. In drei Jahren kann sich der Bezirk erneut zertifizieren lassen.

Im Auftrag
Räsch

**03) Das Stauffenberg-Attentat - Gedenken an einen Akt des Widerstands
am 20. Juli 1944**



Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus auf dem Steinplatz.-
Bild: BA CW, Brühl

Pressemitteilung vom 12.07.2024

Am 20. Juli 1944 ließ Claus Schenk Graf von Stauffenberg eine Bombe im „Führerhauptquartier“ in Ostpreußen detonieren. Die Bombe verfehlte ihr Ziel, Hitler überlebte. Stauffenberg wurde noch in derselben Nacht hingerichtet. Der 20. Juli 1944 ist zum Symbol des deutschen Widerstandes gegen die Diktatur des Nationalsozialismus und die Schreckensherrschaft Adolf Hitlers geworden. Er ging als „Aufstand des Gewissens“ in die Geschichte ein.

Zum Gedenken an diesen Akt des Widerstands legt Bezirksstadtrat Arne Herz zusammen mit Bezirksverordnetenvorsteherin Judith Stückler anlässlich des 80. Jahrestags am **Samstag, 20. Juli 2024, um 10 Uhr** einen Kranz am Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus auf dem Steinplatz nieder.

Bereits um 8 Uhr wird Bezirksstadtrat Arne Herz am Gottesdienst in der Gedenkstätte Plötzensee teilnehmen.

Bezirksstadtrat Arne Herz:

„Der 20. Juli mahnt uns mehr denn je, die Freiheit des Einzelnen, die Freiheit eines ganzen Volkes, unsere demokratischen Werte uns immer wieder bewusst zu machen und diese jeden Tag aufs Neue zu verteidigen. Das demokratische Gewissen eines jeden Einzelnen muss im Sinne der großartigen Errungenschaft insbesondere der in unserem Grundgesetz formulierten Grundrechte jeden Tag gelebt und verteidigt werden. Oder um es mit den Worten von Marcel Reif in der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar im Deutschen Bundestag auszudrücken: „Sei a Mensch!“ – „Sei ein Mensch!“

Im Auftrag
Jüch

Steglitz-Zehlendorf (Seiten C 20 – C 23)

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

Postanschrift:

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

14160 Berlin

presse@ba-sz.berlin.de

01) Mit politischer Bildung gegen Antisemitismus: Veranstaltungen der VHS Steglitz-Zehlendorf

Pressemitteilung vom 17.07.2024

Bildung ist das richtige Mittel, um Antisemitismus vorzubeugen und ihn zu bekämpfen. Mit einer Reihe von Veranstaltungen leistet die Victor-Gollancz-Volkshochschule Steglitz-Zehlendorf im Rahmen ihres politischen Bildungsprogramms einen wichtigen Beitrag.

Im Herbst laden Vorträge und Kurse dazu ein, sich dem Judentum zu nähern und dadurch Vorurteile abzubauen: Ab 8. Oktober besteht an vier Dienstagabenden Gelegenheit, dem jüdischen Leben im heutigen Berlin zu begegnen. Im lebendigen Austausch mit jüdischen Menschen sollen die Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer Einblick in deren Alltag erhalten (Kurs SZ112-041). Mit der Zunahme von Antisemitismus und Israelfeindlichkeit nach dem 7. Oktober 2023 setzt sich ein weiterer Kurs auseinander, der am 7. November an sechs Donnerstagabenden stattfindet (Kurs SZ112-043). Der Nahostkonflikt und antisemitische Reflexe könnte eines der möglichen Themen sein, die beim „Politischen Gesprächskreis für Seniorinnen und Senioren“ zur Sprache kommen. Start des Austauschforums mit freier Themenwahl ist am 13. September (Kurs SZ112-067). In der Tradition der auf Preußens König Friedrich II. zurückgehenden Toleranz liefert ein fünftägiges Seminar ab 21. Oktober einen Überblick über verschiedene Glaubensformen und Weltanschauungen in Berlin: von Buddhismus, Islam, Neopaganismus bis zum Judentum (Kurs SZ112-017). Ein mehrtägiges Seminar über den Wandel der Bestattungskulturen verschiedener Religionen schließt ab 16. September auch die jüdische Friedhofskultur ein (Kurs SZ112-009). Am 13. Oktober 2024 lädt ein geführter Spaziergang dazu ein, jüdische Spuren im Grunewald zu entdecken (Kurs SZ110-053).

Antisemitismus ist kein Naturgesetz. Ihn zu bekämpfen, ist eine wichtige Aufgabe des Staates auf allen Ebenen. Er tritt in verschiedenen Erscheinungsformen auf und ist in allen Teilen der Gesellschaft anzutreffen: extrem rechter, islamistischer oder linksextremer Antisemitismus, oft getarnt als Israelhass. An unseren Universitäten werden jüdische Studierende von „pro-palästinensischen“ Kommilitonen eingeschüchert. Jüdinnen und Juden, die als Mitbürgerinnen und Mitbürger friedlich unter uns leben, werden in Mithaftung für die Politik eines anderen Staates genommen. Kritik an der israelischen Regierung ist legitim, aber sie darf nie Maß und Mitte verlieren.

Hierzu erklärt Cerstin Richter-Kotowski, Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur und Sport: „Die Volkshochschule schärft mit ihrem umfangreichen Bildungsangebot das Bewusstsein für historische und aktuelle Formen von Antisemitismus und leistet damit einen wertvollen

Seite C 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Beitrag zu einem respektvollen und toleranten Miteinander. Bildung ist der Schlüssel, um Vorurteile abzubauen und eine offene, demokratische Gesellschaft zu fördern. Antisemitismus hat keinen Platz in unserer Gesellschaft und darf ihn auch nie wiederhaben!“

Das gesamte Sommerprogramm der Victor-Gollancz-Volkshochschule Steglitz-Zehlendorf bis einschließlich August, sowie das komplette Programmangebot für das Herbstsemester 2024 finden Sie hier, gerne zum Herunterladen als pdf-Datei:
<https://www.berlin.de/vhs/volkshochschulen/steglitz-zehlendorf/>

Ab sofort liegt die gedruckte Ausgabe in der Volkshochschule und an den bekannten Auslagestellen im Bezirk zur Abholung bereit.

Die Veranstaltungen werden zum Teil in Präsenz, zum Teil online durchgeführt. Einige Kurse können im Rahmen des Berliner Bildungszeitgesetzes (BiZeitG) als „Bildungszeit“ gebucht werden.

02) Steglitz-Zehlendorf zeigt Flagge - Klares Bekenntnis zu Israel und der Ukraine am internationalen „Mayors for Peace Day“

Pressemitteilung vom 08.07.2024



Die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski vor der gehissten Mayors for Peace-Flagge am Rathaus Zehlendorf.- *Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf*

Anlässlich des diesjährigen Flaggentags des „Mayors for Peace Day“, der vor dem Hintergrund internationaler Kriege, dem globalen Klimawandel und einer wachsenden Bedrohung der Demokratien stattfindet, hisst der Bezirk neben der Aktionsflagge auch die Flaggen Israels und der Ukraine vor dem Rathaus Zehlendorf, um seine ungebrochene Unterstützung für die beiden Nationen und ihre Menschen zu bekunden. **Als Mitglied des Städtetzwerkes „Mayor for Peace“ setzt Steglitz-Zehlendorf damit zusammen mit 600 weiteren deutschen Städten ein deutliches Zeichen gegen Kriege und für eine friedliche Welt.**

Cerstin Richter-Kotowski – stellvertretende Bezirksbürgermeisterin:

„Steglitz-Zehlendorf pflegt seit vielen Jahrzehnten enge Beziehungen zu beiden Ländern und den Partnerstädten Charkiw, Sderot und Kirjat Bialik. Insbesondere die Bürgerinnen und Bürger von Charkiw und Sderot kämpfen täglich mit den Folgen von Terror und Gewalt. Der heutige Tag ist eine gute Erinnerung daran, dass nur wenige tausend Kilometer von uns entfernt Krieg herrscht, Menschen sterben und die Lebensgrundlage von künftigen Generationen zerstört wird. Das Hissen der Nationalflaggen mag zwar nur eine symbolische Geste sein, unterstreicht jedoch unsere tiefe Verbundenheit und Solidarität mit den Menschen, die aktuell unter Konflikten und Spannungen leiden. In Zeiten globaler Unsicherheiten ist es wichtiger denn je, dass wir als Gemeinschaft zusammenstehen und ein starkes Zeichen für Solidarität, Frieden und gegen jegliche Form von Antisemitismus setzen. Das Hissen der beiden Nationalflaggen ist aber auch Zeichen dafür, dass wir uns nicht einschüchtern lassen und fest an der Seite unserer Partner stehen.“



Die Mayors for Peace-Flagge weht vor dem Rathaus Zehlendorf (08.07.2024). -
Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Was ist der Flaggentag:

Am Flaggentag erinnern die „Mayors for Peace“ an ein Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag vom 8. Juli 1996. Der Gerichtshof stellte fest, dass die Androhung des Einsatzes und der Einsatz von Atomwaffen generell gegen das Völkerrecht verstoßen. Zudem stellte der Gerichtshof fest, dass eine völkerrechtliche Verpflichtung besteht, „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen und zum Abschluss zu bringen, die zu nuklearer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle führen“.

Wer sind die Mayors for Peace:

Die Organisation "Mayors for Peace" wurde 1982 vom damaligen Bürgermeister von Hiroshima gegründet. Das weltweite Netzwerk setzt sich vor allem für die Abschaffung von Atomwaffen ein, greift aber auch aktuelle Themen auf, um Wege für ein friedvolles Miteinander zu diskutieren. Mehr als 8.000 Städte gehören dem Netzwerk an, darunter über 600 Städte in Deutschland.

Publizistisch inhaltlich verantwortlich

Leiter Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

Marcel Mattick

Kirchstraße 1/3

14163 Berlin

E-Mail: marcel.mattick@ba-sz.berlin.de

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 24 - C 33)

Pressestelle

[John-F.-Kennedy-Platz](#)
[10825 Berlin](#)

Telefon: (030) 90277-6281

pressestelle@ba-ts.berlin.de

01) Ein Weltmarktführer aus Tempelhof-Schöneberg für eine bessere Zukunft



Von links nach rechts: Dr. Beatriz Casasola (Boreal Light GmbH), Bettina Deckart (Key Account Managerin, Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH), Dr. Hamed Beheshti (CEO Boreal Light GmbH), Katerina Tahawokh (Wirtschaftsförderung Tempelhof-Schöneberg), Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und Alina Munoz Knudsen (Boreal Light GmbH)

Pressemitteilung Nr. 272 vom 29.07.2024

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann zu Besuch bei der Boreal Light GmbH

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann besuchte am 23. Juli 2024 gemeinsam mit Vertreterinnen der bezirklichen Wirtschaftsförderung und der Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH das innovative Unternehmen Boreal Light GmbH, das für seine wegweisenden Lösungen im Bereich der Wasseraufbereitung bekannt ist.

Während des Besuchs erhielten die Teilnehmenden einen umfassenden Einblick in die Technologien und Projekte der Boreal Light GmbH. Das Unternehmen wurde 2014 gegründet und hat sich auf die Entwicklung nachhaltiger, solarbetriebener Wasseraufbereitungssysteme spezialisiert, die insbesondere in Regionen mit Wasserknappheit lebensrettende Dienste leisten. Mit ihren innovativen Ansätzen und ihrem

Seite C 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Engagement für Nachhaltigkeit und Umweltschutz trägt die Boreal Light GmbH maßgeblich dazu bei, globale Herausforderungen im Wasserbereich zu lösen.

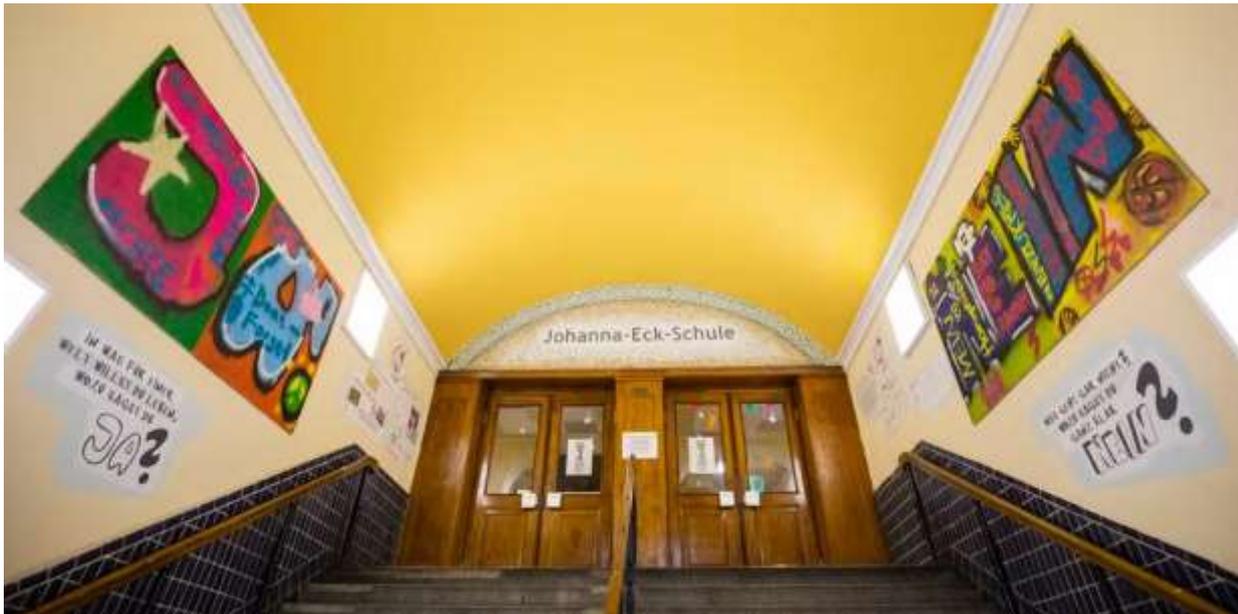
Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

“Die Arbeit der Boreal Light GmbH ist ein herausragendes Beispiel dafür, wie Berliner Unternehmen durch Innovation und technologische Exzellenz globale Probleme angehen können. Ihre Lösungen im Bereich der Wasseraufbereitung sind nicht nur technisch beeindruckend, sondern auch von großer sozialer Bedeutung. Ich bin stolz darauf, solch zukunftsweisende Unternehmen in unserem Bezirk zu haben.”

Die Zusammenarbeit mit der bezirklichen Wirtschaftsförderung und Berlin Partner betont die Bedeutung der Vernetzung und Unterstützung innovativer Unternehmen in Berlin. Diese Partnerschaften sind entscheidend, um die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu fördern und Berlin als Standort für technologische Innovationen zu stärken.

Die Boreal Light GmbH plant, ihre Technologien weiter zu entwickeln und in neue Märkte zu expandieren, um noch mehr Menschen Zugang zu sauberem Wasser zu ermöglichen. Der Besuch von Bezirksbürgermeister Oltmann und den Vertreterinnen der Wirtschaftsförderung und der Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH unterstreicht das Engagement der Stadt, Unternehmen wie die Boreal Light GmbH zu unterstützen und deren Wachstum zu fördern.

02) Schüler der Johanna-Eck-Schule erforschen zusammen mit dem Team des Jugend Museums die Vergangenheit



Blick in die Ausstellung: Im Eingangportal der Schule sind die Graffitis sowie Fotos und Texte aus dem Projekt zu sehen. *Bild: Ruthe Zunzt*

Pressemitteilung Nr. 268 vom 24.07.2024



Feierliche Ausstellungseröffnung in der Johanna-Eck-Schule.- *Bild: Ruthe Zunzt*

„Schulgeschichte entstauben“

Wie können Jugendliche die Geschichte ihrer eigenen Schule auf kreative Weise erforschen? Darum geht es in dem gemeinsamen Projekt „Schulgeschichte entstauben“ der Johanna-Eck-Schule und des Jugend Museums.

Die **Werkausstellung „Schulgeschichte entstauben“** ist eröffnet und befindet sich in dem Eingangsbereich der Johanna-Eck-Schule, Ringstraße 103-106, 12105 Berlin.

Angefangen hat die Zusammenarbeit mit dem Fund eines mysteriösen Ordners in der Schule, der zahlreiche Dokumente aus der Zeit des Nationalsozialismus enthält. Diese Entdeckung bot eine einzigartige Gelegenheit, die Originaldokumente näher anzuschauen und gemeinsam die Schulgeschichte zu erforschen.



Interessierte Blicke in den Ordner, der den Anstoß für das Projekt gab.- Bild: *Museen Tempelhof-Schöneberg*

03) Bezirkszentralbibliothek Tempelhof präsentiert Kieztour rund um das „Eva-Maria-Buch-Haus“

Pressemitteilung Nr. 265 vom 22.07.2024



Von links nach rechts: Bibliothekar Johnny Gallinowski und Spieleautorin Anja Wrede.-
Bild: Stadtbibliothek Tempelhof-Schöneberg

In der Bezirkszentralbibliothek Tempelhof wird ab sofort eine aufregende Kieztour angeboten. Gemeinsam mit dem schlaun Bibliotheksmaskottchen Fuxi geht es auf eine spannende Rätseltour rund um die Bibliothek. Kinder und Familien sind herzlich eingeladen, auf der interaktiven Tour zu rätseln und knifflige Quizfragen zu lösen. Die Stadtteilrallye ist nicht nur ein unterhaltsames Erlebnis für Groß und Klein, sondern auch eine wunderbare Gelegenheit den Stadtteil Tempelhof besser kennenzulernen.

Das speziell für die Bezirkszentralbibliothek entwickelte Konzept, die Projektleitung und die Umsetzung stammen von Spieleautorin Anja Wrede.

Die Tempelhofer Kieztour kann in der Bibliothek ausgeliehen werden. Zwei unterschiedliche Routen rund um den Franckepark oder um die historische Tempelhofer Dorfkirche stehen zur Auswahl. Erkunden Sie den Kiez auf eigene Faust.

Im Rahmen unseres Sommerferienprogramms bieten wir zudem die Gelegenheit, die Kieztour an zwei Terminen gemeinsam mit anderen auszuprobieren.

Seite C 29 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Kiezrallye „Mit Fuxi auf Kieztour“

Dienstag, 30. Juli 2024 von 13:00 bis 15:00 Uhr

Dienstag, 20. August 2024 von 13:00 bis 15:00 Uhr

Bezirkszentralbibliothek „Eva-Maria-Buch-Haus“
Götzstraße 8|10|12, 12099 Berlin

Die Teilnahme ist kostenfrei.

Anmeldung per [E-Mail an die Bezirkszentralbibliothek](#) oder telefonisch unter (030) 90277-6136

Mehr zur Kiezrallye:

Die Tempelhofer Kiezrallye für Kinder ab 7 Jahren kann für vier Wochen in der Kinderabteilung der Bibliothek ausgeliehen werden. Die Rallye besteht aus zwei Touren, die jeweils ca. 2,5 Kilometer lang sind und eine Dauer von ungefähr 45 bis 60 Minuten haben. Start und Ziel ist jeweils die Bezirkszentralbibliothek Tempelhof. Diese besondere Aktivität eignet sich hervorragend für gemeinsame Ausflüge an der frischen Luft, z.B. an Kindergeburtstagen und verspricht jede Menge Spaß und Unterhaltung.

Für weitere Informationen und Anfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

04) Bezirk Tempelhof-Schöneberg gedenkt des 80. Jahrestages des Widerstands gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft

Pressemitteilung Nr. 264 vom 22.07.2024



Seite C 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Am Sonnabend, den 20. Juli 2024 und damit am 80. Jahrestag des gescheiterten Attentats auf Adolf Hitler, legten Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und stellvertretende BVV-Vorstehende Martina Zander-Rade einen Kranz am Ehrengrab für Oberst i.G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Generaloberst Ludwig Beck, General der Infanterie Friedrich Olbricht, Oberst i.G. Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und Oberleutnant Werner von Haefen auf dem Sankt-Matthäus-Kirchhof in Berlin-Schöneberg nieder. Damit wurde an die Widerstandsgruppe erinnert, die am 20. Juli 1944 versuchte, dem Zweiten Weltkrieg und dem nationalsozialistischen Terror ein Ende zu setzen.

Bei der Gedenkveranstaltung sprach neben Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und BVV-Vorsteherin Martina Zander-Rade auch Oberstleutnant Martin Gerdes Worte des Gedenkens. Oberstleutnant Martin Gerdes pflegt im Namen der Stauffenberg-Gesellschaft seit vielen Jahren das Grab und war wichtiger Partner bei der Durchführung der Veranstaltung.



Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

„Eines ist klar, und auch das können wir uns immer wieder vor Augen führen: Es handelte sich bei den Widerstandskämpfern nicht um eine sehr kleine Gruppe gewissenloser Offiziere, wie Adolf Hitler hinterher gerne behauptete. Vielmehr haben rund 200 Widerstandskämpfer auf das Attentat hingearbeitet, aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Viele Widerstandskreise griffen ineinander. Und einige wirkten hier im Bezirk, hier in Schöneberg. Sie alle waren sich bewusst: Je mehr Gruppen sich vereinen, desto größer wird die Gefahr aufzufliegen. Aber trotzdem kämpften sie weiter. Denn sie alle fühlten sich dem Widerstand verpflichtet. Und das Gefühl der Verpflichtung von damals ist für uns heute ein Auftrag: ein Auftrag, dass wir für ein besseres Deutschland, für ein menschliches

Seite C 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Deutschland, für ein solidarisches Deutschland eintreten und dafür arbeiten müssen. Die Wertebasis dafür sind die Grundrechte, so wie sie im Grundgesetz verankert sind. Lassen Sie uns diesen Auftrag annehmen.“

Oberstleutnant Martin Gerdes:

„Es war ein Ereignis mit so viel Dramatik und so viel Moral. Die Männer und Frauen des 20. Juli wussten, welchen Gefahren sie sich aussetzten, übrigens auch für ihre Familien. Nach dem Scheitern gerieten sie in Lebensgefahr. Irgendwie sind wir es diesen Mutigen schuldig, dass wir wenigstens ihr Ehrengrab pflegen

05) Kooperationsvereinbarung zwischen den Bezirken Tempelhof-Schöneberg und Mitte zur städtebaulichen Entwicklung an der Potsdamer Straße*) unterzeichnet

*) Anm. AWR-Red.: Teil der „Reichsstraße Nr. 1“ von Aachen über Berlin nach Königsberg/Pr. und Eydtkuhen



Bezirksstadträte Eva Majewski und Ephraim Gothe besiegeln die Zusammenarbeit zur Förderung des „Lebendigen Zentrums und Quartiers“ Potsdamer Straße.- *Bild: Bezirksamt Mitte*

Pressemitteilung Nr. 257 vom 12.07.2024

Bezirksstadträte Eva Majewski und Ephraim Gothe besiegeln die Zusammenarbeit zur Förderung des „Lebendigen Zentrums und Quartiers“ Potsdamer Straße

Die Bezirksämter Tempelhof-Schöneberg und Mitte von Berlin haben am 12. Juli 2024 eine bedeutende Kooperationsvereinbarung für das „Lebendige Zentrum und Quartier“ (LZQ) Potsdamer Straße unterzeichnet. Diese Vereinbarung markiert einen wichtigen Schritt in der Zusammenarbeit der beiden Bezirke, um das Gebiet gemeinsam zu entwickeln und nachhaltige Maßnahmen umzusetzen.

Eva Majewski, Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung und Facility Management von Tempelhof-Schöneberg, betont:

„Diese Vereinbarung ist ein wichtiger Schritt für die nachhaltige Entwicklung entlang der Potsdamer Straße. Gemeinsam mit dem Bezirk Mitte werden wir die Lebensqualität deutlich verbessern. Bezirksübergreifendes Denken und Handeln ist dabei entscheidend, um die Herausforderungen effektiv zu lösen.“

Ephraim Gothe, Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management in Mitte, ergänzt:

„Diese Zusammenarbeit schafft die Grundlage für eine positive städtebauliche Entwicklung. Soziale Infrastruktur, Klimaschutz und sozialer Zusammenhalt liegen mir besonders am Herzen. Durch die gemeinsame Anstrengung können wir nachhaltige Lösungen finden.“



Bild: Bezirksamt Mitte

Das LZQ ist ein Förderprogramm zur Aufwertung städtischer Gebiete, das auf die Verbesserung der Lebensqualität und die Bewältigung städtebaulicher Herausforderungen abzielt. Das Gebiet soll als attraktives Ortsteilzentrum gestärkt werden und steht dabei vor mehreren städtebaulichen Herausforderungen. Die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Straßenraum, besonders an der Potsdamer Straße und Bülowstraße, ist aufgrund hoher verkehrlicher Belastung schlecht. Der hohe Versiegelungsgrad im Straßenraum und in den Gewerbehöfen erhöht die Überschwemmungsgefahr bei Starkregen. Einrichtungen der sozialen Infrastruktur müssen an neue Bedarfe angepasst werden. Straßenprostitution und deren Begleiterscheinungen wie Drogenkonsum und Obdachlosigkeit sind seit Jahren ein Thema. Ein besonderer Handlungsbedarf besteht im Bereich der Frobenstraße, wo Straßenstrich, Kältehilfe, eine Jugendfreizeiteinrichtung und eine Kita direkt nebeneinander liegen.

Seite C 33 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Um einer negativen Entwicklung und Wahrnehmung entgegenzuwirken und die funktionale Vielfalt des Gebietes zu erhalten und weiterzuentwickeln, haben sich der Bezirk Mitte, der Bezirk Tempelhof-Schöneberg und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen gemeinsam entschieden, dieses Gebiet durch das Programm „Lebendige Zentren und Quartiere“ zu fördern.

Im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Lebendige Zentren und Quartiere“ wird von Herbst 2024 bis Herbst 2025 ein Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) erstellt. Dies ist der erste Schritt, um das Gebiet in das Förderprogramm aufzunehmen, städtebauliche Herausforderungen zu bewältigen und die Lebensqualität zu erhöhen.

Ein zentrales Element des Projekts ist die umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit. Anwohnende und Interessierte werden in den Planungsprozess eingebunden, um sicherzustellen, dass die Maßnahmen den Bedürfnissen und Wünschen der Gemeinschaft entsprechen. Ziel ist es, die funktionale Vielfalt im Gebiet zu erhalten und eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung zu fördern.

Der Untersuchungsraum umfasst die Potsdamer Straße und angrenzende Blöcke vom Landwehrkanal bis zur Goebenstraße. Nördlich der Kurfürstenstraße gehört das Gebiet zum Bezirk Mitte und südlich zum Bezirk Tempelhof-Schöneberg.

Mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung legen die Bezirke den Grundstein für ihre Zusammenarbeit in dem bezirksübergreifenden Gebiet. Das Bezirksamt Mitte übernimmt die federführende organisatorische Rolle bei der Erstellung des ISEK. An den Inhalten wirken beide Bezirke gleichberechtigt aktiv mit. Beide Bezirke werden regelmäßig über den Fortschritt informieren und eng zusammenarbeiten, um die Ziele des Projekts zu erreichen.

Weitere Informationen zu diesem Projekt finden Sie auf der Vorhabenliste von mein.berlin.de.

01) Unter der Kulturministerin Claudia Roth verröchelt das bedeutendste deutsche Kulturerbe

Die Stiftung Preussischer Kulturbesitz bekommt mit Marion Ackermann eine neue Direktorin mit Gespür für die Fragen der Zeit. Sie muss die SPK komplett neu ausrichten.



Pop-Eye / Christian Behring / Imago

Eine blasse Dachmarke: Zu der Stiftung Preussischer Kulturbesitz gehört auch die Alte Nationalgalerie in Berlin

Metropolen glänzen. Mit ihren legendären Sammlungen und berühmten Museen: Paris mit dem Louvre, Madrid mit dem Prado; Bilbao hat das Guggenheim und Sankt Petersburg seine Eremitage. Viele dieser Häuser zeigen spektakuläre Ausstellungen, betreiben kluge Ankäufe oder mutige Expansionsstrategien. Das British Museum hat es immerhin durch kleine Skandale in die öffentliche Wahrnehmung gebracht; und Dresden machte von sich reden, als eine Diebesbande die sächsischen Kronjuwelen im Grünen Gewölbe klaute.

Ganz anders Berlin? Dort gibt es jetzt zusätzliche Schliesstage in den Staatlichen Museen. Der Stiftung Preussischer Kulturbesitz (SPK) fehlt schlicht das Geld; der grosse Besuchermagnet, das Pergamonmuseum, wurde für Jahre geschlossen. Die Bauleute haben jetzt das Sagen, und die Steinmetzen wundern sich, mit welcher Akribie dort saniert werden kann. Nur die dringend benötigten Eintrittsgelder, die fehlen natürlich für sehr lange Zeit.

Auch rettende Ideen kosten viel

Die Misere war absehbar gewesen. Vor einem Dreissig-Millionen-Loch allein bei den laufenden Ausgaben hatten die Haushälter schon lange gewarnt. Aber die Unterfinanzierung der Stiftung ist nur die eine Hälfte eines alten Problems. Die andere ist jetzt noch hinzugekommen: Auch das Ende 2022 mit grossem politischem Getöse in Gang gesetzte Reformvorhaben war von Anfang an nicht richtig finanziert. Gute dreissig Millionen fehlen auch hier. Denn die Stiftung sollte in ihre Teile zerschlagen werden. Dezentralisierung schien die rettende Idee. Doch auch das kostet Geld, sehr viel Geld sogar, was die Kulturpolitik geflissentlich übersehen hat. Die Verantwortlichen in der Stiftung haben indes sehr schnell erkannt, dass die Zeichen der Zeit in eine ganz andere Richtung weisen: Die Stiftung braucht keine autonomen Spielwiesen mehr, sondern eine schlanke, straffe Verwaltung.

Es entbehrt daher nicht einer gewissen Ironie, dass sich der Stiftungsrat in Berlin mit der Generaldirektorin der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, Marion Ackermann, jetzt ausgerechnet eine Frau an die Spitze der Preussenstiftung geholt hat, die diesen anderen Weg bereits geht und ihrem nicht weniger komplizierten Dresdner Museumsverbund längst straffere Strukturen verordnet hat.

Die gelernte Kunsthistorikerin und Kuratorin Marion Ackermann wird im kommenden Jahr auf den Archäologen Hermann Parzinger im Präsidentenamt folgen, und alle Beteiligten scheinen glücklich zu sein. Die fröhliche Kulturstaatsministerin Claudia Roth ohnehin, die noch am wenigsten dazu beigetragen hat, die finanziellen Probleme der Stiftung zu lösen. Aber auch Parzinger selbst, dem das Amt sichtbar zur Bürde geworden ist.

Schon ein Blick auf den beeindruckenden Werdegang der 1965 in Göttingen geborenen Ackermann macht augenfällig, dass mit ihr eine exzellente Besetzung für eine der wohl schwierigsten Rollen im deutschen Kulturbetrieb gefunden wurde. Sie tritt im nächsten Jahr an die Spitze dieses mit fünfzehn Sammlungen in sechs zentralen Einrichtungen an fünf Standorten tief zerklüfteten Kulturimperiums, wozu noch die Staatsbibliothek, das Geheime Preussische Staatsarchiv, das Ibero-Amerikanische Institut und die Musikforschung gehören.



Frank Gaeth / Imago

Die Kulturstatsministerin Claudia Roth hat am wenigsten dazu beigetragen, die finanziellen Probleme der Stiftung zu lösen

Dieses nur historisch begreifbare, einzigartige Ensemble, das den Vergleich mit der berühmten Smithsonian Institution in Washington nicht zu scheuen braucht, hat sich nie als gemeinsames Ganzes empfunden. Man spricht lieber von den Standorten, vom Kulturforum oder von der Museumsinsel – oder den einzelnen Häusern wie der Alten und der Neuen Nationalgalerie. Die Dachmarke SPK blieb entsprechend blass. Als «dysfunktional» hat der Wissenschaftsrat die Organisation der Stiftung in seinem Gutachten 2020 beschrieben. Ihre Finanznot war wohl auch ihm bekannt.

Parzingers Verdienst und Stillstand

Es soll deshalb Finanzierungszusagen der früheren Kanzlerin gegeben haben. Aber dann kam der Regierungswechsel und mit ihm der Stillstand. Die amtierende Kulturministerin Roth hat ein Schatzhaus von Weltgeltung unter ihren Händen verröcheln lassen, weil sie das Geld für ihren politischen Klimbim brauchte. Und der amtierende Präsident Parzinger? Der hat darüber zu lange geschwiegen. Ihm droht jetzt die Rolle des Sündenbocks. Er muss seine Ära als bleiern beschreiben lassen, ein Eindruck, der sich nicht zu Unrecht verfestigt hat.

Nach der glanzvollen Wiederaufbauphase der Berliner Museumsinsel in den nuller Jahren unter Parzingers Vorgänger Klaus-Dieter Lehmann und dem Pathos der wiederauferstandenen Kulturnation legte sich ein grauer Schleier über die Stiftung. Doch die Verteidiger Parzingers werden nicht müde, das Bild eines Präsidenten zu zeichnen, der mit grosser Leidensfähigkeit den Riesentanker der Preussenstiftung durch alle Fährnisse steuerte. Dass die Preussenstiftung nicht – wie beabsichtigt – zerschlagen wurde, ist vor allem Parzingers Verdienst.

Der Kontrast zu seiner agilen Nachfolgerin könnte nicht grösser sein. Hier der zaudernde Sachwalter. Dort die strahlende Erlöserin aus Dresden, die viele jetzt in den Museumshimmel erheben, den es für sie nicht einmal in Dresden gab. Dass an die Spitze der Stiftung eine Frau kommen sollte, stand von Anfang an fest.

Doch weder Ulrike Lorenz von der Stiftung Weimarer Klassik, die man auffallend häufig in der Hauptstadt sah, noch Sandra Richter, die Direktorin des Deutschen Literaturarchivs in Marbach, noch die streitlustige Museumsleiterin Cecilie Hollberg, die ihre Wahlheimat Florenz einst als Kulturnutte beschimpft hatte, kamen in die engere Wahl. Ackermann verfügte über die besseren Karten – und über die besseren Drähte ins Rothsche Kulturministerium. Sie bekam den Zuschlag.

Begnadete Ausstellungsmacherin

Von Aufbruchstimmung redet man jetzt in der Stiftung. Doch wer in die müden alten Männergesichter während der Pressekonferenz in der Staatsbibliothek sah, der wünscht der neuen Präsidentin Feuer und Schwert. Das Feuer bringt sie wohl mit. Dresden war kein Spaziergang für sie gewesen. Ihre Nonchalance, mit der sie zu Anfang auf den Diebstahl der sächsischen Kronjuwelen im Grünen Gewölbe reagierte, haben ihr die Sachsen bitter übelgenommen.

Sie sei leider keine Managerin, heisst es dort auch in Regierungskreisen. Die prekäre Sicherheitslage der Dresdner Sammlungen war ihr wohl kaum bekannt. In manchen Fettnapf ist sie getreten. Und im Zeitgeist sah sie häufig ihren willkommenen Freund.

Aber ihr eigentlicher Ruf ist der einer begnadeten Ausstellungsmacherin mit wachem Gespür für die Fragen der Zeit. Sie versucht die klassische Rolle des Kunstmuseums zu überwinden, will über die Kunst wirksam werden und nicht über das Gepränge einer Institution. Man hätte deshalb von ihr bei ihrer Vorstellung in Berlin ein paar Gedanken mehr erwarten können als nur die abgedroschene Floskel von der Demut, die sie vor ihrem neuen Amt erfüllt.

Zu Recht. Das Wort vom «Tanker» ist ein viel zu harmloser Vergleich für diese Stiftung; man sollte von einem «Seelenverkäufer» sprechen. Und Ackermann gerät mitten hinein in einen grundstürzenden Wandel, was zu ihrer Chance werden kann. Sie wird diesen Prozess wohl oder übel managen müssen. Ihre neue Rolle ist nicht mehr das gewohnte Tête-à-Tête mit der Kunst. Ob ihr das klar ist, weiss man noch nicht. In der Redaktion der Zeitschrift «Monopol» reibt man sich jetzt schon die Hände, dass eine ausgewiesene Kunstkennerin an die Spitze der Stiftung tritt. Und dass die neue Intendantin die alten Hausheiligen endlich zum Tanzen bringe, ist das, was auch Florian Illies sich von der neuen Präsidentin in der «Zeit» erhofft. Ihre selbstbewussten Direktoren von den Staatlichen Museen werden das sehr genau lesen.

Nationaler Schatz

Eine gedeihliche Zukunft der Stiftung setzt freilich viel mehr als nur den Reformwillen aller Beteiligten voraus. In der deutschen Kulturpolitik wird man endlich wieder begreifen müssen, welch nationalen Schatz diese Stiftung bedeutet. Bei der Vorstellung Ackermanns wurde zwar viel über die grossen Herausforderungen geredet; über das preussische Erbe fiel wieder kein Wort.

Von der amtierenden Kulturstaatsministerin Roth kann man das nicht mehr erwarten. Dafür fehlt ihr schlicht und einfach das Gen. Aber dass auch die künftige Präsidentin bei ihrem ersten Auftritt nur die üblichen Sprachhülsen parat hatte, enttäuschte doch sehr. Selbstredend also soll die Stiftung künftig ein Ort der Bürgergesellschaft werden; und natürlich muss es demokratische Formate geben; und der Postkolonialismus kommt genauso wenig zu kurz wie das Change-Management und die Augenhöhe; Mitarbeiter wollen ja schliesslich Mitgenommene sein. Aus solchen Binsen wird freilich kein Teppich.

Über eines will man sich in Berlin eben wiederum keine Rechenschaft geben: dass diese Stiftung ihre eigene Würde besitzt. Jede Generation, die dort von neuem beginnt, steht – wie man sagt – auf den Schultern der anderen. Die Preussenstiftung ist Teil unseres nationalen Gedächtnisses geworden; ein Erinnerungsraum für unsere dunkle wie helle Geschichte. Diesen Raum für künftige Generationen begehbar zu halten, wird die vornehmste Aufgabe der neuen Präsidentin sein. Daran wird man sie eines Tages messen.

<https://www.nzz.ch/feuilleton/unter-der-kulturministerin-claudia-roth-verroechelt-das-bedeutendste-deutsche-kulturerbe-ld.1840193>

02) Eine Erfolgsgeschichte – Der Museumssonntag Berlin feiert seinen 3. Geburtstag mit Besuchsrekorden

Besuchen Sie hier die Webversion.

<https://kulturprojekte.berlin/press/pressemitteilung-eine-erfolgsgeschichte-der-museumssonntag-berlin-feiert-seinen-3-geburtstag-mit-besuchsrekorden/>

KULTURPROJEKTE BERLIN

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 29. Juli 2024

EINE ERFOLGSGESCHICHTE - DER MUSEUMSSONNTAG BERLIN FEIERT SEINEN 3. GEBURTSTAG MIT BESUCHSREKORDEN

2 Millionen Besuche, 80 teilnehmende Museen, mehr als 5.000

Veranstaltungen: Drei Jahre nach seinem Start im Juli 2021 hat sich der eintrittsfreie Museumssonntag Berlin fest in der Stadt etabliert. An jedem ersten Sonntag im Monat können alle Berliner*innen bei freiem Eintritt viele Berliner Museen und ihre Ausstellungen besuchen. Große und kleine Museen locken dann mit spannenden Workshops, Führungen und Veranstaltungen in ihre Ausstellungen.

Den bisherigen **Publikumshöhepunkt** erreichte der Museumssonntag im August 2023 mit über 78.000 Besucher*innen. Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Museumssonntag in jedem Monat deutlich mehr Gäste verzeichnen und erreichte insgesamt einen **Publikumszuwachs** von 35 Prozent.

Mit dem Museumssonntag verfolgen die teilnehmenden Museen gemeinsam das Ziel, Zugangshürden nachhaltig abzubauen und möglichst vielen Bürger*innen **kulturelle Teilhabe** zu ermöglichen – insbesondere jenen, die bisher zu den Nichtbesucher*innen zählten.

Joe Chialo, Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt:

„Seit drei Jahren lädt der Museumssonntag an jedem ersten Sonntag im Monat mit großem Erfolg zum eintrittsfreien Besuch in mittlerweile

80 Berliner Museen und Ausstellungshäuser ein. Die vielen positiven Rückmeldungen zeigen, dass alle Facetten der Berliner Museumslandschaft mit großer Begeisterung genutzt werden und vor allem die speziellen Programme und familienfreundlichen Angebote ein voller Erfolg sind. Der Museumssonntag ist eine echte Bereicherung vor allem für Familien und trägt zur Teilhabe aller am kulturellen Reichtum der Stadt bei. Ich freue mich deshalb auch sehr, dass der Museumssonntag aus den vom Berliner Abgeordnetenhaus zur Verfügung gestellten Mitteln für Projekte gegen Antisemitismus und zur Förderung des interreligiösen Dialogs in diesem Jahr zusätzliche 500.000 Euro Programmmittel erhält.“

Bei den Berliner*innen besonders beliebt waren das Deutsche Technikmuseum, das Museum für Naturkunde, das Neue Museum auf der Museumsinsel, das Futurium und die Neue Nationalgalerie. Auch die kleineren Museen verzeichneten bedeutende Erfolge an den Museumssonntagen: Im Februar besuchten das Bröhan Museum 2.250 und das Musikinstrumenten-Museum 860 Interessierte, im März waren über 1.100 Gäste im Brücke-Museum und am Museumssonntag im Juli besuchten 310 Gäste das Bezirksmuseum in Reinickendorf sowie über 3.600 Besucher*innen die Zitadelle in Spandau.

Der Museumssonntag ist eine Initiative des Landes Berlin in Kooperation mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und findet in Zusammenarbeit mit Kulturprojekte Berlin statt.

Alle **Informationen** zu den teilnehmenden Häusern und zum Programm finden sich übersichtlich, filterbar und barrierefrei auf der Website www.museumssonntag.berlin.

Der nächste eintrittsfreie Museumssonntag findet am 4. August statt.

PRESSEKONTAKTE

Pressekontakt eintrittsfreier Museumssonntag:

BUREAU N

Friederike Wode

T +49 30 627 36102

friederike.wode@bureau-n.de

Presse und Media T +49 (0)30 247 49 – Geschäftsführer:
Relations 864 Moritz van Dülmen
Kulturprojekte Berlin Nancy Henze Aufsichtsratsvorsitzender:
GmbH pr@kulturprojekte.berlin Joe Chialo
Klosterstraße 68 www.kulturprojekte.berlin
10179 Berlin



Sie erhalten diese E-Mail, weil Ihre Kontaktdaten durch Ihre Registrierung in unserem Gästeverteiler hinterlegt sind. Wenn Sie keine Informationen mehr von uns erhalten möchten, können Sie sich [hier](#) abmelden.

Alle datenschutzrechtlichen Informationen gemäß Art. 14 EU DSGVO finden Sie in unserer [Datenschutzerklärung](#). Falls Sie Fragen zum Umgang mit personenbezogenen Daten in unserem Unternehmen haben, wenden Sie sich gerne jederzeit an unseren Datenschutzbeauftragten unter pr@kulturprojekte.berlin.

Keine Berichte

**C. e) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen usw.**

Seite C 42

Keine Berichte

01) Geburtstagswünsche an Reinfried Vogler

Der langjährige Präsident der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Vorstandsvorsitzende der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen **Reinfried Vogler** feierte am **gestrigen 2. Juli** seinen **93. Geburtstag**. Der ehemalige **BdV-Vizepräsident**, der in Kronberg im Taunus lebt, wurde 1931 im südmährischen **Leipertitz / Litobratřice** geboren und hat sich in seinen Ämtern **große Verdienste** um die Heimatvertriebenen in Hessen, in ganz Deutschland sowie in Österreich und um die Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen erworben.

NR-Abg. a.D. **Prof. Dr. Josef Höchtl**, langjähriger ÖVP-Vertriebenensprecher und Präsident der Österr. Gesellschaft für Völkerverständigung gratuliert unserem Landsmann – in langjähriger Verbundenheit - im Kafka-Jahr 2024 mit einem Kafka-Spruch: „**Jeder, der sich die Fähigkeit erhält, Schönes zu erkennen, wird nie ALT werden.**“

Zu seinem Ehrentag wünschen wir ihm alles Gute, Gesundheit und weiterhin viel Schaffenskraft!

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 46, 2024

Wien, am 03. Juli 2024

Teil D

Inhaltsverzeichnis (Seite D I)

**D. Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde
Seiten D 1 – D 6**

B ö h m e n u n d M ä h r e n (Seite D 1 – D 6)

01) Längstes Hügelgrab Europas in Ostböhmen entdeckt

B ö h m e n u n d M ä h r e n (Seiten D 1 – D 6)

01) Längstes Hügelgrab Europas in Ostböhmen entdeckt

Archäologen haben jüngst einen großartigen Fund gemacht. Es handelt sich um ein extrem langes, über 5000 Jahre altes Hügelgrab, das sie in Ostböhmen in der Nähe der Stadt **Königgrätz / Hradec Králové** aufdecken konnten. Kürzlich wurden erste Informationen dazu veröffentlicht. [Radio Prag berichtet darüber hier.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 48, 2024

Wien, am 16. Juli 2024

Über 5000 Jahre alt: Längstes Hügelgrab Europas in Ostböhmen entdeckt

Von Till Janzer und Natálie Poláková

26.06.2024



<https://deutsch.radio.cz/ueber-5000-jahre-alt-laengstes-huegelgrab-europas-ostboehmen-entdeckt-8821087>

Über 5000 Jahre alt: Längstes Hügelgrab Europas in Ostböhmen entdeckt

Länge 3:19

Längstes Hügelgrab Europas in Ostböhmen|. - Foto: Universität von Hradec Králové

Seite D 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Tschechische Archäologen haben einen großartigen Fund gemacht. Es handelt sich um ein extrem langes Hügelgrab, das sie in Ostböhmen aufdecken konnten. Nun wurden erste Informationen dazu präsentiert.

Erst der Blick von weit oben durch eine Drohne zeigt die Ausmaße: Nahe Hradec Králové / Königgrätz haben Archäologen eine alte Grabanlage freigelegt. Und sie ist wirklich riesig. Der Fund wurde im Vorfeld eines Autobahnbaus gemacht, die D35 soll künftig hier entlangführen.



Längstes Hügelgrab Europas in Ostböhmen|. - Foto: Universität von Hradec Králové

Es handelt sich um ein Hügelgrab. Allerdings sind die Aufschüttungen schon früher abgetragen worden, das Grab wurde also eingeebnet. In den Böhmisches Ländern geschah dies zumeist spätestens im 19. Jahrhundert durch landwirtschaftliche Urbarmachung. Dennoch ist das Hügelgrab einzigartig. Petr Křišťuf ist Archäologe an der Universität von Hradec Králové:

„Das Hügelgrab ist 190 Meter lang. Diese Bauwerke werden auch Langhügel genannt, weil sie eben außergewöhnlich lang sind. Aber in dem Fall handelt es sich wirklich um eines der längsten Hügelgräber in Europa überhaupt.“



Petr Křišťuf.- Foto: René Volfík, iROZHLAS.cz

Es könnte sogar das längste seiner Art auf dem Kontinent sein, merkten die Archäologen bei einer Pressekonferenz am Montag an. Die maximale Breite bezifferten sie auf 15 Meter. Die Ausrichtung ist von Nordwesten nach Südosten. Entstanden ist die Anlage bereits in der Jungsteinzeit, und zwar im vierten Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung.

Da das Hügelgrab eingeebnet war, stießen die Wissenschaftler nur auf eine Rinne als Begrenzung des Areal. Normalerweise enthielten solche Rinnen auch die Spuren von Palisaden respektive entsprechende Vertiefungen, hieß es. Bisher habe man diesen Nachweis aber noch nicht finden können, sagte die Archäologin Sylva Tichá Bambasová von der Universität in Hradec Králové.



Grabungen entlang der künftigen Autobahntrasse D35.- Foto: David Taneček, ČTK

Die Grabungen entlang der künftigen Autobahntrasse wurden im Herbst vergangenen Jahres aufgenommen. Dabei wurden innerhalb der Anlage vier Gräber ausfindig gemacht. Obwohl Hügelgräber sehr groß sind, dienten sie in Mitteleuropa meist nur für die Bestattung von einem oder maximal zwei Menschen. Im Falle des aktuellen Fundes wurde auch die Umgebung untersucht, die zu den Gemeinden Sovětica / Sowietitz und Čistěves / Cistowes gehört...

„Dabei wurde eine weite Fläche abgedeckt. So sind wir auf bis zu 30 Gräber gestoßen, die in der Folge in der Nähe des Hügelgrabs entstanden. Letzteres wurde also zum Kern einer Grabanlage für eine ganze Gemeinschaft, und das vielleicht über mehrere Hundert Jahre hinweg“, erläutert Křišťuf.



Foto: Universität von Hradec Králové

An den Forschungen beteiligt sind neben der Universität von Hradec Králové auch noch weitere Institutionen – und zwar das Museum Ostböhmens (Muzeum východních Čech), das Archäologische Zentrum Olmütz (Archeologické centrum Olomouc), das Institut Archaia sowie Archäologen aus Slowenien.

Die Wissenschaftler haben aus dem Hügelgrab und den weiteren Gräbern auch Proben entnommen. Sie sollen unter anderem darauf untersucht werden, ob die Begrabenen miteinander verwandt waren, woher sie kamen und welche Nahrung sie zu sich genommen haben. Noch bis September wollen die Archäologen vor Ort weitergraben.



Foto: Universität von Hradec Králové

Autoren: [Till Janzer](#) , Natálie Poláková | Quelle: Český rozhlas

<https://deutsch.radio.cz/ueber-5000-jahre-alt-laengstes-huegelgrab-europas-ostboehmen-entdeckt-8821087>

Teil E

Inhaltsverzeichnis (Seiten E I – E VIII)

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Themen global, die uns auch bewegen	Seiten E 1– E 66
--	-------------------------

- 01) Gerd Klöwer: Weltreisen & Welt retten. Reiseskizzen und Theaterstücke
- 02) Alles oder nichts. Für die Demokraten führt kein Weg daran vorbei, Kamala Harris ins Rennen zu schicken. Mit ihrer Wahl ergeben sich jedoch einige Probleme. Von Marco Bitschnau
- 03) Hoffnungsträgerin. Kamala Harris bietet den Demokraten die beste Chance, Donald Trump zu schlagen. Sie müssen ihre Kandidatin um jeden Preis verteidigen. Von Charles M. Blow
- 04) Vermittler mit eigenen Interessen. Hinsichtlich einer diplomatischen Lösung im Nahostkonflikt hoffen viele auf die Golfstaaten. Doch die stecken in der Zwickmühle. Von Sebastian Sons
- 05) Unerbittlicher Widerstand. In Kenia gehen seit Wochen Tausende gegen die Regierung auf die Straße. Erfassen die Proteste nun auch andere Länder der Region? Von Zikora Ibeh
- 06) „Ich halte sie für vollkommen ungeeignet“. Jörg Wimalasena über die Kandidatur von Kamala Harris, den Nominierungsprozess der US-Demokraten und die Chancen, Donald Trump zu schlagen. Interview. Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis
- 07) Brisantes Votum. Der IGH erklärt die gesamte israelische Besatzung für rechtswidrig. Das Urteil dürfte auch Auswirkungen auf die deutsche Außenpolitik haben. Von Matthias Goldmann
- 08) Mit voller Kraft zum Mond. Auch im Weltraum konkurrieren die Großmächte um globale Macht. Europa darf nicht den Anschluss verlieren. Von Celina Thadewaldt
- 09) Das Rennen ist wieder offen. Von Ed Koch
- 10) Vanci, Vidi, Vici. Der Aufstieg von Trumps Vize-Kandidaten J.D. Vance scheint nicht zu stoppen. Führt ihn der Weg bald selbst ins Weiße Haus? Von Matthew Continetti
- 11) „Für die Basis kann es nicht aggressiv genug sein“. Metin Hakverdi in Milwaukee über den Parteitag der Republikaner, einen möglichen Wandel von Donald Trump und dessen Vize-Kandidaten J.D. Vance. Interviews. Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis
- 12) Das ändert alles. Von Ed Koch
- 13) Besuch beim „lieben Freund“. Waffen und Öl: Indiens Premier Modi pflegt in Moskau die strategische Partnerschaft mit Putin. Doch auch Russland profitiert von der Beziehung. Von Herbert Wulf

- 14)** Signal an Peking. Im Konflikt mit China vereinbaren Japan und die Philippinen einen Verteidigungspakt. Damit wappnen sich beide Länder auch für eine Rückkehr von Trump. Von Richard Heydarian
- 15)** Weniger Zeigefinger, mehr ausgestreckte Hand. Terrorismus und russischer Einfluss: Die internationale Gemeinschaft muss sich im Sahel weiter engagieren – und den Menschen Perspektiven bieten. Von Svenja Schulze
- 16)** Nur das kleinere Übel? Irans neuer Präsident Peseschkian ist dem konservativen Establishment des Landes verpflichtet. Dennoch könnte seine Präsidentschaft eine Chance sein. Von Hanna Voss
- 17)** Eskalation des Schattenkriegs. Die mit dem Iran verbündete Hisbollah und Israels Armee liefern sich einen immer heftigeren Schlagabtausch. Lässt sich ein Bodenkrieg noch verhindern? Von David Ramin Jalilvand & Jannis Grimm & Gil Murciano
- 18)** Bereit für die ganz große Bühne. Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit strebt eine globale Friedensrolle an. Wie agiert Moskau? Von Alexandra Sitenko

E. b) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a.

Seiten E 67 – E 76

- 01)** Grund zur Sorge? Die militärische Lage der NATO gegenüber Russland ist komplexer, als es die reinen Verteidigungsausgaben vermuten lassen. Von Holger Janusch
- 02)** Alles nur Routine? Die USA stationieren wieder Mittelstreckenraketen in Deutschland – mit weitreichenden Konsequenzen. Es fehlt eine ernsthafte Strategiedebatte. Von Alexander Graef & Tim Thies & Lukas Mengelkamp
- 03)** Trump-sicheres Bündnis. Das 75-Jahr-Jubiläum der NATO steht im Schatten des russischen Angriffs – und eines möglichen US-Rückzugs aus Europa. Kann die EU ihre Kräfte bündeln? Von Peer Teschendorf

E. c) Europa, Europa und die Welt

Seiten E 77 – E 80

- 01)** Keine Dystopie mehr. Repression, Abschottung, Wettrüsten: Das Europa von heute ähnelt George Orwells 1984 auf erschreckende Weise. Von Jan Zielonka

E. d) Europäische Union (EU)

Seiten E 81 – E 96

- 01)** Keine Dystopie mehr. Repression, Abschottung, Wettrüsten: Das Europa von heute ähnelt George Orwells 1984 auf erschreckende Weise.
Von Jan Zielonka
- 02)** Dem Narren die Bühne überlassen. Die EU regt sich über Orbáns Friedensmission auf. Dabei verschläft sie, selbst die Initiative zu ergreifen.
Von Almut Rochowanski
- 03)** NATO. Von Ed Koch
- 04)** Troll-Diplomatie. Viktor Orbáns Alleingänge machen die EU lächerlich. Um den Schaden zu begrenzen, sollte Ungarn die Ratspräsidentschaft entzogen werden. Von Daniel Hegedüs
- 05)** Mein rechter, rechter Platz ist frei. Statt ihre neue Stärke auszuspielen, spalten sich die rechten Parteien im EU-Parlament auf. Wer gewinnt nach der Umgruppierung an Einfluss? Von Matteo Dressler

E. e) Mitteleuropa

Seite E 97

Keine Berichte

E. f) BR Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 98 – E 125

BR Deutschland (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 98 – E 111)

- 01)** KW 30 [22. bis 28.07.2024] – Am Abgrund.
Kommentiert von Ed Koch
- 02)** KW 29 [15. bis 21.07.2024] – Finde den Fehler. Von Ed Koch
- 03)** Gedanken zum 20. Juli. Von Ed Koch
- 04)** KW 28 [08. bis 14.07.2024] – Das bessere System - Sommerinterviews
- 05)** KW 27 [01. bis 07.07.2024] – Jena. Von Ed Koch
- 06)** Warten auf die Ampel. Von Ed Koch
- 07)** Gegen die Urängste. Von Ed Koch

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 112 – E 125)

- 01)** Weg frei für Wasserstoff in Berlin
- 02)** Wenn der Regen kommt. Von Ed Koch
- 03)** „Da ham wa den Salat“: Großhändler wollen den größten Obstsalat der Welt produzieren
- 04)** Einsam in Berlin
- 05)** Von oben betrachtet. Von Ed Koch

- 06) 55.000 Euro für herzkrankte Kinder
- 07) Networking auf dem EUREF-Campus
- 08) Zimmer, Küche, Bad

E. g) Ostmitteleuropa

Seite E 126

Keine Berichte

E. h) Osteuropa

Seiten E 127– E 133

Ukraine (Seiten E 127 – E 119)

- 01) Dabei sein ist alles. Lange wurde in der Ukraine über einen Olympia-Boycott diskutiert. Doch mit der Teilnahme in Paris kann das Land viel mehr Erreichen. Von Denis Trubetskoy
- 02) Lohnenswerte Investition. Der Wiederaufbau in der Ukraine wird teuer. Doch von einer starken ukrainischen Wirtschaft profitiert auch die EU. Von Alexandra Dienes

E. i) Mittelasien / Kaukasusgebiet / Türkei

Seite E 134

Keine Berichte

E. j) Südosteuropa

Seite E 135

Keine Berichte

E. k) Süd- und Westeuropa

Seiten E 136 – E 149

Frankreich (Seiten E 136 bis E 149)

- 01) Prof. Kerber zur Wahl beim Nachbarn
- 02) „Im Mitte-links-Lager gibt es große ideologische Gräben“. Adrienne Woltersdorf aus Paris über die schwierige Regierungsbildung in Frankreich, den Frust der Wähler und Le Pens Chancen 2027 Interview. *Die Fragen stellten Alexander Isele und Konstantin Hadzi-Vukovic*
- 03) Tortur de France. Nach dem zweiten Wahlgang der französischen Parlamentswahlen könnte es zum Eklat kommen. Muss Macron abtreten? Von Landry Charrier

Großbritannien (Seiten E 150 bis E 153)

01) Experiment gescheitert. Die populistische Regierungszeit der Tories endet mit einer historischen Klatsche. Doch auch für Labour wird es trotz Erdrutschsieg nicht einfach. Von Michèle Auga

Dänemark (Seiten E 154 bis E 158)

01) „Ich glaube, das irritiert viele“. Dänemarks Migrationsminister Dybvad Bek über Maßnahmen gegen Parallelgesellschaften, eine restriktive Migrationspolitik und die deutsche Debatte.
Von Kaare Dybvad Bek
Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1– E 66

01) Gerd Klöwer: Weltreisen & Welt retten. Reiseskizzen und Theaterstücke

**ZERSTÖRUNG UND RETTUNG DER WELT.
DIE GROSSE SAGA VOM ENDE DES WACHSTUMS, VON MIGRATION, ÖKOLOGIE
UND WELTRETTUNG. ÄGYPTEN, SYRIEN, PERU, INDIEN, UKRAINE UND CHINA.**

Berlin: epubli 2024. 198 Seiten.

= REISESKIZZEN ZU BRENNPUNKTEN DER WELTPOLITIK. Band I.

Inhalt: Auf Reisen um die Welt besuchen wir Brennpunkte der Weltzerstörung und Weltrettung. Kriege in der Ukraine und in Gaza zerstören unsere Welt. Frauen bauen die Welt wieder auf, wie die Frauen ohne Land in Indien und Bangladesch. Früher haben die „Trümmerfrauen“ deutsche Städte wieder aufgebaut. Heute warten Geberkonferenzen auf das Ende der Kriege, damit in der Ukraine wie in Gaza wieder aufgebaut werden kann. „Sind Zerstörung und Wiederaufbau ein Geschäftsmodell der Konzerne?“, fragen die Weltreisenden. Gleichzeitig baut China weiter an der neuen Seidenstraße.

1. Energiekrise, Globalisierung, Klimawandel, Überbevölkerung, Kriege In Europa – Die Welt, die wir kennen, wird sich dramatisch verändern: Steigende Durchschnittstemperaturen, mehr und intensivere Starkregen, ausgeprägtere Dürrezeiten, sinkende Grundwasserspiegel, mehr Flüchtlinge und weltweite Migration folgen. Eine der Folgen der lebensbedrohlichen Überhitzung ist Wassermangel in Stadt und Land, wie in Andalusien. Trockenheit oder Flut zerstören Agrarflächen und Wälder, verursachen großflächige Extremwetter wie 2021 im Eifel-Ahr-Raum, viele Tote und gewaltige Sachschäden. Versicherungsfälle in der Elementarversicherung werden zunehmen. Die unabwendbaren Folgen des Klimawandels und der Migration gefährden Europas innere Sicherheit, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Frieden. Zunächst enden Öl Und Gas, dann Metalle, dann Wälder, sauberes Wasser und saubere Luft, sagt der Club of Rome. Auf einem Globus mit 10 Milliarden und mehr Menschen können nicht alle nach europäischen Standards ernährt werden. Zu wenig knappe Ressourcen sind vorhanden für zu viele (Konsum-) hungrige Menschen. Gleichzeitig stößt unser kapitalistisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell an seine Grenzen. Kommt nach dem Ende des Wachstums eine neue ökologisch- nachhaltige Wirtschaftsform und mehr internationale (Grüne) Zuwanderung?

1. Vorwort
2. Bechsteins Flucht
3. Weltrettung durch Sparkassen im Nildelta
4. Unser Büro in Kairo-Dokki
5. Von Kairo nach Cusco
6. Erdöl am Amazonas. Zerbrochene Pipelines
7. Reformatorinnen, Rabbinerinnen und Imaminnen für eine bessere Welt
8. Bischkek, Kirgyzstan, an der chinesischen Grenze

9. Evi vom Landfunk
10. Der Islam in Kirgyzstan
11. Mit Pferd und Kamel durch reißende Flüsse des Pamir
12. Durch die Wüsten Chinas und des Tien Shan
13. Klimakonferenzen und Weltrettung
14. Palästinensische Kuchen im "Aroma-Kaffee" in Damaskus
15. Eine Bank für arme Frauen ohne Land
16. Mit dem Himalaya-Express nach Darjeeling
17. Champanskaja aus Moldawien
18. Korruption und Schattenwirtschaft
19. Winter in Kiew vor dem Krieg
20. Patriarch Kyrill von Moskau zum Krieg in der Ukraine
21. Mandelblüte in Andalusien
22. Berlin - Islamische Banken als Weltretter?
23. Das Kalifat in Kreuzberg
24. Muslimisches und jüdisches Leben in Kreuzberg
25. Für die großen Weltprobleme finden wir keine Lösungen. Im Kleingarten können wir die kleine Welt retten

ÖL IM AMAZONAS UND MANDELBLÜTE AN DER COSTA DEL SOL.

= REISESKIZZEN ZU BRENNPUNKTEN DER WELTPOLITIK. Band II/III.

Berlin: epubli 2021. 93 Seiten.

ÖL IM AMAZONAS

Verseuchte Böden und verdrecktes Wasser. Öl in Ecuador. Schweizer Banken finanzieren die Ölsuche im Regenwald.

Anfang April 2020 ereignete sich im ecuadorianischen Amazonasgebiet eine der verheerendsten Ölkatastrophen des Landes. Ein Erdbeben löste einen Erdrutsch in den Provinzen Sucumbíos und Napo aus, was zum Bruch von zwei Pipelines führte. In der Folge traten 2,5 Millionen Liter Öl aus und verseuchten die Flüsse Coca und Napo – Nahrungsquellen für die Indigenen und Anwohner. Im Zuge der Corona-Krise blieb die Katastrophe in den Medien weitgehend unbeachtet. Zehntausende Bewohner des Gebietes haben mitten in der Pandemie ihre Lebensgrundlage verloren. Erdölindustrie und Regierung weisen jede Verantwortung von sich. Ursache dieser Katastrophe ist der Bruch am transecuadorianischen Ölpipelinesystem (SOTE) und dem Shushufindi-Quito-Polydukt, die Bohrlöcher im Osten des Landes und die Hauptstadt Quito verbinden. Aufgrund des Schadens sind mindestens 15.800 Barrel Erdöl in den Coca-Fluß geströmt – rund 2,5 Millionen Liter. Geologen warnten bereits nach einer Erosion am Wasserfall San Rafael im Februar, dass das Gelände weiter abrutschen und die umliegenden Pipelines der „Chevron-Texaco Oil Company“ brechen könnten. Obwohl die lokalen Behörden und die Regierung somit vor einer möglichen Katastrophe gewarnt waren, sprechen sie hinterher beschönigend von "höherer Gewalt". Während nationale und internationale Medien nur noch über die Corona-Krise berichteten, konnte die Regierung das öffentliche Interesse an der Umweltkatastrophe kleinhalten und versuchte, sich schnell jeder juristischen Verantwortung zu entziehen. Dabei betrifft die Ölkatastrophe mehr als 2.000 Familien indigener und am Fluss lebender Gemeinden. Mindestens 120.000 Menschen haben kein sauberes Trinkwasser. Mitten in der Pandemie können die dort lebenden Familien das Flusswasser

Seite E 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

nicht mehr nutzen, ihre Nahrungsmittel nicht mehr verzehren, müssen den Fischfang einstellen und können weder im Fluss baden noch waschen. Die betroffenen Bewohner erleben eine multiple Katastrophe: Neben der ungenügenden Versorgung mit Lebensmitteln und Trinkwasser, der Covid-19-Pandemie, einem Ausbruch des Dengue-Fiebers sowie Überschwemmungen auf Grund der starken Regenfälle in den letzten Monaten sind die Gemeinden nun auch noch von der massiven Verschmutzung durch ausgelaufenes Erdöl gefährdet.

1. Das Amazonasbecken im Norden Südamerikas
2. Der einzigartige Lebensraum Amazonien
3. Manaus-Hauptstadt im Dschungel
4. Die Katastrophe: Zerbrochene Pipeline verseucht Flüsse
5. Ölverseuchter Regenwald
6. Shell und die neue Klimapolitik
7. Banken finanzieren die Ölkatastrophen
8. Die Schweiz als globales Zentrum für nachhaltige Finanzen

MANDELBLÜTE AN DER COSTA DEL SOL

Sanfte Hügel mit Mandelbäumen, Orangen, Wein und Oliven, weiße Sandstrände, schneebedeckte Gebirgsketten, Obstplantagen, historische Stätten – das alles finden wir in Andalusien. Andalusien, das Land der untergehenden Sonne, im Süden Spaniens, ist ein Mix aus Okzident und Orient. Kelten, Goten, Römer und Araber haben hier gelebt. Bilder wie die Alhambra in Granada, der Plaza de España in Sevilla sowie die vielen weißen Dörfer inmitten der Berge. Zugereiste Briten wie John in Cómpeeta, deutsche Rentner und Erntehelfer aus Afrika leben gerne in Andalusien. Dieses Buch entstand 2018-2019 an der Costa del Sol. Wir starten in Nerja an der Küste mit Aussicht auf das ewige *mare nostrum*; bei gutem Wetter reichte der Blick bis zum Atlas in Nordafrika. Wir wandern bis Cómpeeta und Granada.

1. Die neuen Herren im christlichen Al-Andalus
2. Wirtschaftlicher Aufschwung
3. Der spanische Arbeitsmarkt
4. Spanisches Rentensystem vor dem Zusammenbruch
5. Umwelt und Klima an der Costa del Sol
6. Kleinbauern in der Sierra Nevada
7. Wasser aus den Brunnen – salzhaltig
8. Unkontrolliertes Wachstum seit Jahrzehnten
9. Globalisierung und Migration
10. Migration und Rentenlücke
11. Ceuta und Melilla.

KRIEG DER KIRCHEN IN DER UKRAINE: Orthodoxe Konfessionen im Konflikt.

Berlin: epubli 2022, 48 Seiten.

= **REISESKIZZEN ZU BRENNPUNKTEN DER WELTPOLITIK. Band IV**

Die orthodoxe Kirche ist die drittgrößte Gemeinschaft von gläubigen Christen. Ihr gehören etwa 300 Millionen Menschen an. Alle heutigen nationalen orthodoxen Kirchen auf dem Balkan, in Griechenland, Kleinasien, Syrien und Russland entstanden im hellenistischen Kulturraum oder wurden von dorthier gegründet und standen bis zur muslimischen

Eroberung Konstantinopels im Jahre 1453 unter der Verwaltung der byzantinischen Reichskirche. Von ihnen zu unterscheiden sind einerseits die mit der römisch-katholischen Kirche unierten Kirchen östlicher Riten, andererseits die so- genannten altorientalischen Kirchen. Zusammenfassend werden orthodoxe, unierte und alt-orientalische Kirchen oft als Ostkirche bezeichnet. Der Begriff Ostkirche ist ein geografischer Sammelbegriff. Die orthodoxen Kirchen stehen mit den unierten Kirchen nicht in Kommuniongemeinschaft.

Die orthodoxe Kirche ist eine religiöse Familie aus 14 autonomen selbstverwalteten Kirchen. Entsprechend der Nation ihres Sitzes nennen sie sich z.B. armenische Kirche, griechisch-orthodoxe Kirche, russisch-orthodoxe Kirche, georgisch-orthodoxe Kirche oder ukrainisch-orthodoxe Kirche. Sie sind vereint durch ihr Verständnis der Sakramente, Lehren, Gottesdienste und Kirchenverwaltungen. Der Kopf jeder orthodoxen Kirche wird "Patriarch" oder "Metropolit" (Erzbischof) genannt. Der Patriarch von Konstantinopel (Istanbul) wird als ökumenisch – oder überkonfessionell – betrachtet. Er ist vergleichbar mit dem Papst in der römisch-katholischen Kirche. Im Gegensatz zum Papst, der *vicarius filius Dei* (der Vikar des Sohns Gottes) bezeichnet wird, ist der Bischof von Konstantinopel als *primus inter pares* (der Erste unter Gleichwertigen) bekannt. Er genießt besondere Ehre, hat aber keine Macht über die anderen 13 orthodoxen Kirchen. Die orthodoxe Kirche behauptet, die einzige wahre Kirche von Jesus Christus zu sein und versucht ihre Herkunft bis zu den Aposteln zurückzuverfolgen, durch eine ungebrochene Kette an apostolischer Nachfolge. Orthodoxe Denker diskutieren sehr kritisch den geistlichen Status der Römischen Katholiken und der Protestanten, einige darunter betrachten sie als Häretiker (Ketzler). Wie die Katholiken und Protestanten glauben auch die Orthodoxen an die Dreifaltigkeit, die Bibel als das Wort Gottes, und an Jesus als Gottes Sohn. Allerdings haben sie viel mehr in der reinen Lehre mit Katholiken gemein als mit den protestantischen Christen.

1. Vorwort: Krieg der Orthodoxen Kirchen
2. Orthodoxe Kirchen als Kriegsparteien in der Ukraine
3. Christentum und Krieg
4. Autonomie der Krim
5. Abspaltung der Ukrainische Orthodoxen Kirche von der Russischen
6. orthodoxen Kirche
7. Warnung vor einem Weltkrieg
8. Die Russisch-Orthodoxe Kirche und der Papst
9. Das morgenländische Schisma vom Jahr 1054
10. Kirche der Besatzer und Aggressoren
11. Die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche im Krieg
12. Mit Geld und Angst. Die russische Expansion

**WELTRETTUNG: THEATERSTÜCKE AUS MULTI-KULTI-KREUZBERG
OLIGARCHEN UND MIGRANTEN. GELDWÄSCHE, CLANS UND KORRUPTION. BAND
I.**

Deutsch-ukrainisches Theater zu großen Themen der Zeit. Geldwäsche, Clans, Korruption und Steuerhinterziehung. Aus dem Flüchtlingslager in die Staatskanzlei.

Berlin: epubli, 2020, 148 Seiten.

Kurzfassung des Inhalts: Nach dem Zusammenbruch der UdSSR, in einer Epoche übereilter Privatisierungen, wurde in der Ukraine wertvolles staatliches Gemeineigentum billig an die neuen Oligarchen verschertelt. Der Staat wird arm, die Oligarchen werden reich, sehr reich. EU-Gesandter Dr. Jacob Bechstein ist der gefragteste Steuerexperte zwischen Odessa und Berlin. Seine deutsch-russisch-arabischen Freunde haben Firmen, Vermögen und Villen mit großen Gärten in Odessa, Beirut und Zypern. Ihr Geld verdienen sie unauffällig durch

Seite E 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

internationale Öl- und Goldgeschäfte, Erpressungen, Geldwäsche, Drogenschmuggel und Schischa-Bars in Berlin, Beirut und Zypern. Offiziell weiß Bechstein davon nichts, er verhandelt am liebsten mit Finanzministern über Perspektiven eines Beitritts zur EU. Bechstein kennt die Direktiven der EU und hilft den Finanzministern, die nationalen Bank- und Versicherungsgesetze an die Solvency-Standards der EU anzupassen. In Odessa lernt er auch Mariya kennen, jüngste Tochter des Oligarchen. Mariya wird Stewardess der Ukraine Airlines. Es kommt wie im Film. Mariya wird schwanger. Acht Wochen später sind sie verheiratet. Sie bekommen zwei Kinder, Rebekka und Solomon (nach Jacobs Großvater, dem Rabbi benannt). Mariyas Leben zwischen russischem Frisör, Gymnastikstudio, russischem Frauenarzt, russischen Freundinnen, Shopping im KDW ist voll ausgefüllt, während Bechstein abends immer länger im Büro arbeitet, wo seine tüchtige Sekretärin, Esther Süß, ihm flink und flexibel zur Hand geht. Als Bechstein und Esther auf einer Konferenz in Miami sind, erwischt Mariya die beiden Sünder in flagranti, per zoom. Nach der Scheidung lernt sie Yussuf kennen und lieben; der ist Revoluzzer und Musiker, geflohen als Christ aus Ägypten. Mariya fliegt wieder nach Odessa, weil ihr Vater, der Oligarch, sein Vermögen einer wohltätigen Stiftung vermachen will. Mariya kämpft mit ihrer Schwester um das Vermögen des Vaters. Ihr geschiedener Ehemann, Bechstein, und seine Freunde in Odessa helfen ihr, große Teile des Vermögens auf Berliner Konten und in die Steueroase Zypern zu retten.

1. Einleitung: Von Odessa nach Berlin. Die Story dahinter
2. Die Welt der Oligarchen, Versicherungen und Migranten. Der Habibi Clan in Berlin
3. Ukrainischer Oligarchen-Stammtisch, von Radio TV Kulti-Multi, Berlin, und TV Al Jazeera, Katar
4. Korruption, Geldwäsche und Oligarchen in Moldawien
5. Zwei reiche russische Schwestern. Telefongespräch um Mitternacht
6. Kolonialismus und alltäglicher Rassismus
7. Buffet auf der Luxusyacht. Havarie im Mittelmeer
8. Nach der Hochzeit ist vor der Scheidung

GLAUBE, GELD UND LIEBE. DIE WELTRETTER VON KREUZBERG. BAND II.

Ukrainisch-nahöstliches Drama von und mit Geflüchteten.

Berlin: epubli 2023. 480 Seiten

Kreuzberg wird jüdischer, islamischer und ukrainischer. Politisches Theater. Milliardäre, Oligarchen und Migranten-Clans beherrschen Berlin im Jahre 2050. Drogenhandel, Entführungen. Jasmina liebt ihren Stiefbruder, den Kultursenator Solomon. Bei einem Attentat in der neuen Mirjam-Moschee „nur für Frauen“ kommen die Männer des Clans im Feuer und Rauch der Moschee um. Die Frauen retten nebenbei die Welt durch grünen Konsum, Umweltschutz und grünes Wachstum.

Rund 22 Millionen Menschen in Deutschland haben eine Migrationsgeschichte. Ungeachtet dessen werden Debatten rund um das Thema Migration in Medien meist von Negativschlagzeilen beherrscht. Bekannt sind viele Beispiele für misslungene Integration und Parallelgesellschaften. Integration in Deutschland ist oft, aber nicht immer, eine Erfolgsgeschichte. Die Fluchtbewegung von 2014 und 15 hat bei vielen Menschen hierzulande die Skepsis verstärkt, doch dieses Gefühl der Überforderung ist heute wieder abgeflaut. Die Menschen sind offener geworden. Der positive Beitrag der Migration, Erfolgsgeschichten und die kulturelle Vielfalt werden als Bereicherung erlebt.

Es wird in diesem Text um Klima-Flüchtlinge, Zuwanderung, Islam, rechte Politik, Steuerhinterziehung, Israel, Palästina gehen, und um vielmehr: Der unausweichliche, von

Menschen (mit) verursachte Klimawandel und eine weltweite Ausbeutung der Ressourcen dieser Welt, sowie zunehmende Kriege um diese Ressourcen, besonders um Wasser und Öl, treiben Menschen in die Flucht.

Drei Familien, drei Erzählungen mäandern durch dieses Drama. Sie beginnen in der Ukraine, in Syrien, Libanon und Ägypten. Jacob Bechstein, Protagonist der ersten Familie, dessen jüdische Vorfahren ursprünglich aus Wolhynien in der Ost-Ukraine kamen, ist Rechtsanwalt und Steuerberater. Sein Urgroßvater Jacob Zweistein-Bechstein war Rabbi in Czernowitz in der Ukraine. Bechsteins große Liebe ist Mariya, Tochter des Oligarchen Anatolij Lipinski aus Odessa. Schwiegervater Anatolij war früher russischer Stadtkommandant in Leipzig, zu der Zeit, als Wladimir Wladimirowitsch Putin dort seine Karriere im KGB begann. Bechstein, fühlt sich als Rechtsanwalt seiner eigenen Version von Gerechtigkeit verpflichtet. Aus „ethischen Gründen“ hilft er allen, die ungerechte und unnötige Steuern sparen wollen, Geld verstecken oder waschen wollen.

Die zweite Familie, die Habibis, kommen aus Damaskus und Beirut nach Berlin, als Hohe Vertreter des Islamischen Staates oder, weniger prominent, über die Balkanroute oder das Mittelmeer. 6 Jahre Bürgerkrieg zerstörten die Innenstadt Beiruts, bis dahin Schauplatz der friedlichen Koexistenz von Ethnien und Religionen. Ausgangspunkt des Konflikts war die Unfähigkeit der libanesischen Regierung, konfessionelle, ethnische, kulturelle, regionale und ökonomische Gegensätze auszugleichen. Die ausgewogene Berücksichtigung der ethnisch-religiösen Bevölkerungsgruppen in Politik und Administration war gefährdet: durch die palästinensischen Flüchtlingsströme, aber auch von der prekären politischen Situation des Libanon zwischen Teheran, Damaskus und Kairo. Nach der Autobombe auf den libanesischen Präsidenten Hariri wird erneut deutlich, wie abhängig der Wiederaufbau Beiruts vom Nah-Ost-Friedensprozess ist, und von der Beilegung der Konflikte zwischen den verschiedenen konfessionellen Gruppen. Seine Ermordung zeigt, wie labil der libanesischen Konsens sein kann, sagte Großvater Saad Habibi. Er hatte Mitglieder der regierenden libanesischen Familie Hariri in seinem Taxi nach Damaskus, nach Aleppo in Norden Syriens und nach Daraa im Süden gefahren. Habibis und Hariris kannten sich lange vor ihrer Flucht nach Deutschland. In Kreuzberg trafen sich die Familien wieder.

Die dritte Familie, die Mohammad Alis, gehen auf Mohammad Ali Pascha aus Tirana zurück, osmanisch-türkischer General in Ägypten. Er führte 1833 die Baumwolle ein und begründete eine Dynastie in Ägypten. Auch die verarmten Zweige dieser Familie kommen nach Kreuzberg, wie Ayaan Hirsi Mohammad Ali, hoch begabt, aber lange Zeit gefangen im islamischen Familienclan, bis ihr die Flucht über das Mittelmeer gelingt. In der EU tobt währenddessen der Kampf gegen die illegale Einwanderung und um Rückführung, ein vergeblicher Kampf. Asylverfahren außerhalb der EU als Erfolgsrezept gegen irreguläre Migration wollen die rechten Parteien Europas. Die SPD-Chefin sagt: „Das verstößt gegen die Genfer Flüchtlingskonvention“. Das ostafrikanische Ruanda hat sich angeboten, aber der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die britischen Ruanda-Pläne gestoppt. Die gefährliche Passage über das Mittelmeer ist für die meisten Migrant*innen aus Afrika nur die letzte Etappe einer Reise. Wenn die Flüchtlinge die nächste Etappe nicht finanzieren können und auf eine Geldüberweisung warten, werden sie von kriminellen Schleusern verschleppt, eingesperrt und zur Zwangsarbeit gezwungen. Die Wege aus Afrika nach Europa sind nicht schnell und direkt, sondern für die meisten Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge lebensgefährlich. Flüchtlinge von Nordafrika nach Spanien werden von Seenotrettern wie Carola Rackete aus dem Meer gefischt, aber dürfen nicht landen, dürfen nicht nach Deutschland und nach Berlin. Carola Rackete wurde verhaftet, nachdem sie ihren Weg in den sizilianischen Hafen von Lampedusa auf der Sea-Watch-3 erzwungen hatte, an Bord waren 40 Migranten und Flüchtlinge, die sie vor Libyen gerettet hatte.

Jasmin-Jamila Habibi, Migrant*innenkind der 3. Generation, wildes Mädchen mit „großer Klappe, viel Haaren, Busen und Po“ lernt den Koran lesen und verstehen. Sie wird religiöser,

politischer, Moderatorin und dann Imamin der liberalen Goethe-Moschee für Frauen in Kreuzberg. Sie verurteilt Massaker an Unschuldigen in Israel und überall genauso wie Bomben auf Unschuldige in Gaza. Sie predigt Frieden in Israel und Palästina. Und will nebenher die Welt retten. Ihr geliebter Halbbruder Solomon („Solo“), geboren als Jude, konvertiert zum Islam, wird Fraktionsführer der „grünen Islam-Partei“ und Kultussenator.

Lale, Kinderbraut aus dem palästinensischen Flüchtlingslager, trifft den UNO-Arzt Dr. Abubakar („Abu“). Abu zahlt den Brautpreis von \$500 an Lales Eltern, heiratet sie und bringt sie nach Berlin, wo beide mit gefälschten Pässen vom Landesamt für Migration als Asylanten anerkannt werden. Abus mächtiger Habibi-Clan macht ihn zum Botschafter der Heiligen Islamischen Republik. Auf einer Pilgerfahrt nach Mekka kommt Abu bei einem Selbstmordattentat ums Leben. Lale erbt sein Vermögen in der Schweiz, heiratet Abus jüngeren Bruder Yussuf, studiert Medizin und wird Leiterin des Kinderheims für palästinensische Waisenkinder. Dann ändert sich alles: Die Katastrophe, die Explosion in der Moschee. Die männlichen Helden der Clans aus Band I und Band II kommen in den Trümmern der brennenden Moschee ums Leben. Die Frauen überleben und übernehmen das Business in Kreuzberg: Shisha-Bars, Dönerbuden, Drogenhandel im Görlitzer-Park, Raub von Goldmünzen aus Museen und Steuerhinterziehung.

1. Geldwäsche, Korruption und Steuerhinterziehung
2. Vorstellung der handelnden Personen
3. Buffet auf der Luxusyacht und Havarie im Mittelmeer
4. Les Préludes: Yussuf Habibi spielt israelisch-arabische Musik.
5. Wegweiser für Regisseur*Innen: Arabisches Frühstück
6. Geldwäsche, Korruption und Steuerhinterziehung im Seniorenheim
7. Im historischen Berliner Stadtteil Kreuzberg
8. Rückblende: Nach der Hochzeit ist vor der Scheidung
9. Explosion im Flüchtlingsamt
10. Flüchtlinge an der türkischen Grenze und aus der Ukraine
11. Die griechischen Inseln und die türkische Grenze
12. Krieg in der Ukraine
13. Video-Konferenz: „Wer verdient am Krieg in der Ukraine?“
14. Schulden, Krieg und Profit
15. Humus, Falafel. Sex mit dem Ex
16. Jasmina und Solomon
17. Alle wollen Frieden. Israel und Gaza
18. Grüner Kapitalismus und tödliches Wachstum
19. Bordeaux, Religion und Frieden
20. Jesus Christus – der erste Dschihadist?
21. Muslimisch-Christliche Koexistenz in Ägypten
22. Der Bechstein-Friedens-Plan. Jimmy Carter und Gorbatschow
23. Christen, Juden, Muslime: Alle Kinder Abrahams im Paradies.
24. Frieden in Nah-Ost. Das Land reicht für alle
25. Berlin ist sexy und islamisch. Alle wollen hier hin
26. ISIS bezahlt die neue Moschee
27. Die Rache der Kinderbraut
28. Die Befreiung der arabischen Frau
29. Die Entführung der Kinder
30. Die Imamin muss sterben
30. Kann grüner Kapitalismus das Klima retten?
31. Euro-Islamisierung des Abendlandes
32. Abubakar und Yussuf in Kairo
33. Die arabische Frau befreit

Seite E 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

34. Der Kalif und die Frauen
37. Bruder liebt Schwester: Inzest. Werden sie gesteinigt?
38. Multi-Kulti Mischpoke in Kreuzberg.
39. Der Tod in Mekka
40. Dollars und Viagra – Die Zweitfrau
38. Multi Kulti Mischpoke in Kreuzberg
39. Deutsch- libanesische Hochzeiten
40. Nah-Ost in Kreuzberg
41. Libanesische Clans in Kreuzberg
42. Erstfrau und Zweitfrau. Patchworkfamilien
43. Hotel Saint Georges in Beirut
44. Die Deutsch-Libanesische Hochzeit von Yussuf Habibi
45. Der Tod des Senators
46. Die Bekehrung des Dschihadisten
47. Solomons Traum. Frauen an die Macht
48. Die Einweihung der Moschee
49. Die Bombe
50. Die Rache der NEOS
51. Tod eines Märtyrers
52. Wiederauferstehung
53. Lales Hochzeit. Die Königin von Kreuzberg

Nachtrag: *Life must go on*. Was aus ihnen später wurde

Nachwort: Nah-Ost Konflikt, Fridays For Future (FFF), die Uno und Palästina. Warum importieren wir diesen ewigen Krieg am Rand des Mittelmeeres?

GLAUBE, GELD UND LIEBE. DIE WELTRETTER IM SENIORENSTIFT. BAND III. Politisches Theater.

Berlin: epubli 2024. 196 Seiten.

Im Seniorenstift schließt sich der Kreis aus Weltreisen, Religionskriegen und Weltrettung. In der Rückblende erleben die Senior*innen noch einmal die Katastrophen ihres Leben, wie die männlichen Helden der Clans aus Band I und Band II in den Trümmern der brennenden Moschee ums Leben kommen. Die rechtsradikalen NEOS werfen eine Bombe in die neue Frauenmoschee. Die Männer des Clans kommen in den Flammen um, die Frauen übernehmen das Business in Kreuzberg: Shisha-Bars, Dönerbuden, Drogenhandel im Görli-Park, Raub von Goldmünzen aus Museen, Geldwäsche und Steuerhinterziehung. Am Ende, im Jahr 2060, treffen sich die Frauen im Seniorenheim der Bechstein -Stiftung und wollen weiter gemeinsam die Welt retten. Mischpoke und Zeitenwende: Die Senioren im Seniorenheim lösen den Israel-Gaza-Konflikt und alle anderen Probleme der Welt. Die Heldinnen aus „Die Weltretter von Kreuzberg“ denken die militärische und sozialpolitische Zeitenwende zu Ende bis zum taktischen Atomkrieg zwischen Iran und Israel. Jasmin, frühere Königin von Kreuzberg, findet im multi-kulti Luxus-Seniorenheim ihre große Liebe wieder: Solomon, der humanoide Pflegeroboter, eine getreue Kopie ihres Geliebten Solomons, der bei der Explosion in der Moschee starb, ist wiederauferstanden.

1. Klima, Krieg und Weltrettung
- 2 Was zuvor geschah: Oligarchen und Migranten
3. Vorstellung der handelnden Personen
4. Schulden, Krieg und Profit.
5. Mutige Frauen in der christlich-jüdischen-islamischen Welt.
6. Palästinensische Präsidenten verdienen am Krieg.

Seite E 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

7. Rückblende ins Jahr 2025. Der Tod in Mekka.
8. Rückblende: Wiederauferstehung
9. Zeitenwende: Eine Ewigkeit später im Seniorenheim. Geldwäsche im Seniorenheim.
10. Lina und der Pflegeroboter
11. Liebe im Seniorenheim.
12. Die Bombe in der Moschee
13. Weltretter im Seniorenstift
14. Gaza-Krieg im Seniorenstift

Nachtrag: *Life must go on*. Was aus ihnen später wurde.



Dr. Gerd Klöwer, geb. 1945 in Reichenberg (Sudetenland), hat viele Jahre in Russland, Ukraine, Osteuropa, Nahost und Afrika gearbeitet, zuletzt 2008-2011 im Finanzministerium in Kiew, Ukraine. Dr. phil. Gerd Klöwer ist Diplom-Volkswirt. Er hat den syrisch-libanesischen Krieg in Beirut 1977 und die Tulpenrevolution in Kirgyzstan 2005 erlebt. Er war Hochschuldozent für Internationale Finanzwirtschaft in Magdeburg. Dr. Klöwer hat zudem in Büros der GIZ-DSE, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Europäischen Union gearbeitet und mehrere Bücher geschrieben über Banken, Versicherungen, Entwicklungshilfe und Weltrettung. Dr. Klöwer schreibt heute über Weltrettung, Religion und Frieden.

Wo sind die Bücher erhältlich? Beim Autor. Preise zwischen 10 und 25 € pro Band.

[<Gerd.Kloewer@gmail.com>](mailto:Gerd.Kloewer@gmail.com)

02) Alles oder nichts.

Für die Demokraten führt kein Weg daran vorbei, Kamala Harris ins Rennen zu schicken. Mit ihrer Wahl ergeben sich jedoch einige Probleme

Von Marco Bitschnau

25.07.2024



Yes she can?- picture alliance / AP | Kayla Wolf

Kein Zweifel – für die Anhänger der US-Demokraten war die erste Präsidentschaftsdebatte im diesjährigen Kampagnenzyklus denkbar [schwere Kost](#). Geschlagene neunzig Minuten wurden sie Zeugen, wie Joe Biden in der Südstaatenmetropole Atlanta mit seinem Vorgänger Donald Trump aneinandergeriet und einen nach allen Kriterien desolaten Auftritt hinlegte. Der Mund weit aufgerissen, die Augen glasig, die Stimme vermatscht: So stand der 81-Jährige am Rednerpult und sinnierte über angeblich 1000 Billionäre („trillionaires“) im Land und Frauen, die von ihren „Brüdern und Schwestern“ missbraucht würden. Ein unerwarteter Glücksfall für Trump, der um einiges vitaler auftrat und immer wieder zu boshaften Nadelstichen ansetzte. Zwar geriet auch er zuweilen ins Straucheln und ignorierte so manche Frage der Moderation, doch anders als der Amtsinhaber wirkte er dabei zumindest nicht [„wie ein Leichnam“](#).

Trotz alledem brauchte es einige Zeit, ehe dem Biden-Lager zu dämmern begann, was für eine Lawine ihr Kandidat da losgetreten hatte. „Ich hatte zwar keinen besonders tollen Abend, aber [mein Gegner] auch nicht“, verteidigte sich dieser [noch Tage später](#) bei einem Spendendinner in New York, als im Parteihauptquartier schon längst Panik ausgebrochen war. Zu groß die Angst, dass ein als senil geltender Kandidat nicht nur die Wahl gegen den [favorisierten Trump](#) verlieren, sondern auch noch diverse Kongressabgeordnete und Gouverneure mit in den Abgrund reißen würde. Die Konsequenz: Eine erst tastende, dann zunehmend forschere Druckbehandlung, bei der Geldflüsse gestoppt, Alternativen diskutiert, schmallippige Tweets veröffentlicht und peinliche Anekdoten an die Presse gespielt wurden. Dies alles in Verbindung mit Respektbekundungen für das Lebenswerk und salbungsvollen Ergüssen, wie schön doch ein Ruhestand im Kreise der Familie sei. Ganz nach dem Motto: Wer Ohren hat, der höre.

Selbst ausgemachte Zyniker musste die Kaltschnäuzigkeit erstaunen, mit der Spitzenfunktionäre, Großspender [und selbst prominente Schauspieler](#) auf einmal am Stuhl jenes Mannes sägten, den sie noch vor Wochenfrist gegen alle Kritik verteidigt hatten. Und

Seite E 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

doch fügt sich dieser Umgang nahtlos in das Bild einer Partei, in der es unter der Oberfläche schon seit einiger Zeit brodelt und so mancher nur auf die Möglichkeit zur Absatzbewegung gewartet haben dürfte. Am Ende mit Erfolg, denn schon zum Wochenende konnte der von einer Covid-19-Infektion geschwächte Biden [keine Kraft](#) mehr aufbringen, den nun auch von der Parteiführung an ihn herangetragenen Rückzugsforderungen weiter Widerstand zu leisten. Auch die energischsten Verfechter seiner Kandidatur – die Langzeitvertrauten Mike Donilon und Steve Ricchetti – mussten sich dem Druck beugen und konnten lediglich noch ehrenvolle Abschiedskonditionen aushandeln.

Für die Demokraten wäre es im Hinblick auf ihr progressives Selbstverständnis kaum vorstellbar gewesen, einer schwarzen Frau in solch herausgehobener Stellung die Nominierung zu verweigern.

Die sehen so aus, dass der Präsident nun zu einem amerikanischen Cincinnatus [verklärt wird](#), einem Helden, der das Wohl des Landes über den eigenen Ehrgeiz gestellt und so *das Richtige getan* hat. Im Gegenzug mildert er den Schock seines Abgangs, indem er sich öffentlich für seine Vize Kamala Harris als Nachfolgerin starkmacht und ernsthafte Personaldebatten (die sich die Partei wenige Monate vor der Wahl nicht leisten kann) im Keim erstickt. Dass die Wahl auf Harris fallen musste, ist dabei einerseits der inneren Logik des Amtes geschuldet, das ihr als Stellvertreterin eine Art Erstzugriffsrecht sichert. Andererseits wäre es für die Demokraten im Hinblick auf ihr progressives Selbstverständnis aber auch kaum vorstellbar gewesen, einer schwarzen Frau in solch herausgehobener Stellung die Nominierung zu verweigern. Die Folge wäre Chaos bis hin zur offenen Selbstzerfleischung.

Zumindest auf dem Papier scheint diese Strategie – Biden sich zu Harris bekennen lassen und damit Fakten schaffen – bislang von Erfolg gekrönt. Dutzende Gouverneure und Senatoren, darunter Schwergewichte wie J. B. Pritzker, Gretchen Whitmer und Josh Shapiro, aber auch Hoffnungsträger wie Andy Beshear, haben sich binnen Stunden mit der gebotenen Euphorie [hinter sie gestellt](#) und die angeschlagene Partei damit in den Rausch eines empfundenen Befreiungsschlags versetzt. Allein auf der parteinahen Spendenplattform ActBlue gingen in den Tagen nach Bidens Verzichtserklärung [über einhundert Millionen](#) US-Dollar ein; ein deutlicher Hinweis, dass auch die Basis die Staffelübergabe zu goutieren scheint. Das Schlimmste scheint also überstanden, doch wäre es töricht, nun in Übermut zu verfallen. Mit einem [verbitterten](#) Präsidenten im Weißen Haus und einer nicht gerade [beliebten](#) Ersatzkandidatin auf den Wahlkampf Bühnen tut sich schließlich ein ganzer Schwung neuer Probleme auf.

Am offensichtlichsten ist dabei die Gefahr, dass Bidens Rückzug von der Gegenseite als Eingeständnis interpretiert wird, der Spott über den amtsunfähigen *Sleepy Joe* sei zutreffend gewesen und die demokratische Führung habe über Monate versucht, das Wahlvolk über seinen Zustand [zu täuschen](#). Wusste eine Schlüsselfigur, wie Harris, wie es um ihren *running mate* bestellt ist? Falls ja, wieso hat sie nicht schon früher eingegriffen, anstatt ihn ins offene Messer laufen zu lassen? Und falls nein, wie soll man ihrer Auffassungsgabe dann künftig trauen? Unabhängig von den Umständen dürfte es den Republikanern nicht allzu schwerfallen, der Kalifornierin den Stempel einer gewissen Unehrllichkeit aufzudrücken und kontrastiv zu beleuchten: hier Heimlichtuerei und Intriganz, dort die Direktheit Trumps, der noch während des Attentats auf ihn geistesgegenwärtig [die Siegerfaust emporreckt](#).

Ihre erste Präsidentschaftskandidatur 2020 war ein Fiasko.

Dazu stellt sich die Frage nach einem vorzeitigen Rücktritt Bidens. Denn nur schwer – so das republikanische Argument – lässt sich rechtfertigen, dass der Mann, der sich eine

Kandidatur nicht länger zutraut, die nächsten Monate weiter an den Schalthebeln der Macht verbringen will. Zwar bedingt ein Nichtantreten nicht zwangsläufig einen Amtsverzicht, doch dürften hier bald Vorwürfe der Inkonsequenz laut werden und die Legitimität der Regierung in Mitleidenschaft ziehen. Insbesondere die des Präsidenten, der im Falle einer Demission allerdings Gefahr liefe, umso mehr wie die Marionette einer machtgierigen Hauptstadtkamarilla zu erscheinen. Und Harris? Die wird spätestens nach dem [Nominierungsparteitag im August](#) kein Interesse daran haben, dass Biden ihr die Show stiehlt (und womöglich für weitere Patzer sorgt). Zugleich ist es aus ihrer Sicht aber nur bedingt sinnvoll, sich die Übernahme der Amtsgeschäfte aufzubürden, während sie einen kräftezehrenden *Ad-hoc*-Wahlkampf bestreiten muss.

Das bringt uns schließlich zu den Altlasten, die die neue starke Frau der Demokraten ganz ohne fremdes Zutun mit sich bringt: Ihre erste Präsidentschaftskandidatur 2020 war ein Fiasko und verriet mangelnden politischen Instinkt. Ihre bisherige Amtsführung lässt sich wohl am ehesten mit dem Adjektiv *unglücklich* beschreiben. Und als in der *Bay Area* beheimatete Sozialliberale repräsentiert sie in den Augen vieler [die Überheblichkeit der Küsten](#) gegenüber dem Inland. Für Auftritte im industriell geprägten, aus demokratischer Sicht überlebensnotwendigen Mittleren Westen keine gute Passung – man kann sich nur schwer vorstellen, wie die Professorientochter mit *Blue-Collar*-Wählern auf Tuchfühlung geht, ohne unauthentisch, zwanghaft oder anderweitig *awkward* zu wirken. Biden hatte da als Spross eines irischstämmigen Gebrauchtwagenhändlers schon deutlich mehr Milieunähe vorzuweisen. Und Trumps frisch gekürter Vizekandidat J. D. Vance tut es mit seiner durchaus [imposanten Aufsteigerbiografie](#) ebenfalls.

Ketzerisch ließe sich vor diesem Hintergrund fragen, inwieweit es Harris überhaupt gelegen kommt, noch in diesem Jahr in vorderste Front zu rücken. Wäre Biden angetreten und hätte doch noch die Trendwende geschafft, wäre sie erneut als Vizepräsidentin ins Weiße Haus eingezogen. Hätte dagegen Trump gesiegt, wäre ihr mit dem richtigen *spin* leicht die Rolle der Favoritin für die Vorwahlen 2028 zugekommen, aus der heraus sie in aller Ruhe in einen dann Trump-losen Hauptwahlkampf hätte ziehen können. Jetzt sieht sie sich mit einem Mal unter weit weniger günstigen Bedingungen einem *Alles-oder-Nichts*-Szenario ausgesetzt; einem riskanten Spiel, in das sie hineinmanövriert wurde und das sowohl für sie als auch für ihre Partei mit erheblichem Einsatz verbunden ist. Die Hochstimmung des Augenblicks dürfte jedenfalls verfliegen, sobald die Republikaner beginnen, sich ernsthaft auf die neue Aspirantin einzuschließen. Und erst dann wird sich zeigen, ob Bidens Opfer einen Wert gehabt hat.



Marco Bitschnau, Konstanz

Marco Bitschnau ist Postdoktorand am Lehrstuhl für Soziologie (Schwerpunkt Soziale Bewegungen) der Universität Konstanz und dort mit dem Exzellenzcluster *The Politics of Inequality* affiliert.

https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/alles-oder-nichts-7675/?utm_campaign=de_40_20240725&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Hoffnungsträgerin.

Kamala Harris bietet den Demokraten die beste Chance, Donald Trump zu schlagen. Sie müssen ihre Kandidatin um jeden Preis verteidigen

Von Charles M. Blow

25.07.2024



Wird sie im November Geschichte schreiben können? Noch-Vize-Präsidentin Kamala Harris.- *picture alliance / Zumapress | Mark Hertzberg*

Donald Trump hat offen angekündigt, dass er im Falle eines Wahlsiegs im November nicht zum Diktator werde – „abgesehen vom ersten Tag“. Kevin Roberts, Präsident der rechtsgerichteten Heritage Foundation, auf die das potenziell landesverändernde [Projekt 2025](#) zurückgeht, sagte: „Wir befinden uns im Zuge der zweiten amerikanischen Revolution, die unblutig bleiben wird, solange die Linke es zulässt.“ Ins gleiche Horn stieß am Montag auch der Senator des Bundesstaates Ohio George Lang auf einer Kundgebung für den

Seite E 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

republikanischen Vizepräsidentschaftskandidaten J.D. Vance: „Ich fürchte, wenn wir diese Wahl verlieren, wird es einen Bürgerkrieg brauchen, um das Land zu retten, und es wird gerettet werden.“

Dagegen muss Vizepräsidentin Kamala Harris nun ankämpfen. Sie ist nicht nur die neue Hoffnungsträgerin der Demokratischen Partei, sondern vielleicht auch für die Demokratie insgesamt. Nur sie konnte so spät im Wahlkampf Präsident Joe Biden ersetzen.

Nach Bidens beunruhigendem Debattenauftritt im Juni war ich, wie viele andere auch, besorgt, dass die Debatte über einen Wechsel an der Spitze der Kandidatenliste ein Vorwand für die Insider der Demokraten sein würde, um die Tür für andere Kandidaten zu öffnen. Es war zu befürchten, dass sie die eigensinnige Mathematik der demokratischen Koalition nicht verstehen würden. Glücklicherweise scheinen die Demokraten jedoch weitere innerparteiliche Scharmützel vermieden zu haben. Erschöpft von den wochenlangen Querelen um Bidens Rückzug haben sich die Demokraten schnell um Harris geschart, die genügend Unterstützung von den Delegierten sammeln konnte, um voraussichtlich Präsidentschaftskandidatin zu werden.

Die Demokraten scheinen erkannt zu haben, dass schwarze Wähler, die traditionell die treueste Wählergruppe in ihrer Partei sind, entscheidend für ihre Siegchancen sein werden. Und das, obwohl die Republikaner in der Vergangenheit teilweise wirksame Anstrengungen unternommen haben, um diese Stimmen zu gewinnen. Jüngste landesweite Umfragen deuten darauf hin, dass Trump in dem Rennen insgesamt immer noch einen leichten Vorsprung hat. Doch mit Harris – der ersten schwarzen, asiatisch-amerikanischen und weiblichen Vizepräsidentin – haben die Demokraten die beste Chance, den republikanischen Bemühungen etwas entgegenzusetzen. Sie zu übergehen, wäre politisch katastrophal gewesen.

Die nächste Bewährungsprobe für die Demokratische Partei besteht darin, Harris vor den üblen Attacken zu schützen, die auf sie zukommen werden. In den letzten Tagen haben wir bereits Angriffe auf Harris erlebt, die weit über das Politische hinaus und ins Persönliche gingen: In den sozialen Medien kursieren bereits Verleumdungen über Harris frühere Beziehungen. Tim Burchett, ein republikanischer Kongressabgeordneter aus Tennessee, nannte sie eine „DEI-Vizepräsidentin“, eine abfällige Anspielung auf Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion (Diversity, Equity, Inclusion), die die unmissverständliche Andeutung enthält, dass eine „Woman of Color“ unmöglich für das zweithöchste Amt im Land qualifiziert sein kann.

Die nächste Bewährungsprobe für die Demokratische Partei besteht darin, Harris vor den üblen Attacken zu schützen, die auf sie zukommen werden.

Diese Angriffe zeigen, dass einige im Make-America-Great-Again-Kosmos sich nicht damit zufriedengeben, Harris nur im November zu schlagen; sie werden versuchen, sie zu zerstören. Harris wird sich in diesem Wahlkampf nicht nur mit dem Sexismus auseinandersetzen müssen, der gegen Hillary Clinton gerichtet war, sondern auch mit dem Rassismus, mit dem sich Barack Obama konfrontiert sah. Der demokratische Stratege James Carville skizzierte kurz und knapp, was Harris mit ziemlicher Sicherheit bevorsteht: „Rassismus ist die Parodontitis Amerikas. Er ist einfach da und wird nicht verschwinden, aber er kann überwunden werden.“

Der Bürgerrechtler Gary Chambers Jr. aus Louisiana ist wiederum der Meinung, dass Trumps Angriffe auf Harris so ungeheuerlich sein könnten, dass sie sich am Ende zu ihren Gunsten auswirken. „Er wird es völlig übertreiben“, sagte Chambers, „und schwarze Frauen

werden das nicht tolerieren.“ Afroamerikanerinnen, die treueste Wählerschaft der Demokraten, haben bereits begonnen, Harris zu verteidigen. Jahrelang mussten sie mit ansehen, wie prominente schwarze Frauen wie Ketanji Brown Jackson und Claudine Gay im Zuge der Anti-Woke- und Anti-DEI-Wut, die das Land als Gegenreaktion auf die Black-Lives-Matter-Bewegung erfasste, unter Beschuss gerieten.

Mit der Kandidatur von Harris haben schwarze Amerikanerinnen nun die Möglichkeit, eine prominente schwarze Frau zu unterstützen und sie haben die Initiative ergriffen. Am Sonntag versammelten sich bereits mehr als 40 000 schwarze Frauen in einem von „Win With Black Women“ organisierten Videoaufruf, um sich auf die Verteidigung von Harris vorzubereiten. In der darauffolgenden Nacht schlossen sich mehr als 50 000 schwarze Männer einem Videoaufruf mit der gleichen Mission an. Jede Nacht wurden mehr als eine Million US-Dollar gesammelt. Wie Chokwe Lumumba, Bürgermeister von Jackson, Mississippi, gerne über die Macht und das Potenzial der People of Color sagt: „Wir müssen selbst die Kavallerie sein, auf die wir gewartet haben.“

Doch im Falle von Harris muss diese Kavallerie, diese Verteidigungslinie, eine politische Kraft sein, die weit über die schwarze Gemeinschaft hinausgeht. Denn ihre Kandidatur, die gegen einen Mann antritt, der versucht hat, die Ergebnisse der letzten Präsidentschaftswahlen zu drehen, steht für nichts Geringeres als die Bewahrung unserer verfassungsmäßigen Ordnung. Die Demokraten – gewählte Funktionäre, Wahlkampfstrategen, Spender und Wähler – sind mit Harris einen verbindlichen Pakt eingegangen: Sie müssen erkennen, dass sie sich auf einer „gläsernen Klippe“ befindet: einer Situation, in der eine Frau nur in Krisenzeiten an die Spitze gelangen kann. Alle Demokraten müssen erkennen, dass sie, indem sie Biden aus dem Rennen gedrängt haben, nun für den Erfolg von Harris verantwortlich sind. Der Austausch von Biden gegen Harris ist ein zu großes Risiko, als dass man es scheitern lassen könnte.

Dieser Artikel erschien zuerst in der New York Times.



Charles M. Blow, New York

Charles M. Blow ist Kolumnist bei der *New York Times*. Dort schreibt er meist über Politik, soziale Gerechtigkeit und aktuelle Themen.

https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/hoffnungstraegerin-7676/?utm_campaign=de_40_20240725&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Vermittler mit eigenen Interessen.

Hinsichtlich einer diplomatischen Lösung im Nahostkonflikt hoffen viele auf die Golfstaaten. Doch die stecken in der Zwickmühle

Von Sebastian Sons

24.07.2024



Press Instabilität ist schlecht fürs Geschäft: Ausstellung des Megaprojekts „The Line“ in Saudi-Arabien.-picture alliance / abaca | Balkis

Fast zehn Monate dauert der desaströse Gaza-Krieg nach den terroristischen Anschlägen der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 bereits an. Darüber hinaus hält die Gewalt im Gaza-Streifen die gesamte Region im Würgegriff und sorgt für die Gefahr einer regionalen Eskalation. Das [Risiko eines offenen Krieges](#) zwischen der israelischen Armee und der libanesischen Hisbollah wächst täglich, während die jemenitischen Huthis seit Monaten die internationale Schifffahrt im Roten Meer mit Drohnen- und Raketenangriffen bedrohen. Die Feindschaft zwischen Israel und Iran wird immer offener ausgetragen und schlug sich bereits in [direkten Attacken](#) nieder.

Bisher zeigen einige einflussreiche regionale Akteure jedoch kein Interesse daran, den Konflikt außer Kontrolle geraten zu lassen – zu sehr fürchten sie eine Spirale der Gewalt, die sie nicht managen könnten und [in den Sog direkt hineingezogen](#) zu werden. Zu diesen Akteuren gehören insbesondere die arabischen Golfmonarchien. In den letzten Jahren verfolgen sie eine Strategie der regionalen Deeskalation, der [Risikominimierung](#) und der taktischen Annäherung. Dies zeigt sich an der [Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen](#) zwischen den Rivalen [Iran und Saudi-Arabien](#) im März 2023 sowie dem Besuch des mittlerweile bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben gekommenen ehemaligen iranischen Präsidenten Ibrahim Raisi in Riad zu einem [Krisengipfel der Organisation islamischer Staaten \(OIC\)](#) kurz nach Beginn des Gaza-Krieges.

Auch Bahrain sucht die [Annäherung an Iran](#), obwohl die Islamische Republik von den bahrainischen Herrschern als Bedrohung der eigenen Macht wahrgenommen werden. Im Januar 2021 legten die arabischen Golfmonarchien ihren seit 2017 andauernden Konflikt bei, der in der Blockade Katars durch Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Bahrain und Ägypten gemündet und zu tiefgreifenden golfinternen Verwerfungen

Seite E 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

geführt hatte. Und 2020 folgte die historische Entscheidung der VAE und Bahrain, im Rahmen der sogenannten „[Abraham-Abkommen](#)“ diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen.

Auch in den Golfstaaten hat die Solidarität mit den palästinensischen „Brüdern und Schwestern“ rapide zugenommen und kann von den Herrschern nicht ignoriert werden.

Solche Annäherungsprozesse sind kein Zufall: In den letzten Jahren ist den Herrschern am Golf bewusst geworden, dass Animositäten und Abgrenzung der eigenen Reputation und dem eigenen Geschäftsmodell schaden. Länder wie Saudi-Arabien durchlaufen einen komplizierten Transformationsprozess: Die ölabhängige Wirtschaft muss neue Einnahmequellen und Sektoren erschließen, weswegen der mächtige saudische Kronprinz Muhammad bin Salman den Ausbau des Tourismus oder der [Sport-](#) und [Unterhaltungsindustrie](#) sowie in ambitionierte Megaprojekte wie die Smart City [The Line am Roten Meer](#) forciert. Die Ziele sind eindeutig: Nur mit der Diversifizierung der Wirtschaft kann es dem Königshaus gelingen, die [Jugendarbeitslosigkeit](#) zu reduzieren und die [politische Macht](#) zu bewahren. Ähnlich vielschichtige und komplizierte Prozesse durchlaufen auch die anderen Golfmonarchien. Auch wenn sie in vielerlei Hinsicht um Investoren und Marktzugänge konkurrieren und vor unterschiedlichen Herausforderungen stehen, eint sie doch eine [Formel](#): ohne [regionale Stabilität](#) kein nationaler Fortschritt und ohne nationalen Fortschritt kein politisches Überleben.

Vor diesem Hintergrund bedroht der Gaza-Krieg und das damit zusammenhängende Schreckensszenario einer regionalen Eskalation die Geschäftsinteressen und das [politische Machtkalkül](#) der arabischen Herrscher. Je mehr die Situation im Roten Meer außer Kontrolle gerät, desto stärker werden [geostrategische Konnektivitätsinteressen](#) der VAE, die sich als „[neues Venedig](#)“ begreifen und längst ein [maritimes Netzwerk](#) über die Beteiligung an afrikanischen, arabischen, asiatischen und europäischen Häfen aufgebaut haben, gefährdet. Für Saudi-Arabien ist es unerlässlich, dass ausländische Investitionen ins Land fließen, um die gigantischen Pläne und Projekte auch realisieren zu können. Unruhe in der direkten Nachbarschaft schadet diesem Vorhaben, da auch der Status des Königreichs als sicherer Investitionsstandort leiden könnte.

So kam es bis 2022 immer wieder zu [Angriffen der Huthis auf saudische Ziele](#). Zwar scheint diese [Gefahr](#) derzeit gebannt, doch könnten solche Attacken immer wieder aufflammen. Sollte es zu einem offenen Krieg zwischen Israel und der Hisbollah kommen, könnten sich Angriffe aus dem Libanon auch gegen Ziele in Saudi-Arabien – zum Beispiel US-Stellungen – richten. Immerhin verfügt die Hisbollah über ein [Arsenal von etwa 130 000 Raketen](#). Katar ist als wichtiger Exporteur und Produzent von Erdgas ebenfalls auf freie Handelswege angewiesen, teilt sich das größte Gasfeld der Erde mit Iran und zeigt demnach ebenfalls kein Interesse an einer regionalen Dauerkrise.

Saudi-Arabien präsentiert sich seit Beginn des Gaza-Kriegs als regionale Führungsmacht.

Aus diesen Gründen versuchen alle Golfmonarchien auf unterschiedlichem Wege, den Konflikt einzuhegen und zu managen: Saudi-Arabien präsentiert sich seit Beginn des Gaza-Kriegs als regionale Führungsmacht, die sich für die [palästinensische Sache einsetzt](#) und Israel hart [kritisiert](#). Vertreter der saudischen Regierung verweisen auf die [Arabische Friedensinitiative von 2002](#), die maßgeblich vom damaligen saudischen König Abdullah initiiert worden war und eine [Zwei-Staaten-Lösung](#) als Ziel formuliert. Damit will sich das Königreich als [Unterstützer der Palästinenser](#) darstellen, immerhin trägt Saudi-Arabien als

„Hüter der beiden Heiligen Stätten“ Mekka und Medina auch moralisch-religiöse Verantwortung für Palästina. Erhöhter Druck kommt auch von den jeweiligen Bevölkerungen: Auch in den Golfstaaten hat die Solidarität mit den palästinensischen „Brüdern und Schwestern“ rapide zugenommen und kann von den Herrschern nicht ignoriert werden.

Außerdem hält es eine Trumpfkarte in den Händen: Die Verhandlungen mit den USA und Israel über eine mögliche [Normalisierung der Beziehungen mit Israel](#) wurden nach dem 7. Oktober zwar [ausgesetzt](#), werden aber von der saudischen Führung strategisch klug instrumentalisiert, um die eigene Verhandlungsposition zu stärken. Immerhin geht es Saudi-Arabien um ein [Sicherheitsabkommen mit den USA](#), das Rüstungszusagen und Schutzgarantien sowie die Erlaubnis, ein nationales ziviles Nuklearprogramm aufbauen zu dürfen, beinhalten soll. Befanden sich diese Gespräche vor dem Beginn des Krieges in einer aussichtsreichen Situation, erscheint es für Saudi-Arabien derzeit aufgrund des brutalen israelischen Vorgehens in Gaza jedoch [unmöglich](#), mit Premierminister Benjamin Netanjahu über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu verhandeln; einige saudische Analysten nennen die Regierung von Netanjahu eine „[faschistische Koalition](#)“. Deswegen spielt Riad auf Zeit und ist daran interessiert, sich alle Optionen offenzuhalten. Möglicherweise hofft man auf einen Wahlsieg Donald Trumps, um die eigene Verhandlungsposition weiter zu verbessern.

Die VAE haben diese Trumpfkarte mit ihrer Unterzeichnung der sogenannten „Abraham-Abkommen“ 2020 aus der Hand gegeben. Damals normalisierten sie gemeinsam mit Bahrain und anderen nicht-golfarabischen Staaten ihre Beziehungen zu Israel. Das Kalkül, auf diplomatischem Wege die israelische Regierung zu einer Zwei-Staaten-Lösung bewegen zu können, entpuppte sich allerdings als illusorisch. Deswegen steckt Abu Dhabi nun in einer [Zwickmühle](#): Einerseits profitiert das emiratische Geschäftsmodell von den erstarkten Handelsbeziehungen zu Israel. Beide Staaten haben [Handelsabkommen](#) unterschrieben, und 2023 waren [tausend israelische Unternehmen](#) in den VAE aktiv. Andererseits rütteln die Abraham-Abkommen aber auch an der politischen Legitimation der emiratischen Führung: In einer [Umfrage aus dem Januar 2024](#) äußerten sich 67 Prozent der Befragten kritisch zur Rolle der VAE im Gaza-Krieg. Bisher ist es den Emiraten jedenfalls nicht gelungen, ihre diplomatischen Kanäle zu Israel für eine Deeskalation zu nutzen. Eine [Aufkündigung der Abraham-Abkommen](#) wird dagegen auch nicht ernsthaft in Betracht gezogen, da sich die Herrscher in Abu Dhabi langfristig strategische Tiefe und wirtschaftliche Rendite von diesem Deal versprechen.

Seit [2012](#) unterhält die katarische Führung konziliante Beziehungen zu Teilen der islamistischen Bewegung.

Zuletzt ist das dritte Schwergewicht am Golf, Katar, als [Vermittler](#) zwischen der israelischen Regierung und der Hamas in die Weltöffentlichkeit gerückt. Seit [2012](#) unterhält die katarische Führung [konziliante Beziehungen](#) zu Teilen der islamistischen Bewegung und Hamas-Vertreter wie Ismail Haniyya leben in Doha. Bereits [2006](#), [2009](#) und [2014](#) vermittelte Katar im Nahostkonflikt und hat seitdem seinen Einfluss als einflussreicher [Netzwerker und Verhandler](#) ausgeweitet. Dies zeigt sich insbesondere in der prominenten Rolle, die Katar bei den [Verhandlungen mit Hamas um die Freilassung der israelischen Geiseln](#) einnimmt. Damit gelang es dem kleinen Emirat, seine Relevanz als [hyperaktiver Netzwerker](#) auf der Weltbühne zu konsolidieren. Mittlerweile steht Katar aber wegen seiner Nähe zur Hamas in der [Kritik](#) und sieht sich verdächtigt, terroristische Strukturen unterstützt zu haben. Immerhin soll Katar [seit 2007 etwa zwei Milliarden US-Dollar an finanzieller Unterstützung](#) an die Hamas geleistet haben – was von [Israel](#) geduldet und teilweise sogar unterstützt worden war.

Saudi-Arabien, die VAE und Katar suchen also mit eigenen Instrumenten und Strategien, den Gaza-Krieg in ihrem Sinne zu managen und zu deeskalieren. Der Gaza-Krieg verlangt somit von den arabischen Golfmonarchien eine Neu-Definition ihrer politischen Strategien. Bislang versuchten sie, regionale Konflikte mehrheitlich zu managen, um nationale Ziele zu erreichen. Dieser Kurs greift jedoch zu kurz. Stattdessen braucht es einen Ansatz des partnerschaftlichen Miteinanders, um die Krisen in der Nachbarschaft langfristig zu deeskalieren. Bis dato ist es den Golfmonarchien nicht gelungen, ihre Ansätze zu koordinieren und [konkrete Strategien](#) für ein Post-Kriegs-Gaza zu entwickeln. So lehnen sie es ab, die gigantischen Kosten von [mindestens 20 Milliarden Dollar](#) für den Wiederaufbau mittragen zu wollen. Zwar sagten sie in der Vergangenheit immer wieder umfassende Hilfsmittel für Gaza zu, ein Großteil dieser Versprechungen wurde allerdings nicht [eingehalten](#); momentan wollen sie nicht für die von Israel verursachten Schäden aufkommen und betrachten Hilfsleistungen als ineffizient, sollten zukünftig ähnliche Zerstörungen durch Israel drohen. Ohne [politische Sicherheitsgarantien](#) und einen Fahrplan für eine Zwei-Staaten-Lösung scheint golfarabische Unterstützung demnach unrealistisch zu sein.

Dabei verfügen die Golfmonarchien über die notwendigen Netzwerke zu unterschiedlichen Konfliktparteien sowie zu internationalen Akteuren, um Dialog zu initiieren und auf ein [Nachkriegsszenario](#) hinzuarbeiten. Im März 2024 hat der Golfkooperationsrat, zu dem die sechs Golfmonarchien gehören, erstmals in seiner 43-jährigen Geschichte eine [gemeinsame Vision für die regionale Sicherheit](#) vorgestellt. Darin wird ausdrücklich die Umsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung auf Grundlage der Arabischen Friedensinitiative gefordert, um eine gerechte Lösung der palästinensischen Frage zu erreichen. Zwar werden durch eine solche Verlautbarung die nationalen Eigeninteressen, die unterschiedlichen Egos der Herrscher und das gegenseitige Konkurrenzdenken nicht obsolet, sie könnte aber als Ausgangspunkt für eine gemeinsame Strategie dienen, welche die heterogenen Interessen der Einzelstaaten berücksichtigt und gleichzeitig die Gemeinsamkeiten betont. So könnte Saudi-Arabien als wichtigste golfarabische Führungskraft die Maßnahmen koordinieren und legitimieren, während Katar mit seinen Kommunikationskanälen zur Hamas und die VAE zur israelischen Regierung ihr diplomatisches Kapital zielgerichteter als bisher einsetzen könnten.



Sebastian Sons, Bonn

Dr. Sebastian Sons ist promovierter Islamwissenschaftler und arbeitet am Forschungsinstitut CARPO zu den arabischen Golfmonarchien. Zuletzt erschien im Dietz-Verlag sein Buch „[Die neuen Herrscher am Golf und ihr Streben nach globalem Einfluss](#)“.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/vermittler-mit-eigenen-interessen-7661/?utm_campaign=de_40_20240725&utm_medium=email&utm_source=newsletter

05) Unerbittlicher Widerstand.

In Kenia gehen seit Wochen Tausende gegen die Regierung auf die Straße. Erfassen die Proteste nun auch andere Länder der Region?

Von Zikora Ibeh

25.07.2024



Groß ist die Wut der Kenianer über die steigenden Lebenshaltungskosten. -picture alliance / Zumapress | James Wakibia

In Nairobi kommt es seit Mitte Juli erneut zu Protesten. In Kenias Hauptstadt [stieg Rauch auf und es gab laute Explosionen](#), als schwer bewaffnete Polizisten mit Tränengas und scharfer Munition auf Demonstrierende feuerten, die die Nationalflagge schwenkten und regierungsfeindliche Slogans skandierten. Auf X kursierten mehrere [Fotos und Videos](#) von den Zusammenstößen zwischen Polizei und Protestierenden. Auf mindestens einem ist zu sehen, wie die Journalistin [Catherine Wanjeri Kariuki](#) am Boden liegt und sich vor Schmerzen krümmt, nachdem sie angeschossen wurde, als sie gerade dabei war, über die Proteste in Nakuru nordwestlich von Nairobi zu berichten.

Seit vergangenem Monat hat eine Protestwelle, die bereits Todesopfer gefordert hat, das ostafrikanische Land erfasst, das für seine atemberaubenden Safaris und üppigen Landschaften weltbekannt ist. Ausgelöst durch das umstrittene [Steuergesetz](#) von Präsident William Ruto, mit dem der ohnehin schon durch hohe Lebenshaltungskosten belasteten kenianischen Bevölkerung zusätzliche Steuern aufgebürdet werden sollten, dauern die [von der Jugend getragenen](#) Proteste trotz des brutalen Durchgreifens nun schon über einen Monat an. Die anhaltenden Proteste in Kenia, in denen sich eine allgemeine Unzufriedenheit mit der aktuellen Lage artikuliert, könnten schon bald zu ähnlichen Unruhen in der gesamten Region führen. Schließlich sind die Probleme, mit denen Kenia zu kämpfen hat, weitgehend die gleichen wie in anderen afrikanischen Ländern.

Nach Angaben der kenianischen Menschenrechtskommission wurden seit dem Ausbruch der Proteste am 18. Juni mindestens [39 Menschen getötet und mehr als 300 festgenommen](#). Es gab auch Berichte über Entführungen und das Verschwinden von Aktivistinnen und Aktivisten sowie Bloggern, die mit den Protesten in Zusammenhang stehen. Ihren [Höhepunkt erreichten](#) die Repressionen am 25. Juni, als wütende Protestierende das Parlament in Nairobi stürmten und die Abgeordneten sich in einem Keller

Seite E 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

in Sicherheit brachten. Am späten Abend trat Präsident Ruto aufgebracht vor die Fernsehkameras und [diffamierte](#) die Demonstrierenden als „Kriminelle“. Er versprach, [„umfassend, wirksam und rasch auf die staatsfeindlichen Geschehnisse des heutigen Tages zu reagieren“](#), und machte damit den Weg frei für weitere Übergriffe von [Polizei und Armee, die inzwischen auf den Straßen im Einsatz sind](#).

Ruto mag davon ausgegangen sein, dass das harte Durchgreifen die Proteste ersticken werde, aber genau das Gegenteil ist eingetreten: Der Aufstand, der keine Anführer hat und soziale Medienplattformen nutzt, um für politische Diskussionen und Straßenaktionen zu mobilisieren, geht weiter – obwohl das [Steuergesetz zurückgezogen wurde](#) und andere Zugeständnisse gemacht wurden, um die Protestbewegung zu befrieden. In der vergangenen Woche verkündete Ruto nach öffentlichen Protesten gegen das gewaltsame Vorgehen der Beamten gegen die Protestierenden den Rücktritt des Generalinspektors der kenianischen Polizei an. Erst am Vortag hatte der Präsident sein gesamtes Kabinett [entlassen](#), bis auf Außenminister Musalia Mudavadi. Trotzdem hat die kenianische Generation Z [angekündigt](#), dass sie so lange weiterprotestieren will, bis Ruto selbst zurücktritt.

In den vergangenen zwei Jahren ist es Ruto gelungen, sich im Ausland zu profilieren .

In den vergangenen zwei Jahren ist es Ruto gelungen, sich im Ausland zu profilieren und Kenias historisch gewachsene Partnerschaft mit dem Westen bei gemeinsamen Einsätzen in der Aufstandsbekämpfung gegen die al-Shabaab-Miliz in Somalia und andere Sicherheitsbedrohungen in der Region auszubauen. Im Mai 2024 hat Washington Kenia zu einem [„wichtigen Nicht-NATO-Verbündeten“](#) erklärt – ein echtes Novum. Parallel wurden Hunderte kenianischer Polizeikräfte [nach Haiti entsandt](#); sie sollen dort einen Auslandseinsatz leiten, bei dem es um die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung geht.

Während sich Ruto im Ausland großer Beliebtheit erfreut, erschüttern die sich ausbreitenden Proteste im eigenen Land seine Regierung bis in die Grundfesten. Kenia steckt in einer schweren Mehrfachkrise: Hohe Inflation, wachsende Staatsverschuldung und die Auswirkungen einer anhaltenden Dürre 2022 haben die Lebensmittelversorgung des Landes zum Erliegen gebracht.

Als Ruto, der inzwischen „Zakayo“ genannt wird (auf Suaheli steht dieser Name für die biblische Figur des Zachäus, der ein Steuereintreiber war) vor gerade einmal zwei Jahren an die Macht kam, setzte die arme Bevölkerung im Land große Erwartungen und Hoffnungen in ihn. Doch der Präsident tut das genaue Gegenteil dessen, was er versprochen hatte. „Die Maßnahmen seiner Regierung verstärken die Unzufriedenheit und Not der einfachen Bürgerinnen und Bürger noch weiter“, meint der Kommunikationsexperte [Edgar Wabwire](#), der wegen seiner Beteiligung an den Protesten von der Polizei festgenommen wurde.

Ruto wird vorgeworfen, er arbeite „so transparent wie eine Ziegelmauer“ und setze eine Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) um, die „nur dem Westen und der privilegierten kenianischen Elite zugutekommt, während das einfache Volk mit Armut und Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat“, erklärt der kenianische Panafrikanist Muoki Abel.

Das inzwischen ad acta gelegte Steuergesetz sollte im Rahmen einer vom IWF angeordneten Reform [zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von 2,7 Milliarden US-Dollar einbringen](#) und das kenianische Haushaltsloch durch die Einführung oder Anhebung von

Seite E 22 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Steuern auf [eine Reihe alltäglicher](#) Waren und Dienstleistungen wie Brot, Speiseöl, Internet, Kraftstoff, Banküberweisungen, Damenbinden und Windeln stopfen. Doch für eine Bevölkerung, die ohnehin schon um ihr Auskommen kämpft, ist die neue Steuer pures Gift.

Von Kenias 56 Millionen Einwohnern leben mindestens [7,8 Millionen](#) Menschen in extremer Armut.

Von Kenias 56 Millionen Einwohnern leben mindestens [7,8 Millionen](#) Menschen in extremer Armut – die meisten von ihnen in ländlichen Gebieten. Junge Menschen, die mindestens 80 Prozent der kenianischen Bevölkerung ausmachen, sind mit am stärksten betroffen. Während die Arbeitslosenquote in Kenia insgesamt bei 12,7 Prozent liegt, ist nach Angaben des kenianischen Arbeitgeberverbands [die Jugendarbeitslosigkeit mit 67 Prozent am höchsten](#). In dieser verzweiferten Lage reichen halbherzige Maßnahmen nicht aus. Was Kenia braucht, sind umfassende, transformative Maßnahmen, die die Ursachen von Armut und Arbeitslosigkeit im Land bekämpfen und den Wohlstand endlich gerechter verteilen.

Während sich die Proteste in Kenia weiter ausweiten, könnten ähnliche Protestbewegungen auch in anderen Ländern der Region entstehen, in denen die staatlichen Behörden vor dem gleichen Dilemma stehen wie Ruto: Sie müssen Steuern erhöhen und dringend benötigte soziale Investitionen in Schlüsselsektoren für den Abbau der steigenden Staatsverschuldung opfern.

Laut Internationalem Währungsfonds hat sich die Durchschnittsverschuldung in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara zwischen 2010 und 2022 [fast verdoppelt](#), von 30 Prozent des BIP auf fast 60 Prozent. Auch die Tilgung dieser Schulden ist sehr viel teurer geworden. 2022 wurden schätzungsweise [96 Prozent der nigerianischen Einnahmen](#) für Zinszahlungen aufgewendet. Die Regierung hat daraufhin im vergangenen Jahr die [Treibstoffsubventionen gestrichen](#) und die Landeswährung im Zuge einer Reihe vom IWF angeordneter Sparmaßnahmen [abgewertet](#), um mehr Einnahmen zu erzielen und die Ausgaben zu senken. Doch ebenso in Kenia führt dies zu [hoher Inflation und einer Krise der Lebenshaltungskosten](#), die in dem ölproduzierenden Land eine noch nie dagewesene Hungersnot verursacht hat und die Bürgerinnen und Bürger sowie die [Gewerkschaften des Landes](#) zu Hungerprotesten veranlasste.

Ein weiteres Entwicklungs- und Wachstumshindernis in Afrika ist neben der massiven Staatsverschuldung die Korruption.

Zivilgesellschaftliche Experten sind der Auffassung, dass die Strukturanpassungsprogramme des IWF Afrika mehr schaden als nutzen, weil sie den schon vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Druck noch verschärfen. „In wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern führt es zum Desaster, wenn Staaten gezwungen werden, ihre Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen wie Wasser, Bildung und Gesundheit zu kürzen“, betont [Akinbode Oluwafemi](#), Exekutivdirektor der Organisation [Corporate Accountability and Public Participation Africa](#). „Der ausbeuterische Charakter der IWF-Programme zeigt sich deutlich darin, dass sie die Regierungen dazu zwingen, Schuldentrückzahlung und Sparmaßnahmen eine höhere Priorität einzuräumen als dem Wohlergehen der eigenen Bevölkerung. Es ist kein Wunder, dass diese Programme in Aufständen und sozialen Unruhen resultieren“, so Oluwafemi.

Ein weiteres Entwicklungs- und Wachstumshindernis in Afrika ist neben der massiven Staatsverschuldung die Korruption. Kritische Stimmen [behaupten](#), dass von jedem im Ausland aufgenommenen Dollar mindestens 50 Cent das kreditnehmende Land wieder

Seite E 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

verlassen. Infolgedessen haben die afrikanischen Länder südlich der Sahara seit 1970 [eine Kapitalflucht von mehr als 700 Milliarden US-Dollar](#) zu verzeichnen, wobei ein Teil der Gelder am Ende wieder exakt bei den Banken landete, die die Kredite an die afrikanischen Regierungen vergeben haben.

Um diesen kriminellen Raub zu organisieren, ermöglichen Afrikas Eliten [die immense Abschöpfung von Ressourcen](#) und profitieren zugleich von ihr. Wenn sie in der Folge harte Maßnahmen ergreifen müssen, um ihre Einnahmen zu steigern und die Schulden zu tilgen, stehen sie oft alleine und ohne öffentliche Unterstützung da. Dieses Szenario erlebt Ruto in Kenia genauso wie der nigerianische Präsident Bola Ahmed Tinubu. Dessen Regierung bereitet sich auf weitere mögliche [landesweite Unruhen im nächsten Monat](#) vor, wenn die Jugend und zivilgesellschaftliche Organisationen des Landes für zehn Tage unter dem Hashtag #EndBadGovernance ihre Wut auf die Straße tragen.

Im Vorfeld der Demonstrationen haben sich die Bürgerinnen und Bürger zu politischen Diskussionsgruppen auf [X Spaces](#) zusammengeschlossen und zollen den jungen kenianischen Protestlern Beifall dafür, dass sie trotz der staatlichen Brutalität standhaft bleiben und mutig neue Impulse setzen. „Die Kenianer“, so Abel, „machen bereits vor, wie man die eigene Regierung zurückerobert. Es ist Zeit, dass andere Menschen in Afrika sich ebenfalls erheben und es ihnen gleichtun.“

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Zikora Ibeh

Zikora Ibeh ist Wissenschaftlerin, Kolumnistin, Podcasterin und Entwicklungshelferin mit einer Leidenschaft für soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergleichheit. Sie setzt sich mittels politischer Lobbyarbeit, Aktionsforschung und Medienarbeit für eine Veränderung in der Gesellschaft ein.

https://www.ipg-journal.de/regionen/afrika/artikel/unerbittlicher-widerstand-7674/?utm_campaign=de_40_20240725&utm_medium=email&utm_source=newsletter

06) „Ich halte sie für vollkommen ungeeignet“.

Jörg Wimalasena über die Kandidatur von Kamala Harris, den Nominierungsprozess der US-Demokraten und die Chancen, Donald Trump zu schlagen

Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis.

Interview

23.07.2024



Ungeeignete Kandidatin, verrottete Partei: Kann Kamala Harris im November Donald Trump besiegen? - *picture alliance / abaca | Pool//ABACA*

Die Fragen stellte [Nikolaos Gavalakis](#).

Nach wochenlangen Debatten verzichtet Joe Biden auf die erneute Kandidatur für die US-Präsidentschaft. Eine Entscheidung, die Respekt verdient hat oder eher eine zu späte Einsicht des Präsidenten?

Respekt hätte die Entscheidung verdient gehabt, wenn er sie vor einem Jahr – oder noch besser vor zwei Jahren – getroffen hätte. Dann hätten die Demokraten nämlich noch die Möglichkeit gehabt, sich unter Einbeziehung der eigenen Wähler, mit einer richtigen Vorwahl auf einen anderen Kandidaten einigen zu können. Stattdessen hat er mithilfe des Democratic National Committees Vorwahlen veranstalten lassen, in der es im Grunde genommen keinen offenen Wettbewerb gab. Teilweise sind die Delegierten Biden einfach zugeteilt worden, zum Beispiel in Florida, ohne dass es eine tatsächliche Vorwahl gegeben hätte. Es gab keine TV-Debatten. Gegenkandidaten wie Dean Philipps waren kaum im Fernsehen zu sehen. Man hat versucht, Biden irgendwie über die Ziellinie zu schleppen. Auch in dem man den Vorwahl-Kalender so strukturiert hat, dass die Bundesstaaten, in denen er gut dasteht, als Erstes zur Abstimmung standen. Jetzt abzdanken, nachdem die ganze Welt sehen konnte, dass er dem Amt nicht mehr gewachsen ist, hat nicht wirklich Respekt verdient, sondern wirft eher die Frage auf, warum das nicht viel früher passiert ist. Insbesondere, wenn die Demokratie und der Sieg gegen Donald Trump ihm doch dem eigenen Bekunden nach so wichtig sind.

Seite E 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Joe Biden hat seine Vize-Präsidentin Kamala Harris als Nachfolgerin vorgeschlagen. Wie geeignet ist sie für das mächtigste Amt der Welt und wie hoch stehen ihre Chancen im November Donald Trump zu schlagen?

Ich halte sie für vollkommen ungeeignet. Die Demokraten haben sich jahrelang, vor allem durch die Kampagne von Hillary Clinton 2016, auf reiche Geldgeber und die großstädtische, professionelle Managerklasse gestützt. Das hat dazu geführt, dass Trump mit seinem teils billigen, teils aber auch vollkommen berechtigten Populismus die Arbeiterschaft viel stärker an sich gezogen hat. Joe Biden hat 2020 unter anderem deshalb gewonnen, weil er einige dieser Wähler zurückholen konnte. Auch als Präsident hat er glaubhaft gemacht, dass er sich wirklich Gedanken um die Sorgen der kleinen Leute macht. Er hat während seiner Amtszeit auch Gewerkschaften unterstützt und gestärkt. Diese zarte Wiederannäherung an die Arbeiterschaft könnte jetzt verloren gehen, wenn ihn jemand wie Kamala Harris ersetzt, die gerne blumige Reden schwingt und ihre Identität als schwarze Frau in den Mittelpunkt ihres Auftretens stellt. Das ist habituell genau der falsche Ansatz für einen Wahlkampf, in dem Donald Trump ja als Vizepräsidentenskandidaten J.D. Vance ausgewählt hat, der aus einer Arbeiterfamilie in den Appalachen kommt und die Sprache der Arbeiter spricht.

Die Präsidentschaftskampagne von Kamala Harris endete 2019 bereits vor der ersten Vorwahl. Auch als Vize-Präsidentin macht sie keinen glücklichen Eindruck. Ihre Umfragewerte sind schlecht. Warum glaubt das Parteiestablishment der Demokraten mit ihr gewinnen zu können?

Ich bin gar nicht restlos davon überzeugt, dass sie das überhaupt glauben. Vielleicht schiebt man sie auch nur vor, damit nicht andere, geeignetere Kandidaten bei einer Wahl verbraucht werden, in der jeder andere auch schlechte Karten hätte. Aber einen anderen Grund halte ich für wichtiger: Das Parteiestablishment der Demokraten mit den großen Geldgebern und wichtigen Figuren wie zum Beispiel den Clintons hat ein Interesse daran, dass die Partei „zentristisch“ ausgerichtet bleibt. Dort herrscht auch eine gewisse Vorliebe für Identitätspolitik, für Symbolpolitik. Allzu harsche Umverteilungsforderungen, wie sie zum Beispiel der sozialistische Senator Bernie Sanders – oder viele Parteilinke – sie erheben würden, sind da nicht so ganz willkommen. Mit Kamala Harris hat man eine angepasste und berechenbare Kandidatin, bei der man auf jeden Fall nicht befürchten muss, dass sie morgen die sozialistische Revolution ausruft.

Einflussreiche Demokraten wie die ehemalige Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, sowie Mitglieder des Democratic National Committee, das den Parteitag der Demokraten im August organisiert, [sprechen sich reihenweise für Harris aus](#). Schon jetzt soll sie sich die für die Nominierung notwendigen Delegierten-Stimmen [gesichert haben](#). Haben andere potenzielle Kandidatinnen oder Kandidaten überhaupt noch eine Chance zum jetzigen Zeitpunkt?

Theoretisch ja, praktisch nein. Wer würde sich denn jetzt trauen, Harris herauszufordern, wenn sich bereits große Teile des Parteiestablishments hinter sie gestellt haben? Niemand möchte jetzt der Buhmann sein, der diese schöne neue Harmonie, die man sich jetzt zurechtgebogen hat, stört. Das Bernie Sanders als einziger populärer Kandidat 2016 Hillary Clinton herausfordern und linke Politikprojekte verfolgen konnte, lag auch daran, dass er kein Mitglied der Demokraten ist und keine Großspenden annimmt. Zudem ist er in seinem Heimatstaat Vermont unumstritten. Eine Unabhängigkeit, die er sich über Jahrzehnte erarbeitet hat – Leute mit derart viel Rückgrat muss man bei den Demokraten mit der Lupe suchen – und findet sie wahrscheinlich dennoch nicht.

Seite E 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Die Entscheidung jetzt gegen sie in den Ring zu steigen, würde sich nicht gerade positiv auf die eigene Karriere auswirken.

Und Rückgrat bräuchte man, um sich Harris in den Weg zu stellen. Schließlich müsste man sie öffentlich kritisieren und die Partei würde so nicht als geschlossen erscheinen. Man würde als Spalter gelten und im Falle einer Wahlniederlage für weitere vier Jahre Trump verantwortlich gemacht werden. Diese Erfahrung hat Bernie Sanders nach 2016 auch schon gemacht. Jeder bei den Demokraten weiß: Die Entscheidung jetzt gegen sie in den Ring zu steigen, würde sich nicht gerade positiv auf die eigene Karriere auswirken.

Die Demokraten treten lautstark dafür ein, die Demokratie zu retten. Widerspricht die Wahl in einem nicht offenen Prozess nicht diesem Anspruch?

Ja, natürlich. Es bräuchte jetzt eine Auseinandersetzung um die personelle und inhaltliche Ausrichtung der Partei. Stattdessen kriegt man mit Kamala Harris eine Kandidatin quasi vorgesetzt und kann mehr oder minder nichts dagegen machen. Wer die Demokratie retten will, sollte erst mal bei sich selbst anfangen und demokratische Standards einhalten. Sonst wirkt die kolportierte Mission: Demokratierettung nicht besonders glaubwürdig.

Das DNC hat sich auch schon bei vergangenen Vorwahlen nicht besonders rühmlich verhalten und unter anderem 2016 Hillary Clinton Vorteile gegenüber Bernie Sanders verschafft. Es gibt einen ganz dringenden Reformbedarf bei den Demokraten. Die Partei ist im Kern vollkommen verrottet und wird den hohen moralischen Ansprüchen, die sie formuliert, nicht ansatzweise gerecht. Der notwendige Reformprozess ist natürlich kurz vor der Wahl kaum anstoßbar, künftig sollte es jedoch eine Parteiführung geben, die nicht hauptsächlich als verlängerter Arm des jeweiligen Präsidenten oder des Parteiestablishments agiert. Es muss einen offenen Wettbewerb geben – um Personalien und Ideen. Und der Demokraten-nahe Medienkosmos – vor allem der „Nachrichten“-Sender MSNBC – sollte sich auch überlegen, ob Journalismus wirklich heißt, weitgehend als Verlautbarungsorgan für den Mainstream der Demokratischen Partei zu agieren.

Was müssten die Demokraten tun, um die Wahl für sich zu entscheiden?

Vielleicht reicht Glück, die letzten Wochen haben gezeigt, dass sich politische Situationen schnell ändern können. Und vielleicht überrascht Harris mit einer guten Kampagne. Aber inhaltlich werden die Weichen schon jetzt falsch gestellt. Die Strategie, die sich jetzt abzeichnet, ist folgende: Harris war früher Justizministerin in Kalifornien und die Botschaft soll sein: Ich bin die Anklägerin und Donald Trump mit seinen zahlreichen Verurteilungen ist der Angeklagte, den ich quasi zur Verantwortung ziehe. Wie in einem schlecht geschriebenen Gerichts-drama-Drehbuch. Das ist aber der vollkommen falsche Ansatz. Ich glaube nicht, dass es wahlentscheidend sein wird, ob Trump irgendwann mal Schmiergeldzahlungen an eine Pornodarstellerin geleistet oder seine Geschäftsbilanz kreativ ausgelegt hat, um einen günstigen Kredit zu kriegen. Das wird nicht funktionieren. Die Leute haben mit horrenden Lebenshaltungskosten zu kämpfen. Da funktioniert es nicht, ständig nur darauf hinzuweisen, wie schlimm Trump ist. Andererseits wäre es nicht sehr glaubwürdig, Kamala Harris nun mit einem Schutzhelm auf Gewerkschaftsveranstaltungen zu schicken. Im Wahlkampf muss die Person zum Inhalt passen. Die Demokraten müssten knallhart auf die sogenannten Bread-and-Butter-Themen setzen: Lebenshaltungskosten, Krankenversicherung, gute Löhne, Arbeitsbedingungen. Das mit dieser Kandidatin durchzuziehen, ist allerdings sehr schwer.

Laut Umfragen ist Donald Trump [ähnlich unbeliebt](#) wie Kamala Harris. Ist er nicht doch schlagbar?

Ja, natürlich ist er schlagbar. Vieles ist in Bewegung, niemand weiß, was noch alles vor der Wahl passiert. Alleine was in den letzten drei, vier Wochen passiert ist, reicht schon für einen mehrteiligen Kinoblockbuster. Alles ist möglich, aber einfach wird es nicht für die Demokraten.



Jörg Wimalasena
Berlin

Jörg Wimalasena ist politischer Korrespondent bei der WELT. Zuvor war er Redakteur für Gesundheits- und Sozialpolitik bei der „taz“ sowie US-Korrespondent für „Zeit-Online“ in New York

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/ich-halte-sie-fuer-vollkommen-ungeeignet-7669/?utm_campaign=de_40_20240723&utm_medium=email&utm_source=newsletter

07) Brisantes Votum.

Der IGH erklärt die gesamte israelische Besatzung für rechtswidrig. Das Urteil dürfte auch Auswirkungen auf die deutsche Außenpolitik haben

Von Matthias Goldmann

23.07.2024



Sicherheitskontrolle am Qalandia-Checkpoint, dem wichtigsten Verbindungspunkt zwischen dem nördlichen Westjordanland und Jerusalem.- *picture alliance / AA | Issam Rimawi*

Nach den viel beachteten Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs (IGH) über einstweilige Anordnungen im Gazakonflikt erweckte das [Gutachten vom 19. Juli 2024](#) ein

verhältnismäßig geringes Medienecho. Dies steht im eklatanten Gegensatz zu seinem Inhalt. Der internationale Gerichtshof bewertete nämlich kurzerhand die gesamte israelische Besetzung des palästinensischen Gebiets, einschließlich Gaza, für rechtswidrig. Dies dürfte erhebliche völkerrechtliche und geopolitische Konsequenzen nach sich ziehen – auch für Deutschland.

Das Gutachten war von der [Generalversammlung](#) der UN im Dezember 2022 in Auftrag gegeben worden, einen Tag nach dem Amtsantritt von Ministerpräsident Netanjahu. Zwar haben die im Gutachten getroffenen Anordnungen keine rechtsverbindliche Wirkung, dies ändert jedoch nichts am symbolischen Wert und Präzedenzcharakter der Entscheidung. Das gilt umso mehr, da sie mit überwältigender Mehrheit der Richterinnen und Richter erging, einschließlich der Stimmen der amerikanischen Richterin Sarah H. Cleveland und des deutschen Richters Georg Nolte.

Die Generalversammlung der UN hatte dem Gerichtshof zwei Fragen vorgelegt. Zum einen erbat sie seine Einschätzung, ob einzelne israelische Praktiken wie zum Beispiel der Siedlungsbau im Westjordanland gegen das Völkerrecht verstoßen. Dieser Frage haftete eine geringe Brisanz an, ist es doch aufgrund der recht eindeutigen Regelungen des humanitären Völkerrechts weitgehend Konsens, dass die Besiedlung von besetzten Gebieten verboten ist. Nachdem der IGH bereits 2004 die [Rechtswidrigkeit des Befestigungswalls auf palästinensischem Gebiet](#) festgestellt hatte, konnte man nun zur Siedlungspolitik eine ähnliche Entscheidung erwarten. Dazu kommt, dass selbst der Sicherheitsrat schon 2016 die Rechtswidrigkeit der Siedlungspolitik – unter Enthaltung der USA – in einer Resolution bekräftigt hatte. Allenfalls die Frage, ob die israelische Besetzung einen Fall der Apartheid nach Art. 3 der Rassendiskriminierungskonvention darstellte, sorgte für Spannung.

Der Gerichtshof hat diesen Erwartungen entsprochen und viele Aspekte der israelischen Besatzungspolitik für rechtswidrig erklärt, unter anderem die Wegnahme von Land und dessen Besiedlung. Auch die Einrichtung von „wilden“ Siedlungen in sogenannten Outposts habe Israel entgegen dem Völkerrecht geduldet beziehungsweise durch Bereitstellung von Infrastruktur sogar befördert. Die Diskriminierung der Bevölkerung einschließlich willkürlicher, teils lang anhaltender Inhaftierung wertete der IGH als Verstoß gegen das Besatzungsrecht sowie gegen [Art. 3 der Rassendiskriminierungskonvention](#), ließ allerdings offen, ob er sich hierbei auf das Verbot der Rassentrennung oder auf Apartheid bezog. Die Sondervoten lassen erkennen, dass diese Einordnung umstritten blieb.

Bisher war weder autoritativ geklärt, ob eine Besetzung vorliegt, noch, ob diese rechtmäßig ist.

Brisanter als die erste Frage nach der Rechtmäßigkeit spezifischer Politiken und Handlungen war die zweite Frage, ob die israelische Besatzungspolitik die Besetzung nicht insgesamt rechtswidrig mache. Bisher war weder autoritativ geklärt, ob eine Besetzung vorliegt, noch, ob diese rechtmäßig ist.

Das Besatzungsrecht, das in seinem Kern aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stammt, stellt nur Verhaltensanforderungen an die Besatzungsmacht auf. Es geht von einem klassischen Krieg zwischen zwei Staaten aus, in dem die Frage, ob eine Besetzung vorliegt, keine besondere Herausforderung darstellt. Es regelt auch nicht, wann die Besetzung enden muss. In der damaligen Praxis wurden Kriege meist rasch durch Friedensverträge beendet.

Entgegen dem Anraten der USA, sich aus aktuellen Konflikten herauszuhalten, stellt der IGH in seinem neuerlichen Gutachten zunächst fest, dass Israel das gesamte palästinensische Territorium besetzt hält. Hier folgt das Gericht der sogenannten funktionalen Theorie. Danach erfordert eine Besetzung im Rechtssinn keine physische Präsenz, sondern lediglich ein hohes Maß an Kontrolle über ein fremdes Gebiet. Somit gelte auch Gaza vor dem 7. Oktober 2023 bereits als besetzt. Den oft vorgebrachten Einwand, Palästina sei keine völkerrechtliche Entität und könne daher nicht besetzt werden, weist der Gerichtshof scharf zurück. Er bekräftigt das vielfach, einschließlich von der UN-Generalversammlung anerkannte Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung in seinem gesamten Gebiet, das eine unteilbare Einheit bilde.

Sodann zieht der IGH der Rechtmäßigkeit der Besetzung gewisse Grenzen. Wenngleich bereits dieser Umstand als progressiv gelten könnte, geht der IGH dabei jedoch sehr vorsichtig zu Werk. Maßgeblich sei das allgemeine Völkerrecht, zu dem das völkerrechtliche Gewaltverbot gehöre. Eine hiergegen verstoßende Annexion fremden Gebiets mache jedenfalls eine ursprünglich rechtmäßige Besetzung rechtswidrig. Israel habe es nach seiner Siedlungspolitik und den weiteren, unter der ersten Frage untersuchten Handlungen darauf angelegt, das Westjordanland zu annektieren. Mithin sei die Besetzung rechtswidrig; Israel müsse so bald wie möglich abziehen. Dies betrifft alle Teilgebiete des palästinensischen Territoriums, einschließlich Gaza. Für rechtswidrig besiedelte Orte müsse Israel Reparationen leisten.

Die Illegalität der Besetzung entbinde Israel schließlich nicht von der Pflicht, die Schutzvorschriften des humanitären Völkerrechts einzuhalten. Man möchte hinzufügen, dass dasselbe auch für Hamas gilt, hinsichtlich deren Angriff vom 7. Oktober 2023 der IGH klare Worte der Verurteilung findet.

Für rechtswidrig besiedelte Orte müsse Israel Reparationen leisten.

Der IGH geht in diesem Gutachten vom Völkerrecht als einer kohärenten Friedensordnung aus. Völkerrecht ist danach kein Sammelsurium einzelner Regeln, die mächtige Staaten „à la carte“ sich zu eigen machen oder aber von sich weisen können. Das Völkerrecht des IGH besteht aus einem engen Geflecht von miteinander in Beziehung stehenden Normen, die für alle Staaten gleichermaßen gelten. Diese Normen bedingen und begrenzen sich gegenseitig. Das Besatzungsrecht kann, wenngleich historisch älter, nicht ohne das Gewaltverbot gedacht werden.

Diese Haltung wurde eigentlich lange auch von der Bundesrepublik vertreten. Nicht umsonst gilt die Rede von der Konstitutionalisierung des Völkerrechts als gleichsam deutsche Erfindung, um nicht zu sagen Marotte. Darin kommt die Überzeugung zum Ausdruck, dass Politik nie rechtsbefreit existieren kann, sondern immer schon an rechtliche Grenzen gebunden ist. Eine feministische Außenpolitik bekräftigt dieses Versprechen, indem sie die Menschenrechte ins Zentrum rückt – einschließlich der Rechte marginalisierter Gruppen.

Der konstitutionelle Ansatz steht in engem Zusammenhang mit dem Multilateralismus in den internationalen Beziehungen. Auch ihn bemüht der IGH in der Entscheidung, indem er Generalversammlung und Sicherheitsrat die Planung und Umsetzung des israelischen Abzugs aufträgt und insoweit vermeidet, sich selbst als Konfliktmanager zu betätigen.

Das Gutachten sollte in Deutschland Anlass zu Überlegungen geben, wie sich Geopolitik in der gegenwärtigen Zeitenwende gestalten lässt. Die [Zeitenwende](#) wurde initial als Abkehr von der Gemütlichkeit der Nachwendezeit ausgerufen: Die Amerikaner liefern Sicherheit,

die Russen die Energie, Europa und vor allem Deutschland erkaufte sich die Vorteile durch Loyalität und allerlei Aufräumarbeiten. Das geht nicht mehr, seitdem die Konflikte zwischen Russland und der Nato-Welt unüberbrückbar und die Rückendeckung durch Amerika unsicher geworden sind.

Nicht das Völkerrecht „à la carte“, sondern die universellen Normen der Völkerrechtsordnung sollten Deutschlands Außenpolitik leiten.

Doch was tritt an die Stelle dieser Konstellation? Allenthalben werden [Parallelen zum Kalten Krieg](#) gezogen. Der Westen igele sich ein gegen den systemischen Konkurrenten China, den Unwägbarkeiten der Situation in den USA zum Trotz. Die europäische Handelspolitik folgt ziemlich genau diesem Schema und knüpft dementsprechend Loyalitäten, beziehungsweise erlässt Sanktionen.

[Olaf Scholz](#) rief jedoch die Zeitenwende aus, um eine Neuauflage des Kalten Kriegs zu vermeiden. Nicht das Völkerrecht „à la carte“, sondern die universellen Normen der Völkerrechtsordnung sollten Deutschlands Außenpolitik leiten. Kaum etwas anderes scheint der ambivalenten Lage des rohstoffarmen, alternden, von allerlei Begehrlichkeiten bedrängten Europas angemessen. Insofern wären gute Beziehungen zu den „blockfreien“ Staaten des globalen Südens von großer Bedeutung. Auch sie wollen sich nicht vereinnahmen lassen, sondern nach beiden Seiten hin abstützen. Eine Nord-Süd-Allianz der Universalisten und Multilateralisten könnte hieran anknüpfen.

Spätestens das Gutachten des IGH verdeutlicht, dass man insbesondere in Deutschland noch weit davon entfernt ist, die universellen Werte des Völkerrechts auch dann hochzuhalten, wenn es schmerzt. Das tritt nun an einigen Stellen deutlich zutage. Den [Vorwurf der Apartheid an die Adresse Israels](#) zu richten, stufte der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Felix Klein, vor Kurzem noch als [antisemitisch](#) ein. Wenngleich das IGH-Gutachten diesen Punkt offenlässt, erlaubt es jedoch eine Lesart, nach der Apartheid vorliegt – so zumindest der südafrikanische Richter Dire Tladi, der in diesem Punkt heftigen Widerspruch vom deutschen Richter Nolte ernet.

Ein anderes Beispiel ist der Verweis auf demokratische, rechtsstaatliche Institutionen in Israel. Er dient großen Teilen des bundesdeutschen Diskurses zur Beschwichtigung bei Völkerrechtsverstößen. Dass der IGH nun die gesamte israelische Besatzungspolitik als völkerrechtswidrig einstuft, dies keineswegs auf die Taten der Netanjahu-Regierung begrenzt und damit der israelischen Justiz und Politik – die gerade die Zweistaatenlösung abgelehnt hat – kein gutes Zeugnis ausstellt, macht den Widerspruch zwischen der deutschen Israel-Politik und dem in der Zeitenwende beschworenen universellen Völkerrecht offensichtlich.

Ein weiterer, symbolisch wichtiger Schritt wäre die Anerkennung von Palästina als Staat.

Um der Ankündigung der Zeitenwende Taten folgen zu lassen, ist hier ein Umdenken notwendig. Damit Deutschland nicht am Ende von drei Blöcken umgeben ist: neben den USA und China/Russland auch noch vom globalen Süden – womöglich gar im Verein mit einigen europäischen Staaten wie Irland, deren spezifische Geschichte diese anders auf den Nahen Osten blicken lässt. Neben dem Verlust an soft power wäre eine solche Konstellation nicht zuletzt für europäische Rohstoffdeals oder Migrationsfragen keine guten Nachrichten.

Seite E 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Dies bedeutet, dass Deutschland an der Umsetzung der IGH-Entscheidung eine konstruktive Rolle spielen sollte. Das betrifft nicht nur die bereits jetzt beträchtliche finanzielle Unterstützung für die palästinensische Autonomieregierung. Deutschland sollte multilateralen Lösungen hier den Vorrang einräumen und sie schützen – notfalls und in letzter Instanz auch mit Sanktionen, wie bei anderen gravierenden Völkerrechtsverstößen auch.

Ein weiterer, symbolisch wichtiger Schritt wäre die Anerkennung von Palästina als Staat. Wenngleich man an der Effektivität der palästinensischen Staatsgewalt zweifeln kann, nicht zuletzt wegen der Terrorherrschaft der Hamas, hat Deutschland in der Vergangenheit nicht immer der Effektivität den höchsten Rang eingeräumt. Die Anerkennung Palästinas würde für die nun unausweichlichen Verhandlungen über das Ende der Besatzung die Augenhöhe der beiden zentralen Verhandlungspartner herstellen. Zudem wäre sie ein wichtiges Zeichen im Hinblick auf die Zeitenwende – dessen Kurswert jedoch mit jedem Tag des Zuwartens sinken dürfte.

Um die Zeitenwende in der deutschen Politik und Gestaltung fest zu verankern, ist letztlich auch ein Umdenken in der Erinnerungspolitik erforderlich. Die zentrale Stellung des Holocausts wird nicht bedroht, sondern gefestigt, indem der Holocaust stellvertretend für die Abgründe der Menschlichkeit steht, die jederzeit und jeden Orts aufbrechen können. Ein solches Gedenken ist inklusiv und verbindend. Es stützt sich nicht auf eine abstrakte, national gedachte und administrativ durchgeboxte Staatsräson, sondern auf jene konkrete, universale [Utopie der Menschenrechte](#), um die es bei der Zeitenwende eigentlich geht.



Matthias Goldmann

Matthias Goldmann ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationales Recht an der EBS Universität in Wiesbaden. Zudem ist er Juniorprofessor für Internationales Öffentliches Recht und Finanzrecht an der Goethe Universität Frankfurt.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/brisantes-votum-7670/?utm_campaign=de_40_20240723&utm_medium=email&utm_source=newsletter

08) Mit voller Kraft zum Mond.

Auch im Weltraum konkurrieren die Großmächte um globale Macht.
Europa darf nicht den Anschluss verlieren

Von Celina Thadewaldt

22.07.2024



IPS Journal/Canva

Wenn man an den „Wettlauf ins All“ denkt, kommt den meisten zunächst das Weltraumrennen während des Kalten Krieges und die [Mondlandung vor 55 Jahren](#) in den Kopf. Die Erforschung des Weltraums gehört aber nicht nur in die Geschichtsbücher. Die [Raumfahrt erlebt derzeit eine Revolution](#), die mit der Entwicklung des Internets vor 20 Jahren vergleichbar ist. Dies wird sich unmittelbar auf weitere Bereiche auswirken, vom Klimawandel bis hin zu Industrie, Sicherheit und geopolitischen Strategien.

Während die [Weltraumforschung einst von den Supermächten](#) – den USA und der Sowjetunion – dominiert wurde, haben sich die Akteure inzwischen stark vervielfältigt. So ist beispielsweise Indien im vergangenen Jahr mit der Mission *Chandrayaan-3* als erste Nation eine weiche Landung, ein sogenanntes „Soft Landing“, am Südpol des Mondes gelungen, wo bedeutende [Mineralien entdeckt wurden](#).

Wissenschaftliche Neugier kennzeichnet primär die Motivation, die hinter all den neuen Missionen steckt. Entdeckungen auf dem Mond wie [Wasser](#) und [Helium-3](#), welche bei entsprechendem Forschungsfortschritt die gesamte Erde mit Energie versorgen könnten, haben diese Neugier weiter verstärkt. Gleichzeitig konkurrieren die Staaten im Weltraum um Macht, angetrieben von rasanten technologischen Fortschritten und Entwicklungen. Viele wollen dort Ressourcen abbauen, um sie anschließend auf der Erde zu nutzen. Ziel des NASA-Programms [Artemis](#) ist es, dies bis Ende 2025 zu erreichen.

Darüber hinaus werden zahlreiche Satelliten ins All geschickt, die der Menschheit bei der Beobachtung und Überwachung unseres Planeten helfen sollen. Ein Beispiel dafür ist die [Mission EarthCARE](#), die im vergangenen Monat gestartet ist und wertvolle Daten über das Verhalten von Wolken und Aerosolen im Zusammenhang mit dem Klimawandel sammeln

Seite E 33 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

soll. Die Zahl der kommerziellen Raketenstarts ist um 50 Prozent gestiegen, angeführt von [privaten Raumfahrtunternehmen](#) wie Elon Musks SpaceX. Dies spiegelt nicht nur ein gesteigertes Interesse und visionäre Ziele wider, sondern fördert auch die Innovation durch Wettbewerb und Zusammenarbeit zwischen diesen Unternehmen.

Seit Beginn des Raumfahrtzeitalters befinden sich rund 17 000 Satelliten in der Erdumlaufbahn.

Die Faszination für den Weltraum wurde durch private Investitionen, technologischen Fortschritt und wachsendes öffentliches Interesse neu belebt. Weltraumtourismus, einst Science-Fiction, wurde Realität, wohlhabende Privatpersonen können nun gegen Bezahlung in den Orbit fliegen, etwa mit [Virgin Galactic](#). Obwohl Unterhaltungsreisen durch den Weltraum unnötig klingen, bieten hohe Investitionen in die Raumfahrtindustrie und deren Entwicklung der Gesellschaft erhebliche Vorteile. So konnten beispielsweise mit [Sentinel-Daten](#) nach dem Erdbeben 2016 in Mittelitalien Bodenverschiebungen schnell erkannt werden, was eine schnelle Reaktion ermöglichte. Die Daten wurden in Finnland auch zur Überwachung der Waldverjüngung verwendet, was zu erheblichen Einsparungen und Einnahmen führte. Jeder Euro, der in den Weltraum investiert wird, kann zehn bis 100 Euro einbringen und lohnt sich daher, so Mindaugas Maciulevičius, [Rapporteur im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss](#).

Die neuen [Weltraummissionen](#) bringen wichtige technologische Fortschritte, wie die Verbesserung der Telekommunikation, der Navigation und der medizinischen Ausstattung. Sie fördern zudem die internationale Zusammenarbeit, die [Demokratisierung](#) und liefern wichtige Daten für die Bekämpfung des Klimawandels sowie für die Bewirtschaftung der Erdressourcen. Das Satellitennetz verbessert die internationale Konnektivität und die globalen Aufklärungsfähigkeiten.

Wie die Internationale Raumstation ISS zeigt, erfordern die hohen Kosten von Raumfahrtmissionen internationale Zusammenarbeit. Zu den [neuen kooperativen Raumfahrtbemühungen](#) gehören das US-Programm ARTEMIS, Organisationen wie die Internationale Astronautische Föderation und die International Space Exploration Coordination Group sowie Raumfahrtagenturen wie die Europäische Weltraumorganisation (ESA) oder die NASA. Im Jahr 2017 wurde zudem die Moon Village Association als erste internationale NGO gegründet, um die Zusammenarbeit bei bestehenden und geplanten Weltraummissionen zu fördern. Die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit wird jedoch noch deutlicher, wenn man sich die Rechtslage im Weltraum anschaut. Es gibt einen dramatischen Mangel an rechtlich durchsetzbaren internationalen Vereinbarungen. Neue private Akteure und Start-ups operieren nun zusätzlich im All, was zu vielfältigen Risiken führt. Seit Beginn des Raumfahrtzeitalters befinden sich rund 17 000 Satelliten in der Erdumlaufbahn. Es wurden etwa 6 500 Raketen ins All geschickt, was zu mehr als 9 500 Tonnen Weltraummüll führte.

Bestehende Verträge wie der UN-Weltraumvertrag von 1967 werden oft unterschiedlich ausgelegt. So interpretierte [Präsident Barack Obama 2015](#) den Vertrag dahingehend, dass zwar kein Anspruch auf das Territorium anderer Planeten erhoben werden könne, die Ressourcen aber nach erfolgreicher Ausbeutung in das Eigentum eines Staates übergehen. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer umfassenderen Gesetzgebung. Andere Verträge, wie der [Mondvertrag von 1979](#), schließen die USA und Russland nicht ein, und die [ARTEMIS-Vereinbarung](#) von 2020 schließt Russland und China aus. Es braucht jedoch einen gemeinsamen Standard für alle Weltraumakteure, um die Sicherheit und Nachhaltigkeit dieser Revolution zu gewährleisten.

Es braucht einen gemeinsamen Standard für alle Weltraumakteure.

Die Frage bleibt: Wie sind die Chancen für eine Einigung aller Staaten auf ein Gesetz? Beispielsweise will die ESA im Projekt [SOLARIS Solarzellen auf dem Mond](#) installieren. Wer müsste sein Einverständnis geben, damit sie dies durchführen kann? Bevor Staaten ganze Stationen auf anderen Planeten errichten, müssen die rechtlichen Bedingungen dringend geklärt werden.

Die Bemühungen der USA, eine [einheitliche Mondzeitzone](#) zu schaffen, scheinen der Beginn einer Debatte über die Bedingungen im Weltraum zu sein. Welch eine Ironie jedoch, sich darüber Gedanken zu machen, wenn sich die [Vereinten Nationen nicht einmal auf ein aktualisiertes Gesetz einigen können](#), um ein Wettüsten im Weltraum zu verhindern. Ohne eine globale Regelung für den Einsatz von Weltraumwaffen könnte sich das zerstörerische Verhalten, das wir auf der Erde über Zeitzonen hinweg beobachten, jedoch leicht im Weltraum wiederholen.

Bisher beschränkten sich die Absichten der ESA vor allem auf die [Beobachtung und das Monitoring der Umwelt](#), wie zum Beispiel mit dem „[Green Dossier](#)“. Laut ESA-Generaldirektor Josef Aschbacher hat Europa jedoch erkannt, dass es an der Zeit ist, eine Führungsrolle bei der Bewältigung der Herausforderungen durch die sich rasch verändernden Grenzen des Weltraums einzunehmen. Der letzte [Weltraumgipfel 2023](#) konzentrierte sich auf die Stärkung der europäischen Ambitionen im Orbit. Inspiriert durch die erfolgreiche Zusammenarbeit der NASA mit privaten Unternehmen wie SpaceX, will die ESA mit privaten Entwicklern zusammenarbeiten und wettbewerbsfähiger werden, um [bis 2028 eine Besatzung zur ISS](#) zu schicken.

Die [Raumfahrtstrategie der Europäischen Union](#) zielt darauf ab, bis Ende dieses Jahres einen EU-Weltraumakt zu verabschieden. Und das ist gut so, denn wir haben keine Zeit zu verlieren. Um mit der internationalen Gemeinschaft mithalten zu können und nicht den Anschluss zu verlieren, muss Europa mehr in Raumfahrtprogramme investieren. Die EU sollte daher dringend ihre Kapazitäten ausbauen, da es momentan von den großen Weltraummächten abhängig ist. Es heißt, das Streben zum Mond sei nur der Anfang des Wettlaufs zum Mars. Da die Menschheit zunehmend in den Weltraum expandiert, muss Europa ein Mitspracherecht haben, wenn es darum geht, die Regeln festzulegen.



Celina Thadewaldt, Brüssel

Celina Thadewaldt studiert Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und arbeitet im EU-Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel im Redaktionsteam der englischsprachigen Ausgabe von Internationale Politik und Gesellschaft.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/mit-voller-kraft-zum-mond-7641/?utm_campaign=de_40_20240723&utm_medium=email&utm_source=newsletter

09) Das Rennen ist wieder offen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 627-18

22. Juli 2024

49. Jahrgang

Das Rennen ist wieder offen

Der Hinweis in der 20-Uhr-tagesschau auf eine anschließende Sondersendung bei **tagesschau24** hat mich davon abgehalten, mir den **Tatort** mit dem vielsagenden Titel „Warum“ anzuschauen. Darin geht es um einen ermordeten IT-Spezialisten, vielleicht jener, der mit dem fehlerhaften Update in der letzten Woche für weltweites Chaos sorgte?

Da war es doch spannender zu erfahren, wie sich die Lage im Präsidentschaftswahlkampf in den USA entwickelt. Aus tiefster Überzeugung und aus eigenen Stücken hat **Joe Biden** auf eine erneute Kandidatur nicht verzichtet. Er zeigte sich in den letzten Wochen uneinsichtig und seine markigen Worte, dass er Trump einmal besiegt hätte und er es wieder tun würde, waren lächerlich. Als er (*wenn man kein Glück hat, kommt noch Pech dazu*) seine Corona-Infektion zu Hause auskurieren wollte, fiel es ihm sichtlich schwer, bei der Ankunft die Gangway des Flugzeuges hinunterzusteigen. Biden wurde mit Nachdruck von den immer noch einflussreichen **Obamas** und **Clintons** sowie Geldgebern wie **George Clooney** geradezu zum Rückzug genötigt.

Darunter leiden die Verdienste von **Joe Biden** in seiner Präsidentschaft. Seine größte Leistung ist, die USA wieder zurück in die Wertegemeinschaft des Westens geführt zu haben, nachdem **Donald Trump** vier Jahre lang wie ein Elefant durch den Porzellanladen lief und die Welt mit seinem fragwürdigen Charakter, seinen Lügen und Verleumdungen belästigte. Es sollte Biden gegönnt sein, seine Präsidentschaft in Würde zum Ende zu führen. Eine Amtsübergabe an **Kamala Harris** würde diese auf den letzten Metern nur daran hindern, gegen **Donald Trump** Wahlkampf zu machen.

Joe Biden sollte es so machen, wie 1988 **Ronald Reagan**, als dieser seinen Vize-Präsidenten **George Bush sen.** bei allen nur denkbaren offiziellen Anlässen an seiner Seite zeigte. Mehr Werbung geht nicht. Und, es war erfolgreich, denn Bush wurde 1989 Reagans Nachfolger.

Die Diskussion, ob es denn demokratisch genug sei, ohne über mehrere Kandidaten beim Parteitag im August abstimmen zu lassen, sondern sich gleich auf Harris festzulegen, ist das Gegenteil von schlau. Es ist keine Zeit mehr für Vorwahlen. Wenn sich alle führenden Demokraten auf **Kamala Harris** verständigen

und sie im August offiziell nominiert wird, ist der Demokratie genüge getan.

Der Vorwurf, dass Harris in den letzten dreieinhalb Jahren zu blass war und zu wenig Akzente gesetzt habe, ist unbegründet. Für die Akzente ist der Präsident zuständig, für die Vize-Präsidentin bleiben Themen wie Migration und Abtreibung übrig, mit denen man, je nach Zielgruppe, wenig punkten kann. Ein Vizepräsident ist aber der natürliche Nachfolger eines Präsidenten.

Kamala Harris ist das komplette Gegenmodell zu **Donald Trump**, eine echte Alternative. Als ehemalige Staatsanwältin wird sie im Rede-Duell mit Trump dessen Lügen auseinandernehmen. Trumps Wahlkampf basiert auf purem Populismus gegen Einwanderer, ein Thema, das die Rechten in Europa auch bedienen. Und sein Versprechen zur sofortigen Beendigung des Krieges in der Ukraine wird sich als nicht haltbar erweisen.

Ansonsten kann Trump nur rumpöbeln, verleumden und verunglimpfen. Er missachtet die Justiz und behauptet immer noch, die Wahl 2020 gewonnen zu haben, obwohl dies in jedem Einzelfall widerlegt wurde. Noch schlimmer ist, dass er jetzt schon ankündigt, die Wahl im November nicht anzuerkennen, sollte er wieder verlieren. Mal ehrlich! So ein Mensch gehört doch weggesperrt!

Die Chance, die sich der Demokratischen Partei mit einer Kandidatin Harris eröffnet, ist, dass die Menschen in den USA genug von dem Müll haben, den Trump verbreitet. Bei seinen Hardcorefans ist Hopfen und Malz verloren, sie glauben inzwischen, dass **Gottes Sohn nicht Jesus, sondern Donald heißt**. Aber, die vielen anständigen Menschen in den USA müssen doch erkennen, welchen Schaden ihr Land mit diesem Präsidenten erneut nehmen würde.

Mit dem Studienreisen- und Jugendbegegnungs-Programm des Paper Press e.V. war ich über 30mal in den USA und hatte dabei zahllose Begegnungen mit Menschen in Städten und auf dem Land. Ja, es gibt sie, die unbelehrbaren Republikaner, aber vor allem auch die vielen anständigen Menschen, denen die Werte ihres Landes viel bedeuten.

Eigentlich macht es einen Unterschied, ob man jemand nur im Fernsehen sieht, oder in echt. In New York ist uns **Donald Trump** etliche Male über den Weg gelaufen. Arrogant und borniert. In echt genauso unsympathisch wie im Fernsehen. Möge **Kamala Harris** gegen ihn am 5. November gewinnen.

Ed Koch

1

10) Vanci, Vidi, Vici.

Der Aufstieg von Trumps Vize-Kandidaten J.D. Vance scheint nicht zu stoppen. Führt ihn der Weg bald selbst ins Weiße Haus?

Von Matthew Continetti

18.07.2024



Vom Mittleren Westen zu MAGA: Trumps „Running Mate“ J.D. Vance hat eine erstaunliche Wandlung hinter sich.- *picture alliance / AP | Michael Conroy*

Donald Trumps Verachtung gegenüber dem Establishment ist kein Geheimnis. Er provoziert, konfrontiert und untergräbt die Washingtoner Institutionen, ihre Medien, ihre Beraterschaft, ihre Euphemismen und ihren ungeschriebenen Verhaltenskodex. Dass er nun Senator J.D. Vance aus Ohio zu seinem [potenziellen Vizepräsidenten auserkoren hat](#), beweist einmal mehr, dass der Ex-Präsident gewillt ist, sich über politische Konventionen hinwegzusetzen.

Frühere Vizepräsidentenskandidaten wurden ausgewählt, um die Einheit innerhalb der eigenen Partei zu stärken, einen wichtigen Swing State zu erobern oder einen Außenseiter-Präsidenten beim Navigieren durch die Washingtoner Institutionen zu unterstützen. Vance erfüllt all diese Kriterien nicht. Andererseits war Trump natürlich nie ein typischer Kandidat. Mit seiner Entscheidung für Vance hat Trump wahrscheinlich schon weitaus mehr im Blick als nur die Wahl 2024: Er dürfte an 2028 und darüber hinaus denken – und daran, wie und wohin er die Republikanische Partei bis dahin führen will.

Als Donald Trump das letzte Mal einen Vizepräsidenten benennen musste, hatte er mehr Druck als heute: 2016 war er der Außenseiter gegen Hillary Clinton. Viele Republikaner, vor allem sozialorientierte und religiöse Konservative, betrachteten ihn mit Misstrauen. Damals wählte Trump Mike Pence aus, der enge Verbindungen zur evangelikal-christlichen Wählerschaft pflegte und bereits zwölf Jahre lang im Kongress gesessen hatte. Damit wollte Trump die Befürchtungen seiner Kritiker zerstreuen. Darüber hinaus war Pence auch schon Gouverneur eines Bundesstaates im Mittleren Westen gewesen. Trumps Plan war offenbar, dass Pence ihn beim Umgang mit Insidern und anderen mächtigen Entscheidungsträgern unterstützen könnte.

Die Allianz zwischen Trump und Pence hielt bis zum 6. Januar 2021, dem Sturm auf das Kapitol. Jetzt, da er nur knapp einem Attentat entgangen ist und laut Verfassung nur noch

eine weitere Amtszeit absolvieren kann, stellt Trump Loyalität zu ihm sowie sein Erbe über solche Vermittler-Qualitäten, auf die frühere Präsidenten bei der Nominierung von Vizepräsidenten geachtet haben. Trump scheint Vances persönliche Entwicklung vom einstigen Gegner zum loyalen Partner zu schätzen. Vance zeigt den Eifer eines zum Trumpismus Bekehrten und es ist unwahrscheinlich, dass sein Posten als Vizepräsident zukünftig als Einfallstor für einwanderungsfreundlichere oder interventionistische Republikaner dienen kann. Er verteidigte Trumps Verhalten nach der Wahl 2020 und sieht inzwischen die Feinde des Ex-Präsidenten als seine eigenen an.

Auch Vances Lebenslauf dürfte für Trump einen gewissen Reiz haben. Er wuchs in Armut auf, ging nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zu den Marines, schrieb eine Bestseller-Autobiografie und wurde zum erfolgreichen Geschäftsmann. Vances Wurzeln in der Arbeiterklasse könnten durchaus die abgehängten Männer und Frauen in den ehemaligen Industrieregionen des Rust Belt ansprechen, auf die Trumps Wahlkampf insbesondere ausgerichtet ist. Ein weiterer potenzieller Vorteil ist Vances Alter. Die Republikaner stehen aktuell bei jungen männlichen Wählern vergleichsweise gut da und Vance könnte der Partei helfen, in dieser Bevölkerungsgruppe weiteres politisches Kapital zu schlagen. Darüber hinaus wird mit der Nominierung von Vance langfristig gedacht. Richard Nixon war beispielsweise ebenfalls 39 Jahre alt, als Dwight Eisenhower ihn 1952 zum Vizepräsidentenskandidaten machte. Nixon spielte in der Folge 22 Jahre lang eine zentrale Rolle in der US-amerikanischen Politik.

Trump dominiert die Republikanische Partei inzwischen so sehr, dass er es nicht einmal mehr für nötig hält, innerhalb der Partei Brücken zu bauen und neue Verbündete zu finden.

Trump dominiert die Republikanische Partei inzwischen so sehr, dass er es nicht einmal mehr für nötig hält, innerhalb der Partei [Brücken zu bauen](#) und neue Verbündete zu finden. Mit der Wahl von Vance hat er einen klaren Bruch mit den republikanischen Freihandelfans, vorsichtigeren Reformern und außenpolitischen Falken vollzogen, die ihm nach wie vor misstrauisch gegenüberstehen. Er ist der Ansicht, dass er deren Unterstützung schlichtweg nicht braucht, um zu gewinnen – und damit hat er vermutlich recht. Als relativ neuer Anhänger der „Make American Great Again“-Bewegung lehnte Vance die Außen- und Wirtschaftspolitik der Unterstützer der ehemaligen UN-Botschafterin Nikki Haley bei den diesjährigen Vorwahlen der Republikaner strikt ab. Seine Nominierung kann somit als ein weiterer Schritt in Trumps Plan angesehen werden, die alte Garde zu verdrängen und sich die Republikanische Partei komplett zu unterwerfen – angefangen damit, dass seine Kritiker in den Vorwahlen besiegt oder sie zum vorzeitigen Rücktritt gedrängt werden, bis hin zur Überarbeitung des Parteiprogramms, das in seiner Kürze, Knappheit und Zweideutigkeit durchaus Trumps eigene Persönlichkeit, seine Präferenzen, seine Vorliebe für das Improvisieren und seinen stets geschäftlich denkenden Ansatz widerspiegelt.

Unter Trump hat sich die „Grand Old Party“ von der Reagan'schen Dreifaltigkeit aus religiösem Konservatismus, möglichst ungezügelm Kapitalismus und falkischer Außenpolitik entfernt. Der neue Politikmix hat die Anziehungskraft der Partei dabei nicht geschmälert, sondern die potenzielle Wählerschaft um einige Minderheitengruppen vergrößert. Die politische Strahlkraft von Vance ist dabei noch nicht ganz klar. Aber: Ohio ist unter ihm rot geworden, Trump konnte dort sowohl 2016 als auch 2020 mit einem Vorsprung von acht Prozentpunkten gegenüber Clinton und Joe Biden gewinnen. In einer [Umfrage von CBS News und YouGov](#), die am Vorabend des Parteitages der Republikaner veröffentlicht wurde, lag Trump in jedem Swing State vor Biden, auch in den wichtigen Rust-Belt-Staaten Michigan, Wisconsin und Pennsylvania.

Seite E 38 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Zurück zu Vance: Dieser ist weitgehend ein Neuling in Washington. Er wird im August 40 Jahre alt und wäre damit einer der jüngsten Vizepräsidenten in der amerikanischen Geschichte. Mit seinen zwei Jahren im Senat wäre er außerdem einer der am wenigsten erfahrenen Vizepräsidenten überhaupt. Sollte Trump gewinnen, wäre Vance aufgrund seiner „Jugendlichkeit“ und seiner kurzen Amtszeit Kamala Harris ähnlicher als allen anderen Vizepräsidenten der letzten Zeit. Trump würde als der erfahrene Mentor auftreten, Vance als der junge Lehrling.

Die Wahl von Vance ist das bisher deutlichste Zeichen dafür, wie Trump die Zukunft der Republikanischen Partei sieht.

Trump gilt im Allgemeinen nicht als ein geduldiger Lehrmeister oder als langfristiger Planer. Seine jüngsten juristischen Probleme und das Attentat könnten bei ihm aber für das Gefühl gesorgt haben, er müsse den Einsatz bei dieser Wahl erhöhen und nicht nur gewinnen, sondern etwas Längerfristiges aufzubauen. Dabei ist die Wahl von Vance das bisher deutlichste Zeichen dafür, wie Trump die Zukunft der Republikanischen Partei sieht. Wenn Vance Vizepräsident wird, dürfte er auch der republikanische Spitzenkandidat bei den Präsidentschaftswahlen 2028 werden. Diese Nominierung wird zwar umstritten sein, doch es zeigt sich bereits, wie sehr Trump wünscht, dass die Republikanische Partei auch nach seiner möglichen zweiten Amtszeit an Nationalismus, Populismus und „America First“ festhält.

Vance, der an der Yale Law School studiert hat, ist aktuell der wohl wortgewaltigste Verfechter der MAGA-Weltanschauung. Er gibt sich als scharfer Kritiker des Finanzsektors, der Unternehmensmonopole, des Freihandels, der globalen Interventionen der USA und der illegalen Einwanderung. Er findet andererseits lobende Worte für die organisierte Arbeiterschaft und für Industriepolitik. Er hat sich sogar progressiven Ikonen wie der demokratischen Senatorin Elizabeth Warren aus Massachusetts angeschlossen, um gegen die Macht der Wall Street vorzugehen, und er lobt die Arbeit von Lina Khan, der Vorsitzenden der Verbraucherschutzbehörde Federal Trade Commission. Derweil lehnte er das Zusatzgesetz zur nationalen Sicherheit ab, über das in diesem Jahr Militärhilfe für die Ukraine, Israel und Taiwan bereitgestellt wurde.

Vance, der an der Yale Law School studiert hat, ist aktuell der wohl wortgewaltigste Verfechter der MAGA-Weltanschauung.

Als Vance kürzlich auf der *National Conservatism Conference* in Washington sprach, wurde er dort wie ein Star begrüßt. Er sprach lässig und ungezwungen. Dabei vergaß er nicht, prominente Politikerinnen und Politiker im Publikum zu erwähnen, darunter Elbridge Colby, der sich für weniger Auslandseinsätze mit dem Ziel einer Eindämmung Chinas einsetzt, und Oren Cass, der eine [libertäre Wirtschaftspolitik kritisiert](#). Vance freute sich über den wachsenden Einfluss eines nationalistischen Populismus innerhalb der Republikanischen Partei. Mit Blick auf die Unterstützung für die Ukraine sagte er: „Auch wenn wir die Debatte nicht gewonnen haben, beginnen wir gerade, diese Debatte innerhalb unserer eigenen Partei zu gewinnen. Und ich denke, das ist viel wichtiger.“ Mit Vances Ernennung zum Vizepräsidenten würde eine klare MAGA-Führungsriege im Weißen Haus aufgebaut. Außenpolitische Zurückhaltung einerseits und staatliche Unterstützungsmaßnahmen für die Verteidigungsindustrie sowie zum Aufbau der heimischen Produktion andererseits würden dadurch begünstigt.

Vances schärfste Kritik auf der Konferenz galt der Migration: „Die wirkliche Bedrohung für die amerikanische Demokratie ist, dass die amerikanischen Wähler immer wieder für weniger Einwanderung stimmen und unsere Politiker uns immer wieder mit mehr belohnen.“

Seite E 39 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Vance weiter: „Die Sache mit der Einwanderung ist, dass niemand daran vorbeikommt und leugnen kann, dass sie unsere Gesellschaft ärmer, unsicherer, weniger wohlhabend und weniger fortschrittlich gemacht hat.“ Seine eigene Philosophie fasste er mit den Worten zusammen: „Amerikanische Politiker sollten sich um die Amerikaner kümmern.“

Trump hat die Weltpolitik fast ein Jahrzehnt lang in Atem gehalten. Die Nominierung seines neuen „Lehrlings“ deutet darauf hin, dass der Trump-Stil, die Trump-Politik und die Anziehungskraft des Trumpismus auf nicht akademisch gebildete Wählerinnen und Wähler jeder Herkunft und ethnischen Zugehörigkeit die Republikanische Partei auch in den kommenden Jahrzehnten prägen und bestimmen werden.

© [New York Times](#)

Aus dem Englischen von Tim Steins



Matthew Continetti
Washington, D.C.

Matthew Continetti ist Fellow am American Enterprise Institute sowie Autor des Buches *The Right: The Hundred Year War for American Conservatism*.

https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/vanci-vidi-vici-7660/?utm_campaign=de_40_20240719&utm_medium=email&utm_source=newsletter

11) „Für die Basis kann es nicht aggressiv genug sein“.
Metin Hakverdi in Milwaukee über den Parteitag der Republikaner, einen
möglichen Wandel von Donald Trump und dessen Vize-Kandidaten J.D.
Vance

Interviews. Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis

16.07.2024



Immobilien-Mogul und „Hillbilly“: Regieren Donald Trump und J.D. Vance bald gemeinsam im Weißen Haus?-picture alliance / Reuters | Elizabeth Frantz

Die Fragen stellte [Nikolaos Gavalakis](#).

Wie ist die Stimmung beim Parteitag der Republikaner nur wenige Tage nach dem Attentat auf Donald Trump?

Zunächst einmal ist das Attentat natürlich das alles überschattende Ereignis. Am Flughafen, in den Restaurants, in den Kongresshallen: Alle reden über die Schüsse auf Trump bei dessen Wahlkampfauftritt in Pennsylvania. Die Sicherheitsvorkehrungen hier vor Ort sind dementsprechend groß. Der Andrang ist enorm. Überall wimmelt es von Sicherheitspersonal und Polizei. Der Parteitag wird von Zehntausenden Journalisten begleitet, ein Riesenergebnis. Wer nach dem Attentat eine nüchterne Atmosphäre erwartet hat, wird sich wundern. Die Stimmung bei den Republikanern ist sehr gut, nahezu euphorisch. Man glaubt, dass Trump nach der für Biden missglückten Präsidentschaftsdebatte und dem gescheiterten Attentatsversuch nun vollends die Oberhand hat. Die Partei steht geschlossen hinter ihrem Kandidaten. Viele meinen, Trump ist der Sieg im November nun nicht mehr zu nehmen.

Trump hat angekündigt, beim Parteitag für eine Überwindung der politischen Spaltung im Land einzutreten und dass der Wahlkampf etwas gemäßiger weitergehen solle. Wie glaubwürdig ist das und wie kommt ein präsidentieller, zurückhaltender Trump bei der republikanischen Basis an?

Es ist sehr klug von Trump, dies anzukündigen. Das Land hält nach dem Attentat gerade inne und es wäre schädlich, jetzt auf Angriff zu schalten. Das gilt für beide Seiten. Für die auf dem Parteitag vertretene Basis kann es allerdings gar nicht aggressiv genug sein. Die üblichen Scharfmacher wie Tucker Carlson, die hier auf Side-Events auftreten, teilen massiv

aus und werden dafür bejubelt. Ob Trump sich an seine selbst verschriebene Zurückhaltung hält, werden wir erst Donnerstag erfahren, wenn er selbst seine Nominierungsrede halten wird. Ich halte einen sich zurückhaltenden Trump für unwahrscheinlich, vielleicht sogar für unmöglich. Es entspricht schlicht nicht seiner Art, Politik zu machen. Außerdem ist es ja nicht nur er. Seine Gefolgschaft aus seiner eigenen Familie und der Partei haben seine inhaltlichen Positionen und stilistischen Mittel schließlich übernommen. Überall heißt es hier: „Biden lässt absichtlich Millionen von Migranten ins Land, um die USA zu kolonialisieren“, „Biden sexualisiert die Erziehung von Kindern in der Schule“ und „Biden hat die Inflation verursacht“. Die meisten Wortmeldungen haben überhaupt keine Zukunftsperspektive, sondern sind eine Fundamentalkritik an der derzeitigen Lage und der Politik von Joe Biden. Die gesamte Trump-Kampagne basiert auf Ablehnung. Es ist schwer vorstellbar, dass Trump nunmehr den Kurs ändert und zurückhaltender oder konstruktiver wird. Er müsste sich ganz neu erfinden. Das ist schon sehr unwahrscheinlich.

Die Attacke auf die Demokraten überlässt Trump derzeit anderen, wie zum Beispiel seinem frisch gekürten „Running Mate“ J.D. Vance. Wie ist seine Wahl als Kandidat für den Vize-Präsidentenposten zu beurteilen?

J.D. Vance ist in der Tat ein sehr interessanter Kandidat. Ein ehemaliger Trump-Kritiker, der die Seele der weißen Arbeiterschicht in seinem Buch Hillbilly Elegie beschrieben hat, die sich in einer ständig ändernden Welt abgehängt fühlt. Nachdem er die Seiten gewechselt hat und Trump nunmehr verehrt, ist er vor zwei Jahren zum Senator für den Bundesstaat Ohio gewählt worden. Im Gegensatz zu Trump hält er sich seit dem Attentat keineswegs zurück und macht die Demokraten für den Mordversuch direkt verantwortlich. Auf dem Parteitag teilen auch andere Republikaner heftig gegen die Demokraten und besonders gegen Biden und Vize-Präsidentin Kamala Harris aus. J.D. Vance zum Vizepräsidentenkandidaten zu machen, könnte ein dementsprechendes Kalkül sein: Trump wird etwas moderater, dafür teilt Vance aus. Diese Überlegung könnte von zwei Entwicklungen konterkariert werden: Erstens, schafft es Trump eventuell nicht, moderater zu sein, weil das einfach nicht sein Stil ist, und zweitens, könnte die aggressive Art von Vance moderatere Wählerinnen und Wähler in der Mitte des Parteienspektrums abschrecken. Wir werden im November sehen, ob die Rechnung aufgeht.

Trump wird etwas moderater, dafür teilt Vance aus.

Für uns in Europa ist die Wahl von J.D. Vance zum Vize-Kandidaten besonders heikel. Er spricht sich grundsätzlich gegen ein globales Engagement der USA aus und damit auch gegen die Unterstützung der Ukraine. Treu dem Trump-Motto „America First“ plädiert er für eine isolationistischere Haltung.

Viele Beobachter sind sich einig, dass Trump das Attentat und dessen Symbolik für sich nutzen kann. In den für die Wahl wichtigen Swing States lag er schon zuvor vor Biden. Ist das Rennen nun endgültig entschieden?

Nein, ich halte das für verfrüht. Es sind noch knapp vier Monate bis zur Wahl. Das ist unter Kampagnengesichtspunkten eine Ewigkeit. Bis November könnte nicht nur viel passieren, es wird auch noch ganz sicher viel passieren. Was wir alleine in den letzten zweieinhalb Wochen erlebt haben: das für Joe Biden sehr schlecht gelaufene TV-Duell, das zum Glück misslungene Attentat auf Trump und jetzt der Parteitag der Republikaner mit der Ernennung von Vance zum Vize-Kandidaten. Wir wissen ja nicht einmal sicher, wer auf demokratischer Seite gegen Trump antreten wird. Noch ist also nichts entschieden.

Seite E 42 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Welche Reaktion ist in den nächsten Wochen von den Demokraten zu erwarten? Ihre Kampagne war bis dato größtenteils auf das Motto „Trump verhindern“ ausgerichtet. Werden sie diese Linie halten können?

Selbstverständlich werden die Demokraten weiterhin eine Anti-Trump-Kampagne fahren. Trump ist einfach so ein stark polarisierender Kandidat, dass die Auseinandersetzung mit ihm unverzichtbar für eine demokratische Präsidentschaftskampagne ist. Dazu könnten allerdings weitere Elemente kommen. Das hängt auch von den weiteren Entwicklungen ab. Die große Frage ist natürlich, ob die Demokraten den Kandidaten noch auswechseln werden. Trotz schwerwiegender Konsequenzen könnten sie damit wenigstens neuen Schwung in das Rennen bringen. Zweitens besteht die Möglichkeit, dass es nach dem Attentatsversuch eine vom Land getragene Sehnsucht nach Einigkeit geben könnte, die Trump wegen seines Naturells nicht erfüllen kann. Wir werden sehen. Die Demokraten müssen sich jetzt zwei grundsätzliche Fragen stellen? Haben wir den richtigen Kandidaten? Und: Reicht eine harte „Gegen-Trump-Kampagne“? Sie sollten möglichst bald die richtigen Antworten auf diese offenen Fragen finden.



Metin Hakverdi
Berlin

Metin Hakverdi ist Mitglied des Deutschen Bundestages sowie Berichterstatter für die USA im Europaausschuss für die SPD-Bundestagsfraktion.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/fuer-die-basis-kann-es-nicht-aggressiv-genug-sein-7657/?utm_campaign=de_40_20240716&utm_medium=email&utm_source=newsletter

12) Das ändert alles. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 627-09

14. Juli 2024

49. Jahrgang

Das ändert alles

Jeder Mord an Menschen ist verabscheuungswürdig. Da darf es keine Abstufungen geben. Das gilt auch für Mordversuche. Um Haaresbreite wäre heute früh (MESZ) **Donald Trump** bei einem Attentat getötet worden. Nicht nur für ihn, seine Familie und Freunde muss man von Glück sprechen, dass das Attentat misslang, denn es hätte in der aufgeheizten Stimmung in den USA zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen können.

Trump-Anhänger haben bereits vor einiger Zeit nicht ausgeschlossen, dass es zu einem Bürgerkrieg kommen könnte, wenn ihrem Idol wieder die Präsidentschaft gestohlen würde. Und: „*Donald Trump wirft seinen Gegnern politische Verfolgung durch die Justiz vor. Das kommt bei seinen Anhängern an. Manche phantasieren schon vom Bürgerkrieg.*“

10.08.2022 Frankfurter Allgemeine

Der von Trump angezettelte Sturm auf das Capitol am 6. Januar 2021 war der bislang größte Angriff auf die Freiheit und Demokratie der USA. Vor Strafverfolgung schützen ihn „seine“ Richter am Supreme Court. Trump lügt bei jedem seiner öffentlichen Auftritte schneller, als ein Faktencheck möglich ist. Trump ist ein durch und durch schlechtes Vorbild für jeden, der sich als Politiker ernsthaft und emphatisch um die Probleme der Menschen kümmern will. Das alles rechtfertigt nicht das Attentat auf ihn. Der Attentäter wurde „neutralisiert“ und ist tot. Sehr bald jedoch werden Hintergründe und Motive der Tat bekannt werden.

Das Attentat auf Trump ändert im laufenden Wahlkampf alles. Er, der sich immer als Opfer darstellte, weil sich die Justiz gegen ihn verbündet hat, weil man ihm den Wahlsieg stahl, und so weiter, kann sich jetzt erst recht als Opfer präsentieren. Das wird er tun und vermutlich Schuldige beim politischen Gegner, der für ihn mehr Feind als demokratischer Mitbewerber ist, suchen.

Bei einer Rede in Pennsylvania wird der Präsidentschaftskandidat der Republikaner am Ohr getroffen, der mutmaßliche Schütze ist offenbar tot. „Fight!“ ruft Trump, als er in Sicherheit gebracht wird, manche seiner Parteifreunde geben den Demokraten eine Mitschuld. Süddeutsche Zeitung

Die US-Regierung wertet das versuchte Attentat auf Donald Trump als Gefahr für die nationale Sicherheit. Trump wird bereits als Märtyrer inszeniert – das Ereignis ist eine Zäsur im US-Wahlkampf. Handelsblatt

Einige Optimisten hatten erwartet, dass **Joe Biden** doch noch seine Kandidatur zugunsten von **Kamala Harris** zurückzieht. Das ist unwichtig geworden. Seit heute ist es egal, wer gegen Trump antritt, weil niemand gegen einen Märtyrer gewinnen kann.

Ed Koch

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

13) Besuch beim „lieben Freund“.

Waffen und Öl: Indiens Premier Modi pflegt in Moskau die strategische Partnerschaft mit Putin. Doch auch Russland profitiert von der Beziehung

Von Herbert Wulf

11.07.2024



Modi widersteht dem westlichen Druck und zeigt, wie es um die Isolation Putins steht.- *picture alliance / Associated Press / Alexander Zemlianichenko*

Narendra Modi reiste diese Woche nach Russland, der erste Besuch bei Wladimir Putin seit fünf Jahren. Drei Dinge sind dem indischen Premierminister besonders wichtig: Indiens weltpolitische Rolle, die indische Konkurrenz mit China und die wirtschaftliche und militärische Partnerschaft mit Russland. Die beiden Regierungschefs trafen sich zuletzt bilateral 2021 bei einem Besuch Putins in Neu-Delhi. Nach seiner Ankunft in Moskau hob Modi auf der Plattform X die „spezielle und strategische Partnerschaft“ zwischen Indien und Russland hervor, die „unserer Bevölkerung zugutekommen wird.“

Was ist so „speziell“ an dieser „strategischen Partnerschaft“? Modi zeigt mal wieder, dass er sich geopolitisch nicht einfach einem Block anschließen will, sondern eine eigenständige Politik verfolgt. Eine ausbalancierte Politik, wie die indische Regierung gerne hervorhebt. Trotz der in den beiden letzten Jahrzehnten enger geknüpften indisch-US-amerikanischen Beziehungen und obwohl Indien ein begehrter Partner in der EU, in Japan und in Australien ist, wendet sich die indische Regierung keineswegs von Russland ab. Auch Moskaus Aggression gegen die Ukraine hat das nicht geändert. Der Versuch des Westens, Indien nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine zu einer harten Haltung gegenüber Russland zu bewegen, ist kläglich gescheitert. Modi würdigte in Moskau das bilaterale Verhältnis zu Russland, das auf gegenseitigem Vertrauen und gegenseitigem Respekt basiere. Er vermied es, die russische Aggression zu verurteilen und sprach stattdessen nur sehr allgemein von der Notwendigkeit, Frieden zu schaffen.

Der Versuch des Westens, Indien nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine zu einer harten Haltung gegenüber Russland zu bewegen, ist kläglich gescheitert.

Seite E 45 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Gute Beziehungen zu Moskau reichen weit zurück bis in die Zeit des Kalten Krieges. Die Annäherung an die USA und deren Verbündete erfolgte erst in den letzten beiden Jahrzehnten. Und obwohl es schon lange her ist, haben Indiens politische Führer bis heute nicht vergessen, dass die Nixon-Regierung 1971 im Unabhängigkeitskampf Bangladeschs auf der Seite Pakistans gegen Indien stand, während die damalige Sowjetunion Indien politisch und militärisch stützte. Damals schlossen Indien und die UdSSR einen 25-jährigen „Vertrag für Frieden, Freundschaft und Kooperation“. Weil Indien heute ein begehrter Partner ist, kann es sich den diplomatischen Drahtseilakt leisten, je nach Interessenlage sowohl mit dem Westen als auch mit Russland zu kooperieren.

Vor der jetzigen Reise nach Moskau hatten indische Offizielle ausdrücklich betont, dass dieses Gipfeltreffen und die indisch-russischen Beziehungen nicht gegen Dritte gerichtet seien. Damit knüpft die indische Regierung an die Politik der Blockfreiheit an, die schon Indiens erster Premierminister Jawaharlal Nehru vor über sieben Jahrzehnten praktizierte und die Indiens Unabhängigkeit betonen soll. Heute spricht Indiens Außenminister Subrahmanyam Jaishankar nicht mehr von Blockfreiheit; er betont Indiens eigene Interessen, die es in „multiplen Bündnissen“ zu wahren gilt. Obwohl die Regierung [Modi innenpolitisch durch die jüngste Parlamentswahl geschwächt](#) ist, wird sich an der selbstbewussten und möglichst selbstbestimmten Außenpolitik vermutlich nichts ändern.

Indiens Annäherung an den Westen dient auch dazu, Verbündete gegen China zu finden.

Indiens Annäherung an den Westen dient auch dazu, Verbündete gegen China zu finden. Indien ist wegen Chinas Politik aufs Äußerste besorgt und hofft, seine Position gegenüber China zu stärken, in dem es im Indopazifik mit den USA kooperiert, auch in der Sicherheitspolitik. Die beiden asiatischen Großmächte Indien und China konkurrieren um Einfluss – in Asien und der Welt. Die gemeinsame Grenze im Himalaya ist seit Jahrzehnten umstritten. Nach dem indo-chinesischen Krieg um ein unbewohntes Territorium 1962, mit traumatischen Verlusten für Indien, kam es immer wieder zu Grenzscharmützeln, zuletzt mit Toten auf beiden Seiten im Jahr 2020. Alle Versuche, den Grenzkonflikt beizulegen, scheiterten. Derzeit herrscht zwischen Neu-Delhi und Peking Eiszeit.

Mit Sorge und großem Missfallen beobachtet die indische Regierung Chinas Vormarsch im Indischen Ozean. China hat stark in die Infrastruktur vieler Häfen in den Anrainerstaaten des Indischen Ozeans investiert. Hochrangige indische Marineoffiziere warnen vor Chinas großem Fußabdruck in Indiens Interessensphäre. Einige sehen sogar eine strategische Einkreisung Indiens durch China. Sie betrachten den Indischen Ozean als „Indiens Hinterhof“ und sprechen in Bezug auf die fast zwei Dutzend Häfen, an denen China beteiligt ist, von einer chinesischen „Perlenkette“. Mit dem Besuch in Moskau sendet Modi auch ein Signal an Xi Jinping, dass nicht nur China mit Russland eine „strategische Partnerschaft“ pflegt. Indien hat in den letzten Jahren stark aufgerüstet, um gegen China gewappnet zu sein.

Seit Jahrzehnten kooperiert Indiens Rüstungsindustrie mit Russland (beziehungsweise früher mit der Sowjetunion). Rund 60 Prozent des Waffenbestandes der indischen Streitkräfte stammen aus dieser Kooperation. Die Streitkräfte sind nach wie vor von russischen Waffenlieferungen und Ersatzteilen abhängig. Aber Indien ist bemüht, diese Abhängigkeit zu reduzieren. Seit der Annäherung an den Westen haben die USA nicht nur eine generelle Zusammenarbeit mit der indischen Rüstungsindustrie versprochen. Sie liefern jetzt auch modernste Rüstungstechnologie. Kampfjets kommen aus Frankreich, Raketen und Elektronik aus Israel. Indien versucht offensichtlich, seine Waffenquellen zu diversifizieren. Beim jetzigen Besuch in Moskau bekräftigten Russland und Indien, auch

weiterhin bei der Rüstung zu kooperieren. Aber die Zusammenarbeit mit westlichen Partnern ist für die künftige Rüstung Indiens bedeutsamer, weil die Streitkräfte die Priorität für russische Waffen deutlich abbauen wollen. Außerdem verwendet die russische Rüstungsindustrie derzeit fast sämtliche ihrer Kapazitäten auf die Versorgung der eigenen Streitkräfte für den Krieg gegen die Ukraine.

Indiens Streitkräfte sind nach wie vor von russischen Waffenlieferungen und Ersatzteilen abhängig.

Indiens Handelsbeziehungen mit Russland sind beträchtlich und sie haben im Gegensatz zum Rüstungssektor seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine deutlich zugenommen. Denn die Regierung in Neu-Delhi hat sich konsequent geweigert, die vom Westen verhängten Sanktionen gegen Russland mitzutragen. Zwar ist der indische Export nach Russland kaum gestiegen, aber seit dem 24. Februar 2022 haben sich Indiens Importe aus Russland versechsfacht. Die Rohstoff- und Energieimporte aus Russland sind erheblich. Indien wurde nach China zum zweitwichtigsten Abnehmer russischen Öls, das Russland nur schwer auf den internationalen Märkten verkaufen kann. Russisches Öl wird in Indien verarbeitet und von dort exportiert, auch nach Europa. Indiens Import von verbilligtem russischem Erdöl hat dazu beigetragen, Russlands Kriegskasse zu füllen.

Und was ist für Russland an der Beziehung zu Indien von Bedeutung? Der Besuch Modis ist vor allem eine Möglichkeit für den Kreml zu zeigen, dass es weiterhin enge und starke Partnerschaften mit Ländern außerhalb des eigenen Einzugsbereichs gibt. Die vom Westen zgedachte Rolle des internationalen Parias kann Putin so vermeiden. [Indien versteht sich auch als Sprachrohr des Globalen Südens](#) und hat dessen Anliegen sowohl innerhalb der Gruppe der BRICS-Länder als auch während des [G-20-Gipfels im September 2023 in Neu-Delhi](#) auf die Tagesordnung gesetzt. Hier verlaufen die Interessen Russlands, Indiens, aber auch Chinas und generell des Globalen Südens parallel. Putin spricht oft von einer neuen, „multipolaren Weltordnung“, in der die internationalen Handels- und Finanzbeziehungen nicht mehr vorrangig von den USA beziehungsweise vom Westen bestimmt werden. Diese Forderung kann man sowohl in Peking als auch in Neu-Delhi, in Brasilia, in Pretoria und in vielen anderen Hauptstädten im Globalen Süden hören. Modis Besuch in Russland ist also auch eine Möglichkeit für den Kreml, die vom Westen angestrebte Isolation Russlands zu konterkarieren.



Herbert Wulf
Duisburg

Prof. Dr. Herbert Wulf ist ehemaliger Leiter des *Bonn International Center for Conflict Studies* (BICC). Er ist heute *Fellow* am BICC und am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Essen/Duisburg.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/besuch-beim-lieben-freund-7646/?utm_campaign=de_40_20240712&utm_medium=email&utm_source=newsletter

14) Signal an Peking.

Im Konflikt mit China vereinbaren Japan und die Philippinen einen Verteidigungspakt. Damit wappnen sich beide Länder auch für eine Rückkehr von Trump

Von Richard Heydarian

12.07.2024



Die philippinische Marine beobachtet ein Schiff der chinesischen Küstenwache: Die Zusammenstöße nehmen zu.-*picture alliance / Matrix Images / Mark R Cristino*

Vorausgegangen waren jahrelange intensive Verhandlungen, nun haben die Philippinen und Japan mit einem neuen Verteidigungspakt ihre militärische Zusammenarbeit gefestigt. Im Rahmen des jetzt unterzeichneten *Reciprocal Access Agreement* werden die beiden asiatischen Staaten Verfahrensregeln für gemeinsame Aktivitäten, bei denen Truppen eines Landes in dem anderen Land zu Gast sind, und einen Rechtsstatus für die Gasttruppen festlegen. Durch das neue Abkommen werden gemeinsame Militärmanöver sowie Hilfseinsätze in Katastrophenfällen erleichtert und die Interoperabilität zwischen den Japanischen Selbstverteidigungsstreitkräften und den Streitkräften der Philippinen verbessert.

Es gibt nur zwei weitere Staaten, mit denen Japan vergleichbare Abkommen geschlossen hat: Großbritannien und Australien. Beide sind nicht zufällig ebenso wie die Philippinen Verbündete der USA. Auch wenn es kein vollwertiges Bündnisabkommen ist, macht der neue Verteidigungspakt auf dramatische Weise deutlich, wie sehr Tokio und Manila sich in ihrer strategischen Ausrichtung und in ihrer Bedrohungswahrnehmung angenähert haben. Beide Länder erleben, wie China im Ost- und Südchinesischen Meer zunehmend auftrumpfend agiert. Besonders bedrohlich ist die Situation für die Philippinen: Schon etliche Male wäre es wegen Gebietsstreitigkeiten im Südchinesischen Meer beinahe zum offenen Konflikt mit China gekommen.

Allein im vergangenen Jahr gab es mindestens drei Zusammenstöße chinesischer Seestreitkräfte mit philippinischen Schiffen. Fünfmal setzte China Wasserkanonen gegen philippinische Schiffe ein, die in den umstrittenen Gebieten Patrouillen- und Versorgungsfahrten durchführten. Im Juni ging die chinesische Küstenwache noch einen Schritt weiter: Sie kaperte ein philippinisches Boot, das zur Second-Thomas-Untiefe unterwegs war, und entwaffnete gewaltsam die darauf befindlichen Marineoffiziere. An dem

heftig umstrittenen Riff ist ein philippinisches Militärkontingent stationiert. Durch den Vorfall stieg die Gefahr einer direkten bewaffneten Konfrontation, die zumal dann droht, wenn China dazu übergehen sollte, philippinische Truppen mit Gewalt aus umstrittenen Gebieten in der Region zu vertreiben. Vor allem aber wächst die Sorge über eine mögliche [chinesische Invasion Taiwans](#), das genau zwischen den Philippinen und Japan liegt.

Die Perspektive einer möglichen zweiten Amtszeit von Donald Trump ist für die Staaten in der Region ein weiterer gewichtiger Impuls, strategisch intensiver miteinander zusammenzuarbeiten.

Die intensivierte philippinisch-japanische Sicherheitspartnerschaft spiegelt zweierlei wider: Erstens die unter Führung der USA verfolgte Strategie der „integrierten Abschreckung“ gegenüber China und zweitens das offenkundige Bemühen der beiden asiatischen Länder, das eigene sicherheitspolitische Umfeld in ihrer Region strategisch stärker mitzugestalten. Die Philippinen sind bestrebt, ein verzweigtes Netzwerk von Sicherheitspartnerschaften aufzubauen, um nicht mehr so stark auf [Amerika angewiesen zu sein wie in der Vergangenheit](#), und Japan ist dabei, sich als tragende Säule einer regelbasierten Ordnung im indopazifischen Raum zu positionieren. Die Perspektive einer möglichen zweiten Amtszeit von Donald Trump, die am Ende womöglich noch disruptiver und transaktionaler ausfällt als die erste, ist für die Staaten in der Region ein weiterer gewichtiger Impuls, strategisch intensiver miteinander zusammenzuarbeiten.

Anfang des Jahres trafen sich in Washington US-Präsident Joe Biden, der philippinische Präsident Ferdinand Marcos Jr. und Japans Premierminister Fumio Kishida zum ersten Mal überhaupt zu einem trilateralen Gipfel der drei Länder. Bei ihrer von feierlichen Worten begleiteten Zusammenkunft im Weißen Haus beschworen die drei Regierungschefs das gemeinsame Ziel, durch langfristige strategische Zusammenarbeit „für die kommenden Jahrzehnte“ dafür zu sorgen, dass „im Indopazifikraum und darüber hinaus eine freie und offene internationale Ordnung bestehen bleibt, die auf dem Völkerrecht basiert.“ US-Präsident Joe Biden bekräftigte, sein Land bekenne sich „eisern“ zu seinen asiatischen Verbündeten – erst recht angesichts der eskalierenden Spannungen im Südchinesischen Meer. An China richtete der US-Präsident die Warnung, jeder bewaffnete Angriff auf philippinische Truppen oder auf zivile Schiffe und Flugzeuge werde den Beistandspakt zwischen den Philippinen und den USA auslösen.

Der US-Kongress drängte unterdessen auf ein neues bilaterales Verteidigungsabkommen, das mit einem Volumen von 2,5 Milliarden US-Dollar die jährliche Unterstützung für Manila im Rahmen des amerikanischen *Foreign Military Financing* mehr als vervierfachen würde. In dem Bewusstsein, wie wichtig wirtschaftliche Sicherheit und resiliente Lieferketten sind, boten Biden und Kishida den Philippinen zudem ein neues Paket von strategischen Investitionen an, die vor allem in den Ausbau kritischer Infrastrukturen fließen sollen.

Dem Dreiergipfel war eine Reihe hochrangiger Treffen der drei Länder vorausgegangen, insbesondere eine Zusammenkunft von US-Vizepräsidentin Kamala Harris, Marcos Jr. und Kishida sowie trilaterale Gespräche der jeweiligen nationalen Sicherheitsberater. Im vergangenen Jahr führten die Küstenwachen der drei Länder zum ersten Mal eine gemeinsame Übung durch. Eine tragende Rolle beim Zustandekommen der Dreiergruppe „JAPHUS“ (Japan-Philippinen-USA) spielte der philippinische Präsident Marcos Jr. persönlich: Vor seinem Antrittsbesuch in Tokio hatte er sich öffentlich für diesen Zusammenschluss starkgemacht, nachdem er zuvor bereits entschieden hatte, dem Pentagon im Rahmen des *Enhanced Defense Cooperation Agreement* Zugang zu weiteren Militäranlagen im Norden der Philippinen zu gewähren.

Seite E 49 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Die trilaterale Partnerschaft JAPHUS ist Teil eines größer angelegten Pakets „minilateraler“ Initiativen unter Führung der USA.

Die trilaterale Partnerschaft JAPHUS ist Teil eines größer angelegten Pakets „minilateraler“ Initiativen unter Führung der USA. Die bekanntesten sind die Gruppe AUKUS (Australien-Großbritannien-USA), die Dreierallianz Japan-USA-Südkorea und die quadrilaterale Sicherheitspartnerschaft „Squad“ zwischen USA, Australien, Japan und den Philippinen. Diese Initiativen folgen alle demselben Organisationsprinzip: Sie sollen eine Strategie der „integrierten Abschreckung“ gegen ein neu erstarkendes China festigen. Ziel der USA ist es, mithilfe ihres weit verzweigten Netzwerkes von Allianzen Chinas Ambitionen in der Region einzudämmen.

Sowohl den Philippinen als auch Japan ist bewusst, dass Amerika für den Erhalt des Status quo in der Region eine unverzichtbare Rolle spielt. Andererseits sind sie entschlossen, ihre eigene strategische Handlungsfähigkeit zu stärken. Zum einen treibt die Ungewissheit um, wie es mit Amerikas Engagement in der Region weitergehen wird. Die Begleiterscheinungen einer zweiten Regierungszeit von Donald Trump wären heftige interne Machtkämpfe in Washington, ein Komplettumbau des dortigen sicherheitspolitischen Establishments zugunsten von Akteuren, die der Administration treu ergeben sind, sowie eine ungeniert unilateralistische und brutal transaktionale Außenpolitik, die zu Lasten der Verbündeten in Asien gehen würde.

Regionalstaaten wie die Philippinen wollen nicht als Stellvertreter der USA gegen ein erstarkendes China herhalten, sondern eine „unabhängigere“ Außenpolitik betreiben.

Hinzu kommt, dass Japan und die Philippinen beide stabile Kommunikationskanäle mit China aufrechterhalten wollen, das nicht nur ihr direkter Nachbar, sondern auch ein sehr [wichtiger Handelspartner](#) ist. Regionalstaaten wie die Philippinen wollen nicht als Stellvertreter der USA gegen ein erstarkendes China herhalten, sondern eine „unabhängigere“ Außenpolitik betreiben. Marcos Jr. hat wiederholt deutlich gemacht, dass er nicht vorhat, sich an der Seite einer Supermacht gegen eine andere Supermacht in Stellung zu bringen, und nannte die Vertiefung der Sicherheitspartnerschaft mit den traditionellen Verbündeten schlicht eine defensive Reaktion auf das Geschehen im Südchinesischen Meer, „auf die aggressiven Aktionen, denen wir ausgesetzt sind“.

Die Philippinen haben sogar das Angebot der USA abgelehnt, sie angesichts der andauernden chinesischen Schikanen gegen ihre Versorgungs- und Patrouilleneinsätze im Südchinesischen Meer direkt zu unterstützen. Der südostasiatische Staat setzt vielmehr auf die Modernisierung seiner eigenen Fähigkeiten im Bereich der Seesicherheit und will dafür in den nächsten zehn Jahren hochentwickelte Waffensysteme anschaffen. Vor allem aber wollen die Philippinen ihre Sicherheitspartnerschaften über die USA hinaus diversifizieren. Genau hier setzt die nun noch intensivere Sicherheitskooperation zwischen den Philippinen und Japan an. Das Land genießt sowohl bei den strategischen Eliten der Philippinen als auch bei deren Bevölkerung breiten Rückhalt und ist wichtigster Partner bei Entwicklungshilfe und Investitionen.

Japan wiederum übernimmt im Zuge seiner Doktrin des „diplomatischen Realismus“ sicherheitspolitisch mehr und mehr eine proaktive Rolle in der Region. Aufbauend auf der Arbeit des ermordeten Premierminister Shinzo Abe, der in den 2010er Jahren Japans Nachkriegs-Außenpolitik im Alleingang neu definiert hat, hat Fumio Kishidas Regierung das Ziel ausgegeben, [Japans Verteidigungsausgaben in den nächsten fünf Jahren](#) zu verdoppeln, gemeinsam mit wichtigen Partnern neue Waffensysteme zu entwickeln und –

Seite E 50 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

besonders zentral – im Rahmen des neu aufgelegten Programms *Official Security Assistance* gleichgesinnte Staaten im Bereich der maritimen Sicherheit direkt zu unterstützen.

Der jetzt unterzeichnete Verteidigungspakt, der schon bald in beiden Ländern ratifiziert werden dürfte, soll die Verteidigungshilfe und den Export zunehmend hochentwickelter Waffensysteme in die Philippinen beschleunigen. Damit übernimmt Japan, das die philippinische Marine bereits mit Mehrzweckboten und Radarsystemen ausgestattet hat, im Kontext der sich zuspitzenden Auseinandersetzungen im Südchinesischen Meer eine noch zentralere Rolle für den Kapazitätsausbau des Landes im Bereich der maritimen Sicherheit.

Durch das neue Abkommen wird es zudem einfacher, bilaterale Militärübungen regelmäßiger und in größerem Stil abzuhalten. Dies wird die Interoperabilität zwischen japanischen und philippinischen Streitkräften drastisch verbessern, was gerade angesichts der Sorgen über einen möglichen Krieg im nahe gelegenen Taiwan besonders wichtig ist. Die Geografie spielt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle, denn sowohl Japan als auch die Philippinen haben (auf den Okinawa-Inseln und in Batanes) Militäreinrichtungen, die nicht weit von der taiwanesischen Küste entfernt sind. Entsprechend wichtig ist eine wirksame Koordinierung und breit angelegte Zusammenarbeit zwischen den beiden asiatischen Bündnispartnern, wenn es darum geht, für Abschreckung zu sorgen und mitzubestimmen, wie zentrale Konflikte in Asien am Ende ausgehen. Ungeachtet ihrer Allianz mit Washington sind die Philippinen und Japan entschlossen, ihre eigene Verteidigungsfähigkeit zu stärken, damit sie auf geopolitische Unsicherheiten und Krisensituationen in der Region wirksam reagieren können.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld



Richard Heydarian
Manila

Richard Heydarian ist Dozent an der *University of the Philippines, Asian Center* und Autor unter anderem von *The Indo-Pacific: Trump, China, and the New Struggle for Global Mastery* (Palgrave Macmillan, 2020). Als globaler Kolumnist schreibt er u.a. für die *New York Times*, *Foreign Affairs* und *The Guardian*.

https://www.ipg-journal.de/regionen/asien/artikel/signal-an-peking-7648/?utm_campaign=de_40_20240712&utm_medium=email&utm_source=newsletter

15) Weniger Zeigefinger, mehr ausgestreckte Hand.

Terrorismus und russischer Einfluss: Die internationale Gemeinschaft muss sich im Sahel weiter engagieren – und den Menschen Perspektiven bieten

Von Svenja Schulze

10.07.2024



In Mauretanien ist die Fischerei neben der Landwirtschaft und dem Tourismus einer der wichtigsten Sektoren.- *picture alliance / AA | Annika Hammerschlag*

„Hier wird Menschen Hoffnung gegeben, die gar keine mehr hatten.“ Mit diesen Worten beschreibt Mohamed Malha die Unterstützung, die er und andere aus Mali geflüchtete Menschen im westafrikanischen Mauretanien erhalten. Und er bringt damit auf den Punkt, warum sich die internationale Gemeinschaft weiter in der Sahel-Region engagieren muss: Um den Menschen in der krisengeschüttelten Region Zukunftsperspektiven zu bieten. Und um dem Terrorismus den Nährboden zu entziehen.

Mohamed Malha selbst ist – wie viele Tausende andere Menschen auch – vor dem Terrorismus und den gewaltsamen Konflikten aus seinem Heimatland Mali geflohen. In Mauretanien, einem der ärmsten Länder der Welt, erhält er Schutz und Unterstützung. Das Land hat etwa so viele Einwohner wie der Großraum Berlin – und bereits über 100 000 Menschen aus Mali aufgenommen. Damit bietet Mauretanien im Verhältnis mehr Menschen Zuflucht als die meisten anderen Länder der Welt – einschließlich Deutschland. Mohamed Malha und die anderen Flüchtlinge bekommen in Mauretanien die Chance auf eine bessere Zukunft. Zwar haben es die Flüchtlinge auf dem mauretanischen Arbeits- und Wohnungsmarkt nicht leicht, aber sie dürfen arbeiten und erhalten medizinische Versorgung. Der Schulbesuch für die Kinder ist kostenlos.

Die Bundesregierung unterstützt Mauretanien dabei, die Menschen aus Mali zu versorgen. Und sie setzt sich auch in den anderen Ländern der Sahel-Region dafür ein, den Menschen dort Zukunftsperspektiven zu bieten. Um dieses Engagement für die Menschen im Sahel weiter voranzubringen, habe ich letztes Jahr die Präsidentschaft der Sahel-Allianz übernommen. Das internationale Bündnis, bestehend aus zwölf Ländern und sechs internationalen Organisationen, koordiniert die internationale Entwicklungszusammenarbeit in den Sahel-Staaten Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad.

Die international abgestimmte Unterstützung ist dringend nötig, denn im Sahel herrschen vielerorts Armut und Hunger. Gewalt und Konflikte sind an der Tagesordnung. Der Klimawandel trifft die Menschen dort zudem besonders hart, sie haben mit Dürren und Wasserknappheit zu kämpfen, mit Ernteaufschlägen und vertrockneten Böden. Das alles öffnet die Tür für den sich ausbreitenden Terrorismus. Denn die Menschen, die sich im Sahel Terrorgruppen anschließen, tun das meist nicht aus ideologischen Gründen. Sondern aus Verzweiflung und Perspektivlosigkeit. Weil die Terrorgruppen ihnen eine Einnahmequelle versprechen, die ihnen ansonsten fehlt. Und weil sie darin die einzige Möglichkeit sehen, ihre Familien zu ernähren.

Entwicklungspolitik ist elementarer Bestandteil einer nachhaltigen Sicherheitspolitik.

Dem stellt sich die Sahel-Allianz entgegen, indem sie die strukturellen Ursachen von Konflikten, Hunger und Armut angeht. Natürlich sorgen entwicklungspolitische Maßnahmen nicht allein für Sicherheit. Aber genauso klar ist: Es geht nicht ohne sie. Entwicklungspolitik ist elementarer Bestandteil einer nachhaltigen Sicherheitspolitik. Wenn es nicht gelingt, die Grundversorgung für die Bevölkerung im Sahel sicherzustellen und den Menschen durch Bildung und Jobs Perspektiven zu bieten, dann werden sich Krisen und Terror weiter ausbreiten. Und letztlich noch mehr Menschen in die Flucht getrieben. All das hätte nicht nur gravierende Auswirkungen für die gesamte Region, sondern auch für Deutschland und Europa. Denn wir brauchen eine stabile Nachbarschaft. Als rohstoffarme Exportnation sind verlässliche Partnerschaften und weltweite Handelsbeziehungen zudem essenziell.

Die Menschen im Sahel entwicklungspolitisch zu unterstützen, ist aus deutscher Perspektive deshalb absolut sinnvoll. Zumal wir damit auch dem russischen Einfluss in der Region etwas entgegensetzen. Russland hat seine Aktivitäten in der Region in den letzten Jahren erheblich ausgebaut und setzt dabei unter anderem auf gezielte Desinformation. Dem dürfen wir Europäerinnen und Europäer nicht tatenlos zuschauen. Wir dürfen Russland aus geopolitischen Gründen nicht das Feld überlassen, denn die Region ist Drehkreuz für Migrantinnen und Migranten und zudem energiepolitisch enorm wichtig. Es gilt zu verhindern, dass Russland Europa durch seinen Einfluss im Sahel unter Druck setzen kann – zum Beispiel, indem es Migration zur Destabilisierung einsetzt oder zukünftige Energielieferungen aus Afrika kontrolliert.

Am 15. und 16. Juli richtet das Bundesentwicklungsministerium in Berlin die Generalversammlung der Sahel-Allianz aus. Bei dem Treffen wird es darum gehen, wie die internationale Gemeinschaft den vielschichtigen Herausforderungen im Sahel am besten begegnen kann. Mein Präsidentschaftsprogramm sieht dafür drei zentrale Ansatzpunkte vor:

Erstens geht es darum, in den Ländern der Sahel-Region Bildung, Ausbildung und Beschäftigung zu fördern – und den Menschen damit ein verlässliches Einkommen und Chancen auf eine bessere berufliche Zukunft zu bieten. Zweitens sollen die Gesellschaften widerstandsfähiger gegenüber Krisen und klimabedingten Schocks – wie Dürren und Überschwemmungen – werden. Dazu gehören soziale Sicherungsnetze, die den Menschen in Krisensituationen schnelle finanzielle Hilfe bieten. Und dazu gehört auch, die Bäuerinnen und Bauern in der Region darin zu unterstützen, mit den immer schwierigeren klimatischen Bedingungen umzugehen. Denn mit angepassten Anbaumethoden können sie auch in trockenen Gebieten eine bessere Ernte einfahren. Und drittens sollen kommunale Strukturen gestärkt werden, damit sie den Menschen eine verlässliche Grundversorgung bieten. Dabei geht es um das Nötigste zum Leben wie etwa Wasser, Energie, Gesundheitsversorgung, Schulen und Marktplätze.

Seite E 53 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Unsere Partnerinnen und Partner haben das besserwisserische, koloniale Gehabe westlicher Staaten satt.

Der aktuelle Fünf-Jahres-Bericht der Sahel-Allianz zeigt, dass diese Ansätze erfolgreich sind. Durch die Initiativen der Mitglieder haben bereits über acht Millionen Menschen besseren Zugang zu Trinkwasser erhalten – in der heißen und von Dürren geprägten Sahel-Region von essenzieller Bedeutung. Mehr als 2,3 Millionen Menschen verfügen nun über eine bessere Stromversorgung, um ihre Häuser zu beleuchten, Felder zu bewässern und Maschinen zu betreiben. Und mehr als 160 000 kleine und mittlere Unternehmen wurden dabei unterstützt, vor Ort Arbeitsplätze zu schaffen und die lokale Wirtschaft anzukurbeln.

Bei der Generalversammlung der Sahel-Allianz in Berlin wird es auch darum gehen, den Dialog mit unseren Partnerinnen und Partnern in der Region weiterzuführen. Das wird nicht einfach, denn nach den Militärputschen in Mali, in Burkina Faso und im Niger in den letzten Jahren steht die Sahel-Allianz vor der Herausforderung, ihre Beziehungen zu den Sahel-Ländern neu zu definieren. Gemeinsam gilt es auszuloten, wie die Allianz die Menschen in der Region – trotz der schwierigen politischen Situation – bestmöglich dabei unterstützen kann, die Herausforderungen wie Armut, Hunger und Dürren zu bewältigen. Und wie es gelingen kann, eine weitere Ausbreitung von Gewalt und Terrorismus in der Region zu verhindern.

Damit Deutschland und die EU angesichts der geopolitischen Herausforderungen mitgestalten können, müssen wir die besseren Partnerinnen und Partner sein. Wir müssen Angebote machen, von denen beide Seiten langfristig profitieren und die keine neuen Abhängigkeiten schaffen. Hier kommt es auch auf unsere Haltung an, denn unsere Partnerinnen und Partner haben das besserwisserische, koloniale Gehabe westlicher Staaten satt. Gefragt ist weniger Zeigefinger und mehr ausgestreckte Hand. Das ist im Interesse der Menschen im Sahel – und im Interesse Deutschlands.



Svenja Schulze
Berlin

Svenja Schulze ist seit Dezember 2021 Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zuvor war sie Bundesministerin für Umwelt. Schulze ist zudem Präsidentin der Sahel-Allianz.

https://www.ipg-journal.de/regionen/afrika/artikel/weniger-zeigefinger-mehr-ausgestreckte-hand-7642/?utm_campaign=de_40_20240712&utm_medium=email&utm_source=newsletter

16) Nur das kleinere Übel?

Irans neuer Präsident Peseschkian ist dem konservativen Establishment des Landes verpflichtet. Dennoch könnte seine Präsidentschaft eine Chance sein

Von Hanna Voss

09.07.2024



picture alliance / NurPhoto | Morteza Nikoubazi

In den Artikeln zur Wahl des reformistischen Kandidaten Massud Peseschkian zum neuen iranischen Präsidenten war in den vergangenen Tagen oft von „Überraschung“ die Rede. Irans Wählerinnen und Wähler hätten wieder einmal bewiesen, dass sie unberechenbarer handeln, als viele annahmen. Der politische Prozess, gar die Demokratie in Iran, sei noch nicht tot. Auf solche Einschätzungen folgten erbitterte Reaktionen: Wer den politischen Entscheidungsprozess in Iran als solchen legitimiere, mache sich zum Komplizen des Regimes. Wer schreibt, dass Peseschkians Wahl eine Überraschung gewesen sei, lasse die Strippenzieher-Rolle Ali Chameneis außer Acht und betreibe damit Regime-Propaganda.

Wieder einmal scheint es in der ohnehin extrem polarisierten Iran-Debatte in Deutschland und anderswo schwerzufallen, zwischen politischer Analyse und politischer Positionierung zu unterscheiden. Da spielt es dann auch keine Rolle mehr, dass zahlreiche dieser Einschätzungen von renommierten iranischen Analytistinnen oder Analysten stammen. Es ist nun einmal so, dass mit Blick auf die jüngsten Präsidentschaftswahlen in Iran mehrere Sachen gleichzeitig wahr sein können: Massud Peseschkian, 69 Jahre alt, Herzchirurg und ehemaliger Gesundheitsminister, wird der erste reformistische Präsident seit Mohammad Chatami werden, der von 1997 bis 2005 im Amt war und der Peseschkian bei dieser Wahl unterstützte. Dass Peseschkian die Wahl für sich entscheiden konnte, hat viele Analytistinnen und iranische Bürger überrascht. Traditionell benötigten Reformkandidaten eine Stimmenmehrheit von deutlich über 50 Prozent. Von niedrigen Wahlbeteiligungen profitierten in der Vergangenheit stets die Hardliner.

Es ist genauso wahr, dass der konservativ dominierte Wächterrat Peseschkians Kandidatur niemals abgesegnet hätte, hätte der Oberste Führer Ali Chamenei nicht zugestimmt. Vermeintlich aussichtsreichere Kandidaten des Reformlagers wie Ali Laridschani wurden bereits zum wiederholten Male disqualifiziert. Es ist also davon auszugehen, dass genau

Seite E 55 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

der Kandidat der Reformer zugelassen wurde, den man mutmaßlich am besten kontrollieren kann. Als ein sogenannter „reformist loyalist“, ein systemergebener Reformist, erschien Peseschkian dem politischen Establishment rund um Chamenei womöglich als kleinstes Übel. Wie zum Beweis unterstrich Peseschkian seine Unterstützung für Chamenei in den TV-Debatten zur Wahl wie keiner der anderen Kandidaten.

Vermeintlich aussichtsreichere Kandidaten des Reformlagers wurden bereits zum wiederholten Male disqualifiziert.

Doch anders, als bei dem von Anbeginn für Ebrahim Raisi orchestrierten Wahlerfolg von 2021, ließ man dieses Mal immerhin einen Reformkandidaten zu. Dennoch wird es eine Rückkehr zu einem islamistischen Pluralismus, der in der Vergangenheit zwar begrenzten, aber doch regen politischen Wettbewerb erlaubte und Männer wie Chatami und Rohani zu Präsidenten machte, nicht geben. Dafür ist die Macht längst zu geschlossen und systematisch in den Händen der Hardliner konzentriert. Peseschkian wird ein schwächerer Präsident werden, als es andere Reformer in dieser Rolle waren. Und bislang deutet nichts darauf hin, dass er das System herausfordern wird.

Das politische Kalkül sah wohl vor, nach zuletzt historisch niedriger Partizipation die Wahlbeteiligung nach oben zu schrauben. Womöglich hatte das politische Establishment auch befürchtet, der vollständige Ausschluss von Reformkandidaten oder aber eine offensichtliche Manipulation der Wahlen, wie sie im Jahr 2009 Millionen von Iranerinnen und Iranern auf die Straßen trieb, könnten erneute Proteste auslösen. Keine Protestbewegung wurde so brutal niedergeschlagen wie die Frau-Leben-Freiheit-Bewegung nach dem gewaltsamen Tod von Jina Mahsa Amini im Herbst 2022. Bilder, die das Regime im Augenblick verhindern will.

Die Strategie ging jedoch nicht auf: 40 Prozent in der ersten Runde und damit die niedrigste Wahlbeteiligung seit 1979 verdeutlichten, dass die Mehrheit in Iran an eine Veränderung über das Mittel des Urnengangs nicht mehr glaubt. Zu sehr hat sich die Islamische Republik in den vergangenen Jahren als reformresistent erwiesen, zu selten das zusehends marginalisierte Reformlager bewiesen, dass es willens ist, Veränderungen zu schaffen. Auch die Reformer wollen schließlich keine Überwindung des Systems der Islamischen Republik, sondern bestenfalls dessen Anpassung an aktuelle Entwicklungen.

Doch gerade der Glaube daran, dass zumindest das möglich ist, ist in den vergangenen Jahren fast vollständig erloschen. Das spiegeln auch die nicht einmal 45 Prozent wider, die in der ersten Runde am 28. Juni für Peseschkian stimmten. Die Aufstellung eines Reformkandidaten bedingte keinen Aufwärtstrend in der Wahlbeteiligung und entzündete innerhalb der reformistisch orientierten Bevölkerung keinen Funken. Auch, weil die traditionelle Basis des Reformlagers, die iranische Mittelschicht, extrem stark von Misswirtschaft, Korruption und den Folgen westlicher Sanktionen betroffen, seit Jahren stetig schrumpft.

Peschkian selbst ist ein tief religiöser Mann, der schon bei seiner Kandidatur augenblicklich die Rolle Chameneis als Oberstem Führer und damit auch politischem Taktgeber hervorhob. Trotzdem ist sein Sieg eine Weigerung der Iraner, sich der fortdauernden Abwärtsspirale zu ergeben, die durch eine Wahl des ultrakonservativen Hardliners Saeed Jalili wohl noch beschleunigt worden wäre. Er zeigt, dass es eben nicht so einfach ist, die Hoffnung auf jedwede noch so kleine Verbesserung des eigenen Lebens im eigenen Land aufzugeben, wenn man selbst unmittelbar betroffen ist. Viele derer, die dazu aufriefen, die Wahl zu boykottieren, um ihr keinerlei Legitimität zu verschaffen, hätten die Folgen eines Jalili-Sieges eben auch nicht zu spüren bekommen. Die Wahlbeteiligung

Seite E 56 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

bei der Stichwahl lag mit etwa 50 Prozent höher als in Runde eins. Zahlreiche Iranerinnen und Iraner gaben an, Peseschkian gewählt zu haben, um Jalili zu verhindern. Dieser galt selbst manchen Vertretern in Hardliner-Kreisen als zu radikal.

Die Aufstellung eines Reformkandidaten bedingte keinen Aufwärtstrend in der Wahlbeteiligung.

Peseschkian strebt Reformen an, da er glaubt, das System brauche Veränderungen. Auch Jalili ist davon überzeugt, will sie aber in die andere Richtung vorantreiben. Ihm gehen noch immer viele Regelungen in der Islamischen Republik nicht weit genug. Seine Präsidentschaft hätte den Paria-Status Irans im Westen voraussichtlich gestärkt und womöglich weitere Sanktionen zur Folge gehabt, die die Bevölkerung ohnehin schon hart treffen. Immerhin 13,5 von 61,5 Millionen wahlberechtigten Iraner haben für ihn gestimmt, was auch zeigt, wie groß in etwa der Anteil derer ist, die hinter einer solchen Ausrichtung der Islamischen Republik stehen.

Peseschkian hat im Wahlkampf angekündigt, die seit langem bestehenden Internet-Beschränkungen zu lockern und sich „voll und ganz“ gegen Polizeipatrouillen zur Durchsetzung der Kopftuchpflicht für Frauen einzusetzen. „Einsetzen“ ist an dieser Stelle wohl das Schlüsselwort, da seine Möglichkeiten natürlich begrenzt sein werden. Er versprach außerdem, mehr Frauen und ethnische Minderheiten wie Kurden und Belutschen in seine Regierung einzubeziehen, die Inflation zu senken, die derzeit bei etwa 40 Prozent liegt und in den letzten Jahren „die Nation erdrückt“ habe. In einer Debatte mit Jalili schätzte Peseschkian den Bedarf Irans an ausländischen Investitionen auf etwa 200 Milliarden US-Dollar, die ihm zufolge nur durch eine Verbesserung der internationalen Beziehungen bereitgestellt werden können. Peseschkian will „konstruktive Beziehungen“ mit allen Ländern des Westens außer Israel, um Iran aus seiner Isolation zu befreien.

Die Wahl Peseschkians macht einen Unterschied. Sie zeigt, dass viele Iranerinnen und Iraner sich schlicht eine Verbesserung ihres Lebensstandards wünschen. Niemand hofft auf einen echten politischen Reformprozess, einen Wandel gar, sondern einfach darauf, dass eine dem Westen wieder zugewandtere Politik einige der zahlreichen Alltagsorgen erleichtern würde. Womöglich war es sogar in Chameneis Interesse, über den Umweg eines Reform-Präsidenten die wirtschaftliche Lage seines Landes zu verbessern, um die intern notwendigen Spielräume zu schaffen, die er für die Regelung seiner Nachfolge benötigt. Wahrscheinlicher ist, dass selbst Chameneis Kontrolle Grenzen hat – und diese da verlaufen, wo eine gewisse Eigensinnigkeit der Iraner anfängt. Die 16,3 Millionen, die am 5. Juli ihre Stimme für Peseschkian abgegeben haben, haben die Wahl, so orchestriert sie auch war, entschieden. Das sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass der bei Weitem größte Teil der iranischen Bevölkerung in dieser Islamischen Republik für sich und seine Kinder keine Zukunft sieht und sich einen grundlegenden politischen Umbruch wünscht: ein neues System.

Die Wahl Peseschkian macht einen Unterschied.

Deshalb sollten auch die Warnungen vieler Aktivisten der Diaspora nicht ungehört bleiben, die nun befürchten, jetzt, da wieder ein für den Westen vergleichsweise akzeptabler Kandidat im Amt ist, würden auch die Menschenrechtsverletzungen, die alltägliche und systematische Diskriminierung von Frauen und Minderheiten sowie die brutalen Repressionen gegen Demonstrierende wie schon in der Vergangenheit achselzuckend hingenommen. Tatsächlich drückten Europa und die USA etwa zu Zeiten von Rohani und seinem in westlichen Hauptstädten beliebten Außenminister Javad Zarif, der womöglich auch unter Peseschkian wieder eine Schlüsselrolle besetzen wird, in Anbetracht des

verhandelten Atomabkommens von 2015, oft alle Augen sehr fest zu. Die immer stärker militarisierte imperiale Ausbreitung Irans im Mittleren Osten wurde nahezu ignoriert. Die direkten Folgen davon beobachten wir heute. Ernsthafte Versuche, Iran zu dessen Eindämmung zu bewegen, gab es keine.

Überdies hatten jene vergleichsweise engen Beziehungen zum iranischen Regime zur Folge, dass Anliegen der Zivilbevölkerung wenig Gehör fanden. Die Bande, die in den arabischen Ländern der Region während des Arabischen Frühlings insbesondere zu Vertretern der Zivilgesellschaft, marginalisierten Gruppen und ethnischen Minderheits-Communities geknüpft wurden, suchte man in Iran nicht.

Die Politik der Entspannung und Diplomatie galt dem Versuch, mehr Stabilität und Frieden in der Region zu schaffen. Diese Politik war nicht falsch – aber sie war unvollständig. Sie ließ Anliegen von Menschenrechtsgruppen und -aktivisten außer Acht, scherte sich kaum um bereits damals inhaftierte und misshandelte Frauen im Evin-Gefängnis und suchte keine Mitstreiter in der Zivilgesellschaft. Ein Zurück zu dieser Politik darf es nicht geben. Und doch kann die Präsidentschaft Peseschkians eine Chance sein, mit Iran wieder ernsthaft über Dinge zu verhandeln, die heute genauso wichtig sind wie vor zehn Jahren: Stabilität im Mittleren Osten, das iranische Atomprogramm und Menschenrechte.



Hanna Voss
Beirut

Hanna Voss war Redakteurin für die *taz am Wochenende* und ist nun im Auslandsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Beirut tätig.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/nur-das-kleinste-uebel-7638/?utm_campaign=de_40_20240709&utm_medium=email&utm_source=newsletter

17) Eskalation des Schattenkriegs.

Die mit dem Iran verbündete Hisbollah und Israels Armee liefern sich einen immer heftigeren Schlagabtausch. Lässt sich ein Bodenkrieg noch verhindern?

Von David Ramin Jalilvand & Jannis Grimm & Gil Murciano

08.07.2024



Um den Raketenbeschuss dauerhaft zu unterbinden, müssten die Israelischen Verteidigungskräfte tief in libanesisches Gebiet vordringen. -picture alliance / AP | Ohad Zwigenberg

Die Lage an Israels Grenze zum Libanon spitzt sich zu. Die Angst vor einem neuen Krieg, der die ganze Region erfassen könnte, ist derzeit präsenter denn je. Dabei war selbst der Gaza-Krieg nie nur auf den Gazastreifen begrenzt. Die libanesische Hisbollah zeigte sich von den Terrorangriffen der Hamas am 7. Oktober 2023 zwar überrascht. Doch nur einen Tag später trat die stärkste nicht-staatliche Kraft in der iranischen „Achse des Widerstands“ in den Krieg ein und begann, wengleich widerwillig, mit Angriffen auf israelische Militäreinrichtungen.

Seitdem sind neun Monate vergangen, in denen sich Hisbollah und die israelischen Streitkräfte einen immer heftigeren Schlagabtausch lieferten. Das [ACLED-Projekt](#), welches Daten zu gewaltsamen Konflikten erhebt, registrierte seit dem 7. Oktober mehr als 7 400 Angriffe über die 120 Kilometer lange Grenze. Satellitenbilder, Radardaten und Statistiken zeigen, wie weite Teile des Südlibanon verwüstet und in eine menschenleere Pufferzone verwandelt wurden. Und auch Israels Norden wurde empfindlich getroffen. Mehr als 150 000 Menschen wurden auf beiden Seiten der Grenze durch die Kampfhandlungen vertrieben, mindestens 543 Libanesen und 21 Israelis getötet. Dennoch waren beide Seiten lange Zeit darauf bedacht, die Eskalation nicht auf die Spitze zu treiben – die Konflikttintensität blieb über Monate stabil. Diese Situation droht nun jedoch zu kippen, ein Bodenkrieg zwischen Israel und Hisbollah scheint zum Greifen nahe.

Beschränkten die Hisbollah ihre Angriffe über Monate auf militärische Ziele, so zeigte sie mit Drohnenflügen über Haifa zuletzt ihre Fähigkeiten, auch Zivilisten weit im israelischen Landesinneren zu treffen. Ein erfolgreicher Raketenangriff auf eine israelische Iron-Dome-Batterie demonstrierte zudem, dass die israelische Luftabwehr kein unüberwindbares

Seite E 59 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Hindernis darstellt. Ohnehin besteht in Israel die Sorge, dass man einem Angriff nicht standhalten könnte, sollte Hisbollah ihr gesamtes Arsenal an Raketen und Selbstmorddrohnen zum Einsatz bringen. Tel Aviv erhöhte vor diesem Hintergrund mit Luftschlägen auf hochrangige Hisbollah-Kommandeure den Einsatz. Israels Verteidigungsminister Yoav Gallant sagte hierzu, sein Land suche keinen Krieg, könne den Libanon jedoch im Falle des Falls „[in die Steinzeit zurückversetzen](#)“.

Die Zeichen stehen unmissverständlich auf Sturm. Das legen auch die strategischen Dilemmata der involvierten Konfliktparteien nahe. Für Israel ist die Situation an der Nordgrenze unhaltbar. Lange vermied der jüdische Staat, sich den Zeitpunkt eines neuen Krieges im Norden diktieren zu lassen und priorisierte den Aufbau der eigenen Resilienz. Im Kontext von Kriegsmüdigkeit und einer Legitimitätskrise der amtierenden Regierung herrscht mäßiger Enthusiasmus in der Bevölkerung für die Eröffnung einer zweiten, potenziell deutlich verlustreicheren Front im Norden. Doch ist die derzeitige Vertreibung zehntausender Bürgerinnen und Bürger aus grenznahen Gebieten ein innenpolitisches Pulverfass. Nur wenn es der Regierung gelänge, die militärischen Kapazitäten der Hisbollah signifikant zu schwächen, könnte sie den Binnenvertriebenen glaubhaft eine sichere Rückkehr in ihre Dörfer ermöglichen. Auf der anderen Seite verringert die aktuelle weitgehende Evakuierung des Nordens aber auch die unmittelbaren Kosten einer möglichen Bodenoffensive.

Hisbollah weiß um den hohen Blutzoll, den ein neuerlicher Krieg mit Israel fordern würde.

Zudem meinen einige regierungsnahen Strategen, es sei an der Zeit, Israels Sicherheitsproblem im Norden ein für alle Mal zu lösen. Der 7. Oktober hat das in Israel lange Zeit dominante Paradigma, man könne die Konflikte in der Nachbarschaft managen, schwer erschüttert. Verschwunden ist die Überzeugung, unter Inkaufnahme gelegentlicher Militäroperationen, Seite an Seite mit seinen Feinden koexistieren zu können. Stattdessen diskutiert die israelische Öffentlichkeit die Notwendigkeit, möglichen Sicherheitsbedrohungen stärker proaktiv zu begegnen, wenn nötig auch auf Kosten einer Eskalation des Schattenkriegs mit Teheran.

Hierbei kommen auch die iranischen Fortschritte beim Atomprogramm zum Tragen: Sollte der Iran israelische oder US-amerikanische Angriffe auf sein Territorium nuklear abschrecken können, wäre er nicht mehr gleichermaßen auf verbündete Milizen wie Hisbollah angewiesen. Diese könnten dann offensiver gegen Israel agieren. Die Islamische Republik hat hier die Zeit auf ihrer Seite, was Israel veranlassen könnte, eher früher als später neue Fakten zu schaffen.

Gleichzeitig fehlt eine klare Idee, was Israel mit einem Militäreinsatz überhaupt erreichen könnte. Die Schaffung einer demilitarisierten Zone im Südlibanon entspräche im Grunde der heutigen Situation: Luftangriffe, Artilleriebeschuss und der Einsatz von weißem Phosphor haben einen Großteil des Gebiets nördlich der Grenze unbewohnbar gemacht. Dies hat die Sicherheit Israels jedoch nicht merklich verbessert. Um den Raketenbeschuss dauerhaft zu unterbinden, müssten die Israelischen Verteidigungsstreitkräfte tief in libanesisches Gebiet vordringen und dieses halten. Dies könnte Israel erneut in eine Besatzungssituation verwickeln, aus der sie sich – ähnlich wie im Jahr 2000 – möglicherweise nur noch mit Mühe befreien könnten.

Dass sich die Hisbollah von den israelischen Kriegsdrohungen beeindrucken lässt, scheint daher zweifelhaft. Im Kontext des Gaza-Kriegs hat die Miliz ihr ramponiertes Image als Widerstandsbewegung dadurch wiederbelebt, dass sie einen dauerhaften Waffenstillstand

Seite E 60 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

in Gaza zur Grundbedingung für Verhandlungen gemacht hat. Sie weiß um den hohen Blutzoll, den ein neuerlicher Krieg mit Israel fordern würde. Gleichzeitig sieht sie aber auch das innergesellschaftliche Spaltungspotenzial, das ein solcher Krieg für Israel birgt.

Der Iran würde einer erheblichen Schwächung der Hisbollah nicht tatenlos zusehen.

Nicht zuletzt sind viele Hisbollah-Mitglieder angesichts der bescheidenen Performance der israelischen Streitkräfte gegen die Qassam-Brigaden im viel kleineren und umzäunten Gazastreifen der Auffassung, man könne der israelischen Armee durchaus standhalten. Bislang ging die Hisbollah noch aus jedem Krieg gestärkt hervor. Diesmal verfügt sie zudem über ein [gewaltiges Arsenal von schätzungsweise 130 000 Raketen](#), darunter ballistische Raketen, die den Süden Israels erreichen könnten. Ihre Einheiten sind gut ausgebildet und haben im syrischen Bürgerkrieg Kampferfahrung gesammelt. Ferner verschärft wird die Gemengelage durch den Umstand, dass Hisbollah heute ein zentraler Bestandteil der iranischen Sicherheitsarchitektur ist.

Die Rettung Assads und die faktische Übernahme des libanesischen Staates haben der Gruppe einen besonderen Status innerhalb von Teherans „Achse des Widerstands“ verschafft. Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah wird von einigen bereits als potenzieller Erbe der religiös-politischen Autorität Chameneis gehandelt. Fiele die Hisbollah, wäre Teherans Einfluss in der Levante empfindlich geschwächt. Milizen in Irak und Syrien hätten wenig Anreiz, weiter auf Teheran zu setzen, wenn Iran der Hisbollah nicht zur Seite spränge. Ohnehin drängen viele dieser Gruppen darauf, Teheran solle seinen martialischen Worten gegen Israel endlich Taten folgen lassen.

Der Iran würde einer erheblichen Schwächung der Hisbollah daher wohl nicht tatenlos zusehen. In die Kampfhandlungen eingreifen könnten die zahlreichen mit Iran verbündeten Milizen, die Teheran erst Anfang des Jahres im Rahmen einer Vereinbarung mit den USA nur mit Mühe gebremst hat. Möglich wären auch Angriffe gegen US-Stellungen im Nahen Osten. Der aktuell „kalte Frieden“ zwischen Teheran und Washington wäre aufgekündigt. Schließlich besteht auch die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen Iran und Israel. Die rote Linie eines direkten Angriffs auf das Territorium des anderen wurde bereits im April überschritten.

Es spricht wenig dafür, dass Hisbollah, Iran und Israel diese verfahrenere Situation aus eigener Kraft auflösen werden. Die internationale Gemeinschaft ging bislang davon aus, dass auf keiner Seite echtes Interesse an einer Eskalation besteht. Vermittlungsversuche fokussierten daher vor allem auf wechselseitige Kommunikation von Positionen, um Missverständnissen und Fehleinschätzungen sowie einer nicht intendierten Eskalation vorzubeugen. Niemand will einen Krieg – so das Mantra des bisherigen Konfliktmanagements.

Für Israel ist die Situation im Norden nicht länger tragbar.

Dieses Paradigma wurde von der Realität überholt. Die Konfliktparteien bewegen sich rapide auf ein Szenario zu, in dem es für sie erfolgversprechender sein könnte, zu eskalieren, als den Status quo zu erhalten. Für Israel ist die Situation im Norden nicht länger tragbar. Die Hisbollah wiederum ist zunehmend überzeugt davon, dass Israel ohnehin früher oder später eine Bodenoffensive im Südlibanon starten wird. Sie zeigt daher wenig Bereitschaft für Konzessionen und rüstet auf.

Diese Transformation der Konfliktdynamik erfordert ein anderes internationales Engagement als bisher. Dieses darf sich nicht länger auf Mediation beschränken, sondern

Seite E 61 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

muss gezielt die Kalküle der Akteure zu verändern suchen und ihnen einen gesichtswahrenden Ausweg aufzeigen. Die Schaffung neuer Anreizstrukturen darf Europa nicht anderen überlassen. Von vielen Regionalakteuren, die als mögliche Vermittler im Gespräch sind, ist kein ernsthaftes Engagement zur Verhinderung eines Krieges zu erwarten. Weder Ägypten noch die Golfstaaten sind gewillt, in Sachen Gaza oder Libanon in den Ring zu steigen.

Umso stärker sind Israels europäische Partner gefordert – schon aus Eigeninteresse. Für den Libanon wäre ein Krieg eine Katastrophe und verbunden mit weitreichenden humanitären Folgen. Doch seine Schockwellen würden im gesamten Nahen Osten und Mittelmeerraum spürbar. Die ohnehin fragile Lage in der weiteren Region droht vollends zu eskalieren.

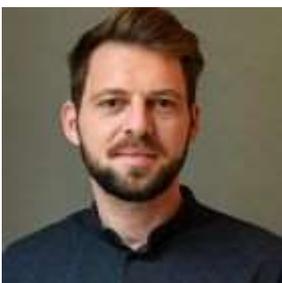
Innenpolitisch wäre, im Kontext einer erstarkenden Rechten, ein Exodus von Kriegsflüchtlingen aus dem Libanon und der Region – darunter Hunderttausende Syrerinnen und Syrer, die dort Zuflucht gefunden haben – für die europäischen Demokratien eine echte Belastungsprobe. Gleiches gilt für die Preissteigerungen und Produktionsengpässe, die eine Blockade zentraler Welthandelsrouten nach sich zöge.

Unterschätzt wird überdies, wie sehr die Lage im Libanon mit der in Gaza zusammenhängt. Es gibt kaum ein Szenario, in dem eine Eskalation im Norden nicht auch die Gewalt im Gazastreifen neu entfacht und eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts torpedieren würde. Letztlich ist es allein deshalb kaum vorstellbar, dass sich Europa aus den Kampfhandlungen heraushalten könnte. Sollte Israel existenziell bedroht werden, wird sich insbesondere Deutschland gezwungen sehen, sein Prinzip der Staatsräson mit Leben zu füllen. Um dieses Szenario zu verhindern, braucht es eine Initiative von außen. Der Einsatz war selten so hoch.



David Ramin Jalilvand, Berlin

Dr. David Jalilvand ist Analyst und Berater mit Fokus auf Entwicklungen an der Schnittstelle von Außenpolitik, Wirtschaft und Energie im Mittleren Osten. Er ist Geschäftsführer der Orient Matters GmbH in Berlin. Unter anderem berät er das Iran-Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung, das er zuvor im Rahmen seiner Arbeit für das Nahost- und Nordafrika-Referat der FES in Berlin leitete.



Jannis Grimm, Berlin

Dr. Jannis Julien Grimm leitet die Forschungsgruppe *Radikale Räume / Radical Spaces* am Berliner Zentrum für interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung der Freien Universität Berlin.



Gil Murciano, Tel Aviv

Dr. Gil Murciano ist der CEO von *Mitvim (Israeli Institute for Regional Foreign Policies)*. Er ist Mitglied der *Adjunct Faculty* der *Hertie School of Governance* Berlin, wo er als Dozent für Internationale Politik des Nahen Ostens tätig ist.

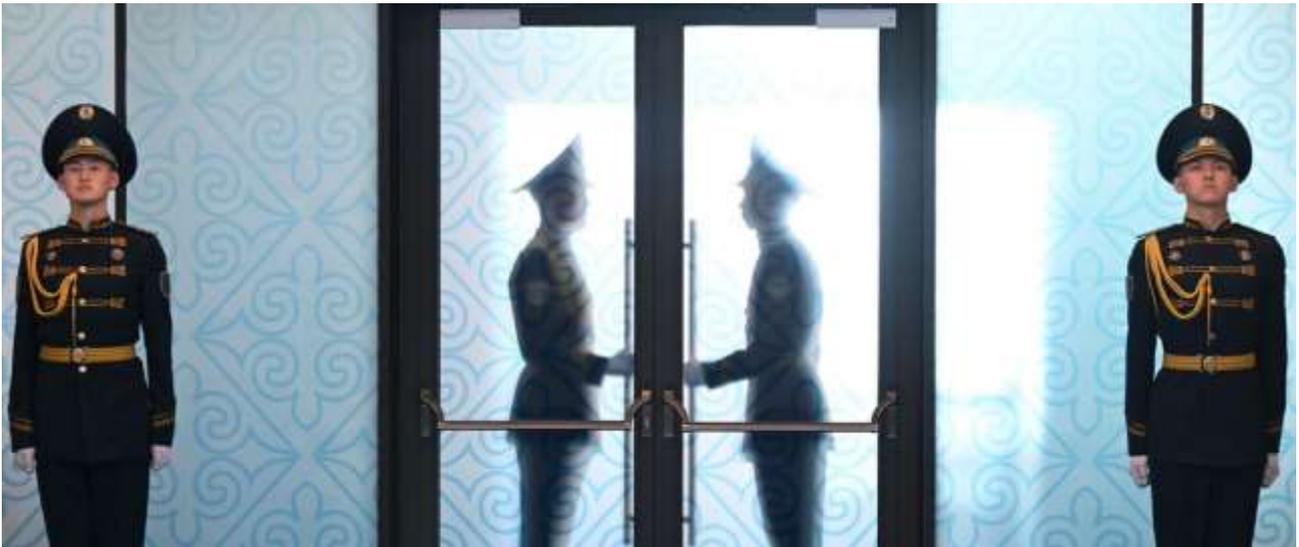
https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/eskalation-des-schattenkriegs-7633/?utm_campaign=de_40_20240709&utm_medium=email&utm_source=newsletter

18) Bereit für die ganz große Bühne.

Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit strebt eine globale Friedensrolle an. Wie agiert Moskau?

Von Alexandra Sitenko

05.07.2024



Gastgeber Kasachstan bietet allen Teilnehmern den großen Auftritt.- *picture alliance / Sipa USA / Kommersant Photo Agency*

Kaum ist der G7-Gipfel in Apulien vorbei, laufen im Westen schon die Vorbereitungen für den NATO-Gipfel vom 9. bis 11. Juli in Washington, die aktuell die Berichterstattung dominieren. Es lohnt sich jedoch auch, einen Blick auf die Gipfeldiplomatie in der eurasischen Region zu werfen, wo China und Russland ihren politischen Handlungsspielraum auszuweiten versuchen und Mittelmächte wie Kasachstan an Bedeutung auch über Zentralasien hinaus gewinnen. Am 4. Juli ging in der kasachischen

Seite E 63 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Hauptstadt Astana das 24. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) zu Ende – einer Organisation, deren Mitglieder zusammengenommen fast die Hälfte der Weltbevölkerung repräsentieren und auf die etwa ein Viertel des globalen BIP und [15 Prozent des Welthandels](#) entfallen.

Das Treffen fand diesmal unter dem Motto „Stärkung des multilateralen Dialogs – Streben nach dauerhaftem Frieden“ statt und wurde zum ersten Mal im Format SOZ+ abgehalten. Neben dem Beobachter Mongolei nahmen daran auch die Dialogpartner Aserbaidschan, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Türkei und Turkmenistan teil. UN-Generalsekretär António Guterres war ebenso erstmals bei einem SOZ-Treffen anwesend. Allein diese erhebliche Erweiterung des Formats macht das diesjährige Treffen besonders. Doch auch weitere Elemente deuten auf eine mögliche Veränderung beziehungsweise Aufwertung der Organisation in den kommenden Jahren hin.

Die SOZ ist eine regionale Organisation, die ihren Mitgliedstaaten eine Plattform für Dialog und Zusammenarbeit bietet. Gegründet wurde sie ursprünglich, um nach dem Zerfall der Sowjetunion Stabilität und Sicherheit in der zentralasiatischen Region zu gewährleisten und gemeinsam Extremismus, Terrorismus und Separatismus zu bekämpfen. Im Jahr 1996 wurde zunächst die Gruppe der Shanghai Fünf gegründet, der Russland, China, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan angehörten. In diesem Rahmen wurden die ersten Abkommen über militärische vertrauensbildende Maßnahmen unterzeichnet. 2001 trat Usbekistan der Gruppe bei und am 15. Juni 2001 nahm die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit ihre Arbeit auf. Im Jahr 2017 wurden Indien und Pakistan Vollmitglieder der SOZ und 2023 wurde der Iran als neues Mitglied aufgenommen.

Die ursprünglich asiatische Organisation verwandelte sich dieses Jahr mit der Aufnahme von Belarus in eine eurasische.

Das Gipfeltreffen in Astana begann damit, dass Belarus als zehntes SOZ-Vollmitglied begrüßt wurde. Die ursprünglich asiatische Organisation verwandelte sich dieses Jahr mit der Aufnahme eines ausschließlich europäischen Landes in eine eurasische, was ihre geografische, aber auch potenziell politische und ökonomische Reichweite vergrößert. Wie aus dem Abschlussdokument allerdings deutlich hervorgeht, bleibt Zentralasien das Herzstück der SOZ. Das hat auch seine Berechtigung, denn die Region ist nach wie vor für die regionale Stabilität sowie für die Extremismus- und Terrorismusbekämpfung von entscheidender Bedeutung.

Darüber hinaus gewinnt sie aktuell an Relevanz als Transportroute von China nach Europa, wie etwa über die Transkaspische Internationale Transportroute, auch bekannt als Mittlerer Korridor. Der Ausbau der eurasischen Transportkonnektivität durch die Schaffung effizienter Synergien zwischen mehreren Transportrouten, die durch das Gebiet der SOZ-Länder verlaufen – wie etwa Chinas Megaprojekt *One Belt, One Road*, der Mittlere Korridor und der über Indien, Iran, Aserbaidschan und Russland verlaufende Nord-Süd-Korridor –, wurde auf dem diesjährigen Gipfel als einer der Schlüsselbereiche für die künftigen Aktivitäten der SOZ identifiziert. Neumitglied Belarus wird aufgrund des Zugangs zu Westeuropa als wichtiges Element zur Bildung eines gemeinsamen eurasischen Verkehrsraums betrachtet.

Schließlich wurde betont, dass die Zusammenarbeit innerhalb der Organisation als Grundlage für die Schaffung einer unteilbaren Sicherheitsarchitektur in Eurasien dienen kann – eine Initiative, die möglicherweise auf das Bemühen Russlands zurückzuführen ist,

Seite E 64 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

angesichts des Konflikts mit dem Westen die Schaffung eines eurasischen Integrationsraums voranzutreiben. Seit 2016 [strebt](#) Moskau die Bildung der Großen Eurasischen Partnerschaft in Handel, Wirtschaft und Sicherheitspolitik an. Dafür sollen die Potenziale einzelner Staaten sowie regionaler Organisationen – wie der Eurasischen Wirtschaftsunion, der SOZ und des Verbands Südostasiatischer Nationen – gebündelt werden.

Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit möchte sich auch bei globalen Fragen stärker beteiligen.

Somit wurden auf dem Treffen in Astana die Konturen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit als eurasische Organisation geschärft. Der Gipfel könnte der Vorbote bedeutender geopolitischer Entwicklungen in Zentralasien und Eurasien der kommenden Jahre sein. Doch die Organisation möchte sich auch bei globalen Fragen stärker beteiligen.

Wie das Motto des diesjährigen Gipfels bereits andeutet, strebt die SOZ zunehmend eine Rolle als globaler Friedens- und Sicherheitsakteur an. Im Abschlussdokument wird mehrfach die Notwendigkeit realistischer Kompromisse und Konfliktlösungen ausschließlich durch Dialog und mit friedlichen Mitteln bekräftigt. Vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Spannungen verlieren bestehende Plattformen zur Lösung von Konflikten wie der Sicherheitsrat der UN in der Tat an Wirksamkeit. Die Länder des sogenannten Globalen Südens fordern eine größere Mitsprache in den internationalen Angelegenheiten und eine gerechtere Weltordnung – und sie agieren bereits in diese Richtung. Vor diesem Hintergrund bekräftigen die [SOZ-Mitgliedstaaten in ihrer Erklärung](#) ihr Bekenntnis zu einer „repräsentativeren, demokratischeren, gerechteren und multipolaren Weltordnung, die auf den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts, der kulturellen und zivilisatorischen Vielfalt sowie einer vorteilhaften und gerechten Zusammenarbeit zwischen den Staaten beruht, wobei die Vereinten Nationen eine zentrale koordinierende Rolle spielen“.

In der einstimmig beschlossenen Deklaration äußern sich die Mitglieder zwar zu den aktuell drängenden Fragen, die entsprechenden Äußerungen bleiben jedoch weitgehend allgemein.

Angesichts des kommenden 80. Jahrestags der Gründung der Vereinten Nationen will die SOZ einen Beitrag leisten, indem sie auf Vorschlag des kasachischen Präsidenten die Initiative „Über die weltweite Einheit für gerechten Frieden, Harmonie und Entwicklung“ beschloss und die Weltgemeinschaft dazu eingeladen hat, sich ihr anzuschließen. Noch liegen allerdings nur wenige Informationen über die Inhalte dieser Initiative vor. Außerdem: Will die SOZ sich in der globalen Friedens- und Sicherheitspolitik profilieren, muss sie zu den konkreten globalen Fragen Stellung beziehen. In der einstimmig beschlossenen Deklaration äußern sich die Mitglieder zwar zu den aktuell drängenden Fragen, die entsprechenden Äußerungen bleiben jedoch weitgehend allgemein und hinter den Erwartungen zurück, insbesondere was die Lösungen der gegenwärtig heißen Konflikte betrifft.

Was den palästinensisch-israelischen Konflikt anbetrifft, wird die Besorgnis über die Eskalation zum Ausdruck gebracht. Die „Aktionen, die zu zahlreichen Opfern unter der Zivilbevölkerung und der katastrophalen humanitären Lage im Gazastreifen geführt haben“, werden verurteilt, ohne jedoch die Hamas oder Israel explizit zu nennen. Etwas deutlicher wird darauf hingewiesen, dass „der einzig mögliche Weg, um Frieden und Stabilität im Nahen Osten zu gewährleisten, eine umfassende und gerechte Lösung der palästinensischen Frage“ sei.

Überraschenderweise wird der Krieg in der Ukraine in der Abschlusserklärung nicht explizit erwähnt. Eine eindeutige Positionierung wurde offensichtlich ausgeklammert, um die Konsensfähigkeit des Abschlussdokuments nicht zu gefährden. Bei mehreren bilateralen Treffen wurde es angesprochen: Der türkische [Präsident Erdoğan etwa sprach mit dem chinesischen Machthaber Xi Jinping](#) über die Gefahr einer Ausweitung des Konflikts.

Als eine Anspielung darauf in der Abschlusserklärung lässt sich die Kritik an der einseitigen Verhängung von Sanktionen interpretieren, welche mit den Grundsätzen des Völkerrechts unvereinbar sei und negative Auswirkungen auf Drittländer habe. Gleichzeitig werden die Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität von Staaten, die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und die Nichtanwendung sowie die Nichtandrohung von Gewalt als Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung der internationalen Beziehungen betont. Das könnte als ein Hinweis an Russland gedeutet werden und den Wunsch der SOZ demonstrieren, sich als ein ernst zu nehmender und verantwortungsbewusster globaler Akteur zu positionieren.

Doch um als globaler Lösungsfinder glaubwürdig zu erscheinen, müsste die SOZ die eigenen Mitglieder befrieden und das Konfliktpotenzial in den eigenen Reihen einhegen. Zum Beispiel wird die Entscheidung des indischen Premierministers Narendra Modi, nicht zum SOZ-Gipfel zu fahren und sich von seinem Außenminister Subrahmanyam Jaishankar vertreten zu lassen, [von einigen indischen Mediendamenten erklärt](#), dass er aufgrund von bilateralen Spannungen ein Treffen mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping und dem pakistanischen Premierminister Shahbaz Sharif vermeiden wollte. Es kam jedoch am Rande des *summit* zu einem [Treffen der Außenminister Indiens und Chinas](#). Beide kamen überein, bilaterale Gespräche und Maßnahmen fortzusetzen, um eine baldige Lösung der verbleibenden Probleme an der Grenze zu erreichen. An diesem Beispiel zeigt sich gleichzeitig die wichtige Funktion der SOZ als Dialogplattform zur Erörterung von schwierigen Fragen unter ihren Mitgliedern.

Der SOZ-Gipfel in Astana zeigt einmal mehr, dass die Bedeutung von Mittelmächten wächst.

Insgesamt zeigt der SOZ-Gipfel in Astana einmal mehr, dass die Bedeutung von Mittelmächten wächst. Diese Erkenntnis teilte auch der diesjährige Gastgeber, der kasachische Präsident [Qassym-Schomart Toqajew, in einem Gastbeitrag](#): „Da die Großmächte immer weniger bereit sind, dem multilateralen Prozess zu vertrauen, und die kleineren Länder nicht über den nötigen Einfluss verfügen, ist es die Aufgabe der Mittelmächte, die Führung zu übernehmen.“ Spätestens seit 2022 haben unter anderen Indien, Südafrika, die Türkei und Saudi-Arabien mit ihrem auffälligen Engagement für multilaterale Reformen sowie bei der Vermittlung und der Suche nach Lösungen im Ukraine-Krieg diese Tendenz bestätigt.

Was die SOZ anbetrifft, wird diese Organisation heute stärker wahrgenommen als zuvor, auch im Kontext der Suche nach Lösungen für aktuelle militärische Konflikte. Die Präsenz des UN-Generalsekretärs António Guterres auf dem Gipfel in Astana ist ein Indiz für eine Aufwertung. Nach [Ansicht des UN-Generalsekretärs](#) können UN und SOZ zusammenarbeiten und dazu beitragen, die verschiedenen Weltteile zu vereinen und den Schaden zu begrenzen, der durch die Konfrontation zwischen den Supermächten entstanden ist. Es ist damit zu rechnen, dass diese regionale Organisation in den kommenden Jahren an einer Festigung und Vertiefung ihrer Strukturen arbeiten wird. Derzeit werden die Vorschläge über die Einrichtung eines SOZ-Investitionsfonds sowie einer SOZ-Entwicklungsbank erörtert.

Der SOZ-Gipfel verdeutlicht auch einen sich seit einigen Jahren abzeichnenden Trend: Angesichts der Krise der *Global Governance* und der schleppenden UN-Reform gewinnen multilaterale Vereinigungen wie [BRICS+](#) sowie regionale Organisationen wie die SOZ an Attraktivität. Diese Formate als alternative Plattformen zur Suche nach Lösungen und zur Schaffung einer gerechteren Weltordnung sind zwar durch die dominante Rolle großer Player wie China und Russland gekennzeichnet, werden aber in zunehmendem Maße von aufstrebenden Mittelmächten vorangetrieben.



Alexandra Sitenko
Berlin

Dr. Alexandra Sitenko ist unabhängige Politikberaterin und Wissenschaftlerin aus Kasachstan.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/bereit-fuer-die-ganz-grosse-buehne-7628/?utm_campaign=de_40_20240705&utm_medium=email&utm_source=newsletter

01) Grund zur Sorge?

Die militärische Lage der NATO gegenüber Russland ist komplexer, als es die reinen Verteidigungsausgaben vermuten lassen

Von Holger Janusch

25.07.2024



NATO-Übung in Griechenland.-*picture alliance / Zumapress | U.S. Army*

Seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine stehen die Unterfinanzierung und der Reformbedarf der Bundeswehr im medialen und politischen Fokus. Deutschland sei nicht verteidigungsfähig oder kriegstüchtig; eine Zeitenwende nötig. Auf der Gegenseite halten Stimmen aus politischen Parteien, wie der AfD, BSW, Linken und dem linken Flügel der SPD, aber auch aus der Wissenschaft eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben für unnötig oder gar gefährlich. Erstens führe eine Aufrüstung zu einem Wettrüsten und erhöhe die Gefahr einer Eskalation mit Russland. Zweitens bestehe kein Grund zur Sorge, da die Verteidigungsausgaben der NATO im Vergleich zu Russland um ein Vielfaches höher sein. So wird häufig betont, dass in 2023 die NATO-Staaten [1341 Milliarden US-Dollar](#), davon entfallen 916 Milliarden auf die Vereinigten Staaten, für Verteidigung ausgaben, während Russlands Verteidigungsetat nur 109 Milliarden US-Dollar umfasse. Die NATO-Staaten geben im Vergleich zu Russland somit das Zwölfwache für Verteidigung aus: also kein Grund zur Sorge.

Ein kritischer Blick auf die Daten belegt jedoch, dass die militärische Lage ausgeglichener ist, als es die Verteidigungsausgaben nahelegen. Allen voran sollten Verteidigungsausgaben zur Bestimmung der Bedrohungslage unter Berücksichtigung der Kaufkraftparität miteinander verglichen werden. So lassen sich in vielen Ländern, wie Russland oder China, für jeden Dollar relativ mehr militärische Waren und Dienstleistungen kaufen als in den meisten NATO-Staaten, darunter die Vereinigten Staaten und Deutschland. [Peter E. Robertson](#) entwickelte eine Methode zur Berechnung der Wechselkurse für militärische Kaufkraftparität. Bei der Betrachtung der Verteidigungsausgaben nach Kaufkraftparität ändert sich die Bewertung der militärischen Lage drastisch. Das Verhältnis bei den Verteidigungsausgaben der NATO-Länder gegenüber Russland liegt dann nicht mehr bei 12:1, sondern nur noch bei [4:1](#).

Ohne die Vereinigten Staaten als Bündnispartner läge das Verhältnis sogar bei unter 2:1. Ein Wegfall der USA als zuverlässiger Verbündete wäre mit der Wiederwahl Donald Trumps denkbar, insbesondere wenn keine fairere Lastenverteilung zwischen den NATO-Staaten erreicht wird. Zu Recht beklagen nicht nur Donald Trump, sondern beide Parteien in Washington, dass die Vereinigten Staaten eine unverhältnismäßige Last des Bündnisses tragen. Zusätzlich wäre durch den Wegfall amerikanischer Kommandostrukturen, Logistik, militärischer Aufklärungsfähigkeiten und nachrichtendienstlicher Zusammenarbeit der Schaden für die europäische Verteidigung weitaus größer, als es die Verteidigungsausgaben erahnen lassen.

Aber selbst wenn die USA ein zuverlässiger Bündnispartner blieben, verzerrt eine ausschließliche Berücksichtigung der Verteidigungsausgaben die militärische Einschätzung an der Ostflanke der NATO. Das Militär der Vereinigten Staaten ist über die gesamte Welt verteilt. So müssen die USA immense Kosten für eine globale Logistik und Militärstützpunkte tragen. Viele militärische Kräfte der Vereinigten Staaten werden in anderen Regionen der Welt, wie dem Nahen Osten und Indopazifik, eingesetzt. Käme es zum Beispiel zu einer Eskalation um Taiwan, könnte dies ein Großteil der amerikanischen Streitkräfte binden. Auf eine solche Situation sollten die europäischen NATO-Staaten vorbereitet sein.

Auch die Zusammensetzung der Verteidigungsausgaben gilt es bei der Einschätzung der Verteidigungsfähigkeit zu berücksichtigen. Die gesamten Verteidigungsausgaben verraten nicht, wie viel ein Land für Ausrüstung, Personal, Einsätze und Wartung ausgibt. Im Jahr 2024 wird der Anteil für die Beschaffung von militärischer Ausrüstung und Forschung auf [28,7 Prozent](#) der gesamten Verteidigungsausgaben Deutschlands geschätzt, während 38,5 Prozent für Einsätze und Wartung und 29,6 Prozent für Personal ausgegeben werden. In den 2010er Jahre lag der Anteil für Ausrüstung und Forschung nur bei rund zwölf Prozent. Sicherlich lässt sich hier einwenden, dass Russland hohe Einsatzkosten und Verluste militärischer Kapazitäten in der Ukraine aufweist. Dennoch stellt sich weiterhin die Frage, inwiefern die Bundeswehr für einen dauerhaften Konflikt gewappnet ist.

Um die Bundeswehr wieder fit für die klassische Landesverteidigung zu machen, bedarf es massiver Investitionen.

Auch erfassen die Zahlen zu den Verteidigungsausgaben nicht den Umstand, dass die Bundeswehr in den letzten Dekaden vor allem den Auftrag der Terrorismusbekämpfung und Friedenssicherung hatte, während der klassische Auftrag der Landesverteidigung vernachlässigt wurde. Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die Bundeswehr nicht nur ein hohes Investitionsdefizit angehäuft, sondern die getätigten Investitionen und Anschaffungen galten einem völlig anderen Auftragsprofil. Um die Bundeswehr wieder fit für die klassische Landesverteidigung zu machen, bedarf es massiver Investitionen. Hier wird ein einmaliges Sondervermögen nicht ausreichen.

Gleiches gilt für die deutsche und europäische Verteidigungsindustrie, die erst langsam Produktionskapazitäten im Zuge des Ukrainekrieges aufbaut, um Rüstungsgüter und Munition im Falle eines militärischen Großmachtkonflikts ausreichend bereitstellen zu können. Die [Europäische Union](#) sieht ein enormes Investitionsdefizit in der europäischen Verteidigungsindustrie. Selbst die amerikanische Verteidigungsindustrie ist für einen langfristigen Konflikt mit China nicht aufgestellt, wie die US-Regierung in der [National Defense Industrial Strategy](#) darlegt. Sowohl in der Europäischen Union als auch den Vereinigten Staaten bedarf es eines stabilen Verteidigungsetats, der der Verteidigungsindustrie langfristige Planbarkeit und Investitionssicherheit bietet.

Sicherlich lassen sich weitere Faktoren nennen, die sich auf das militärische Lagebild zwischen der NATO und Russland auswirken, aber nicht von den Verteidigungsausgaben erfasst werden: der technologische Vorsprung der NATO, die Effektivität der Militärdoktrin oder die Kampferfahrung der Streitkräfte. Es muss auch berücksichtigt werden, dass die Verteidigungsausgaben in Demokratien transparenter sind als in autokratischen Systemen, deren tatsächlichen Verteidigungsausgaben meist schwerer zu schätzen sind. Manche dieser Faktoren mögen für ein sorgenloseres Lagebild, andere für ein bedrohlicheres sprechen.

Das Argument hier ist nicht zwingend für oder gegen eine Erhöhung des Verteidigungsetats, sondern für einen sorgfältigeren Umgang mit Daten. Die Verteidigungsausgaben ohne Berücksichtigung von Kaufkraftparität, der Zusammensetzung der Ausgaben, den operativen Zustand der Bundeswehr und militärisches Lagebild vermitteln ein stark verzerrtes Bild. Sie sind ein unzureichender Indikator für die Messung der militärischen Kräfteverhältnisse und Bedrohungslage. Der Unterschied zwischen den Verteidigungsausgaben der NATO und Russland wirkt zunächst übermächtig. Er legt schnell nahe, Argumente für eine Erhöhung des Verteidigungsetats als absurd abzulehnen. Die oberen Argumente veranschaulichen hingegen, dass die Sachlage nicht so einfach und eindeutig ist. Es bedarf umfassender Analysen und Expertise zu allen angesprochenen Sachverhalten und mehr, um den finanziellen Bedarf für eine funktionierende Abschreckung und bei deren Versagen möglichst effektive Verteidigung einschätzen zu können.

Auch wenn komplexe Sachverhalte für die öffentlichen Debatten vereinfacht werden müssen, wäre von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein reflektierter Umgang mit Daten zu erwarten. Politikerinnen und Politiker wiederum sollten bedachter sicherheitspolitische Argumente wählen. Eine Sicherheitspolitik, basierend auf einer unkritischen Betrachtung der Verteidigungsausgaben, offenbart nicht nur ein unzureichendes Verständnis für die komplexe Daten- und Sachlage, sondern wäre zutiefst verantwortungslos. Dadurch werden erstens mögliche schmerzhaft und notwendige Reformen für die Landesverteidigung in der Öffentlichkeit delegitimiert. Zweitens führt es zu vorschnellen Schlüssen und möglichen Fehlentscheidungen, die langfristig die nationale und europäische Sicherheit gefährden können. Wenn politische Parteien der nationalen und europäischen Sicherheit gerecht werden wollen, müssen sie die Komplexität der sicherheitspolitischen Lage erfassen und der Öffentlichkeit differenziert vermitteln können.



Holger Janusch, Berlin

Prof. Dr. Holger Janusch ist Professor für Internationale Politik mit dem Schwerpunkt Außen- und Sicherheitspolitik der USA am Fachbereich Nachrichtendienste der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Berlin.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/grund-zur-sorge-7673/?utm_campaign=de_40_20240725&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Alles nur Routine?

Die USA stationieren wieder Mittelstreckenraketen in Deutschland – mit weitreichenden Konsequenzen. Es fehlt eine ernsthafte Strategiedebatte

Von Alexander Graef & Tim Thies & Lukas Mengelkamp

16.07.2024



Endet das Wettrüsten im Atomkrieg? - picture alliance / Chromorange / Ales Utouka

Es war wohl die überraschendste Nachricht des [NATO-Gipfels](#) in der vergangenen Woche: In vier kurzen Sätzen verkündeten die USA gemeinsam mit der Bundesregierung, bis 2026 amerikanische, landgestützte [Mittelstreckenraketen in Deutschland zu stationieren](#). Die gemeinsame Erklärung liest sich so knapp, als handele es sich um einen Routineakt. Tatsächlich wird der Schritt weitreichende sicherheitspolitische Konsequenzen haben. Der Vorgang ist bezeichnend für das Fehlen einer ernsthaften strategischen Debatte in Deutschland.

Die Erklärung sieht die zukünftige Stationierung von drei konventionellen, landgestützten Systemen, sogenannten Abstandswaffen, mit Reichweiten von teilweise über 2500 km vor: landgestützte Tomahawk-Marschflugkörper (Typhon), Standard Missile 6 (SM-6) in der Ausführung als Boden-Boden-Rakete und die noch in der Testphase befindlichen Hyperschallraketen Dark Eagle. Alle drei sind Teil der sogenannten *Multi-Domain Task Force*, einer militärischen Verbandsstruktur der US-Armee, die bereits 2017 eingeführt wurde. Mittlerweile gibt es weltweit fünf solcher Task-Forces, die alle bis 2028 vollständig einsatzfähig sein sollen. Zumindest drei davon fokussieren sich auf den pazifischen Raum. Eine wird seit 2021 von Deutschland aus geführt und dient Operationen der US-Truppen in Europa und Afrika. Die Task-Forces integrieren Land-, Luft-, See-, Weltraum- und Cyberkräfte, um gegnerische Ziele flexibel zu bekämpfen. Hauptziel ist die Überwindung von sogenannten Anti-Access- und Area-Denial Zonen, in denen der Gegner den Zugang und die Bewegung einschränken will.

Die Grundlagen erfolgreicher Abschreckung sind stets militärische Fähigkeiten, Ziele des Gegners zu bedrohen und auch zu zerstören.

Bundesverteidigungsminister [Boris Pistorius erachtet die Stationierung der US-Systeme als notwendig](#), um eine „ernstzunehmende Fähigkeitslücke in Europa zu schließen“, die auch

von der [Nationalen Sicherheitsstrategie](#) identifiziert wird. Der Bedarf an Mittelstreckensystemen ergebe sich darüber hinaus aus den aktuellen NATO-Plänen, die seit Jahren eine entsprechende Entwicklung priorisieren. Dahinter stehen Überlegungen zur Abschreckung Russlands, aber – und das wird in der Öffentlichkeit häufig unterschlagen – im Ernstfall auch zur möglichen Kriegsführung. Denn die Grundlagen erfolgreicher Abschreckung sind stets militärische Fähigkeiten, die es im Verteidigungsfall ermöglichen, Ziele des Gegners zu bedrohen und auch zu zerstören. Gleichzeitig soll das Signalisieren von solchen Konsequenzen einen Angriff überhaupt verhindern.

Im Kriegsfall würden die künftig in Deutschland stationierten US-Abstandswaffen wohl primär gegen russische integrierte Luftverteidigungssysteme sowie Kommando- und Kontrolleinrichtungen eingesetzt werden. Für die USA sind sie elementarer Bestandteil eines umfassenden Kriegsführungskonzepts, das Operationen über die Dimensionen Land, Luft, See, Weltraum und Cyber hinweg ermöglichen soll. Dieser Ansatz ist auch für die NATO maßgeblich. So betont bereits die neue Militärstrategie der Allianz aus dem Jahr 2019 [horizontale Eskalationsoptionen](#). Demnach soll die Verteidigung im Fall des Falles nicht nur direkt am Ort eines russischen Angriffs aufgenommen werden, zum Beispiel im Baltikum. Vielmehr setzt die NATO auf die Möglichkeit, einen Krieg auch geografisch auszuweiten, um auch an anderer Stelle Druck auszuüben. Abstandswaffen würden die dafür notwendige Flexibilität bereitstellen.

Im Idealfall, so die Hoffnung, wäre Russland gezwungen, seinen ursprünglichen Angriff einzustellen. Aber es gäbe auch eine andere Option: Moskau könnte angesichts der eigenen Unterlegenheit im Kriegsfall nuklear eskalieren. Selbst präemptive Schläge wären denkbar, sollte man im Kreml zur Ansicht gelangen, dass konventionelle, aber präzise Abstandswaffen in Europa in der Lage wären, die eigenen nuklearen Fähigkeiten zu bedrohen.

Eine kluge Verteidigungspolitik muss derartige mögliche Entwicklungen antizipieren, um sie verhindern zu können. Deshalb ist es besonders erstaunlich, dass in den öffentlichen Kommentaren zur Stationierungsentscheidung die Reaktionen Russlands kaum eine Rolle spielen. Moskau selbst hält sich bisher bedeckt. Der stellvertretende Außenminister Sergej Rjabkow sprach lediglich davon, dass man in aller Ruhe eine [militärische Antwort entwickeln](#) werde.

Russland hat neben einer Vielzahl an luft- und seegestützten Systemen selbst bereits landgestützte Mittelstreckenwaffen stationiert.

Richtig ist, dass Russland neben einer Vielzahl an luft- und seegestützten Systemen selbst bereits landgestützte Mittelstreckenwaffen stationiert hat. Im Mittelpunkt steht ein Marschflugkörper des Typs 9M729 (SSC-8), dessen Entwicklung 2019 maßgeblich zum Ende des INF-Vertrages über nukleare Mittelstreckenraketen beitrug. Dieser Vertrag verbot entsprechende, landgestützte Waffensysteme mit einer Reichweite von 500 bis 5 500 Kilometer in Europa.

Während Russland bis heute bestreitet, dass der genannte Marschflugkörper eine Reichweite von mehr als 500 Kilometer besitzt, schlug Präsident Putin nach Auflösung des INF-Vertrags [2019](#) und [2020](#) ein neues Moratorium für landgestützte Mittelstreckenraketen vor: Man werde keine eigenen Systeme entwickeln und stationieren, solange die USA ebenfalls darauf verzichten würden. Im Gegenzug bot Moskau gegenseitige Verifikationsmaßnahmen an. Im Dezember 2021 [griffen die USA den Vorschlag auf](#) und erklärten sich grundsätzlich zu Inspektionen bereit.

Seite E 72 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine beendete dieses Vorhaben. Die Idee eines Moratoriums ist durch die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen ebenfalls hinfällig geworden. Es ist zu erwarten, dass Russland sein Arsenal an Marschflugkörpern des Typs 9M729 erweitert oder seegestützte Raketensysteme für den Einsatz an Land umrüstet. Schließlich wäre auch eine Wiederaufnahme der Entwicklung der RS-26 Rubesch denkbar, einer ballistischen Mittelstreckenrakete.

Langfristig könnte die Stationierung von konventionellen US-Abstandswaffen in Europa auch das nukleare Gleichgewicht zwischen den USA und Russland beeinflussen.

Derartige Gegenmaßnahmen könnten dazu führen, dass die erhofften positiven Effekte auf Abschreckung und Kriegsführung gegenüber Russland minimiert werden oder sogar vollständig ausbleiben. In diesem Fall wäre wenig gewonnen. Schlimmer noch: Langfristig könnte die Stationierung von konventionellen US-Abstandswaffen in Europa auch das nukleare Gleichgewicht zwischen den USA und Russland beeinflussen. Denn für Moskau sind diese immer auch strategische Waffen, da sie grundsätzlich in der Lage wären, Elemente der eigenen Nuklearstreitkräfte zu zerstören, etwa Radaranlagen und Kommunikationseinrichtungen. Umgekehrt gilt das, zumindest für die USA, nicht. Vor diesem Hintergrund ist nicht auszuschließen, dass Russland auf den generellen Ausbau von konventionellen Abstandswaffen in Europa auch mit Änderungen seiner Nukleardoktrin oder der Komposition seiner strategischen Nuklearstreitkräfte reagiert.

Dass die jetzige Stationierung allein in Deutschland geplant ist, hat darüber hinaus Konsequenzen für die Verteilung von Risiken innerhalb der NATO. Im Kontext des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 zur Stationierung von nuklear bestückten Mittelstreckenraketen hatte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt noch darauf hingewirkt, eine derartige Singularisierung unbedingt zu vermeiden. Anders als heute war die Entscheidung zur Stationierung auch mit einem Angebot zur Rüstungskontrolle verbunden, vorausgesetzt Moskau wäre bereit, seine eigenen Systeme zu begrenzen.

Die Stationierung von amerikanischen Raketensystemen in Deutschland ist deshalb weder ein militärisches Wundermittel ohne Risiken, noch alternativlos. Stattdessen wirft sie neue Fragen der Kriegsverhütung, der Kriegsführung und des Eskalationsmanagements auf. Diese lassen sich nicht mit dem bloßen Verweis auf mehr und vermeintlich immer bessere Abschreckung beantworten. Vielmehr bedarf es eines substantiellen Abwägungsprozesses.

Doch während man in den USA derartige Fragen intensiv und auch [öffentlich diskutiert](#), werden diese hierzulande kaum problematisiert. Stattdessen verfällt man zum Teil in Extreme. Während die einen im Zuge der Zeitenwende jede militärische Investition unkritisch begrüßen, sehen andere darin eine reine Provokation auf dem direkten Weg zum Dritten Weltkrieg. Gleichzeitig wird manchmal [der Eindruck erweckt](#), Russland könnte im Kriegsfall [militärisch vollständig besiegt](#) werden. Doch damit wird eine der grundlegendsten Einsichten des Nuklearzeitalters verdrängt. Bereits 1956 kam der US-amerikanische Stratege William W. Kaufmann zum Schluss, dass die klassische konventionelle Kriegsführung bis zur totalen Niederlage zwischen Atommächten zwangsläufig in einer nuklearen Eskalation enden würde.

Angesichts dieser fundamentalen und nicht auflösbaren Risiken braucht es eine offene Debatte über und Analyse von militärstrategischen Optionen zum Eskalationsmanagement. Diese sollten auch ein Mindestmaß an Verhaltensregeln und gezielten Kommunikationskanälen umfassen, damit nicht jeder militärische Zwischenfall und jede mögliche Fehleinschätzung in die Katastrophe führen. Keinesfalls aber darf der Eindruck

entstehen, die Bevölkerung würde ohne Risikoabwägung vor vollendete Tatsachen gestellt. Denn damit wäre einer gezielten Verunsicherung von außen Tür und Tor geöffnet.



Alexander Graef
Hamburg

Dr. Alexander Graef ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und Mitglied des Younger Generation Leaders Network on Euro-Atlantic Security (YGLN).



Tim Thies
Hamburg

Tim Thies ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und Doktorand am Institute for Management Research der Radboud Universität in Nimwegen, Niederlande.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/alles-nur-routine-7655/?utm_campaign=de_40_20240716&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Trump-sicheres Bündnis.

Das 75-Jahr-Jubiläum der NATO steht im Schatten des russischen Angriffs – und eines möglichen US-Rückzugs aus Europa. Kann die EU ihre Kräfte bündeln?

Von Peer Teschendorf

12.07.2024



Nato-Truppen überqueren bei Militärübung „Dragon 24“ die Weichsel.- *picture alliance / DeFodi Images | Mateusz Slodkowski*

Man hätte sich gewünscht, dass das 75-jährige Jubiläum der NATO anders verlaufen wäre. Staats- und Regierungschefs, die sich im gewohnten Gipfelzeremoniell über die guten alten Zeiten unterhalten und das einst so wichtige, aber heute obsolete Verteidigungsbündnis in großen Reden würdigen.

Statt Feier war es aber ein hartes Arbeitstreffen einer neuerlich mit Leben und Bedeutung aufgeladenen Organisation, die zwei neue Staaten in ihren Reihen begrüßte und deren Mitglieder erstmals seit langem mehrheitlich wieder planen, die Vorgaben von mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung einzuhalten. Die NATO erlebt eine Bedeutungsaufwertung, getrieben durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und die wachsenden Ambitionen Chinas. Trotz der zum Teil recht unterschiedlichen Positionen der 32 Mitglieder zeigt sich die NATO einig in seiner Einschätzung der Lage und der Bereitschaft sich dagegen zu wappnen.

Also alles bereit für die nächsten 75 Jahre? Bereits die Sicht auf die näherliegenden Jubiläen wird von dunklen Wolken getrübt. Ein Teil der Beschlüsse zur Ukraine soll die Unterstützung „Trump-sicher“ machen. Dies beschreibt bereits das Grundproblem der Europäer. Unsicherheit über die Zukunft der US-Außenpolitik einerseits und die weiterhin massive Abhängigkeit Europas für seine Sicherheit von dieser Politik andererseits.

Von den 1,304 Billionen Euro Verteidigungsausgaben der NATO im Jahr 2023 tragen die USA ganze 875 Milliarden allein und zu großen Teilen für Aufgaben außerhalb Europas. Der Rest verteilt sich auf die 31 übrigen Mitglieder. Diese Aufteilung ist einer der zahlreichen

Seite E 75 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Gründe, warum die simple Mengenlogik à la „aber wir geben doch so viel mehr als Russland aus“ nicht funktioniert. Was zählt sind die militärischen Fähigkeiten, da wo sie benötigt werden.

Und genau da ist der europäische Kontinent mit seinen zahlreichen kleinen Boutiquearmeen nicht gut aufgestellt. Ohne amerikanische Hilfe werden aus den europäischen Einzelteilen noch keine abschreckungsfähige Armee, können Truppen und Material nicht ausreichend schnell verlegt werden, sind Information, Analyse und Kommando nicht gesichert. Europa kann sich im Angriffsfall zwar wehren, aber ohne die einende Struktur der NATO und der US-amerikanischen Unterstützung wäre ein Sieg in einem hochintensiven Krieg eher fraglich.

Die NATO bleibt auf absehbare Zeit der wichtigste Sicherheitsgarant für Europa.

Die NATO bleibt auf absehbare Zeit der wichtigste Sicherheitsgarant für Europa. Und zugleich werden die USA aller Voraussicht nach weniger aktiv in Europa sein. Die eigentliche Herausforderung der Amerikaner ist auf der anderen Seite des Pazifiks, nicht des Atlantiks.

Es hilft nichts, die Europäer müssen mehr für ihre eigene Sicherheit tun. Soll also heißen „Mehr, mehr, mehr“ für Rüstung ausgeben? Ja, aber anders als bisher. Wenn die Verteidigungsausgaben nicht schneller wachsen sollen als die effektive Verteidigungsfähigkeit, müssen mittelfristig Investitionen in die Verteidigung abgestimmter erfolgen. Europa leistet sich einen Verteidigungspluralismus, der ganz viel nationale Souveränität ausstrahlt, aber eine sinnvolle gemeinsame Handlungsfähigkeit erschwert. Während in der EU 17 verschiedene Kampfpanzer von sechs verschiedenen Herstellern Verwendung finden, kommen die Amerikaner mit einem aus. Was das im Kriegsfall für Logistik, Instandsetzung und Einsatzfähigkeit bedeutet, liegt auf der Hand. Vor allem aber ist es teuer. Die europäischen Nationen halten, aus jeweils auch immer gut nachvollziehbaren Gründen, mit Subventionen oder vergleichsweise hohen Einkaufspreisen eigene Bonsaiindustrien aufrecht, um Arbeitsplätze oder Schlüsselindustrien im eigenen Land zu halten. Industriepolitisch ist das nachvollziehbar, für eine funktionierende europäische Verteidigung ist das allerdings weniger von Vorteil.

Es braucht ein anderes Gleichgewicht zwischen nationalen wirtschaftlichen Interessen und europäischer Verteidigungsfähigkeit. Manchmal muss man auch akzeptieren, dass notwendige Technologien vom Nachbarn besser hergestellt werden können. Oder aber man muss auch mal befördern, dass die eigene Technologie in anderen EU-Staaten produziert wird und dort Arbeitsplätze schafft, bevor dieser sich eine außereuropäische Lizenzproduktion ins Land holt und die Pluralität der Rüstungsgüter weiter vergrößert. Kurz, es braucht eine strategische Rüstungsindustriepolitik, die europäische Verteidigungsfähigkeit im Blick hat.

Das Einzige, was wirklich sicher ist in einer sich kontinuierlich verändernden Weltordnung: Die Geografie Europas wird sich nicht verändern. Die hiesigen Länder werden weiterhin die Geschicke des Kontinents lenken müssen. Und hier gilt es zunächst eine glaubwürdige Abschreckung Russlands zu erreichen. Dabei ist es ein Stück weit egal, für wie wahrscheinlich man es hält, ob und wann Russland die NATO-Solidarität etwa im Baltikum testen könnte. Es gilt zu verhindern, dass die USA eines Tages eventuell weg und die EU-Mitgliedsstaaten verteidigungspolitisch noch nicht ganz da sind. Denn wenn uns der Krieg in der Ukraine eines gelehrt hat, dann dass Russland gerne überrascht und schnell handelt,

wenn es die andere Seite als schwächer wahrnimmt. Diese Rechnung gilt es zu verändern, indem klar signalisiert wird, nicht nur die USA, sondern auch die Europäer selbst können für Sicherheit auf dem Kontinent sorgen.

Es gilt die Stärke Europas, Einheit in Vielfalt, auch in der Verteidigung zum Tragen zu bringen.

Es gilt die Stärke Europas, Einheit in Vielfalt, auch in der Verteidigung zum Tragen zu bringen. Es braucht mehr Konsolidierung ohne sich von einigen wenigen Zulieferern abhängig zu machen und es braucht Standardisierung auf dem Binnenmarkt, um den Wettbewerb zu fördern.

Ausgehend von einer gemeinsamen Analyse, auf welche Szenarien wir uns in Europa vorbereiten, müssen die bereits funktionierenden Kooperationen innerhalb und außerhalb der EU vorangebracht werden. Erfolgreiche Projekte, wie die Beschaffungsgemeinschaft OCCAR, die Kooperation von Norwegen und Deutschland bei den U-Booten im „Common Design“ oder die Sky Shield-Initiative zur gemeinsamen Raketenabwehr, gilt es weiter zu pflegen und auszubauen.

Langfristig braucht es aber mehr Koordination und Standardisierung, welche vor allem die EU leisten kann. Die Strukturen sind auch ohne einen Verteidigungskommissar bereits vorhanden, es fehlte bisher nur der politische Wille, diese auch zum Tragen zu bringen. Die EU kann zur Vereinheitlichung von Lizenzierungen und damit einem wirklichen Binnenmarkt in der Verteidigung bei einfachen Ausrüstungen und Ersatzteilen beitragen. Die Kosteneinsparungen wären enorm. Sie kann die Kräfte bündeln für die Forschung in einem sich rasend schnell verändernden technologischen Umfeld. Sie kann die Investitionen koordinieren, sodass eine jede Nation zur gemeinsamen Verteidigung explizit das beitragen kann, was es am besten kann und sich beim Rest auf die anderen verlässt.

So wichtig die NATO für die europäische Sicherheit ist, wir sollten uns nicht darauf verlassen, dass sie uns auch in 75 Jahren noch gleichermaßen schützt. Den europäischen Pfeiler der NATO so stark zu machen, dass er gegebenenfalls auch allein trägt, muss das Ziel der europäischen Nationen in der nächsten Dekade sein. Das heißt vorerst mehr, und zwar erheblich mehr Investitionen in die Verteidigung. Aber wenn sie vorausschauend und gemeinsam gemacht werden, gehen sie nicht ins Uferlose, bringen Europa nochmals stärker zusammen und schaffen Sicherheit auf dem Kontinent und seiner Nachbarschaft. Und vielleicht wird die Feier zu 150 Jahren NATO dann ein würdiger, etwas langweiliger Akt in Erinnerung an ein in Friedenszeiten bereits obsolet gewordenes Bündnis.



Peer Teschendorf, Berlin

Peer Teschendorf ist Referent für Globale Friedens- und Sicherheitspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor leitete er die FES-Büros in der Russischen Föderation sowie in Kasachstan und Usbekistan.

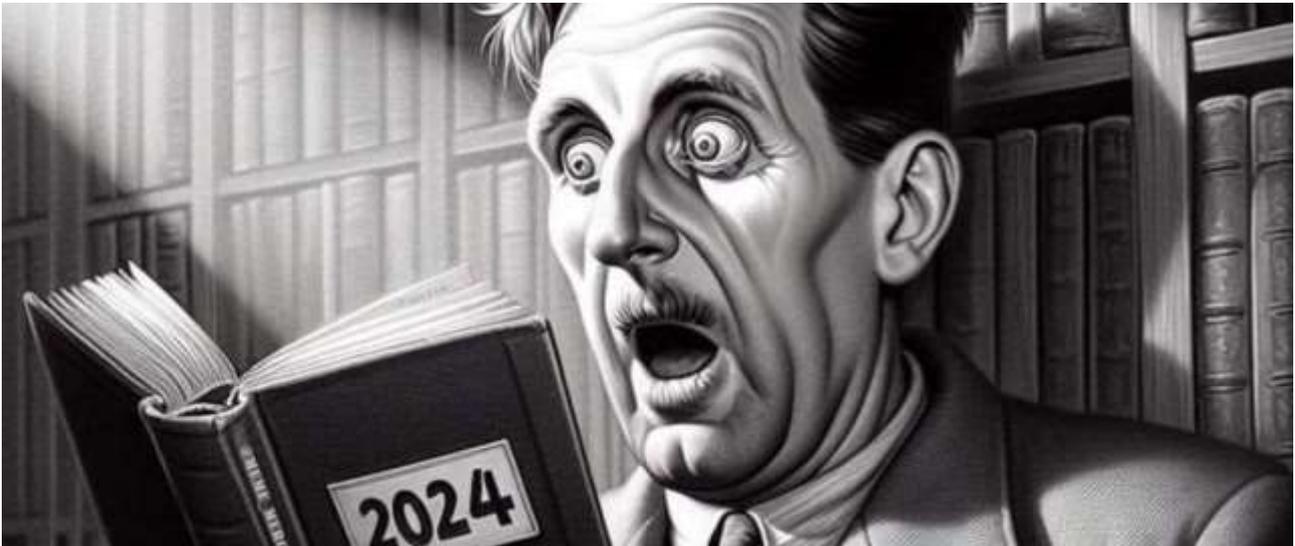
https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/trump-sicheres-buendnis-7649/?utm_campaign=de_40_20240712&utm_medium=email&utm_source=newsletter

01) Keine Dystopie mehr.

Repression, Abschottung, Wettrüsten: Das Europa von heute ähnelt George Orwells 1984 auf erschreckende Weise

Von Jan Zielonka

23.07.2024



In den sozialen Medien kursiert derzeit ein Bild von George Orwell: Er liest ein Buch mit dem Titel 2024 und sieht schockiert aus. Ist die derzeitige Situation tatsächlich so erschreckend? Kann Orwells 1949 veröffentlichter Roman 1984 tatsächlich als eine Art Leitfaden für heute dienen?

Man könnte dem entgegenhalten, dass die Idee der europäischen Integration trotz des Brexits und des Aufstiegs von Politikern wie Giorgia Meloni, Viktor Orbán und Robert Fico in Italien, Ungarn und der Slowakei nicht gestorben ist. Man könnte hinzufügen, dass die jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament einmal mehr eine klare Mehrheit für Parteien der linken und rechten Mitte brachten. Manche würden sogar behaupten, dass populistische Politikerinnen und Politiker die Hoffnungen und Ängste der „einfachen Leute“ nicht besser verstehen und kanalisieren als „Liberale“.

Man kann jedoch nicht leugnen – und hier kommt Orwell ins Spiel – dass sich die Narrative und die politische Praxis in ganz Europa dramatisch verschoben haben. Dabei ist egal, wer in den jeweiligen Hauptstädten an der Macht ist: Insgesamt sind liberale Normen und Verhaltensweisen im Niedergang begriffen – illiberale und nativistisch-nationalistische Alternativen haben Hochkonjunktur.

Nach dem Fall der Berliner Mauer betonten Parteien, die in Europa Wahlen gewinnen wollten, klassische liberale Werte: Freiheit, Toleranz, Fairness, Integration, Zurückhaltung und Fähigkeit zur Selbstkritik. Nicht nur die Demokratie, sondern auch die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte wurden hochgehalten. Offene Grenzen für Kapital, Waren, Dienstleistungen und Personen wurden eher als Chance denn als Bedrohung gesehen.

Historische und wissenschaftliche Fakten wurden kaum angezweifelt und die Mainstream-Medien weigerten sich, überzogene und hanebüchene Ansichten zu verbreiten, selbst auf Kosten von Profit und Unterhaltungswert. Kulturelle Toleranz und religiöse Neutralität wurden als selbstverständlich angesehen. Nichtregierungsorganisationen, die sich für soziale, humanitäre oder ökologische Belange einsetzten, galten als Verbündete für den Erhalt der liberalen Ordnung. Multilateralismus – beruhend auf Gleichheit, Einbeziehung, Vertrauen und auf der Zusammenarbeit aller beteiligten Staaten – wurde als Mittel zur Sicherung von Frieden und Wohlstand verstanden.

Die europäische Integration war dabei das Kronjuwel des liberalen Projekts. Die Europäische Union, diese Verkörperung der Integration, galt als wirksames Instrument zur Bewältigung der Probleme der Globalisierung, als mutiges Experiment transnationaler Demokratie, als kluger Weg zur Stabilisierung der Nachbarn und als Mittel zur Stärkung der globalen Position Europas.

„Law and Order“ um jeden Preis ist nun die Priorität – nicht mehr die Rechtsstaatlichkeit.

Vielleicht haben wir das von Francis Fukuyama kurz vor dem Fall der Mauer ausgerufene „Ende der Geschichte“ nie wirklich erlebt, doch ein „liberaler Konsens“ einte die regierenden Mitte-links- und Mitte-rechts-Parteien in ganz Europa. Heute werden diese liberalen Werte [angefochten oder sogar abgelehnt](#) – und zwar nicht nur von Kräften an den politischen Rändern, sondern vermehrt auch von den alten Volksparteien und ihrer Wählerschaft.

Im neuen Narrativ geht es hauptsächlich um das „nationale Interesse“, gesicherte Grenzen, den Schutz „unserer“ Unternehmen und „unserer“ religiösen Wurzeln. Globalisierung, Multikulturalismus, Multilateralismus und die europäische Integration stehen unter Beschuss. Menschenrechte sowie die Rechte von Minderheiten scheinen aus der Mode gekommen. Ökologische, gewerkschaftliche und feministische Positionen werden heute als radikale, wenn nicht gar militante Tendenzen angesehen, die vom Mainstream ignoriert oder sogar eingedämmt werden sollten.

„Law and Order“ um jeden Preis ist nun die Priorität – nicht mehr die Rechtsstaatlichkeit. Diskussionen konzentrieren sich darauf, wie man sich auf den nächsten Krieg und nicht auf einen anhaltenden Frieden vorbereitet. Politiker konkurrieren um den Preis für den lautesten Schaumschläger und nicht um den für den besten Verhandlungsführer. Zu vermeintlichen Staatsfeinden gehören inzwischen Richter und zivilgesellschaftliche Aktivisten, die einst von Demokraten hochgelobt wurden. Derweil gewinnen Männer in Uniformen und manchmal auch in Priestergewändern wieder an Bedeutung.

Dem neuen Narrativ werden Taten folgen, oder sie tun es bereits: Die harte Hand des Staates wird immer häufiger eingesetzt – nicht nur gegen Menschen auf der Flucht, sondern auch gegen NGOs, die versuchen, ihnen zu helfen. LGBT+-Communitys und Umweltschützer werden von Sicherheitsbehörden überwacht und auf diverse Weise schikaniert. Öffentliche Rundfunkanstalten, die versuchen, ihre Unabhängigkeit zu wahren, werden geschlossen oder ins mediale Abseits gedrängt.

Ich rede hier nicht von China oder Russland, sondern von EU-Mitgliedstaaten. Einige dieser Staaten werden sogar von namentlich liberalen Parteien geführt. In Polen wird unter der Regierung des früheren EU-Ratspräsidenten und selbsternannten „Liberalen“ Donald Tusk ein neues Gesetz diskutiert, das Soldaten faktisch eine „Lizenz zum Töten“ von Personen geben könnte, die versuchen, die Grenze zwischen Polen und Belarus zu überqueren. Angesichts solcher Entwicklungen ist es kaum ein Trost, dass die vorherige polnische Regierung noch schlimmer war.

Die harte Hand des Staates wird immer häufiger eingesetzt.

Nun lässt sich einwenden, das hier gezeichnete Bild sei vielleicht sehr schwarz-weiß. Schließlich haben schon die Liberalen in den linken und rechten Mitte-Parteien, die das Europa nach 1989 regierten, hin und wieder das eine gepredigt und das andere getan. So wurde der Irak im Namen der „Freiheit“ überfallen, und die eifrige Verfolgung einer vermeintlich liberalen Wirtschaft hat (vor allem in Mittel- und Osteuropa) vielen einfachen Arbeiterinnen und Arbeitern das Leben deutlich schwerer gemacht.

Ebenso fordern heute nicht mehr alle illiberalen Politiker, man solle am besten sofort auf potenzielle Asylsuchende schießen. Giorgia Meloni ist dafür ein [gutes Beispiel](#), trotz der neofaschistischen Wurzeln ihrer Partei. Man könnte auch argumentieren, dass es in der europäischen Wählerschaft schon immer einen gewissen verdeckten Rassismus gegeben habe und dass der Hauptunterschied darin bestehe, dass sich die Xenophobie heute einfacher über die sogenannten „sozialen Medien“ im Internet verbreiten lasse. Den wieder aufkeimenden Nationalismus und die wachsende religiöse Intoleranz könnte man gar auf eine „kulturelle Orientierungslosigkeit“ der Liberalen zurückführen.

Außerdem können wir das Wiedererstarken eines imperialistischen Russlands nicht ignorieren: Die Angst vor Krieg lässt die Menschen enger zusammenrücken und die Sicherheit zur absoluten Priorität werden. Der hybride Krieg, den Russland führt, erklärt wahrscheinlich, dass inzwischen 67 Prozent der Polen [illegale Pushbacks](#) an der Grenze befürworten.

„Offene Grenzen“ haben in unterschiedlicher Weise ihren Preis: Werden nicht durch Importe aus Staaten, die Arbeits- und Sicherheitsstandards missachten, unsere eigenen Hersteller „gekillt“? Werden über die für Unternehmen günstigeren Arbeitsmigranten nicht die Rechte der einheimischen Arbeiterinnen und Arbeiter ausgehöhlt? All dies sind legitime Argumente und Erklärungen für die neue Rhetorik und Politik. Der Wandel *an sich* lässt sich aber nicht leugnen: Die Wahrnehmung dessen, was gut und schlecht, wahr oder falsch, normal und abnormal ist, hat sich verändert. Was vor einigen Jahren noch ungeheuerlich und inakzeptabel war, ist heute die „neue Normalität“. Das bringt uns zurück zu Orwell und seiner Dystopie.

Die Angst vor Krieg lässt die Menschen enger zusammenrücken und die Sicherheit zur absoluten Priorität werden.

In Orwells *1984* geht es nicht nur um Machtmissbrauch und die Effekte von Folter. Es geht auch (wenn nicht sogar hauptsächlich) um eine mentale „Reise“ von einem kohärenten Wertesystem hin zu einem gänzlich anderen System. Die ebenso anonyme wie repressive Instanz *Big Brother* will nicht nur, dass die Menschen sich so verhalten, wie es ihnen gesagt wird. Vielmehr sollen sie wirklich denken und glauben, dass Krieg gleich Frieden, Freiheit gleich Sklaverei und Unwissenheit gleich Stärke sei.

Früher war man sich größtenteils einig, dass alle Menschen einen gewissen Grundkatalog an Menschenrechten genießen sollten. Heute wird hingegen behauptet, wenn solche Rechte auch allen „dahergekommenen Migranten“ zugestanden würden, gefährde man den eigenen Wohlstand, die eigene Sicherheit, die eigene Kultur. Wir waren überzeugt, dass die Menschen frei sein sollten, ihre ethnischen, sexuellen oder religiösen Traditionen und Gewohnheiten auszuüben. Heute wird nicht selten ein klassisches Familienmodell propagiert, der Multikulturalismus für tot erklärt und der Islam als Bedrohung angesehen.

Seite E 80 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Früher dachten wir, dass Arbeiterrechte, der grüne Wandel und die nachhaltige Entwicklung Zeichen von Vernunft und Modernität seien. Heute werden diese Ziele als ideologische Parolen dargestellt, die geradezu an Wahnsinn grenzen. Einst waren wir der Ansicht, dass wir in einer voneinander abhängigen Welt nur dann etwas erreichen könnten, wenn wir kooperieren oder uns sogar integrieren. Heute werden die Vereinten Nationen weitgehend ignoriert und viele EU-Mitgliedstaaten wollen die Macht „von Brüssel zurückerobern“. Man dachte, dass Abrüstung, Diplomatie und Handel den Frieden sichern könnten. Heute sind ein erneutes Wettrüsten, Wirtschaftssanktionen und Drohungen an der Tagesordnung – ebenfalls alles im Namen des „Friedens“.

Natürlich halten Menschen nicht ausschließlich oder eindeutig an dem einen (früheren) oder anderen (aktuelleren) dieser polaren Gegensätze fest. Auch dafür hat Orwell ein neues Wort geschaffen: „Doppeldenk“. Dies ist die Fähigkeit, zwei widersprüchliche Überzeugungen gleichzeitig im Kopf zu haben und sie beide zu akzeptieren. Heute lässt sich ein solches „Doppeldenk“ bei Liberalen finden, die unter dem Druck von externen Ereignissen oder aus Gründen der Machtausübung und -erhaltung illiberalen Versuchungen nachgeben. Nun könnte man behaupten, ein inkonsequenter liberaler Politiker sei immer noch besser als ein überzeugter illiberaler Politiker. Ich habe aber die Befürchtung, dass Illiberale langfristig eine Strategie verfolgen, die Orwell so beschrieben hat: „Macht heißt, einen menschlichen Geist in Stücke zu reißen und ihn nach eigenem Gutdünken wieder in neuer Form zusammensetzen.“ Das ist die neue Normalität in der europäischen Politik.

Aus dem Englischen von Tim Steins.



Jan Zielonka, Venedig

Jan Zielonka ist Professor für Politik und Internationale Beziehungen an der Universität Venedig sowie am *St. Antony's College* der Universität Oxford. Er ist der Autor von *Konterrevolution. Der Rückzug des Liberalen Europas* (2019).

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/keine-dystopie-mehr-7623/?utm_campaign=de_40_20240723&utm_medium=email&utm_source=newsletter

01) Bestellt und nicht abgeholt.

Dem Westbalkan fehlt eine ehrliche EU-Perspektive. Wohin das führt, hat die EM mal wieder gezeigt: Die Region versinkt im Nationalismus

Von Konstantin Hadži-Vuković

18.07.2024



Tötet, tötet, tötet den Serben“ – wegen solchen Aussagen musste der Albanische Fußballverband insgesamt 171 375 Euro Strafe an die UEFA zahlen.- *picture alliance / Sportpics / Marc Schülers*

Die drei großen Verlierer dieser EM sind nicht Deutschland, Frankreich und Portugal, wie vielleicht einer meinen könnte. Aus finanzieller Perspektive – für den einen oder anderen weit schmerzvoller als das umstrittene Handspiel von Marc Cucurella – gibt es drei Nationen, die am meisten verloren haben: Spitzenreiter in Sachen Strafgeelder sind Kroatien, Albanien und Serbien. Kroatien musste mit 220 875 Euro die höchste Strafe zahlen, auf Platz zwei folgte Albanien mit 171 375, dicht gefolgt von Serbien, das 166 625 Euro an die UEFA zahlen musste. Die Strafen wurden vor allem für das Vergehen der Fans ausgesprochen, darunter Bierbecherwürfe aufs Feld, der Einsatz von Pyrotechnik oder die „Übermittlung einer für ein Sportereignis ungeeigneten Botschaft“. Vor allem Letzteres war bei dieser Fußball-EM ein großes Thema und verdeutlicht, wie Fußball immer wieder zur Bühne für Nationalismus und Rechtsextremismus werden kann.

Besonders präsent im deutschen Diskurs waren Merih Demiral und einige türkische Fans, die den sogenannten „Wolfsgruß“ der rechtsextremen Grauen Wölfe zeigten. Zahlreiche weitere Vorfälle während der EM gingen in der Öffentlichkeit aber unter. Im österreichischen Fanblock wurde etwa ein Banner „Defend Europe“ der neofaschistischen „Identitären Bewegung“ gezeigt. Einige ungarische Fans hielten auf dem Weg zum Spiel gegen Deutschland eine Fahne mit dem Bild des DJ Gigi D'Agostino und der Aufschrift „Free Gigi“ hoch. Dabei sangen sie die Melodie von „L'amour toujours“, dem Lied, das umgedichtet im vergangenen Jahr zur rechtsextremen Hymne geworden ist. In der Schweiz und in Deutschland zeigten einige Fußballfans beim Public Viewing sogar den Hitlergruß.

Einige der traurigen Tiefpunkte der zahlreichen Eskapaden setzten die Fans der Länder Kroatien, Albanien und Serbien: „Tötet, tötet, tötet den Serben“, hallte es beim Spiel zwischen Albanien und Kroatien von den Rängen. Im albanischen Fanblock hingen zudem zwei Banner mit der Inschrift „Kosovo ist Albanien“. Tage zuvor hatten serbische Fans für Aufsehen gesorgt, als sie Flaggen schwenkten, die den Kosovo als Teil Serbiens zeigten. Die Vorfälle bei der Europameisterschaft waren keine Einzelfälle. Schon in den Jahren zuvor waren es oft Länder des Westbalkans, die durch nationalistische Gesänge oder sogar Gewalt im Fußball auffielen. So wurde 2014 ein Länderspiel zwischen Serbien und Albanien abgebrochen, als plötzlich eine Drohne mit einer Fahne über das Spielfeld schwebte, die das „Großalbanische Reich“ zeigte, das auch Teile Serbiens, Montenegros und Nordmazedoniens umfasst. Damals kam es zu Krawallen im Stadion, die UEFA reagierte mit harten Strafen.

Warum sind es so oft die Westbalkanstaaten, die mit Nationalismus hervorstechen scheinen?

Warum sind es so oft die Westbalkanstaaten, oder, um konkreter zu sein, die Länder des ehemaligen Jugoslawiens und Albanien, die mit Nationalismus hervorstechen scheinen? Einerseits liegt das an den blutigen Kriegen der 1990er, die viele offene Wunden und ungelöste Konflikte hinterlassen haben. Allerdings ist seit dem Ende des Kosovokriegs zwischen Serben und Kosovoalbanern bereits fast ein Vierteljahrhundert vergangen. Beinahe 30 Jahre sind seit den Jugoslawienkriegen vergangen. Im Fußball bleiben die Balkankonflikte dennoch präsent. Zeit heilt doch nicht alle Wunden.

Nationalismus ist heute auf dem Balkan die bevorzugte Karte, auf die die politischen Eliten in der gesamten Region zur Aufhetzung gegen den jeweils anderen setzen. Wahlen lassen sich damit leicht gewinnen, Massen leicht bewegen. Rechte und sogar nationalistische Positionen sind zum politischen Mainstream geworden. Die vor Kurzem verabschiedete Resolution der Vereinten Nationen, einen Internationalen Tag des Gedenkens an den Völkermord in Srebrenica einzuführen, macht das wieder deutlich. In Serbien reagierte die politische Elite mit Empörung und einer Gegenkampagne. „Wir sind kein Volk der Völkermörder“, konnte man auf Plakaten in der serbischen Hauptstadt Belgrad und sogar auf den Social-Media-Kanälen des Präsidenten Vučić lesen – auch wenn das niemand behauptet hatte.

Der einzige Weg, dem Nationalismus auf dem Westbalkan entgegenzuwirken, ist deren europäische Integration zu fördern.

Der einzige Weg, dem Nationalismus auf dem Westbalkan entgegenzuwirken, ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit dieser Länder voranzutreiben und deren europäische Integration zu fördern. Trotz aller berechtigten Kritik, die die EU erfährt, darf nicht vergessen werden, dass es sich bei der EU um eine Erfolgsgeschichte handelt. Vom Schuman-Plan bis zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft: Die Schaffung eines gemeinsamen Marktes brachte die Länder enger zusammen. Mit der Schaffung des Staatenbundes und der daraus folgenden wirtschaftlichen und politischen Integration gelang es, große Teile eines vom Krieg zerstörten und gespaltenen Europa zu einen. Das Gleiche kann sie mit dem Balkan erreichen.

Die Vorfälle bei der diesjährigen EM machen wieder deutlich, dass der Westbalkan von der EU nicht vernachlässigt werden darf. Der satirische Film „No Man’s Land“ von 2001 des Regisseurs Danis Tanović handelt von einem serbischen und zwei bosnischen Soldaten, die während des Jugoslawienkriegs in einem Schützengraben im Niemandsland gefangen sind. Einer der beiden bosnischen Soldaten liegt auf einer Mine. Versucht er aufzustehen,

wird diese explodieren. Die Friedenstruppen der Vereinten Nationen scheitern daran, den drei verfeindeten Soldaten zu helfen, die notgedrungen sogar anfangen, zusammenzuarbeiten. Schließlich bleibt der Soldat alleine auf der Mine liegen. Die Blauhelmsoldaten können ihm nicht helfen und ziehen sich zurück.

Die Länder des Westbalkans sind natürlich die Schöpfer ihres eigenen Nationalismus und ihrer eigenen Konflikte, nicht die Europäische Union. Der EU darf aber nicht so etwas passieren wie den Blauhelmsoldaten im Film. Länder wie Bosnien, Serbien, Nordmazedonien und Albanien dürfen nicht zu einem Niemandsland mutieren, umgeben und vergessen von der EU. Das heißt nicht, dass die EU nach den Jugoslawienkriegen in den 1990ern nichts unternommen hat. Es wurde teilweise versucht, die Vergangenheit aufzuarbeiten und dem Nationalismus entgegenzuwirken. Der Prozess der europäischen Erweiterung kam allerdings in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren kaum oder gar nicht mehr voran.

Das hat auch Auswirkungen auf die Stimmung in diesen Ländern. Obwohl die europäische Integration bisher breite Unterstützung fand, nimmt diese allmählich ab und in vielen Ländern macht sich eine gewisse Lethargie breit. Es muss mehr getan werden, um den Ländern des Westbalkan eine Perspektive und eine Vision für die Zukunft zu geben. Wo Enttäuschung wächst, entsteht meistens noch mehr Nationalismus. Im Falle des Westbalkans treten auch noch andere Akteure auf. Russlands und Chinas Einfluss in der Region steigt und darf nicht vergessen werden. Die EU und Deutschland müssen den Ländern des Westbalkan die Hand reichen und ihnen eine Perspektive für eine Zukunft in der EU bieten, um ein Machtvakuum auf dem Kontinent zu vermeiden. Das bedeutet nicht, dass Menschenrechtsverletzungen und antidemokratische Entwicklungen toleriert werden sollten. Im Gegenteil: Berlin und Brüssel sollten klar und vehement auf solche Trends reagieren, falls nötig auch mit Sanktionen gegen die politischen Eliten. Und wenn die EU mehr Fokus auf den Westbalkan setzt und die Länder nicht sich selbst und ihren Nationalismen überlässt, wird die nächste Europameisterschaft vielleicht auch friedlicher verlaufen.



Konstantin Hadži-Vuković
Berlin

Konstantin Hadži-Vuković ist im Referat Globale und Europäische Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung tätig. Er hat Politikwissenschaften und Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München studiert.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/bestellt-und-nicht-abgeholt-7663/?utm_campaign=de_40_20240719&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Dem Narren die Bühne überlassen.

Die EU regt sich über Orbáns Friedensmission auf. Dabei verschläft sie, selbst die Initiative zu ergreifen

Von Almut Rochowanski

19.07.2024



Sonnt sich im Rampenlicht: Orbán bei Putin.- *picture alliance/dpa/Pool | Valery Sharifulin*

Als [Viktor Orbán](#) die empörte Reaktion von EU-Vertretern und Mitgliedstaaten auf sein Treffen mit Putin damit abschmettete, dass „[Brüsseler bürokratischer Unfug keinen Erfolg in der Suche nach Frieden](#)“ gebracht hätte, seufzte ein kanadischer Experte: „Ich bin kein Fan von Orbán, aber da hat er nicht Unrecht.“ [Die Maßnahmen der EU-Spitze und der Mitgliedstaaten](#) gegen Orbán wirken kleinlich und governantenhafte. Man mokiert sich über „[inakzeptablen Tabubruch](#)“ und will „[Kante zeigen](#)“, aber das sind nur Befindlichkeiten, keine inhaltliche Kritik. Der [Juristische Dienst der EU](#) konstatierte verdächtig rasch, dass Orbán den „Geist der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität“ verletzt habe. Laut einem ehemaligen EU-Beamten und nun unabhängigen Brüsseler Experten ist das „problematisch, weil Politik keine rein juristische Angelegenheit sein kann“. Das bringt uns nicht weiter und hilft niemandem.

Wo sind die respektablen europäischen Staats- und Regierungsoberhäupter? Nach dem Sprichwort: „Wenn nur noch die Narren die Wahrheit sagen, stimmt irgendwas nicht bei Hofe“ – warum nehmen sie Orbán nicht den Wind aus den Segeln, indem sie selbst eine politische Lösung andenken? Warum überlassen sie ihm den Frieden, unser kostbarstes Gut, während sie im Schulterschluss den Kopf in den Sand stecken? Immerhin zeigen [die jüngsten Umfragen](#), dass eine überwiegende Mehrheit der Europäer Verhandlungen will. Der Brüsseler Experte meint, dass die Sanktioniöchen, die einige Mitgliedstaaten und die Kommission jetzt gegen Orbán anwenden, ihn wichtiger aussehen lassen, als er ist. „Orbán ist eigentlich ein Trickbetrüger. Er signalisiert an Trump, seine anderen Fans und die ungarische Bevölkerung, dass er einer der Ihren ist und politische Statur hat. Es geht ihm nicht um Resultate, weil er ja immer sagen kann, dass andere seine Bemühungen sabotiert haben.“

Orbán's Reise war eine ziemlich dilettantische Aktion.

Seite E 85 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Der ungarische Journalist Csaba Tóth kritisiert, dass die EU Orbáns Exzessen schon lange etwas entgegenstellen hätte sollen, etwa als er im Laufe der Flüchtlingskrise 2015 massive Menschenrechtsverletzungen verantwortete. „Damals sahen wir aber kaum eine Reaktion. Und nun auf einmal soll Orbán rote Linien übertreten haben und wird bestraft? Weil er Détente zwischen Russland und der Ukraine anstrebt? Das gibt den Menschen hier zu denken.“ Tatsächlich war Orbáns Reise eine ziemlich dilettantische Aktion. So sieht professionelle, seriöse Diplomatie nicht aus. Das muss er auch wissen, denn nach insgesamt 18 Jahren als Premierminister ist er ein alter Hase.

Seit dem Ausbruch des „großen Krieges“ – wie ihn meine ukrainischen Bekannten nennen – im Februar 2022 hat die politische Klasse Europas scheinbar vergessen, wie Diplomatie funktioniert, beziehungsweise dass sie überhaupt existiert. Angesichts dieser kollektiven Amnesie muss man an Dinge erinnern, die [allgemein bekannt sein sollten](#): Diplomatie lebt von Diskretion. Man pflegt langfristig die Beziehungen, auf die man im Ernstfall bauen kann. Wenn ein Konflikt das sogenannte „[Reifestadium](#)“ erreicht, fangen Sondierungsgespräche an, eventuell durch neutrale Dritte vermittelt oder auch mithilfe von [einflussreichen Privatpersonen](#) („Track-II Diplomatie“). Wenn es um besonders haarige Dinge geht, wird zunächst vertraulich und nur zwischen Unterverhandlern kommuniziert, um Druck von Gegnern und sogenannten Spoilern, die absichtlich Verhandlungen platzen lassen wollen, zu vermeiden. Man [redet](#) erst einmal ohne Vorbehalte, um zu eruieren, was die andere Seite denkt und will. Daraus kann eine erste Verhandlungsgrundlage entstehen. Öffentlich wird erst dann verhandelt, wenn alle Parteien grundsätzlich an Bord sind und es danach aussieht, dass man tatsächlich etwas erreichen kann. Zu Treffen auf höchster Ebene kommt es normalerweise erst, wenn die Verhandler sich auf die meisten Punkte geeinigt haben, die oft umfangreichen technischen Details ausformuliert sind und die Abmachung unterschriftsreif ist. Denn Staats- und Regierungsoberhäupter wollen nicht gerne mit Fehlschlägen in Verbindung gebracht werden (außer sie wollen plakativ zeigen, dass man mit diesem oder jenen Gegenüber nichts erreichen kann).

Orbán ging es wohl ums Rampenlicht – oder vielleicht genau darum, bei den Kollegen im EU-Rat Schnappatmung auszulösen.

Orbán hat also den Pflug vor den Ochsen gespannt. Ohne triftigen Grund, denn Budapest hat Botschaften in Moskau und Peking, deren Mitarbeiter derartige Gespräche diskret führen könnten. Es ging ihm wohl ums Rampenlicht – oder vielleicht genau darum, bei den Kollegen im EU-Rat Schnappatmung auszulösen. Die EU-Mitgliedstaaten, die jetzt beleidigte Leberwurst spielen, die Kommission und Orbán betreiben alle *gaslighting* der Bürger Europas: Die einen erzählen, dass Diplomatie und eine politische Suche nach Frieden und Sicherheit nicht nur unmöglich und absurd sind, sondern unmoralisch und tabu; der andere tut so, als ob die großen, alten Männer, die die Weltgeschichte leiten, in ein paar Stunden unter vier Augen (wenn auch mit viel Blitzlicht und roten Teppichen) komplexe Probleme lösen können. Beides ist nicht seriös.

Trotz allem kann man Orbán nicht a priori absprechen, [dass ihm der Friede ein echtes Anliegen ist](#), sei es aus moralischen, sei es aus praktischen Beweggründen. Immer wieder haben Staatsmänner, die anderweitig höchst problematisch waren, enorme Beiträge für den Frieden geleistet. Metternich wäre hier zu erwähnen, oder etwa Richard Nixon. Und der türkische Präsident Recep Erdoğan, dessen Regierung die bislang wichtigste Rolle in Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine gespielt hat – erst als Vermittler der erstaunlich produktiven Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland im Frühjahr 2022, dann als Abwicklungszentrum der [Schwarzmeer Getreide-Initiative](#).

Seite E 86 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Europas Regierungen und Institutionen sollten endlich Verantwortung für den Frieden auf unserem Kontinent übernehmen.

Damit ist nicht gemeint, dass Orbán diese Rolle weiterhin im Alleingang spielen soll. Ganz im Gegenteil: Europas Regierungen und Institutionen sollten endlich Verantwortung für den Frieden auf unserem Kontinent übernehmen. Die Perspektive muss aber geradegerückt werden: Weg von der Vorstellung, dass nur die astreinsten Demokraten Friedensarbeit machen dürfen (wenn sie sich endlich einmal dazu durchgerungen haben), hin zu einer realistischeren, pragmatischeren und professionelleren Sicht der Diplomatie. Die allerwenigsten Kriege enden mit einem Siegfrieden, und die allermeisten enden mit Verhandlungen, auch wenn diese oft nur zu einem de facto Einhalten der Kampfhandlungen führen, wie etwa in Kaschmir, Zypern und der koreanischen Halbinsel. Der Ukraine gehen nicht nur die Soldaten aus, sondern, durch Flucht und kollabierende Geburtenraten, [ganz elementar die Menschen](#). Das Land blutet aus, es verliert seine Zukunft.

Dass der [Krieg für beide Seiten nicht zu gewinnen ist](#), ist im amerikanischen Diskurs, anders als im deutschsprachigen Raum, nicht kontrovers. Die amerikanische Regierungsposition ist seit jeher, dass der Krieg mit Verhandlungen enden wird, allerdings erst dann, wenn die Ukraine die militärische Oberhand erlangt und damit eine bessere Ausgangslage für Verhandlungen hat. Davon kann aber seit mittlerweile eineinhalb Jahren nicht mehr die Rede sein, trotz massiver Unterstützung aus dem Westen, die in der fehlgeschlagenen Gegenoffensive im Sommer 2023 kulminierte. Das [Abkommen](#), das die Ukraine im Frühling 2022 am Verhandlungstisch in Istanbul erzielte, erscheint heute unerreichbar – eine Erkenntnis, die so tragisch ist, dass es einem den Atem verschlägt.

Dass der Krieg für beide Seiten nicht zu gewinnen ist, ist im amerikanischen Diskurs, anders als im deutschsprachigen Raum, nicht kontrovers.

Europas Regierungen können nun aus dem Schmollwinkel über Orbán herziehen und dann stillschweigend wieder zur Tagesordnung übergehen. Oder sie könnten seinen ungelenten, möglicherweise zynischen Vorstoß als Herausforderung sehen, es besser zu machen. Das heißt vor allem auch, alles das, was in den letzten Jahrzehnten über die Beendigung von bewaffneten Konflikten gelernt wurde, anzuwenden. Also etwa das Konzept des [people-centered peace](#), welches *human security*, also die subjektive Sicherheit der vom Krieg betroffenen Menschen (im Gegensatz zu rein militärisch-politischer Sicherheit), ihre Rechte und ihr Wohlergehen in den Mittelpunkt stellt und damit nachweislich nachhaltigeren Frieden erzielt. Oder, gemäß UNO-Sicherheitsratsresolution 1325, [die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen auf allen Ebenen derartiger Prozesse](#).

Es wurde viel darüber [spekuliert](#), ob Boris Johnson im Frühling 2022 der Ukraine angeordnet hat, die Verhandlungen abubrechen und weiterzukämpfen. [Falsch ist es, nur zu fragen](#), was passiert wäre, wenn Johnson damals nichts getan hätte, denn „Nichts tun“ war nicht die einzige Alternative für den Westen. Die richtige Frage lautet, was geschehen wäre, wenn Europa die Verhandlungen gemeinsam mit der Türkei tatkräftig unterstützt und der Ukraine diplomatische Schützenhilfe geboten hätte.

Nicht alle Friedensprozesse gehen unausweichlich gut aus. Oft scheitern sie einige Male, bevor sie greifen. Sie können Jahre andauern. Aber ich stelle die Behauptung in den Raum, dass, wenn wir im Frühling 2022 die Chance auf Diplomatie ergriffen hätten, heute Zehntausende und vielleicht Hunderttausende Menschen noch am Leben wären und Millionen enormen Schmerz und Trauma nie erfahren hätten. Das sollte zu denken geben. Wir können doch Diplomatie. Mindestens genauso gut wie Waffen bauen und in die Ukraine verfrachten, und sicherlich besser als Orbán.



Almut Rochowanski
Brewer

Almut Rochowanski ist Aktivistin und unterstützt seit 20 Jahren die Zivilgesellschaft in der ehemaligen Sowjetunion, mit Schwerpunkt Friedensarbeit und Frauenrechte.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/dem-narren-die-buehne-ueberlassen-7664/?utm_campaign=de_40_20240719&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) NATO. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 627-08

13. Juli 2024

49. Jahrgang

NATO

Die einen halten die NATO, die in dieser Woche in Washington, D.C., ihr 75-jähriges Bestehen feierte, für ihren größten Sicherheitsgaranten, die anderen für eine Bedrohung des Weltfriedens. Ich gehöre zu denen, die diesem Bündnis sehr dankbar sind, hat es in Zeiten des „Kalten Krieges“ dafür gesorgt, dass es nicht heiß wird. Es hat uns vor der permanenten Bedrohung durch die Sowjetunion geschützt.

Angeblich wegen des Beitritts der Bundesrepublik zur NATO am 5. Mai 1955 zwang die Sowjetunion ihre Satellitenstaaten DDR, Polen, Tschechoslowakei, Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Albanien, am 14. Mai 1955 den „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit, und gegenseitigen Beistand“ zu unterschreiben, womit der „Warschauer Pakt“ als Gegenbündnis zur NATO gegründet war.

Nach dem Ende des Zwangsbündnisses UdSSR im Dezember 1991 und der einhergehenden Auflösung des „Warschauer Paktes“ im selben Jahr, sind dessen ehemalige Mitglieder so schnell es möglich war, der NATO beigetreten, ebenso Staaten der Sowjetunion, wie die baltischen Republiken.

Die Beziehungen zu Russland waren danach so gut wie nie zuvor und nie wieder. Der russische Traum endete mit dem Auftritt **Wladimir Putins** 1999. Kaum war er als Ministerpräsident im Amt, inszenierte er einen Terrorangriff in Moskau, der dazu diente, den zweiten Tschetschenienkrieg beginnen zu können. In seiner Sandmännchen-Rede vor dem Bundestag am 25. September 2001 ließ er uns in dem Glauben, es mit einem aufrechten Menschen zu tun zu haben: „Ich bin überzeugt: Wir schlagen heute eine neue Seite in der Geschichte unserer bilateralen Beziehungen auf und wir leisten damit unseren gemeinsamen Beitrag zum Aufbau des europäischen Hauses.“ Putins Rede gehört in die Märchensammlung des Hauses der Geschichte in Bonn.

Für Putin war das Ende der Sowjetunion eine Tragödie. „Das, was wir uns in 1000 Jahren erarbeitet haben, war zu einem bedeutenden Teil verloren“, meint er mit Blick auf das russische Imperium, aus dem nach der Oktoberrevolution von 1917 fünf Jahre später die Sowjetunion mit ihren 15 Republiken hervorging. Quelle: Merkur.de

Wer Anneklieren und Unterdrücken anderer Völker als „erarbeitet“ bezeichnet, kommt auch auf Menschenverachtende Ideen wie nach der Dringlich-

keitssitzung des Sicherheitsrates der UN, der sich mit dem Angriff auf ein Kinderkrankenhaus in Kiew befasste. Der russische Botschafter lud im Anschluss an die Sitzung zum Dinner ein. Als Hauptgericht gab es **Hühnchen Kiew**, auch als Kiewer Kotelett bekannt, serviert mit Kartoffelstäbchen, dazu ein Sauvignon blanc aus dem „**Russian River Valley**“ in Kalifornien. Quelle: Morgenpost 10.07.2024

Die Hätte-Hätte-Diskussion über einen frühzeitigen Eintritt der Ukraine in die NATO erübrigt sich. Es ist aber mal wieder Zeit für eine Rede dieser Qualität: „Ihr Völker der Welt, ihr Völker in Amerika, in England, in Frankreich, in Italien! Schaut auf dieses Land und erkennt, dass ihr dieses Land und dieses Volk nicht preisgeben dürft und nicht preisgeben könnt! Es gibt nur eine Möglichkeit für uns alle: gemeinsam so lange zusammenzustehen, bis dieser Kampf gewonnen, bis dieser Kampf endlich durch den Sieg über die Feinde, durch den Sieg über die Macht der Finsternis besiegelt ist. Wer dieses Land, wer dieses Volk der Ukraine preisgeben würde, der würde eine Welt preisgeben, noch mehr, er würde sich selber preisgeben.“ Frei nach **Ernst Reuter** (9. September 1948 vor dem Reichstag in Berlin).

Natürlich macht es Angst, wenn Waffensysteme bei uns stationiert werden, die Ziele in Russland erreichen können. Dass dadurch die Befürchtung wächst, Putin würde nun seine Raketen auf Deutschland ausrichten, ist unbegründet, weil wir uns längst im Fadenkreuz des russischen Kindermörders befinden.

Privatdozent **Dr. Stefan Luft** von der Uni Bremen schließt in der *Phoenix-Runde* vom 10. Juli nicht aus, dass die Zerstörung des Kinderkrankenhauses in Kiew ein „**Kollateralschaden**“ sein könnte und bedient damit die russische Propaganda. Auch **Sahra Wagenknecht**, die der AfD und Linken gleichzeitig Stimmen abjagt, durfte in dieser Woche bei **Maybrit Illner** die russische Sicht der Lage erklären. **Jörg Thadeusz** bezeichnet Wagenknecht in seinem Kommentar in der *Berliner Morgenpost* als „**Influencerin der Infamen**“ und „**Putins Fangirl**“. „Als sich russische Soldaten die Krim unter den Nagel rissen, sprach Putins Apologetin von einer „**Reaktion auf eine Fehlentwicklung**“. „**Die Polittalkshows im Fernsehen können von Deutschlands bekanntester Widerwärtiger immer noch nicht genug bekommen.**“

Friedensengel **Viktor Orbán**, für ein halbes Jahr Chef von Europa, rät, der Ukraine kein Geld und keine Waffen mehr zu geben. Dann wäre der Krieg schnell beendet. Warum sagt er nicht gleich, unterwerft und ergebt Euch? Bedingungslos versteht sich.

04) Troll-Diplomatie.

Viktor Orbáns Alleingänge machen die EU lächerlich. Um den Schaden zu begrenzen, sollte Ungarn die Ratspräsidentschaft entzogen werden

Von Daniel Hegedüs

12.07.2024



Versteckte Botschaft an Europas Hauptstädte?-*picture alliance / NurPhoto | Beata Zawrzel*

Ministerpräsident Viktor Orbán hat Ungarns sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft mit diversen diplomatischen Aktionen eingeleitet, die für einen Schock bei den EU- und NATO-Partnern sorgten. Zunächst begab er sich nach Kiew zu seinem ersten bilateralen Treffen mit Präsident Wolodymyr Selenskyj seit dem vollumfänglichen russischen Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022. Mit Blick auf die bestehenden Differenzen zwischen den beiden Ländern gab es zwar keine greifbaren Ergebnisse, aber die Ukraine sagte zu, auf die ungarischen Bedenken bezüglich des Status der ungarischen Minderheit in Transkarpatien sowie der Behandlung ungarischer Unternehmen einzugehen. Diese Zusage nährte zumindest kurzfristig einen vorsichtigen Optimismus, dass es zu einer Annäherung und einer moderat-prowestlichen Wende in der ungarischen Außenpolitik kommen könnte.

Einige Tage später stattete Orbán jedoch Moskau einen überraschenden Besuch ab, der weder mit den EU- und NATO-Partnern noch mit der ukrainischen Führung abgestimmt war. Der Schritt zeigt, wie Orbán [die EU-Ratspräsidentschaft missbrauchen kann](#), wie er vorgibt, im Namen der gesamten EU zu sprechen, wie er Verwirrung stiftet und der EU-Außenpolitik schadet. Gleichzeitig dienen und nutzen derartige Aktionen den Interessen Russlands und anderer illiberaler Rivalen des Westens.

In den EU-Verträgen ist klar geregelt, dass die Regierung, die den Ratsvorsitz innehat, die EU *nicht* nach außen vertritt. Dies ist das Vorrecht des Präsidenten des Europäischen Rates, der Präsidentin der Europäischen Kommission und des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Dennoch hat Orbán bei seinen bisherigen Reisen das Logo der ungarischen Ratspräsidentschaft verwendet, wiederholt auf seine derzeitige Position an der Spitze des Europäischen Rates angespielt und Russlands Präsident Wladimir Putin nicht widersprochen, als dieser beim Treffen erklärte, Orbán spreche in Moskau für die EU. Auch die russische Staatspropaganda [nutzte](#) Orbáns Besuch und seine Eigendarstellung, die perfekt zur Rhetorik des Kremls passt.

Seite E 90 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Orbán stellte seine Reise nach Moskau als nächste Etappe seiner „Friedensmission“ nach dem Besuch in Kiew dar. In Wirklichkeit brach er aber glasklar mit der EU-Position, nicht ohne die Ukraine über die Zukunft der Ukraine zu verhandeln – und hielt darüber hinaus den Russland-Besuch gegenüber Kiew geheim. EU-Ratspräsident [Charles Michel](#), Kommissionschefin [von der Leyen](#) sowie der noch amtierende Hohe Außenvertreter [Josep Borrell](#) und seine Nachfolgerin [Kaja Kallas](#) kritisierten die Reise. Alle betonten, dass Orbán dafür kein EU-Mandat hat und dass die Ratspräsidentschaft nicht die EU nach außen repräsentiert.

Wie zu erwarten war, zeigt Orbán, dass er die Ratspräsidentschaft zum außenpolitischen Trolle nutzen will.

Orbán reiste von Russland weiter nach Aserbaidschan, um am informellen Gipfel der Organisation der Türkischen Staaten teilzunehmen. Aus EU-Sicht ist auch dieser Besuch heikel, da die territoriale Integrität und Souveränität Zyperns infrage gestellt werden könnte. Schließlich waren auch Vertreter der von der EU nicht anerkannten Türkischen Republik Nordzypern anwesend. Diese Problematik wurde sowohl von [Borrell](#) als auch vom Ko-Vorsitzenden der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR), [Nicola Procaccini](#) von den Fratelli d'Italia, zur Sprache gebracht. Letzteres zeigt, dass sich nicht nur Orbáns Beziehungen zum EU-Mainstream verschlechtern, sondern auch die Verbindungen zur EKR-Fraktion und zu Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, die vor den EU-Wahlen noch als Verbündete Orbáns galten.

Von Baku aus flog Orbán dann nach Peking, um den chinesischen Präsidenten Xi Jinping [zu treffen](#). Vor Ort lobte er Chinas Engagement für einen Friedensschluss zwischen Russland und der Ukraine. Dabei übergang er geflissentlich Xis Entscheidung, den Genfer Friedensgesprächen im Juni fernzubleiben. Von Peking aus reiste Orbán weiter zum NATO-Gipfel in die Vereinigten Staaten, wo er auch Donald Trump traf.

All das ist nur der Anfang. In den nächsten Monaten der ungarischen Ratspräsidentschaft dürfte es weitere nicht abgesprochene Besuche geben, bei denen Orbán die Positionen der EU missachtet und beschädigt – sei es bei Trump in den USA, bei Benjamin Netanjahu in Israel oder in Georgien und Moldawien, wo jeweils im Herbst heiß umkämpfte Wahlen anstehen.

Wie [zu erwarten war](#), zeigt Orbán, dass er die Ratspräsidentschaft zum außenpolitischen Trolle nutzen will. Dabei geht es ihm nicht um oberflächliche Irritationen und ums Stören an sich, sondern er verfolgt eine Strategie. Angesichts der eigenen postkommunistischen Erfahrung hat Orbán offenbar verinnerlicht, dass der Untergang von Imperien und supranationalen Institutionen dann droht, wenn diese Institutionen anfangen, lächerlich zu wirken. Aus genau diesem Grund versucht er mit seinen Aktionen, die EU lächerlich zu machen.

Ein Entzug der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft war im vergangenen Jahr schon mehrfach diskutiert worden.

Mit seinem sprunghaften Verhalten und seiner mehrgleisigen Außenpolitik will Orbán demonstrieren, dass es keine Konsequenzen hat, wenn er wiederholt gegen EU-Regeln verstößt und EU-Positionen untergräbt. Damit hält er die Union intern und extern zum Narren, indem er aufzeigt, dass sie nicht in der Lage ist, die Einheit aufrechtzuerhalten und dass ein einzelner Mitgliedstaat sich wie die Axt im Walde aufführen kann, ohne dass dies

Seite E 91 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

negative Konsequenzen hätte. Daraus ergibt sich dann schnell die Frage: Warum sollten andere Länder wie Belarus, Georgien oder Serbien (um nur einige zu nennen) auf die EU hören?

Die wichtigste strategische Aufgabe der EU ist es nun, negative Konsequenzen für das Verhalten Orbáns zu schaffen. Im Moment sind dabei insbesondere die anderen Mitgliedsstaaten und der Europäische Rat gefordert, denn es wird noch Monate dauern, bis die neue Kommission und das neue EU-Parlament voll einsatzfähig sind. Darüber hinaus sind gerade die Reaktionen anderer Staaten für Orbán wichtig, der die supranationalen EU-Institutionen ohnehin verachtet.

Ein Entzug der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft war im vergangenen Jahr schon mehrfach diskutiert worden. Im Juni 2023 verabschiedete das Europäische Parlament sogar eine [Entschließung](#), in der es die Fähigkeit des Landes infrage stellte, die Aufgaben des Ratsvorsitzes konstruktiv und redlich zu erfüllen. Die [Meijers-Kommission](#), eine angesehene Juristenorganisation in den Niederlanden, hat nun einen legalen Weg aufgezeigt, wie Orbán die Ratspräsidentschaft entzogen werden kann.

Demnach könnten die anderen Mitgliedstaaten die ungarische Ratspräsidentschaft verkürzen und den Start der folgenden polnischen Ratspräsidentschaft vom 1. Januar 2025 auf den 1. September (oder noch früher) vorziehen. Parallel dazu sollten sie die erste Phase des [Verfahrens nach Artikel 7](#) gegen Ungarn abschließen, um einen solchen Bruch mit dem in den EU-Verträgen verankerten Prinzip der [„gleichberechtigten Rotation“](#) des Ratsvorsitzes zu rechtfertigen.

So müsste der EU-Ratspräsident auf der Grundlage von [Artikel 236 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union](#) einen Antrag auf Änderung des Turnus der Ratspräsidentschaft stellen. Die Mitglieder des Europäischen Rates könnten dann durch eine einfache Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit den Beginn der polnischen Präsidentschaft auf August oder September vorverlegen.

Die Mitgliedsstaaten müssen umgehend handeln.

Für das Verfahren nach Artikel 7 müssten die Mitgliedstaaten einen Antrag an das Ratssekretariat stellen, um eine Abstimmung aufgrund der „eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung“ der EU-Werte in Ungarn gemäß Artikel 7 Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ zu setzen. Für einen entsprechenden Beschluss braucht es eine Vier-Fünftel-Mehrheit.

Beide Initiativen sollten idealerweise von den Schwergewichten Frankreich, Deutschland und Polen angeführt und von einer möglichst großen Gruppe von Mitgliedsstaaten mitgetragen werden, insbesondere von den baltischen Staaten sowie Ländern aus Mittel- und Osteuropa wie Tschechien, Rumänien und Slowenien.

Die Mitgliedsstaaten müssen umgehend handeln, denn sie werden wohl nie mehr eine bessere Gelegenheit bekommen: Im rechtsradikalen Spektrum ist die Beziehung zwischen Meloni und Orbán angespannt, da die neue Fraktion des ungarischen Regierungschefs, die sogenannten „Patrioten für Europa“, aktiv [EKR-Mitglieder abwirbt](#). Darüber hinaus dürften bei den anstehenden Wahlen in Österreich und Tschechien weitere Verbündete Orbáns an die Macht kommen.

Seite E 92 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Wenn sie eine angemessene Antwort auf Orbáns Trollen und seine Verhöhnung der EU geben wollen, könnten die Mitgliedsstaaten die ungarische Ratspräsidentschaft innerhalb weniger Wochen beenden. Alles, was es dazu braucht, ist gute Diplomatie und Mehrheitsfindung im Europäischen Rat.

Die jüngsten Ereignisse, die Realität, widerlegen die Experten, die zuvor noch behauptet hatten, Ungarns Ratspräsidentschaft könne der EU nur sehr begrenzten Schaden zufügen. Derweil müssen sich diejenigen, die weiter auf ein halbes Jahr Aussitzen und Durchwurschteln pochen, auf weitere Aktionen Orbáns wie die der letzten Tage einstellen.

Aus dem Englischen von Tim Steins



Daniel Hegedüs

Berlin

Daniel Hegedüs ist Analyst für Internationale Beziehungen und Politik. Er arbeitet als *Senior Fellow* und *Senior Program Officer* beim *German Marshall Fund of the United States*.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/troll-diplomatie-7647/?utm_campaign=de_40_20240712&utm_medium=email&utm_source=newsletter

05) Mein rechter, rechter Platz ist frei.

Statt ihre neue Stärke auszuspielen, spalten sich die rechten Parteien im EU-Parlament auf. Wer gewinnt nach der Umgruppierung an Einfluss?

Von Matteo Dressler

05.07.2024



Wettstreit unter Rechten: Wer hat am Ende mehr Macht?- *picture alliance / Reuters* | Johanna Geron

Seit den Europawahlen überbieten sich in Brüssel die Spekulationen. Im Wahlkampf war häufig die Rede von einer möglichen Koalition zwischen den Rechtsaußenparteien der Fraktion Europäische Konservative und Reformen (EKR), angeführt von der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, und der rechtsextremen Fraktion Identität und Demokratie (ID) mit Marine Le Pen und der französischen Partei *Rassemblement National* (RN) an der Spitze. Doch nach der Wahl folgte nun eine überraschende Wendung: Die Rechtsaußenparteien könnten sich stattdessen [in weitere Fraktionen aufspalten](#).

Derzeit bemüht sich die AfD, eine neue Fraktion unter dem Namen „Die Souveränisten“ zu bilden, da sie im Mai 2024, kurz vor der Europawahl aus der ID-Fraktion ausgeschlossen wurde. Nach dem berüchtigten [Treffen in Potsdam](#) – auf dem AfD-Mitglieder gemeinsam mit bekannten Neonazis hochproblematische „Remigrations“-Strategien erörtert und damit die von langer Hand angelegte Radikalisierung der AfD noch weiter vorangetrieben hatten – tat sich in den letzten Monaten ein Graben zwischen dem RN als führender Partei der ID-Fraktion und der AfD auf. Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, war im Mai 2024 die Relativierung von SS-Verbrechen des AfD-Spitzenkandidaten [Maximilian Krah](#), der bereits wegen eines Skandals um Spionage für China unter Druck gestanden hatte.

Der Ausschluss der AfD aus der ID-Fraktion war zudem für Marine Le Pen eine gute Gelegenheit, der französischen Wählerschaft zu signalisieren: Wir gehören nicht länger zu diesen Extremisten, wir haben uns verändert! Was den Ton angeht, mag das stimmen, doch das Parteiprogramm setzt weiterhin auf Fremdenfeindlichkeit und wettet gegen eine pluralistische Demokratie. Diese Strategie scheint leider aufzugehen, aus der ersten Runde der Parlamentswahlen in Frankreich [ging der RN als stärkste Kraft hervor](#).

Die Geschichte der Souveränisten zeugt von einer Neuordnung, die wenige Wochen nach der Europawahl nun voll im Gange ist.

Die Geschichte der Souveränisten zeugt von einer Neuordnung, die wenige Wochen nach der Europawahl nun voll im Gange ist. Die meisten nationalen Parteien, Kandidatinnen und Kandidaten waren mit einer klaren Aussage angetreten, welcher Fraktion sie im EU-Parlament angehören wollten – wie etwa Sozialdemokraten, Konservative oder Grüne. Es gibt jedoch auch eine beträchtliche Minderheit fraktionsloser Europa-Abgeordneter, die sich vorab keiner bestimmten Fraktion zuordnen wollten. Und selbst wenige Tage vor dem Ende der inoffiziellen Frist haben sich über elf Prozent der gewählten EU-Abgeordneten [noch immer keiner Fraktion angeschlossen](#).

Mit dem Fraktionsstatus gehen [zahlreiche Privilegien](#) einher, etwa mit der Vergabe von wichtigen Positionen (in den Ausschüssen) und mit mehr Mitteln als für fraktionslose Parlamentarier, sowie mit einem Anrecht, Zuschüsse für politische Stiftungen zu erhalten. Um eine Fraktion zu bilden, müssen sich mindestens 23 Abgeordnete aus wenigstens einem Viertel der EU-Mitgliedstaaten (derzeit sieben) [zusammenschließen](#). Die Zeit drängt: Bis zum 4. Juli mussten die neuen Fraktionen eigentlich gebildet sein, um bei der Verteilung der prestigeträchtigen Parlamentsposten berücksichtigt zu werden. Es bleibt abzuwarten, ob sich die neuen rechten Parteien [nach der Wahl in Frankreich](#) am 7. Juli auf neue Fraktionen einigen werden, um sich an diesem Verhandlungsprozess zu beteiligen.

Die Idee, [eine eigene Fraktion zu gründen](#), bestand bereits vor dem Ausschluss der AfD aus der ID-Fraktion. Je mehr sich Le Pen von der AfD distanzierte, desto stärker wuchs deren Wunsch, sich mit anderen Kleinparteien unter deutscher Führung zu verbünden und als eigene Fraktion unabhängig zu machen. Kurz nach der Europawahl begann die AfD, die nötigen Abgeordneten aus verschiedenen Ländern zusammenzusuchen. Seit Beginn der Sondierungsgespräche schwankt das Engagement weiterer Mitglieder zwischen Spekulationen und konkreten Gesprächen. Jedoch bleibt unklar, welche Zusagen tatsächlich konkret gemacht wurden. Zu den potenziellen Kandidaten zählen *Wasraschdane* („Wiedergeburt“) aus Bulgarien, die neue Partei *Se acabó la fiesta* („Die Party ist vorbei“) aus Spanien, *Mi Hazánk Mozgalom* („Unsere Heimat“) aus Ungarn, die *Republika*-Bewegung aus Slowenien, „S.O.S. Rumänien“ und NIKI („Sieg“) aus Griechenland. Auch eine französische EU-Abgeordnete der Partei *Reconquête* („Rückeroberung“) [könnte der Fraktion beitreten](#). Die polnische *Konfederacja* gehört ebenfalls zur Zielgruppe der AfD, hat sich aber noch nicht entschieden.

Der ungarische Premierminister Viktor Orbán verkündete selbst die Gründung einer neuen Fraktion.

Die ungarische Regierungspartei *Fidesz* mit ihren zehn Abgeordneten wird den Souveränisten allerdings nicht beitreten. Am 30. Juni verkündete der ungarische Premierminister Viktor Orbán nämlich selbst [die Gründung einer neuen Fraktion](#), gemeinsam mit dem früheren tschechischen Premierminister Andrej Babis und dem Chef der rechtsextremen Freiheitlichen Partei Österreichs, Herbert Kickl. Diese „Patrioten für Europa“ brauchen aber noch Abgeordnete aus mindestens vier weiteren Mitgliedsländern.

Die AfD hatte bereits für den 27. Juni einen Konferenzraum in Brüssel gemietet, um die Konstituierung ihrer neuen Fraktion zu verkünden – das Treffen fand jedoch nie statt. Offenbar ist die Zahl der Interessierten an einer solchen rassistischen Allianz geringer, als der AfD lieb ist. Über die Gründe kann man nur spekulieren: Manche der möglichen Partner wurden erst vor wenigen Tagen kontaktiert (wie *Se acabó la fiesta*), während andere wie

Seite E 95 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

die *Konfederacija* sich noch die Option offenhalten, der ID-Fraktion beizutreten. Es gibt jedoch auch Vorbehalte innerhalb der AfD. Auch wenn sich die Partei immer weiter radikalisiert, sind manche ihrer potenziellen Fraktionspartner *noch* extremer, und das Risiko einer offenen Holocaust-Leugnung oder ähnlicher Skandale mag selbst der AfD zu groß erscheinen.

Das politische Programm der neuen Fraktion bleibt – zumindest offiziell – ebenfalls im Dunkeln. Man sollte jedoch keine allzu großen Überraschungen erwarten. Die Botschaft liegt vermutlich bereits im Namen: Die Souveränisten setzen auf Souveränität. In den letzten Jahren hatten die rechtsextremen, migrationskritischen Anhänger dieses Begriffs erklärt, eine Nation solle frei entscheiden können, wer ins Land einreisen und dort bleiben dürfe oder ausreisen müsse. Seitdem hat sich die Bedeutung des Begriffs ausgeweitet, sodass er inzwischen für sämtliche infame Lieblingsprojekte der extremen Rechten genutzt wird, um ein ganzes Spektrum antipluralistischer Maßnahmen zu rechtfertigen, die sich praktisch gegen jede und jeden richten könnten.

Das erkennt man am besten an der souveränistischen Sofia-Erklärung der rechtsextremen bulgarischen Partei *Wasraschdane*, die im April 2024 veröffentlicht wurde. Demnach werde die europäische Zivilisation „durch die Aggression globalistischer Ideologien bedroht“ und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen werde „durch die Diktatur einer Bürokratie ersetzt“. Dieser [Erklärung zufolge müsse die EU-Bürokratie gestoppt](#) und von internationalen Konzerninteressen befreit werden, zudem brauche es Friedensverhandlungen im „europäischen Krieg gegen Russland“. In dieses bekannte Lied stimmt auch die AfD seit Jahren ein.

Jede Spaltung bedeutet allerdings weniger Macht.

Die vor der Europawahl weitverbreitete Überzeugung, trotz des Zuwachses an Wählerstimmen werde es zu inneren Spaltungen des Rechtsaußen-Lagers kommen, hat sich (bis jetzt) bestätigt. Es scheint, dass die Spaltung entlang bestimmter Konfliktlinien (Russland, Ukraine) und des Ausmaßes des Extremismus (hauptsächlich im Ton, nicht in der Substanz) in Bezug auf Themen wie Einwanderung oder die Verherrlichung der faschistischen Vergangenheit anhält. Zu diesen Differenzen hinzu kommen auch noch interne, durch nationale Interessen befeuerte Machtkämpfe. Jede Spaltung bedeutet allerdings weniger Macht.

Die Startschwierigkeiten der Souveränisten sind ein gutes Beispiel. Sollte es ihnen nicht gelingen, eine Fraktion zu bilden und den entsprechenden Status zu erhalten, wäre dies ein schwerer Schlag für die AfD und alle, die sich unter ihrem Schirm versammeln wollten, um mehr politischen Einfluss, Geld und analytische Unterstützung zu erlangen. Das soll nicht heißen, dass für die Kräfte der Mitte alles zum Besten steht. Selbst wenn sie gespalten sind, werden die rechtsextremen Gruppen bei einigen Gesetzesvorschlägen (*Anti-Green Deal*) gemeinsam abstimmen. Bei anderen (Ukraine) werden sie dies jedoch nicht tun.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten sollten die Lage genau beobachten, um die Differenzen zwischen den verschiedenen rechtsextremen Fraktionen richtig zu deuten. Denn das Risiko, dass die Europäische Volkspartei bei einigen Gesetzesvorschlägen mit weit rechtsstehenden Parteien zusammenarbeitet, bei anderen jedoch nicht, muss aufmerksam beobachtet werden, um sicherzustellen, dass die Progressive Allianz der Sozialdemokraten und ihre Verbündeten die bereits erzielten Fortschritte verteidigen können. Zudem gibt es nicht nur Differenzen zwischen den verschiedenen Rechtsaußen-

Fraktionen, sondern auch innerhalb derselben. In der letzten Legislatur war die Abstimmungsdisziplin in der EKR- und der ID-Fraktion am geringsten. Diese Schwäche sollten progressive Kräfte ausnutzen, um Mehrheiten zu bilden und diejenigen abzuwehren, die sie unterminieren wollen.

Kluge Beobachter haben angemerkt, dass die Bedrohung von rechts einheitsstiftend für die Europawahl wirkte und die Menschen an die Wahlurnen trieb. Nach der Wahl lautet nun die kontraintuitive Botschaft, sich stärker auf uns selbst als auf die Rechten zu konzentrieren. Natürlich sollte man die Dinge – und auch diese Parteien – beim Namen nennen: rechtsaußen, rechtsextrem, xenophob und rassistisch. Trotzdem ist es in einer Zeit, in der sich zahlreiche Menschen in Europa unsicher fühlen und einen Niedergang befürchten, wichtiger denn je, fortschrittliche Alternativen und eine Zukunftsvision zu bieten. Ein Kontext, der anfällig ist für die immer gleiche nostalgische, reaktionäre Melodie „Lasst uns in eine glorreiche Vergangenheit zurückkehren“. Viele mögen versucht sein, diesem alten, nostalgischen Lied zu folgen, doch dahinter verbergen sich antipluralistische und autoritäre Tendenzen. Lasst uns stattdessen gemeinsam eine demokratische und fortschrittliche Gegenwart und Zukunft aufbauen!.



Matteo Dressler

Brüssel

Matteo Dressler ist politischer Berater im Bereich Demokratie und Partizipation bei der *Foundation for European Progressive Studies* (FEPS).

https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/rechte-fraktionen-ep-7626/?utm_campaign=de_40_20240705&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 98 – E 111)

01) KW 30 [22. bis 28.07.2024] – Am Abgrund.

Kommentiert von Ed Koch

**paperpress**

seit 1976



Nr. 627-22

28. Juli 2024

49. Jahrgang

KW 30 *kommentiert von Ed Koch*
Am Abgrund

Es gibt so ein paar Lieblingssprüche, die man sich in einem langen Leben gemerkt hat und gern hin und wieder anwendet. Zum Beispiel: „Heute stehen wir am Abgrund. Morgen sind wir einen Schritt weiter.“ Schaut man sich um in der Welt, passt kaum etwas besser.



Screenshot ARD

Wirklich beeindruckend war die Eröffnungsfeier für die **Olympischen Spiele** in Paris, trotz des Regens. Keine Show in einem Stadion, sondern unterwegs in Paris, auf der Seine und drumherum. Angesichts des heutigen trüben Wetters sollte man sich dieses außergewöhnliche Ereignis in der Mediathek noch einmal anschauen.



Céline Dion tritt im Eiffelturm war mehr als nur das Sahnehäubchen am Ende dieses gelungenen Spektakels. Gönnen wir es den Franzosen, wenigstens für ein paar Stunden ihre Sorgen ausgeblendet zu haben. Ein gutes Ritual ist es, dass das jeweilige Staatsoberhaupt die Spiele nicht für eine große Rede nutzen darf, sondern nicht mehr und nicht weniger zu verkündet hat, als dass die Spiele eröffnet sind.

Und kaum waren sie das, kamen die ersten Probleme ans Licht: **DER SPIEGEL** schreibt: „Die Dopingfrage, die das System zum Wackeln bringt. In Paris sind elf chinesische Schwimmer dabei, die mutmaßlich betrogen haben. Der Ärger hat die politische Weltbühne erreicht, das IOC droht den USA. Und die Antidopingbehörde windet sich. Protestaktionen sind absehbar.“ Die großen Sportverbände dieser Welt haben

zu Recht einen schlechten Ruf, ob **FIFA**, **UEFA** oder **IOC**. Intransparenz und das Handtieren mit Milliarden Beträgen, die von den Zuschauern aufgebracht werden, bringen diese gewinnorientierten gemeinnützigen Organisationen „im Sinne der Artikel 60 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuches“ immer wieder in die Schlagzeilen. Nichts gegen die Schweiz, es ist aber schon sehr auffällig, dass sie dort ihren Sitz haben und ins Handelsregister und nicht wie bei uns üblich, ins Vereinsregister eingetragen sind.

Besonders die Chefs der Verbände sind äußerst fragwürdige Persönlichkeiten. Die Nähe von **Thomas Bach** zu **Wladimir Putin** hat ein hochrangiger Sportfunktionär schon lange im Blick. „Ohne Putin wäre Bach gar nicht zum Olympia-Boss aufgestiegen, berichtet der ehemalige DOSB-Chef **Alfons Hörmann**. Er nennt Bach in einer neuen Dokumentation der ZDF-Dokureihe „Die Spur“ einen „Präsidenten in Putins Gnaden“. Wenn Sie diese Dokumentation sehen, machen Ihnen die Olympischen Spiele kaum noch Spaß. Das ganze System steht am Abgrund und niemand unternimmt etwas dagegen, sondern lässt sich gängeln. Das IOC will nationales Recht, beispielsweise beim Doping, in den Austragungsländern, außer Kraft setzen.

2034 sollen die Winterspiele in Salt Lake City stattfinden. Das IOC verband die Vergabe „mit einer Warnung, die kaum weniger deutlich hätte ausfallen können.“, berichtet der **Bayerische Rundfunk**. „Die Spiele 2034 können Salt Lake City jederzeit entzogen werden, wenn die US-Behörden und die Anti-Doping-Agentur USADA weiter Probleme bereiten. Die hatten die Welt-Anti-Doping-Agentur im Fall der 23 positiv getesteten Schwimmer aus China heftig kritisiert und auf Grundlage des Rodchenkov Acts Ermittlungen gefordert. Das Gesetz erlaubt der amerikanischen Strafverfolgung, gegen Hintermänner von Dopingverstößen bei internationalen Wettkämpfen einzugreifen. Solch staatliche Einflussnahmen stoßen dem IOC auf, so übel sogar, dass Vizepräsident **John Coates** einen Zusatz zum Ausrichtervertrag mit einer einseitigen Kündigungsklausel verankerte.“

Die USA zeigen sich (noch) unbeeindruckt. Coates blickt bei der Bekanntgabe der Kündigungsklausel mit dem Blick des Paten in die Kamera: „Ich mache Euch ein Angebot, das ihr nicht ablehnen könnt.“ (Marlon Brando als Vito Corleone im Film Der Pate). Bleibt zu hoffen, dass sich die USA davon nicht beeindrucken lassen. Schade, dass der eigentliche Sinn von Olympia auf der Strecke bleibt. Dennoch: Viel Erfolg allen Sportlern.

1



Beim **Christopher Street Day** in Berlin trat, ebenfalls im Regen, **Herbert Grönemeyer** am Brandenburger Tor auf. Dafür durfte/konnte/wollte der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** nichts sagen. Er hatte der Community versprochen, dafür zu sorgen, dass sie angemessen im Grundgesetz erwähnt werden wird.

Auf dem Christopher Street Day (CSD) 2023 umgarnte Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner die queere Community mit vollmundigen Worten. In seiner Eröffnungsrede sprach sich der damals erst wenige Wochen im Amt befindliche CDU-Politiker laut Tagesspiegel dafür aus, in das Diskriminierungsverbot des Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz (GG) auch die sexuelle Identität mitaufzunehmen. „Meine feste Zusage für diesen Berliner Senat ist: Wir wollen den Artikel 3 des Grundgesetzes ändern. Da muss die sexuelle Identität mit rein. Das ist mein Versprechen“, sagte Wegner. Und weiter: „Wir werden das gemeinsam mit euch auch hinbekommen.“ Quelle: Legal Tribune Online (LTO)

Bis heute gibt es nicht einmal eine Bundesratsinitiative Berlins, um das Ziel zu erreichen. Nun, kurzfristige Termine beim Bürgeramt zu bekommen, hat der Wegner-Senat auch nicht erreicht, obwohl das zum Ende des Jahres 2023 versprochen wurde.

Kai Wegners Problem ist, dass er die Berliner Verwaltung nicht kennt. Mit dieser lassen sich nämlich Kunststücke dieser Art nicht vollbringen. Das erste Halbjahr 2024 ist vorbei, und in den Bürgerämtern werden zusätzliche Mitarbeiter immer noch eingearbeitet.

Ja, es hat sich etwas verändert in der Stadt, seit Schwarz-Rot an der Macht ist und das Chaos-Bündnis aus SPD, Grünen und Linken ablöste. Es ist ruhiger und friedlicher im Senat geworden, kein Grund allerdings, einzuschlafen. Hektisch werden dürfte es aber bei der Frage, wie und wo 2025 drei Milliarden Euro eingespart werden könnten. Wegner will, laut Morgenpost, die „Zukunftsfähigkeit Berlins nicht gefährden.“ Wo der Rotstift angesetzt werden wird, kann man sich gut vorstellen. Alles, was nicht gesetzlich zwingend erforderlich, also eine Soll-Leistung des Staates ist, kommt auf den Prüfstand. Beim **Tierschutz** sind schon mal 96 Prozent des Etats gestrichen worden.

Die Welt ist voller Unruheherde, Nachrichten zu schauen, ist nur noch etwas für Menschen mit hoher Widerstandsfähigkeit und Nerven wie Drahtseilen. Was sind das für Menschen, die Brandanschläge auf Bahnstrecken verüben, um die Olympischen Spiele zu stören? Was könnte Gutes mit dem Geld getan werden, das man einsparen würde, wenn Sicherheitsmaßnahmen nicht erforderlich wären? Von den

Kosten, die der **russische Krieg in der Ukraine** verursacht, wollen wir gar nicht reden. Ein F-16-Kampfflug kostet rund 30 Millionen Euro. „Gegen diesen Jet sind Putins Bomber machtlos“, schreibt t-online. Mag sein, wenn sie dann überhaupt zum Einsatz kommen und nicht schon am Boden zerstört werden.

Es ist kein Ende in Sicht, nicht in der Ukraine, nicht im Gaza-Streifen. In Israel weitet sich der Krieg nach einem Angriff (vermutlich der Hisbollah) auf die Golan Höhen aus. „Nach israelischen Angaben wurden zwölf Menschen getötet. Bei den Opfern handelte es sich um Kinder und Jugendliche im Alter zwischen zehn und 20 Jahren.“, die in einem Dorf Fußball spielten. Quelle: tagesschau

Alle diplomatischen Bemühungen, ob in der Ukraine oder dem Nahen Osten, haben bislang nichts gebracht, sieht man von kleineren Gefangenenaustauschen ab.

In den **USA**, immer noch das Land, das für den Weltfrieden eine entscheidende Rolle spielt, formieren sich die Kandidaten. Es hat richtig Freude gemacht, die Wut zu sehen, die aus **Donald Trump** herausbrach, als verkündet wurde, dass **Kamala Harris** und nicht **Joe Biden** seine Gegenspielerin um das Präsidentenamt sein wird. Dabei müsste sich doch Trump mit Staatsanwälten auskennen. In seinen vielen Prozessen beleidigte und verunglimpfte er Richter und Staatsanwälte und zahlte gern Strafen dafür, von dem Geld, das ihm seine willfährigen Sektenmitglieder überweisen.

„Bei einer Kundgebung in North Carolina am Mittwoch bezeichnete Trump Harris als ‚verrückt‘ und ‚inkompetent‘, griff sie in Sachen Einwanderung an und bezeichnete sie als unglaublich liberal. ‚Wenn Kamala Harris ins Amt kommt, wäre sie die radikalste Linksextremistin, die je im Weißen Haus saß, mal 10‘, sagte Trump.“ „Harris‘ Kampagne schlug am Donnerstag zurück, indem sie Trump als ‚78-jährigen Kriminellen‘ bezeichnete und ihn ‚alt und ziemlich seltsam‘ nannte.“ Quelle: Merkur

Jeder Psychotherapeut würde vermutlich per Ferndiagnose eher Trump für verrückt erklären. Was für ein widerlicher Anblick, wenn diese Figur in die Kameras glotzt und seine Gülle über alle ausschüttet, die sein verkorkstes undemokratische Weltbild nicht teilen. Das Attentat auf ihn hat seine Psyche noch weiter geschädigt. Er hält sich nun für unverwundbar. Gott sei auf seiner Seite, aber, wer ist Gott? Hält sich Trump nicht inzwischen selbst für Gott, für den Erlöser auf jeden Fall.



Wenn Trump irgendwo auftritt und eine Lüge nach der anderen verbreitet, müssten die Medien sofort den Faktencheck einblenden. So wirft er der Biden-Regierung die hohe Inflationsrate vor, unter der die Menschen zu leiden hätten. Die Wahrheit hingegen ist, dass die Inflationsrate in den USA von 9,1 Prozent im Juni 2022 auf 3,0 Prozent im Juni 2024 gesunken ist. Wer schreibt Trump die Reden? Märchen-erzähler? Oder denkt er sich den Schrott selbst aus? In Deutschland übrigens ist die Inflationsrate vom Höchststand im November 2022 von 8,8 auf 2,2 Prozent im Juni 2024 gesunken.

Die USA stehen politisch am Abgrund. Und wenn Trump am 5. November die Wahl gewinnen sollte, ist das Land einen Schritt weiter. In Deutschland positionieren sich unsere Politiker in Trump- und Harris-Befürworter. Arbeitsminister **Hubertus Heil** war gerade in den USA, und verkündete bei **Maybrit Illner**, dass er sich einen Sieg von **Kamala Harris** wünsche. **Jens Spahn**, der an der Krönungsmesse von **Donald Trump** teilnahm, will sich nicht festlegen, und hat, finde ich, damit Recht. Es steht jedem einzelnen Deutschen frei, für diesen oder jenen Kandidaten zu sein. Mitglieder der Bundesregierung sollten sich zurückhalten, denn, wenn Trump gewönne, müssten sie ihm anstandshalber gratulieren.

Noch ein Abgrund

Was ist bloß los in diesem Land? Zwar liegen wir immer noch auf Platz drei im Ranking der 20 Länder mit dem größten Bruttoinlandsprodukt (4,4 Mrd. Dollar, hinter den USA 27,4 Mrd. Dollar und China 17,6 Mrd. Dollar) Aber: „In der neuesten **Rangliste der Standort-Wettbewerbsfähigkeit** ist Deutschland weiter nach unten gerutscht - auf Platz 24 von 67. Damit gehört unser Land nicht mehr der globalen Spitzengruppe, sondern allenfalls dem oberen Mittelfeld der nationalen Standorte in der Welt an.“

Mich beschleicht der Verdacht, dass dieses Absinken auch mit den Menschen zu tun hat, die in unserem Land eigentlich dafür sorgen sollten, dass es läuft. Von den Generationsbezeichnungen halte ich wenig. Die zwischen 1995 und 2010 Geborenen bezeichnet man als Generation Z. Sie ist die erste, die mit dem Smartphone im Kinderwagen aufgewachsen ist. Angeblich ist sie „Technologie-affin und immer online, ungeduldig und fordernd, gesundheits- und umweltbewusst.“ In der Beschreibung vermisse ich Begriffe wie „arbeitswillig“ und „engagiert“.

Ich habe oft mit Unternehmern zu tun, die mir seit langem ihre Klagen bezüglich der Mitarbeiterschaft

vortragen. Beispiel: Bevor das eigentliche Bewerbungsgespräch begann, fragte der Firmeninhaber den vermeintlich interessierten künftigen Mitarbeiter, welche drei Dinge für ihn in einem Job wichtig seien. 1. Viel Geld verdienen. 2. Wenig dafür arbeiten. 3. Keine Verantwortung übernehmen. Das ist tatsächlich so geschehen. Der Bewerber wunderte sich nach seinem Bekenntnis, dass es daraufhin erst gar nicht zu dem eigentlichen Bewerbungsgespräch kam.

Work-Life-Balance. Viele drehen das inzwischen um in Life-Work-Balance, völlig verkennend, dass man, um ein gutes Leben führen zu können, auch ordentlich arbeiten muss. Inzwischen gibt es noch eine neue Variante: Work-Life-Cut. Das bedeutet, dass die Erreichbarkeit ab Arbeitsende eingestellt wird. Was immer dann im Betrieb passiert, irgendein Notfall, der es erforderlich machen würde, die Mitarbeiter zusammenzutrommeln; es geht einen nichts mehr an. Corporate Identity bedeutet, dass man zu seinem Unternehmen steht und es, auch im eigenen Interesse unterstützt.

Wer in einem Unternehmen, in dem er beschäftigt ist, zum Dienstschluss alles fallen und liegen lässt, anstatt eine begonnene Arbeit noch zu Ende zu führen, ist fehl am Platze. Ein anderer Unternehmer hat mir kürzlich berichtet, dass er drei Mitarbeiter entlassen habe, die es gar nicht abwarten konnten, bis auf ihrem Handy der Klingelton zu hören war, der den Dienstschluss signalisiert. Gemeint sind natürlich nicht diejenigen, die nach Arbeitsschluss ihr Kind von der Kita abholen müssen.

Wir haben nicht nur Probleme mit dem Fachkräftemangel, sondern vor allem auch mit der Arbeitsbereitschaft der Menschen. Ein Beispiel aus dem Handel: Eine neue Mitarbeiterin hat ihren ersten Arbeitstag in einer Filiale. Der Bezirksleiter bittet den Filialleiter, nicht so kritisch bei der neuen Kollegin hinzuschauen. Was ist bloß los in diesem Land?

Fachkräftemangel? Das große Potenzial an Geflüchteten, unter denen sich hoch qualifizierte Menschen befinden, wird nicht ausgeschöpft, weil irgendwelche dummen Verordnungen dies verhindern. Und was ist eigentlich mit den vielen rüstigen Rentnern, die ihre in diesem Monat ausgezahlten Erhöhungen mal wieder in eine Kreuzfahrt investieren? Wenn die Gesundheit dem nicht im Wege steht, kann jemand beim Bürgeramt auch noch mit 70 Jahren Termine abarbeiten. Ich wünsche Ihnen eine gute Woche, und, bitte, faulenz Sie nicht.

02) KW 29 [15. bis 21.07.2024] – Finde den Fehler. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 627-17

21. Juli 2024

49. Jahrgang



KW 29

Finde den Fehler

Taylor Swift wird mit 300.000 verkauften Tonträgern als Megastar, Phänomen und Ausnahmekünstlerin gefeiert. Das mag alles stimmen, ihre Lieder geben das aber, finde ich, nicht her, sie sind eher belanglos und wenig nachhaltig. Während man ABBA-Songs noch in hundert Jahren hören wird, kann ich mir das bei der 34-jährigen Sängerin aus Pennsylvania kaum vorstellen.

In dieser Woche war **Gelsenkirchen**, 267.000 Einwohner, Mitten im Ruhr-Pott gelegen, das Epizentrum der Swifties, wie sich die Fans von Taylor Swift nennen. Gleich drei Konzerte hintereinander, am 17., 18. und 19. Juli, fanden in der Veltins-Arena statt. Ausverkauft, versteht sich. Am 23. und 24. Juli verlagert sich das Geschehen ins **Hamburger Volksparkstadion**, und am 27. und 28. Juli wird die Karawane im **Münchner Olympiastadion** ankommen. Finde den Fehler! Berlin ist nicht dabei. Ihr letzter Besuch in der Hauptstadt fand im Februar 2014 statt.

Nur zwei Jahre älter als **Taylor Swift** ist **Adele Laurie Blue Adkins**. **Adele** ist ein weiterer Megastar und natürlich auch eine Ausnahmekünstlerin. „Die Oscar-, Golden-Globe- und sechzehnfache Grammy-Gewinnerin hat bislang mehr als 100 Millionen Tonträger verkauft, womit sie zu den erfolgreichsten Sängerinnen des 21. Jahrhunderts zählt. Adeles im Jahr 2011 veröffentlichtes Album 21 ist mit über 31 Millionen verkauften Exemplaren das weltweit meistverkaufte Album des 21. Jahrhunderts.“ Wikipedia

Da muss man vor Ehrfurcht erstarren. Im Gegensatz zu Taylor Swift hat Adele eine angenehme Frauenstimme, weit entfernt vom Teeny-Gesang. Wie auch immer, in Berlin werden wir auch Adele nicht hören können. Zwischen dem 2. und 31. August tritt sie zehnmal in München auf, exklusiv nur dort. Sitzplätze zwischen 229,90 und 399,90 Euro, Stehplätze vor der Bühne zwischen 229,90 und 419,90 Euro. Einschließlich Bahnfahrt und Hotelübernachtung könnte man für das Geld auch zwei Wochen Urlaub in der Türkei machen.

Die Mega-Events fallen also in diesem Sommer flach für Berlin. Sage aber niemand, dass bei uns nichts los sei. Die Liste der Konzerte und Veranstaltungen ist lang, jeden Tag gleich mehrere Angebote. Tja, da macht sich leider doch das hohe Alter des Autors dieses Beitrages bemerkbar, er kennt kaum einen Namen auf der langen Liste. Bis auf: **Tom Jones**, am

10. August im Tempodrom. 84 ist die Sex Bomb inzwischen alt. Wen kenne ich noch? **Die Ärzte**, am 23., 24. und 25. August auf dem Tempelhofer Feld. Am 6. September singt **Thomas Rühmann**, bekannt als Dr. Roland Heilmann aus der Arztserie „In aller Freundschaft“ Lebenslieder im Freizeitforum Marzahn.

Aus nachvollziehbaren Gründen kann der Namensgeber beim **Johnny Cash** Tribute am 13. September im Bildungs- und Kulturzentrum Peter Edel nicht dabei sein. Die 1980 gegründete Band **Depeche Mode** veranstaltet am 14. September eine „Fan Base-Schiffspartytour!“ auf der „Kreuz As.“ Und noch ein Oldie: Der 83-jährige **Bob Dylan** tritt in der Eats Music Hall am 11. Oktober auf.

Damit nicht genug im Rentnerprogramm. Am 14. Oktober hüpft der 85-jährige **Peter Kraus** über die Bühne des Friedrichstadtpalastes. Gefolgt am 19. Oktober von der 1968 gegründeten Band **Deep Purple**, die ihr Programm in der Max-Schmeling-Halle „1 More Time Tour“ nennt. Mit 75 zählt **Chris de Burgh**, der am 3. November im Tempodrom auftritt, noch zu den jüngeren Künstlern.

Auch **Karat**, 1975 gegründet, ist noch am Start, 29. November im Admiralspalast. Auch **UB40**, 1978 gegründet, ist noch dabei, am 4. Dezember in der Columbia-Halle. Worauf wir uns aber besonders freuen können, ist der 12. Januar 2026, wenn **Bushido**, im selben Jahr geboren, in dem UB40 gegründet wurden, mit seiner „Alles wird gut - Tour 2026“ in der Arena am Ostbahnhof auftreten wird.

Jetzt haben wir so viele ältere Herren erwähnt, da kommen wir an **Joe Biden** und **Donald Trump** einfach nicht vorbei.



Die meisten Menschen würden sich vermutlich, wenn sie gerade dem Tod entgangen sind, demütig zeigen. Er hingegen verkauft für 19,38 Euro T-Shirts, die ihn kurz nach dem Attentat zeigen. Anstatt sich so schnell wie möglich von den Personenschützern in Sicherheit

bringen zu lassen, bittet er sie, noch zu warten, damit er blutverschmiert mit hochgestreckter Faust das Motiv für seinen Wahlkampf liefern kann. Schon bei seiner Krönungsmesse in dieser Woche, mit Pflaster



am Ohr, fiel er wieder in die alte Rhetorik zurück. Alternative Fakten, Lügen und Verunglimpfungen des politischen Gegners, vor allem des amtierenden Präsidenten **Joe Biden**. Trump ist ein Mensch mit fragwürdigem Charakter, vorbestraft und dennoch unbescholten, weil ihn seine Richter immer wieder raushauen. Die USA verkommen unter Trump zu einer Bananenrepublik.

Dass sich Staats- und Regierungschefs demokratischer Länder untereinander zu Wahlerfolgen gratulieren, ist nichts Besonderes. Dass jedoch der ukrainische Präsident **Wolodymyr Selenskyj** Trump zur Nominierung gratuliert, ist außergewöhnlich, aber auch verständlich. Trump will den Krieg sofort nach Amtsantritt beenden. Das ginge nur mit einem Einfrieren des dann bestehenden Frontverlaufs. Rund 20 Prozent des Staatsgebiets der Ukraine wären dann verloren. **Wladimir Putins** Eroberungskrieg hätte Früchte getragen, wenn auch der Korb nur zu einem Fünftel gefüllt wäre.

Selenskyj wird weder Trump noch dessen europäischen Deputy-Sheriff **Viktor Orbán** davon überzeugen können, den Krieg nach der Übernahme des Weißen Hauses durch Trump fortzusetzen. Ohne die USA schafft es Europa nicht allein, und Europa wird von Orbán ausgebremst. Wer bliebe da noch übrig? Deutschland? Wohl kaum. **Olaf Scholz** blockiert alle nachvollziehbaren Pläne von **Boris Pistorius**, das Land verteidigungsfähig zu machen. Die warmen Worte des Bundeskanzlers beim Rekruten-Gelöbnis am 20. Juli kaschieren seine Haltung nicht.

Noch gäbe es die Möglichkeit, die USA in der Wertegemeinschaft des Westens zu belassen. Dazu müssten die Demokraten endlich einen Schlusstrich unter das Kapitel der Kandidatur von Joe Biden setzen. Korrespondenten prognostizieren den Rückzug Bidens für die ersten Tage der neuen Woche. Bleibt zu hoffen, dass Biden endlich Einsicht zeigt. Neben **Bob Dylan** (83), **Tom Jones** (84) und **Peter Kraus** (85) sieht **Joe Biden** (81) älter als alle anderen aus.

Was noch? In dieser Woche haben wir mal wieder schmerzlich erfahren müssen, wie abhängig wir von der Technik sind. Ein kleiner Fehler in irgendeinem Update, und schon bleiben die Bildschirme dunkel. Ein weiteres Argument für mich, nie und nimmer auf mein analoges Notizbuch und den Papier-Kalender zu verzichten.

Ed Koch

03) Gedanken zum 20. Juli. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 627-16

20. Juli 2024

49. Jahrgang

Gedanken zum 20. Juli

von Ed Koch

Es ist richtig, dass an Menschen erinnert wird, die Widerstand gegen Unrechtsregime und Tyrannen geleistet haben. Was ein Tyrann ist, ist klar definiert. Ersparen wir uns Namensnennungen, weil sonst wieder einige sagen werden, man könne doch **Adolf Hitler** nicht mit **Wladimir Putin** auf eine Liste setzen.

Was aber ist ein Unrechtsstaat? Unsere Definition von einem freiheitlich, demokratischen Rechtsstaat ist sicherlich die menschenfreundlichste Lebensform. Ein Land, in dem es Scheinwahlen, Unterdrückung, Verfolgung und Ermordung von Minderheiten gibt, bezeichnen wir gern als Unrechtsstaat. Wer kann auf Anhieb sagen, wie viele Unrechtsstaaten es geschafft haben, Mitglied der Vereinten Nationen zu werden? Und wie würde unsere Wirtschaft, unser Wohlstand wohl aussehen, wenn wir keinen Handel mit Unrechtsstaaten betrieben. Wir mögen keine Unrechtsstaaten, brauchen sie aber.

Die Partei und die Führer des so genannten Dritten Reichs sind durch legitime Wahlen an die Macht gekommen. Die demokratischen Kräfte waren danach zu schwach, um sich behaupten zu können. Und das Volk? Wer auf der nationalsozialistischen neuen Deutschen Welle mitschwamm, dem ging es recht gut. Dass jüdische Geschäfte geplündert und der jüdische Nachbar abgeholt wurden, nahm die weitaus größte Mehrheit hin. Es wird schon seine Richtigkeit haben, schließlich sind die Juden an allem Schuld. Woran bloß, hätten sich die Menschen auch mal fragen können. In bestimmten Regionen unseres Landes sind heute die Ausländer am eigenen Elend schuld. Auch dort fragt niemand, worin deren Schuld besteht, an der Erhöhung der Rente um fast fünf Prozent doch wohl nicht.

Die Mehrheit der Deutschen, die im Dritten Reich lebten, haben ihr Land nicht als Unrechtsstaat begriffen. Viele von ihnen verdingten sich als Verräter, wenn sie glaubten, in der Nachbarwohnung ein homosexuelles Paar ausfindig gemacht zu haben, oder mitbekamen, dass jemand einen Juden bei sich versteckte. Das System der Blockwarte funktionierte bestens und viele waren stolz darauf, einer sein zu dürfen.

Es blieb den wenigen guten Menschen, denen das Empathie Gen nicht abhandengekommen war, vorbehalten, jüdische Mitbürger zu verstecken und vor dem sicheren Tod zu bewahren. Die gebildeten

Menschen, die erkannten, wohin Hitlers Reich führen würde, haben so schnell es ging das Land verlassen, spätestens, nachdem man ihre Bücher verbrannte. Zur intellektuellen Oberschicht gehörten natürlich auch die Generäle der Wehrmacht und die Chefs der SS-Mörderbande. Wann kamen ihnen eigentlich Zweifel daran, dass man einen souveränen Staat wie Polen nicht einfach überfällt, okkupiert und vernichtet? Beseelt vom Größenwahn sind sie in den Zweiten Weltkrieg marschiert mit dem Ziel vor Augen, die ganze Welt zu erobern und zu unterwerfen.

Sich als Widerständler erkennen zu geben, war gefährlich, weil es zu viele Verräter in den eigenen Reihen gab. Dennoch formierte sich ein Widerstand, der allerdings sehr lange brauchte, um sich für schlagkräftig zu halten. Am 20. Juli 1944, heute vor 80 Jahren, sollte es endlich so weit sein, sich von dem Tyrannen zu befreien. Das Attentat auf **Adolf Hitler** scheiterte, weil es dilettantisch ausgeführt wurde. Die „Operation Walküre“, ausgerechnet nach einem Werk von Hitlers Lieblingskomponisten **Richard Wagner** benannt, stand von Anfang an auf tönernen Füßen mit zu vielen Unwägbarkeiten.

Ist die Geschichte des Attentäters **Claus Schenk Graf von Stauffenberg** ein Heldenepos? Nein. In unzähligen Filmen wird die Geschichte des Scheiterns erzählt. Schon 1955 drehte **Artur Brauner** den ersten Film mit **Wolfgang Preiss** als Stauffenberg, und 2008 blieb es uns nicht erspart, **Tom Cruise** als Stauffenberg erleben zu müssen. Das sind alles keine Dokumentarfilme, sondern Leinwanddramen mit einem traurigen Helden. Warum man sich solche Filme anschaut, bei denen man das tragische Ende schon vorher kennt, steht auf einem anderen Blatt. Millionen Menschen haben sich auch die Titanic angeschaut, obwohl sie vorher wussten, dass der Schiff am Ende sinken würde.

Es geziemt sich nicht, die Attentäter 80 Jahre nach ihrem ehrenwerten Versuch zu kritisieren. Niemand war aber bereit für ein Selbstmordkommando, also mit der Aktentasche so lange neben Hitler zu stehen, bis sie explodierte. Im Erfolgsfall sollten die neuen Machthaber den Nazisumpf austrocknen und den Krieg sofort beenden. Das wäre nur mit einer bedingungslosen Kapitulation an allen Fronten möglich gewesen. Ob dazu die Mehrheit der Generäle bereit gewesen wäre, steht auf einem anderen Blatt, das nie beschrieben wurde.

Macht es Sinn, an ein gescheitertes Attentat oder einen Volksaufstand zu erinnern? Wenn an die



Menschen, die versucht haben, das Unmögliche möglich zu machen, damit erinnert werden soll, dann ja.

An Mut und Zivilcourage muss gedacht werden, auch wenn sie zu nichts führte. Der Zeitraum zwischen dem 20. Juli 1944 und dem 9. Mai 1945 forderte die meisten Opfer in diesem unsinnigen Vernichtungskrieg. Ob dieser wirklich durch den Tod Hitlers am 20. Juli vorbei gewesen wäre, wissen wir nicht. Mit Sicherheit kann jedoch davon ausgegangen werden, dass das Morden in den Vernichtungslagern ein Ende gefunden hätte.

Belege für die folgende Behauptung haben wir nicht, die Erinnerung sagt jedoch, dass Militärs, die am Widerstand gegen Hitler beteiligt waren, Probleme hatten, in die Bundeswehr aufgenommen zu werden. Schließlich hätten sie gegen ihren Oberbefehlshaber gepusht. Unverdächtige Offiziere, teilweise auch aus der Waffen-SS, wurden jedoch bei der Gründung der Bundeswehr wieder gebraucht.

Erinnern wir uns also heute an die guten Menschen, die Widerstand geleistet haben, im Kleinen wie im Großen.

Wir möchten, sozusagen in eigener Sache, den Beitrag mit einem Hinweis beenden, der exemplarisch den Widerstand in einem Berliner Bezirk beschreibt:

Rundfahrt zu Stätten des Naziterrors und Widerstands in Tempelhof

Ab 1977 führten Jugendliche aus den Mariendorfer Freizeiteinrichtungen „Galerie Bungalow“ und „Jugendfreizeitheim Mariendorf“ Projekte zur Aufarbeitung des finstersten Kapitels der Deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 durch. Dazu zählten Diskussionsveranstaltungen, Ausstellungen und Fahrten zu den Gedenkstätten der ehemaligen Konzentrationslager u.a. nach Sachsenhausen, Dachau, Lidice, Theresienstadt, Auschwitz und Birkenau.

Das umfangreichste Forschungsprojekt war die Entwicklung einer Stadtrundfahrt zu Stätten des Naziterrors und Widerstands in Tempelhof. Unterstützt wurden die Jugendlichen von den in Tempelhof lebenden Zeitzeugen und Widerstandskämpfern **Emil Ackermann** und **Wolfgang Szepansky**, die im KZ Sachsenhausen einsaßen. Am 14. September 1980 fand die erste Rundfahrt statt. Insgesamt wurden bisher 68 Fahrten mit 2.348 teilnehmenden Jugendlichen und Erwachsenen durchgeführt.

Zur 69sten Rundfahrt laden der **Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.**

und die **Initiative Stolpersteine an der B 96 – Gedenken in Berlin Tempelhof-Schöneberg e.V.** ein.

Die Rundfahrt findet am Sonntag, dem 15. September 2024, von 14:00 bis ca. 17:30 Uhr statt.



Die Fahrt beginnt am Platz der Luftbrücke und endet am Haus Schulenburgring 2 (Foto), wo in der Nacht vom 1. zum 2. Mai 1945 der Kapitulationsbefehl für Berlin unterzeichnet wurde. **Teilnehmen können Interessenten jeden Alters.**

Finanziert wird die Rundfahrt durch die **Bruno-und-Else-Voigt-Stiftung** und Eigenmittel der Veranstalter. **Die Teilnahme ist kostenlos.**

Teilnahmekarten können bestellt werden unter paperpress@berlin.de

Für die Zusendung der Teilnahmekarten sind Name und Anschrift erforderlich.

Rundfahrt zu Stätten des Naziterrors und Widerstands in Tempelhof

In Gedenken an die Widerstandskämpfer **Emil Ackermann** (1902-1997) und **Wolfgang Szepansky** (1910-2008)

Wir danken der Bruno-und-Else-Voigt-Stiftung für eine Zuwendung zur Durchführung der Rundfahrt. Für weitere Unterstützung danken wir

- der Projektgruppe Lichtenrade in der Berliner Geschichtswerkstatt
- Joachim Dillinger vom Haus Schulenburgring
- dem Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Vermessung und Geoinformation Tempelhof-Schöneberg für das Kartenmaterial
- dem PIEREG Druckcenter für die Gestaltung und den Druck der Einladungs- und Teilnahmekarten

Veranstalter: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. und die Initiative Stolpersteine an der B 96 – Gedenken in Berlin Tempelhof-Schöneberg e.V.

04) KW 28 [08. bis 14.07.2024] – Das bessere System - Sommerinterviews



paperpress

seit 1976



Nr. 627-08

13. Juli 2024

49. Jahrgang

KW 28 Ein Wochenrückblick von Ed Koch

Das bessere System

Nach wie vor bin ich der Meinung, dass unser Wahlsystem das gerechteste ist; eine Mischung aus Direkt- und Verhältniswahl. Egal, welche Partei wie viele Wahlkreise direkt gewonnen hat, im Bundestag spiegelt sich immer der prozentuale Anteil des Wählerwillens wider.

Hätten wir ein System wie in Frankreich oder Großbritannien, sähe die Sitzverteilung bei 299 Wahlkreisen aktuell wie folgt aus: CDU/CSU 143, SPD 121, AfD 16, Grüne 16, Linke 3, FDP 0. Die Sitze werden allerdings unter Einbeziehung der direkt gewonnenen prozentual verteilt, d.h., die Union mit 24,1% hat 195 Mandate, die SPD mit 25,7% 207 Mandate, die AfD 10,3% = 77, Grüne 14,8% = 117, FDP 11,5% = 91 und Linke 4,9% = 38.

Große Teile Europas freuen sich, dass durch einen links-liberalen Kraftakt im zweiten Wahlgang in **Frankreich** der Sieg der Rechtsextremen verhindert werden konnte. Sie landeten nur auf Platz drei mit 125 Mandaten, während das neue Linkbündnis 178 und die Partei des Präsidenten 150 Sitze gewann. Prozentual sieht die Sache aber ganz anders aus, da holte das rechte Lager 32,5%, die Linke 25,68% und Macron 23,15%. Der demokratische Teil Europas könnte also froh sein über dieses Wahlsystem.

Und für die Fans der Sozialdemokratie sieht es in **Großbritannien** ähnlich aus. Labour holte 411 der 650 Sitze des Unterhauses direkt, was einem Anteil von 63,2% entspricht. An Wählerstimmen erreichte die Arbeiterpartei aber nur 33,8%. Mickrige 120 Mandate blieben für die Konservativen übrig, ein Anteil von 18,6%, obwohl sie 23,7% der Wählerstimmen für sich gewinnen konnten.

In den **USA** ist es mit den so genannten Wahlmännerstimmen noch schlimmer. Immer wieder ist es vorgekommen, dass ein Kandidat zwar die Mehrheit der Wahlmänner gewann, nicht aber die Mehrheit der Wählerstimmen. Gäbe es in den USA eine Mehrheits-system bei der Präsidentenwahl, wäre der Welt **Donald Trump** 2016 erspart geblieben. Zwar holte er 304 Wahlmänner = 56,5%, erreichte aber nur 46,1% der Wahlberechtigten. **Hillary Clinton** gewann die Wahl mit 48,2%, was ihr nichts nutzte, weil sie nur 227 Wahlmännerstimmen = 42,2% erhielt. Ob einem nun die Mehrheiten passen oder nicht, unser System ist das demokratischste im Gegensatz zu Frankreich, Großbritannien und den USA.

Sommerinterviews

Ich bin ein großer Freund des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und finde es gut, die **ARD tagesthemen** und das **ZDF heute-journal** sehen zu können. Diese Vielfalt gefällt mir. Ich finde es andererseits auch gut, dass sich ARD und ZDF die Sendeplätze für die Morgen- und Mittagsmagazine im wöchentlichen Wechsel teilen. Auch die Elefantenrunden nach den Wahlen wurden früher von ARD und ZDF gemeinsam veranstaltet. Heute treten nicht mehr die Leittiere gegeneinander an, sondern die Kälbchen in Form der Generalsekretäre; langweilig.

Auch die Wahlberichterstattung macht jeder für sich, was dazu führt, dass die Spitzenkandidaten erst bei einem, dann beim anderen Sender auftreten und zweimal das gleich sagen dürfen. Der einzige Grund, warum es bei der SPD, den Grünen und der AfD eine Doppelspitze gibt, scheint der, dass sich **Ricarda Lang** und **Omid Nouripour** sowie **Lars Klingbeil** und **Saskia Esken** bzw. **Tino Chrupalla** und **Alice Weidel** ihre Auftritte im ÖRR teilen können. Ein besonderes TV-Erlebnis fand am 7. Juli statt, als erst Chrupalla in der ARD und später Weidel beim ZDF interviewt wurden. Vor allem Frau Weidel bot uns mal wieder eine Lehrstunde im Fach „Alternative Fakten“ und „Fake News“.

Alle anderen Partei-Chefs müssen zweimal antreten, so zum Beispiel **Christian Lindner**, **Markus Söder** und **Friedrich Merz**. Außer Konkurrenz laufen **Olaf Scholz** und **Frank-Walter Steinmeier**, exklusiv nur im ZDF. Das Format der Sommerinterviews wäre ein klassisches Gemeinschaftsprojekt von ARD und ZDF. Gibt es wirklich jemand, der sich **Markus Söder** zweimal zu Gemüte führt?

Hier für unsere interessierte Leserschaft die noch ausstehenden Sendetermine.

ARD-Sommerinterviews im „Bericht aus Berlin“,
sonntags um 18:00 Uhr:
14. Juli 2024: **Friedrich Merz** (CDU)
28. Juli 2024: **Christian Lindner** (FDP)
11. August 2024: **Lars Klingbeil** (SPD)
18. August 2024: **Omid Nouripour** (B'90/Grüne)
25. August 2024: **Markus Söder** (CSU)

ZDF „berlin direkt“, sonntags um 19:10 Uhr.
14. Juli 2024: **Markus Söder**, (CSU)
21. Juli 2024: **Ricarda Lang** (B'90/Grüne)
4. August 2024: **Christian Lindner** (FDP)
18. August 2024: **Saskia Esken** (SPD)
25. August 2024: **Frank-Walter Steinmeier**
8. September 2024: **Olaf Scholz**

1

05) KW 27 [01. bis 07.07.2024] – Jena. Von Ed Koch



KW 27 – Jena

Wie Sie wissen, liebe Leserinnen und Leser, nutze ich den Wochenrückblick häufig für mein interessantestes Erlebnis in den zurückliegenden Tagen. Das war nicht die Veranstaltung zur Wärmeplanung, auf der **Klara Geywitz** und **Robert Habeck** erzählten, was sie schon alles auf den Weg gebracht haben, dafür aber der Besuch in einer Stadt, die jeder kennt und mit dem Namen Carl Zeiss verbindet, viele aber einfach vorbeifahren, anstatt anzuhalten und auszusteigen.

Zum Jahresende 2017 wurde eine ICE-Neubaustrecke in Betrieb genommen, die Jena umfährt, damit endete der stündliche Halt mit wichtigen Zielen wie Berlin, Leipzig, Nürnberg und München und den dortigen Großflughäfen. Unerreichbar war damit die 111.000 Einwohnerstadt nicht, denn IC und Regionalbahnen halten weiterhin in Jena. Von Berlin aus kommt man also längst nicht mehr direkt nach Jena, man muss entweder in Erfurt oder Halle umsteigen. Am Dienstag dauerte es mal wieder länger, nicht zwei Stunden, sondern drei, weil irgendeine Strecke gesperrt war und ein unvermeidlicher Notarztinsatz das Fortkommen behinderte. Interessant nur, dass Teilnehmer eines Kongresses, zu dem auch wir nach Jena reisten, und die eine Verbindung nach uns nahmen, über das gleiche Problem berichteten.



Wenn man es dann bis Jena geschafft hat, öffnet sich das Paradies. So jedenfalls heißt der Bahnhof, der seinen Namen dem angrenzenden Park verdankt. Jena-Paradies ist übrigens kein Bahnhof mehr, sondern nur noch ein Haltepunkt. Wenn man sich mit der Geschichte beschäftigt, wird einem klar, was viele Ostdeutsche mit „abgehängt“ meinen.

Grund unseres Besuchs in Jena war der zehnte Smart City Logistik Kongress, der im Volkshaus stattfand. *„In zurückliegenden Jahren, in denen diese deutschlandweit einzigartige Plattform existiert, hat sich viel getan im Bereich von elektromobilem Güterverkehr und nachhaltiger City Logistik. Der Kongress selbst hat diese Entwicklungen nicht nur theoretisch verfolgt, sondern auch ganz praktisch in sein jährliches Programm und die Fahrzeugausstellungen aufgenommen.“* Im Fokus standen in diesem Jahr u.a. die

aktuellen Entwicklungen im Bereich schwerer Gütertransportfahrzeuge mit alternativen Antriebstechnologien, wie dieser E-LKW, bei dem innerhalb von zehn Minuten der Akku gewechselt werden kann.



Den Kongress eröffnete Thüringens Umweltminister **Bernhard Stengele** (Grüne). Neben der Berufsbezeichnung Politiker steht bei Wikipedia Schauspieler, Rezitator, Regisseur und Theaterleiter. Fraglos wichtige Voraussetzungen für ein Ministeramt.

Stengele sprach sich vehement für Elektrofahrzeuge aus, von denen einige im Hof des Volkshauses zu besichtigen waren, wie zum Beispiel dieser Öko-Flitzer.



Um dem Verkehrschaos in den Städten Herr zu werden, sind Lösungen für die berühmte letzte Meile besonders wichtig, auch wenn damit das Umladen der Waren verbunden ist. Der Minister richtete den Blick noch auf ein anderes Problem. Warum

haben die Menschen den Bergbau geliebt, obwohl er mit vielen Risiken verbunden war? Seine Antwort: Die Wertschöpfung. Die Menschen konnten sich damit identifizieren, weil immer irgendeiner aus der Familie dort tätig war. Außerdem trug der Bergbau zum kulturellen Leben in den Gemeinden bei, vom Fußballverein bis zur Blaskapelle. Bei einem Windrad besteht dieser Bezug nicht. Deshalb muss versucht werden, Wertschöpfung entstehen zu lassen. Deswegen setzt sich der Minister dafür ein, dass mit einem Windkraftbeteiligungsgesetz ein kleiner Anteil des



Ertrags in der Region bleibt, um davon Kitas oder ein Schwimmbad finanzieren zu können. **Bernhard Stengele** verspricht sich davon eine höhere Akzeptanz der Windräder.



Dr. Thomas Nitzsche (FDP), ist seit 2018 Oberbürgermeister von Jena und wurde gerade bei den Kommunalwahlen im Amt bestätigt. Musste er im ersten Wahlgang gegen sieben weitere Kandidaten antreten und erreichte mit nur 25,3 Prozent den

ersten Platz, gelangen ihm in der Stichwahl am 9. Juni 61,8 Prozent. Im Stadtrat ist die FDP zwar nur mit vier Mandaten vertreten, der Bürgermeister wird jedoch direkt gewählt. Die AfD liegt mit 13,4 Prozent im Mittelfeld und stellt sechs von 46 Sitzen.

In seinem Grußwort zu Beginn des Kongresses wies der Bürgermeister darauf hin, dass seine Stadt mit dem 5G-Netz versorgt ist. Damit lasse sich die Ampelsteuerung in der Stadt optimieren. Das bestehende Verkehrsnetz werde besser. Und darum ging es bei dem Kongress, nämlich die Verkehrsströme so effektiv wie möglich zu steuern und durch die Städte zu leiten.

An dem von der DAKO GmbH veranstalteten Kongress nahmen rund 70 Vertreter von Unternehmen aus ganz Deutschland teil. Aus Berlin waren u.a. die Technische Universität, die Hochschule für Technik und Wirtschaft und die Deutsche Post DHL Group vertreten.



Dr. Harald Hempel von der DAKO GmbH hielt einen spannenden Vortrag über die City Logistik, „gestern, heute und anderswo“. Dabei ging er zurück bis ins alte Rom, wo die Menschen ähnliche Problemen hatten, wie wir sie heute haben. Was tun,

wenn seinem Ochsenkarren auf einer etwas mehr als zwei Meter breiten Straße ein anderer Ochsenkarren entgegenkommt? Hempel zeigte weltweite Beispiele auf, wie überall mit dem Lieferverkehr gekämpft wird. Den berühmten Königsweg hat noch keiner gefunden. Er berichtete auch über verschiedenen Projekten, die Logistik-Lösungen entwickelt und ange-

boten haben. Bei den meisten stand ein Datum, an dem es vom Netz genommen wurde.



In 20 Vorträgen an eineinhalb Tagen wurde die gesamte Bandbreite des Themas behandelt. Und selbst noch beim gemütlichen Abendessen drehte sich alles um die Logistik.

Seit Inbetriebnahme eines Solarbootes 2022, mit dem die DHL Pakete auf Berlins Wasserstraßen befördert, begleiten wir das Projekt medial.



Projektleiter **Andreas Schwager** hat deutschlandweit inzwischen dutzende von Vorträgen zum Einsatz des Solarbootes gehalten. In vielen Städten gibt es Wasserstraßen, der Transport von Paketen auf diesen hält sich jedoch bislang in Grenzen. Die DHL Group will in Berlin ein zweites Boot für eine weitere Strecke anschaffen. Das Vorhaben befindet sich in Abstimmung mit Senat und Bezirken, Synonym dafür, dass es noch etwas dauern wird.

Das Hauptproblem lässt sich nicht mehr aus der Welt schaffen. Die Menschen lassen sich immer mehr Waren nach Hause liefern. Die Folge davon sehen wir am Niedergang der Einkaufsstraßen und am Leerstand in den Shopping-Malls. Das ist allein kein deutsches, sondern ein internationales Problem. **Marc Oliver Schoeck**, Director of Business Development der TAY-e GmbH, erzählte uns beim Abendessen, dass sich in Frankreich die Menschen alles liefern lassen. War einkaufen früher nicht mal auch ein sinnliches Erlebnis? Was ist bloß los mit den Menschen? Durch ihre Faulheit werden die Straßen verstopft und verodet der Einzelhandel.



Aber nun zu einem erfreulichen Thema: **JENA**. Was für ein schönes Städtchen. Jena ist eine der freundlichen Seiten Thüringens, jenseits von Höcke und Co. Jena ist eine junge Stadt, dank ihrer Universität mit 18.000 Studierenden, die 1558 gegründet wurde und seit 1934 den Namen Friedrich Schillers trägt. Auch an Goethe, der sich oft in Jena aufhielt, wird gedacht, als Namensgeber einer Einkaufspassage.

Hier ist der geplante Standort für das Denkmal



Und an noch jemand, keinen Dichter, aber einen Denker, Unternehmer und Politiker erinnern sich die Jenaer gern, **Lothar Späth**, 1978-1991 Ministerpräsident von Baden-Württemberg und unmittelbar danach Geschäftsführer der Jenoptik, eines der wenigen ostdeutschen Unternehmen, das sich im wiedervereinigten Deutschland behaupten konnte. Und dafür bauen ihm die Jenaer ein Denkmal.

Ein Blick auf Jena, wie man ihn nur von einem der beeindruckendsten Gebäude der Stadt erleben kann. Der JenTower wurde 1972 eingeweiht und zwischen 1999 und 2001 kernsaniert. Einige Etagen werden von der Friedrich-Schiller-Universität genutzt.



Das 27. Geschoss wurde bis Ende 2012 in das Hotel Scala umgebaut. Es verfügt über sieben Einzelzimmer, neun Doppelzimmer sowie eine Suite und ist mit 120 m Höhe das zweithöchstgelegene Hotel Deutschlands innerhalb eines Gebäudes. Im 28. und 29. Obergeschoss befinden sich ein täglich geöffnetes Restaurant und eine öffentliche Aussichtsplattform, im 29. Geschoss außerdem Sendeanlagen mehrerer Mobilfunkbetreiber, die die Antennenanlage des Gebäudes nutzen.

Der JenTower wurde 1972 eingeweiht und zwischen 1999 und 2001 kernsaniert. Einige Etagen werden von der Friedrich-Schiller-Universität genutzt. Das 27. Geschoss wurde bis Ende 2012 in das Hotel Scala umgebaut. Es verfügt über sieben Einzelzimmer, neun Doppelzimmer sowie eine Suite und ist mit 120 m Höhe das zweithöchstgelegene Hotel Deutschlands innerhalb eines Gebäudes. Im 28. und 29. Obergeschoss befinden sich ein täglich geöffnetes Restaurant und eine öffentliche Aussichtsplattform, im 29. Geschoss außerdem Sendeanlagen mehrerer Mobilfunkbetreiber, die die Antennenanlage des Gebäudes nutzen.



Blick vom Markt und Alten Rathaus auf den alles überragenden JenTower.



Der Ausblick vom Frühstückraum, wie von den Zimmern, ist unvergleichlich.



Jenoptik ist das Markenzeichen von Jena. Und auch das der Stadt gehörende Volkshaus Jena ist eng damit verbunden, wurde es doch 1903 mit Mitteln der Carl-Zeiss-Stiftung errichtet.



Beim Spaziergang durch Jena kommt man am Welcome Center vorbei, „work in jena“? Warum nicht. Jena lohnt sich. alle Fotos: Ed Koch

Ed Koch

06) Warten auf die Ampel. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 627-03

5. Juli 2024

49. Jahrgang



Warten auf die Ampel

Ist sie schon tot oder lebt sie noch? Der Haushaltsplan liegt immer noch nicht vor. Das redgreenyellow Trio kriegt sein Werk nicht hin. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung hält an. SPD, Grüne und FDP kommen gemeinsam nur noch auf 32 Prozent, wenn am Sonntag Wahlen wären: SPD 14 -1; Grüne 13 -1; FDP 5 +1. Die Union verharrt bei 31 Prozent, die AfD verliert einen Punkt auf 17, die Linke ist mit drei Prozent raus und die von fast allen umworbene Ein-Frau-Partei BSW legt drei Zähler zu auf acht Prozent.

Quelle: ARD Deutschlandtrend

Sorgen machen sich die Menschen um die Demokratie. „Am stärksten ausgeprägt“, wer hätte das gedacht, „ist sie unter Anhängern von AfD (76 Prozent) und BSW (77 Prozent) - noch vor Grünen und Union (jeweils 69 Prozent).“ Während sich Grüne und Union vor allem um den Rechtsextremismus sorgen, sehen AfD und BSW die Abgehobenheit von Politik als größte Gefahr für die Demokratie. Erstaunlich.

Sorgen machen sich die Menschen auch um die Demokratie in Frankreich und den USA. In Frankreich könnte am Sonntag ein Rechtspopulist Ministerpräsident werden, dessen Partei als einziges positives Merkmal die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der AfD aufzuweisen hat. In den USA hat der amtierende Präsident problemlos einen Satz zu Ende sprechen können, dessen Inhalt lautet, „Ich mache weiter!“ Den Obersten Gerichtshof der USA hat Trump rechtzeitig mit getreuen Richtern bestückt. Er hat nichts zu befürchten, seine kriminellen Handlungen werden hingenommen. Der Supreme Court hat Trump in das Restblut von Siegfrieds Drachen Fafnir getaucht, und alle fragen sich, an welcher Stelle war das Lindenblatt?

Nein, die Sozialdemokratie ist nicht am Ende. Die Leute müssen nur lange genug eine Regierung ertragen haben, ehe sie sich umentscheiden. In Großbritannien ist mal wieder die Labour-Party am Zuge. Was in diesem Land besonders schön ist, ist, dass sofort der alte Regierungschef aus Downing Street 10 ausziehen muss und der neue einziehen kann. Keine zermürbenden Verhandlungen, sondern Fakten, sofort. Auch wenn die Rechtspopulisten, denen Großbritannien den Brexit zu verdanken hat, ins Unterhaus einziehen können, so sind es nur vier von 650 Abgeordneten.

Schon zum Jahresende 2023 sollte alles besser werden in den Bürgerämtern. Aus dieser wagemutigen Prognose des neuen Regierenden Bürgermeisters

wurde nichts. Jetzt sind zwar viele neue Mitarbeiter eingestellt worden, aber noch nicht einsatzfähig. Vermutlich dauern die Schulungen an, ist ja auch nicht so einfach, einen Ausweis auszustellen. Zum Jahresende 2024 soll es nun Termine in einem planbaren Zeitrahmen geben. Warten wir es ab.

Das wichtigste Thema am heutigen Tag ist jedoch das Fußballspiel Deutschland gegen Spanien in Stuttgart. Eine Mehrheit der Deutschen glaubt an einen Sieg der eigenen Mannschaft. Hoffen wir das Beste. Wo auch immer Sie sich das Spiel anschauen, viel Vergnügen. Ich werde natürlich den Abend wieder bei den **Stachelschweinen** verbringen, wo es, egal, was passiert, immer etwas zu Lachen gibt. **Frank Lüdecke** und **Erich Laaser** machen Fußball in einer völlig neuen Form erlebbar. Das Warm-Up beginnt schon um 17:00 Uhr. Die mit Oliven, Käse und Keksen bestückte Etagere wartet schon auf mich. Der Vorsitzende des Bezirkssportbundes Tempelhof-Schöneberg, **Stefan Behrendt**, der zwei Tickets gewonnen hat, wird mir sicherlich endlich erklären können, was Abseits bedeutet.

Wenn Sie auch diese wunderbare Atmosphäre im Theater der Stachelschweine im Europa Center genießen wollen, es gibt noch Tickets, die man kaufen kann, www.diestachelschweine.de, und wer schnell genug ist, dem schenken wir noch zwei Karten – einfach eine Mail senden an paperpress@berlin.de.

Es soll ja auch Menschen geben, die sich nichts aus Fußball machen, sondern lieber Musik hören wollen. Bei freiem Eintritt startet heute um 18:00 Uhr der **ROCKTREFF**, das traditionelle Festival der Amateurbands seit 1984. Wer rechnen kann, hat schnell herausgefunden, dass die Veranstaltung ihr 40-jähriges Jubiläum feiert. Heute geht's im Volkspark Mariendorf bis 23:00 Uhr, morgen von 16:00 bis 23:00 Uhr und am Sonntag von 16:00 bis 20:00 Uhr. 16 Bands warten auf Sie! www.rocktreff.de

Und noch eine Jubiläum steht an. Am Sonntag, dem 7. Juli 2024, feiert **STADT UND LAND** sein 100-jähriges Bestehen im Rahmen des **Spiefestes** im Fußballstadion des Volksparks Mariendorf. Das Fest für die ganze Familie findet am Samstag und Sonntag von jeweils 12:00 bis 18:00 Uhr statt, ebenfalls bei freiem Eintritt. Das Wohnungsunternehmen ist Hauptsponsor des Spiefestes. Es gibt also viel zu sehen, zu hören, mitzumachen und fröhlich zu sein, jenseits der Ampel...

Ed Koch

1

07) Gegen die Urängste. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 627-02

1. Juli 2024

49. Jahrgang

Gegen die Urängste

Der Mensch habe zwei Urängste, erklärte heute die Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, **Klara Geywitz**, beim Start des bundesweiten „Stakeholder-Dialogs Wärmeplanung“ auf dem **EUREF-Campus**: „Dass man Hunger hat und es kalt ist.“ Die Ernährungsfrage wurde nicht besprochen, wohl aber die Angst vor der Kälte. Dieser wird mit einer umfänglichen Wärmeplanung begegnet.



Nachdem das Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (Wärmeplanungsgesetz) mit Wirkung zum 1. Januar 2024 in Kraft getreten ist, soll der bundesweite Dialogprozess jetzt die Umsetzung der Wärmeplanung vor Ort unterstützen. Hierzu wird ein Stakeholder-Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern aus Bund, Ländern, Kommunen und Verbänden gestartet, in den kontinuierlich die Erfahrungen aller Akteure einfließen sollen.



Klara Geywitz: „Die Kommunen wissen am besten, was im Rahmen der Wärmeplanung vor Ort möglich und nötig ist und was sie vom Bund als Gesetzgeber und Fördermittelgeber brauchen. Der heute startende Beteiligungsdialog wird einen Mehrwert für die Kommunen, Länder, Verbände und Politik bringen, denn auf diese Plattform zum Erfahrungsaustausch werden Interessierte und Beteiligte über einen längeren Zeitraum zurückgreifen können. Der Leitfaden Wärmeplanung, den wir heute vorstellen, erklärt Schritt für Schritt Lösungsmöglichkeiten für die Planung vor Ort. Wichtig ist, keine

Kommune muss Sorge vor dem Planungsprozess haben. Die Bundesregierung unterstützt die Kommunen über die Länder bei der Durchführung der Planung mit 500 Millionen Euro. Viele kleine Kommunen werden zudem keine Detailplanung vorlegen müssen, wenn z.B. kein Stadtwerk eingebunden ist und die Versorgung vorrangig privat betrieben wird.“

Robert Habeck: „Die Wärmeplanung ist für das Gelingen der Energiewende im Wärmesektor zentral. Die Wärmeplanung sorgt dafür, dass die Entwicklung der Energieinfrastrukturen vor Ort besser aufeinander abgestimmt und vorhandene Potenziale für die Nutzung erneuerbarer Energien und unvermeidbarer Abwärme gehoben werden können. Akteure werden vor Ort zusammengebracht, um auch mit Blick auf die lokalen Gegebenheiten passende Lösungen für die zukünftige klimaneutrale Wärmeversorgung zu entwickeln. Damit erhöht die Wärmeplanung die Planungssicherheit für Kommunen, Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen.“



Wir werden die Länder und Kommunen weiterhin bei dieser wichtigen Aufgabe unterstützen. So gibt der heute veröffentlichte Leitfaden den Kommunen und allen weiteren beteiligten Akteuren praktische Hilfestellung zum Vorgehen bei der Wärmeplanung. Er trägt dazu bei, dass Wärmepläne bundesweit in guter Qualität erstellt werden.“

Zum Hintergrund

Die Wärmeplanung soll einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Wärmeversorgung in Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral zu gestalten. Hierzu schafft das Wärmeplanungsgesetz einen einheitlichen Rahmen und führt damit die Wärmeplanung als strategisches Planungsinstrument flächendeckend ein.

Die Länder überführen derzeit die bundesgesetzlichen Regelungen des Wärmeplanungsgesetzes in Landesrecht. Hierbei bestimmen sie u.a. die für die Wärmeplanung verantwortliche Stelle; dies sind in der Regel die Kommunen.

Der Stakeholder-Dialog unterstützt die Kooperation aller beteiligten Akteure. Im Rahmen einer Workshopreihe sollen ausgewählte Themen und Erfahrungen



mit der Wärmeplanung erörtert und gemeinsam mit allen Beteiligten praktikable Lösungen entwickelt werden. Der Stakeholder-Dialog wird sich bis in das Frühjahr 2025 erstrecken.



Mit Leipzig und Heeseberg zeigten auf der Auftaktveranstaltung jeweils eine größere und eine kleine Kommune, wie unterschiedlich Ausgangslage und Handlungsmöglichkeiten für die Wärmeplanung vor Ort sind.

Der Stakeholder-Dialog ergänzt die bereits bestehenden Unterstützungsangebote der Bundesregierung, insbesondere die Angebote und Aktivitäten des Kompetenzzentrums Kommunale Wärmewende in Halle (KWW) und den Leitfaden Wärmeplanung, der im Rahmen der heutigen Auftaktveranstaltung zum Stakeholder-Dialog erstmals öffentlich vorgestellt wurde.

Der Leitfaden Wärmeplanung sowie eine Zusammenfassung und Einordnung des Leitfadens (Leitfaden kompakt) sind auf den Seiten der beiden Bundesministerien abrufbar.

Der Leitfaden Wärmeplanung sowie eine Zusammenfassung und Einordnung des Leitfadens (Leitfaden kompakt) sind auf den Seiten der beiden Bundesministerien abrufbar.



Kaum ein anderes Vorhaben dieser Bundesregierung hat so viel Unmut in der Bevölkerung ausgelöst wie das Heizungsgesetz. Das **Handelsblatt** schrieb vor einem Jahr: „Beim Heizungsgesetz gibt es zu viele schlecht versteckte Probleme.“ Habeck und Geywitz gaben sich deshalb heute sehr viel Mühe bei der Wärmeplanung nicht die gleichen Fehler noch einmal zu machen. Vor allem Habecks Partei ist wegen der schlechten Kommunikation des Heizungsgesetzes abgerutscht.

Klara Geywitz hat recht, die Menschen haben Angst davor, sich Nahrung und Wärme nicht mehr leisten zu können. Schaut man sich die Heizkostenabrechnungen an, dann sind diese für viele Menschen existenzbedrohend. Das Ziel, dass Deutschland bis 2045 „treibhausgasneutral“ sein soll, ist ehrenwert, aber auch realistisch? Der EUREF-Campus erfüllt die CO₂-Klimaziele der Bundesregierung für das Jahr 2045 bereits seit 2014. Vermutlich sagte Klara Geywitz deshalb einleitend, dass es keinen besseren Ort für die Veranstaltung gäbe.

Im Augenblick ist das Thema Heizung weit weg, weil uns die Sonne direkt mit ihrer Wärme verwöhnt. Aber, der nächste Winter kommt bestimmt, Klimawandel hin oder her.

Ed Koch

Quelle: BMWSB
Fotos: Ed Koch

01) Weg frei für Wasserstoff in Berlin



Weg frei für Wasserstoff in Berlin

Rund 60 km des Berliner Gasnetzes sind Teil eines jetzt von der GASAG-Gruppe bei der Bundesnetzagentur eingereichten Antrages für das knapp 10.000 km lange Wasserstoff-Kernnetz der Ferngasnetzbetreiber. Die Umwidmung der Gasleitungen für Wasserstoff ist notwendig, um die grüne Energie vom Sommer in den Winter und in die Stadt zu bringen. Als Ergänzung zum Stromnetz und den Wärmenetzen sichert die Wasserstoffinfrastruktur somit die Versorgung Berlins für die ganze Jahrspanne ab. Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg, Betreiberin des 7.000 km langen Berliner Gasverteilnetzes, rechnet mit einer Genehmigung des Antrags im September 2024.

Die beiden insgesamt 60 km langen Hochdruckleitungen im Osten und Westen Berlins sind die wichtigsten Trassen des Berliner Wasserstoff-Startnetzes der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg, einem Unternehmen der GASAG-Gruppe. Sie übernehmen den Wasserstoff an den Übernahmestationen am Rande der Stadt vom Ferngasnetzbetreiber und transportieren diesen zu den großen Heizkraftwerken der BEW Berliner Energie und Wärme – jedes mit mehr als 500 Megawatt Leistung. Mit der teilweisen Umstellung dieser großen Heizkraftwerke auf Wasserstoff können bis zu einem Fünftel der Berliner Wohngebäude, die über einen Fernwärme-Anschluss verfügen, vom Einsatz eines CO₂-freien Wasserstoffs profitieren. Die BEW-Kraftwerke haben den möglichen Wasserstoffbedarf in ihren Dekarbonisierungsfahrplänen bereits angemeldet.



Foto: GASAG

Georg Friedrichs, Vorstandsvorsitzender der GASAG AG: „Das Berliner Wasserstoff-Startnetz ist ein erster, großer Schritt hin zu einer klimaneutralen

Versorgung, denn etwa 40 Prozent des in Berlin verursachten CO₂-Ausstoßes stammen aus dem Wärmemarkt. Wasserstoffmoleküle, die auch längere Zeit gespeichert werden können, werden uns helfen, die Energie aus dem Sommer in den Winter zu bringen. Wasserstoff wird das wichtigste Speicher- und Importmedium für grüne Energie.“



Foto: Annette Riedl

Maik Wortmeier, Vorsitzender Geschäftsführer der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg: „Durch die Umwidmung vorhandener Gasleitungen ist der Transport von Wasserstoff zu den Berliner Heizkraftwerken kosteneffizient und schnell umsetzbar. Um die Dekarbonisierung und Wärmewende in der Hauptstadtregion voranzutreiben, planen wir auch vergleichbares in Brandenburg und machen Leitungen für den Einsatz von Wasserstoff fit.“

Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg wird in den kommenden Jahren weitere Teile ihres Berliner Gasnetzes für den Transport von Wasserstoff ertüchtigen – in enger Abstimmung mit der kommunalen Wärmeplanung in Berlin und den versorgten Gemeinden in Brandenburg. Damit werden grundlegende Voraussetzungen für die Dekarbonisierung der Wärme- und Stromversorgung geleistet.

Erneuerbare Erzeugung braucht Wasserstoff als Speicher- und Transportmedium. In Berlin wird Wasserstoff dabei helfen, das Stromsystem und die Wärmenetze abzusichern und sicher über den Winter zu bringen. Durch den Einsatz von Wasserstoff in Kraft-Wärme-Kopplung lässt sich außerdem Strom bereitstellen, wenn erneuerbare Energie nicht ausreichend erzeugt wird. Gleichzeitig lässt sich die anfallende Abwärme effizient ins Berliner Wärmesystem einbinden.

Quelle: GASAG AG



Das Wohnquartier Buckower Felder mit 900 Wohnungen ist ein Vorzeigeprojekt. Die Hälfte der Wohnungen wird sozial gebunden vermietet, darunter 30 Prozent geförderter Wohnungsbau und 20 Prozent Sonderwohnformen für Geflüchtete. 20 Prozent der Wohnfläche werden von gemeinwohlorientierten Dritten in energieeffizienter Holzbauweise errichtet. Eine Begrünung der Dachflächen und Teile der Fassaden tragen zur ökologischen Vielfalt bei, verbessern das Mikroklima und kühlen das Wohngebiet.

Der Projektwettbewerb „Regenial! 2024“ hat zum Ziel, innovative und praktikable Konzepte für die Schwammstadt der Zukunft zu fördern. Teilnehmen konnten Einzelpersonen oder Teams, die ein Konzept, eine Studie oder ein konkretes Bau- oder Umbauprojekt zum Thema Schwammstadt einreichten.

Weitere Informationen unter Forum Regenwasser 2024 - Berliner Regenwasseragentur und Buckower Felder - Berliner Regenwasseragentur.

Für dieses Wochenende ist kein Regen in Sicht, erst am Montag mit einer 50:50 Wahrscheinlichkeit. Genießen Sie also das Wochenende, bevor der Regen kommt.

Ed Koch

Textquelle: Unikat PR GmbH - STADT UND LAND

02) Wenn der Regen kommt. Von Ed Koch



Wenn der Regen kommt

Ist es der Klimawandel oder nur das Wetter? Diese Frage wird immer wieder gestellt. Unbestritten unter Fachleuten, wozu nicht unbedingt Kabarettisten gehören, ist, dass der Klimawandel die Städte zunehmend im Umgang mit extremen Wetterereignissen fordert. Und hier kommt das Konzept der „Schwammstadt“ ins Spiel. Und, wie sich das gehört, werden die besten Ideen für eine wasserbewusste Stadtplanung ausgezeichnet. **Regenial! 2024** ist der Name des Preises.

Eine Schwammstadt ist so gestaltet, dass sie Regenwasser effizient aufnimmt, speichert und wiederverwendet oder in den natürlichen Wasserkreislauf zurückführt. Statt Niederschlagswasser schnell abzuleiten, wird es gezielt aufgenommen und gespeichert. Regenwasser ist eine wertvolle Ressource für Pflanzen, Tiere, Trinkwasserversorgung und städtische Kühlung. Wichtige Elemente sind versickerungsfähige Böden, grüne Dächer, Rigolen, Mulden, Zisternen und viel Grün in Außenanlagen und an Fassaden.

Insgesamt zehn Projekte, die derlei besonders gekonnt umsetzen, wurden beim Projektwettbewerb „Regenial! 2024“ der **Berliner Regenwasseragentur** ausgezeichnet. Das Quartier **Buckower Felder** zählt zu den Siegern und fand damit besondere Anerkennung der Jury.



Foto: STADT UND LAND/ Christian Kruppa

An den Buckower Feldern im Süden von Berlin-Neukölln soll auf ca. 16,2 Hektar ein neues Stadtquartier mit ca. 900 Wohneinheiten entstehen. Das Regenwassermanagement im Stadtquartier weist viele Innovationen und Besonderheiten auf: **STADT UND LAND** verwirklicht hier zusammen mit den Berliner Wasserbetrieben sowie den Firmen Sieker und Wista. Plan ein Pilotprojekt und zeigt, dass angesichts der Klimaanpassungsziele in Berlin auch bei schwierigen Bodenverhältnissen eine dezentrale Entwässerung möglich ist. Das Entwässerungskonzept für das

neue Stadtquartier an den Buckower Feldern umfasst die Komponenten Versickerung, Rückhaltung und Verdunstung. Trotz schwieriger Bodenverhältnisse kann Regenwasser dadurch komplett vor Ort bewirtschaftet werden.

Die insgesamt 23.000 Quadratmeter großen Verkehrsflächen werden mithilfe von Mulden-Rigolen, Tiefbeet-Rigolen und Baum-Rigolen entwässert. Die Baum-Rigolen wurden im Rahmen eines Pilotprojekts erstmalig im öffentlichen Berliner Straßenraum erprobt. Über Drosselabläufe wird das überschüssige Regenwasser aus den vernetzten Systemen in eine 7.300 Quadratmeter große Multifunktionsfläche im Landschaftspark geleitet. Bei Starkregenereignissen werden Notwasserwege im Straßenraum eine Überflutung der angrenzenden Baufelder verhindern.

Das Neubauvorhaben Buckower Felder wurde bereits in der Vergangenheit ausgezeichnet. Für ihre ökologische, klimabewusste und zukunftsweisende Planung wurde die STADT UND LAND als „Klimaschutzpartner des Jahres 2021“ mit dem „Anerkennungspreis für herausragende Projekte öffentlicher Einrichtungen“ ausgezeichnet. Die Fachjury würdigte damit den ganzheitlichen Ansatz für das künftige Wohnquartier, insbesondere die CO₂-neutrale Wärmeversorgung, den Einsatz innovativer Technologien sowie die Energieeffizienz der Gebäude.

Das Projekt Buckower Felder zählt zu den innovativsten und klimafreundlichsten Bauvorhaben in der Hauptstadt. Neben dem innovativen Regenwassermanagement sind dem Wohnungsunternehmen die Themen Wärmerückgewinnung aus Abwasser, Mobilitätskonzept mit Quartiersgaragen sowie soziale und ökologische Nachhaltigkeit wichtig.

Für die ressourcenschonende und effiziente Energieversorgung hat die STADT UND LAND mit den Berliner Stadtwerken ein modernes Wärmenetzsystem konzipiert, das niedrigere Temperaturen und einen hohen Anteil erneuerbarer Energiequellen nutzt. Ein Kernelement ist die Rückgewinnung von Abwasserwärme durch einen Wärmetauscher an der Abwasserdruckleitung am Buckower Damm. Zusätzlich erzeugen Photovoltaik-Anlagen auf 40 Prozent der Dachflächen umweltfreundlichen Strom.

Das Mobilitätskonzept zielt darauf ab, Durchgangsverkehr und Lärm zu vermeiden sowie den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. PKW-Stellplätze werden in zwei Quartiersgaragen konzentriert, um autofreie Bereiche zu schaffen. Eine Mobilitätsstation bietet umweltfreundliche Angebote, einschließlich Elektromobilität.



Das Wohnquartier Buckower Felder mit 900 Wohnungen ist ein Vorzeigeprojekt. Die Hälfte der Wohnungen wird sozial gebunden vermietet, darunter 30 Prozent geförderter Wohnungsbau und 20 Prozent Sonderwohnformen für Geflüchtete. 20 Prozent der Wohnfläche werden von gemeinwohlorientierten Dritten in energieeffizienter Holzbauweise errichtet. Eine Begrünung der Dachflächen und Teile der Fassaden tragen zur ökologischen Vielfalt bei, verbessern das Mikroklima und kühlen das Wohngebiet.

Der Projektwettbewerb „Regenial! 2024“ hat zum Ziel, innovative und praktikable Konzepte für die Schwammstadt der Zukunft zu fördern. Teilnehmen konnten Einzelpersonen oder Teams, die ein Konzept, eine Studie oder ein konkretes Bau- oder Umbauprojekt zum Thema Schwammstadt einreichten.

Weitere Informationen unter [Forum Regenwasser 2024 - Berliner Regenwasseragentur und Buckower Felder - Berliner Regenwasseragentur](#).

Für dieses Wochenende ist kein Regen in Sicht, erst am Montag mit einer 50:50 Wahrscheinlichkeit. Gnießen Sie also das Wochenende, bevor der Regen kommt.

Ed Koch

Textquelle: Unikat PR GmbH – STADT UND LAND

03) „Da ham wa den Salat“: Großhändler wollen den größten Obstsalat der Welt produzieren



paperpress

seit 1976



Nr. 627-14

18. Juli 2024

49. Jahrgang

„Da ham wa den Salat“: Großhändler wollen den größten Obstsalat der Welt produzieren

Zu seinem 75. Geburtstag macht sich der Fruchthof Berlin ein ganz besonderes Geschenk: Mit dem größten Obstsalat der Welt will die Händlergenossenschaft vom Großmarkt in der Moabiter Beusselstraße ins Guinnessbuch der Rekorde. Das Ziel ist klar: Mindestens 10.750 kg Fruchtmischung sollen am Tag der offenen Tür des Großmarkts am **15. September**, zusammengeschnitten werden. Weil der Fruchthof nicht nur etwas Außergewöhnliches erreichen, sondern auch etwas außergewöhnlich Gutes tun will, wird das Ergebnis der Berliner Tafel e.V. gespendet, die sich um die weitere Verteilung kümmern wird.



*„Selten passt die Rede-
wendung ‚da ham wa den
Salat‘ so haargenau wie
zu dem Plan. Die Groß-
händler freuen sich schon
jetzt auf ihr Fest im Sep-
tember und laden alle
Berlinerinnen und Berlin
ein, die Daumen für den
Weltrekord zu drücken
und mitzufeiern. Vielleicht*

schnippelt der eine oder die andere sogar mit am Weltrekord,“ erklärte der Sprecher des Vorstandes der Fruchthof Berlin Verwaltungsgenossenschaft eG, **Nils Doerwald**, bei der Vorstellung des Festprogramms zum Großmarkt-Geburtstag. Schirmherrin des Jubiläums ist die Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, **Cornelia Seibeld**.

Der Termin für die Geburtstagfeier am 15. September kommt nicht von ungefähr, denn im September vor 75 Jahren gründeten West-Berliner Großhändler ihren Fruchthof und öffneten am 5. Dezember 1949 ihre Pforten auf dem Areal der ehemaligen Askania-Werke in Berlin-Mariendorf. Die Initiative war zunächst eine Notlösung. Die zentralen Großmarkthallen am Alexanderplatz in Berlin-Mitte waren für die Händler aus den Westsektoren bald nach der Blockade nicht mehr zu erreichen. Im Jahre 1965 erfolgte dann der Umzug des Fruchthofs in die neu errichteten Großmarkthallen in der Beusselstraße in Moabit. Dort ist die Genossenschaft bis heute der größte Mieter. Auf der Fruchthof-Gesamtfläche von ca. 85.000 qm sind aktuell 50 Großhändler und eine Vielzahl weiterer Betriebe tätig, die knapp 2.000 Menschen vieler Nationalitäten in unterschiedlichen

Jobs beschäftigen. Gemeinsam schlagen sie ca. 220.000 Tonnen Ware pro Jahr um. Im Laufe der Jahrzehnte hat sich der Markt zu einem der wichtigsten Handelsplätze in der Metropolregion Berlin/Brandenburg entwickelt.



Foto: Fruchthof Berlin

Zum Geburtstag am 15. September lädt die Händlergenossenschaft alle Berlinerinnen und Berliner ein, einmal einen Blick hinter die Kulissen des Fruchthofs und damit quasi in den „Bauch von Berlin“ zu werfen. Geplant ist ein großer **Wochenmarkt von 10 Uhr bis 18 Uhr**. Der Berliner Senat ist durch die beiden Bürgermeister **Franziska Giffey** und **Stefan Evers** vertreten. Neben einer breiten Auswahl an Obst und Gemüse wird den Besucherinnen und Besuchern des Wochenmarktes ein breites Angebot an Speisen und Getränken geboten sowie Attraktionen für Kinder und ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm mit Live-Musik. Schulen, die der Fruchthof und die Berliner Großmarkt GmbH im Rahmen des privaten Schulobstprogrammes unterstützen, beteiligen sich ebenfalls am abwechslungsreichen Bühnenprogramm.

Der Weltrekordversuch ist bei Guinness World Records angemeldet. Die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren. Dabei geht es u.a. um die Einhaltung von Hygienestandards bei der Zubereitung, die fachgerechte Aufbewahrung der Frischware und vor allem die spätere vollständige Verwendung des Salats. Der bisherige Rekord aus Frankreich liegt bei 10.340 kg

Für die vollständige Verwertung der Früchte suchen die Händler sowie die Berliner Tafel e.V. derzeit Partner aus der Industrie, die den Salat beispielsweise zu Brotaufstrich weiterverarbeiten können.

Erste erfolgversprechende Gespräche laufen bereits. Für die Verantwortlichen auf dem Fruchthof ist klar:

1



Der Rekord funktioniert nur, wenn die Früchte vollständig verwertet werden. Um die weitere Verteilung des fruchtigen Weltrekordresultats kümmert sich dann die Berliner Tafel e.V., die ebenfalls ihren Sitz in der Beusselstrasse hat.



Die Vorstandsvorsitzende der Tafel, **Sabine Werth**, freut sich auf den Weltrekordversuch und die Lebensmittelspende für die Tafel: Sabine Werth: „Der Berliner Großmarkt ist auch Heimat der Berliner Tafel.

Verbunden durch die Nachbarschaft und die gemeinsame Liebe zu Lebensmitteln freuen wir uns umso mehr auf das Jubiläum des Fruchthofs. Wir gratulieren und vertellen den verarbeiteten Fruchtsalat von Herzen gern an armutsbetroffene Menschen. Eine wunderbare Idee!“

zum Erfolg führen können. Wir brauchen deshalb viele Leute, die uns bei der Zubereitung des Rekordsalats helfen und kräftig mitschnippeln. Wir freuen uns über jede Unterstützung. Damit alles hygienisch einwandfrei abläuft, wird es für das Obstsalat-Team vor Ort eine entsprechende Einweisung geben. Wer mitmachen will, kann sich bei uns melden, oder auf unserer Internetseite (www.fruchthof-berlin.de) informieren.“

Quelle: Fruchthof Berlin



75 Jahre

Zum Markttag öffnen zudem viele Händler ausnahmsweise am Sonntag ihre Stände auf dem Großmarktgelände und präsentieren den Besuchern ein breites Angebot an Obst, Gemüse, exotischen Früchte. Auch dies ist ein Novum für den Großmarkt, denn normalerweise dürfen hier nur Gewerbekunden einkaufen. Außerdem gibt es u.a. Führungen durch die Markthallen und viele weitere Attraktionen.

Nikolaus Fink vom Wochenmarktveranstalter „die Marktplaner“: „Ohne zentralen Großmarkt kann es keine vielfältigen Wochenmärkte in Berlin geben. Ohne Wochenmärkte fehlt es aber an buntem Kiezleben. Auch dies ist ein wichtiger Grund, das Fruchthofjubiläum ausgiebig zu feiern - samt reichhaltiger Marktkultur.“

Die verbleibende Zeit bis zum Tag der offenen Tür mit dem Rekordversuch im September will die Händlergenossenschaft nutzen, um das Projekt bekannt zu machen, viele Mitstreiter zu gewinnen und viele Besucher zum Geburtstagsfest auf das Gelände des Fruchthofs zu locken.

Fruchthof-Vorstandssprecher **Nils Doerwald**: „Der Weltrekordversuch ist ein in jeder Hinsicht ambitioniertes Projekt, das wir nur mit vereinten Kräften

04) Einsam in Berlin



paperpress

seit 1976



Nr. 627-13

17. Juli 2024

49. Jahrgang

Einsam in Berlin

Unsere Hauptstadt bietet so einiges: 3,7 Millionen Menschen, grüne Oasen, Clubs, Theater, Kino, Veranstaltungen, Cafés, Kneipen, Restaurants - und unzählige Möglichkeiten, Personen in echt oder virtuell zu finden oder sich zu begegnen. Dennoch fühlt sich jede zehnte Person einsam.

Kürzlich wurden auf einer Konferenz in Berlin die Ergebnisse des Einsamkeitsbarometers vorgestellt, das die Einsamkeitsbelastung beobachtet. Waren vor der Corona-Pandemie bundesweit die 65-Jährigen am stärksten von Einsamkeit betroffen, sind es seit Corona vor allem die Gruppe der 16-30-jährigen (*Studie d. Bertelsmann-Stiftung*), in welcher der Anteil der „stark“ und „moderat einsamen“ Personen, je nach Geschlecht und Altersgruppe, zwischen 33 und 51 Prozent liegt.

Es tut weh. Es ist ansteckend und tödlich. So schädlich wie 15 Zigaretten am Tag. Einsamkeit kann die Lebenserwartung verkürzen und Menschen körperlich und seelisch schädigen. Das hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in einer ihrer jüngsten Studien nachgewiesen, die **Prof. Dr. Manfred Spitzer** in seinem Impulsvortrag bei der Dialogveranstaltung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft STADT UND LAND am 9. Juli näher erläuterte.

Unter dem Titel *„Gemeinsam einsam - Sind wir auf dem Weg in die chronische kollektive Depression?“* trafen sich Experten im Xelor Kesselhaus in Berlin-Neukölln. Moderatorin **Anke Plättner** diskutierte mit allen Gästen über die Krankheit unseres Jahrhunderts, die sich in vielen Ländern der westlichen Welt bereits pandemisch ausgebreitet hat.

„Man darf sich nicht täuschen lassen, denn Einsamkeit betrifft nicht nur ältere Menschen“, warnt der Professor die Zuhörer. Die Corona-Pandemie habe das Gefühl der Einsamkeit in den eigenen vier Wänden verstärkt, vor allem bei den Jüngeren unter 24 Jahren. In dieser Generation beginnt das Gefühl der Einsamkeit bereits digital - weg von sozialen Kontakten, hinein in die Welt der Social Media, die für Psychologen und Jugendsozialarbeiter ein idealer Ort ist, um mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen.

„Gerade die junge Generation fühlt sich zunehmend einsam und nicht dazugehörig. Und das ist nicht nur ein Problem für die Betroffenen, sondern auch für unser demokratisches System“, ergänzt Psychologin

und Gründerin der Plattform *„Krisenchat“* **Melanie Eckert**. Wir müssen eingreifen - ihre digitale Plattform *„Krisenchat“* macht es vor und holt die Gen Z und Gen Alpha genau in ihren Lebenswelten ab: WhatsApp, Telegram, TikTok und Snapchat - Über 90.000 Anfragen hat Eckerts Team allein in den letzten drei Jahren bearbeitet und Jugendliche aus der Einsamkeit begleitet.



v.l.n.r.: STADT UND LAND-Geschäftsführer Ingo Malter, Psychologin und Psychotherapeut Umut Özdemir, Soziologin Prof. Dr. Claudia Neu, Gründerin der Plattform *„Krisenchat“* Melanie Eckert, Streetworker Burak Caniperk, silbernetz e.V.-Gründerin Elke Schilling und Moderatorin Anke Plättner. Foto: STADT UND LAND/Christian Kruppa

Prof. Dr. Spitzer macht dabei auf einen klassischen Fehler in der Diagnose aufmerksam: Man müsste zwischen sozialer Isolation, Alleinsein und Einsamkeit stark unterscheiden. Denn bei der letzten geht es um eine echte Krankheit, die sich nicht nur auf das Bedürfnis nach dem Allein sein beschränken lässt, sondern bei entsprechendem Leidensdruck therapeutische Maßnahmen erfordert.



Auf der Leinwand hinter Prof. Dr. Spitzer laufen Hirnscans von Betroffenen: Künstliche Intelligenz und ein lernfähiges Computersystem konnten die Befunde und neuronalen Merkmale genauer vergleichen. Die Ergebnisse zeigen: Einsame Menschen haben eine veränderte Hirnstruktur - mit Depressionen, Stresssymptomen und einer geringeren Le-



benserwartung als Folge. *„Und wenn Einsamkeit Stress verursacht und Stress eine Krankheit ist, dann macht uns Einsamkeit einfach krank.“* - So kamen die Experten in der Fish Bowl-Diskussion auf der Bühne ins Gespräch.

Burak Caniperk arbeitet seit 2017 bei der Outreach gGmbH, einem großen Träger der mobilen Jugendsozialarbeit in Berlin. Mit seinem Team ist er auf der Straße unterwegs, um jungen Menschen Hilfe anzubieten. *„Wenn man sich einsam fühlt, ist es leichter, durch falsche Freunde auf die schiefe Bahn zu geraten, die meist zu Drogen und Kriminalität führt“*, sagt Caniperk. Viel Platz für Gespräche und Gefühle bleibt dann nicht. Als Straßensozialarbeiter sucht er die Jugendlichen auf und spricht mit Ihnen – und hört oft, dass er der erste seit Monaten ist, der die Jugendlichen erst nähme.

Mit ihren wertvollen Einblicken bereicherten weitere Expertinnen und Experten die Diskussion über Risiken und Lösungsansätzen gegen Einsamkeit. Darunter: die Soziologin **Prof. Dr. Claudia Neu**, der Diplom-Psychologe und Psychotherapeut **Umut Özdemir** und **Elke Schilling**, Gründerin des Vereins silbernetz e.V., der älteren Menschen mit einem einzigen Telefonat gegen die Einsamkeit hilft.

Trotz unterschiedlicher Fach- und Sichtweisen auf das Thema waren sich alle doch in einem Aspekt einig, der STADT UND LAND-Geschäftsführer **Ingo Malter** in seinen abschließenden Worten gut zusammenfasst: *„Einsamkeit ist nur das sichtbare Ergebnis eines Mangels an Nähe und Kommunikation zwischen den Menschen. Allzu oft verlassen wir uns instinktiv auf ‚die Institutionen‘, obwohl wir wissen, dass die Veränderung bei jedem Einzelnen von uns beginnen muss“*, so Malter weiter.

„Wohnungsunternehmen können Räume zur Begegnung schaffen oder Institutionen, die entsprechendes tun, finanziell und räumlich unterstützen“, schließt er. Wo ein Raum nicht ausreicht, oder die persönliche Schwelle zum an der Tür der Nachbarin klingeln zu hoch erscheint, kann vielleicht ein Zettel im Briefkasten signalisieren: *„Wenn Sie etwas brauchen, klingeln Sie, ich bin für Sie da!“* Denn etwas ist noch ansteckender als Einsamkeit – der Wunsch nach Verbindung und der Wunsch, anderen zu helfen.

Quelle: SuL

05) Von oben betrachtet. Von Ed Koch



Von oben betrachtet

08:30 Uhr ist nicht gerade die übliche Zeit für Podiumsdiskussionen. Außergewöhnlich auch der Ort: Die neue Sky-Lounge auf dem Dach des Gasometers. Bei strahlendem Sonnenschein war das Thema der Veranstaltung gut sichtbar, 2,5 km entfernt und in sieben Minuten erreichbar: Der ehemalige Flughafen Tempelhof.



Kürzlich überraschte das EUREF-Team um **Reinhard Müller**, **Karin Teichmann** und dem Chefarchitekten **Johannes Tücks** die Berliner Stadtgesellschaft mit einem innovativen Plan. Teile der **Messe Berlin** sollen nach Tempelhof umziehen. Auf dem riesigen Vorplatz, unberührt vom durch einen Volksentscheid in seiner Entwicklung ausgebremsen Tempelhofer Feld, sollen sechs neue Messe- und eine Veranstaltungshalle entstehen.



Grafik: EUREF AG – alle anderen Fotos: Ed Koch

Eingeladen zum morgendlichen Treffen in luftiger Höhe hatten die **Berliner Morgenpost** und die **EUREF AG**. Nicht nur das Podium war prominent besetzt, auch das Parkett. Unter den rund 120 Gästen waren unter anderem **Klaus Wowerelt**, **Peter Strieder** und **Renate Künast** zu sehen, aber auch die Flughafen-Chefin **Aletta von Massenbach**, und, weil dem Himmel so nah, der Superintendent der Ev. Kirche Tempelhof-Schöneberg, **Michael Raddatz**, und Rabbiner **Yehuda Teichtal**.



Gruppenbild mit Dame: v.l.n.r.: **Matthias Trunk**, Vorstand der GASAG AG, **Kaweh Niroomand**, Manager der BR Volleys, EUREF-Gründer **Reinhard Müller**, **Christian Andresen**, Präsident der DEHOGA Berlin, **Fabian Schmitz-Grethlein**, Geschäftsführer der Tempelhof Projekt GmbH, **Jörn Oltmann**, Bezirksbürgermeister Tempelhof-Schöneberg, **Christian Gaebler**, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, **Karin Teichmann**, Vorstandssprecherin der EUREF AG, **Peter Schink**, Chefredakteur Berliner Morgenpost und **Dr. Hinrich Holm**, Vorstandsvorsitzender der Investitionsbank Berlin (IBB).

Zu Beginn erläuterte **Karin Teichmann** die Idee, beziehungsweise die Vision und wie es dazu kam. Bei der Eröffnung des neuen Gasometer Gebäudes am 1. Juni forderte u.a. der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** das EUREF-Team auf, sich jetzt nicht auszuruhen, sondern weiterhin kreativ zu sein. „Berlin braucht mehr an Ideen.“ Gesagt, geplant! Auf dem ehemaligen Rollfeld sollen sechs moderne Hallen und eine Konzertarena für rund 12.000 Menschen entstehen, die auch zum Feld hin für größere Konzerte geöffnet werden kann. Damit würde eine Lücke im Angebot der Veranstaltungslocations in Berlin geschlossen werden.

Es sollen auch drei Hotels in unterschiedlichen Kategorien mit jeweils 500 Zimmern entstehen. Und warum das Ganze? Der bisherige Messestandort am Fuße des Funkturms hat massive Probleme. Das Autobahnkreuz muss in den nächsten Jahren saniert werden, was den Messebetrieb behindern wird. Einige Hallen könnten auch abgerissen werden und Platz machen für Wohnungsbau in bester Westendelage. Neue Hallen könnten als Sportarenen dienen, die auch dringend in Berlin benötigt werden.



In zwei Gesprächsrunden wurde die Idee diskutiert. Dabei kam auch der zum Teil erschreckende Zustand zur Sprache, in dem sich die Stadt befindet. Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** sprach den Sanierungsstau des Flughafengebäudes an. Bisher wurde immer nur „klein klein“ gedacht. So könne es nicht weitergehen, sagte Oltmann. Die Idee des EUREF-Teams sei es wert, untersucht zu werden. Oltmann fragt sich, warum unter den zehn größten Messen weltweit Frankfurt am Main, Hannover, Köln und Düsseldorf genannt werden, nicht aber Berlin. Berlin müsse sich seiner Bedeutung bewusstwerden, appellierte der Bezirksbürgermeister.

Auch DEHOGA-Chef Andresen bemängelte, dass in Berlin massiv Flächen im Messebereich für 6 bis 9.000 Teilnehmer fehlen. Berlin verzeichnet zu den Vorjahren 15 Prozent weniger Belegung in den Hotels und 23 Prozent weniger Umsatz.

Bausenator Gaebler gab unumwunden zu, dass das Flughafengebäude in der Vergangenheit nur verwaltet worden ist. Es gäbe kein Ziel, auf das hingearbeitet wird. Das Gebäude kostet Geld und bringt nichts, so Gaebler.

Die GASAG, so **Matthias Trunk**, stünde bereit, das Gebäude energieeffizient umzubauen. So könnte die erste CO₂-neutrale Messe der Welt entstehen. Die jetzigen Unterhaltskosten könnten drastisch reduziert werden, so dass am Ende ein Nullsummenspiel herauskäme, rechnet **Reinhard Müller** vor. Der Geschäftsführer der Tempelhof Projekt GmbH, **Fabian Schmitz-Grethlein**, will die Überlegungen zum Gebäude mit der Entwicklung auf dem Feld zusammendenken. Und schon fand, unausweichlich, der Schlenker zur Randbebauung statt, zu der es gegenwärtig ein Dialogverfahren gibt. Die beiden Grünen im Saal, **Jörn Oltmann** und **Renate Künast** kritisierten dieses Verfahren, Oltmann ist damit nicht einverstanden und Künast findet es „kurios“. Darauf reagierte **Christian Gaebler** richtig sauer, weil der Ansatz, mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen,

desavouiert werde. Zurück zur EUREF-Idee: Natürlich gibt es auch Bedenken, zum Beispiel über die zusätzlichen Verkehre, die durch den Messebetrieb auf dem Columbiadamm entstehen würden. **Reinhard Müller** entkräftete diese Bedenken mit dem Hinweis, dass es Untersuchungen gäbe, wonach dies kein Problem darstelle.



Nicht unterschlagen wollen wir den Sport, für den **Kaweh Niroomand** eingeladen wurde. Auf dem jetzigen Messegelände könnten Hallen in Sportflächen umgewandelt werden, und diese benötigt Berlin dringend, so der BR-Volley-Chef.

Und wie geht's weiter? An der Finanzierung dürfte es nicht scheitern, meint IBB-Chef **Hinrich Holm**, weil ja auch privates Kapital beteiligt sein wird. Die Umsetzung der Idee könnte schnell gehen. **Peter Strieder** regte an, ein Büro zu beauftragen, das sich darum kümmert und **Reinhard Müller** ist bereit, sein Know-how zur Verfügung zu stellen. **Christian Gaebler** will den Vorgang in den Senat geben.

Kein gutes Zeichen ist es, dass von der Messe Berlin niemand anwesend war. Angeblich gab es Terminprobleme. Bislang hat sich die Messe Berlin zurückhaltend bis ablehnend gezeigt und will offenbar am jetzigen Standort verbleiben. Selbst wenn die Idee, Teile der Messe nach Tempelhof zu verlegen, nicht umgesetzt wird, muss man sich Gedanken um das Gebäude in Tempelhof machen, denn, wie sagte **Jörn Oltmann**, so könne es nicht weitergehen.

Die Stimmung in der Sky-Lounge war überwiegend positiv dem Projekt gegenüber. Nun muss es Menschen geben, die die Sache am Laufen halten, damit sie nicht in dieser schnelllebigen Zeit vergessen wird. Der Autor dieses Beitrages betätigt sich gern als Orakel. Ihm fehlt es in einer Stadt, die es nicht einmal hinbekommt, zeitnahe Termine beim Bürgeramt zu organisieren, an Fantasie, dass sich diese Vision umsetzen lässt. Eher gelingt es der Müller-Crew, einen EUREF-Campus auf dem Mond zu errichten.

Ed Koch

06) 55.000 Euro für herzkranken Kinder



55.000 Euro für herzkranken Kinder



Bei strahlendem Sonnenschein bildeten die Radler wieder das traditionelle Tripple-Heart auf der Start- und Landebahn des ehemaligen Flughafens Tempelhof. Zum elften Male lud die **PSD-Bank Berlin-Brandenburg** zur Herzfahrt ein. 2.700 Radler nahmen per App und direkt teil. Knapp 250.000 Kilometer wurden zwischen dem 7. und 14. Juli geradelt, das sind mehr als sechsmal um die Welt. 55.000 Euro kamen an Spenden zusammen.

Das **Deutsche Herzzentrum der Charité** möchte mit dieser Spende eine speziell für Kinder entwickelte Mini-Ultraschallsonde erwerben. Dadurch können Kinder und Baby ohne den Einsatz von Röntgenstrahlung untersucht werden. Die Echokardiografie, auch als Herzecho oder Schluckecho bekannt, ist eine zentrale Untersuchungsmethode bei Herzkrankungen. Mit einer speziellen Ultraschall-Sonde kann das Herz sogar dreidimensional dargestellt werden.

Bisher waren diese 3D-Sonden zu groß für Säuglinge und Kleinkinder. Doch jetzt hat **GE HealthCare** eine Mini-Sonde entwickelt, die perfekt für die kleinen Patienten geeignet ist. Mit dem Erlös der PSD-Herzfahrt soll die innovative Technologie finanziert werden. Sie liefert nicht nur genaue Bilder bei Herzkathetereingriffen, sondern reduziert auch die Not-

wendigkeit von Röntgenstrahlung erheblich oder vermeidet sie ganz.



Zum Abschluss der Rundfahrten auf dem Tempelhofer Feld versammelten sich die Verantwortlichen zum Gruppenfoto mit Scheckübergabe.

v.l.n.r.: Yousa Fakhro, Prof Dr. Oktay Tutarel, Dr. Friederike Danne, PD Dr. Med. Oliver Miera und Dr. Bernd Oppen-Rhein vom Deutschen Herzzentrum der Charité sowie Grit Westermann, die Vorstandssprecherin der PSD Bank Berlin-Brandenburg, Petra Götze vom Medienpartner Berliner Morgenpost und Eberhard Brodhage vom ADFC Berlin.

Quelle und Fotos: PSD-Bank

07) Networking auf dem EUREF-Campus



paperpress

seit 1976



Nr. 627-10

14. Juli 2024

49. Jahrgang

Networking auf dem EUREF-Campus

Bei sommerlichen Temperaturen fand in dieser Woche das traditionelle Network-Event **Energetic Aperitivo** unter dem Motto „**Explore the future of energy and mobility**“ statt, zu dem **inno2grid** eingeladen hatte.



Als Innovationsdrehscheibe und Venture Building Company ist inno2grid darauf spezialisiert, eine nachhaltige Energie- und Mobilitätslandschaft zu entwickeln und umzusetzen. inno2grid ermöglicht es Anbietern von Energie- und Mobilitätslösungen, zum Rückgrat der Städte, Stadtteile und Flotten von morgen zu werden – mit neuen End-to-End-Geschäftsmodellen. Außerdem binden sie ein breites Netzwerk von Startups, Unternehmen und Instituten in Innovationsprojekte ein.



Drei Mitarbeiter von inno2grid stellten ihre Projekte in kurzen Keynotes vor. **Alexander Agnesens**, Innovation Hub Lead, gab Einblicke in das „*Innovation & Venture Building*“ bei inno2grid. **Thomas Kreher**, Head of Consulting, stellte den Bereich „*Decarbonization Consulting*“ vor. **Chantal Bailleu**, Project Managerin, hielt einen Vortrag zum Thema „*Product*

Innovation“. Ein Highlight des Abends war erneut die Vorstellung von drei Talenten vom **TU-Campus EUREF**: **Eugenio Andres Brito Gonzalez**, **Mirna Ayman Mohammed Ghaly** und **Poornima Guruvayurappan**.



Die Gäste waren sehr erfreut, die Studierenden aus Chile, Ägypten und Indien näher kennenzulernen und beeindruckt von ihren Lebensläufen und Persönlichkeiten. Was alle vereint, ist die Motivation, eine nachhaltige, zukunftsfähige und lebenswerte Zukunft zu erschaffen und die Mobilitäts- und Energiewende im Einklang mit den Pariser Klimazielen voranzutreiben.



Zu der Veranstaltung, die in der **zeemobase**, dem Showroom der digitalen vernetzten Energie- und Mobilitätswende auf dem EUREF-Campus stattfand, kamen über 50 Gäste, darunter rund 30 Talente des TU-Campus EUREF und weitere Wirtschaftspartner wie **Schneider Electric**, **ARCADIS** und **SPIE**. Die Jobposts von inno2grid kamen dabei besonders gut an, auch das ist Teil des Konzepts auf dem EUREF-Campus: Talente nicht nur auszubilden, sondern sie und ihre Expertise für die Unternehmen und Startups auf dem Campus zu gewinnen.

Auf dem TU-Campus EUREF bietet die TU Berlin vier weiterbildende, englischsprachige Master-Studiengänge zu den Themen der Energie- und Mobilitätswende an.

Quelle und Fotos: EUREF AG

1

08) Zimmer, Küche, Bad



paperpress

seit 1976



Nr. 627-06

7. Juli 2024

49. Jahrgang

Zimmer, Küche, Bad

Das ist der Slogan von STADT UND LAND, und was braucht man mehr? Vielleicht noch einen Keller, weil wir alles sammeln und nichts wegwerfen können.

„Ich sehe die STADT UND LAND auf einem guten Weg und blicke trotz aller Herausforderungen optimistisch in die Zukunft. Das Unternehmen wird zwar 100 Jahre alt, ist aber in vielerlei Hinsicht jünger als es jemals war.“, sagt **Ingo Malter**, seit dem 1. August 2010 Geschäftsführer des Unternehmens.

Am 7. Juli 2024 wurde die als „Märkische Scholle“ gegründete **STADT UND LAND** 100 Jahre alt. Blättert man in der Chronik der Gesellschaft, dann zeigt sich natürlich, dass die Wechselbäder deutscher Geschichte um das kommunale Wohnungsbauunternehmen keinen Bogen gemacht haben. Inflation, Weltwirtschaftskrise, Krieg, Teilung, Wende, Mauerfall; dazwischen und danach Zeiten des Aufschwungs, des Neubeginns und des Umbaus. Die STADT UND LAND war immer mittendrin.

Zur Firmenphilosophie des Unternehmens gehört der Grundsatz, breite Schichten der Bevölkerung und besonders Menschen mit geringeren Einkommen mit Wohnraum zu versorgen.

Was mit dem Bau von 59 Wohnungen in Wittenau und Britz begann, fand in Neuenhagen in den Jahren 1928 bis 1930 in größerem Maßstab seine Fortsetzung: Raus aus der Enge und dem Mief der Berliner Mietskasernen – Licht, Luft und Sonne für alle, hieß es, als die Gartenheimsiedlung „Grüner Winkel“ entstand. Heute trägt sie den Namen Fallada-Siedlung, nach ihrem bekanntesten Bewohner, der hier eine recht glückliche und produktive Zeit verbrachte. Unter dem Dach der STADT UND LAND schrieb er seinen berühmten Roman „Kleiner Mann, was nun?“.

Ausdruck ihrer regen Bautätigkeit war die Tatsache, dass die S&L bereits Anfang der 30er Jahre ca. 2.400 Wohnungen in verschiedenen Ortsteilen von Groß-Berlin errichtet hat, so u. a. in Lichtenberg, Friedrichsfelde, Johannisthal, Neuenhagen, Pankow, Britz, Lichterfelde Süd und Wittenau. In Niederschöneweide und in Kleinmachnow baute das Unternehmen Einfamilienhäuser. Es entstanden vorbildliche Siedlungen für breite Bevölkerungsschichten.

Wichtige Stationen der Geschichte zeigten deren enge Verknüpfung mit den Geschicken der Stadt Berlin: Nahezu jede fünfte Wohnung der Gesellschaft war nach dem Zweiten Weltkrieg zerstört oder stark beschädigt; Enteignung im Osten und „Überleben“

unter der Obhut der GSW – von den ehemals 2.352 fast ausschließlich im Ostteil Berlins gelegenen Wohnungen verblieben nur noch 13 Wohnungen, zwei Garagen und ein Vorratsgrundstück im Westteil der Stadt im Besitz der Gesellschaft. Am 1. Januar 1958 wurde dann die STADT UND LAND wieder in die Eigenständigkeit entlassen mit rund 10.000 Wohnungen.

Die 1960er, 70er und 80er Jahre waren von intensivem Bauen und Sanieren geprägt – dafür standen Quartiere wie die John-Locke-Siedlung in Lichtenrade, die Rollberg- und die High-Deck-Siedlung in Neukölln oder die Landhäuser in Rudow.

Nach der Wiedervereinigung in den neunziger Jahren kam es zum Zusammenschluss mit der Wohnungsbau-Gesellschaft Treptow mbH und der umfassenden Sanierung deren Bestände. Wichtige Stationen dieses jüngsten Zeitabschnittes waren auch der Neubau der Siedlung Altglienicke und die Übernahme der Geschäftsbesorgung für die WoGeHe Wohnungsbau-Gesellschaft Hellersdorf mbH mit ehemals rund 20.000 Wohnungen in der Großsiedlung Hellersdorf.

Die ersten der 2000-er Jahre waren geprägt von Modernisierung, Sanierung und Konsolidierung. Knappe öffentliche Kassen, der Abbau von Subventionen und der Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung setzten die politischen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit des Konzerns im Jahr 2005.

Der Markt wurde und wird bestimmt von fehlendem Wirtschaftswachstum, steigender Arbeitslosigkeit und einer demografischen Entwicklung der Bevölkerung, die durch Überalterung, Geburtenrückgang und Vereinsamung geprägt ist. Vor diesem Hintergrund verschärften sich die Wettbewerbsbedingungen am Berliner Immobilienmarkt weiter. Wachsende Leerstände und steigende Erlösausfälle waren die Folge.

Die strategische Ausrichtung der Geschäftstätigkeit galt in diesen Jahren unverändert der nachhaltigen Entschuldung. Sie zielte darauf ab, die Zins- und Tilgungslast weiter zu reduzieren. Im Mittelpunkt standen die Bewirtschaftung und die Pflege der Bestände. Umfangreiche Maßnahmen dienten der Bestandsaufwertung, dem zielgruppenorientierten Marketing, dem Ausschöpfen von Mieterhöhungspotenzialen und dem stringenten Kostenmanagement. Gleichzeitig wurden anspruchsvolle Sanierungsprojekte in diesen Jahren abgeschlossen, darunter das insgesamt 1.849 Wohnungen umfassende Grabenviertel in Hellersdorf und die Neuköllner „Siedlung



der Düfte“ rund um die Holzmindener Straße mit ihren 334 Wohnungen in 6- und 8-geschossigen Gebäuden.

2010 waren rund 90.000 Menschen bei der STADT UND LAND zu Hause. Der Wohnungsmarkt war ein anderer als heute: Das Angebot war weit größer als die Nachfrage. Vor allem am Stadtrand. Das Unternehmen setzte auf Kampagnen: Das kommunale Wohnungsunternehmen warb für den Wohnstandort Hellersdorf fernab von Lärm und hektischem Innenstadttreiben. Hauptfigur der Kampagne war dieser sympathische Jedermann, der auf humorvolle Art und Weise mit den vielen Alltagsproblemen des Großstadtlebens konfrontiert wurde. Die Lösung seiner Probleme lautet stets: „Zieh nach Hellersdorf“.

Ab 2012 erfolgte der Umschwung auf Wachstum, wenngleich der Entschuldungskurs fortgesetzt wurde. Erstmals seit vielen Jahren erhöhte die Gesellschaft durch einen Zukauf ihren Wohnungsbestand. Sie erwarb 341 Wohnungen in vier Wohnanlagen in Neukölln und Tempelhof-Schöneberg. 2013 wies sie einen Leerstand von 2,7 Prozent aus. Der Berliner Wohnungsmarkt hatte in den letzten Jahren einen Paradigmenwechsel vollzogen. Waren die so genannten Nullerjahre noch von einem Angebotsüberhang geprägt, so überstieg jetzt die Wohnungsnachfrage das Angebot. Berlinweit war kaum noch Wohnungsleerstand zu verzeichnen.

Im Jahr 2014 startete die STADT UND LAND mit einem Wohnungsbestand von 39.370 Einheiten ihre Wachstumsstrategie. Im Jahr 2024 verfügt das Unternehmen über 52.500 Wohnungen, was einer Steigerung von etwa 33 Prozent entspricht. Bis 2033 soll dieser Bestand durch Ankauf und Neubau auf 56.254 Wohnungen erweitert werden. Im Planungszeitraum 2024 bis 2033 ist der Baubeginn für weitere 3.854 Wohnungen vorgesehen sowie ein Investitionsvolumen von rund einer Milliarde Euro für den Ankauf und den Neubau bezahlbaren Wohnraums geplant.

Die Gesellschaft bietet die ganze Vielfalt des Wohnens in der Hauptstadt, heute gibt sie rund 100.000 Menschen ein Zuhause. Die Bestände werden sozial und umweltorientiert bewirtschaftet. Und nicht nur das. Bei S&L finden die unterschiedlichsten Menschen auch ihr berufliches Zuhause, von der Technikerin über den Cloudspezialisten bis zur Projektleitung im Neubau. Durch ihre Arbeit leisten die über 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen entscheidenden Beitrag zur sozialen Stadtentwicklung und dem Erhalt lebenswerter Kieze.

Fotos: Marlies Königsberg, Chris Landmann, S&L, Ed Koch

Und dazu gehört auch, sich in den Kiezen einzubringen, beispielsweise beim traditionellen **Spielfest** des Bezirks Tempelhof-Schöneberg im Volkspark Mariendorf.



Das Spielfest fiel in diesem Jahr genau auf das Gründungsdatum der STADT UND LAND am 7. Juli. Grund genug, den Zauberer **Markus Stocker** für die Spielfest-Bühne zu engagieren. Natürlich gab es auch einen Geburtstagskuchen, Apfel-Streusel und Zitrone. Die 500 Portionen fanden im Handumdrehen ihre Abnehmer. Seit 2017 ist das Wohnungsunternehmen Hauptsponsor des Spielfestes.



Am Samstag, dem 21. September 2024, findet ein weiteres Großprojekt der S&L für Kinder, Jugendliche und ihre Familien, zwischen 11:00 und 20:00 Uhr auf dem Tempelhofer Feld statt, das **Festival der Riesendrachen**. Wir gratulieren dem Unternehmen zum Jubiläum und zu seinem außergewöhnlichen gesellschaftlichen Engagement.

Quelle: S&L

Keine Berichte

Ukraine (Seiten E 127 – E 119)

01) Dabei sein ist alles.

Lange wurde in der Ukraine über einen Olympia-Boykott diskutiert. Doch mit der Teilnahme in Paris kann das Land viel mehr erreichen

Von Denis Trubetskoy

25.07.2024



Die ukrainische Fechterin Alina Komascshuk trifft 2016 in Brasilien auf ihre russische Kontrahentin Julija Petrowna Gawrilowa.

Dass zu den Olympischen Spielen in Paris einzelne russische und belarussische Vertreter – wenn auch als neutrale Athleten – zugelassen wurden, ist in der Ukraine höchst emotional diskutiert worden, was an und für sich nicht verwundert. Erstens blieb das bis 2022 herzliche Verhältnis zwischen dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC), seinem Präsidenten Thomas Bach und Moskau nicht unbemerkt und geriet auch nicht in Vergessenheit. Zweitens zeigte die ukrainische Gesellschaft auch vor dem Krieg schon eine Neigung zu hitzigen und gefühlsintensiven Debatten, und dies hat sich durch die Dauertragödie der vergangenen zweieinhalb Jahre noch um ein Vielfaches verstärkt. Vor dem Hintergrund überrascht es nicht, dass die für Sport zuständigen Regierungsstellen in Kiew eine Zeitlang ganz klar die Position vertraten, dass die Teilnahme ukrainischer, russischer und belarussischer Sportlerinnen und Sportler an ein und demselben Turnier auf keinen Fall in Frage kam. Diese Haltung wurde Ende Juli 2023 durch eine Anordnung des Jugend- und Sportministeriums korrigiert. Demnach dürfen sich Ukrainerinnen und Ukrainer nun doch an Wettkämpfen beteiligen, an denen auch russische und belarussische Athleten teilnehmen – unter der Voraussetzung, dass diese unter neutraler Flagge antreten.

Der Sinneswandel vollzog sich nicht zuletzt unter dem Druck weiter Teile der ukrainischen Sport-Community, die einen Komplettboykott als irrationale Entscheidung werteten, mit der man sich ins eigene Fleisch schneide. Mit der Teilnahme von Sportlern, die den Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Politik Wladimir Putins offen unterstützen, konnte Kiew jedoch auf keinen Fall einverstanden sein. Diese Frage stellte sich allerdings im Grunde nicht. Ein kategorisches Teilnahmeverbot für alle Russen und Belarussen inklusive einiger Tennisspieler, die ausdrücklich als Einzelpersonen an den Start gehen und von denen etliche schon lange im Ausland leben, war zu keinem Zeitpunkt eine realistische Option und stand nicht ernsthaft zur Diskussion. Der Fall der Fechterin Olha Charlan, die gleich am ersten Tag nach der neuen Anordnung des Sportministeriums der Russin Anna Smirnowa

den Handschlag verweigerte und deshalb aus der Weltmeisterschaft ausgeschlossen wurde, damit aber die Sympathien und Herzen vieler Sportfans in aller Welt eroberte, zeigte in aller Deutlichkeit: Wenn man sich während des Krieges selbst die Möglichkeit nimmt, bei einem der wichtigsten Sportereignisse die Ukraine mit Anstand zu vertreten, hätte das eher nachteilige Auswirkungen und würde bedeuten, dass die Ukraine Chancen vertut.

Ein Komplettboykott hätte nur Sinn, wenn sich viele Länder anschließen würden – insbesondere wichtige westliche Staaten. Das war allerdings vor dem Hintergrund, dass eine uneingeschränkte Zulassung von Russen und Belarussen von vornherein undenkbar schien, höchst unwahrscheinlich. Umso besser ist es, dass die Ukraine letztlich den Weg der Sportdiplomatie beschritt. Damit erzielte sie ein Resultat, das nicht nur hier und heute, sondern auch für die Zukunft von Bedeutung sein wird. Die spezielle Prüfkommision des IOC, die sich mit der Zulassung russischer und belarussischer Athleten befasst und sorgfältig darüber wacht, ob die konkreten Sportler sich an die festgelegten Kriterien halten, arbeitet nicht ganz perfekt. Unter den anfangs 36 zugelassenen russischen Sportlern gab es etliche umstrittene Fälle, bei denen zum Beispiel das Liken kriegsbefürwortender Posts eine Rolle spielte. Diese Sportler haben übrigens fast alle die Einladung zur Teilnahme an den Olympischen Spielen ausgeschlagen. Vor diesem Hintergrund ist die Teilnahme von 15 Sportlern mit russischer und 17 Sportlern mit belarussischer Staatsbürgerschaft, die unter neutraler Flagge an den Start gehen, keine Katastrophe, obwohl es auch in diesem Kreis vereinzelte strittige Fälle gibt.

Die Arbeit der ukrainischen Sportdiplomatie unter der Federführung des seit November 2023 als Sportminister amtierenden Matvii Bidnyi, aber auch die aktive Haltung Frankreichs als Ausrichter der Olympischen Spiele sind noch aus einem anderen Grund wichtig. Durch unzählige persönliche und virtuelle Gespräche und durch öffentlich-institutionellen Druck – auch hinter den Kulissen – wurde erreicht, dass die IOC-Prüfkommision trotz allem mehrere hundert Sportlerinnen und Sportler einzeln akribisch unter die Lupe nahm. Das gibt der Ukraine Instrumente an die Hand, mit denen sie in Zukunft langfristig und planvoll Druck auf die betreffenden internationalen Verbände ausüben kann. Wenn bereits ein konkreter IOC-Beschluss über die Nichtzulassung einzelner Sportler zu Olympia vorliegt, können die für Sport zuständigen Stellen in Kiew diesen Beschluss auch im Vorfeld zukünftiger Wettkämpfe und Turniere als Präzedenzfall ins Feld führen. Das ist ein klarer strategischer Erfolg.

Angesichts der Besonderheiten der Sportpolitik und der internationalen politischen Großwetterlage muss die Ukraine weiterhin alles daransetzen, dass an diesen Entscheidungen auch in Zukunft nicht gerüttelt wird. Doch schon jetzt hat die Ukraine ein Fundament gelegt, das sich nur extrem schwer wieder aufkündigen lässt. Daran hat übrigens das Russische Olympische Komitee (ROC) selbst großen Anteil, weil es im Herbst 2023 die regionalen Sportorganisationen der teilbesetzten Gebiete Donezk, Lugansk, Saporischschja und Cherson als Mitglieder aufnahm. Daraufhin konnte das IOC gar nicht anders, als die Mitgliedschaft des ROC zu suspendieren, weil gemäß den IOC-Statuten jedes Mitglied die territoriale Integrität aller anderen Mitglieder respektieren muss. Da aus politischen Gründen schwer vorstellbar ist, dass das ROC seine Entscheidung rückgängig macht, dürfte die Suspendierung der Mitgliedschaft des ROC in absehbarer Zukunft wohl kaum aufgehoben werden.

Obwohl bei den Olympischen Spielen absolute Stars wie die erwähnte Olha Charlan oder die neue Hochsprung-Weltrekordlerin Jaroslawa Mahutschich mit von der Partie sind, wird man von der Ukraine aufgrund der Kriegssituation wohl kaum eine glänzende Vorstellung

Seite E 129 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

erwarten können. Doch Olha Charlan, die hervorragend Englisch spricht und eine wahre sportliche Botschafterin der Ukraine ist, kann allein schon durch ihre Anwesenheit mehr bewirken, als wenn sie den Spielen fernbleiben würde.

Eine Strahlkraft über die Grenzen des Olympischen Dorfes hinaus wird in Paris auch das ukrainische Haus entfalten, das als Medien- und Kulturzentrum die Aufmerksamkeit auf die Ukraine lenken soll und dem Präsident Wolodymyr Selenskyj wahrscheinlich einen Besuch abstatten wird – potenziell ein weiteres Beispiel für Kiews erfolgreiche Sport- und Kulturpolitik. Doch trotz aller sichtbaren Erfolge muss die ukrainische Seite auf der Hut sein und wachsam bleiben. Denn mit Sicherheit wird das IOC dennoch seine traditionelle beliebige Agenda für alles Gute und gegen alles Schlechte verfolgen, die von den Realitäten des Russland-Ukraine-Kriegs sehr weit entfernt ist. Ein sichtbares Zeichen dafür ist bereits das Foto des IOC-Präsidenten Thomas Bach mit dem russischen Schwimmer Jewgeni Somow und einem „Give Peace a Chance“-Spruchband. Dieser Aufruf ist im Grunde genommen legitim und naheliegend, aber er darf nicht in den luftleeren Raum geschickt werden, sondern muss sich an den einzigen Menschen richten, der diesen Krieg wirklich beenden kann: Wladimir Putin.

Aus dem Russischen von Andreas Bredenfeld



Denis Trubetskoy, Kiew

Denis Trubetskoy ist freier Journalist für deutschsprachige Medien in Kiew. Er berichtet über Politik und Sport aus der Ukraine, Russland und Belarus.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/dabei-sein-ist-alles-7677/?utm_campaign=de_40_20240725&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Lohnenswerte Investition.

Der Wiederaufbau in der Ukraine wird teuer. Doch von einer starken ukrainischen Wirtschaft profitiert auch die EU

Von Alexandra Dienes

15.07.2024



Bauarbeiten in Saporischschja im Südosten der Ukraine.- picture alliance / Photoshot

Die westliche Unterstützung der Ukraine, den Krieg zu gewinnen, geht Hand in Hand mit der Hilfe zum Wiederaufbau. Die ersten Schritte sind bereits im Gange, wie die jüngste Ukraine Wiederaufbaukonferenz in Berlin gezeigt hat. Für europäische Politiker ist der Wiederaufbau wichtig, nicht nur um die Resistenz der Wirtschaft und Gesellschaft während des Krieges zu sichern. Er wird mit Blick auf die langfristige Entwicklung der Ukraine und den EU-Beitrittsprozess geplant und wird daher als eine Investition in die Stabilität und Sicherheit Europas betrachtet.

Das Ausmaß der Kriegszerstörung und des Finanzbedarfs ist enorm und nimmt zu, je länger der Krieg dauert. Die Schätzungen der Weltbank belaufen sich auf etwa 500 Milliarden US-Dollar – das entspricht dem Bruttoinlandsprodukt Österreichs und ist mehr als das Dreifache der ukrainischen Wirtschaftsleistung vor dem Krieg. Nicht nur Städte und Infrastruktur wurden beschädigt, auch die Risiken für Unternehmen und Investoren sind sehr hoch. Dies stellt den ukrainischen Staat und seine internationalen Verbündeten vor eine große finanzielle Herausforderung.

Die ukrainische Kriegswirtschaft ist extrem abhängig von externer Unterstützung. Ein Großteil der derzeitigen und künftigen finanziellen Zusagen kommt nicht in Form von Zuschüssen, sondern Krediten. Diese müssen zurückgezahlt werden und tragen zu einer steigenden Staatsverschuldung bei. Bereits heute schuldet der ukrainische Staat 70 Prozent seiner Schulden ausländischen Gläubigern. Im August läuft ein zweijähriger Zinszahlungsstopp aus. Die westlichen Gläubigerstaaten, darunter Deutschland und die USA, haben einer Verlängerung des Schuldenmoratoriums bis 2027 zugestimmt. Dagegen drängen private Gläubiger (darunter der weltgrößte Vermögensverwalter BlackRock), die rund ein Fünftel der ukrainischen Schulden halten, zur Wiederaufnahme der Zinstilgung.

Die Ukraine kann versuchen, die Schulden umzustrukturieren oder den Zahlungsstopp zu verlängern. Ansonsten droht die Staatspleite. Geberinstitutionen wie der IWF haben bereits erkannt, dass eine untragbare Verschuldung und die resultierende Austeritätspolitik die Gefahr bergen, Menschen zu schaden und Wirtschaftswachstum zu ersticken. Ein Schuldenerlass muss daher schon zu Beginn des Wiederaufbaus ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Ein möglichst großer Teil der künftigen Finanzhilfe sollte in Form von Zuschüssen geleistet werden.

Der Wiederaufbau der Ukraine muss sich auf die Menschen und die entscheidenden Bereiche einer stabilen, widerstandsfähigen Gesellschaft konzentrieren – Bildung, Kinderbetreuung, soziale Sicherheit und Gesundheitsversorgung. Außerdem sind Kinderbetreuung und Bildung wichtig für die Eingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt, die bisher unbezahlte Betreuungsarbeit leisten und nicht auf dem Arbeitsmarkt verfügbar sind. Investitionen in den sozialen Wohnungsbau werden angesichts des Ausmaßes der Zerstörung von Wohnhäusern durch russische Bombenangriffe unverzichtbar sein. Insgesamt sind staatliche Ausgaben im sozialen Bereich eine lohnenswerte Investition mit einem Multiplikatoreffekt, der die Binnennachfrage ankurbelt und zu einer stabilen, widerstandsfähigen Gesellschaft beiträgt, die den Kern eines erfolgreichen Wiederaufbaus bildet.

Ausländische Geber und Investoren sollen bei der Mittelvergabe lokale Unternehmen bevorzugen.

Die Menschen werden bei den Wiederaufbaubemühungen eine entscheidende Rolle spielen. Mehr als sechs Millionen Bürgerinnen und Bürger haben die Ukraine verlassen, was zu einem Rückgang der Erwerbsbevölkerung um zwölf Prozent geführt hat. Für diejenigen, die eine Rückkehr in Betracht ziehen, wird nur ein sozial stabiles Land attraktiv sein. Es werden zwar Garantien für Unternehmen, die in der Ukraine investieren, diskutiert, jedoch gibt es keine solche Diskussion über Garantien für Rückkehrer. Angesichts einer schrumpfenden Bevölkerung braucht die Ukraine dringend sowohl Soldaten als auch Arbeitskräfte. Hunderttausende von Menschen, meist Männer, dienen in der Armee und stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, die meisten Unternehmen leiden deshalb unter Personalmangel. Gleichzeitig ist etwa die Hälfte der Erwerbsbevölkerung nicht erwerbstätig. Viele Männer nehmen keinen Job an, aus Angst, eingezogen zu werden.

Der Wiederaufbau sollte mit Blick auf eine moderne, grüne Transformation geplant werden, um die ukrainische Wirtschaft nachhaltig zu machen und die Anpassung an den Green Deal der EU zu erleichtern. Wichtig sind Investitionen in saubere Energien sowie Dezentralisierung der Energieerzeugung (größere Anzahl kleinerer Kraftwerke), damit sie weniger anfällig für russische Bombenangriffe werden. Ausländische Geber und Investoren könnten ukrainischen Unternehmen helfen, indem sie modernste emissionsfreie Technologien mitbringen.

Im Zuge des Krieges haben die ukrainischen Unternehmen in den meisten Sektoren Marktanteile an Konkurrenten aus der EU verloren. Diese Entwicklung ist nicht überraschend für eine Marktwirtschaft unter Kriegsbedingungen. Um den Wiederaufbau sozial gerecht zu gestalten, müssen die ukrainischen Unternehmen jedoch bevorzugt werden. Daher sollte die Wiederbelebung der ukrainischen Industrie Staatsaufgabe Nummer eins werden, dem Motto folgend „build back better made in Ukraine“. Wenn der Staat den einheimischen Unternehmen regelmäßig Aufträge erteilt (sowohl im Verteidigungs- als auch im zivilen Sektor) und sie mit Subventionsprogrammen unterstützt, kurbelt er das Binnenwachstum an, schafft Arbeitsplätze und hilft dem Privatsektor, die Kriegsschocks zu bewältigen.

Ausländische Geber und Investoren sollen bei der Mittelvergabe lokale Unternehmen bevorzugen und sie zu Hauptauftragnehmern machen. Es sollten so viele Waren wie möglich von ukrainischen Herstellern bezogen werden. Ausländische Unternehmen müssen angeregt werden, die Lokalisierung voranzutreiben und Joint Ventures mit ukrainischen Unternehmen zu gründen. Möglichst viele Mittel sollten an kleine und mittelständische Unternehmen fließen. Ukrainische Firmen verfügen über Produktionskapazitäten (Zement und Stahl) in Sektoren, die am dringendsten wiederaufgebaut werden sollen, zum Beispiel Wohnungsbau und Infrastruktur.

Ukrainische Unternehmen sind auch in der Verteidigungs-, Lebensmittel-, Bekleidungs- und Medizinbranche wettbewerbsfähig. Lokale Auftragsvergabe und Lokalisierung werden die Binnennachfrage anregen, Arbeitsplätze schaffen und einige Rückkehrer anziehen. Dies wird zu einem nachhaltigeren Wachstum führen, da das Geld in der Ukraine verbleibt und nicht über ausländische Auftragnehmer das Land wieder verlässt, die mitunter mit ausländischen Arbeitskräften und importierten Baumaterialien arbeiten.

Der Aufbau von Kapazitäten in den lokalen Verwaltungen kann die Eigenverantwortung vor Ort fördern.

Es gibt Befürchtungen, dass, wenn die Ukraine ihre Industrie wiederaufbaut, sie zu einem Konkurrenten für die EU wird. Das mag kurzfristig der Fall sein, ist aber langfristig vom Vorteil. Der Marshallplan nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglichte den Aufstieg der europäischen Industrie, die zu einem Konkurrenten der amerikanischen Industrie wurde. Langfristig jedoch profitierten die USA von einem wirtschaftlich starken Europa, so wie die EU von einer starken ukrainischen Wirtschaft profitieren wird. Im Großen und Ganzen muss die ukrainische Regierung ein Gleichgewicht zwischen Protektionismus und Öffnung hin zu einem liberalisierten EU-Markt finden. Die EU sollte wiederum einen Weg finden, um die Verlierer zu entschädigen (die Proteste der polnischen und französischen Bauern lassen zukünftige Verteilungskonflikte erahnen).

Der Wiederaufbau erfordert eine strategische Planung sowie Koordinierung der Geber. Eine eigens dafür eingerichtete nationale Entwicklungsagentur könnte den Wiederaufbau mit dem EU-Beitritt in Einklang bringen und sicherstellen, dass die Mittel tatsächlich die Menschen erreichen. Wenn viel Geld ins Land fließt, wird die Fähigkeit des Staates, die Mittel zu absorbieren, gefordert. Ein Teil der ausländischen Hilfe für die Ukraine sollte sich daher auf Kapazitätsentwicklung der Mitarbeiter konzentrieren, damit die Entwicklungsagentur in der Lage ist, große Geldbeträge zu absorbieren, bei Bedarf ausländisches Kapital und Know-how anzuziehen und schließlich Großprojekte zu planen, durchzuführen und zu überwachen.

Um die Koordinierung zu erleichtern, sollten die Geber erwägen, mehr Hilfe über multilaterale Kanäle (EU oder Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) statt über bilaterale Kanäle zu leisten. Eine Vielzahl bilateraler Projekte mit ihren jeweiligen Anforderungen könnten die ausführenden Behörden vor Ort überfordern, sodass sie im schlimmsten Fall davor zurückschrecken, das Geld überhaupt abzurufen. Die Zeit ihrer Mitarbeiter sollte in erster Linie für die Projektplanung und -durchführung genutzt werden und nicht für die Verwaltung der Hilfgelder.

Der Aufbau von Kapazitäten in den lokalen Verwaltungen kann die Eigenverantwortung vor Ort fördern und die Umsetzung erleichtern. Da staatliche Großaufträge sehr korruptionsanfällig sind (dies betrifft sowohl ukrainische als auch ausländische

Unternehmen), wird die Korruptionsbekämpfung weiterhin zentral sein. Die Regierung Selenskyj hat sie zu Recht priorisiert und sollte von den internationalen Partnern unterstützt werden.



Alexandra Dienes
Wien

Dr. Alexandra Dienes ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden der Friedrich-Ebert-Stiftung in Wien.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/lohnenswerte-investition-7644/?utm_campaign=de_40_20240716&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Keine Berichte

Frankreich (Seiten E 136 bis E 149)

01) Prof. Kerber zur Wahl beim Nachbarn

wertebundpreussen@web.de So., 14. Juli, 10:42

Werte Damen und Herren,

hier ein Link zu Prof. Kerber:

[Große Probleme nach der Frankreich Wahl - tv.berlin Spezial \(youtube.com\)](https://www.youtube.com/watch?v=ScIJ4DQNuz8)

Wünsche Ihnen einen schönen Sonntag

Ihr

Steffen Bender

Bereich mit Anhängen

[Vorschau für YouTube-Video "Große Probleme nach der Frankreich Wahl - tv.berlin Spezial" ansehen](https://www.youtube.com/watch?v=ScIJ4DQNuz8)



<https://www.youtube.com/watch?v=ScIJ4DQNuz8>

Große Probleme nach der Frankreich Wahl - tv.berlin Spezial

tv.berlin
Die Hauptstadt

[tvberlin](https://www.youtube.com/channel/UC...)

236.000 Abonnenten

14.457 Aufrufe vor 2 Wochen

"Frankreich steht vor großen Problemen", prognostiziert Frankreich Kenner Prof. Dr. Markus Kerber von der TU Berlin mit Wohnsitz in Berlin und Paris. Die drei Gruppen, die sich am 7.7. zur Stichwahl zusammengefunden hatten und erfolgreich im Kampf gegen die Rechten waren, sind sich untereinander ...

92 Kommentare

Seite E 137 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

[@user-ss2dd2el2p](#)

[vor 2 Wochen](#)

Ich fahre seit 40 Jahren nach Frankreich, um wie es Hr. Kerber sagt: "Die Reize des Landes" zu erkunden. Niemals habe ich antideutsche Vorbehalte verspürt. Das Antideutsche begegnet mir tagtäglich in meinem "Heimatland" (Darf man das noch sagen???)

U

[@1968konrad](#)

[vor 2 Wochen \(bearbeitet\)](#)

Die Antideutschen wähne ich eher in Teilen im eigenen deutschen System; Parteien, Verbände, Kirchen, Ngo, Institute hierzulande. In Frankreich haben mich Franzosen immer wieder entsetzt auf Merkels Migrationspolitik angesprochen.

M

[@Schlaubischlau](#)

[vor 2 Wochen](#)

Wenigstens mal ein intelligentes Gespräch.

M

[@montecarlokarina8400](#)

[vor 2 Wochen](#)

Miteinander reden? Damit sind argumentationslose flache "Politiker" völlig überfordert .Darum werden Ausgrenzungen, Diffamierungen Brandmauern u.ä.erfunden?

A

[@axelowell4084](#)

[vor 2 Wochen](#)

Ampel Pathologie. Großartig!



[@tannenherz](#)

[vor 2 Wochen](#)

Hi, Rechtsradikale und Linksbündnis. Genauso könnte man von Linksradiakalen und einem Rechtsbündnis sprechen! Freundlichst Fiete

B

[@brigittekleine-wolters4357](#)

[vor 2 Wochen](#)

Gutes Gespräch, danke. Mal Frankreich aus "ehrlicher Sicht".

A

[@andreaswiegert7749](#)

[vor 2 Wochen](#)

Sehr informativ. Ich schätze den Hr. Prof. Kerber sehr. Er redet Klartext und eiert nicht rum. Danke an ihnen Beiden

U

[@1968konrad](#)

[vor 2 Wochen](#)

Hoffentlich können wir von Prof. Kerber mehr hören, auch an prominenterer Stelle und Konzeptionen.



[@bernhardwinkelmann8046](#)

[vor 2 Wochen](#)

sehr gute Analyse

H

[@user-og8md4ry6p](#)

[vor 2 Wochen](#)

ein sehr informatives Gespräch . Danke



[@vollebreitseite4412](#)

[vor 2 Wochen](#)

Geil, mehr von solchen Interviews mit Kennern der Politszene.

A

[@astrideickholt8599](#)

[vor 2 Wochen](#)

Wo ist bei der Wahl der Wählermehrheitswille geblieben?



[@tintom7465](#)

[vor 2 Wochen](#)

Mit dem Scheckheft, durch die Welt!!! Der war gut



[@engelberteidadam1497](#)

[vor 2 Wochen](#)

Kerber wie immer ganz grosse Klasse.



[@robomac2011](#)

[vor 2 Wochen](#)

Besten Dank für Ihren ausgezeichneten, analytischen Beitrag



[@annegretkonopatzki1669](#)

[vor 2 Wochen](#)

Sehr gut !Exquisiter Spezialist !Merci Beaucoup !



[@rudigrosser8077](#)

[vor 2 Wochen](#)

Danke für den Beitrag.



[@hannelorealbrecht2965](#)

[vor 2 Wochen](#)

Man sagte bei uns im Osten: Der Franzose arbeitet um zu leben, der Deutsche lebt um zu arbeiten....scheint ja aktueller denn je....



[@ritadobbrunz1096](#)

[vor 2 Wochen](#)

Deutsche Außenpolitik total inkompetent!!!!



[@merkelyt](#)

[vor 2 Wochen](#)

Der Typ hat was drauf...



[@christelberman8401](#)

[vor 2 Wochen](#)

Seit wann braucht D Aussen- oder Innenpolitische Konzepte? Wir folgen den Vorschlägen unserer Freunde.



[@victornowakowski9163](#)

[vor 2 Wochen](#)

als Franzose bin ich sehr froh aus der EU raus zu fliegen ! au revoir !



[@victornowakowski9163](#)

[vor 2 Wochen](#)

Merci ! D' ailleurs je souhaite à l' Allemagne d' en sortir aussi de l' UE.... vive l' Europe des Nations souveraines !



[@EulennachA](#)

[vor 2 Wochen](#)

Gemeinsame Kasse erzeugt Feindschaft



[@chrisn6884](#)

[vor 2 Wochen \(bearbeitet\)](#)

Ohne das Anhängen von Adjektiven kommt auch dieses Format nicht aus. Lustiges Format



[@klausweithaas-rb5jr](#)

[vor 2 Wochen](#)
Einer der sich endlich auskennt



[@klausweithaas-rb5jr](#)

[vor 2 Wochen](#)

vomRegenindieTraufe



[@user-wf2br5if2p](#)

[vor 2 Wochen](#)

Was verstehen Sie denn unter r e c h t s r a d i k a l ?



[@yukonblogger](#)

[vor 2 Wochen](#)

"Kapitalmärkte nicht bestechlich". Auf welchem Planeten leben die Herren seit 2008?



[@Alexander-hl6dm](#)

[vor 2 Wochen](#)

Ein kleiner Tipp :...man kann wunderbar den Stream mit Geschwindigkeit 2.0 anhören, um Zeit zu sparen, rechts oben auf die Einstellungen drücken..., am besten dann mit Kopfhörern anhören...



[@SunRaIV](#)

[vor 2 Wochen](#)

Niemand hat die Absicht eine Mauer zwischen den Alpen und der Nordsee zu bauen.



[@hunterhayman503](#)

[vor 2 Wochen](#)

Wie soll ich die Aussage, " aber es sind auch 5 Kommunisten in der Volksfront". verstehen ?



[@peterkrause1113](#)

[vor 2 Wochen](#)

Das ist eine sehr interessante Position. Ein Streitgespräch mit Frau Guerot wäre hier sicher hilfreich. Ich denk, sie ist da anderer Meinung.



[@waldemarschaefer3805](#)

[vor 2 Wochen](#)

Zu 99% hat Herr Kerber recht. Leider...



[@1968konrad](#)

[vor 2 Wochen](#)

Nun die Deutschen, auch die deutsche Regierung, kann sehr wohl auch in die französische Öffentlichkeit hereinwirken, das ist auch sinnvoll wenn mir in einer EU leben.



[@axelowell4084](#)

[vor 2 Wochen](#)

Körper weiss halt viel, viel mehr als Brinkmann's sonstige Standard Journalisten Kumpels.



[@Alexander-hl6dm](#)

[vor 2 Wochen](#)

Wie soll Deutschland überhaupt noch finanziert werden?

M

[@mariaoswald5350](#)

[vor 2 Wochen](#)

Bitte nicht dem Interviewten ständig ins Wort fallen, das nervt. Danke.

f

[@frantisekmika4099](#)

[vor 2 Wochen](#)

nur Lüge

U

[@1968konrad](#)

[vor 2 Wochen](#)

Es ist vollkommen richtig daß Deutschland a) berechenbar, ruhig und seriös bleibt egal was passiert und b) man sich allen EU Staaten zuwendet

02) „Im Mitte-links-Lager gibt es große ideologische Gräben“.

Adrienne Woltersdorf aus Paris über die schwierige Regierungsbildung in Frankreich, den Frust der Wähler und Le Pens Chancen 2027

Interview

Die Fragen stellten Alexander Isele und Konstantin Hadzi-Vukovic

09.07.2024



Frankreich feiert den Erfolg über die Rechten.-picture alliance / Anadolu / Luc Auffret

Die Fragen stellten [Alexander Isele](#) und Konstantin Hadzi-Vukovic.

Der erwartete Erfolg des rechtsradikalen Rassemblement National ist ausgeblieben, die Partei wird nur drittstärkste Kraft im französischen Parlament. Wie ist die Stimmung in Frankreich?

Seit gestern Abend muss man sagen: „Es gibt zwei Frankreichs.“ Im Lager der Demokraten herrscht Erleichterung. Die Brandmauer der republikanischen Front, wie sie sich selbst nennt, hat gehalten und das Schlimmste verhindert. Noch am Sonntagmorgen gingen wirklich alle von einem Wahlsieg des RN aus, und dass er eine relative Mehrheit gewinnen würde. Am Abend dann war plötzlich alles anders. Trotzdem: Sehr viele Französisinnen und Franzosen haben für den Rassemblement National gestimmt, rund 10,6 Millionen Wähler im ersten Wahlgang. Bei ihnen ist die Enttäuschung groß. Der RN und seine verbündeten Parteien kamen auch in der zweiten Wahlrunde mit 37 Prozent auf den höchsten Zustimmungswert, erhielten aber nur 21 Prozent der Sitze im Parlament. Das französische Mehrheitswahlsystem verzerrt hier die Kräfteverhältnisse. Da sich Kandidatinnen und Kandidaten aus dem demokratischen Lager für besser geeignete Konkurrenten zurückzogen, wurde die Partei Le Pens schließlich nur dritte Kraft im Parlament.

Verdeckt dies den Rechtsruck im Land?

Ja, eindeutig. Mit Verhältniswahlrecht hätte der Rassemblement National die meisten Sitze erhalten. Dieses zweistufige Wahlsystem in Frankreich ist auf Stabilität ausgerichtet und verhindert, dass Extreme an die Macht kommen. Doch es sorgt auch seit vielen Jahren

zunehmend für enorme Frustrationen in der Wählerschaft. Bei RN-Fans, weil die Partei nicht gewinnt. Und bei Demokratinnen und Demokraten, weil sie, um Schlimmeres zu verhindern, Wahl um Wahl für Kandidatinnen und Kandidaten stimmen sollen, die nicht wirklich ihre Ansichten repräsentieren. Das ist ein Grundproblem der französischen Demokratie und wird nun sicherlich wieder zu einer breiten Debatte führen. Doch kaum ein Projekt ist so oft angekündigt worden wie die notwendige Verfassungsänderung hin zu einem Verhältniswahlrecht. Und kein Projekt ist so oft vergessen worden, kaum war jemand im Amt.

Koalitionen sind in Frankreich eher ungewöhnlich und die Regierungsbildung wird schwierig. Droht Frankreich der Stillstand?

Der französische Parlamentarismus erschwert Koalitionen. Mit drei mehr oder weniger gleich großen Blöcken, also Links, Mitte und Rechtsaußen, kommt eine schwere Zeit auf Frankreich zu. Das Rassemblement wird viele Gesetzesvorhaben verhindern oder zumindest beeinflussen können. Und im Mitte-links-Lager gibt es große ideologische Gräben. Die große Frage lautet: Wie kann unter diesen Umständen eine künftige Regierung überhaupt effizient funktionieren? Der Präsident hätte schon nach seiner Wiederwahl 2022 und dem damals erfolgten Verlust seiner absoluten Mehrheit im Parlament die Gelegenheit für eine Koalition nutzen können. Aber er besteht darauf, mit seinem eigenen Programm zu regieren. Man fragt sich, ob er überhaupt das Talent für politische Verhandlungen und Kompromisse hat. Gesehen hat man es noch nicht.

Teile seines Parteienbündnisses Ensemble haben bereits die Zusammenarbeit mit Jean-Luc Mélenchon ausgeschlossen, dessen La France Insoumise bei den Wahlen als stärkste Kraft aus der Nouveau Front populaire hervorgegangen ist. Wie werden die beiden Blöcke zusammenarbeiten können?

Beide, sowohl Jean-Luc Mélenchon als auch das Macron-Lager, haben kurz nach Schließung der Wahllokale wissen lassen, dass sie nicht miteinander koalieren werden. Aus dem Linksbündnis hört man, dass man nur entlang des eigenen Programms regieren wolle. Das deutet gegenwärtig eher auf die Fortsetzung der toxischen Beziehungen hin, die zwischen den Lagern von Macron und Mélenchon existiert. Es geht sicher auch darum, Zeit zum Nachdenken und Taktieren zu gewinnen. Eine gemeinsame Regierung ist gegenwärtig jedenfalls nicht vorstellbar.

Eine gemeinsame Regierung ist gegenwärtig jedenfalls nicht vorstellbar.

Bis jetzt gibt sich die Neue Volksfront, das ad-hoc-Linksbündnis aus Sozialisten, Kommunisten, Grünen und La France Insoumise, noch geschlossen. Doch die Frage ist berechtigt, wie lange das hält. Ideologische Differenzen zwischen den linken Parteien sind deutlich und gute Tradition. In der Vergangenheit kam es schon einmal zum Bruch des vorhergehenden Linksbündnisses NUPES.

Was sind die Bruchlinien innerhalb der Nouveau Front populaire?

La France Insoumise fährt zum Beispiel einen israelkritischen, europakritischen, NATO-kritischen Kurs, der nicht kompatibel ist mit den Positionen der Parti Socialiste. Vor allem haben Mélenchons starke Kritik an Israel und seine propalästinensische Haltung so stark polarisiert, dass es zum offenen Bruch kam. Bei der Wahl zum EU-Parlament sind deshalb auch viele Wählerinnen und Wähler von Mélenchons Partei zu den Sozialisten gewechselt.

Für das Wahlprogramm des Linksbündnisses musste sich Mélenchon von diesen Positionen verabschieden. Trotzdem herrscht Misstrauen, zumal Mélenchon in der Vergangenheit nicht gerade durch besondere Teamfähigkeit aufgefallen ist.

Was bedeutet das Ergebnis für Europa?

Macron wird seine proeuropäische Politik weiterführen können, er bleibt ja der sehr mächtige Präsident. Die Verluste seiner Partei Ensemble – sie ist nur noch zweitstärkste Kraft im Parlament – schwächen ihn zwar, aber seine Europapolitik, seine Haltung zur NATO und zur Ukraine wird das nicht verändern. Er wird dies auch weiterhin im Europarat vertreten.

Frankreich bleibt zunächst ein stabiler Partner.

Für die EU und auch für Deutschland bedeutet das: Frankreich bleibt zunächst ein stabiler Partner. Es ist nicht zu erwarten, dass von der Linken auf europäischer Ebene massive Störmanöver ausgehen werden, auch wenn sie in einigen Punkten wie „Nein zur Schuldenbremse“ und „Nein zu Freihandelsverträgen“ nicht mit Macron übereinstimmen. Auch links der Mitte ist man mehrheitlich an stabilen Beziehungen zu den internationalen Partnern interessiert, auch wenn das nicht unbedingt für La France Insoumise gilt. Israel und die Gaza-Frage könnten allerdings zum Stolperstein werden. Das wird sicherlich scharf beobachtet werden.

2027 darf Macron nicht mehr antreten, sein Parteienbündnis wurde schwer gedemütigt. Die Vereinigte Linke ist stärkste Kraft und auch Le Pen hat bereits angekündigt, den Blick nach vorne zu werfen. Werden die Karten für die Präsidentschaftswahlen neu gemischt?

Ja und Nein. 2026 sind Kommunalwahlen in Frankreich, da wird es einen Vorgeschmack geben, wie stark der RN dann an der Basis ist. Es ist beunruhigend, dass es im Macron-Lager keine geeigneten Kandidaten oder Kandidatinnen für seine Nachfolge zu geben scheint und man beim Linksbündnis erst sehen muss, wer dort den Ton angeben kann. Präsidentschaftswahlen laufen in Frankreich nach anderen Spielregeln ab. Aber der RN hat sehr gute Aussichten, dann endgültig die Macht zu erlangen – wenn Macron und die Pariser Politik nun einfach so weiter vor sich hin regieren wie bisher. Die Demokraten dürfen jetzt nicht enttäuschen.

Erwartungen, die das Linksbündnis geschürt hat, müssen angegangen werden. Das wird nicht leicht. Zum Beispiel die Rücknahme der sozialen Härten, die Macron Frankreich verordnet hat, sowie eine Erhöhung des Mindestlohns, Preisdeckelung bei Lebensmitteln und anderes. Die soziale und wirtschaftliche Lage vieler Französinen und Franzosen muss verbessert werden, sonst wird es 2027 unmöglich, die insgesamt frustrierten Wähler noch einmal mit der Drohung des Untergangs an die Urnen zu locken. Da darf sich jetzt keine Sekunde auf dem Erfolg vom Sonntag ausgeruht werden.



Adrienne Woltersdorf
Paris

Adrienne Woltersdorf leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris. Sie war Leiterin der Stabsstelle Kommunikation der FES und des Büros für Regionale Kooperation in Asien mit Sitz in Singapur sowie des FES-Büros in Afghanistan. Vorher hatte sie acht Jahre lang für die *taz* aus Washington und Berlin berichtet.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/im-mitte-links-lager-gibt-es-grosse-ideologische-graeben-7637/?utm_campaign=de_40_20240709&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Tortur de France.

Nach dem zweiten Wahlgang der französischen Parlamentswahlen könnte es zum Eklat kommen. Muss Macron abtreten?

Von Landry Charrier

04.07.2024



Bouzas Angeknockt und angezählt: Kann sich Frankreichs Präsident Emmanuel Macron im Amt halten? - *picture alliance / Hans Lucas | Xose*

Eigentlich fing die Misere bereits zu Beginn des Jahres an. Die Partei des französischen Präsidenten Emmanuel Macron *Renaissance* war auf der Suche nach einem Spitzenkandidaten für die Europawahl, doch es fand sich keiner: „Sie hatten alle große Angst davor, eine herbe Niederlage einzustecken“, sagte ein Kollege der *Sciences Po*

Strasbourg. Im Februar kursierten Gerüchte, der ehemalige Außenminister Jean-Yves Le Drian würde es machen, er genieße die Unterstützung des Präsidenten. Daraus wurde jedoch nichts, wahrscheinlich weil der 76-jährige Le Drian als zu alt galt.

Dann eskalierten auf Frankreichs Straßen die Bauernproteste. Die rechtsextreme Partei *Rassemblement National*, die sich schon immer als bauernnah ausgegeben hatte, machte daraus ein zentrales Wahlthema und setzte ihre Konkurrenten unter Zugzwang. Das Präsidentenlager erkannte den Ernst der Lage und einigte sich in aller Eile auf Valéry Hayer als Spitzenkandidatin. Die Europaabgeordnete und Vorsitzende der Fraktion *Renew Europe* im Europäischen Parlament, die als Tochter eines Bauern aufwuchs, schien eine geeignete Kandidatin zu sein, Jordan Bardella, dem rhetorisch gewandten Shooting-Star des *Rassemblement National*, die Stirn zu bieten. In einem Land, in dem die Politik sich vor allem um starke Persönlichkeiten dreht, vermochte Hayer es jedoch nicht, sich Gehör zu verschaffen. Das Feld dominierte stattdessen Bardella.

Das Ergebnis kennen wir: Das Präsidentenlager erhielt mit 15 Prozent nur halb so viele Stimmen wie der *Rassemblement National* und landete auf Platz 2, nur knapp vor den wiedererstarkten Sozialisten um Raphael Glucksmann. Ob ein Schwergewicht wie Jean-Yves Le Drian die Niederlage hätte abwenden können, ist mehr als fraglich. Dafür ist der von der Linken und Rechten geschürte Hass auf den ohnehin schon unbeliebten Präsidenten zu stark. Le Drian wäre aber durchaus in der Lage gewesen, den Aufprall abzufedern, zum Beispiel in der Bretagne, einer Region, in welcher er sich nach wie vor hoher Beliebtheitswerte erfreut und die am 9. Juni dunkelblau geworden ist. Dann wäre vielleicht alles anders gekommen. Nur, die Geschichte nahm eine andere Wendung: Emmanuel Macron, der im Wahlkampf gebetsmühlenartig wiederholt hatte, die Europawahl werde keine Folgen für die nationale Politik haben, löste überraschend das Parlament auf und setzte Neuwahlen an. Der Schock saß tief.

Die Erstreaktion: Macron sei in die Falle getappt, die ihm der *Rassemblement National* gestellt habe. Doch wer Macron kennt, weiß: Der Präsident ergreift lieber eine Initiative zu viel als eine zu wenig. Die Regierung wäre ohnehin im Herbst bei den Verhandlungen über den Haushalt 2025 gestürzt, erklärte er letzte Woche in einem offenen Brief an die Franzosen. Damit hat er zwar recht. Ob der Zeitpunkt für die Auflösung der richtige war – darüber lässt sich allerdings streiten. Präsident Jacques Chirac, der im April 1997 als Reaktion auf die miesen Umfragewerte seiner Partei das Parlament aufgelöst hatte, konnte damals auf der Welle der Begeisterung reiten, die das Land nach dem Sieg Frankreichs bei der Fußballweltmeisterschaft erfasste. Nicht dass Macron bei einem erfolgreichen Abschneiden Frankreichs bei der EM oder den Olympischen Spielen das Blatt hätte wenden können, die Ausgangsbedingungen wären jedoch sicherlich nicht so schlecht gewesen wie jetzt – da die Dynamik eindeutig beim *Rassemblement National* liegt. Ein Verschieben des Unausweichlichen hätte dem stark verunsicherten Land allerdings eine dringend benötigte Verschnaufpause gewährt.

Der Präsident ergreift lieber eine Initiative zu viel als eine zu wenig.

Nun braucht die Partei von Marine Le Pen und Jordan Bardella nur noch auf Kontinuität zu setzen: Die Franzosen kennen sie ja schon. Während die anderen Parteien damit beschäftigt waren, sich neu zu ordnen, konnten Le Pen und Bardella sofort loslegen. Das verschafft der Partei einen erheblichen Vorteil. Zwischen dem 10. und dem 29. Juni erlebten wir einen von Intrigen und Wendungen geprägten Wahlkampf – „einen Ball der Verrückten“, wie ein Analyst auf X schrieb –, der am Ende das bestätigte, was wir schon lange ahnten: Mit 29,26 Prozent und 9,38 Millionen Stimmen – einem Plus von 6,4 Millionen im Vergleich

zu 2022 – hat sich der *Rassemblement National* landesweit etabliert. Die historische Wahlbeteiligung (67,5 Prozent) gibt diesem Ergebnis eine unumstrittene Legitimität. Sie ist ein Zeichen dafür, dass viele Franzosen auf einmal wieder das Gefühl gehabt haben, sie werden als Wähler ernst genommen.

Das war seit der Parlamentswahl 2002 nicht mehr der Fall gewesen. Ein Jahr zuvor, 2001, hatte Premierminister Lionel Jospin den „Wahlkalender“ umdrehen lassen, in der Hoffnung, im Jahr danach davon zu profitieren. Von nun an sollte die Parlamentswahl unmittelbar nach der Präsidentschaftswahl abgehalten werden. Das Ziel: dem Präsidenten die Mehrheit zu geben, auf die er angewiesen ist, um sein Programm umzusetzen. An sich keine schlechte Idee, denn die Kohabitation zwischen Chirac und Jospin hatte schnell ihre Grenzen erreicht und bei vielen den Eindruck erweckt, das Land habe sich in eine Sackgasse manövriert, es sei *bloqué*.

Der Nachteil: Die Reform brachte eine noch größere Machtkonzentration mit sich – das Mehrheitswahlrecht tat sein Übriges. Macron nutzte dies voll und ganz: [Gaullismus](#) à l'état pur! Zwischen 2017 und 2022 versprach er zwar immer wieder, das Wahlrecht zu reformieren – darüber wird eigentlich seit François Mitterrand diskutiert –, ließ seinen Ankündigungen aber keine Taten folgen. Das verstärkte den Frust, das Gefühl, nicht wahrgenommen zu werden – vor allem in der *Province* –, und war am Ende Wasser auf den Mühlen der Extremisten. Auch das ist eine Lehre aus der Krise, die das Land aktuell durchmacht: Das Verhältniswahlrecht muss kommen, und zwar schnell.

Spätestens beim Haushaltsbeschluss im Herbst dürfte die Situation unerträglich werden.

In seinem Brief an die Franzosen räumte Emmanuel Macron ein, dass sich die Art des Regierens nach der Wahl „grundlegend ändern“ müsse. Ob er dabei die Einführung des Verhältniswahlrechts im Blick hatte? Auffallend ist in diesem Zusammenhang die Position des *Rassemblement National*: Die Partei, die sich gerne mit der Wahlparole „Dem Volk eine Stimme geben“ brüstet, spricht nicht mehr davon, seitdem die Macht in greifbare Nähe gerückt ist. Auch das verspricht nichts Gutes. Denn ein Wahlsieg der Rechtsextremisten am 7. Juli ist möglich, auch wenn die Bildung einer breit aufgestellten „Republikanischen Front“ diesen weniger wahrscheinlich gemacht hat.

Sollte der *Rassemblement National* eine absolute Mehrheit erringen, käme es zu einer „Cohabitation“ mit Jordan Bardella. Die Machtaufteilung zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister ist in einer „Cohabitation“ kompliziert – die Verfassung liefert hier nur einige Leitplanken. Alles andere muss von Fall zu Fall verhandelt werden. Mit Jacques Chirac (1986–1988), Édouard Balladur (1993–1995) und Lionel Jospin (1997–2002) ist dies einigermaßen zivil abgelaufen, unter einem Premierminister Bardella dürfte dies jedoch nicht der Fall sein.

Doch was, wenn keiner der drei Blöcke (Neue Volksfront, Mitte, *Rassemblement National*) die absolute Mehrheit bekommt? In diesem Szenario – das wahrscheinlichste – könnte es zur Bildung einer Expertenregierung kommen. Der nächste große Eklat wäre vorprogrammiert. Spätestens beim Haushaltsbeschluss im Herbst dürfte die Situation unerträglich werden. Eine Auflösung des Parlaments käme allerdings nicht infrage. Die Verfassung ist an dieser Stelle eindeutig: Laut Artikel 12 geht dies nur einmal im Jahr. Was dann? Müsste der Präsident abtreten und Neuwahlen ansetzen? Dies ist nicht auszuschließen, denn der Druck auf ihn dürfte in diesem Fall massiv zunehmen.

Marine Le Pen hat bereits angekündigt, dass sie auf dieses Szenario hinarbeiten werde. Die Linksradi-kalen von *La France Insoumise* – heute Teil der Neuen Volksfront – würden sicherlich mitziehen. Frankreich steuert auf schwere Zeiten zu. Das gehört zu den wenigen unumstrittenen Wahrheiten, über welche wir – Stand heute – verfügen.



Landry Charrier
Clermont-Ferrand/Bonn

Landry Charrier ist Mitglied der CNRS-Forschungseinheit SIRICE an der Universität Sorbonne, *Associate Fellow* am *Global Governance Institute* Brüssel sowie am *Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies* in Bonn. Zudem ist er Co-Produzent des [Frankreich-Podcasts Franko-viel](#) und Leiter der deutsch-französi-schen Zeitschrift [dokdoc](#).

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/tortur-de-france-7625/?utm_campaign=de_40_20240705&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Großbritannien (Seiten E 150 bis E 153)

01) Experiment gescheitert.

Die populistische Regierungszeit der Tories endet mit einer historischen Klatsche. Doch auch für Labour wird es trotz Erdrutschsieg nicht einfach

Von Michèle Auga

05.07.2024



Totengräber der Tories? Ex-Regierungschefs Truss, Sunak und Johnson.- _
picture alliance / empics | Jonathan Brady

Großbritannien hat gewählt. Noch vor Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses ist klar: Die *Labour Party* unter Keir Starmer hat einen historischen Sieg errungen und wird aller Voraussicht nach über 400 der 650 Sitze im Unterhaus zugesprochen bekommen. Eine satte Mehrheit. Die Konservative Partei ist dagegen unter der Wucht der Gegenstimmen völlig zusammengebrochen. Im Vergleich zur letzten Wahl 2019 verlor sie rund 20 Prozentpunkte und muss zukünftig auf der Oppositionsbank Platz nehmen.

Bis zu 15 Prozent verloren die *Tories* dabei an die ehemalige Brexit-Partei *Reform UK*. Das bewusst späte Auftreten Nigel Farages, der erst 14 Tage nach Beginn der Kampagne in das Rennen einstieg, spaltete das populistische Lager, kostete die *Tories* weitere Stimmen und hat den Populismus in Großbritannien damit bis auf Weiteres in seine Schranken verwiesen. Er ist kanalisiert und mit vier Sitzen der *Reform UK*-Partei und einigen verbleibenden rechtspopulistischen Stimmen bei den *Tories* wie der ehemaligen Innenministerin Suella Braverman in einer neuen Rumpf-*Tory*-Fraktion eingeehgt. Nigel Farages Partei wird jedoch ein populistischer Stachel im Fleisch der *Tories* bleiben. Aber auch für die *Labour Party* bleibt seine Bewegung, die aus dem Stand beinahe 15 Prozent der Stimmen holen konnte, eine Herausforderung.

Vom Norden bis in den Süden Englands, in Wahlkreisen wie North Shropshire oder South Swinden, in denen traditionell konservativ gewählt wurde, erzielte *Labour* zum Teil bis zu 20 Prozentpunkte Vorsprung. Zudem gaben in manchen dieser Wahlkreise taktisch wählende

Seite E 151 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme den Liberaldemokraten, die mit rund zwölf Prozent der Stimmen über 70 Sitze gewinnen konnten. Bestätigt wird der Trend in Schottland. Die eher im linken Spektrum anzusiedelnde, aber nicht weniger populistisch agierende Schottische Nationalpartei hat das Leben der Menschen nördlich des Hadrianswall in 17 Jahren Regierungszeit nicht verbessern können, sondern sich mit einem Korruptionsskandal diskreditiert. Sie erhielt unter drei Prozent aller landesweit abgegebenen Stimmen und verliert in Westminster fast 40 Sitze. Auch Schottland vertraut nun wieder der *Labour Party*.

Wie in einem Lehrbuch hatten die *Tories* und mit ihr die britische Demokratie seit 2010 eine stetige und graduelle Entwicklung hin zum Populismus durchlaufen. Entstehung einer Bewegung (Brexit) als Produkt einer Modernisierungskrise? Check. Eine gestörte soziale Balance? Check. Instrumentalisierung von „Identität“ als Schlüsselthema? Check. Allen Populisten in Europa gemeinsam ist ihre Abwehrhaltung gegenüber der europäischen Integration. Seit der Regierungsübernahme der *Tories* 2010, nur zwei Jahre nach der Finanz- und Eurokrise wurde „die EU“ auch in Großbritannien zum wichtigsten Anti-Thema der Rechts-, aber auch Linkspopulisten wie Jeremy Corbyn.

Das Mehrheitswahlrecht im Vereinigten Königreich schafft andere Voraussetzungen

Die Auswirkungen der auf die Krise folgenden Austerität, der verpasste Strukturwandel im Norden und die negativen Folgen der Globalisierung wie die steigende Lohnkonkurrenz ließen sich perfekt instrumentalisieren, um gegen „das Establishment“ in London oder Brüssel zu mobilisieren. Immer wieder legten die konservativen Regierungschefs Boris Johnson, Liz Truss und auch Rishi Sunak den Finger in die Wunde und unterstrichen die vermeintlich verlorenen Handlungsspielräume des ehemals souveränen Staates, bis sich Teile der Gesellschaft tatsächlich nicht mehr ausreichend repräsentiert fühlten. Das britische Engagement auf der supra- und transnationalen Ebene wurde nicht als Gewinn-, sondern als Verlustrechnung aufgemacht. Demokratische Kontrolle sollte wieder ausschließlich im nationalstaatlichen Rahmen ihren Platz einnehmen. In dieser Frage war man sich sogar mit Teilen der *Labour Party* einig. Bis heute hat die EU tatsächlich keine Antwort auf diese Repräsentationslücke gefunden.

Sunak, dem Letzten in der Riege dieser Tory-Ära, fehlte das Charisma, das eine populistische Bewegung benötigt. Dennoch bediente er das Narrativ, die *Tories* seien eigentlich eine Anti-Parteien-Kraft. Als er – trotz der 14 Jahre Regierungszeit seiner Partei – mit dem Motto des „Wandels“ antrat, kam der Populismus-Motor zum Stehen.

Im Unterschied zu Deutschland, durchlief das Vereinigte Königreich keine der üblichen Strategiephasen der anderen etablierten Parteien wie die strikte Ausgrenzung, thematische oder rhetorische Anpassung oder gar förmliche Zusammenarbeit in Koalitionen. Das Mehrheitswahlrecht im Vereinigten Königreich schafft andere Voraussetzungen. Das populistische Experiment wurde vom Anfang bis zum bitteren Ende durchlaufen und mit der Wahl am 4. Juli drastisch beendet. Der Verlust von knapp 250 Sitzen für die Konservative Partei gleicht einer Abrechnung.

Keine andere Strategie hätte den Wählerzuspruch der Populisten auf der Insel dauerhaft sinken lassen können, als der Geschichte ihren Lauf zu lassen. Das System des *First past the post* schafft traditionell andere Klarheiten. Die Bevölkerung hatte eine populistische Partei an die Macht befördert, jetzt hat sie sie abgestraft. Der wirtschaftliche und soziale Schaden jedoch ist immens.

Beide Wahlerfolge, Boris Johnsons Triumph 2019 und Keir Starmer's historischer Sieg 2024 waren Erdbebensiege. Sie wirkten wie ein digitaler Hebel: an – aus. Allerdings war es nicht

das überzeugende Programm der *Labour Party*, das die Menschen bewog, ihr die Stimme zu geben. „Was würden Sie sagen, ist der wichtigste Grund, weshalb sie für Labour stimmen?“, fragte YouGov vor der Wahl. „To get the Tories out“ – um die *Tories* loszuwerden, lautete die überwiegende Antwort der Befragten.

Es bleibt abzuwarten, welchen Weg die „abgestraften“ *Tories* nun einschlagen werden. Gelingt ein Neuaufbau in der Opposition unter den moderaten Kräften wie Jeremy Hunt oder James Cleverly frei nach dem Motto „Zurück zu den Wurzeln“? Oder erliegt man dem „Charme“ eines Nigel Farage und sucht den Schulterschluss mit dem Rechtspopulisten? Die 800 Jahre alte Demokratie des Vereinigten Königreichs hat sich als resilient erwiesen. In den nächsten zehn Jahren wird keiner der Akteure, die für *Broken Britain*, für das „gebrochene Großbritannien“, verantwortlich sind, wieder auf der Regierungsbank Platz nehmen.

Die 800 Jahre alte Demokratie des Vereinigten Königreichs hat sich als resilient erwiesen.

Was bleibt vom populistischen Experiment? Es hat Repräsentationsdefizite in der britischen Politik offengelegt, an denen Keir Starmer's Partei arbeiten muss. Er wird sich nicht ausruhen und darauf vertrauen können, dass eine nachwachsende, vom Brexit enttäuschte und in einem ausgelaugten Staat lebende Jugend einfach darauf vertrauen werde, dass die Dinge irgendwann besser werden. Nicht nur die Konservativen, auch die *Labour Party* waren zu Korrekturen gezwungen und werden dazu beitragen müssen, das System wieder in eine Balance zu bringen.

Nach dem Willen Starmer's, des Anti-Populisten, soll Sachpolitik wieder in den Vordergrund rücken. „Stabilität ist Wandel“, heißt nun das nicht sehr revolutionär klingende Programm. Man wolle „nicht predigen, sondern zuhören“, so Generalsekretär David Evans. Die Menschen müssten „unmittelbar spüren können“, dass eine *Labour*-Regierung „den Unterschied in ihrem Leben“ mache. Nur wenn man das Übel des Populismus an der Wurzel packe, indem man die immensen gesellschaftlichen Probleme löse, könne man erfolgreich sein. Nur durch eine Politik, die den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt stärkt und die das Bedürfnis der Menschen nach Zugehörigkeit und nach einer gemeinsamen Identität ernster nimmt als bisher, könne es gelingen, dem Populismus seine Protestgründe wenigstens teilweise zu entziehen.

Noch nie seit 1908 lag der Stimmenanteil für beide große Parteien so niedrig wie bei dieser Wahl. Diese Warnung muss genügen, um die neue, riesige *Labour*-Fraktion im Parlament aufeinander einzuschwören und Zusammenhalt herzustellen. „Hoffnung“, so Starmer, „Vertrauen“ und „Zuversicht“ seien das, was die Briten jetzt benötigten. Im Vordergrund steht die schnelle Umsetzung von insgesamt fünf „Missionen“: saubere Energie, Kriminalitätsbekämpfung, Bildungsförderung, die Reform des staatlichen Gesundheitsdienstes NHS und – am prominentesten – die Förderung des Wirtschaftswachstums mittels einer grünen Industriestrategie.

Im Vergleich zu dieser historischen Mehrheit kann *Labour* ab jetzt bei jeder weiteren Abstimmung eigentlich nur noch verlieren. Noch immer gilt der neue Premier vielen als langweilig. Vielleicht bedarf es jedoch zukünftig gar keiner emotionalen Ansprache nach dem populistischen Lehrbuch, sondern schlicht Statistiken, die nachweisen, dass *Labour* es besser kann. Eine EU, die ihren Brexit-Phantom-Schmerz überwindet und nicht kategorisch auf einer starren Drittstaaten-Regelung beharrt, sondern angesichts der geopolitischen Lage in Starmer einen strategischen Partner sieht, wäre ihm bei der Bekämpfung des Populismus sicherlich von großer Hilfe.

Der Sieg von Starmer deutet nicht darauf hin, dass es eine langfristige Neuausrichtung gab, sondern darauf, dass die alten Stammesloyalitäten in Großbritannien, wo die Menschen aus Gewohnheit wählen, nicht mehr so stark sind wie früher. Die britischen Wählerinnen und Wähler sind durchaus bereit, Politiker hart zu verurteilen, wenn man sie für gescheitert hält. Ein erdrutschartiger Sieg bei einer Wahl macht eine Niederlage bei der nächsten daher nicht unmöglich.



Michèle Auga
London

Michèle Auga leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung im Vereinigten Königreich und Irland. Zuvor leitete sie die Referate Subsahara-Afrika und Westeuropa/Nordamerika der FES in Berlin sowie die FES-Büros in Mali, den Palästinensischen Gebieten und bei den Vereinten Nationen in New York.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/experiment-gescheitert-7629/?utm_campaign=de_40_20240705&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Dänemark (Seiten E 154 bis E 158)

01) „Ich glaube, das irritiert viele“
Dänemarks Migrationsminister Dybvad Bek über Maßnahmen gegen Parallelgesellschaften, eine restriktive Migrationspolitik und die deutsche Debatte

Von Kaare Dybvad Bek

Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis

09.07.2024



Der Landschaftspark Superkilen verläuft neben Mjølnerparken, einer Wohnsiedlung, die laut dänischer Regierung als „gefährdetes Wohngebiet“ gilt. - *picture alliance / Reuters / Andrew Kelly*

Die Fragen stellte [Nikolaos Gavalakis](#).

Sie sind ein beharrlicher Kritiker der europäischen Migrationspolitik und verweisen auf die hohe Zahl illegaler Grenzübertritte an den Außengrenzen der EU. Wie dramatisch ist die Situation momentan?

Im Augenblick ist die Zahl der irregulären Einreisen nach Europa höher denn je und sogar höher als 2015. Wenn wir daran nicht schnell etwas ändern, wird das für die meisten Staaten sowie auch für die Kommunen gewaltige Auswirkungen haben. Österreich zum Beispiel verzeichnete in den vergangenen zwei Jahren rund 170 000 Asylsuchende. So viele Anträge kann ein Land nicht bearbeiten. Viele Menschen reisen aus Ländern ein, die eine sehr niedrige Anerkennungsquote haben. So kann es nicht weitergehen. In Belgien – insbesondere in Brüssel – sind viele Menschen nicht angemessen untergebracht. In den Niederlanden sind die Zahlen sehr hoch, ebenso in der Schweiz und in Deutschland. Die 40 000-Einwohner-Stadt Pirmasens [hat bereits 2 000 Geflüchtete aufgenommen](#). Wenn den Menschen angemessene Unterbringung, Bildung, Sprachunterricht und ein Zugang zum Arbeitsmarkt geboten werden soll, sind solche Zahlen auf lange Sicht gesellschaftlich nicht tragbar.

Seite E 155 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

2018 wurde in Dänemark das sogenannte „Anti-Ghetto-Gesetz“ verabschiedet, das in festgelegten „gefährdeten Gebieten“ den Anteil von Menschen „nichtwestlicher Herkunft“ auf weniger als 30 Prozent reduzieren soll. Haben Sie in den Jahren seither Veränderungen zum Positiven festgestellt?

Eines muss ich klarstellen: Als 2019 die Sozialdemokraten die Regierung übernahmen, haben wir das Wort „Ghetto“ gestrichen, weil dieser Begriff sehr belastet ist. Davon abgesehen, bin ich der Meinung, dass es in etlichen gefährdeten Wohngebieten sehr positive Entwicklungen gegeben hat. In dem größten dieser Gebiete in Kopenhagen konnten wir den Anteil derjenigen, die nicht in den Arbeitsmarkt integriert sind, von 40 auf rund 21 Prozent senken. Das macht einen enormen Unterschied aus. Die Auswirkungen für die lokalen Gemeinwesen vor Ort kann man kaum überbewerten. Es ist wichtig, dass die Kinder, die in diesen Gebieten aufwachsen, etwas aus ihrem Leben machen können – wobei es nicht darauf ankommt, ob sie einen ausländischen oder einen dänischen Hintergrund haben.

Es geht nicht nur um eine restriktivere Politik.

In vielen Städten geht es nicht nur darum, in einem bestimmten Gebiet die Bevölkerungsstruktur zu verändern. Um bessere Lebensbedingungen zu schaffen, reißen wir manche Plattenbauten aus den 1960er-Jahren wegen der schlechten Bauqualität ab. In Kopenhagen werden gezielt Schulen in besonders instabilen Stadtteilen gefördert und bekommen pro Kind doppelt so viel Geld wie Schulen in wirtschaftlich besser gestellten Vierteln. Es geht nicht nur um eine restriktivere Politik, sondern darum, in diesen Gebieten in Sozialprogramme zu investieren und auf diese Weise dafür zu sorgen, dass die nächste Generation eine bessere Zukunft hat.

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) prüft derzeit im Rahmen einer öffentlichen Anhörung, ob das Gesetz rechtmäßig ist. Viele bezeichnen es als „grausam“ und kritisieren, es schüre Fremdenfeindlichkeit. Was entgegnen Sie diesen kritischen Stimmen?

Das halte ich für eine bürgerliche, sozialistische Sicht der Dinge. In Dänemark ist diese Rhetorik von Leuten zu hören, die in gut situierten, interessanten und kreativen Stadtvierteln leben, in denen Integration nicht die Belastung bedeutet, die sie in anderen kommunalen Gemeinwesen ist. Wer zahlt gegenwärtig den Preis für eine liberale Migrationspolitik? Vor allem die Arbeiterviertel, in denen viele Migranten leben! Wenn ich solche kritischen Stimmen höre, frage ich mich, ob die Betroffenen jemals in einem Gebiet mit so einer Bevölkerungszusammensetzung gewohnt haben. Wenn sie das getan hätten, würden sie verstehen, dass das Fundament einer Gesellschaft mit gutem Zusammenhalt und hohem sozialstaatlichen Niveau auf Vertrauen und gegenseitigem Verständnis beruht.

Wie wichtig war der Wandel der Migrationspolitik für die Sozialdemokraten in Dänemark?

2015 war ein entscheidendes Jahr für die Sozialdemokraten, aber auch für die politische Landschaft in Dänemark insgesamt. Damals hatten wir sehr hohe Migranten- und Flüchtlingszahlen. Im Fernsehen sahen wir Migranten und Geflüchtete zu Fuß auf den Autobahnen aus Deutschland ins Land kommen. Viele von ihnen wollten nach Schweden. Diese Bilder haben ein Gefühl von Kontrollverlust vermittelt. Dadurch hat sich unsere Sicht verändert. Wir halten es für wichtig, dass der Aufenthalt befristet wird. Das bedeutet: Wer keinen internationalen Schutz mehr braucht, sollte in sein oder ihr Herkunftsland oder vorheriges Wohnsitzland zurückkehren.

Welches ist die wichtigste Integrationsmaßnahme, die ihre Partei neu eingeführt hat?

Wir haben inzwischen vieles verändert, aber ein sehr wichtiger Schritt war aus meiner Sicht das Bemühen, die Bildung von Parallelgesellschaften in gefährdeten Gebieten zu verhindern. Auch unsere Rückführungspolitik ist heute wirksamer. Unsere Regierung nimmt diese Dinge sehr ernst. Zentral ist, dass demokratisch beschlossene Grundsätze eingehalten werden. Die Regierungen in Europa müssen eine proaktivere Haltung entwickeln und zuverlässig dafür sorgen, dass Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus das Land verlassen. In Dänemark verfahren wir seit fünf Jahren so. In Deutschland und vielen anderen Ländern bleiben momentan Menschen im Land, die nicht auf internationalen Schutz angewiesen sind und deren Asylanträge bereits abgelehnt wurden. Wenn man die eigene Rückführungspolitik unter Kontrolle hat, kann man offen und seriös darüber diskutieren, wie viele Geflüchtete man verkraftet. Die Basis für diese Diskussion müssen aber demokratische Spielregeln und Prinzipien sein.

Viele Befürworter einer restriktiveren Migrationspolitik aus dem linken Spektrum verweisen auf Dänemark, nachdem die Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren damit so große Erfolge erzielt haben. Bei den Europawahlen schnitt Ihre Partei allerdings nicht so gut ab wie bei früheren Wahlen. Worauf führen Sie das zurück?

Der Hauptgrund für das schlechte Wahlergebnis ist, dass wir zum ersten Mal in einer Koalition mit der Liberalen Partei Venstre regieren, die historisch gesehen unsere Kontrahentin ist. Diese Regierung ist mit einer Großen Koalition in Deutschland vergleichbar, wobei für die dänische Bevölkerung solche Konstellationen ungewohnt sind. Bei uns gibt es häufig Minderheitsregierungen. Für die meisten dänischen Bürgerinnen und Bürger ist die Sozialdemokratische Partei eine Verfechterin des Sozialstaats, während der rechte Koalitionspartner für weitere Steuersenkungen eintritt. Jetzt müssen wir aber gemeinsam regieren. Ich glaube, das irritiert viele.

Welche Rolle spielte das Migrationsthema?

Migration war kein sehr großes Thema. Grundsätzlich herrscht in Dänemark in der Migrationsfrage ein breiter Konsens. Nur einige wenige Parteien am äußeren rechten und linken Rand stehen außerhalb dieses Konsenses. Aber schätzungsweise 80 bis 85 Prozent der dänischen Bevölkerung sind der Meinung, dass wir auf der einen Seite nicht unbegrenzt viele Geflüchtete aufnehmen können und auf der anderen Seite natürlich an internationale Menschenrechtsabkommen und Flüchtlingskonventionen gebunden sind, an die wir uns strikt zu halten haben.

Grundsätzlich herrscht in Dänemark in der Migrationsfrage ein breiter Konsens.

Die radikale Rechte hat in Dänemark ihre höchsten Wahlergebnisse 2015 erzielt. Damals kam sie auf 21 Prozent. Bei den letzten Parlamentswahlen blieb sie unter drei Prozent. Seit wir an der Regierung sind, ist es uns gelungen, die populistische Rechte zu demontieren oder zumindest ins Abseits zu drängen. Das ist ein großer Erfolg.

Aber schauen wir auf die andere Seite des politischen Spektrums: Bei den Europawahlen holte die linksgrüne Sozialistische Volkspartei die meisten Stimmen.

Sie vertritt in der Migrationspolitik nahezu dieselben Positionen wie wir. Im Parlament trägt sie häufig die Gesetzesvorlagen der Regierung mit. Bei manchen Themen ist sie sogar noch strikter als wir – zum Beispiel im Umgang mit den Mohammed-Karikaturen. Sie ist für eine verpflichtende Regelung, nach der die Karikaturen mit allen Schülerinnen und Schülern im Unterricht behandelt werden müssen, während wir der Meinung sind, das sollte eher vor Ort auf lokaler Ebene entschieden werden.

Seite E 157 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Sowohl Deutschland als auch Dänemark haben mit Fachkräftemangel zu kämpfen. Führt ein harter Kurs bei der irregulären Migration nicht zu, dass das betreffende Land auch für reguläre Migration unattraktiver wird?

Ich verstehe nicht, warum Deutschland Schwierigkeiten haben sollte, gut ausgebildete Arbeitskräfte anzuziehen. Wenn man in Ländern, die weniger wohlhabend sind als Deutschland, wie zum Beispiel in der Türkei, in Tunesien oder Albanien die Menschen fragt, wohin sie zum Arbeiten auswandern möchten, sagen sie überall auf der Welt: nach Deutschland. Zu uns nach Dänemark kommen jedes Jahr Tausende Menschen aus europäischen Ländern wie Rumänien, Polen oder Spanien und zum Beispiel auch aus Indien, um hier zu arbeiten. Diese Menschen sind sehr hoch qualifiziert.

Bei uns gibt es eine Grenze, die bei einem Mindestjahresgehalt von 50 000 Euro liegt. Wer aus einem Nicht-EU-Land kommt und ein Einkommen von weniger als 50 000 Euro hat, bekommt keine Aufenthaltserlaubnis. Damit wollen wir Konkurrenz bei gering qualifizierten Beschäftigungen verhindern. Wir versuchen, Hochqualifizierte anzuziehen, und das gelingt uns gegenwärtig.

Wie nehmen Sie die Migrationsdebatte in Deutschland wahr? Und welchen migrationspolitischen Kurs würden Sie den Sozialdemokraten in Deutschland und anderen europäischen Ländern empfehlen?

Gerade für Sozialdemokraten ist wichtig, dass darüber diskutiert wird, wie viele Menschen kommen können, ohne dass der funktionierende Wohlfahrtsstaat gefährdet wird. Der Bundestag und andere Parlamente in Europa sollten eine Debatte darüber führen, wie viele Menschen ihr Land integrieren kann. In dieser Debatte sollten wir nicht von einer nationalistischen oder kulturkämpferischen Perspektive oder von der Vorstellung leiten lassen, das eigene Land werde von der Migration erdrückt. Das ganze Gerede vom „Untergang des Abendlandes“ hilft kein Stück weiter. Was man meiner Meinung nach deutlich machen muss, ist, dass die Hauptleidtragenden einer breiten und unkontrollierten Zuwanderung die Menschen am unteren Ende der Gesellschaft sind. Wenn aufgrund von wirtschaftlichem Druck der deutsche Sozialstaat leidet, sind es die Geringqualifizierten und Einkommensschwachen, die die Zeche zahlen, und nicht die Leute in Starnberg oder Charlottenburg. Migration unter sozialen Aspekten zu analysieren, halte ich für ausgesprochen wichtig. Das muss ohne die ganze nationalistische Rhetorik geschehen, die auch Teil der deutschen Debatte ist.

Ich bin kein Berater der SPD. Sie sollte ihre eigene Politik machen – sie ist schließlich die älteste und wichtigste sozialdemokratische Partei der Welt. Ich würde aber sagen: Jedes Land in Europa kann eine besser funktionierende Rückführungspolitik betreiben. Der erste Schritt ist aus meiner Sicht die Erkenntnis, dass in einer Demokratie Regeln befolgt werden müssen. Wenn jemand kein recht hat, im Land zu sein, darf er oder sie nicht bleiben. Das ist meiner Meinung nach einigermaßen unstrittig.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld



Kaare Dybvad Bek, Kopenhagen

Kaare Dybvad Bek ist seit Mai 2022 dänischer Minister für Ausländer und Integration. Zuvor war er Innen- und Wohnungsminister. Seit 2015 sitzt Dybvad Bek für die Sozialdemokraten im dänischen Parlament.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/ich-glaube-das-irritiert-viele-7636/?utm_campaign=de_40_20240709&utm_medium=email&utm_source=newsletter